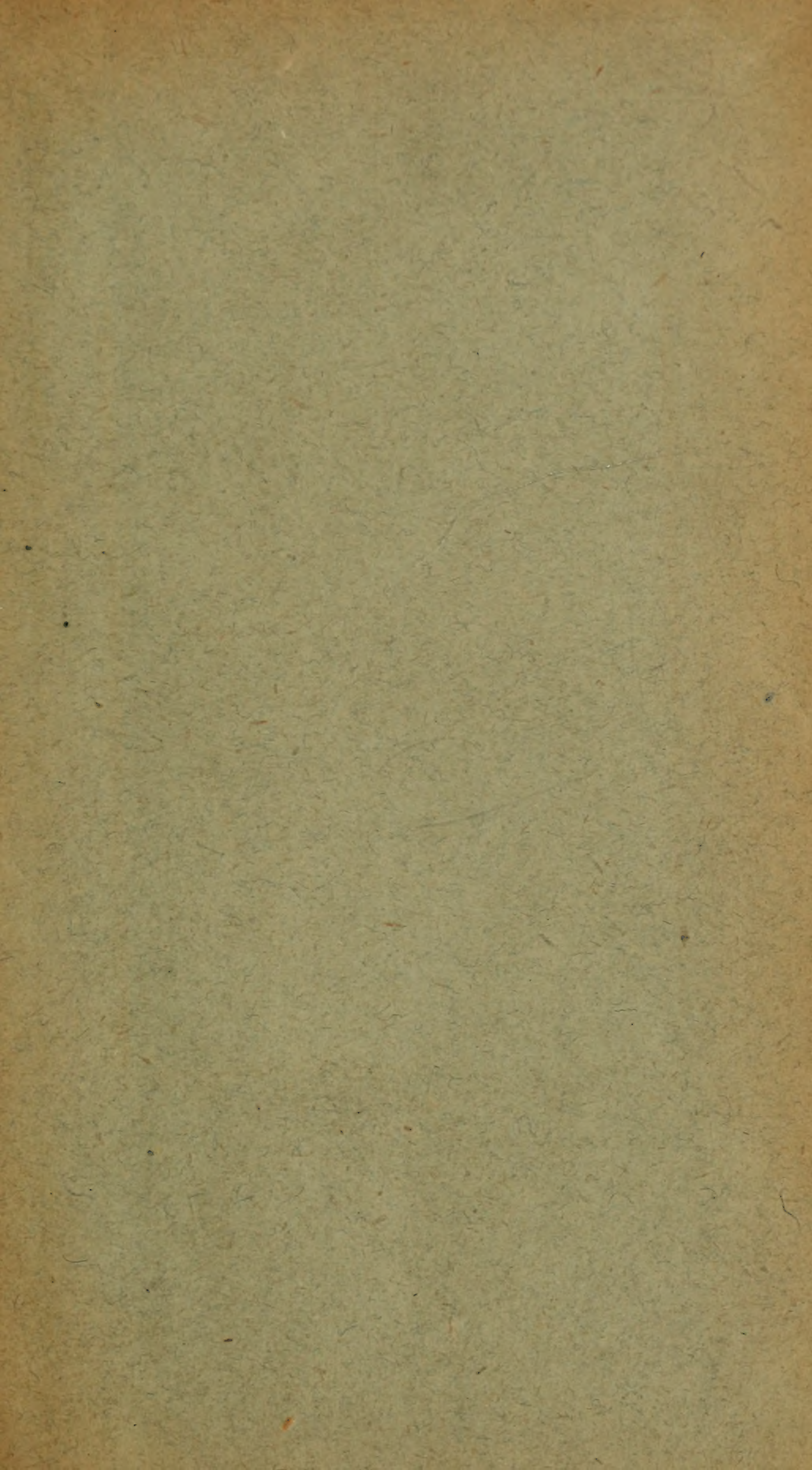
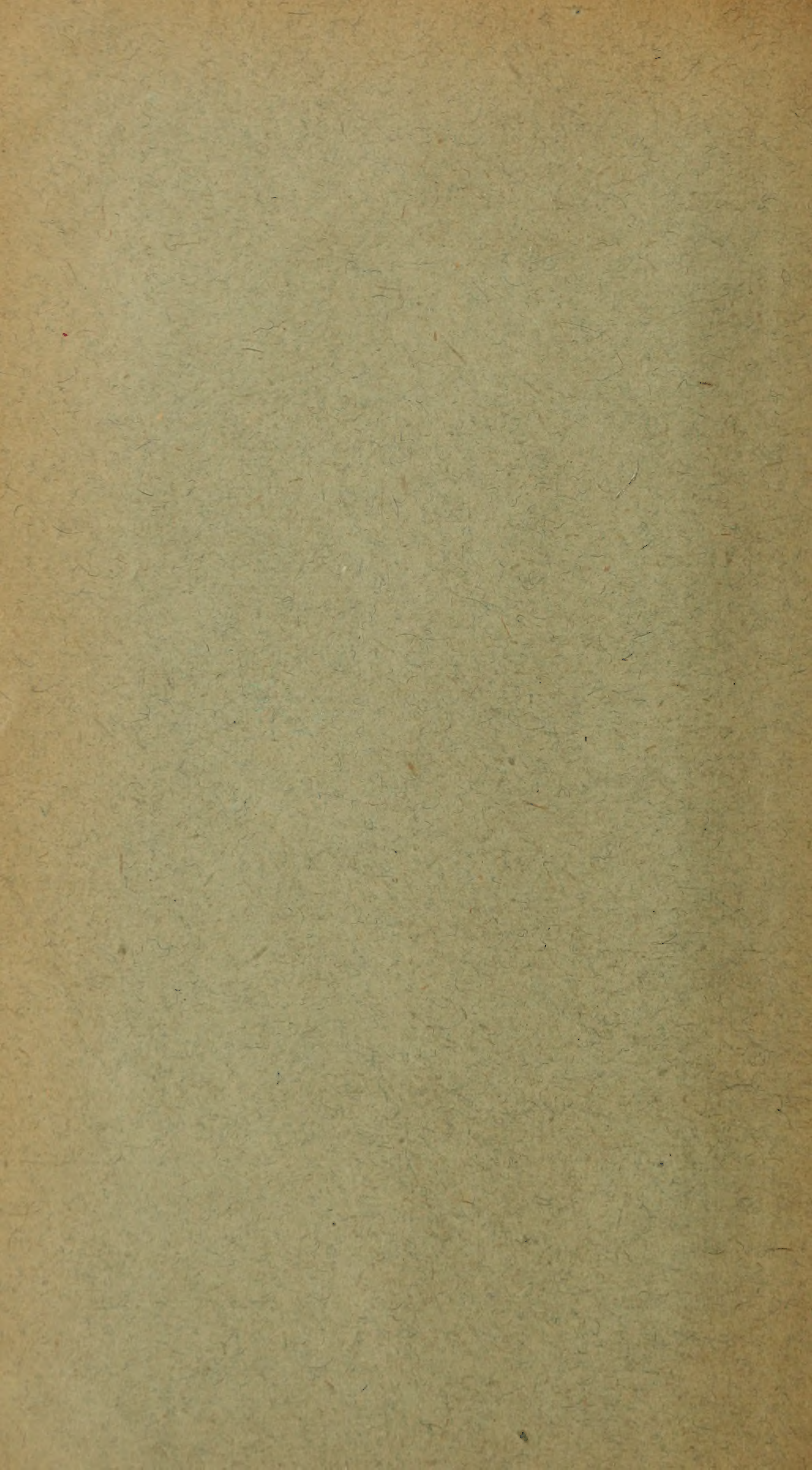

HANDELS- u. GEWERBEKAMMER, PRAG
OBCHOD. A ŽIVN. KOMORA V PRAZE
H. 2329





# RUSSLAND UND DER PANSLAVISMUS.

STATISTISCHE UND SOCIALPOLITISCHE STUDIEN

VON

RUDOLF VRBA

BAND II.

PRAG 1913.
SELBSTVERLAG.



# RUSSLAND
## UND DER
# PANSLAVISMUS

Statistische und socialpolitische
Studien

von

RUDOLF VRBA.

**BAND II.**



**PRAG 1913.**

SELBSTVERLAG.


LIBRARY
AUG 24 1970
UNIVERSITY OF TORONTO



I.

## Die Folgen des russisch-japanischen Krieges für Russland. Die Mobilisierung der Mongolen gegen Europa.

Als noch die Türken in Europa eine gefürchtete Militärmacht waren, pflegten sich die „christlichen" Herrscher Europas ab und zu die Türken auf den Hals zu hetzen. Dabei wurden mit dem Islam-Herrscher Bündnisse geschlossen. Es wetteiferten darin die Bourbonen in Frankreich und die preußischen Herrscher, auch die kleinen Potentaten Italiens suchten in Stambul Hilfe. Heute wiederholte sich dieselbe Geschichte in Ostasien. Das japanische Volk mit seiner ganzen Streitmacht wird von England als Sturmbock gegen Rußland ausgespielt. Die Japaner machen allerdings ihr gutes Geschäft dabei. Nun wird die Zukunft lehren, wer dabei klug gehandelt hat. Wenn es auch den Anschein hat, daß die internationale Politik eine der schwierigsten Künste der größten und rücksichtslosesten Macher ist, die man sonst Diplomaten nennt, die vor keinem Mittel zurückschrecken dürfen, wenn es nur zum Ziele führt, und würden dabei Hunderttausende Menschen hingemordet, so glauben wir doch, daß die Weltgeschichte ein Gottes-Gericht darstellt, bei dem es doch immer dazu kommt, daß die Sünden früherer Generationen bestraft werden, oft Jahrzehnte und auch Jahr-

hunderte später an den späteren Generationen. Wir können uns hier nur auf das Notwendige beschränken. Beim Ausbruch des Krieges veröffentlichte das Organ des Juden Mosse das „Berliner Tageblatt“ am 13. Feber 1904 folgenden Bericht:

„Japan ohne Schminke. Ein genauer Kenner ostasiatischer Verhältnisse, der lange Jahre in ernster Handelstätigkeit im fernen Osten gelebt, schreibt uns: „Bei der großen Sympathie, der sich Japan anscheinend in Deutschland und Österreich-Ungarn zu erfreuen hat, ist es vielleicht angebracht, das Inselvolk und die Verhältnisse im fernen Osten durch die Brillengläser der tatsächlichen Verhältnisse anzuschauen und das Inselvolk des Nimbus in etwas zu entkleiden, in welchem es sich hier sonnt. Jeder, der einige Zeit im Osten gelebt hat, einerlei welcher Nationalität, wird den Japaner im Gegensatz zu dem Chinesen verachten lernen, denn der erstere ist der geborene Betrüger. Der in China ansässige Europäer liebt den Chinesen, der Europäer in Japan haßt den Japaner, und die fremden Kaufleute in Japan würden Bände zu schreiben vermögen über die Unredlichkeit der Bewohner des Landes der aufgehenden Sonne. Diese Unaufrichtigkeit geht so weit, daß sämtliche Firmen und Banken in Japan als Compradozes (Kassierer) nur Chinesen beschäftigen, da man mit Japanern zu schlechte Erfahrungen gemacht hat. Bei der Verbeugung, die der Japaner zur Begrüßung zu machen pflegt, bei dem Zischen mit der Zunge, welches Hochachtung bedeuten soll, beschäftigt ihn nur der eine Gedanke, wie er sein Gegenüber am besten übervorteilen kann. Die Erfolge Japans im Kriege mit China haben es mit sich gebracht, daß die Eitelkeit schwoll, und bereits vor Ausbruch der Feindseligkeiten mit Rußland war der Chauvinismus derartig hochgeschraubt, daß der Abendländer nur noch geduldet wurde, daß man ihn unter ungezählten Belästigungen nur noch als notwendiges Übel im Lande ansah.

Japan hat zweifellos den Krieg mit Rußland seit Jahren gewollt, und seit Jahren hat es sich auf dieses Ereignis auf das sorgfältigste vorbereitet. Als Japan

die Feindseligkeiten eröffnete, war es in jeder Hinsicht bis in die geringfügigsten Details peinlich gerüstet. Seit vielen Monaten wurden Kohlen, Munition und Proviant in den Häfen angehäuft, und Japan wählte den Zeitpunkt zum Losschlagen, als die beiden in Genua erworbenen Kreuzer sich den heimischen Gewässern näherten und damit das Übergewicht über Rußland erzielt war. Rußland hat wie wohl viele in Europa den Fehler begangen, die Streitkräfte Japans zu Lande und zu Wasser erheblich zu unterschätzen, und die letzten Tage haben gelehrt, daß die russische Flotte der japanischen nicht gleichwertig ist und sich im Verlaufe dieses Krieges wohl nur auf die Defensive beschränken muß. Damit hat Japan einen ungeheuren Vorteil errungen, es kann seine ausgezeichnet nach deutschem Muster gedrillten Truppenmassen ungehindert auf den Hunderten von japanischen Transportdampfern nach Korea werfen und im Notfalle im Verlaufe weniger Wochen und Monate bis zu 300.000 Mann dort landen, die tadellos ausgerüstet und verproviantiert sind. Rußland wird schließlich nach langer, langer Zeit eine gleich große Macht bereit halten können, vorausgesetzt, daß die eingleisige sibirische Bahn unbeschädigt bleibt. Hiermit steht und fällt Rußlands Stärke.

In Sibirien und der Mandžurei weilen zweifellos noch ungezählte japanische Spione, und gelingt es einer Anzahl von diesen, etwa eine Brücke über einen der großen Flüsse durch Dynamit zu zerstören, so ist das Schicksal Rußlands im Osten besiegelt. Aber selbst wenn dies nicht geschehen sollte, so dürfte das eine Geleise, das, wie allgemein bekannt, sehr reparaturbedürftig ist, besonders auf den Flußübergängen, kaum im stande sein, den riesigen Verkehr zu bewältigen. Auch dürfte der Wagenpark nicht genügen, um Mannschaften, Pferde, Munition und Proviant für 2—300.000 Menschen zu befördern, denn Rußland soll sehr schlecht verproviantiert sein. Die in Australien und den Vereinigten Staaten bestellten Quantitäten schwimmen noch zum großen Teil und werden mit wenigen Ausnahmen den Japanern in die Hände fallen. Also ist Rußland allein

auf den Schienenstrang für seinen Proviant und seine sonstigen Bedürfnisse angewiesen.

Somit sind die Aussichten Rußlands auch für den Landkrieg vorerst recht mäßig, und größere Schlachtenerfolge der Japaner sind vielleicht in der nächsten Zukunft zu erwarten. Die kleinen gelben Japaner haben den unbezähmbaren Wunsch, dem Westen zu zeigen, daß sie im stande sind, den Nacken des russischen Bären zu beugen, — wie Tigerkatzen werden sie sich auf den Feind stürzen, und ein Pardon gibt es nicht. Was das Endresultat sein wird? Wer vermag das vorauszusagen! Ein Sieg Japans würde ein fürchterlicher Schlag für die gesamte weiße Rasse sein! Nicht allein das Prestige Europas im Osten würde eine enorme Einbuße erdulden — auch in den Augen der Chinesen, — sondern ganz besonders würde der Handel darunter zu leiden haben, der bereits heute sich kaum der billigen japanischen Konkurrenz erwehren kann. Trotz der ungünstigen finanziellen Lage Japans hat die Regierung zum Beispiel schon seit Jahren den Nippon-Insel-Kaisha und anderen Schiffahrtsgesellschaften derartig hohe Subsidien gezahlt, daß die konkurrierenden europäischen Dampfer stets mit Verlust fahren mußten, und auf dem Yangtse, wo auch eine Reihe von deutschen Dampfern Jahr aus Jahr ein mit großen Verlusten arbeitet, ist die den japanischen Schiffen gewährte Reichssubvention so hoch, daß die Dampfer selbst ohne Frachten und Passagiere ihre Unkosten völlig decken.

Wo bleibt da der ehrliche Wettbewerb, und wie soll es werden, wenn Japan siegt? Wie wird dann der Europäer in Japan behandelt, da er doch schon jetzt die Rolle eines zweitklassigen Menschen gespielt hat? Viele gibt es, die Rußland eine Schlappe gönnen, aber man soll weiter schauen, man soll nicht vergessen, daß im Falle eines japanischen Sieges das Inselvolk die Reorganisation des chinesischen Reiches mit seinen 500 Millionen Einwohnern vornehmen wird, und daß nach vielen Jahren, deren Ablauf wir vielleicht nicht erleben werden, ein Ringen um die Existenz zwischen der weißen und der gelben Rasse

vor sich gehen muß, das vielleicht zu den größten Ereignissen zu zählen sein wird, welche die Weltgeschichte aufzuweisen hat."

* * *

Soweit unser Gewährsmann. Seine vom Standpunkte eines Großkaufmanns geschriebenen Darlegungen zeugen gewiß von scharfer Beobachtung und treffendem Urteil. Man darf aber nicht aus Furcht vor Zukunftsmöglichkeiten die kühle Reserve verlassen, die uns durch die heutigen Verhältnisse in dem russisch-japanischen Konflikt geboten erscheint. Wie sich vom realpolitischen Standpunkt aus das deutsche Reich dem asiatischen Kriege gegenüber zu verhalten hat, dazu geben wir nachstehend einen Beitrag:

Ende November 1904 hielt in der Kolonial-Gesellschaft in Berlin der Regierungs-Baumeister Woas, der sich längere Zeit im fernen Osten aufgehalten hat und China, Japan und Korea aus eigener Anschauung kennt, einen interessanten Vortrag über Ostasien. Der Vortragende hielt sich während des Boxer-Aufstandes in chinesischen Küstenstädten auf und ging bei Ausbruch des Krieges im Auftrage des „Ostasiat. Lloyd" nach Japan; er ist daher wohl in der Lage, über Land und Leute im fernen Osten ein sachkundiges Urteil abzugeben. Aus seinen Darlegungen, die insbesondere das voraussichtliche Verhältnis zwischen Deutschland und Japan beleuchten, sei Folgendes hervorgehoben:

Der Vortragende warnte nachdrücklich vor allzu großer Japanfreundlichkeit in Deutschland. Wir Deutschen hätten dazu keinen Anlaß, denn der Durchschnittsjapaner sei ein Deutschenhasser, obwohl Deutschland dem aufwärtsstrebenden Japan auf allen Gebieten der Lehrmeister gewesen sei. Es werde nach Beendigung des Krieges, wenn Japan Sieger bleibt, zwischen den Preußen des Ostens und denen des Westens ein erbitterter wirtschaftlicher Konkurrenzkampf ausbrechen um die Vorherrschaft in China auf kommerziellem Gebiet. Korea kommt schon gar nicht mehr in die Frage, das werde bereits jetzt

wirtschaftlich von den Japanern vollkommen beherrscht. Mit Rücksicht auf „unser Šantung“, wie der Vortragende sich ausdrückte, hat Deutschland allen Grund, besorgt nach Ostasien zu blicken, denn Šantung sei der wertvollste Teil Nordchinas und Japan werde nach siegreicher Beendigung des gegenwärtigen Krieges zweifellos sein Augenmerk auf diese wertvolle Provinz richten. Dazu komme, daß auch die Chinesen das Gegenteil von deutschfreundlich seien und bereits jetzt als Konkurrenten und Neider auftreten. Gegen die mit deutschem Kapital gebaute und betriebene Eisenbahn in Šantung streben die Chinesen eine Konkurrenzbahn an, die etwas weiter nördlich von Cingtau das Meer erreicht und dem deutschen Hafen den Güterverkehr nach dem Binnenland entziehen soll. Außerdem betreiben die Chinesen seit Inbetriebsetzung der Bahn eine viel regere Schiffahrt in Šantung, um die Bahn zu schädigen. Das Gelände längs der Eisenbahn ist dicht mit Japanern besiedelt, während Deutsche sehr wenige im Lande sind. Aus alledem gehe hervor, daß Deutschland nächst Rußland in Ostasien von allen Nationen am meisten gefährdet sei. Nach dem Ausspruch eines japanischen Ministers sei der gegenwärtige Krieg ein Ergebnis der Expansionsbestrebungen Japans, eine Art Kolonialbewegung, zu der Japan genötigt sei, um sich neue Absatzgebiete für Handel und Industrie zu schaffen. Der treibende Faktor des Krieges sei auch nicht die Kriegerkaste, sondern die Handelswelt Japans, die den Krieg als Vorläufer eines gewaltigen wirtschaftlichen Vorstoßes nach dem asiatischen Festlande betrachte. An den Vortrag, dem viele Offiziere beiwohnten, schloß sich die Vorführung einer Reihe von Lichtbildern aus Japan, die mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Im Oktober 1904 sagte die „Zukunft“ über den Japankultus folgendes: „Rußland hat sich dem Deutschen Reiche oft unfreundlich gezeigt, nie aber die deutsche Expansion zu stören versucht. Deutschlands Industrie und Handel, Deutschlands Kolonialpolitik sieht den Feind nicht im Osten: sieht ihn da, wo die Menge jetzt Rußlands Niederlagen bejauchzt.

Sollen wir mitjauchzen? Anstand und Klugheit sprechen mit gleicher Tonstärke dagegen. Rußland hat die Wehen der deutschen Einheit beschützt, die Geburt des von der Sehnsucht ganzer Geschlechter erflehten Wunders ermöglicht. Und wahrer als das emphatische Wort, russische Trauer sei deutsche Trauer, ist das aus kühlerer Hirnregion stammende: Rußlands Schwächung ist Englands Stärkung. Können wir wünschen, das Greater Britain, dem die romanischen Völker verbündet sind, der amerikanische Imperialismus früh oder spät sich, wenn es erstarkt, verbünden muß, noch mächtiger über den Erdball herrschen zu sehen? Wünschen, daß ihm die Ausführung der Absicht erleichtert werde, deutscher Kulturarbeit die besten der noch nicht besetzten Plätze zu sperren? Oder haben wir von Japan Nützliches zu erwarten — von dem ins Ungeheuere wachsenden gelben Größenwahn, der China aus dem Schlummer rütteln und den Produzenten und Händlern des Erdwestens eine im wildesten Fiebertraum gestern noch nicht geahnte Konkurrenz bereiten wird? Auf der Wirtschaftsstufe, die Deutschland erschritten hat, muß es England als Gegner finden, wird es, welchen Gruß auch die Könige tauschen, um jede Fußbreite mit England zu kämpfen haben. Rußland ist noch nicht so weit: von ihm hat unsere Wirtschaft noch lange nichts zu fürchten. Hat Rußland oder England uns in Afrika, in Asien Schwierigkeiten gemacht? Schürt Rußland oder England in allen Zonen gegen deutsches Trachten den Haß? Und kann auch nur die Entkräftung russischer Wirtschaft uns höheren Vorteil bringen als einem Fabrikanten der Ruin seines besten Kunden? Hat der Verkäufer Grund zur Freude, wenn im wichtigsten Absatzgebiete die Kaufkraft erlahmt? Die Antwort, welche die ruhig wägende Vernunft in all diesen Fragen fände, kann nicht zweifelhaft sein. Doch die Stimme der Vernunft wird von der Wut überschrien. Verständlich wäre die Freude darüber, daß Russen der Sieg nicht allzu leicht gemacht wird, daß sie die Fehler ihrer Organisation, die Mängel ihrer Reichsverwaltung erkennen und die Gefahr hochmütiger

Anmaßung meiden lernen; verständlich und verständig. Damit aber begnügt man sich nicht. Jeder Schlag, der Rußland trifft, gilt Millionen als ein Alldeutschland beschertes Glück; jede Meldung eines Japanersieges wird an den Stammtischen gefeiert. Die deutsche Regierung bemüht sich, ihr Wohlwollen in St. Petersburg sichtbar werden zu lassen. Die Volksstimmung aber ist den Russen feindlich, wünscht ihnen die derbsten Hiebe und bewundert in Nippon den Hort wahrer Freiheit und hoher Kultur. Ungefähr wie vor vierunddreißig Jahren an der Něva. Wir wollen hoffen, daß Graf Bülow die Gunst der Stunde so schlau zu nützen versteht wie damals Gorčakov. Auf die Stimmung der Nation vermag er nicht zu wirken, hat seit Bismarck's Tod keiner zu wirken vermocht.

Dieselben Menschen, die England schon von den Boeren vernichtet, Krüger als Herrn des ganzen afrikanischen Südens sahen, jauchzen nun, wenn sie hören, daß Japan, zum Heil Britanniens, die Russen prügelt. Ist's in beiden Fällen nur die Tubalfreude daran, daß „andere Leute auch Unglück haben“? Oder ist der politische Instinkt wirklich schwach geworden, daß man wähnt, Englands unumschränkte Herrschaft über Asien und Rußlands Verarmung könne der deutschen Wirtschaft Vorteile eintragen? Mysterium . . . Der Schimpf, der während des Boerenkrieges gegen England geschleudert wurde, hat das Deutsche Reich kaum weniger als eine Milliarde gekostet. Ein Japanersieg würde teuerer sein. Ist einstweilen aber nicht zu hoffen, zu fürchten; kein dauernder mindestens. Denn der Krieg hat erst begonnen und Rußland ist stärker, ist auch reicher, als der Kneipenpolitiker ahnt. Und die britische Staatskunst müßte sich von aller Tradition gelöst haben, wenn sie nicht auf den Augenblick lauerte, wo sie den gefährlichen gelben Freunden die Treue brechen und sich um hohen Preis dem Zarenreich verbünden kann. Dem guten Michel bliebe dann wieder nichts als die Möglichkeit, tränenden Blickes die besiegten Generale zu kränzen.“

Jetzt bringen wir den Lesern etwas ergötzliches. Als die Japaner zu florieren begannen und die Preßjuden außer sich waren über die Siege der Japaner, brachte das „Prager Abendblatt“ am 31. Mai 1904 folgenden Artikel:

„Die Japaner Nachkommen der — Juden? Ein französischer Gelehrter hat das Geheimnis des Ursprungs der Japaner, über das schon viel diskutiert worden ist, durch die Annahme zu lösen versucht, daß „die Japaner hebräischer Abstammung und ein Teil der verschollenen Stämme Israels sind, die nach ihrer Auswanderung aus Medien über das asiatische Festland nach Japan gekommen sind“. So ungläubig man dieser Theorie gegenüberstehen mag, es werden so zahlreiche Tatsachen beigebracht, daß es interessant ist, sie im Anschluß an einen Artikel der „St. James' Gazette“ wiederzugeben, selbst wenn es sich nicht um mehr als eine seltsame Reihe von Koinzidenzen handeln sollte.

Die japanischen Samurai haben eine alte Überlieferung, daß sie von einem fernen Lande im Westen Asiens gekommen sind, nachdem sie in einer Ratsversammlung übereingekommen waren, nach dem Osten zu ziehen und dort ein unbekanntes Land zu erobern. Man weist nun auf das Buch Esra in den Apogryphen hin, in dem es heißt: „Aber sie (die zehn Stämme) berieten untereinander, daß sie die Mehrzahl der Brüder verlassen und in ein ferneres Land ziehen wollten, wo nie ein Man wohnte“; und „es war ein weiter Weg zu jenem Lande, nämlich anderthalb Jahre“. Auch der Prophet Amos sagt, die Reise ging „von Meer zu Meer und vom Norden zum Osten“. Das geschah höchstwahrscheinlich zwischen 670 und 663 v. Chr., in welcher Zeit die Stämme, wie die aus der Gefangenschaft nach Jerusalem zurückkehrenden Juden ihre Muttersprache verloren hatten und chaldäische Namen annahmen.

Dschimmu Tenno, der erste Kaiser Japans, landete nach der langen Wanderung, die er und sein Volk mit den Herden vom westlichen Asien machten, wie die Legende erzählt, um 660 v. Chr. in Japan. Alte japanische Bilder, die sich auf dieses große

Ereignis in ihrer Geschichte beziehen, weisen einige seltsame Züge auf, die diese Geschichte zu bestätigen scheinen. Besonders ein altes Bild in Form einer langen Rolle, das die erste Landung der Japaner auf ihren Inseln darstellt, zeigt Dschimmu Tenno, seine Fürsten und das Volk auf großen Holzstößen sitzend, die Männer mit Stangen die Küste entlang stoßend. Das Merkwürdigste ist jedoch, daß der Fürst und seine Samurai mit der alten Rüstung Assyriens und Mediens bekleidet sind und wie die alten Fürsten Israels Schuhe aus Dachshaut haben. Sie tragen das „Tachi“, das persische Schwert; einige haben auch alte, israelitische Speere, andere den Speer der alten medischen Fußsoldaten.

Eine auffallende Übereinstimmung zeigt auch eine Art Kriegstanz, den ein Reisender in Kioto bei einem großen Fest mitangesehen hat. Es war ein Scheinkampf unter Musikbegleitung, bei dem die mit Helm, Schild und Speer bewaffneten Kämpfer die ersten Krieger Japans darstellten, und diese trugen altpersische Tracht; der lange japanische Kriegsbogen ist zudem ein genaues Faksimile der assyrischen Waffe. Die kaiserliche Familie Japans besitzt auch uralte, auf Seide gemalte Bilder, die in Kisten aus Kampherholz aufgerollt und seit zahlreichen Generationen vom Vater auf den Sohn übergegangen sind; sie stellen Szenen dar, in denen man die alten jüdischen Tempelinstrumente und Gesichter von ausgesprochenem hebräischen Typus erblickt. Auch in dem alten Shinto-Ritual Japans finden sich merkwürdige Gebräche von ebenso jüdischem Charakter. Die Shintotempel haben wie das jüdische Heiligtum ein Heiliges und ein Allerheiligstes, sowie die Darstellung einer Lade und Zisterne. Die Priester, Lan Rushi genannt, tragen wie die jüdischen Priester weiße Linnenkleider, Turbane und Kniehosen, in denen sie „mochi“ oder ungesäuertes Brot, süßen Wein und das „Weiheopfer“ der ersten Früchte darbringen. Mehrere Shintofeste fallen mit den jüdischen zusammen, viele ihre Zeremonien sind identisch. Wie David vor dem Herrn in einem weißleinenen Priestergewand tanzte, so tanzen die Japaner, wenn sie die

Lade, „skin koshi“, zum Tempel tragen. Sie trugen auch die Lade mit ihren Heeren in den Krieg.

Das japanische Kind wird am sechsten Tag nach der Geburt in den Tempel gebracht und geweiht, wobei dem Priester ein Geldstück gegeben wird; und jeder Japaner soll wie die Israeliten am Neujahrstage dem Shintotempel ein Geldstück bringen. Beim Gionfest, das gleichzeitig mit dem Laubhüttenfest gefeiert wird, erscheinen alte Bilder, auf denen ein unverkennbar jüdischer Rauchaltar mit einem jüdisch aussehenden Priester daneben dargestellt ist, ferner ein Schäfer und Schafe, ein Kameel und ein Fürst auf einem weißen Maultier; keines der Tiere ist jedoch in Japan heimisch.

In Japan sind drei Bände veröffentlicht, die das „Jin dai“, die „geheimen Schriftzüge des heiligen Alters“, enthalten. Die Schrift im ersten Band ähnelt den Schriftzeichen auf den Felsen des Sinai, von denen man sonst in keiner lebenden oder toten Sprache Spuren findet. Die Japaner sagen, sie kommen von Gott. Die Schriftzeichen im zweiten Band ähneln dem Persischen, die im dritten den Schriften Ninives und Babylons.“

Nun wollen wir auch die Psychologie dieses Artikels erklären. In der Redaktion genannten Organs der k. k. Statthalterei von Böhmen in Prag sitzen nicht weniger als fünf angestellte Preßjuden. Kein Blatt in ganz Österreich hat so wütend gegen Rußland und für Japan zu schreiben getroffen wie dieses „Prager Abendblatt“. Zu wiederholtenmalen ließen die jüdischen Redakteure dieses Statthaltereiblattes den Kuropatkin mit dicken Lettern von den Japanern gefangen nehmen. Immer ohne Erfolg. Und nun konnten es diese Preßjuden nicht mehr aushalten, nein, die Japaner müssen Juden sein, denn sonst könnten es nicht solche prächtige Kerle sein. Genau so schrieb ein anderes Judenblatt von dem jüdischen Mörder Hilsner. Als er in den Saal des Schwurgerichtes trat, telegraphierte der Berichterstatter des „Prager Tagblatt“: „Hilsner ist eine nette Erscheinung, er trat in den Saal im tadellosen schwarzen Anzug.“

So berichten die Preßjuden immer über ihre Glaubensgenossen. Es hat in England und in Amerika nicht an Männern gefehlt, welche da offen sagten, daß die japanischen Siege eine Niederlage für alle Nationen der weißen Rasse bedeuten. Doch sind die Siege Japans nicht ohne weiters so hinzunehmen, wie sie die Judenpresse geschildert hat. Zuerst sind die Finanzen Japans künstlich von der Börse in London in die Höhe getrieben worden.

Ein Börsenbericht aus Tokio vom 28. September 1905 besagte folgendes:

Vom höchsten Optimismus zum tiefsten Pessimismus! Als die erwartete Entschädigung ausblieb, folgte dem Optimismus in wenigen Tagen ein allgemeiner Pessimismus, dem wohl im letzten Grunde die Wutschreie der japanischen Presse und die Ausfälle des Volkes gegen die Regierung zugeschrieben werden müssen. Jetzt kehrt allmählich die Vernunft zurück, und man beginnt zu rechnen. Alles rechnet, vom Ministerpräsidenten an bis zum niedersten Volksblatt herunter, um einigermaßen gerüstet den neuen unerwarteten Aufgaben gegenübertreten zu können und einen Zusammenbruch zu verhüten.

Japans allererste Aufgabe, ehe man an irgendwelche neuen Pläne in Korea, Sachalin und Liaotung gehen kann, ist die, sein Haus in Ordnung zu bringen. Dazu wird es nötig sein, zunächst einmal einen genauen Uberschlag über die ganzen Kosten des Krieges zu machen. Da wird denn immer wieder die Ziffer von 1500 Millionen als tatsächliche Kriegskosten genannt, und diese Ziffer wird nicht zu hoch gegriffen sein. Von dieser Summe sind bisher 1260 Millionen tatsächlich ausgegeben, während 100 Millionen von der letzten Anleihe in Amerika, England und Deutschland noch nicht erhoben sind. Nun kommt aber noch die gewaltige Aufgabe des Rücktransports der Armee hinzu. Die Angaben über die Kosten dafür gehen ebenso weit auseinander wie über die dazu erforderliche Zeit. Von 200 Millionen in sechs Monaten schwanken die Angaben bis zu 400 Millionen in sechzehn bis achtzehn Monaten. Auf alle Fälle wird es nicht fehlgegriffen sein, wenn die

„Kokumin" (das offiziöse Blatt) 400 Millionen für den Rücktransport der Armee und die sonstigen Ausgaben zur Ordnung der Verhältnisse usw. ansetzt.

Wird Japan diesen gewaltigen Anforderungen gewachsen sein? Es liegt vorläufig absolut kein Grund vor, an der Sicherheit der japanischen Finanzen zu zweifeln. Gerade die Finanzkreise und Geschäftsleute haben die größte Ruhe bewahrt, als der Ausfall der Entschädigung das ganze Volk in Aufregung versetzte. Sind die Kriegskosten etwa 1500 Millionen, so hat Japan jährlich etwa 65—70 Millionen Zinsen aufzubringen. Der Gesamthaushalt Japans beträgt einschließlich der Monopole, der Kriegssteuer usw. 400 Millionen. Wirtschaftet die Regierung sparsam, wie sie seit Ausbruch des Krieges getan hat, so kann sie mit 180—200 Mill. jährlich auskommen. Es bleiben ihr also immerhin jährlich 100—120 Millionen zur Schuldendeckung zur Verfügung. Aber es harren so viele neue Aufgaben der Lösung im eigenen Lande, daß sie mit obiger Summe nicht auf die Dauer längerer Jahre wird rechnen dürfen. Ganz von selbst bietet sich hier nun der Ausweg dar, die neuen Besitzungen, Sachalin, Korea, Liaotung und Mandschurei zur Deckung der großen Schuldenlast heranzuziehen. Große Hoffnungen setzt man besonders auf die Fushun-Kohlenmine in der Mandschurei, deren Wert allein auf 1200—1500 Mill. Yen herausgerechnet wird. Ferner hat Japan ja die ostchinesische Eisenbahn bis Changchun, 782 km., von Rußland gewonnen. Diese hat Rußland 76,222.471 Rbl. gekostet. Wenn erst die Zweiglinie nach Fushan fertig sein wird, hofft man auf Erträge.

Nun steht es aber ferner außer Zweifel, daß Japan in seinen Rüstungen nicht plötzlich stillhalten kann. Das Arsenal in Tokio hat nach dem Friedensschluß nur einen einzigen Tag Ruhe gehalten. Seitdem geht das Hämmern und Schmieden, das Schließen und Waffenprüfen ununterbrochen weiter. Das Projekt zur Erweiterung der Arsenals über einen bisher von Bürgerhäusern besetzten Platz ist schon in der Ausführung begriffen: es wird eben weiter gerüstet. Und

das alte Kriegsmaterial muß doch auch durch neues ersetzt werden.

Zu all dem braucht Japan aufs neue Geld und immer wieder Geld. Eine neue Anleihe von 400 Millionen im Auslande ist so gut wie sicher. Nun ist seit Beginn des Krieges die Schuldenlast um das Fünffache pro Kopf gewachsen, die Steuern aber um das Doppelte. Vergleichen wir es mit Deutschland. Die Gesamtsumme der Steuern in Deutschland beträgt 451,680.000 Yen, das macht auf den Kopf 6·30 Yen. Das erscheint auf den ersten Blick natürlich noch immer gering, — aber der Japaner ist arm! Für ihn bedeuten 6·30 Yen etwa das Doppelte wie für den Deutschen seine 8 Yen. Und Japan hat zudem eine ganz ungeheure Exportsteuer zu tragen. Während in Deutschland auf 100 Yen Export nur 17 Yen kommen, so in Japan 103 Yen. Ein noch bedenklicheres Bild tritt aber vor Augen, wenn wir die Export- und Importziffern des letzten Jahres in Betracht ziehen. Die Ziffern für die letzten Jahre (1905 nach den Ergebnissen des ersten Halbjahres) sind die folgenden:

Export: 1903: 125,918.757, 1904: 137,465.703, 1905: 142,767.953.

Import: 1903: 166,048.828, 1904: 182,634.872, 1905: 286,462.862.

Es wird ein schwieriges Problem sein, den Ausfluß des Goldes aus Japan so zu balanzieren, daß nicht ein plötzlicher Kurssturz eintritt. Was im Verlauf des Krieges durch geschickte Operationen und durch Gewaltanstrengungen der Regierung verhütet worden ist, — wie leicht könnte das jetzt eintreten, wenn dem nicht durch noch größere Geschicklichkeit und Anstrengungen von seiten der Regierung vorgebeugt wird! So sehr man sich bisher dagegen gesträubt hat, fremdes Kapital in das Land zu lassen, — jetzt wird man sich doch dazu bequemen müssen. Den Anfang macht die Tanko-Bahn in Hokkaido, die eine Anleihe von 10 Millionen in England aufzunehmen im Begriff steht und von einer Vergrößerung ihrer Aktienscheine abgesehen hat, weil sie hofft,

fremdes Geld zu billigerem Preise zu bekommen, als sie es augenblicklich im eigenen Lande zu erhalten vermag.

Ein Zweig des japanischen Verkehrs und Handels hat allerdings im Kriege einen bedeutenden Aufschwung genommen, der sicherlich nicht beim Ausbruch des Krieges erwartet werden konnte: die Schiffahrt. Sie hat das ausschließlich der günstigen Lage, in der Japan sich vom Anfang des Krieges an befand, zu verdanken, daß nämlich die Herrschaft zur See nie ernstlich gefährdet war. Japan verfügt am Ende des Krieges über mehr Handelsdampfer als beim Ausbruch desselben. Dazu haben nicht nur Neuankäufe und Bauten im eigenen Lande beigetragen, sondern vor allem auch die Prisen, die Japan der Krieg eingetragen hat. Diese belaufen sich auf 55 Schiffe mit 134.721 Tonnen Gehalt. Man kann gewiß sein, daß dieser Zweig des japanischen Handels nach dem Kriege einen noch viel bedeutenderen Aufschwung nehmen wird. Korea, Liaotung, China, die Mandschurei mit ihren Häfen stehen Japan nunmehr offen, und die japanischen Schiffahrtsgesellschaften beginnen bereits heute, sich kräftig zu regen und ihren Verkehr nach den neuen Plätzen auszudehnen.

Anfangs Juli 1904 berichtete „Revue de deux mondes“ über die Finanzlage beider Gegner folgendes: Zunächst werden die Budgetanschläge der beiden Länder für das laufende Jahr verglichen, wobei sich folgende Ziffern ergeben:

Einnahmen:

| | Millionen Francs | |
|---|---|---|
| | Rußland | Japan |
| Direkte Steuern | 360 | 156 |
| Indirekte Steuern | 1.124 | 247 |
| Regalien | 3.073 | 135 |
| Zölle | 277 | 35 |
| Verschiedene Einahmen | 451 | 18 |
| Ordentliche Einnahmen | 5.285 | 591 |
| Außerordentliche Einahmen | 531 | 51 |
| Insgesamt | 5.816 | 642 |

Ausgaben:

| | Millionen Francs Rußland | Japan |
|---|---|---|
| Kaiserlicher Hof | 43 | 8 |
| Ministerium des Äußern | 16 | 5 |
| Ministerium des Innern | 307 | 28 |
| Finanzministerium | 993 | 48 |
| Schuldentilgung | 772 | 107 |
| Armee | 964 | 97 |
| Flotte | 304 | 56 |
| Juztizministerium | 136 | 28 |
| Unterrichtsministerium | 117 | 13 |
| Landwirtschaft und Industrie | 133 | 8 |
| Verkehrswesen | 1.263 | 56 |
| Verschiedene Ausgaben | 202 | — |
| Ordentliche Ausgaben | 5.250 | 454 |
| Außerordentliche Ausgaben | 566 | 168 |
| Insgesamt | 5.816 | 622 |

Diese ursprünglichen Budgets wurden nach dem Ausbruche des Krieges verändert, indem in verschiedenen Ressorts Ersparnisse zur Deckung der Kriegskosten gemacht wurden. Rußland schloß bald darauf eine Anleihe von 300 Mill. Rbl. ab, obwohl das keineswegs dringend notwendig war, denn der Goldvorrat war ein sehr bedeutender und überwog die Gesamtsumme der im Umlauf befindlichen Kreditbillette. In letzterer Beziehung werden folgende Ziffern angeführt:

| Datum neuen Stils | Im Umlauf befindliche Kreditbillette | Goldvorrat der Staatsbank | Laufende Rechnung d. Reichsrentei |
|---|---|---|---|
| | Millionen Rubel | | |
| 5. Feber | 589 | 914 | 377 |
| 29. Feber | 611 | 913 | 409 |
| 29. März | 626 | 868 | 362 |
| 6. Mai | 645 | 844 | 279 |
| 14. Juni | 666 | 913 | 281 |

In Japan dagegen war der Goldvorrat zu Beginn des Jahres nicht größer als 120 Mill. Yen (1 Yen = etwa 2 Rubel), während die Gesamtsumme der zirkulierenden Kreditbillette 233 Mill. Yen betrug. Schon vor Ausbruch des Krieges war also in Japan das Verhältnis ein weit ungünstigeres als in Rußland. Gleich in den ersten Monaten des Kriegsjahres mußte Japan in den Vereinigten Staaten für gelieferte Kriegsvorräte bedeutende Zahlungen in Gold machen (vom

Dezember 1903 bis zum Mai 1904 — 56 Mill. Yen), während für 200 Mill. Yen Kreditbillette im Umlauf verblieben. Der Mangel an Barmitteln zwang Japan, schon im Laufe der ersten Kriegswochen eine innere Anleihe zu machen, worauf eine auswärtige, in England und Nordamerika kontrahierte Anleihe folgte. Die Bedingungen derselben waren viel ungünstiger als die der russischen Anleihe.

Der Beginn und bisherige Verlauf des Krieges hat auch den Kurs in sehr ungleicher Weise beeinflußt: während der Kurs des Rubels sehr fest steht, hatte der Kurs des Yen Schwankungen in der Höhe von bis zu 2% aufzuweisen, wie folgende Tabelle zeigt:

Kotierung des Rubels in Paris:

| | |
|---|---|
| 5. Jänner | 2·65 Franks |
| 15. Feber | 2·63¼ „ |
| 14. März | 2·65⅝ „ |
| 13. April | 2·65¼ „ |
| 16. Juni | 2·66¾ „ |

Kotierung des Yen in London:

| | |
|---|---|
| 30. Dezember 1903 | 2 Sh. 0 9/16 d. |
| 20. Jänner 1904 | 2 „ 0 5/16 „ |
| 10. Feber | 2 „ 0 1/16 „ |
| 2. März | 2 „ 0 1/16 „ |
| 6. April | 2 „ 0 1/16 „ |
| 8. Juni | 2 „ 0¼ „ |

Aus allem obigen geht hervor, daß der ungünstige Einfluß des Krieges auf die Finanzlage in Japan ein ungleich größerer sein wird als in Rußland.

Am 28. Jänner 1906 brachten die Börsenblätter folgenden Bericht. Neue japanische Anleihe. Unter dieser Spitzmarke kam jüngst nachstehende Reutermeldung aus London. „Nach einer Reuter-Depesche aus Tokio dürfte die japanische Regierung im Laufe des nächsten Budgetjahres mindestens 20 Mill. £ auf dem Anleihewege aufzubringen haben. Das Budget schließt im ganzen mit einem Defizit von 79 Mill. £ ab. Die Regierung hofft davon 44 Mill. £ durch

Kriegssteuern. Verkäufe von Vorräten und Rückzahlungen von seiten Rußlands zurückzuerhalten. Außer den bereits erwähnten 20 Mill. £ dürften 15 Mill. £ neue Staatsschuld behufs Geschenke an sich im Kriege ausgezeichnete Japaner geschaffen werden. Dazu sendet uns unser Londoner Rb.-Mitarbeiter nachstehende Notiz: „Der Fehlbetrag stellt sich auf nur 438,527.060 Yen, wovon aber 150 Mill. Yen Kriegsbelohnungen an Armee und Flotte betreffen, die in inneren Bonds bezahlt werden sollen. Außerdem stehen an Eingängen in Aussicht 20 Mill. Yen Überschuß aus der jüngsten 4% Anleihe, 50 Mill. Yen russische Zahlung für Verpflegung der Kriegsgefangenen. Alsdann verbliebe noch ein Fehlbetrag von 218 Mill. Yen, der durch eine innere Anleihe aufgebracht werden soll. Es ist aber ferner zu berücksichtigen, daß die in den außerordentlichen Ausgaben eingestellte Rückzahlung der 6% äußeren Anleihe von 22 Mill. £ (220 Mill. Yen) vorläufig gar nicht in Betracht zu kommen braucht, da diese Anleihen erst in 1907 tilgungsfähig werden.“ Die Staatsausgaben Japans 1906 waren 211,973.848 Yen. Das Kriegsbudget belief sich Ende 1905 auf 1356 Mill. Yen. Japans Staatsschuld war Ende März 1904, also vor dem Kriege 994,437.346 Yen. Im Präliminare für 1906 sind angegeben für die:

Zinsen der Staatsschuld . . . . . . 35,883.964 Yen
das Heer . . . . . . . . . . . . . . 39,495.746 „
die Marine . . . . . . . . . . . . . 23,955.265 „

(1 Yen ungefähr 2 Rubel.)

Über die Schuldenlast Japans gaben die Börsenblätter Anfangs 1905 folgenden Bericht. Angesichts der mit so bedeutendem Erfolge durchgeführten Neuemission von 150,000.000 Dollars 4½perzentiger Tabakmonopol-Anleihe dürfte nachstehende Zusammenstellung, die wir dem mit der letzten Post eingetroffenen „Wall Street Journal“ über die Schuldenlast Japans entnehmen, von Interesse sein. Seit Beginn des Krieges hat Japan 450,000.000 Doll. Anleihen aufgenommen und dadurch seine Verschuldung von 296,938.785 Doll. vor dem Kriege auf 746,938.785 Doll.

erhöht. Es wurden nämlich aufgenommen: zwei fünfperzentige innere Anleihen zu je 50,000.000 Dollars, eine fünfperzentige innere Anleihe per 40,000.000 Doll., eine sechsperzentige innere Anleihe per 50,000.000 Dollars, ferner zwei äußere Anleihen zu 6 Perzent mit zusammen 110,000.000 Doll. und die neueste $4^1/_2$perzentige Anleihe von 150,000.000 Doll. Vor dem Kriege waren ausstehend 296,938.785 Doll., so daß sich die Gesamtsumme aller Anlehen auf 746,938.785 Dollars stellt. Bekanntlich ist der Londoner Markt an allen japanischen Werten stark interessiert und werden dort folgende Anleihen offiziell notiert: die fünfperzentigen Anleihen von 1897 und 1902, die vierperzentige Anleihe von 1899, die sechsperzentige Anleihe von 1904, die sechsperzentige zweite Anleihe von 1904 und die $4^1/_2$perzentige Anleihe von 1905, das sind zusammen 356,500.000 Doll., oder ziemlich die Hälfte der Schulden Japans. Die Zinsen und Amortisationsquoten auf alle diese Anleihen erfordern den Betrag von rund 35,000.000 Doll. Wenn dieses auch eine starke Belastung ist, so scheint das Budget Japans doch leicht die Möglichkeit zu bieten, den Staatsverpflichtungen nachzukommen. In dem Voranschlag per 31. März 1905 balancieren nämlich Einnahmen und Ausgaben wie folgt: Einnahmen 114,928.000 Dollars (wovon 6,000.000 Dollars außerordentliche), Ausgaben 111,590.155 Doll., also Überschuß 3,337.845 Doll. Vorgesehen sind für Verzinsung der Anleihen allerdings nur 20,604.590 Doll., was hinter den Zinserfordernissen genau 12,000.000 Doll. zurückbleibt, doch ist die Möglichkeit des Staates zur Erhöhung der außerordentlichen Einnahmen eine so große, daß dieselben z. B. im Jahre 1900/01 über 50,000.000 Doll. betrugen gegen den Voranschlag von 6,000.000 Doll. Ferner waren in den Jahren 1900, 1901, 1902 die gesamten Staatseinkünfte um 20,000.000 Doll. höher als im vorliegenden Staatsbudget. Beispielsweise wird — so führt das zitierte Blatt aus — das Tabakmonopol, welches unter den außerordentlichen Einnahmen mit 4,233.000 Dollars figuriert, durch das neue Tabakgesetz rund 16.000.000 Dollars erbringen.

## Banken und Aktiengesellschaften.

Ende Jänner 1905 kam aus Jokohama folgender Bericht. In hiesigen Bankkreisen macht sich eine starke Besorgnis geltend, daß Japan trotz aller Bravour und aller unbestreitbaren Erfolge sich doch zu viel vorgenommen habe. Man hört ungeschminkt die Überzeugung aussprechen, daß Japan, wenn es nicht im ersten Jahre des Krieges geschlagen worden ist, notwendigerweise im zweiten unterliegen muß infolge der Unmöglichkeit, sich die für den Ankauf von Kriegsbedarf, Lebensmitteln u. s. w. nötigen Summen, die es zur Fortführung des Kampfes unbestreitbar braucht, in Gold zu beschaffen. Man kann sich von den Ausgaben und den Einnahmequellen für das Gold in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ein ganz gutes Bild machen und man kann so auf zwei oder drei Monate genau die Grenze festsetzen, an der Japan stehen bleiben muß, wenn keine Überraschung dazwischen kommt.

| | Yen |
|---|---|
| Ende Dezember 1903 betrug die Goldreserve der Nippon Ginko . . . . . . | 112,000.000 |
| Spezielle Reserven waren . . . . . . . . | 50,000.000 |
| Erste Anleihe 1904 10 Mill. Pfund à 88 . | 88,000.000 |
| Zweite Anleihe 1904 12 Mill. Pf. à 86·75 | 104,100.000 |
| Ertrag der Goldminen, freiwillige Beiträge . . . . . . . . . . . . . . . . . | 5,900.000 |
| Zusammen . . . | 360,000.000 |

In den ersten neun Monaten haben die Zahlungen in Gold beansprucht:

| | Yen |
|---|---|
| Verminderung der Bankreserve . . . . . | 17,000.000 |
| Spezialreserven . . . . . . . . . . . . . . | 50,000.000 |
| Erste ausländische Anleihe 1904 . . . . | 88,000.000 |
| Diverse . . . . . . . . . . . . . . . . . | 5,900.000 |
| Zinsen für alte und neue Anleihen . . . | 7,000.000 |
| Kriegsbonds, ausgegeben in Korea und der Mandschurei . . . . . . . . . . . | 32,000.000 |
| Zusammen . . . | 199,900.000 |

also etwa die Hälfte der Kriegskosten.

Auf einem anderen Wege kommen wir zu demselben Ergebnis:

| | Yen |
|---|---|
| Goldverschiffungen b. Ende Oktober 1904 . | 90,000.000 |
| Erste Anleihe 10 Mill. Pfund . . . . . . . | 88,000.000 |
| Rest der 50 Mill. Anleihe 1902—03 . . . | 20,000.000 |
| Zusammen . . | 198,000.000 |

Dazu kommen die in der Mandschurei ausgegebenen Bons, welche unter Zwangskurs von der Yokohama Specie Bank in Niutschwang, Tientsin, Liaojang, Seoul u. s. w. entweder in Silberbarren (Sycee) oder in Tratten auf Schanghai eingelöst werden müssen. In Schanghai kann aber die Specie Bank sich die Fonds, um das Silber anzukaufen oder um die Tratten ihrer Agenturen zu honorieren, nur verschaffen, indem sie Tratten auf London ausgibt. Es kommt also auf Zahlung in Gold zurück. Diese Bons belaufen sich auf 30—40 Mill. Yen.

Indem wir annehmen, daß die Ausgaben in Gold nur die Hälfte der gesamten Ausgaben sind, bleiben wir ohne Zweifel hinter der Wahrheit zurück. In Zeitungen konnte man die Angabe finden, daß ein Drittel der Ausgaben des Krieges in Japan ausgezahlt worden sind. Bleiben also für das Ausland: zwei Drittel. Wir würden also schon Ende November 1904 im Maximum noch 160 Mill. Yen in Gold haben. Bleiben die Verhältnisse wie bisher, rechnen wir den täglichen Bedarf auf 1 Mill. Yen, so hätte Japan von da ab 160 Tage, für die seine Ausgaben gedeckt wären. (Für die ersten neun Monate beträgt die Ausgabe 400 Millionen, im In- und Auslande und seit einiger Zeit täglich 2 Mill., von denen die Hälfte, d. h. 1 Million, wie wir gesehen haben, in Gold gezahlt werden müssen.)

Da die angeführten 160 Millionen die Reserve der Bank von Japan in sich schließen, so ist es wahrscheinlich, daß in drei oder vier Monaten die Zahlungen aufhören werden und daß man bloß noch Papiergeld haben wird. Das wird auf die Anleihen, die durch die Zölle garantiert sind, keine allzu große Wirkung ausüben, dann wenn die Regierung ihren

Verpflichtungen nachkommen will, wird sie die Zahlung der Zölle in Gold verlangen. Jede andere Anleihe dagegen, z. B. auf die Eisenbahnen, würde allen möglichen Schwankungen ausgesetzt sein, und diese wären nicht unbeträchtlich in einem Lande, in dem absolut weder Gold noch Silber in Umlauf ist, noch Schmucksachen und dergl. in diesen Metallen in erheblichem Umfange vorhanden sind.

Nehmen wir indessen an, es gelänge, noch eine neue Anleihe, 20 Mill. Pfund, zu einem Kurse von $86^3/_4$ unterzubringen, so wären das $173^1/_2$ Mill. Yen, von denen man wieder 173 Tage den Krieg weiter spinnen könnte. Also auf neun Monate (160 + 173 Tage) wäre man gedeckt. Es ist schwer zu sehen, womit man diese neue Anleihe garantieren könnte. Das Kampfermonopol trägt nur 3 Mill. Yen, und das ist noch durch den künstlichen Kampfer bedroht, den man in großem Maßstabe in Amerika fabrizieren will. Im Jahre der Ozaka-Ausstellung, 1902, haben die Eisenbahnen folgende Resultate ergeben:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Einnahmen. | Reisende . . . . | 28,617.000 | Yen |
| | Gütertransport . | 17,206.000 | „ |
| | | 45,823.000 | Yen |
| Ausgaben . . . . . . . . . . | | 23,649.000 | „ |
| Brutto-Überschuß . . . . | | 22,183.000 | „ |
| Dazu Reichs-Zuschuß . . . | | 2,112.000 | „ |

Die letzte Anleihe vom November 1904 kam zu einem Kurse von $86^3/_4$ heraus. Zinsen auf den Nominalbetrag waren 6 pZt. Umgerechnet ergibt das einen wirklichen Zinsfuß von 8 pZt. Wenn nun neue Anleihen nicht noch ungünstigere Bedingungen bekommen, was nur zu wahrscheinlich ist, so könnten die Eisenbahnen eine Anleihe von 15 bis 20 Mill. Pfund zu 8 pZt. garantieren, also 16 Mill. Yen jährlich. Aber diese Garantie schwebt in der Luft. Die Golddecke ist leider dazu verurteilt, in einigen Monaten zu schwinden, das schon so arme Land ruiniert sich mehr und mehr. Fast zwei Drittel der Einnahmen der Eisenbahnen kommen von Reisenden, diese Einnahme läßt natürlich nach. An wen soll man sich

ferner halten, um die Garantie zu effektuieren? An die japanischen Gerichte? Man wird keinen japanischen Advokaten finden, der Lust hätte, gegen seine Regierung zu plädieren. Und um Japan zur Zahlung zu zwingen, braucht man sich erst gar nicht den kriegerischen Geist des Volkes, die Macht seiner Flotte und seines Heeres vor Augen zu führen.

Wir haben bis jetzt die täglichen Ausgaben auf 2 Mill. Yen angenommen. Aber das ist nicht sicher. Rußland ist dabei, seine Truppenzahl in der Mandschurei auf 500.000 und 600.000 zu erhöhen. Japan wird dann dasselbe tun müssen und die Ausgaben erhöhen sich damit auf $2^1/_2$ und 3 Mill. Yen täglich. also $1^1/_2$ Mill. in Gold.

Japan kann seine Lage nicht verbessern. Seit 1895 übersteigt der Import den Export bei weitem. Von diesem Betrag ist es selbstverständlich ein gut Teil dem Auslande schuldig geblieben. Das ist leicht erklärlich. Die Exporte werden vor der Verschiffung in Bar bezahlt. Die Importe dagegen werden bezahlt in sechsmonatlichen Tratten, und diese werden noch oft prolongiert. Japan schuldet dem Auslande wahrscheinlich mehr als die Hälfte seines Jahres-Imports, also 160—180 Mill. Yen, wozu die Gehälter für die hiesigen Vertreter und Vermittler kommen.

Nun könnte man meinen, Japan sei in der Lage, seinen Export zu steigern und den Import einzuschränken. Dem ist nicht so.

| | | |
|---|---|---|
| Der Import hat sich 1903 belaufen auf | 317,000.000 | Yen |
| der Export auf . . . . . . . . . . . | 289,500.000 | „ |
| macht eine Differenz von . . . . . | 27,500.000 | Yen |

Von den 289 Mill. Yen, die durch Export gedeckt sind, kommen auf:

| | | |
|---|---|---|
| Reis und andere Nahrungs- und Futtermittel . . . . . . . . . (hat sich in den ersten 9 Monaten 1904 nicht vermindert) | 95,000.000 | Yen |
| Rohbaumwolle . . . . . . . . . . . | 70,000.000 | „ |
| Metalle . . . . . . . . . . . . . . . | 27,000.000 | „ |
| Chemikalien, Arzneimittel . . . . . | 6,000.000 | „ |
| Zusammen: | 198,000.000 | Yen |

Bleiben also für Zucker, Petroleum,
Wolle u. s. w. . . . . . . . . . . 91,500.000 Yen

Diese letztgenannten Artikel lassen sich vielleicht auf die Hälfte einschränken; aber wo bleibt dann die Garantie durch die Zölle?

Auf alle Fälle macht das alles nicht mehr als 40 bis 50 Millionen, und es ist nicht leicht zu sagen, welchen Rückschlag das auf Handel und Industrie ausüben würde. In den ersten zehn Monaten 1904 überstieg der Import den Export gerade um 45 Mill. Unter allen Exportartikeln ist der einzige noch steigerungsfähige die Seide. Aber die wird ja schon fast gänzlich exportiert, im Lande bleibt nur für 23—27 Mill. Yen. Das wäre also das Höchste, was man noch mehr ausführen könnte. Da indessen die Seide ein Luxusartikel ist, würde ein reicheres Angebot auch sofort ein Wanken des Preises mit sich bringen.

Der einzige Exportartikel, der in Japan gut voran gekommen ist, ist Baumwollgespinst. Leider fehlt es den japanischen Spinnereien an Kapital und erfahrenen Leitern, sie sind in den Händen von Banken, die ihnen Geld geliehen haben, und nur mit Reichsunterstützung sind sie 1900 vor dem Zusammenbruch gerettet worden. Die schlecht bedienten Maschinen nutzen sich sehr schnell ab und es sind keine Reserven für Neuanschaffungen da. Diese von der Regierung geschaffene und mit Hilfe der chinesischen Kriegsentschädigung von 1894/95 unterstützte Industrie wird nach fünf bis zehn Jahren zum größten Teil wieder verschwunden sein, wenn die Regierung, wie wahrscheinlich ist, ihre Subsidien zurückziehen wird.

In den letzten Jahren hat sich die japanische Handelsflotte sehr entwickelt, dank einer Reichsunterstützung von 8 Mill. Yen. Von diesen 8 Mill. Yen floß die Hälfte als Dividende in die Taschen der Schiffahrtsgesellschaften, die andere Hälfte gestattete Verluste zu decken und den Industriellen durch Frachtvergütungen indirekte Prämien zuzuwenden.

Auf 20 Mill. jährlich schätzt man die Summe in Gold, welche die Touristen im Lande lassen. Diese

Summe fehlte im vorigen Jahre, und so wird es bleiben, solange der Krieg dauert.

Die Zinsen der auswärtigen Schuld sind bereits auf 20 Millionen in Gold für das Jahr gestiegen. Es scheint daher nicht übertrieben, zu sagen, daß die Golddecke spätestens im August oder September 1905 verschwinden wird, vorausgesetzt, daß Japan noch eine neue Anleihe im Auslande unterbringt; gelingt dies nicht, schon im März oder April. Der Krieg kann nach diesen letzten Daten höchstens noch zwei oder drei Monate fortgesetzt werden. Der endliche Termin, sei er näher oder ferner, hängt schließlich davon ab, was die russische Armee und Marine macht. Verstärken die Russen ihr Heer auf 500.000—600.000 Mann, müssen die Japaner dasselbe tun. Werden während kurzer Zeit häufige blutige Schlachten geliefert, so steigen die Ausgaben für Munition, Verpflegung, Transport, Verwundeten-Versorgung, Nachschub u. s. w. noch viel höher als wir angenommen haben. Die russische Ostseeflotte wird schon einen großen Einfluß haben, wenn sie auch keine einzige Schlacht schlägt. Frachten und Seeversicherung steigen auf Kriegsrisiko, und die Kosten aller aus dem Auslande kommenden Waren steigen beträchtlich. Handel und Industrie leiden darunter in gleicher Weise. Schon ehe diese Flotte den Suezkanal durchfuhr, merkte man eine Tendenz, gewisse Lebensmittel in großen Massen aufzukaufen. Die Baumwolle kommt hauptsächlich aus Indien, und da sie Konterbande ist, läßt sich eine Teuerung in Baumwolle vorhersehen. Dasselbe gilt vom Reis u. s. w.

Was wird das Schicksal von Japans Gläubigern nach dem Kriege sein?

| | | |
|---|---|---|
| Die innere Schuld beträgt bereits . | 800,000.000 | Yen |
| Jährliche Zinsen rund . . . . . . | 40,000.000 | „ |
| Äußere Anleihen (Nov. 1904) . . . | 367,000.000 | „ |
| Jährliche Zinsen rund . . . . . . | 20,000.000 | „ |

Die Regierung nimmt schon jetzt an, daß sie mindestens 500 Mill., davon 200 Mill. im Auslande, wird aufnehmen müssen. Das steigert die Zinsen der inneren Schuld wieder um 15 Mill., die der auswär-

tigen um 12 Millionen, wenn man die Kursverhältnisse ganz unberücksichtigt läßt. So hätten wir also im ganzen:

| | |
|---|---|
| Zinsen der inneren Schuld . . . | 55,000.000 Yen |
| Zinsen der auswärtigen Anleihe | 32,000.000 „ |
| | 87,000.000 Yen. |

Ein Betrag, der gerade der Gesamteinnahme der Regierung im Rechnungsjahre 1894—95 gleichkommt!

Das Land ist seitdem ärmer geworden. Das läßt sich leicht nachweisen. Die Bevölkerung ist seit 1894 um $4^1/_2$ Mill. gestiegen. Die Zolleinnahmen hätten sich im Verhältnis zu der Bevölkerungszunahme und dem zunehmenden Wohlstand steigern müssen. Das Gegenteil fand wirklich statt. Die Zolleinnahmen sind heruntergegangen. Der Kurs der Staatspapiere und der besseren Bankaktien, der Aktien der Schiffahrtsgesellschaften, der Eisenbahnen u. s. w. gehen seit 1894 konstant herunter. Der Verbrauch an Tee, die Verwendung der Seide, die im japanischen Leben eine so große Rolle spielen, daß man ihren Verbrauch als Barometer des Wohlstandes ansehen kann, haben stark abgenommen. Die landwirtchaftliche Produktion hat etwas zugenommen; aber das wird ungefähr ausgeglichen durch eine Zunahme des Imports an Düngemitteln, die 12 Mill. Yen beträgt. Die Herstellung von Geweben aller Art, Seide, Baumwolle mit Seide gemischt, Baumwolle, Hanf u. s. w. betrug im Jahre 1895: 96 Mill. Yen, im Jahre 1902 waren es 151 Mill., also eine Zunahme von 55 Mill., sie zeigt eine wieder abnehmende Tendenz. Die Zunahme der Bergwerksproduktion übersteigt nicht die Summe von 20—25 Mill. Die Produktion der Rohseide war 1902: 11,158.800 Kin (1 Kin gleich 600 g.), gegen 10,020.700 Kin im Jahre 1895. Zunahme 1,138.100 Kin gleich etwa 10 Mill. Yen. Die Zunahme der Baumwollspinnerei beträgt etwa 65 Mill., aber die Einfuhr der Rohbaumwolle hat sich um 50 Mill. gesteigert. Dazu kommt, daß die Seide und der Baumwollfaden zum großen Teil doppelt verwendet werden. Es kommen dazu noch einige Millionen Zunahmen anderer Ar-

tikel von geringerer Wichtigkeit. Die Einfuhr von Stoffen erster Notwendigkeit hat sich um 100 Mill. gehoben, und da die Bevölkerung sich alle zwei Jahre um 1 Mill. vermehrt, so muß auch jene Importzunahme noch immer weiter steigen.

Japan wird in kurzer Zeit dahin kommen, daß es die Zinsen seiner Schuld nicht mehr bezahlen kann, speziell der Schuld in Gold. Zwischen seine Gläubiger gestellt, die gelben und die weißen, wird die Regierung nicht schwanken, und wenn sie schwanken wollte, wird das Volk nicht schwanken. Ruiniert, alles belastet, keine Aussicht, neue Anleihen im Auslande aufzunehmen — würde es einen doppelten Vorteil sehen, wenn es seine fremden Gläubiger nicht bezahlt. Man würde mit einem Schlage jährlich 32 Mill. sparen, und man hätte dazu die Genugtuung, die „Barbaren“ recht empfindlich zu kränken.

Das wäre ja übrigens ganz logisch. Mit Recht oder mit Unrecht, jedenfalls glauben die Japaner, daß England und Amerika sie in diesen unseligen Krieg getrieben haben. Das war ihre Ansicht vor dem Kriege. Was wird sie nachher sein, wenn der Krieg nicht mit einem Unglück endet? Sie werden es recht und billig finden, daß die Engländer und Amerikaner auch ihren Anteil an dem Abenteuer zahlen. Die japanischen Staatsmänner haben bis zu diesem Kriege viel recht gesunden Menschenverstand gezeigt. Es ist wohl möglich, daß sie zu gelegener Zeit einsehen, es gibt einen Punkt, den sie nicht überschreiten dürfen. So ist es möglich, daß der Krieg schneller endet als man glaubt. In der Tat, wenn die Japaner bis zur letzten Grenze gehen, so werden sie schließlich leere Arsenale, eine geschwächte Flotte, hart mitgenommene Heere, ein ruiniertes Land haben. Sie werden auf lange Jahre den „weißen Barbaren“ schutzlos gegenüberstehen. Ihre Klugheit wird sie nötigen, zu handeln, ehe es so weit gekommen ist, ehe ihr Staat zum Rang der Türkei herabgesunken ist, und ehe sie selbst wie Chinesen behandelt werden.“

Dieser Bericht ist Anfangs Feber 1905, also einen Monat vor der Schlacht bei Mukden geschrieben. Diese Ausführungen eines gründlichen Kenners Japans sind äußerst wichtig.

Über die Mobilisierung der gelben Rasse brachte die „Gegenwart“ am 18. November 1905 folgende Betrachtung. „Die Siege der Japaner sind nicht so glänzend wie manche Zeitgenossen glauben. Die russische Flotte stand kaum viel höher als die spanische, von den Nordamerikanern geschlagene Flotte; und zu Lande erinnerte die Lage der Japaner einigermaßen an die Siege, welche Pyrrhus und Hannibal in Italien, Darius I. und Napoleon I. in Rußland erfochten. Trotzdem kann und muß man sagen, daß der Krieg eine weltgeschichtliche Bedeutung hat.

1241 kamen die Mongolen bis Liegnitz. 1762 befürchtete Rousseau in seinem Contrat social (II. 8), die Tataren könnten Rußland und Westeuropa erobern. Ähnlich äußerte I. G. Droysen 1862 in einer Berliner Vorlesung, die Chinesen könnten dereinst Rußland erobern, Westeuropa von Osten her angreifen. Ich habe die Vorlesung selbst gehört. G. v. Schulze-Gävernitz, Professor der Staatswissenschaften in Freiburg i. B., wies bereits 1899 in seinen „Volkswirthschaftlichen Studien aus Rußland“ darauf hin, daß das Zarenreich wegen seiner asiatischen Politik und aus anderen Gründen dringende Veranlassung hat, sich freundlich zum Deutschen Reiche zu stellen. Am wichtigsten sind die Ausführungen des 1905 verstorbenen russischen Diplomaten Lessar und eines hochbegabten, 1840 geborenen, 1903 verstorbenen kurländischen Adeligen Ernst von der Brüggen. Lessar war nach seinem Freunde W. T. Stead, dem bekannten Herausgeber der Review of Reviews, gegen die Annexion der Mandschurei, weil er eine starke chinesische Einwanderung nach Sibirien befürchtete. Brüggen meinte in seiner 1902 in Leipzig erschienenen Schrift über Rußland, eine solche Einwanderung könnte nur mit Waffengewalt verhindert werden. Er gibt ferner an, daß in Ostsibirien auch Koreaner und Japaner gedeihen, daß deutsche (soll wohl heißen:

reichsdeutsche), baltische, esthnische Landwirte in Sibirien besser gedeihen, als Russen. Brüggen starb in Riga, wohin er von seinem Gute im Gouvernement Kowno zu einer Operation gekommen war, er scheint indes naturalisierter Reichdeutscher gewesen zu sein. Er lebte auch in Berlin und Dresden. Nach Zeitungsnachrichten soll ein Teil der Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten der russischen Mandschurei-Armee in Ostsibirien angesiedelt werden.

Selbst zur Zeit des Krieges, der russischen Niederlagen, stand der russische Kredit auf den großen westeuropäischen Börsen besser, als der japanische. Rußland ist wirklich mächtiger, an unentwickelten Hülfsquellen reicher als Japan; und es ist leichter, weniger schwer, zu zivilisieren als China. Auch das bekannte Attentat auf die chinesische Reformkommission hat gezeigt, wie mächtig daselbst die Reaktion ist. Selbst mit Unterstützung von Europäern, Amerikanern, Japanern werden die chinesischen Reformfreunde menschlichem Ermessen nach auf lange Zeit hinaus einen schweren Stand haben. Trotzdem bilden die Chinesen und Japaner, aus den oben angeführten Gründen, ein sehr bedeutsames Gegengewicht gegen die große, aber keineswegs unendliche, unermeßliche Macht Rußlands: ein großer Teil derselben ist überdies nötig, um in Polen und anderen Gegenden des Riesenreiches die Ruhe aufrecht zu erhalten oder wieder herzustellen.

Die beiden gelben Völker bilden ferner beachtenswerte Gegengewichte der Franzosen, Engländer (Australier) und Nordamerikaner. Französische Publizisten befürchten einen dereinstigen japanischen Angriff auf das französische Hinterindien. Diese Besorgnis mag unbegründet sein: auch die Chinesenfrage Englisch-Afrikas und Kanadas, des bis zum Stillen Ozean reichenden Dominion of Kanada, braucht nicht überschätzt zu werden; aber die Zukunft Australiens ist wirklich in Gefahr, wie auch englische Politiker zugeben. G. Scholefield wies z. B. 1905 im Nineteenth Century auf die Übervölkerung Japans, die Untervölkerung Australiens hin; er befürchtet einen dereinstigen Angriff Japans

(man könnte auch sagen: Japans und Chinas) auf Australien. Er rät daher, Polen, Skandinavier, Ungarn als Einwanderer zuzulassen. Das ist leicht gesagt, schwer getan. Sogar durch große Begünstigungen, wie billiges Land, temporäre Steuerfreiheiten etc., wären Millionen von tüchtigen Bauern und Handwerkern nicht so leicht nach dem entlegenen Australien zu ziehen. Unbemittelte und etwas besser gestellte Familien ziehen die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten, zum Teil auch nach Kanada (Manitoba), oder Südbrasilien und Argentinien vor. Australien hat nur 5·5 Millionen Einwohner, ein starkes Steigen ihrer Zahl ist wohl nicht so bald zu erwarten; und die englischen Steuerzahler werden schwerlich geneigt sein, um der schönen Augen der Australier wegen eine sehr starke Vermehrung der englischen Flotte zu bezahlen. Wenn die Japaner einmal, nach 50 oder 100 Jahren, Australien erobern wollen, so werden sie sich durch das heutige Bündnis mit England gewiß nicht abhalten lassen, es kann nach Jahrzehnten längst gekündigt sein.

Die Japaner werden nicht so töricht sein, die Philippinen anzugreifen. Es ist überhaupt nicht sicher, ob Japan oder China jemals mit den Nordamerikanern Krieg führen werden; aber Stoffe zu wirtschaftlichen und diplomatischen Konflikten sind in großer Zahl vorhanden. Man denke z. B. an die Chinesenfrage der Union und den chinesischen Boykott amerikanischer Waren. Auch Japaner werden als Arbeiter etc. nach Nordamerika kommen. In New-York gibt es bereits reiche japanische Kaufleute, und Japaner sollen bereits die Anlage einer Kolonie in Brasilien planen, natürlich einer Privatkolonie nach Art der dortigen deutschen Niederlassungen, nicht einer Staatskolonie. Selbst Persien und die asiatische Türkei mögen dereinst von einer chinesisch-japanischen Einwanderung bedroht sein, aber Deutschland und Österreich-Ungarn sind durch den riesigen, mächtigen Pufferstaat, Rußland von China und Japan getrennt, vor der gelben Gefahr geschützt. Bayern und Piemont waren einst ziemlich schwache Pufferstaaten zwischen Frankreich und

Österreich, ähnlich wie Persien und Afghanistan heutzutage nicht viel zu bedeuten haben. Auch ein mächtiges Land kann aber einem anderen mächtigen Lande wie ein Schild, ein Sperrfort, dienen. Wenn es z. B. keinen Deutschen Bund gegeben hätte, wenn Frankreich und Rußland Nachbarn gewesen wären, so hätten die Franzosen 1830 oder 1863 Polens wegen sicherlich Krieg mit Rußland angefangen. Ähnlich schützt Rußland das Deutsche Reich, überhaupt Westeuropa, vor China.

Englische Neider Deutschlands haben prophezeit, die Japaner werden Kiautschou angreifen. Letztere sind aber, in ihrer Art, verständige und maßvolle Politiker, die es wegen eines so kleinen Objektes nicht mit dem Deutschen Reiche verderben werden. Das ganze Gebiet ist größer als Reuß älterer Linie, kleiner als Reuß jüngerer Linie. Die gelben Völker nützen uns Reichsdeutschen sogar als Gegengewichte gegen Rußland, Frankreich, England, die Vereinigten Staaten. Letztere brauchen aus handelspolitischen und anderen Gründen, besonders wegen der gelben Gefahr, ein gutes Verhältnis zu Deutschland, England und anderen Mächten. Es wäre daher unklug, wenn die Yankees harmlose, in Südamerika angesiedelte Deutsche oder Engländer chikanieren wollten. Ein kollegialisches Verhältnis der drei großen germanischen Völker wäre im romanischen Amerika und anderswo viel richtiger; ähnlich wie Rechtsanwälte, Ärzte, Handwerker einer Stadt sich nicht bloß als Konkurrenten, sondern auch als Kollegen fühlen.

1905 plante man, gefrorene Amur-Lachse zu Wasser nach Hamburg und von da per Bahn nach Berlin zu bringen. Die Sache kann vielleicht gelingen, obgleich die Gefahr der ostasiatischen Konkurrenz nicht überschätzt werden darf. Es ist nicht zu erwarten, daß die beiden gelben Völker uns Getreide, Reis, Fleisch, Maschinen, Lokomotiven, Eisenbahnwaggons, Tuch, Leinwand u. s. w. senden werden. Eher kämen Baumwoll- und Seidenwaaren, Strohhüte, lackierte Waren usw. in Betracht, obgleich Geschmacksverschiedenheiten, die Frachten für den weiten Trans-

port und die bereits bestehenden Zölle wie Hemmschuhe wirken würden. Jedenfalls können Asiaten oder Amerikaner uns Europäern nicht „Alles“ liefern. Alles geliefert erhalten würde heißen, alles geschenkt erhalten, wie bereits Roscher hervorhebt. Eingeführte Waren werden zum größten Teil mit ausgeführten Waren, nicht mit Goldmünzen, Silbermünzen oder Barren bezahlt. Es kommt dabei auf die gesamte Ein- und Ausfuhr an. Ein Deutscher kann z. B. nach England liefern, und mit einem Londoner Wechsel auf einen asiatischen Platz seinen chinesischen oder japanischen Lieferanten bezahlen. Kurz, die Völker des Dreibundes, die Deutschen, die Österreicher, die Ungarn, die Italiener und andere Europäer haben keine Veranlassung, die wirkliche oder vermeintliche gelbe Gefahr zu überschätzen. Es ist auch zu beachten, daß die Macht Rußlands und Westeuropas voraussichtlich durch verschiedene wirtschaftliche und andere Reformen gehoben werden wird. Schon die Frage der relativen Übervölkerung wird zu solchen Fortschritten drängen. Durch die Streiks der Eisenbahner und durch andere Agitationen ist die chronische Krisis Rußlands zu einer akuten Krisis geworden; aber gerade deshalb ist es wahrscheinlich, daß in einer nicht fernen Zukunft eine Ordnung dieser oder jener Art zu Stande kommen wird, weil die Arbeitgeber und die Arbeitermassen, besonders die Letzteren, Ruhe und Ordnung brauchen, um ihr Brod zu verdienen, ihr Leben zu fristen.

Wie weit der Größenwahnsinn der Japaner gediehen ist, davon hier ein Beleg. Das „Berliner Tagebl.“ brachte am 9. Juli 1905 folgenden Artikel. „Japan das Zentrum der Welt.“ (Von unserem Korrespondenten.) Tokio, Ende Mai. In meinem letzten Briefe habe ich Ihnen etwas von der zu befürchtenden Überhebung der Japaner geschrieben. Nichts ist ja leichter verständlich und verzeihlich, als daß eine Nation nach solchen riesigen und zum Teil unerwarteten Erfolgen, wie in dem jetzigen Kriege, in eine Art Siegestaumel gerät. Es ist, als wenn jemand, der vorher nie schweren Wein genossen hat, plötzlich

alten schweren Ungar in die Hände bekommt und nun, im steigenden Rausche, sich für einen Halbgott hält. Interessant aber ist es für uns Fernstehende, den einzelnen Entwickelungsphasen dieses Rausches zuzuschauen und den Dithyramben der Trunkenen zu lauschen. Hören wir also:

In den Nummern 13 und 14 des „Jidai shichò“, einer Zeitschrift, in der die höchsten Ideale behandelt werden, schreibt ein Herr Yamada Chiò unter der Überschrift „Japan, das Zentrum der Welt“, nachdem er in einer Einleitung die Unterschiede der nationalen Ideen und derjenigen des Auslandes auseinandergesetzt hat, folgendes:

„Sollen wir denn die nationalen Ideen Gefahr laufen lassen, von den kosmopolitischen aufgesaugt zu werden? Soll denn Japan enden durch Aufgehen in der Masse der anderen Völker? Und soll sich die Prophezeiung des Nichiren, unseres großen Philosophen, nicht erfüllen, die da heißt: „Die höchsten Ideen aller Länder werden sich in Japan vereinigen, und hier, unter dem Einflusse der Religion Japans, die einzige und wahre Zivilisation erzeugen, die die ganze Welt annehmen wird.“ Das ist die Mission Japans, deren wir uns ewig bewußt bleiben müssen. Alle anderen Ideen, die dieses Bewußtsein stören könnten oder dieser Mission im Wege stehen, sollten erbarmungslos verworfen werden.

„Ebenso wie die Sonne das Zentrum des Himmels, ist Japan das Zentrum der bewohnten Erde. Alles, was existiert, hat sein Zentrum, est ist deshalb unmöglich, daß die bewohnte Erde keins hätte. Ich wüßte nicht, welches andere Land als Japan es sein könnte. England? Ohne Zweifel geht der erste Erdmeridian durch London (!) und das Reich ist so groß, daß die Sonne über ihm nicht untergeht. Aber uns beschäftigt hier nicht die territoriale Lage, sondern die maritime. England liegt in einem Ozean zweiten Ranges, der Atlantische Ozean verbindet es nur mit den zivilisierten Ländern Europas. Indien zwar mit seinen zum Himmel ragenden und von den Fluten des Indischen Ozeans bespülten Gipfeln konnte früher den Gedanken nähren, die bewohnte Erde

unter seiner Führung zu vereinigen: aber es fehlt ihm die Kraft, und die isolierte Lage im Inneren der alten Welt verbietet ihm, solche große Gedanken zu hegen. Das junge Amerika, reich durch seine Fortschritte und guten Aussichten für die Zukunft, könnte schon durch seine Lage das Zentrum der Welt sein; aber es ist zu ausgedehnt und in zu kleine Gebiete zerstückelt, um diese Rolle erfolgreich zu spielen. China ist zu massiv, und wenn es auch mit einer Seite an den Stillen Ozean stößt, so verhindert doch diese kolossale Ausdehnung seines Gebietes die leichte Verbreitung seiner Ideen. Auch ist es zu konservativ und würde gar nicht seine Stellung als Zentrum der Welt begreifen.

Dennoch, dieses Zentrum muß irgendwo bebestehen! Wo finden wir es? Lassen Sie uns sehen, ob nicht Japan durch seine geographische Lage, sein Klima, das Genie seiner Bewohner, dieses Zentrum sein könnte. „Durch seine geographische Lage ist es in die Mitte zwischen Orient und Okzident gestellt und beherrscht die Fluten des ersten Ozeans der Welt, des Großen, Stillen oder Pazifischen, der die Küsten der neuen und alten Welt bespült. Es liegt im fernen Osten des asiatischen Kontinents, der die drei größten Weisen, Shaka, Konfucius und Christus erzeugt hat. Seine Seestraßen verbinden es mit Amerika, dem äußersten Okzident. Die Ausdehnung seiner Inselreihe durch drei Zonen erzeugt alle Varietäten des Klimas, alle kulturellen Hilfsmittel und Gemisch von blühenden Landschaften, das ihm den Namen „Garten der Erde“ verschafft hat. Bei seiner Geistesbildung haben mitgewirkt die Weisheit der Inder und Chinesen in der Vergangenheit, die Fortschritte des Okzidents in der neueren Zeit. Die drei heiligen Symbole Japans, der Spiegel, der Säbel und die kostbare Perle bedeuten Religion, Moral und Wissenschaft der Welt. Es ist also Japan, welchem die Rolle der Vereinigung der ganzen Welt zufallen wird, es ist Japan, welches zum Zentrum der Welt prädestiniert ist, nein, es jetzt schon ist. Verachten Sie nicht unser Land wegen seiner geringen Größe. Ist nicht die Sonne selbst nur ein kleiner Stern

unter den Sternen der Milchstraße und doch das Zentrum des Himmels? Es gibt ja viel größere Länder auf der Erde als Japan, aber keines kann sich an Lage, Eigenschaften und Genie mit ihm vergleichen.

„Ferner erscheint uns Japan als der Mittelpunkt der Zivilisation der Welt. Die verschiedenen Zivilisationen werden sich eines Tages vereinigen zu einer Weltzivilisation. und wenn man die Richtung aller aufmerksam verfolgt. sieht man. daß sie alle in Japan zusammenlaufen wie in einem Endpunkte. Hieraus kann man schließen. daß Japan dazu bestimmt ist. den harmonischen Zusammenschluß zu bewirken und mit dem Resultat. der einzigen wahren Zivilisation. die Menschheit zu beglücken.

„Die chinesische Zivilisation. deren Anfang 3000 Jahre zurückliegt und Konfucius. Mencius, Loatse und andere als Lehrer hatte. wendete sich nach Osten. vor 1800 Jahren, nach Korea und Japan. wo sie Halt machte. In China wurde sie zum Formalismus, in Japan ging sie ins praktische Leben über. Die indische Zivilisation erzeugte einen Shaka (Buddha) vor 2900 Jahren. Auch sie wanderte nach Osten, durchdrang China vor 1900 Jahren und Korea vor 1400 Jahren; endlich kam sie zu uns und machte ebenfalls bei uns Halt. Aber während der Buddhismus in China zum Lamaïsmus entartete. in Indien zum gemeinen Aberglauben verkümmerte, nahm er in Japan kräftigen Aufschwung und bekam Leben. Die europäische Zivilisation. welche aus Syrien, Persien und Ägypten stammt. nahm vor 5000 Jahren ihren Weg nach dem Okzident. Von Griechenland. der Wiege der europäischen Kultur. kam sie nach Rom, von da nach England. (!) Hat sie nun dort Halt gemacht? Nein! Sie verbreitete sich mit der Entdeckung der neuen Welt nach Amerika, und auch hier blieb sie nicht stehen. Vor 50 Jahren ist sie mit den Schiffen der Amerikaner in Uraga gelandet. nicht ohne Konflikte zu erzeugen. aber das Land hat sie überwunden.

Dazu kam. daß in Japan der materiellen Zivilisation die des Geistes vorherging. Die Spanier und

Portugiesen waren es, welche vor 300 Jahren die Einführung der westlichen Zivilisation versuchten, aber ohne Erfolg. Warum? Weil sie nicht dem natürlichen Gesetze des Fortschreitens der westlichen Zivilisation vom Orient zum Okzident gefolgt waren. Die von Amerika, also vom Osten nach Westen her eindringende Zivilisation hatte mächtigen Erfolg. Beweis — unsere Triumphe in der Mandschurei.

„Man müßte blind sein, wenn man nicht in diesem Marsche der Zivilisationen, die nach und nach alle in Japan ihren Endpunkt finden, eine Schicksalsstimme erkennen wollte. Sind das nicht Beweise genug, daß Japan das Zentrum der Geschichte ist, und daß von Japan die wahre Zivilisation der Zukunft ausgehen wird? Wenn zum Beispiel England dies Zentrum sein sollte, warum hat denn die weisliche Zivilisation nicht dort Halt gemacht? Warum ist sie weitergeschritten und sogar bis Japan gekommen? Warum andererseits ist die orientalische Zivilisation in Japan stehen geblieben und nicht nach Amerika fortgeschritten? O, wie unergründlich, Natur, sind deine Absichten! Wir, die wir uns deinen Gesetzen unterwerfen, wir sind deine Lieblinge! Mitbürger! Lernt diese Absichten verstehen, die große Mission unseres Landes verstehen, daß es das wahre Zentrum der Welt ist, verstehen die Worte Nichirens, daß er „des Landes Retter, seine Säule, sein Auge, sein Steuermann“ ist! Glaubt doch, daß wir Japaner die Buddhas der Zukunft, die Söhne Gottes sind. Wir bedürfen keines Buddha, keines Gottes. Unser Buddha, unser Gott ist die Natur selbst, und Ama-Terasu, Jimmu-Tenno, Shotoku-Taissi und Nichiren sind ihre Propheten, denn sie haben vorhergesehen und gesagt die hohe Bestimmung der Söhne Yamatos.“

Yamato-Take war der Sohn des Kaisers Keiko und soll etwa zur Zeit Christi oder kurz vorher gelebt haben. Die Erzählungen über ihn gehören noch in die Zeit der Mythe. Erst 200 bis 300 Jahre später beginnt die Geschichte Japans, die auf Wahrheit Anspruch machen kann. Es ist nicht allgemein bekannt, daß auch heute noch die Kritik des mytho-

logischen Zeitalters Japans, besonders der mythologischen Ahnen des Kaisers, von der Regierung nicht gern gesehen wird. Wurde doch noch 1892 ein Professor Kume seines Lehramtes an der Universität enthoben, weil er gegen diesen Wunsch verstoßen hatte. Weitere Kommentare zu den obigen Auslassungen sind wohl überflüssig. Sie zeigen uns nur, wie wenig tief doch die sogenannte Bildung selbst bei gelehrten Japanern gedrungen ist. Aber nichts wäre verkehrter, als mit Berauschten zu streiten, und wenn sie selbst nur von Siegen berauscht sind. Lassen wir ihnen Zeit, zur Besinnung zu kommen."

Wie nun Japan seinen Sieg ausnützen wird, darüber werden mit der Zeit immer größere Beweise kommen. Vorderhand haben wir folgende Belege. Das „Berl. Tagebl." brachte Ende Jäner 1906 diesen Bericht:

„Japan als Großmacht. Eine schwere Verletzung der Eigenliebe ihres britischen Alliierten haben sich Parlament und Regierung in Japan zu schulden kommen lassen. Unser Londoner-Korrespondent berichtet uns darüber in einem Privat-Telegramm:

Nach einer Reuter-Depesche aus Tokio fragte gestern in der Budgetkommission des japanischen Parlaments Oischi, der Führer der japanischen Progressisten, den Kriegsminister General Terauchi, ob die japanische Regierung auf Grund der englisch-japanischen Allianz beabsichtige, bei der britischen Regierung auf eine Reform in der Armeeorganisation zu dringen. Der Minister erwiderte, er würde dies bei nächster Gelegenheit tun. Es scheint, daß die britische Eigenliebe durch diese von einem Mitgliede eines Kabinetts der gelben Rasse kommende Mahnung ganz ungeheuer verletzt worden ist. Die englische Regierung soll von der japanischen Regierung sofortige Aufklärung verlangt haben. Anscheinend wünscht das gegenwärtige englische Kabinett nicht derartige intime Beziehungen mit Japan, die eine solche Forderung gestatten.

In der Tat ist die Äußerung des japanischen Kriegsministers mindestens eine Ungeschicklichkeit. Zum Leidwesen der Engländer wird er sich aber

darauf berufen können, daß tatsächlich in der britischen Armee nicht alles so ist, wie es sein sollte. Eben jetzt wird wieder ein neuer Fall von Insubordination auf einem britischen Kriegsschiff gemeldet. Ein Privat-Telegramm unseres Londoner Korrespondenten berichtet uns: Die „Daily Mail“ meldet den häßlichen Ausbruch von einer in ihrer Ursache noch unbekannten Insubordination auf dem in Malta liegenden Kreuzer „Carnarvon“, Kommandant Baron Warrender. Die Matrosen warfen unter anderem die Visiere verschiedener sechszölliger Geschütze über Bord. Dergleichen Dinge ereignen sich ja auch in anderen Marinen. Aber in keiner sind sie so häufig wie in der britischen. Und daß es in der Armee nicht besser steht, haben seinerzeit die Krawalle in Aldershot gezeigt. In Quantung führen die Japaner, die neuen Herren von Port Arthur, ein strenges Regiment ein. Die Petersburger Telegraphenagentur teilt mit offenbarer Schadenfreude die für alle europäischen Mächte und die Vereinigten Staaten gleich unerfreulichen rigorosen Vorkehrungen der Japaner mit, die auf eine Absperrung Quantungs für alle Nichtjapaner hinauslaufen. Die Agentur meldet:

Nach einer telegraphischen Mitteilung des russischen Geschäftsträgers in Tokio hat die japanische Regierung für die Zulassung von Ausländern nach Port Arthur und anderen Orten, die dem Generalgouverneur von Quantung unterstellt sind, folgende Bestimmungen erlassen: Erlaubnisscheine werden vom japanischen Kriegsminister ausgestellt und an Personen, die durch Vermittelung der betreffenden Missionen in Tokio darum nachsuchen, nach folgenden Grundsätzen verabfolgt: 1. Es werden nur Leute zugelassen, die ihnen gehörige Sachen holen wollen, um sie außer Landes zu schaffen. 2. Es sind genaue Angaben zu machen über Ort und Zeit der Abreise und des Ortes, wo sich die fraglichen Sachen befinden sowie über Art, Menge und Wert derselben. 3. Jeder Eigentümer darf nur einen Vertreter senden; sind mehrere gemeinsame Eigentümer vorhanden, so wird nur einer zugelassen. 4. Ein Reisender darf von nicht mehr als drei Dienern begleitet sein. Zu

dem Grundsatz der „offenen Tür“ paßt diese Maßnahme, falls sie von Dauer sein sollte, wie die Faust aufs Auge. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß es wegen dieses Vorgehens Japans zu diplomatischen Vorstellungen der Mächte in Tokio kommt.“

Die „Allg. Ztg.“ brachte Ende Dezember 1905 aus Tokio folgenden Bericht: „Mehrere Tage schon, ehe die formellen Verhandlungen stattfanden, gaben Marquis Ito (der Spezialgesandte des Mikado für Korea) und Herr Hayashi (der gewöhnliche Gesandte Japans in Söul) den koreanischen Staatsministern und den übrigen Würdenträgern Koreas genaue Erklärungen, wie die Sachlage im fernen Osten und speziell in Korea sich jetzt zu gestalten habe. Man konnte also annehmen, daß die koreanischen Beamten die Notwendigkeit (wörtlich Unvermeidlichkeit), diesen Vertrag zu unterzeichnen, vollständig einsehen mußten. Als dann aber in Gegenwart des koreanischen Kaisers der große Rat gehalten wurde, am 17. November nachmittags, gab der Premierminister Han-Kin-sul dem Kaiser den Rat, den ganzen japanischen Vorschlag einfach abzulehnen, und, einer oder zwei Minister ausgenommen, wagte keiner der koreanischen Staatsmänner zu betonen, daß es wünschenswert sei, den neuen Vertrag zu unterzeichnen.

Der Kaiser von Korea hatte aber am Tage vorher dem Marquis Ito zwei lange Audienzen gewährt und war infolgedessen vollständig von der Notwendigkeit, den Vertrag zu schließen, überzeugt. Allerdings hatte er die Idee, noch allerlei Abänderungen zu machen, um die Position und das Prestige des kaiserlich koreanischen Hofes mehr zu betonen, und er wünschte deshalb, die Unterzeichnung noch ein paar Tage hinauszuschieben. Infolgedessen verwarf Seine Majestät den von seinem Premierminister gegebenen Rat, den ganzen Vertrag einfach abzulehnen, und beauftragte alle Minister, einen Ausgleich mit dem japanischen Gesandten Herrn Hayashi anzubahnen. Die japanischen Vertreter waren gern bereit, verständige Änderungen an dem vorgelegten Vertrage vornehmen zu lassen, aber sie meinten audererseits, die Situation dulde keinen Aufschub in den Verhand-

lungen. So wurden also, mit Zustimmung des Kaisers von Korea, die Verhandlungen am Abend wieder aufgenommen. Das Resultat war, daß fast alle Vorschläge der koreanischen Minister von unserem Spezialgesandten akzeptiert wurden. Auf speziellen Wunsch des Kaisers wurde sogar ein neuer Paragraph zu dem japanischen Entwurf hinzugefügt. Diese Umstände beweisen, daß der Vertrag das Ergebnis gegenseitigen Einverständnisses der Parteien ist. Der Vertrag wurde unterzeichnet in Gegenwart aller Staatsminister durch Pak Chaisun, Minister des Auswärtigen. Als alle Artikel des Vertrages durchgesprochen worden waren, aber die Unterzeichnung noch nicht stattgefunden hatte, ließ der Minister des Auswärtigen das große Staatssiegel holen. Leider war zu der Zeit der Sekretär, dessen Obhut das Siegel anvertraut ist, nicht anwesend, und es vergingen zwei Stunden, bis das Siegel gebracht wurde. In der Zwischenzeit, zwischen der Unterzeichnung des Vertrages durch den koreanischen Minister des Auswärtigen und der Anheftung des Staatssiegels, drückte der Kaiser dem Marquis Ito seine Genugtuung aus, daß das Abkommen nach freundschaftlichen Verhandlungen zustande gekommen sei. Er fügte hinzu, daß er jetzt zu Bett zu gehen wünsche, und er würde sehr erfreut sein, wenn auch Se. Excellenz nun den Palast verlassen und der Ruhe pflegen wollte.

Darauf verließ Marquis Ito den Palast, ehe das offizielle Siegel des Ministers des Auswärtigen dem Vertrage angeheftet worden war. Infolge unruhiger Verhältnisse außerhalb des kaiserlichen Palastes, die sich in derselben Nacht bemerkbar machten, hatten gesetzlose Elemente die Gelegenheit benutzt, sich mit Waffen in der Gegend herumzutreiben; einer hatte sogar den Versuch gemacht, den Amtssitz des Unterrichtsministers in Brand zu stecken. Deshalb beorderte General Hasegawa (der japanische Oberkommandant von ganz Korea) einige wenige Truppen, welche an beiden Seiten der nach dem Palast führenden Straße Spalier bildeten, damit Marquis Ito und die koreanischen Minister sicher und ungefährdet

nach Hause gehen könnten; auch einige Dutzend koreanischer und japanischer Gendarmen und Polizisten traten in Funktion, speziell herbeibeordert für den Schutz der japanischen Spezialgesandten und der koreanischen Minister."

Das Vorstehende ist die Übersetzung des offiziellen Berichtes, den der japanische Gesandte in Korea, Herr Hayashi, zur Zeit Vizekönig und eigentlicher Beherrscher des Landes, an die Regierung in Tokio geschickt hat. Etwas verspätet geschickt — oder etwas verspätet veröffentlicht. Es waren nämlich anderslautende Berichte aus Korea gekommen, und diese anderslautenden Berichte schienen glaubhafter, obwohl und gerade weil sie weniger idyllisch abgetönt waren. Die Stelle, in der besonders hervorgehoben wird, daß das Abkommen sich als eine Folge gegenseitigen Einverständnisses der beiden kontrahierenden Faktoren darstellte, zeigt deutlich die polemische Absicht. In einem objektiven Berichte eines Gesandten an seine Regierung hätte diese Stelle nicht hineingehört. Es war etwas bewegter, dramatischer, interessanter zugegangen in der Hofburg zu Söul, aber das hätte beim Bekanntwerden Aufsehen erregt, und dieses Aufsehen wollte man nicht. Deshalb die vorstehende offiziöse Erklärung. Wer orientalische Schriftstücke zu lesen versteht — und das gibt eine unversiegliche Quelle von Humor ab, — für den wird der vorstehende Bericht des Herrn Hayashi an seine Regierung in Tokio hochinteressant sein.

Es handelte sich um den bekannten Vertrag, durch den Korea sich offiziell und freiwillig (nach „freundschaftlichen" Verhandlungen) als Vasallenstaat Japans erklären mußte. Weil einige junge Leute mit Waffen gesehen worden waren, hatte General Hasegawa die ganze Umgebung des kaiserlichen Palastes und den Palast selbst mit japanischem Militär und Gendarmerie besetzt — 75.000 Mann, die aus der Mandžurei nach Japan zurückfuhren, waren in den vorhergehenden Tagen in Čemulpo gelandet! Marquis Ito und Herr Hayashi hatten den koreanischen Ministern, wie sie glaubten, genügend den Standpunkt

klar gemacht, und der Kaiser, dieses Zerrbild von einem Herrscher, hatte dem Marquis Ito tags zuvor noch zwei lange Audienzen „gewährt". Also konnte die große Staatsaktion vor sich gehen. Überraschenderweise kam es zu einem letzten Aufflackern koreanischen Patriotismus. Beinahe alle Minister erklärten den Vertrag für unannehmbar, bloß der Kaiser, der vierzehn Tage vorher noch geschworen hatte, Widerstand zu leisten, und wenn es seinen Kopf koste, war gefügig. Ganz konnte er natürlich sein orientalisches Naturell nicht verleugnen — er wünschte „Amendements", d. h. er wollte die Sache dilatorisch behandeln.

Die Japaner ließen sich aber auf nichts ein. „Die Sache duldete keinen Aufschub" — fast zwei Jahre war es so gegangen, aber nun ging es nicht mehr. Kaiser Yi-höng konnte nur noch erbetteln, daß ein neuer Paragraph hinzugeschrieben wurde: „Der Würde des koreanischen Hofes solle kein Eintrag geschehen!" So wahrte der arme Kaiser sein Gesicht, wie man in Korea sagt. Vergeblich suchten die koreanischen Minister, noch diese oder jene Zugeständnisse herauszuschachern, vergeblich durch Einwände und Redensarten die Japaner zu ermüden, um die weiteren Verhandlungen bis morgen, übermorgen aufzuschieben. Marquis Ito lächelte, und es ging weiter, den ganzen Nachmittag, den ganzen Abend, bis zwei Uhr nachts! Da unterzeichnete Minister Pak-Chaisun auf Befehl seines Kaisers das Instrument, das sie alle für überflüssig erklärten, blutenden Herzens. Was nun folgt, ist wieder echt orientalisch. Eine Unterschrift ist nichts, ein Siegel alles. Aber das Siegel war nicht da, es mußte aus dem Auswärtigen Amt geholt werden. Natürlich war es nicht zu bekommen. In der Aufregung hatten die Minister nicht daran gedacht, vorher Weisungen dorthin zu schicken; man hatte gehofft, es noch hinausschieben zu können. Aber das Siegel mußte herbei. Noch eine letzte Hoffnung durchzog die Seele des „Kaisers" von Korea. Er machte höfliche Phrasen und erklärte dann, zu Bett gehen zu wollen, der gute alte Marquis Ito solle sich nach diesen Strapazen nun auch erholen.

Gewiß, sagte Ito, machte seine Verbeugungen und verließ den Palast, alle koreanischen Minister mit ihm, „ihrer Sicherheit halber".

Ihre Häuser wurden natürlich in der Nacht bewacht. Wer blieb im Thronsaal des Schlosses von Söul zurück? Ein paar japanische Unterbeamte. Einer von ihnen holte schließlich die Blechbüchse aus dem Auswärtigen Amte, erbrach sie, holte den Stempel heraus und drückte ihn auf das kostbare Instrument, das er am nächsten Tage dem Marquis Ito zustellte. So erzählen koreanische Berichte. Wozu auch viele Umstände? Die ganze Geschichte war ja Komödie."

Am 4. Jänner 1906 brachte das „Berliner Tagebl." folgenden Artikel: „J a p a n, C h i n a und d i e g e l b e G e f a h r." (Von unserem Korrespondenten.) Tokio, 2. Dezember. Augenblicklich nehmen die Verhandlungen Japans mit China unter Komuras Führung das Interesse der ganzen Welt in Anspruch. Mit großer Energie und Umsicht hat Marquis Ito die Verhandlungen mit den koreanischen Machthabern in kurzer Zeit zu Ende geführt. Korea steht jetzt unter Japans Protektorat. Der schöne Traum von der Unabhängigkeit Koreas, den schon früher zu zerstören wohl keine Macht Japan gehindert hätte, ist vorüber. Was aber geht nunmehr hinter den Kulissen in China vor? Mit derselben Heimlichkeit, mit der die Japaner im Kriege soviel erreicht haben, wird dort hinter verschlossenen Türen verhandelt. So schnell aber, wie sie mit Korea fertig geworden sind, scheint es offenbar mit China nicht zu gehen. Der Komura hat noch eine schwere Probe zu bestehen, während Ito neue billige Lorbeeren pflücken konnte. Der Ausgang dieser Prüfung wird entscheiden, ob er am Ruder bleibt oder nicht. Nach seinen Mißerfolgen in Portsmouth sollte man ihm einen vollen Erfolg in Peking wünschen.

Die Japaner aber wissen nur zu genau, wie schwer es ist, mit Chinesen zu verhandeln und zum guten Ende zu kommen. Sie bezeichnen das mit „yukinayami", daß heißt „etwas, womit man nie fertig wird . . ." Sie wissen ganz genau, daß der Chinese für schnelle Entschlüsse und Handlungen

nicht zu haben ist, und daß sich die große Masse des Volkes noch immer weit erhaben dünkt über den Cha-koi, das heißt „Teufelsaffen“, wie sie die Japaner nennen. Die Europäer heißen nur Yankoi, das heißt fremder Teufel. Der Chinese ist noch stolz auf seine alte Kultur und betrachtet den Japaner nur als Nachahmer, als Affen. „Zuerst,“ sagt er, „habt ihr euere Kultur von uns bezogen, jetzt von Europa.“ Interessant sind in dieser Beziehung die Veröffentlichungen von Vertretern der Wissenschaft und des Handels, die Studienreisen in China gemacht haben. Professor Aoyagi zum Beispiel schreibt in der japanischen Zeitschrift „Shina“ wie folgt:

„Unsere öffentlichen Vertreter in China haben die Gewohnheit, bei allen Gelegenheiten von Politik zu reden, die Chinesen tun das nie. Wir glauben ihnen zu gefallen, wenn wir uns verbreiten über die Erschließung des Landes, über Protektion u. s. w. Das Gegenteil ist der Fall. Politik ganz zu vermeiden ist zwar nicht nötig. Aber wir sollten nicht immer von unserer Uneigennützigkeit und unserem Gerechtigkeitsgefühl reden. Der Chinese traut dem nicht. Er kennt nur die Politik des Nehmens und Gebens. Das andere hält er für „Dummachen wollen“. Ebenso falsch ist es, ihm alle möglichen Dienste und Gefälligkeiten anzubieten. Er mißtraut da, wird furchtsam und läuft schließlich davon. Sir Robert Hart hat mal gesagt: „Ich verdanke meine Erfolge in China vielfach dem Umstande, daß ich mich niemals mit anderen Dingen beschäftigt habe, als mit denen, wozu ich beauftragt war.“ Unsere Politiker stellen sich den Chinesen gegenüber gern als bedeutende Männer hin. Das rührt die Chinesen nicht. Die wirklich einflußreichen Leute in China sind die großen Grundeigentümer, um die sich die Dörfer organisieren; diejenigen, die sie verteidigen im Falle eines Angriffes.“

Professor Aoyagi hat auch einen Japaner gesprochen, der als Lehrer engagiert war und schon nach 2 oder 3 Tagen seine Stelle wieder aufgab. Er beklagte sich, daß die Schüler in Gelächter ausgebrochen wären, als er Buchstaben an die Tafel ge-

schrieben habe. „Es ist nötig, daß wir Japaner uns wenigstens einigermaßen mit den speziell chinesischen Wissenschaften vertraut machen. Was Konfuzius und die Klassiker als völlig überflüssig hinstellen und nur moderne Zivilisation und Wissenschaften predigen wollte, wird mißachtet. Man darf den Chinesen nicht nach denjenigen beurteilen, die nach Japan kommen. Das ist ihre Elite. Das einfache Volk glaubt noch, daß man im Wagen nach Japan fahren könne, und daß jenseits der chinesischen Mauer keine Wissenschaft existiere. Wenn man Einfluß über sie gewinnen will, muß man sie im Lande selbst aufsuchen."

Als Vertreter des Handels gibt Herr Takayama seine Erfahrungen in China zum besten. Er war als Abgesandter der großen Handelsfirma Mitsui dort. Als Beispiel für die Art, wie die Japaner in China Handel treiben, führt er die Stadt Honkon an. Dort gibt es 360 japanische Firmen. Von diesen sind fünf oder sechs beachtenswert, die anderen gehören Leuten, die keine kaufmännische Erfahrung und zu wenig Kapital haben, um vorwärts zu kommen. „Es fehlt ihnen an Ausdauer, und sie wollen nichts als schnell und leicht verdienen. Deshalb müssen sie bald die Bude zumachen und den Platz anderen überlassen. Sie wissen nicht zu sparen, wie die Chinesen, sondern wollen leben wie die Europäer, die doch mit viel größeren Kapitalien arbeiten. Man sollte meinen, daß die Gleichheit der Rasse und der Schrift unseren Landsleuten gewisse Vorteile gegenüber den Fremden über die Chinesen böten. Das ist nur in sehr geringem Maße der Fall.

Unser Export wird zweifellos 88 Millionen betragen, davon 27 Millionen Baumwolle, ferner Kohle, Kupfer, Streichhölzer, Spielwaren, Lampen und Schirme. Aber wir haben nicht wie die Engländer mit ihren Webstoffen, oder die Amerikaner mit ihrem Petroleum, Spezialitäten, die dem chinesischen Geschmack entsprechen und den Markt beherrschen. Die fremden verstehen auch besser, die Bedürfnisse der Konsumenten zu erforschen. Sie haben zum Beispiel für Stoffe die Länge von 32 oder 36 Zoll

adoptiert. Der Grund, den mir keiner meiner Landsleute angeben konnte, ist, daß diese Länge genau für die Kleidung eines Chinesen paßt. Man muß auch staunen über die Genauigkeit ihrer Berichte über alle chinesischen Fragen. Wir haben auch unsere Rapporte, aber sie sind nur Abschriften von denen der Fremden. (!) Ihre Überlegung rührt auch aus dem Umstande her, daß sie überzeugt sind, sie müßten sich in China Mühe geben, um etwas zu erreichen. Sie dringen nicht selten in Sprache, Sitten und Gebräuche des Chinesen ein. Die Japaner aber vertrauen zu sehr auf ihre Kenntnis der Schrift und behandeln alles mit Nonchalance. Ihr ganzes Streben ist, schnell Geld zu machen und dann nach Japan zurückzukehren. Es fehlt ihnen an Ausdauer und Arbeitslust.

Die schlimmsten Konkurrenten der Zukunft sind die Deutschen. Trotz der niedrigen Tarife der Osaka Shosen-Kaisha haben sie es fertig gebracht, ihre Waren noch billiger herauszuschicken. Ob mit Ladung oder ohne solche, ihre Schiffe kommen und gehen pünktlich. Dank der Unterstützung ihrer Regierung, die unter allen Umständen ihren Einfluß in China ausbreiten will, zeigen sich die Deutschen unternehmungslustig und wissen sich den Anforderungen ihrer Kunden geschickt anzupassen. Ihre Produkte, Stoffe, Instrumente u. s. w. sind so sorgfältig und nach den neuesten Erfahrungen der Wissenschaft fabriziert, daß wir nicht mitkommen können. Sie sind unsere Lehrmeister. Wenn wir irgend etwas in China erreichen wollen, müssen wir nur ihrem Beispiel folgen."

Man sieht, es ist nicht so schlimm mit der gelben Gefahr, auch im Handel nicht. Was uns Deutschen an Kenntnis der Verhältnisse und der Sprache abgeht, ersetzen wir reichlich durch Tüchtigkeit und Fleiß. Man muß nur eine Zeit in Japan gelebt haben, um das Obige zu verstehen. Wenn man sieht, wie hier in jeglicher Art von Betrieben eine so überflüssige Menge von Arbeitskräften gehalten wird und werden muß, wird man über das Gespenst der „gelben Gefahr" nur lächeln können.

Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß zu der Arbeit, die bei uns einer macht, in Japan mindestens drei Menschen nötig sind.“

Am 9. Feber 1906 berichtet dasselbe Blatt folgendes:

Chinesische Zukunftsgedanken. — (Ein Interview mit dem chinesischen Gesandten.) Die Nachrichten aus dem fernen Osten lauten, wie die Leser aus dem gestrigen Abendblatt ersehen haben, recht beunruhigend. In allen Provinzen Chinas regen sich national-chinesische Gesellschaften zur Abschüttelung der Ausländer. Die Vizekönige rüsten, die Pekinger Regierung setzt sich gegen die auswärtigen Mächte, selbst gegen Japan zur Wehr, ausländische Missionäre und Kaufleute werden beraubt und vertrieben, und die Pekinger Regierung antwortet auf Beschwerden darüber mit einem Achselzucken. Im Gerichts- und Polizeiwesen rufen die chinesichen Nationalisten das Heimatsgefühl ihrer Landsleute gegen die Ausländer an. Kurz: in China bereitet sich eine nationale Bewegung größten Maßstabes vor. Diese Auffassung der Dinge wird uns bestätigt durch eine Unterredung eines Mitarbeiters unseres Blattes mit dem hiesigen chinesischen Gesandten, Generalleutnant Yintschang. Der Gesandte, mit dem unser Mitarbeiter eine Reihe von Gesprächen über diesen Gegenstand hatte, äußerte sich darüber mit bemerkenswerter Offenheit. Wir geben nachstehend das Interview wieder:

Generalleutnant Yintschang, der bekanntlich das Deutsche und sogar den Berlinischen Dialekt beherrscht wie nur einer, gab auf die Frage unseres Mitarbeiters, was seine Ansicht über die amerikafeindlichen Vorgänge und die sonstige Lage in China sei, folgende Antwort: „Das sind eben die Vorboten der kommenden Ereignisse in China, meine ich. So wie bisher kann und wird es ja nicht weitergehen. Ganz China hat aus den politischen und militärischen Ereignissen der letzten Jahre die Lehre gezogen, daß eine Reform an Haupt und Gliedern auf allen Gebieten eine Lebensfrage für das Reich ist, falls es sich seine Selbständigkeit bewahren will.“ — „Wie

meinen Exzellenz das: „auf allen Gebieten“?“ fragte unser Mitarbeiter. „Soll China vollständig nach europäischem Vorbild umgestaltet werden?“ „Aber nicht doch. Wenigstens nicht so schnell. Wir wollen vom Westen alles Gute uns aneignen und es uns anpassen, aber wir wollen dabei nicht die unserer Ansicht nach ebenfalls gute Nationaleigenart unseres Volkes verwischen. Nein, die Reformen, so hoffe ich, sollen im Gegenteil dazu beitragen, die nationalen Vorzüge der Chinesen zu kräftigen.“

„Auf welchem Gebiete dürften wohl zuerst Reformen eingeführt werden?“ „Im Heer und in der Flotte selbstverständlich,“ meinte der Gesandte. „Denn China darf nur hoffen, nach seinen eigenen Wünschen und nach seiner eigenen Kenntnis seiner selbst Reformen einführen zu können, wenn es stark genug ist, die übereifrig drängenden Freunde abzuwehren, natürlich nur ganz sanft, aber doch wirksam.“ „Exzellenz meinen also, Heer und Flotte Chinas würden vielleicht noch die Aufgabe haben, gegen fremde Mächte für die Integrität des Reiches einzutreten und unerbetene Ratschläge zurückzuweisen?“ „Wer kann wissen!“ replizierte Yintschang. „Hoffentlich bleibt es uns erspart. Sollte es aber einmal soweit kommen, so wird auch hierin, wie schon in so mancher anderen Beziehung, die Welt Überraschungen an China erleben.“

„Halten Sie Heer und Flotte Chinas in einem solchen Falle für leistungsfähig?“ „Jawohl,“ erklärte der Gesandte, „ich bin überzeugt, daß wir unsern Mann stellen werden. Europa hat eine Überraschung bereits an Japan erlebt, eine andere, größere wird ihm China bringen. Ich bin selbst Militär und habe das Studium der militärischen Verhältnisse Chinas im Vergleich zu denen anderer Mächte zu meiner besonderen Aufgabe gemacht. Ich kann Ihnen sagen: mir ist um China nicht bange. Unsere Soldaten sind körperlich den europäischen sicher gleichwertig. Das Menschenmaterial, das wir aus Nordchina heranziehen, steht meiner Ansicht nach selbst den preußischen Garden in körperlicher Beziehung nicht nach. Sie sollten mal unsere Nordchinesen sehen,

was das für Kerle sind. Da würde jeder preußische Offizier seine Freude daran haben. Und was die Charaktereigenschaften betrifft, so glaube ich, daß wir auch in dieser Beziehung den Vergleich aushalten können. Die Nordchinesen sind bekannt als nüchtern, ehrlich, mutig, gehorsam und ihren Offizieren ergeben. Unsere Leute haben außerdem vor den europäischen Truppen einen gewaltigen Vorzug: sie haben keine Nerven. In allen Reiseberichten finden Sie dieselben Mitteilungen, daß der Chinese körperliche Schmerzen und seelische Erschütterungen mit demselben unerschütterlichem Gleichmut und höchster Selbstbeherrschung erträgt. Bei chinesischen Truppen, wenn sie geschult sind, ist meiner Ansicht nach eine Panik unter der Wirkung der modernen Feuerwaffen nicht zu befürchten. Die halten alles aus."

„Ja, aber technisch, Exzellenz, wie steht es da?" „Da steht es ausgezeichnet. Unsere Artillerie und unsere Schützen sind erstklassig. Auch unsere Kavallerie ist den Aufgaben des modernen Krieges völlig gewachsen. Sie sollten einmal die Berichte in englischen Blättern über die großen chinesischen Armeemanöver im Herbst vorigen Jahres lesen. Ausländische Militärattachés und Zeitungsberichterstatter waren in der Erwartung hingegangen, eine riesenhafte Manöverposse mitzumachen. Die guten Leute wurden aber durch das, was sie in Wirklichkeit sahen, recht nachdenklich gestimmt. Lesen Sie nur den Bericht des „Times"-Korrespondenten."

„Und die Marine?" „Die Marine ist vorläufig Nebensache. Denn es wird sich vor allem darum handeln, die Integrität des Reiches zu Lande gegen Eindringlinge zu verteidigen. Die Kriegführung zur See wird da nur eine untergeordnete Rolle spielen. Im übrigen wird die Marine, in der Qualität wenigstens, auf derselben Höhe stehen wie die Armee. Unsere Küstenbevölkerung liefert uns ausgezeichnete Seeleute voll Wagemut und Kriegslust. Es sind dieselben Elemente, die jetzt so zahlreich Seeräuberei treiben, für eine Kriegsflotte also das denkbar beste Material." „Aber Heer und Flotte kosten Geld, Exzellenz."

„Wir haben Geld genug. China hat 400 Millionen Einwohner. Was ist daselbst eine Milliarde! Und außerdem handelt es sich um Lebensinteressen Chinas. Da darf und wird das Geld keine Rolle spielen.“

„Angenommen, China sei in der Lage, sich gegen das Ausland zu behaupten, welche Reformen würden dann wohl zuerst eingeführt werden?“ „Das kann ich hier natürlich nicht so genau sagen. Ich meine aber, eine Finanz- und Währungsreform sowie eine Neuordnung der Zölle und Steuern, um dem wirtschaftlichen Leben des Reiches eine gesunde Grundlage zu geben, Erschließung des Landes durch Anlegung von Eisenbahnen und anderen Verkehrswegen, um die Bodenreichtümer zu heben, Ausdehnung des Handels mit dem Ausland, das wäre so das Wichtigste.“

„China würde sich also nicht gegen das Ausland abschließen wollen?“ „Aber nein, im Gegenteil. Wir wünschen den regsten Verkehr mit anderen Staaten, nur sollen diese Mächte sich nicht bei uns festsetzen und besondere Vorteile von uns erzwingen wollen. Uns sind, ganz offen gesagt, die Kaufleute desjenigen Staates am angenehmsten, der nicht versucht, Kolonien in China zu erwerben. Österreich, zum Beispiel, das niemals solche Versuche unternommen hat, würde bei uns die besten Chancen haben.“ „Was halten Exzellenz von den beunruhigenden Nachrichten über eine feindselige Volksströmung gegen die Fremden?“ „Ich muß mir da im Urteil einige Beschränkung auferlegen, doch will ich sagen, daß die Schuld nicht auf Seite der Chinesen liegt. Die heiligsten Gefühle unseres Volkes sind ein Jahrhundert hindurch vom Auslande gröblich mißachtet und verletzt worden. Selbstverständlich tritt einmal eine Reaktion ein, und dann haben wir eben die unliebsamen Erscheinungen, über die man jetzt in Europa klagt. Dabei haben die Ausländer selbst die Schuld.“

„Erheben Exzellenz besondere Anklagen in bestimmter Richtung?“ „Jawohl. Ich mache in erster Reihe die Missionäre verantwortlich, wenn von den

Chinesen Feindseligkeiten gegen die Ausländer verübt werden. Sagen Sie selber, muß es uns nicht tief verletzen, wenn da so ein Missionär ankommt und uns zu seiner Religion, was er so nennt, mit Freundlichkeit oder auch mit Gewalt bekehren will. Auf unsere Empfindungen wird dabei keine Rücksicht genommen. Unser Ahnenkultus und die Lehre des Konfucius sind uns durch jahrtausendelange Übung teuer und heilig. Gibt es etwas Besseres und Höheres. wollen wir es gern kennen lernen und auch annehmen. Aber die Leute, die es uns bringen, müssen auch danach sein. Dann dürfen nicht die protestantischen und katholischen Missionäre sich miteinander herumbalgen und im Seelenfang einander Konkurrenz machen. Was sind es denn für Leute, die sich von den Missionären bekehren lassen? Meistenteils verkommene Menschen, die dabei ihren materiellen Vorteil finden. Wie lächerlich ist überhaupt dies ganze Missionswesen! In Europa gibt es doch wahrhaftig so viel zu verbessern, daß Europäer es wirklich nicht nötig haben, ihren heiligen Eifer an die „minderwärtigen Chinesen“ zu verschwenden. Die Missionäre, sage ich, dringen ins Land ein, behelligen die chinesischen Bauern, die am Glauben ihrer Väter hängen, werden von ihnen zurückgewiesen, kommen mit größerer Zudringlichkeit wieder, hetzen Familienmitglieder gegeneinander auf, stiften Unfrieden unter der Bevölkerung und werden schließlich von heißblütigen Leuten tatsächlich angegriffen. Dann ist der Krach fertig. Der Missionär ruft seine Regierung an, diese muß sich, oft gegen ihren Willen, gedrängt von einer starken Strömung in ihrem Lande, für den Missionär ins Zeug legen und zwingt die chinesische Regierung, ihre herausgeforderten Untertanen noch zu bestrafen. Das wiederholt sich im ganzen Reich in hundert, in tausend Fällen. So wird im ganzen Lande tiefe Erbitterung erzeugt, die sich schließlich in einem Ausbruch gegen alle Fremden entladet.“

„Meinen Exzellenz, daß es wieder zu einem solchen Ausbruch kommen wird?“ „Hoffentlich nicht, die fremden Mächte werden ja wohl gegen China nicht mehr so gebieterisch wie früher auftreten. Wir

haben ja doch jetzt erst wieder den Fall, daß Amerika China gegenüber eingelenkt hat. Das friedliche Mittel des Boykotts amerikanischer Waren in China hat so stark gewirkt, daß die amerikanische Regierung die unangenehmen Bestimmungen über die Einwanderung der Chinesen nach Amerika aufgehoben hat. Die Chinesen werden auch gegenüber anderen Ländern die Berücksichtigung ihrer nationalen Empfindungen durchsetzen."

„Allen Ländern gegenüber nach denselben Grundsätzen, oder wird sich China nicht zum Beispiel Japan gegenüber anders stellen?"

„Schwerlich. Die Nationalpartei, die jetzt so rührig ist, und solche Erfolge erzielt, verlangt: „China für die Chinesen!" Sie will so wenig ein japanisiertes wie ein anglisiertes oder russifiziertes China!"

„Exzellenz sagten, die Nationalpartei wolle zwar die Erhaltung der chinesischen Eigenart, wünsche aber doch Reformen einzuführen. Wie ist es damit in Einklang zu bringen, daß zum Beispiel auf die von der Kaiserin-Witwe entsandte Kommission zum Studium parlamentarischer Einrichtungen des Auslandes bei der Abreise von Peking auf den Bahnhof ein Dynamitattentat verübt wurde?"

„Wer sagt Ihnen denn, daß dieses Attentat von Chinesen verübt wurde? Chinesen hätten bei einer solchen Tat sicher keit Dynamit benutzt. Die Verwendung solcher modernen Errungenschaften deutet vielmehr auf eine ganz andere Seite hin. Der bloße Gedanke, daß Chinesen auf Abgesandte der Kaiserin ein Attentat verüben, muß jedem Kenner der Verhältnisse absurd erscheinen. Wie gesagt, ich habe über die Autoren des Attentats meine eigene Meinung, die ich aber lieber für mich behalten will."

„Meinen Exzellenz vielleicht, daß die fremdenfeindlichen Kundgebungen im Lande von dieser Seite angestiftet sind?"

„Nein, das glaube ich nicht. Diese Kundgebungen sind durchaus spontane Äußerungen der Volksstimmung. Der chinesische Drache, der solange geschlafen hat, ist von den Fremden gekitzelt worden, bis er erwachte. Er ist noch schlafbefangen, und unwillig

über die Störung seiner Ruhe schlägt er mit seinen Tatzen um sich und bewegt seinen gewaltigen Leib. Daß die Vorwitzigen, die an ihm herumzerrten und auf seiner Nase tanzten, dabei herunterfallen und zuschaden kommen, ist nun einmal nicht zu ändern. Wieder einzuschläfern ist der chinesische Drache nicht. Sie hätten ihn ja schlafen lassen können, dann hätten sie noch lange aus den Schätzen, die er in seiner Höhle bewacht, sich bereichern können. Nun müssen sie es eben nehmen, wie sie selbst es sich bereitet haben."

„Was Exzellenz da sagen, klingt, offen gestanden, für europäische Ohren etwas beunruhigend."

„Ist es aber nicht, wenn man in Europa kaltes Blut bewahrt. Bei einer Umwälzung, wie der, in die China jetzt hineingeht, läuft selbstverständlich nicht alles ganz glatt ab. Manche Interessen werden sich verletzt fühlen, und aus manchem Munde, nicht aus chinesischem, wird Geschrei ertönen. Wenn die Mächte sich dann vergegenwärtigen, daß China nur seine berechtigten Interessen vertritt und für seine Umbildung im modernen Sinne wirken will, dann werden sie sich durch dieses Geschrei nicht irre machen lassen, sondern im Gegenteil China bei der Durchführung dieser zivilisatorischen Aufgabe unterstützen."

„Glauben Exzellenz, daß China diese Unterstützung bei den Mächten finden wird?"

„Ich hoffe es, denn es wäre ein Unglück für die ganze Welt, wollte irgendeine Macht versuchen, den Gang der Ereignisse, wie ich sie hier angedeutet habe, zu hemmen."

„Wenn die Sache so liegt, dann müßte es doch gerade Befürchtungen erregen, daß die amerikanische Regierung große Flotten- und Heeresverstärkungen nach den Philippinen schickt, weil sie Schwierigkeiten mit China erwartet?"

„Ich kann Ihnen nur sagen, daß China keine Absichten hat, die solche Befürchtungen rechtfertigen. Wenn die amerikanische Regierung tatsächlich große Verstärkungen nach den Philippinen schickt, wo steht denn, daß sie wirklich Schwierigkeiten mit China

befürchtet? Das ist ja alles Unsinn. Zu einer Wiederholung des Feldzuges der verbündeten Mächte gegen China wird es sicher nicht kommen. Schon die Ereignisse der letzten zwei Jahre machen es unmöglich, daß, wie damals, die Truppen der Mächte nebeneinander kämpfen. Damit ist es nichts. Ich möchte eher annehmen, daß sich etwaige amerikanische Rüstungen gegen ganz jemand anders als gegen China richten. Deutlicher kann ich mich hierüber ebensowenig ausdrücken wie über die Attentatssache.“

Der Gesandte gab dann unserem Mitarbeiter noch Auskunft über eine Reihe weiterer Fragen. Diese Unterhaltung war indes vertraulicher Natur, daher verbietet sich ihre Wiedergabe. Wir halten es aus verschiedenen Gründen auch für angebracht, uns über die Ausführungen des Gesandten, insbesondere über die am Schluß gegebene Andeutung, nicht weiter zu äußern.“

In derselben Nummer dieses Blattes steht dieser Bericht: In Korea behalten die Japaner das Heft fest in der Hand. Eine Londoner Laffan-Depesche gibt folgende Meldung der „Tribune“ aus Tschifu wieder: Der Kaiser von Korea ist tatsächlich Gefangener der Japaner. Japanische Truppen bewachen den Kaiserpalast, in welchem es von japanischen Spionen wimmelt. Den japanischkoreanischen Vertrag vom 17. November hat der Kaiser nicht unterzeichnet. Das Siegel des Ministers des Auswärtigen wurde von den Japanern gewaltsam weggenommen und auf die Vertragsurkunde gesetzt. Der Korrespondent der „Tribune“ verschaffte sich unter großen Schwierigkeiten eine vom 29. Jänner datierte, das kaiserliche Siegel tragende Urkunde, die ihm vom Kaiser anvertraut wurde. Der Kaiser erklärt darin, er habe den Vertrag weder unterzeichnet, noch ihm zugestimmt. Er erhebt Einwendungen gegen die Einzelheiten des Vertrages, wie sie von Japan veröffentlicht wurden, und erklärt es für unwahr, daß er durch irgendwelche Handlung die Souveränität Koreas irgendeiner Macht überlassen habe. Er habe Japan niemals ermächtigt, die Kontrolle über die inneren Ange-

legenheiten Koreas zu übernehmen und auch in die Ernennung eines japanischen Generalresidenten nicht gewilligt. Der Kaiser fordert zum Schluß die Mächte auf, für eine gewisse, fünf Jahre nicht übersteigende Zeit ein gemeinsames Protektorat über Korea bezüglich der Kontrolle der auswärtigen Angelegenheiten des Landes auszuüben. Selbstverständlich wird dieser Appell des koreanischen Schattenkaisers an die Mächte wirkungslos verhallen. Japan zur Wiederherausgabe Koreas zwingen könnte nur eine Macht, Rußland. Und Rußland hat vor der Hand wichtigere Dinge zu tun.

Am 27. Jänner 1906 berichtet die „Neue Freie Presse" folgendes: London, 26. Jänner. Reuters Offize veröffentlicht ein Interview seines Korrespondenten mit dem neuen chinesischen Gesandten in London, Wang-Tohsieh. Der Gesandte erklärte unter anderem, die erste Folge des russisch-japanischen Krieges werde die tatsächliche Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür sein. Wir können, sagte der Gesandte, auf die Aufrechterhaltung des Friedens im fernen Osten und in der Mandschurei für lange Zeit rechnen. Für die Mandschurei sei nunmehr die Zeit einer bedeutenden kommerziellen Entwicklung gekommen.

Der Ausbau der Eisenbahnen nicht bloß in der Mandschurei, sondern auch im Norden und im Süden von China werde von der größten Bedeutung sein. Die chinesische Regierung werde trachten, ein entsprechendes Eisenbahnsystem zuwege zu bringen.

China werde bemüht sein, sich dem modernen Geiste anzupassen und in dieser Hinsicht dem Beispiele Japans zu folgen. Die chinesische Armee im Norden und in der Provinz Hupe sei gehörig ausgerüstet und stehe auf der Höhe ihrer Aufgabe. Sie sei zum größten Teile von Offizieren befehligt, welche ihre militärische Ausbildung in Japan genossen haben. Eine neue Armee dürfte in den südlichen Provinzen nach den gleichen Grundsätzen wie in der Provinz Tschili gebildet werden, wo ein westeuropäisches Militärsystem adoptiert sei. Das chinesische Militärsystem werde einer Änderung unterzogen werden.

Es bestünden auch gegenwärtig mehrere Militärschulen in einzelnen Provinzen, welche in der Lage sein würden, die notwendige Anzahl von Offizieren auszubilden.

Auf die Bemerkung, betreffend die sogenannte „gelbe Gefahr“, antwortete der Gesandte lächelnd, das sei ein Gespenst, welches in Europa seinen Ursprung habe. Es sei nicht wahrscheinlich, daß es gegenwärtig zu einer Allianz zwischen China und Japan kommen werde. Der Grundzug des Charakters des chinesischen Volkes bestehe darin, daß es sich damit zufrieden gebe, was es besitze. Das chinesische Volk sei friedliebend und China selbst so produktiv, daß es für die Chinesen nicht nötig sei, eine Erweiterung ihres territorialen oder kommerziellen Besitzstandes anzustreben. Wenn aber dem so sei, woher solle die „gelbe Gefahr“ kommen? Bezüglich der den Fremden feindseligen Strömung in China meinte der Gesandte, es bestehe dort keine Feindschaft gegen Fremde oder Missionäre. Die feindselige Bewegung, auf welche hingewiesen werde, dürfte in Wirklichkeit nur von patriotisch denkenden, aber übereifrigen Studenten ausgehen. Sie habe keine große Bedeutung; doch sollten die Ausländer in China der Regierung an die Hand gehen, diese Bewegung innerhalb der gesetzlichen Grenzen zu halten.

Die Prager „Politik“ schreibt am 22. Feber 1906: Unser Londoner Korrespondent schreibt uns: In englischen Zeitungen tritt die Auffassung in immer stärkerem Maße zutage, daß in absehbarer Zeit die fremdenfeindliche Bewegung im Reiche der Mitte in helle Flammen ausbrechen werde. Bezeichnend ist bei diesen Auslassungen, daß man vielfach den Einfluß und die letzten kriegerischen Erfolge Japans für die Entwicklung der Dinge verantwortlich macht. Englische Korrespondenten in den Vereinigten Staaten sehen die Lage als nicht minder gefahrdrohend an und sie beziehen sich zur Beweisführung auf den Schritt der Regierung in Washington, ein starkes amerikanisches Geschwader „für alle Fälle“ künftighin in philippinischen Häfen zu stationieren. Auch die Meldungen amerikanischer Blätter über die Aus-

dehnung des chinesischen Boykotts amerikanischer Waren lauten beunruhigend, weil sie von einer tiefgehenden und konzentrierten fremdenfeindlichen Bewegung sprechen, die sich gar bis nach den Straits Settlements richte und das dortige chinesische Element einbegriffe. Japan scheint andererseits in China ständig an Einfluß zu gewinnen, und ein Japaner rühmt sich offen in der Zeitschrift „Forum“ des Erfolges seiner Landsleute. Gebildete Japanerinnen, sagt er, würden heute in großer Zahl von chinesischen Vizekönigen zur Unterrichtserteilung in den allenthalben entstehenden chinesischen Knaben- und Mädchenschulen engagiert, und über 4000 Chinesen und Chinesinnen studierten heute in japanischen Universitäten und Schulen. In „Scribner's Magazine“ spricht T. F. Millard (ein anerkannter Sachverständiger in asiatischen Fragen) die Überzeugung aus, daß das Ende der Konzessionen in China gekommen sei. Die chinesische Regierung habe anfänglich um den lästigen Bewerbungen zu entgehen, Konzessionen geringfügiger Art vergeben; nun, wo sie die Gefahr erkannt habe, spiele sie eine europäische Großmacht gegen die andere aus. Es werde dahin kommen, daß China sich des europäischen Kapitals bediene, ohne irgendwelche weiteren Konzessionen zu gewähren. Die chinesische Regierung, nicht das Ausland, werde die gesamte Kontrolle über die Eisenbahnen, Gruben im Reiche der Mitte ausüben. Das Anwachsen des japanischen Einflusses in China sei unverkennbar, und nach englischem Muster bedienten sich die Japaner der Presse. Sie besäßen heute nicht weniger als 26 Zeitungen, die zwar in chinesischen Lettern gedruckt, aber von Japanern ediert und kontrolliert würden. Geschickt geschriebene Leitartikel, die gegen das Ausland gerichtet seien, wären in diesen Zeitungen häufig zu finden, sowie die Aufforderung zur Vertreibung der „fremden Teufel“ nach Japan darin zu sehen. In Bezug auf die „gelbe Gefahr“ läßt der englische Verfasser einen fortschrittlichen chinesischen Beamten sprechen: „Die Zukunft bildet keine „gelbe Gefahr“ für Europa oder Amerika, wohl aber für diejenigen in Asien lebenden Europäer und Ame-

rikaner, die es verschmähen, Asiaten mit größerer Zuvorkommenheit zu behandeln.“

Die Zukunft wird lehren, ob die britische Regierung weise daran getan, sich der aufstrebenden japanischen Nation zu verbünden, die nun China so augenfällig die Cour schneidet. Ob ein erwachtes China im Interesse und Wunsche Japans liegt, läßt sich bezweifeln; wohl aber wird Japan angesichts seiner verbesserungsbedürftigen Finanzen keinen Schritt unversucht lassen, um den auswärtigen Handel durch seinen eigenen zu ersetzen. Das wird natürlich nur langsam geschehen können, aber trotz allem klagen britische Kaufleute schon heute in Shanghai und Hongkong über den sich ausbreitenden Wettbewerb der Japaner, die europäische Rohmaterialien einführen und sie im Lande billig verarbeiten.

Zum Schlusse dieses Kapitels bringen wir den Bericht der „Frankfurter Ztg.“, veröffentlicht am 25. Jänner 1906. Hungersnot in Japan. Yokohama, Weihnachten 1905. Unter den Gründen, die Japan zu einem verhältnismäßig ungünstigen Friedensschlusse bewogen — einem Opfer, das erst jetzt durch die Unruhen in Rußland recht geschätzt werden kann, — war gewiß nicht der geringste die Rücksicht auf die Not im eigenen Lande, und die Erkenntnis, daß man noch viel schwereren Zeiten entgegengehe. Wir alle, die wir im Sommer die Reisfelder in der Umgegend von Yokohama, Tokio, Kamakura und weiter im Innern des Landes zu sehen Gelegenheit hatten, wußten längst, daß eine große Mißernte bevorstand. Die Regierung freilich tat, als merkte sie nichts, und als Börsenleute, Makler usw. anfingen, mit einem Minus von 15 bis 20 Prozent zu rechnen, wurde das immer prompt dementiert. Freilich so gut wie im Vorjahre würde die Ernte ja nicht sein, aber es könnte sich höchstens um ein paar Prozent handeln, in einigen schwer zu kontrollierenden Provinzen sei die Ernte sogar ausgezeichnet usw. Alles das war natürlich bloß „Bluff“ dem Auslande gegenüber, um den Schein zu erwecken, als sei Japan bereit, wenn es sein müsse, den Krieg noch ein Jahr lang weiter zu führen.

Das japanische Volk hat viel „Komment“ im Leibe, und obwohl doch jeder Bauer wissen mußte, wie es um seine Felder stand, und obwohl auch jedem Städter die abnorm ungünstige Witterung des Sommers 1905 bemerklich geworden sein mußte, schwieg man doch stille, im Vertrauen auf die Weisheit der Regierung. Man hoffte ja auf eine kolossale Kriegsentschädigung von Rußland! Als die dann auch zu Wasser wurde, hörte die Gutmütigkeit auf, und es gab Revolten in Tokio, Kobe, Osaka, Yokohama. Die Regierung schloß noch immer die Augen, um das Volk zu beruhigen. Erst allmählich ließ sie sich zu Erklärungen herbei, und was die Regierungsvertreter, der Vizeminister Sakatani an der Spitze, den landwirtschaftlichen Vereinen und Gewerbevereinen in den Sitzungen vortrugen, streifte manchmal ans Komische. Man stehe vor einem Rätsel, die Ähren oder Rispen des Reis hätten so gut ausgesehen, in den Körnern sei aber kein Mehl gewesen, sondern eine milchige Flüssigkeit, die Wissenschaft sei noch nicht so weit, um das zu erklären, und dergleichen mehr. Man rieb sich die Augen, wenn man das las, und man verzweifelte an der vielfach so hoch gepriesenen Intelligenz des japanischen Volkes, das so etwas geduldig mitanhörte.

Freilich, die Tage des Grafen Katsura und seines Kabinetts sind gezählt. Wenn ein Minister zurücktritt, wird schon gar kein neuer mehr ernannt, sondern einer der bleibenden Kollegen übernimmt das verwaiste Portefeuille provisorisch, und der Premier sucht einen Nachfolger. Endlich wird sich ja wohl Marquis Saionji, der Führer der großen liberalen Partei (Seiyukai), erbarmen.

Inzwischen hat sich die Mißernte als viel schlimmer erwiesen, als irgendjemand dachte. Im Norden herrscht geradezu Hungersnot. Tausende leben von Wurzeln und Baumrinde. Die in Sendai wohnenden Fremden, Engländer und Amerikaner, sammeln Gelder und rufen die reichen Fremdenkolonien von Tokio, Yokohama, Nagasaki und Hyogo-Kobe zur Hilfe auf. Ihre Schilderungen aus den unglücklichen Gegenden sind durchaus glaubwürdig. Sie beruhen

auf eigener Anschauung und auf Beratungen mit den japanischen Behörden, die unter Instruktionen von oben gewiß nicht zu viel sagen würden. Die Hungersnot in den drei nördlichen Provinzen Miyagi, Fukushima und Iwate mit einer Bevölkerung von 2.821.557 Seelen ist fast ebenso furchtbar wie die Hungersnot vor etwa 60 Jahren in der Tempo-Periode. Besonders in der Provinz Miyagi wütet die Not schon jetzt so schrecklich, daß eine dortige Zeitung schreibt: „Das Todesurteil ist über die Einwohner dieser Provinz gesprochen.“ Wir müssen, meint das freiwillige Komitee von Sendai, zwar diesen Ausspruch mildern und statt „der Einwohner“ setzen „ein Drittel“, aber für dieses Drittel trifft der Auspruch wirklich zu. Von einer Bevölkerung von 899.279 Seelen sind wenigstens 280.000 in äußerster Not und am Verhungern, wenn ihnen nicht Hilfe gebracht wird, und zwar eine Hilfe nicht allein über den Winter, und über das ganze Frühjahr, sondern bis zur nächsten Ernte. In der Provinz Miyagi beläuft sich eine Durchschnittsernte an Reis auf zwölf Millionen Yen (1 Yen = 2·10 Mark); im Jahre 1905 war aber der Ertrag weniger als zwölf Prozent von der Durchschnittsernte und der Ausfall an Reis allein beträgt zehn Millionen Yen. So erklärt es sich, daß der Hungertod mehr als eine Viertelmillion Einwohner in dieser Provinz bedroht. Die Fukushima-Provinz hat eine Bevölkerung von 1.174.024 Einwohner. Die Durchschnittsreisernte beläuft sich dort im Geldwerte auf 13.553.900 Yen. Diesmal ist die Ernte unter einem Viertel der Durchschnittsernte geblieben: sie hat einen Geldwert von nur 4.619.762 Yen erreicht, was einen Ausfall von 14 Millionen Yen bedeutet. Dieser Ausfall trifft hauptsächlich den östlichen Teil der Provinz, wo die Ernte nur fünfzehn Prozent des Durchschnitts beträgt. Über den hohen Grad des Notstandes wird man sich sofort klar, wenn man aus der gewissenhaft aufgestellten Statistik ersieht, daß über 300.000 Menschen in Not und fast vollständig verarmt sind. Iwate steht noch am besten unter diesen drei Provinzen. Die Ernte betrug dort ein Drittel des Durchschnitts. Aber

auch hier ist der Süden der Provinz in jammervoller Lage, da dort die Ernte nur ein Fünftel des Durchschnitts betrug. Der Wert einer Durchschnittsernte in der Provinz Iwate beläuft sich auf 6.857.700 Yen; in diesem Jahre hat die Ernte nur einen Wert von 2.314.020 Yen erreicht, und so trifft der Ausfall von 4.543.750 Yen eine Bevölkerung von 748.254 Einwohner. Es ist nicht genau festzustellen, wieviel Menschen dort gegenwärtig unter dem Hunger zu leiden haben, aber über 100.000 Einwohner haben sicherlich sofortige und fortgesetzte Hilfe nötig.

Bis jetzt sind schon Tausende von Menschen in diesen drei Provinzen darauf angewiesen, Wurzeln zu suchen und Baumrinden zu sammeln; sie mögen damit eine Zeit lang das Leben fristen, aber nach den neuesten Zusammenstellungen sind es 680.000 Menschen, die in der äußersten Not leben. Wir befinden uns im Heerde dieser gewaltigen Kalamität, schreibt das Komitee aus Lendai, und wir finden die Worte nicht, um zu beschreiben, was die armen Frauen und Kinder zu leiden haben.

Hungersnöte sind in Japan an sich nichts Seltenes. Noch vor drei Jahren war eine bedeutende Hungersnot noch weiter nördlich, in der Gegend von Aomori, und die Fremden im Lande, darunter auch die bestgehaßten Deutschen, sammelten beinahe 25.000 Yen. Auffalenderweise ist von den Japanern selbst noch kein Appell an fremde Hilfe erfolgt, nur unter der Hand wird gesammelt. In den Dörfern um Yokohama ziehen verdächtige Leute umher und kassieren kleine Beträge ein, die hoffentlich auch ihr Ziel erreichen werden. Drei von den hiesigen Fremden herausgegebene Zeitungen, die „Japan-Gazette“, die „Japan-Times“ und die „Deutsche Japan-Post“, haben sich als Sammelstellen etabliert. In den nächsten Tagen soll ein internationales Komitee begründet werden. Zu bemerken ist, daß unser allzeit hilfreicher deutscher Gesandter, Graf Arco-Valley, mit einem namhaften Betrage an der Spitze der Spender steht. Es ist ein schweres Geschick, das Japan betroffen hat, ein ruhmreicher Krieg mit wenig günstigem Ausgange, erschöpfte Finanzen, Mißwachs und Hun-

gersnot, und dazu noch Pest in Kobe und Shimonoseki. Wir gehen sehr schweren Zeiten entgegen."

Die „Allg. Ztg." schreibt am 28. Feber 1906 folgendes:

War Japan im ersten Jahre des Krieges von der Gunst der Witterung in ganz unglaublicher Weise bevorzugt, so haben die Götter, die das Wetter regieren, das Land im zweiten Jahre grausam im Stich gelassen. Daß die Ernte im Jahre 1904, dem ersten Kriegsjahre, einen Ertrag brachte, der ein gewöhnliches Durchschnittsjahr um zwanzig Prozent überstieg, hat gewiß die Nation in ihrem schweren Ringen sehr ermutigt, und das Ergebnis ist noch um so höher anzuschlagen, wenn man in Rechnung zieht, daß damals schon dem Lande Hunderttausende der kräftigsten Männer, gerade aus der Bauernbevölkerung, entzogen waren. Das wirkte zurück auf die Finanzen des Landes, auf die Löhne, auf die Industrie, und nicht zuletzt auf das Ausland, das einen großen Teil des zum Kriegführen nötigen Geldes vorschoß. Die zuversichtliche Stimmung im Vaterlande teilte sich den Truppen mit, die vor Port Arthur lagen und bei Liaojang Kuropatkins Kerntruppen zurückwarfen, und so liegt wohl ein guter Teil der militärischen Erfolge in der Gunst des Himmels begründet, der dem Lande eine phänomenale Ernte bescherte.

Umgekehrt hätte gewiß Japan den schweren Krieg noch einige Zeit weitergeführt, wenn nicht seine Staatsmänner eine gewaltige Mißernte im Jahre 1905 und deren Folgen auf den Nationalwohlstand, auf den Nationalkredit und auf die Stimmung daheim und im Felde vorausgesehen hätten. Oder wenn Japan aus anderen Gründen, vielleicht auf Ratschläge seiner Verbündeten und Geldgeber hin, geneigt war, den Krieg zu beendigen, so hätte es gewiß nicht, wie es in Portsmouth tat, einen Frieden um jeden Preis angenommen, einen Frieden, den — abnorm genug — diesmal der Besiegte diktierte.

Damals bemühte sich die japanische Regierung noch mit ihrer Kenntnis zurückzuhalten. Die Schätzungen der Bankleute in Tokio und Yokohama wurden als unglaubwürdig bezeichnet; man gab höchstens zu,

daß der Reis in einzelnen Gegenden wirklich schlecht stehe, aber diese Verluste würden durch gute Erträgnisse anderer Provinzen reichlich ausgeglichen werden. Eine so auffallend glückliche Ernte, wie im Jahre zuvor, sei ja natürlich eine Ausnahme, die nicht sobald wiederkomme, aber 1905 werde immer noch eine gute Mittelernte haben. Es war alles nur Mache, um beim Friedensschlusse nicht auch noch diese Schwäche eingestehen zu müssen.

Jetzt wagt im ganzen Lande kein Mensch mehr, die kolossale Mißernte abzuleugnen. Der Minderertrag wird gewiß 20—25 Prozent betragen.

In drei Provinzen des nördlichen Teils der Hauptinsel von Japan, in Iwate, Miyagi und Fukushima, herrscht schon heute direkt Hungersnot. Ungefähr drei Millionen Menschen leben in diesen Provinzen, und über ein Drittel dieser Bevölkerung ist in größter Bedrängnis. Der Ernte-Ertrag ist in den verschiedenen Dörfern dieser Landschaften nicht gleich, er beträgt in den günstigsten Fällen die Hälfte dessen, was in normalen Jahren geerntet wird, in den meisten Gemeinden nur 20 Prozent und darunter, in einigen Landstrichen nur ein Prozent, d. h. fast gar nichts! Die Leute leben von einem Brot, das sie aus wenig Reis, gemahlenen Farnwurzeln, Eichenrinde, gestampftem Stroh zusammenkneten. Die Regierung schickt die Reste der Soldaten-Zwiebackvorräte, die für den Krieg aufgestapelt waren. Die Provinzen nehmen Anleihen auf, um Wegebauten und andere Notstandsarbeiten vornehmen zu lassen, damit die Leute ein Geringes verdienen und aus anderen Provinzen Reis eingeführt werden kann. Milde Gaben werden im ganzen Lande gesammelt.

Andere Hilfsquellen sind wenig vorhanden. Ein paar Dörfer, wie Akiho mit 3500 Leuten, haben eine Hilfe im Waldbestande: sie liefern Holz und Holzkohle nach Sendai und Tokio. Einige andere haben neben der schlechten Reisernte wenigstens gute Gemüse-Erträge erzielt, z. B. Nakata. Für einige Gemeinden lieferte die Seidenzucht Einkünfte, aber auch dieser Erwerbszweig, den man hier in Japan

zu den landwirtschaftlichen Betrieben rechnen muß, hat im Jahre 1905 im ganzen Lande sehr schlechte Erträge hergegeben.

Zweierlei Dinge sind es, die dem Europäer bei dieser Hungersnot am meisten auffallen. Das eine ist die ungemein sorgsame Statistik, die die japanischen Behörden über alle jene Verhältnisse aufgemacht haben. In Sendai, der größten Stadt jener Hungerdistrikte, wirken eine große Menge von amerikanischen Missionären. Als diese erfuhren, daß es zugegebenermaßen schlecht stehe und daß die Gouverneure der drei Provinzen Fukushima, Iwate und Miyagi gemeinsam nach Tokio gereist waren, um von der Zentralregierung Beihilfe zu erbitten, fingen sie an, das Land zu bereisen, um durch eigenen Augenschein die Notlage kennen zu lernen. Überall, wohin sie kamen, waren sie erstaunt über die ganz genauen Zahlen, die ihnen zur Verfügung gestellt wurden. Überall wurde ihnen gesagt: der Kreis oder das Dorf hat soundsoviel Einwohner, wir haben sonst soviel geerntet, diesmal soviel, der Verlust beträgt soundsoviel hunderttausend oder Millionen Yen; das und das haben wir vor, so oder so kann uns geholfen werden — wenn überhaupt. Es zeigte sich wieder, daß der Japaner viel Staatssinn hat, viel Vorliebe zum Registrieren und Organisieren — ein Talent, das ja auch im Kriege viel mehr zum Erfolge beigetragen hat als man denkt. Leider werden die Hungrigen von dem Organisationstalent allein nicht satt.

Das zweite Merkwürdige ist die immer wieder befremdende eigenartige fatalistische Grundstimmung des Orientalen. Ein Mann, der in früheren Hungerjahren die betroffenen Gegenden bereiste, erzählt: Wir kamen in die Dörfer, besuchten Haus für Haus und sahen erschütternde Zustände, aber kein Mensch bat uns um Hilfe. Die Leute sahen, daß sie dem Tode geweiht waren, und sie waren gefaßt, zu sterben. Hand in Hand geht damit die ganz unglaubliche (wenigstens in Europa wird man sie für unglaublich halten) Abneigung des Japaners, sich vom Hergebrachten los zu machen und Neues anzunehmen.

Diese nördlichen Gegenden Japans sind ja nicht bloß diesmal von einer Hungersnot betroffen worden, alle drei bis vier Jahre tritt dort, um Sendai und Aomori, eine Mißernte ein. Das Land ist eben schon zu nördlich, um ein Reisland zu sein. Trotzdem baut der Japaner jahraus jahrein, wie er es von den Großvätern übernommen hat, seinen Reis. Ist die Witterung günstig, ist er zufrieden; gibt es eine Mißernte, so stirbt eben ein Teil.

Würde es in der Umgegend von München oder Berlin jemand einfallen, Reis zu bauen? Während das Klima des südlichen Japan etwa dem von Italien gleichkommt, sind die Witterungsverhältnisse des Nordteils, auch der Nordinsel Yezo (hier meist Hokkaido genannt), mehr die Mitteleuropas. Die Erfahrungen im Hokkaido haben gezeigt, daß dort eine Getreidekultur und Obstkultur, auch Gemüsekultur, nach mitteleuropäischem oder nordamerikanischem Muster von Erfolg begleitet ist; wir hier in Yokohama beziehen vielfach Kartoffeln, Kohl, Äpfel u. s w. aus Hokkaido. Aber der Durchschnittsjapaner hält, seiner südlichen Herkunft entsprechend, am Reis fest, und daran scheitert auch die Kolonisation des Hokkaido im großen Stile, wie sie die japanische Regierung seit Jahrzehnten protegiert.

Bei solchen Betrachtungen sieht man, daß auch die Anpassungsfähigkeit des japanischen Volkes ihre Grenzen hat. Man hat, besonders durch die kriegerischen Erfolge verführt, sich zu große Vorstellungen gemacht und dabei ganz vergessen, daß die Japaner ja doch nicht als rohes Naturvolk in die Zivilisation hineingelaufen sind. Sie hatten schon vorher vieles von den Chinesen und den damals noch nicht so versumpften Koreanern gelernt, an das sie anknüpfen konnten, als die Europäer kamen und sie ihre Künste lehrten; ja sie hatten sogar schon zweihundert Jahre lang mit den Holländern in Verkehr gestanden. Speziell das kriegerische Element war ihnen nichts Neues, sie kannten schon Flinten und Kanonen und hatten in ihren Samurai ein Offizierskorps. Schließlich muß ja auch bei uns jeder Bauerssohn an der Kanone neuester Konstruktion oder dem modernen

Reichsgewehr erst lernen und dazu marschieren, schießen und sich decken, worauf es im Kriege hauptsächlich ankommt. Die Japaner haben es verstanden, sich durch die Europäer eine ziemliche Anzahl intelligenter Köpfe ausbilden zu lassen, und ihre ältere, bereits vorhandene Kultur hat dabei mitgeholfen — das Volk als solches ist noch zurück.

Jeder, der länger im Lande gearbeitet, weiß es. Möglicherweise aber wird jetzt nach dem erfolgreichen Kriege für die Japaner die Hungersnot an Entwicklung innerer Energie bringen, was ihnen der Krieg nach außen hin gebracht hat."

Mitte März berichtete „Wojenny Golos" sehr ernste Dinge über die Lage Rußlands in Ostasien. Japan brauche sich nur ein Jahr zu erholen und könne sich dann, ohne irgendetwas zu riskieren, abermals auf uns werfen und auf drei Linien rasch einen Erfolg erreichen:

„Die Überreste unserer Truppen werden unter dem Andrange des überlegenen Gegners leicht nach Charbin zurückgeworfen werden, und so werden die Wege nach Tsitsikar und Ninguta in den Händen des Gegners sein. Wenn Japan den westlichen Distrikt des Weges in Besitz nimmt und eine feste Position bei Chingan errichtet, so wird es Charbin von dem europäischen Rußland isolieren; wenn es auf dem östlichen Distrikt bei Ninguta vorrückt, wird es auch Wladiwostok von Charbin isolieren. Geschieht aber dieses, so ist alles verloren. Charbin mit seinen Milliardenbauten, mit seinen Niederlagen, Magazinen, dem gewaltigen Fahrtrain, wird rasch von den Japanern genommen werden. Um ihm Hilfe zu bringen, werden nicht nur große Kräfte zu konzentrieren sein, sondern es wird auch ein schwerer, hartnäckiger Kampf bei Chingan auszuhalten sein. Wladiwostok aber, das von der ganzen Welt abgeschnitten ist, und von zwei Seiten, zu Lande und zu Wasser, zusammengedrückt wird, wird schwerlich den ungleichen Kampf lange aushalten können. Schwerlich wird in diesem letzten Akt unserer Niederlage das träumende China stummer Zuschauer

bleiben. Wer aber wird uns retten? — Europa?! Denken wir nach, so lange es noch nicht zu spät ist."

Der „Rusky Inwalid" behauptete schon einigemal, daß der Friede von Portsmouth nur eine Galgenfrist für Rußland bedeute. Japan werde, sobald die nötigen Vorbereitungen getroffen sein werden, Rußland wieder angreifen.

Ein Mitarbeiter der „Strana" hatte eine Unterredung mit einem ungenannten Staatswürdenträger. Dieselbe betraf hauptsächlich den fernen Osten und gipfelte in der Behauptung, daß es zu einem neuen Kriege mit Japan kommen werde. „Im fernen Osten" — heißt es da — „sind Truppen unbedingt nötig. Es bleiben dort auch 350.000 Mann und nur 150.000 Mann kehren nach Rußland zurück. Jetzt ist es jedoch nicht möglich, sie in die Heimat zu bringen, da sie nicht auf dem Seewege zurückkehren werden, sondern auf der Eisenbahn, die sich jedoch jetzt durch keine besondere Leistungsfähigkeit auszeichnet." Nach Meinung des Würdenträgers kann man noch im jetzigen Frühjahr einen neuen Krieg mit Japan erwarten, da die Japaner das ganze Primorsker (Meeres-) Gebiet, Kamčatka und ganz Sachalin besetzen müssen. Das „Nowoje Wremja" bemerkt dazu: „Wenn auch nicht im jetzigen Frühjahre, so ist doch dieser Krieg in sehr naher Zukunft möglich, wie wir es schon mehrmals in unserem Blatte betont haben."

Der Kampf der gelben Rasse gegen die weiße hat erst durch den russisch-japanischen Krieg begonnen. Er kann jahrhundertelang dauern wie etwa die Türkenkriege in Europa. Wenn es wahr ist, daß die Weltgeschichte das Weltgericht ist, so werden auch die Engländer ihren Lohn bekommen. Japan will absoluter Herr sein im stillen Ozean. Die Okkupation Australiens durch Japan soll nur eine Frage der Zeit sein. Die Furcht der Australier vor Japan soll unbeschreiblich sein. Auf diese Art würde England um eine der besten Kolonien zu kurz kommen.

Die „Allg. Ztg." brachte aus der Feder des Japaners Dr. Totsuka Mitte März 1906 folgendes Zahlenmaterial:

Als am Ende 1903 die diplomatischen Unterhandlungen zwischen Rußland und Japan einen immer drohender werdenden Charakter annahmen, wurde am 28. Dezember l. J. eine kaiserliche Notverordnung erlassen, auf Grund deren die Regierung ohne vorherige Genehmigung des Parlaments ihr für militärische Zwecke notwendig erscheinende Anleihen aufnehmen, Überweisungen aus den allgemeinen Staatsmitteln vornehmen dürfe. Hiermit war die Gründung einer Kriegskasse angebahnt, die nach der Kriegserklärung am 7. Feber 1904 offiziell in Kraft trat. Zu Beginn des Krieges brachte die Kriegskasse 156 Millionen Yen (1 Yen = 2 Mark) auf: aus einer inländischen Anleihe 131 Millionen Yen, aus Überweisungen von dem Extrafonds der Staatshauptkasse 25 Millionen Yen. Da aber diese Mittel bereits nach kurzer Zeit aufgebraucht waren, so wurde im Frühjahr 1904 ein neuer Betrag in der Höhe von 420 Millionen Yen von dem damals außerordentlich einberufenen Parlament, abgesehen von den Anleihen und Überweisungen aus Staatsmitteln, genehmigt. Er sollte durch Erhöhung der schon bestehenden Steuern und durch Einführung neuer Steuern, wie Verkehrs-, Seidensteuer u. s. w., aufgebracht werden. Folgende Tabelle zeigt uns dies näher:

| | Millionen Yen |
|---|---|
| 1. aus Steuern und dem Überschuß des gewöhnl. Etats | 110 |
| 2. aus Anleihen . . . . . . . . . . . . . . . . . | 280 |
| 3. aus Überweisung von dem Extrafonds . . . . . | 30 |
| | 420 |

Für das Jahr 1905 mußten wiederum von neuem Mittel für die Kriegführung erworben werden. Deswegen wurde vom Parlament Ende des laufenden Jahres die Regierungsvorlage für Kriegskosten in der Höhe von 780 Millionen Yen gutgeheißen. Um diese außerordentlich große Summe aufzubringen, wurde beschlossen, daß sämtliche Ressortangelegenheiten während des Krieges streng im status quo bleiben, die Verwaltungsausgaben aufs nötigste beschränkt würden und der Salzhandel staatsmonopolistisch sein sollte. Bemerkenswert ist es hierbei, daß größere und kleinere freiwillige Geldgaben der Regierung zugingen.

Die Einnahmeposten für die aufzubringende Summe von 780 Millionen Yen verteilen sich wie folgt:

| | Millionen Yen |
|---|---|
| 1. aus Steuern und dem Überschuß des gewöhnl. Etats | 108 |
| 2. aus Anleihen . . . . . . . . . . . . . . . . . . | 572 |
| 3. aus Überweisung von dem Extrafonds . . . . . | 30 |
| 4. aus freiwilligen Abgaben und sonstigen Einnahmen | 20 |
| | 780 |

Außer diesen Kriegskosten mußte Ende Juli 1905 noch eine ausländische Anleihe von 30 Millionen Pfund Sterling aufgenommen werden. Faßt man noch einmal sämtliche flüssig gemachten Beträge zusammen, so erhält man folgende Zusammenstellung:

A. Der Reihenfolge des Aufnahmetermins nach:

| | Millionen Yen |
|---|---|
| 1. auf Grund der Notverordnung vom 28. Dez. 1903 | 156 |
| 2. auf Grund des Beschlusses des 20. außerordentlichen Parlaments . . . . . . . . . . . . . . . . | 420 |
| 3. auf Grund des Beschlusses des 21. ordentlichen Parlaments . . . . . . . . . . . . . . . . . . . . | 780 |
| 4. auf Grund der Notverordnung vom 28. Dez. 1903 | 300 |
| | 1656 |

B. Den Einnahmequellen nach:

| | Millionen Yen |
|---|---|
| 1. aus Steuern u. d. Überschuß d. Verwaltungskosten | 309 |
| 2. aus Anleihen . . . . . . . . . . . . . . . . . . . | 1282 |
| 3. aus Überweisung des Extrafonds . . . . . . . . | 63 |
| 4. aus freiwilligen Gaben und sonstigen Einnahmen | 2 |
| | 1656 |

Aus dieser letzten Tabelle B. ersieht man, daß die Anleihe unter allen anderen Positionen die Hauptrolle gespielt hat.

Zur Konversion der 6prozentigen Anleihen wurde neulich eine 4prozentige Anleihe von 50 Millionen Pfund Sterling im Auslande gemacht. Außerdem wurde im Finanzministerium eine Schuldentilgungskommission für die Kriegsanleihe neu gebildet, damit diese finanzielle Operation rationell vorgehen kann.

Die bis jetzt besprochenen Kriegskosten machen aber noch nicht in Japan die ganze Kriegslast aus. Es kommen noch hinzu diejenigen, die der Aufenthalt des Heeres auf dem Kriegsschauplatz nach dem Frieden und der Rücktransport der Truppen verur-

sachen. Ihrer Bestreitung wegen fordert die Regierung bei der Budgetaufstellung 1906/07 im Parlament, daß alle Maßnahmen, die während des Krieges zwecks Aufbringung der Kriegsgelder galten, noch ein weiteres Etatsjahr in Kraft bleiben sollten. Infolgedessen wird für das Jahr 1906/07 von der Regierung neben dem gewöhnlichen Budget noch ein Extraetat in der Höhe von 550 Millionen Yen gefordert, welcher teils (360 Millionen Yen) aus Anleihen, teils (90 Mill. Yen) aus den anderen bisherigen Einnahmequellen aufgebracht werden soll.

Vorausgesetzt, daß dieser Extraetat genehmigt würde, belaufen sich die Gesamtkriegskosten auf rund 2206 Millionen Yen (= zirka 5 Milliarden Mark). Da auf Grund des Portsmouther Friedensvertrages Japan keinen Pfennig Kriegsentschädigung erhält, so muß das japanische Volk die riesige Summe von 1640 Millionen Yen (= zirka 3 Milliarden Mark) für Kriegsanleihen aus eigener Tasche abtragen. Deshalb ist es äußerst wünschenswert, durch kluge und vernünftige Art und Weise diese kolossalen Lasten von den Schultern des japanischen Volkes zu nehmen.

Der russische Statistiker Taburno hat Ende März 1906 im „Nowoje Wremja" Rußlands Lasten zusammengestelt. Bei Beginn des Krieges waren im Umlaufe russische Wertpapiere im Betrage von 8809 Millionen Rubel. Davon waren placiert:

| | Mill. Rubel. |
|---|---|
| in russischen Geldinstituten . . . . . . . . | 3653 |
| im russischen Privatbesitz . . . . . . . . | 150 |
| im Ausland . . . . . . . . . . . . . . . . . . | 5000 |
| Dazu noch nicht garantierte russische Wertpapiere im Ausland im Betrage von . . . . | 300 |
| Fremdes Industriekapital angelegt in Rußland für . . . . . . . . . . . . . . . . | 1000 |
| Jährliche ausländische Wechsel . . . . . . . | 200 |

Im ganzen schätzt Taburno das fremde Kapital in Rußland auf 6000 Millionen Rubel, die einen Zinstribut von jährlich 290 Millionen Rubel erfordern. Im Ausland reisende und lebende Russen verbrauchen jährlich 90 Millionen Rubel.

Rußland ist aber genötigt in nächster Zeit eine neue Anleihe von mindenstens 800 bis 1000 Millionen Rubel zu kontrahieren. Taburno glaubt, daß Rußland vorläufig einen Staatsbankerott nicht zu fürchten brauche. Dagegen behauptet Hofrat Martin in Berlin, daß der Staatsbankerott in Rußland über kurz oder lang unvermeidlich sei. Wir halten dafür, daß hier Prophezeiungen nicht gelten. Hier hängt alles ab von den zukünftigen Ernten in Rußland. Werden diese gut sein, so wird Rußland ruhig fahren, kommen aber Missernten, dann könnte der allgemeine Bankerott leicht eintreten.

## II.

## Die Kriegsverluste.

Ende März 1905 erschien in der Presse folgender Bericht: „Der russisch-japanische Krieg ist nicht nur für den Strategen und Taktiker, sondern auch für den Militärhistoriker von Interesse, vor allem, weil er wieder beweist, daß die Kriege immer unblutiger werden. Selbst die mörderische Schlacht von Mukden ändert an dieser Tatsache nichts.

Die Tage vom 28. Feber bis 12. März sollen, so wird in der „Schles. Ztg." ausgeführt, den Russen rund 50.000 Verwundete gekostet haben. Ist diese Zahl richtig, so muß man sich über die hohe Zahl der angeblich gefallenen Russen (22.500) wundern. Das Verhältnis der Toten zu den Verwundeten ist nämlich in der Neuzeit konstant geblieben und beträgt etwa 1:5; demnach müßten nicht 50.000, sondern 110.000 Russen verwundet worden sein, was zweifellos nicht geschehen ist. Daher ist die obige Zahl der Toten, die Oyama meldete, zu hoch und schließt vermutlich die Toten und Verwundeten, soweit sie liegen bleiben, ein. Der Verlust der Japaner dürfte auch 50.000 erreichen, sodaß die 13tägigen Kämpfe gegen 110 bis 120.000 Menschen außer Gefecht gesetzt haben. Da die beiderseitige Stärke zusammen 600.000 wohl erreicht, wenn nicht

überschritten hat, betragen die Verluste in 13 Tagen 20 Prozent.

Demgegenüber verloren bei Wörth die Deutschen von rund 82.100 Mann 10.642 also 13 Prozent, die Franzosen von 48.500 8000 Tote und Verwundete, gleich 15·7 Prozent. Bei Spichern verloren 34.700 Deutsche fast 5000 Mann, d. h. 14·3 Prozent, bei Vionville ließen 63.000 Deutsche 15.799 d. h. 25 pZt. liegen, bei Gravelotte stritten 187.600 Deutsche und büßten etwa 20.500 Mann, d. h. ungefähr 10·3 pZt. ein. Bei weitem blutiger aber als diese Schlachten und überhaupt noch nicht an Schrecklichkeit erreicht, sind die altnapoleonischen Entscheidungskämpfe gewesen. Bei Eylau fochten kaum 70.000 Franzosen und büßten 15.000 Mann, d. h. 21·4 pZt. ein. Bei Borodino verloren an einem Tage, dem blutigsten der Kriegsgeschichte, die Russen von 121.000 42.500, d. h. 35·1 Prozent, die Franzosen von 130.000 etwa 32.000, d. h. 24·6 Prozent. Bei Aspern verlor Napoleon an beiden Tagen von 90.000 Mann beinahe 44.500, d. h. 49·3 Prozent, die Österreicher von 75.000 23.354, d. h. 31·1 Prozent. Bei Wagram fochten 181.700 Franzosen und verloren am 5. und 6. Juli 1809 rund 30.000 Mann, d. h. 16·6 Prozent. Bei Leipzig fochten am ersten Tag 195.000 Verbündete gegen 172.000 Franzosen, jene verloren 38.000, diese 23.000, den zweiten Tag fochten 270.000 Verbündete und 154.000 Franzosen, beide Parteien ließen zusammen 50.000 Mann auf dem Schlachtfeld. Im ganzen kosteten die Gefechte des 14., 16., 17., 18. und 19. Oktober den 500.000 Menschen, die sich bei Leipzig maßen, 120.000 Blutopfer, d. h. etwa 24 Prozent. Bei Waterloo verlor Napoleon von 72.250 Mann etwa 31.000 an Toten und Verwundeten, d. h. beinahe 43 Prozent.

Seit dieser Periode sind die Schlachten stets unblutiger geworden und haben auch in dem russisch-japanischen Kriege, wie nüchterne Erwägung zeigt, durchaus nicht eine Höhe erreicht, welche die der Schlachten von 1870 gleichkommt, geschweige denn die von 1807 bis 1815 überholt. Die Ursachen dieser eigentümlichen Erscheinung ist, wie in der

„Schles. Ztg.“ weiter hervorgehoben wird, vor allem in der sich auf weite Entfernung abspielenden Kampfesart zu suchen. Je näher die Gegner sich auf den Leib rückten, desto furchtbarer sind die Einbußen gewesen. Mehr als Magazingewehr, Maschinengewehr und moderne Artillerie hat in den alten Zeiten Kuhfuß und Bajonett gewütet (bei Albuera 1811 verloren 6000 Engländer 70 Prozent), und mehr wieder als diese die Lanze und das Kurzschwert, denn bei Cannä fielen von 86.000 Römern über 70.000. Mögen diese kurzen Notizen dazu beitragen, die Furcht vor dem Morden eines europäischen Zukunftskrieges etwas zu mäßigen.“

Anfangs April 1905 brachte die „Allg. Ztg.“ diese Nachricht: „Vom mandschurischen Kriegsschauplatz nichts Neues, denn das Schweigen der amtlichen Stellen in Rußland und Japan über die Vorgänge bei den im Felde stehenden Armeen dauert noch immer fort. Dagegen wird aus St. Petersburg mit noch größerem Nachdruck als bisher versichert, daß Rußland den Kampf, ohne Rücksicht auf die Opfer an Menschen und Geld, die er noch erfordern werde, à outrance fortzusetzen gedenke, denn an den einen wie am anderen leide es nicht Mangel, ja es werde in dieser Hinsicht weit länger ausdauern können als der Gegner, dem früher oder später der Atem ausgehen müsse. Inzwischen hat der St. Petersburger Korrespondent eines französischen Blattes die tatsächliche oder anscheinende Pause in den kriegerischen Operationen dazu benutzt, um die Opfer zu berechnen, die der Krieg auf russischer Seite bisher erforderte. Nach seiner Angabe weisen die offiziellen Listen eine Gesamtsumme von 162.100 Toten und Verwundeten auf, und zwar für die Dauer des Krieges bis zur Schlacht von Mukden. In dieser selbst betrug der Verlust an Toten, Verwundeten und außer Gefecht Gesetzten etwa 175.000 Mann. Rechnet man noch 7000 Kranke pro Monat hinzu, so ergibt dies einen Gesamtverlust für den 14 Monate dauernden Krieg von 435.000 Mann. Die Kriegskosten berechnet derselbe Korrespondent auf zirka eine Milliarde Rubel, wovon auf die vernichtete

Flotte 160 Millionen und auf die eroberten Geschütze 10 Millionen entfallen. Eine ziemlich gleiche Gesamtziffer für die russischen Kriegskosten findet sich in einer Berechnung des statistischen Bureaus des Crédit Lyonnais. Die Ausgaben Rußlands für den Krieg betrugen hiernach bis zu Beginn des Krieges 2 Milliarden und 200 Millionen Franken, denen auf japanischer Seite 1 Milliarde und 800 Millionen Franken gegenüberstehen."

Weiter brachte es folgende Nachricht: Die russischen Verluste bei Mukden. Das Militär-Wochenblatt, das die Verluste der Armee Kuropatkins in den Kämpfen bei Mukden (26. Feber bis 14. März) auf rund 130.000 Mann veranschlagt, knüpft an diese Schätzung folgende Bemerkungen: Vorausgesetzt, daß die Russen zur Zeit der Schlacht ihre Sollstärke voll erreicht hatten, würden die Verluste ein starkes Drittel ihres ganzen Bestandes betragen. Nehmen wir die Iststärke aber nur auf 300.000 Mann an, so steigen die Verluste auf etwa 43 Prozent. Vergleichen wir diese Zahlen mit den Verlustziffern der Besiegten früherer Schlachten, so finden wir, daß verloren haben (einschließlich Gefangene): bei Zorndorf die Russen 50 Prozent, bei Kunersdorf die Preußen 48 Prozent, bei Aspern die Franzosen 49·3 Prozent, bei Waterloo die Franzosen 42·9 Prozent, bei Königgrätz die Österreicher 20·6 Prozent, bei Wörth die Franzosen 41·1 Prozent, bei Sedan (in der Schlacht) 42·2 Prozent. Sieht man von Waterloo und Sedan ab, so haben die geschlagenen Heere nach den erwähnten Schlachten in verhältnismäßig nicht allzu langer Zeit ihre Widerstands- und Operationsfähigkeit wiedergewonnen. Die Höhe der Mannschaftsverluste rechtfertigt also noch nicht, an der Möglichkeit der Wiederherstellung auch des russischen Heeres zu zweifeln. Zu berücksichtigen ist ferner, daß der moralische Eindruck der in ihrer Gesamtheit gewaltigen Verluste bei der Dauer der Kämpfe, die einen Zeitraum von über zwei Wochen umfassen, nicht ein derartiger gewesen sein kann, wie in den obenerwähnten Schlachten, in denen diese Verluste in 6 bis 21 Stunden eintraten. Fast schwerwiegender

als der Verlust an Menschenmaterial ist die Einbuße an Armeevorräten aller Art. Zwar der Verlust an Geschützen — etwa 60 — ist auffallend gering, dagegen ließen die Russen in Händen ihrer Gegner 60.000 Gewehre. 150 Munitionswagen, 1000 Eisenbahnwaggons. 200.000 Artilleriegeschosse, 25 Mill. Patronen. 45 Meilen Feldbahnschienen, 2000 Pferde, 23 Wagen mit Kriegskarten, 1000 Wagen mit Kleidungsstücken u. s. w., ferner ganz erhebliche Vorräte an Verpflegung und Fourage. Diese Aufstellung berücksichtigt noch nicht die Beute der Verfolgung. Zwei Fahnen fielen gleichfalls in die Hände der Japaner. Die letzteren haben nach ihren eigenen Angaben ihren glänzenden Sieg mit einem Verlust von 41.222 Mann (26. Feber bis 12. März) erkauft. Selbst wenn diese Zahl sich schließlich auf über 50.000 steigern sollte, erscheint sie nicht außergewöhnlich hoch. Ein zahlenmäßiger Vergleich erscheint nicht angezeigt, da genauere Angaben über die Stärke des japanischen Heeres nicht vorliegen.

Die „Hamburger Nachrichten" schrieben: „Verluste der Russen bei Mukden. Der Stab des Generals Linewitsch macht, wie dem „B. T." aus St. Petersburg berichtet wird, folgende genau kontrollierte Angaben über die russischen Verluste in den Schlachten vom 19. Feber bis zum 14. März, welche sehr wesentlich von den japanischen Angaben und den bisherigen Annahmen abweichen. Danach sind tot, verwundet oder verschollen: zwei Generale, beide schwer verwundet. in japanischer Gefangenschaft: 1985 Stabs- und Oberoffiziere. 87.677 Soldaten. Diese letzte Zahl ergibt sich aus 55.000 evakuierten Verwundeten, 15.000 Toten, 7000 bis 8000 Gefangenen. an 10.000 bis 12.000 auf dem Schlachtfelde gelassenen Verschollenen: aus den beiden letzten Kategorien sind nicht mehr als 5000 bis 6000 Soldaten in Gefangenschaft geraten, die übrigen waren verwundete Trainmannschaften und Intendanturbeamte. An Geschützen wurden 32, davon drei alte Mörser, und 26 Schnellfeuergeschütze verloren, von diesen letzteren wurden 23 beim Rückzuge aufgegeben, weil sie im Kot stecken geblieben waren. Die gesamte Be-

lagerungsartillerie wurde, wie bereits vor anderthalb Monaten gemeldet, mit sämtlichen Geschossen und dem Artilleriepark gerettet.

Da alle diese Angaben auf ihre Richtigkeit hin nicht gut bezweifelt werden können, zumal da Linewitsch keinen Grund hat, die Verluste Kuropatkins zu verdecken oder zu beschönigen, so sieht man, daß die russischen Verluste hinter allen Annahmen zurückbleiben, zumal da Linewitsch gleichzeitig meldet, daß eine sehr große Zahl von Leichtverwundeten nach der Front zurückgekehrt ist."

Nun kommt der Schlußeffekt. Das „Berl. Tagebl." schreibt Anfangs März 1906: „Die offizielle japanische Verlustliste. Von militärischer Seite wird der „Information" geschrieben: Das Statistische Bureau des japanischen Kriegsministeriums hat die Arbeiten zur Feststellung der Verluste des Heeres während des Feldzuges gegen die Russen jetzt abgeschlossen und das Ergebnis den japanischen Zeitungen zwecks Veröffentlichung zur Verfügung gestellt. Es darf als endgültig angesehen werden, denn als letzten Zeitpunkt, auf den die Feststellungen sich noch erstrecken, finden wir den 30. November, also einen Tag, der am Ende eines Zeitraumes von drei Monaten nach Abschluß des Waffenstillstandes auf dem Kriegstheater liegt. Die Zusammenstellung ergibt folgendes:

1. Gefallen 47.152, ihren Wunden erlegen 11.424, an Krankheiten verstorben 21.802 Mann. Zusammen 80.378 Tote.

2. Von diesen 80.378 Toten waren Offiziere 2113, Unteroffiziere und Mannschaften 76.908, Nichtkämpfer 1357.

3. Auf die verschiedenen Truppengattungen verteilen sich die Verluste an Toten so: Gendarmen 64, Infanterie 63.485, Kavallerie 829, Artillerie 3957, Pioniere 1944, Train 8130, Generalquartiermeisterei 81, Ärzte und ärztliches Personal 517, Roßärzte und roßärztliches Personal 11, Musiker 3, Nichtkämpfer 1357.

4. Auf die einzelnen Divisionen — das japanische Heer ist im Frieden wie im Kriege in Divisionen eingeteilt und kennt keine Armeekorps —

entfallen von den im Gefecht Gefallenen oder an Wunden nachträglich Gestorbenen die nachstehenden Zahlen (Offiziere, Unteroffiziere beziehungsweise Mannschaften und insgesamt):

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Garde-Division | | 121 | 2924 | 3015 |
| Erste „ | (Tokio) | 244 | 6108 | 6352 |
| Zweite „ | (Sendai) | 136 | 3821 | 3957 |
| Dritte „ | (Nagoya) | 167 | 5601 | 5768 |
| Vierte „ | (Osaka) | 120 | 3684 | 3804 |
| Fünfte „ | (Hiroschima) | 96 | 3584 | 3680 |
| Sechste „ | (Kumamoto) | 85 | 3109 | 3194 |
| Siebente „ | (Hokkaido) | 127 | 3682 | 3809 |
| Achte „ | (Hirosaki) | 106 | 3902 | 4008 |
| Neunte „ | (Kanasawa) | 213 | 790 | 8124 |
| Zehnte „ | (Himedschi) | 136 | 3932 | 4068 |
| Elfte „ | (Schikoku) | 218 | 6743 | 6961 |
| Zwölfte „ | (Kokura) | 67 | 1748 | 1815 |
| | Zusammen | 1852 | 56829 | 58585 |

5. Von den einer Krankheit Erlegenen starben im Felde 16.982, nach der Überführung in die Heimat 4820, insgesamt 21.802 Mann.

Die Zusammenstellung ergibt mehrere besonders interessante Tatsachen. Erstens zeigt sie den hohen Stand der ärztlichen Wissenschaft der Japaner. Von 153.673 im Gefecht Verwundeten und 16.456 sonst Verletzten — wir kennen diese Zahlen aus früheren Veröffentlichungen Tokioter Blätter — sind nur 11.425 gestorben. Das sind noch nicht 7 von Hundert! Und von den 203.270 an gewöhnlichen sowie 17.866 an ansteckenden Krankheiten, zusammen 221.136 Erkrankten wurden nur 12.802 nicht geheilt. Die japanischen Ärzte stellten somit 90 vom Hundert aller Kranken im Felde wieder her.

Wir sehen ferner, daß der russisch-japanische Krieg einer der blutigsten war: forderte er doch 80.378 Tote und 170.129 Verwundete. Dieser Viertelmillion gegenüber steht im Kriege 1870/71 auf deutscher Seite ein Verlust von 129.680 Mann, worunter 40.743 Tote -- das ist ungefähr die Hälfte. Dieser gewaltige Unterschied verliert nichts an Be-

deutung dadurch, daß der japanisch-russische Krieg länger währte als der deutsch-französische, denn die längere Zeitdauer wird reichlich durch die geringere Kopfstärke des japanischen Heeres aufgewogen.

Weiterhin finden wir, daß die Japaner auf 37 Unteroffiziere und Mannschaften 1 Offizier verloren haben. Bei den Deutschen war 1870/71 das Verhältnis 20 zu 1. Die Divisionen, welche die schwersten Verluste hatten, sind die 9., 11. und 1. Sie bildeten den Kern des Belagerungsheeres vor Port Arthur und haben diese Ehre mit doppelten Menschenhekatomben bezahlt. Die hohe Verlustziffer beim Train — 8130 Mann — endlich könnte auf den ersten Blick überraschen; aber der japanische Train in der Mandschurei setzte sich aus den schwächsten Leuten zusammen und hatte dort die härteste Arbeit zu verrichten. Daß die Infanterie bei dem Gesamtverlust der Japaner an Toten und Verwundeten mit mehr als $^3/_4$ beteiligt ist, erklärt sich aus Stärkeverhältnis und Kampfart dieser Waffe ohne weiteres."

Also bleibt die Judenpresse den Japanern stets treu. Die offiziellen Angaben Rußlands über die Verluste von Soldaten am mandschurischen Kriegsschauplatze dürften noch nicht erschienen sein. Japan wird seine wahre Verlustliste wohl niemals eingestehen.

Am 9. März 1906 kehrte der greise Oberbefehlshaber der russischen Armee Linewitsch nach Moskau zurück. Er war es, der die russische Armee vor dem Untergang rettete. Die Judenpresse verteidigt nun die Taktik des geistig unfähigen Kuropatkin, geradezu wie sie auch den Verräter Stesslj verteidigt. Eins ist nur sicher — der russisch-japanische Krieg wird ein ewiger Schandfleck für Rußland sein und bleiben.

Oberst Gräwe schreibt in der „Gegenwart" 24. Feber 1906 folgendes:

„In Folgendem sollen keine subjektiven Ansichten, sondern die Versuche derjenigen Denker wiedergegeben werden, die im Verlaufe der Geschichte die Beseitigung oder Einschränkung des Krieges für möglich hielten. Meist vergaß der Sieger schnell das Elend des Krieges über seinen glänzenden Früchten;

Manchem erschienen auch die Leiden zu groß gegenüber dem Erreichten. Gewinnen des Krieges in sittlicher Beziehung (wieder Opferfähigkeit für das Staatswohl, Gehorsam, Selbstbeherrschung — der Virtus der Römer —) standen immer als schlimme Früchte Begünstigung der Habsucht, der Tyrannei, der Verrohung gegenüber. Materiell hat der Krieg durch Berührung und Annäherung der Völker zum Austausch ihrer Erzeugnisse und Ideen beigetragen, Handelsstraßen eröffnet, ja die Zivilisation in die entlegensten Gegenden geführt; andererseits fällt ihm die dauernde Verödung und Entvölkerung großer Landstriche zur Last, wofür Westasien ein Beispiel ist. Zu allen Zeiten fand durch den Krieg die menschliche Phantasie ein gar weites Feld der Betätigung in künstlerischen und poetischen Bildern, und die Bewunderung kriegerischer Taten löste zuerst die Lippen Homer's. Dennoch ist der eigentliche Krieg weder poetisch noch verläuft er dramatisch.

Diese beiden Wesenheiten des Krieges — einerseits seine wahre Gestalt, andererseits die menschliche, idealisierende Auffassung von ihm fühlten die Alten, nach ihren Kunstwerken zu urteilen, besser heraus, wie wir. So führte die hellenische Pallas, Göttin des Krieges und höchster Geistesbetätigung, auf dem Schilde die Sphinx, oder das Gorgonen- oder Medusenhaupt auf dem Helme — sehr reale Attribute der ideal schönen Gestalt. Wurde in der antiken Welt der Krieg tief als Übel empfunden, und ist das Bild des goldenen Zeitalters, in dessen ungestörten Frieden sich die Menschheit zurücksehnt, uralt, so war ihr im realen Leben der Krieg etwas Unvermeidliches, das natürliche Verhältnis im Völkerleben, und der alte Satz des Seneca „vivere est militare“ stand schon damals wie jetzt in voller Geltung. Der anfängliche Kampf ums Dasein zwischen Einzelnen ging nach der Bildung von Staaten auf diese über, die dem Individuum verboten, sich selbst Recht zu nehmen, aber keinen Richter über ihr vermeintliches Recht anerkannten. Plato sogar läßt in seiner „Idealen Republik“ über der Masse des Volkes einen Stand der Wächter stehen, der im Kriege als

Führer dienen sollte. Völker- und Kriegsgeschichte fallen daher für ganze Perioden menschlichen Daseins fast zusammen, und im Hinblick auf das Fehlen eines Fortschritts bei dem Ausgleich von Völkerdifferenzen meint einer unserer modernen Historiker: „Aus der Geschichte kann man nur lernen, daß aus der Geschichte nie etwas gelernt worden ist. Sie zeigt uns in unendlicher Folge Völker, die nicht klüger, und Könige, die nicht besser werden.“ Mit dieser Unvermeidlichkeit des Krieges geht aber allezeit der Wunsch einher, ihn einzuschränken. Wünschen nach wenigstens zeitweisem Frieden verdankte Griechenland schon in sehr früher Zeit die Einführung des Gottesfriedens (der Eckechirie), welcher für die Zeit der Nationalspiele durch ganz Hellas Waffenruhe gebot. Gleichen Ursprungs waren die Amphiktyonengerichte, die Streitigkeiten der Nachbarn schlichten sollten, welche die Gottheit an ein und derselben Kulturstätte verehrten.

Aber diese Einrichtungen hatten keinen internationalen Charakter. Auch der große Stagirit Aristoteles erklärte diejenige Verfassung für die beste, welche als höchsten Zweck den Frieden habe. Er verwirft den Krieg überhaupt, und nur zwei Formen erscheinen dem großen Denker gerecht: Der Verteidigungskrieg und der Krieg zum Sklavenerwerb. Letzteres kann nicht befremden, wenn man erwägt, daß die Sklaverei eine der vornehmsten Lebensbedingungen antiker Staatswesen war. Modern gedacht, würden wir sagen: Gerecht ist ein Krieg für die Lebensinteressen des Staates. So gedacht, ist die Auffassung des Aristoteles gewiß auch die weitester Kreise unserer Zeit. Ganz anders als in Hellas erscheinen die Verhältnisse der römischen Welt. Sicherlich wäre in Europa bis in die neueste Zeit unendlich viel Blut gespart worden, wenn die Zeit des republikanischen Rom aus der Geschichte zu streichen wäre. Die Auffassung der Römer und ihrer Klassiker über den Krieg wurde von den aus den Wirren der Völkerwanderung entstehenden Staaten ebenso aufgenommen, wie römische Kulturanschauungen und Rechtslehren. Niemals aber in der Geschichte ist der innerste

Kulturberuf eines Volkes so verschmolzen gewesen mit kriegerischem Eroberungstrieb, wie bei den Römern. Als endlich die Grenzen des Erreichbaren berührt sind, zu Beginn der Kaiserzeit, da trat der Rückschlag, die natürliche Abspannung ein. Die erste Tat des Cäsar Augustus war die Schließung des Janustempels, dessen Pforten während des damals schon 700jährigen Laufs römischer Geschichte nur zweimal, zur Zeit Numas und nach dem zweiten Punischen Kriege vorübergehend geschlossen waren. Damit gab er seiner Regierung die Deutung: Das neue Kaiserreich ist der Friede. Die Grundlagen, auf denen er der Welt den Frieden darbot, waren die der weltbeherrschenden Universalmonarchie. Sie ist seither oft als eine der möglichen Formen, die den ewigen Frieden verbürgen könnten, aufgestellt. Ihr letzter großer Vertreter war Napoleon I., wenn seinen Worten auf St. Helena Glauben geschenkt wird. Die tatsächliche Beherrschung der ganzen bewohnten Erde, oder auch nur die Vereinigung so eminenter Völkerkräfte, wie sie z. B. das Kaiserliche Rom besaß, verbürgt allerdings theoretisch den dauernden Weltfrieden. Diese Idee des ewigen Friedens durch die Macht des römischen Weltreichs fand ihren vornehmsten Vertreter in jenem vortrefflichen Kaiser Probus, welcher im 3. Jahrhundert n. Ch. regierte. Aber er irrte sich in dem Werkzeuge, welches das Römische Reich geschaffen, in dem Heere. Von unzufriedenen Soldaten ermordet, wurde er ein Märtyrer seiner Idee. Nachhaltiger als dieser praktische Versuch des Probus wirkte für den Frieden auf Erden der Geist, welcher zu derselben Zeit mit den ersten, reinen Lehren des Christenstums sich verbreitete. Der Heiland, welcher sein „Liebet Euch untereinander“ zur gesamten Menschheit ohne Ansehen des Staates gesprochen, der an Stelle des alten Gesetzes: „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ — die Vorschrift „Liebet Eure Eeinde, segnet die Euch fluchen, tut wohl denen, die Euch hassen, bittet für die, so Euch beleidigen und verfolgen“ gesetzt und gezeigt hatte, daß er doch tapferer war, als alle seine Gegner, indem er widerstandslos den Tod auf sich nahm, er

hatte den innigsten Wunsch, schon hier auf Erden Frieden zu sehen.

Und wie er, so auch die ersten Verbreiter des Christentums. Der karthagische, trotzige Kirchenvater Tertullian, der Sohn eines römischen Hauptmanns, predigte auf das bestimmteste gegen den Krieg und verlangte ausdrücklich: „Der Christ dürfe keine anderen Waffen führen, als der Meister geführt, zu keiner anderen Fahne schwören, als zu der des Heilands, keines andern Feldherrn Dienstmann sein und müsse folglich jeden Kriegsdienst meiden.“ Er sprach die bestimmte Hoffnung aus, daß die christliche Republik den ewigen Frieden realisieren und daß unter der Losung „Ein Hirt und eine Herde“ aus dem römischen Weltreich ein christliches Weltreich, „das Reich Gottes auf Erden“ emporblühen werde. Solche Hoffnungen wurzelten damals, im 2., 3. und 4. Jahrhundert, tief in dem allmählich christlich werdenden mächtigen römischen Reiche. Blutzeugen dieses Denkens sind auch die zahlreichen Märtyrer, die waffen- und widerstandslos wie der Heiland in den Tod gingen.

Da trat ein Ereignis ein, welches nicht nur die antike Kultur über den Haufen warf, sondern auch die neue Lehre veranlaßte, den staatlichen und bürgerlichen Verhältnissen Zugeständnisse zu machen. Dadurch paßte sie sich nicht nur dem Sturm der Zeiten an, sondern machte ihn sogar ihrer raschen Verbreitung dienstbar, indem sie die einzige Zuflucht, die einzige Hoffnung in dem wachsenden Elend der Zeiten wurde. Aber sie verlor an ihrer ursprünglichen Reinheit als Friedenslehre. Dieses von Grund aus die alte Welt erschütternde Ereignis war die Völkerwanderung, welche in Europa mit der Bewegung der germanischen Volksstämme begann, zwischen dem 4. und 15. Jahrhundert, dann auch in der ganzen übrigen, damals bekannten Welt in dem Ansturm der Hunnen, Araber, Mongolen, seldschuckischen, osmanischen Türken und anderer Asiaten ihren Höhepunkt erreichte, um mit dem allmählichen Zurückdrängen der Türken um das 17. Jahrhundert endlich abzuflauen. Diese anderthalb Jahrtausende

Geschichte, und zwar fast ausschließlich Kriegsgeschichte, bedeuten nicht nur den Ruin der alten Kultur — verhältnismäßig wenig wurde nur gerettet — sondern auch das Verschwinden des Friedensgedankens aus der christlichen Lehre, soweit irdische Verhältnisse in Betracht kommen. Nur wenig Lichtpunkte leuchten in diesem Jahrhunderte langen Dunkel auf. Das Feudalsystem zwang die Völker sklavisch in das Joch unzähliger Herren, die selbst in hohem Grade durch Jahrhunderte lange Raub- und Kriegszüge verroht waren. Zunächst war furchtbarer Kampf um ein entsetzlich elendes Dasein das Schicksal der Völker, ihre einzige Hoffnung das Jenseits nach dem Tode, und auch das damalige Christentum verzweifelte an dem Frieden auf Erden. Während die Attribute der römischen Justitia Schwert und Wage gewesen waren, wurden zu Sinnbildern des mittelalterlichen Rechtszustandes zwei Schwerter und auch die religiösen Rechtsbegriffe wurden auf das tiefste verwirrt, wenn Worte aus dem alten Testament herausgegriffen und zur Bewegung der Massen gebracht wurden, wie die des Jeremias: „Verflucht sei, wer das Schwert aufhält, daß es nicht Blut vergieße.“ In Südfrankreich war es, da es zuerst der Geistlichkeit gelang, als im Jahre 1030 das entsetzliche Elend nach einer dreijährigen Hungersnot unerträglich geworden war, diese außergewöhnlichen Zustände benutzend, die Großen des Landes einen absoluten, ewigen Frieden beschwören zu lassen. Auf die Dauer war dies natürlich nicht aufrecht zu erhalten, zumal der Klerus selbst Waffengenossenschaften stiften mußte, die Ausgangspunkte neuer Kämpfe wurden. Daher traten bald mehrere aquitanische Prälaten zusammen, der Abt Odilo von Clugny, die Bischöfe von Arles, Avignon und Nizza und entwarfen die Grundsätze für die berühmte Treuga Dei, welche ein Friede heiliger Tage war. Sie erklärten nämlich 4 Tage der Woche, von Donnerstag bis Montag, für feierlich gefriedet, weil sie durch den Tod und die Auferstehung Christi geheiligt wären. An diesen Tagen wurde jede Gewalttat, jede Selbsthilfe, ja sogar die richterliche Verfolgung untersagt. Die Treuga Dei

fand unendlichen Beifall bei den Zeitgenossen in ganz Frankreich; je mehr sie sich aber verbreitete, besonders nach Deutschland und in dem kriegerischen Normannenreiche Unteritalien, Sizilien, England, um so schwerer haltbar war die Ausdehnung der Waffenruhe auf vier Tage der Woche. Man setzte daher später die christlichen und germanischen Festzeiten — hilge Dage und gebundene Dage nennt sie der Sachsenspiegel — als einzige fehdefreie Zeiten fest, und in dieser Form hat die Treuga Dei lange Zeit in hohem Ansehen gestanden. Sie gleicht dem griechischen Gottesfrieden, nur ist sie bedeutend erweitert, da sie einen gewissen internationalen, weil religiösen, Charakter hatte. Schließlich wurde sie auch in das kanonische Recht aufgenommen, und zwar durch Papst Urban II. auf dem Konzil von Clermont, demselben, auf welchem unter dem Rufe „Deus hoc vult" der erste Kreuzzug beschlossen wurde.

So reichten sich hier Gotteskrieg und Gottesfrieden, Friedens- und Kriegsbeschlüsse die Hand. Letztere, die zu den langwierigen Kämpfen gegen den Islam führten, waren die notwendige Reaktion des Abendlandes gegen den mächtig, siegreich vordringenden Mohamedanismus, die Äußerung eines unmittelbaren Naturgefühls, des Selbsterhaltungstriebes des christlichen Europa. Solche Kämpfe um die Existenz, um Sitte, Sprachen und Religion eines Erdteils ragen natürlich weit hervor in sittlicher Hinsicht über die Kriege, bei denen es sich nur um Machtzuwachs eines Staates oder Ländererwerb handelte. Strahlte am Ende der Kreuzzüge der Halbmond in Westasien, seinem ersten Verbreitungsgebiet, heller als je, so begann doch gleichzeitig sein Glanz an den Grenzen schon zu verblassen — Portugal, Sizilien, die Herrschaft im Mittelmeer waren ihm verloren. Hatten so die dereinst zu Clermont beschlossenen Gotteskriege nicht den vollen Erfolg gehabt, so ebenso wenig der dort gefestigte Gottesfriede. Die niederen Leidenschaften waren durch den hohen, erhabenen Zweck der Kreuzzüge nicht lange einzudämmen gewesen. Im Gegenteil, die Rivalität

der Fürsten wurde durch die nahe Berührung und Konkurrenz noch gesteigert. Inzwischen waren aber auch stärkere Faktoren herangewachsen als die Treuga Dei, die sich des Problems annahmen und es wirksamer zu vertreten berufen schienen. Es war dies die gesteigerte Macht der großen Fürsten gegenüber den zahlreichen kleinen Herren, ihren Vasallen. Dante brachte damals diese Hoffnung auf den Frieden unter der Universalmonarchie der Hohenstaufen für sein in unzählige kleine Staaten zersplittertes Vaterland in seinem Erstlingswerke „De Monarchia" zum Ausdruck, indem er sich durch den vorübergehenden Glanz des Römisch-Deutschen Kaisertums täuschen ließ. Diese Hoffnungen sollten aber erst mit dem Beginn der neueren Zeit greifbare Gestalt annehmen. Im Mittelalter blieb selbst der Kaiser immer nur Primus inter pares.

Endlose Fehden und Kämpfe unzähliger, fast selbständiger Herren und Ruhestörer sogen an dem Marke der Völker, wie in Deutschland, so in Frankreich, Italien, Spanien und den östlichen Ländern und machen diesen Zeitabschnitt zu einem der trübsten der Geschichte, natürlich in politischer Hinsicht und was den Krieg anbetrifft, — Künsten und Wissenschaften hat ja diese Zersplitterung viel genutzt. In Frankreich gelang es zuerst der Staatsgewalt, etwa zu Beginn der neueren Zeit, sich zu zentralisieren, und zwar von Ludwig XI. und Franz I. an, so daß schon Ludwig XIV. mit Recht sagen konnte: „L'état c'est moi". Dieser Absolutismus, welchen das ganze Mittelalter nicht kannte, fegte dann auch in den anderen Staaten, außer in Deutschland und Italien, das Heer der kleinen Herren fort. Wenn so dem schlimmen Fehdewesen allmählich ein Ende bereitet wurde, so brachte doch der Absolutismus auch eine neue Gefahr für den Frieden, die in dem Mißbrauch der zentralisierten Staatsgewalt durch die großen Fürsten für ihre persönlichen und Hausinteressen bestand, und die in den Kabinettskriegen jener Zeit ihren Ausdruck fand.

Wurde dem Friedensgedanken damals von oben her wenig Unterstützung zu Teil, so schlug er um

so breiter Wurzeln in den unteren Volksschichten, und zwar in dieser Zeit reger Religionsinteressen, auf religiöser Basis. Zuerst waren es, zur Zeit Karls V., die Wiedertäufer, die sich ganz auf den Standpunkt Tertullians stellten, daß der Christ keine Waffen tragen, sich niemals verteidigen dürfe. Freilich begingen diese, wie die Bauernheere jener Zeit, auch die materielle Besserung ihrer schweren Lebenslage, und zwar auf ganz sozialistischer Grundlage anstrebenden Scharen, später arge Ausschreitungen, und diese führten zur Katastrophe. Aber die aus ihnen hervorgehende Sekte der Mennoniten nahm das Friedensprinzip wieder auf und hat es als „Gemeinschaft waffenloser Christen" bis auf unsere Tage festgehalten. Hundert Jahre später erhob sich in England, ebenfalls auf der Bibel fußend, mit der gleichen Friedenstendenz die Sekte der Quäker oder Zitterer, und in Rußland die der Philipponen, eines Nebenzweiges der gegen die russische Staatskirche opponierenden Raskolniken, welche erst vor kurzem wieder viel in den Zeitungen gelegentlich der Ruhestörungen bei der russischen Mobilmachung erwähnt wurden.

Das Vorrecht, welches alle diese Sekten beanspruchen, die Befreiung vom Kriegsdienst hat sich in unseren modernen Staaten als Anomalie herausgestellt. Es hat wohl keine Epoche der Weltgeschichte gegeben, da die Geister so lange in lebhafter, angespannter Bewegung waren, wie das 16. Jahrhundert, das Zeitalter der Reformation. Daher ist es nur natürlich, wenn damals auch in zahlreichen Schriften die Durchführbarkeit des ewigen Friedens behandelt wurde. Eröffnet wurde diese Richtung 1516 durch des großen englischen Kanzlers Thomas Morus Buch „Utopia", einen Staatsroman von kommunistischer Tendenz und radikalster Färbung. Eines der letzten dieser Werke war das des Italieners Campanella, 1623, „Civitas solis" (Der Sonnenstaat), in dem eine Art platonischer Republik empfohlen wurde. Praktischer war die gleichzeitige Idee König Heinrichs IV. von Frankreich zur Gründung eines christlich-staatlichen Vereins, in dessen Umfange Parität der

christlichen Bekenntnisse und Handelsfreiheit herrschen und ein Konseil durch seine Beschlüsse und Schiedssprüche endgiltig allen Kriegen vorbeugen sollte.

Es war also ein verschärftes Haager Schiedsgericht gedacht. Aber der Dolch Ravaillacs vernichtete alle guten Absichten. — Das Erstarken der Königsmacht und der Absolutismus zeitigten die Theorie vom europäischen Gleichgewicht und machten die Kriege zu Kabinettskriegen. Spuren dieser Auffassung Anfangs des 18. Jahrhunderts haben sich bis in unsere Tage erhalten. Der Krieg war zu einem reinen Verstandesakt der Regierenden, zu einem ganz willkürlichen Mittel für oft kleine Zwecke geworden. Geflissentlich vermied man jede Rücksichtnahme auf die moralischen und intelligiblen Kräfte in den Massen. Von solchen schlimmen Verhältnissen umgeben, selbstverständlich auch nicht unbeeinflußt von ihnen, schrieb der größte philosophische Denker seiner Zeit seinen Traktat „Zum ewigen Frieden". Immanuel Kant gibt — nachdem er den Grundsatz aufgestellt, daß die Verfassung jedes Staates republikanisch sein solle — in zwei Präliminar- und drei Definitiv-Artikeln die nach seiner Ansicht tatsächlich vorhandenen Mittel an, die zu einem ewigen Frieden führen könnten. Er findet, daß sie in einer fortschreitenden Vervollkommnung des Menschengeschlechts begründet sind. Leider rückt uns diese Perspektive die praktische Lösung in unendliche Fernen. Die Weltgeschichte zeigt durchaus nicht eine fortschreitende Kulturentwicklung, sondern oft auch recht erhebliche Rückschritte.

Nach den großen Kämpfen gegen Napoleon war es weniger die sogenannte „heilige Allianz", welche mehr eine persönliche Vereinigung der Fürsten darstellte, die zu Gunsten des Friedens wirkte, als eine tiefe und nachhaltige Strömung in den Völkern. Ihre Repräsentanten waren Cobden und Elihu Burrit. In Cobden fand das Prinzip der Nichtintervention seinen ersten Vertreter. Letzterem verdanken die zahlreichen Friedenskongresse des vorigen Jahrhunderts ihr Dasein, sowie die Genfer Konvention, die das Los

der Verwundeten und Kranken im Kriege verbesserte. In der Neuzeit nahm sich außer zahlreichen, bedeutenden Schriftstellern auch die Malerei, speziell der russische Maler Wereščagin, der vor Kurzem im fernen Osten seinen Tod fand, der Verbreitung der Friedensidee an. Seine Bilder, dem in den Gefechten und an Verwundetenlagern selbst Empfundenen entnommen, zeigen im Vordergrunde stets Tod und Sterben, soweit dieses künstlerisch überhaupt darzustellen ist. Kein Siegesrausch täuscht ihn über das Grausige des eigentlichen Krieges hinweg.

Wie Clausewitz findet auch er, daß die furchtbarste Katastrophe nach einer verlorenen Schlacht immer noch eine gewonnene bleibt, und daher verschmäht er Glanz, begeisternde Szenen darzustellen durchaus, als nicht dem eigentlichen Kriege angehörend. Seine hinterlassenen Werke sind zum größten Teil vom Kaiser von Rußland angekauft. Gegenüber diesen Friedensbestrebungen steht nun die unerbittliche Lehre der Geschichte, daß Krieg stets sein wird, wie er stets war. Für ihre Existenz werden die Völker stets ihr Blut einsetzen. Aber sind nicht unzählige Kriege geführt ohne diese Vorbedingung? Ist es da nicht schon ein Erfolg, wenn durch Bestrebungen, wie die der Haager Konvention oder des Präsidenten der Vereinigten Staaten den Regierungen ein neues Mittel zum Ausgleich internationaler Schwierigkeiten geboten wird? Wird nicht häufig bei der Unvollkommenheit der menschlichen Natur im Leben das Unmögliche angestrebt, um nur das Möglichste zu erreichen? Und mit welchen Schwächen muß gerechnet werden! Die moderne Presse z. B., die eine gewaltige Macht repräsentiert, gießt bei jeder Verwicklung meist noch Öl ins Feuer, aus Geschäftsinteresse, und um sensationshungrige Leser zu befriedigen. Demgegenüber ist, wo es sich um Verminderung der Kriegsgefahr und damit des Kriegselends handelt, wie bei den vorbezeichneten Bestrebungen auch der kleinste Erfolg immer schon ein großer."

Jules Roche sagt, daß Frankreich im Jahre 1871 im Felde 1,350.000 Mann stehen hatte. Der Krieg

kostete 9237 Millionen Franks. Per Tag kostete der französische Soldat 11 Franks. Hätte Frankreich gesiegt, würde es der Krieg 3287 Millionen Franks gekostet haben. Jetzt hat Frankreich 2,860.000 Mann bewaffnet, dazu noch 600.000 Mann Landwehr. Diese ganze Armee würde im Feld tägliche 38,000.000 Franks kosten.

| | | |
|---|---|---|
| Deutschland hat . . | 5,400.000 | Mann, |
| Österreich „ . . | 2,000.000 | „ |
| Italien „ . . | 3,300.000 | „ |

Diese Mannschaften würden per Tag 100 Millionen Franks kosten.

General Kuropatkin hat im „Russkij Inwalid“ Anfangs März folgende Verlustziffern veröffentlicht: Vom Kriegsanfange bis zum 1. März 1905 hatte das 1., 3. und 4. Sibirische Armeekorps, dann die Division Rennenkampfs an Todten und Verwundeten 2128 Offiziere, 66.765 Mann. In die Lazarete kamen in derselben Zeit 2390 Offiziere und 58.693 Mann. Manche Soldaten kamen 2- bis 3mal ins Lazaret. Darnach wäre die Zahl der Verpflegten noch kleiner. Dazu kämen also noch die Verluste von Mukden. Damit wären die Totalverluste Rußlands vollständig aufgezählt.

„Nowoje Wremja“ brachte in der Nummer vom 23. März 1906 russ. Stils einen amtlichen Bericht über die Totalverluste des russischen Landheeres in Ostasien.

Im ganzen Kriege mit Japan sind die russischen Verluste zu Lande folgende:

| | | |
|---|---|---|
| Gefallene . . . . . . . | 31.187 | Mann |
| Verwundete . . . . . | 115.885 | „ |
| Verschollene . . . . . | 37.407 | „ |
| Gefangene . . . . . . | 53.897 | „ |
| Also im ganzen . . . | 213.626 | Mann. |

Port Artur allein zählte 10.000 Mann Gefallene und 27.557 Mann Gefangene. Auf der Insel Sachalin sind 1500 Mann verloren gegangen. Die russischen Verluste an Marinesoldaten sind noch nicht festgestellt. In japanische Gefangenschaft gerieten

86.000 Mann von der russischen Armee. (Nach Schätzungen russischer Blätter.) Darunter waren **nicht mehr und nicht weniger als 14.000 Juden, also 14% aller Gefangenen!**

So schaut die jüdische Tapferkeit aus!

Im „Russkij Inwalid“ kamen seit der Heimkehr der Generäle vom Kriegsschauplatze verschiedene Artikel heraus, worin besonders Kuropatkin dem russischen Generalstab Vorwürfe macht, daß der Generalstab gegen ihn, den Kuropatkin direkt gearbeitet hat. So bekam Kuropatkin niemals die verlangten Truppen auf das Schlachtfeld und konnte keine Dispositionen treffen. Der Generalstab in Petersburg erwies sich als das Werkzeug Witte's. Nun, ein solcher Verrath käme nicht einmal unter den Hottentotten vor. Die Kriegsrüstungen in Europa datieren in ihrer vollen Stärke erst seit dem deutsch-französichen Krieg.

Der Abg. Klotz, Berichterstatter für das Kriegsbudget in der franz. Deputiertenkammer schickt seinem umfangreichen Bericht, der als Broschüre verbreitet werden soll, allgemeine Betrachtungen voraus, die einen Vergleich zwischen den französischen und deutschen Heereseinrichtungen und Ausgaben seit dem deutsch-französischen Kriege bis 1905 enthalten und in der Feststellung gipfeln, daß die französische Armee nicht in genügendem Maße auf den Krieg vorbereitet ist. Unmittelbar nach dem Kriege 1870/71 mußte in Frankreich an die Neugestaltung der Streitkräfte gedacht werden, und man brachte ihr das gewaltige Opfer von 3622 Millionen. Die hierfür ausgeworfenen Kredite nahmen allmählich ab, seit 1902 in auffälligem Maße. Klotz stellt fest, daß in den letzten elf Jahren die Heeresausgaben in England um 61·3 Proz., in Rußland um 35·3 Proz., in Deutschland um 25·3 Proz., in Österreich-Ungarn um 20·2 Proz., in Frankreich um nur 7·3 Proz. zugenommen haben. Dennoch hat Frankreich, nach der Einwohnerzahl berechnet, schon jetzt das schwerste Kriegsbudget. Davon entfallen nämlich 17·60 Franks auf jeden Einwohner, in England 17·30 Franks, in Deutschland 15·70 Franks, in Österreich 9·20 Franks,

in Italien 8·60 Franks, in Rußland 7·60 Franks. Wenn das Kriegsbudget, wie beantragt wird, jetzt um 73 Millionen erhöht würde, so entfielen 19·40 Franks per Kopf in Frankreich. Im Jahre 1895 gab Deutschland 703 Millionen und im Jahre 1905 881 Millionen für sein Heer aus, Frankreich 638 Millionen im Jahre 1895 und 685 Millionen im Jahre 1905.

Klotz weist auf die Tatsache hin, daß bis 1901 das Kriegsbudget von Jahr zu Jahr zunahm, dann aber bis 1904 zurückging, um 1905 in Deutschland von 807 auf 881 Millionen, in Frankreich von 676 auf 685 Millionen emporzuschnellen. Er betont auch besonders die Tatsache, daß in Deutschland bis 1904 dreimal mehr für die Artillerie ausgegeben wurde als in Frankreich; im Jahre 1905 aber nicht das Dreifache, sondern das Fünffache. Auch von allerlei Vergeudungen, die im französischen Heere vorkommen, ist in dem Berichte die Rede. So kostet das Geschirr für ein Pferd im deutschen Heere 11·30 Franks und im französischen 48·10 Franks. Wohin werden denn diese stetig wachsenden Rüstungen die europäischen Staaten hinbringen? Darüber läßt sich vorläufig noch Niemand graue Haare wachsen.

Abgeordneter Klotz faßt in seinem Referat die Erfahrungen des russisch-japanischen Krieges kurz und treffend zusammen. Die leitenden Gedanken sind folgende:

1. Die Munitionsausrüstung der japanischen Infanterie von 270 Patronen (einschl. Munitionstragetier) pro Mann der Gefechtslinie hat sich als zu gering erwiesen. Man muß 350 Patronen pro Mann sicherstellen.

2. Der Munitionsverbrauch der Feldartillerie hat beiderseits die höchsten Erwartungen überstiegen.

3. Der Spaten hat eine so bedeutende Rolle gespielt, daß jeder Infanterist mit einem Stück Schanzzeug ausgerüstet werden muß.

4. Die Belastung des japanischen Soldaten mit 30 Kilogramm hat auf Märschen zu keinen Anständen Veranlassung gegeben. Im Gefecht dagegen haben die Japaner oft ihre schweren Tornister zurückgelassen und sich ein kleines, in Zeug eingewickeltes

Paket aus den allernotwendigsten Sachen gemacht; dies trugen sie dann an einem Riemen bandelierartig über die Schulter.

5. Die anfänglich dunkelblaue Kleidung der Japaner wurde bald durch Khaki ersetzt; auffallende Abzeichen der Offiziere verschwanden, und die blinkenden Säbelscheiden wurden geschwärzt. Die Kleidung der Truppen muß also derart beschaffen sein, daß sie sich möglichst überall der Umgebung anpaßt.

6. Maschinengewehre haben sich als sehr brauchbar und wirkungsvoll gezeigt.

7. Schwere und schwerste Geschütze sind mit Erfolg im Felde zur Verwendung gekommen.

8. Ausgedehnter Gebrauch der elektrischen Telegraphie, nicht nur bei der höheren Führung, sondern bis in die Schützenlinien hinein, charakterisieren die Kriegsführung, ganz besonders auf japanischer Seite.

9. Sanitätskompagnien haben sich von höchstem Wert auf dem Gefechtsfelde gezeigt.

10. Tragbare Schilde können von den zum Wegräumen von Hindernissen vorgeschickten Pionieren mit Vorteil verwendet werden.

11. Die fahrbaren Feldküchen haben ihre Kriegsbrauchbarkeit und ihren hohen Wert auf dem Kriegsschauplatz bewiesen.

Das „Prager Tagbl." brachte am 6. April 1906 folgende Mitteilung: „Verwundungen mit modernen Schießwaffen. (35. Deutscher Chirurgen-Kongreß.) Auf dem 35. Deutschen Chirurgentage, der Mittwoch in Berlin unter dem Vorsitze des Berliner Chirurgen Werner Körte zusammentrat, hielt Dr. Schäfer (Berlin) einen höchst instruktiven, von der Versammlung mit stärkstem Interesse angehörten Vortrag über „Diensttauglichkeit nach Verwundungen mit modernen Schießwaffen", zu deren Untersuchung nach der Schlacht bei Mukden er im Verein mit zwei russischen Ärzten umfangreiche Nachforschungen (über 7000 Fälle) angestellt hatte. Danach sind die Verluste in einzelnen Schlachten zwar hohe gewesen, aber doch nicht so beispiellose, wie man vielfach angenommen hat. Die Schlachten bei Vionville, Mars la Tour und

Gravelotte waren mindestens ebenso blutig wie die russisch-japanischen; auch der Prozentsatz der sofort tödlichen Schüsse ist nicht größer geworden. dagegen ist die Gefährdung des einzelnen Mannes durch das feindliche Feuer weit größer gewesen, als dies in früheren Kriegen der Fall war. Das ist aber nicht die Folge einer gesteigerten Feuerwirkung, sondern auf die Strategie dieses Krieges zurückzuführen. Ein und dasselbe Armeekorps erlitt in einer ganzen Reihe von Schlachten schwere Verluste; durchwegs waren die Verluste der Offiziere weit höher als die der Mannschaften.

Der Prozentsatz der nachträglich ihren Wunden Erlegenen ist auffällig klein, dagegen ist ein überraschend großer Teil der Verwundeten sehr schnell wieder dienstfähig geworden. Drei Monate nach der Schlacht bei Mukden waren bei den von Schäfer untersuchten Armeekorps etwa die Hälfte aller Verwundeten wieder in der Front, und bei einzelnen Truppenverbänden stieg der Prozentsatz sogar bis gegen 70. Bei einzelnen Regimentern hat der Vortragende über 500 wieder dienstfähig gewordene Verwundete persönlich gesehen und untersucht. Diese Resultate haben in den russischen Stäben selbst überrascht, und ein Divisionsgeneral wollte die Erhebungen verbieten, weil er fürchtete, die Welt würde darüber lachen, daß die Japaner die Russen „mit einem so miserablen Gewehr" geschlagen hätten. Diese Zahlen sind aber ein glänzendes Zeugnis für die Ausdauer und Opferwilligkeit des russischen Soldaten.

Im ganzen bezeichnet Schäfer die Einzelwirkung der japanischen Waffen als sehr schwach. Die Artilleriewirkung war durchaus nicht so gering, wie man vielfach behauptet, und jedenfalls größer als im Jahre 1870. Auf die Hauptverbandsplätze ist nur ein Drittel bis zwei Drittel der Verwundeten gekommen. Die operative Tätigkeit war dort äußerst geringfügig; so wurden bei einer Sanitätskompagnie während des ganzen Feldzuges an 2000 Verwundeten nicht mehr als zehn Operationen vorgenommen. In der Hauptsache verbindet sich die Truppe selbst, und über den hohen Wert des Verbandpäckchens können keine

Zweifel mehr bestehen. Der Sanitätsdienst wird heutzutage beherrscht durch die Frage der besten Wegschaffung und der Krankenverteilung.

Der russische Chirurg Zoege von Manteuffel (Dorpat) gab einen Überblick über die Gestaltung des modernen Schlachtfeldes, welches nach den Erfahrungen im russisch-japanischen Kriege am Tage nur für das Ohr seine Schrecken entwickelt. Auf der öden Ebene zeigen nur „graziöse" Rauchwölkchen die Stellung der Truppen an, erst in der Nacht spielt sich der eigentliche Kampf in den Laufgräben ab. Bei der Entfernung der Kämpfenden von 7—8 Kilometer ist wenig ersprießliche Arbeit für Ärzte innerhalb dieses Bereiches, bei dem Auseinanderziehen der Kampfabteilungen wird die Tätigkeit der unmittelbar folgenden Truppenverbandplätze lahmgelegt. Von Verwundungen sind die durch Granaten seltener, aber meist tödlich. Schrapnellverwundungen sind durch Mitreißen von Kleidungsfetzen und folgender Keimvergiftung gefährlich. Dagegen zeigen die Verletzungen durch Gewehrkugeln, namentlich bei dem japanischen kleinkalibrigen Geschoß, erheblich bessere Heilungsbedingungen."

## III.

## Das Ende des Samodržaví.

Der Zar aller Reussen regierte bisher ohne Volksvertretung, also Alleinherrscher (Samodržaví). Die Revolution ertrotzte dem Zar Nikolaus das Parlament. Die Judenpresse brachte folgendes Telegramm:

„Petersburg, 11. November 1905. (Tel.) Über die Vorgänge am 30. Oktober, als der Zar das Manifest unterzeichnete, werden folgende besondere Angaben gemacht: Am Morgen dieses Tages hatte der Zar dem Grafen Witte das von diesem ausgearbeitete Manifest, mit Randglossen von seiner Hand versehen, zugehen lassen, die in dem prinzipiell bewilligten Manifeste so viel Einschränkungen machten, daß Witte die Unmöglichkeit einsah, die Geschäfte

auf dieser Grundlage führen zu können. Er erklärte dem Zaren, daß der Manifest-Entwurf sein Programm bilde, von dem er in keinem Punkte zurückweichen könne. Wenn der Zar es nicht unverkürzt akzeptiere, müsse er demissionieren.

Um 4 Uhr nachmittags wurde nach einer langen Unterredung, die Witte mit dem Zaren in Peterhof hatte, Ignatèv zum Ministerpräsidenten ernannt und dessen Aufgabe war es, die Bewegung mit Gewalt zu ersticken. Am nächsten Morgen sollte die Ernennung Ignatèv's publiziert werden. Eine Stunde nach der Abfahrt Witte's fand der Zar eine Depesche auf seinem Schreibtische, welche den Kurssturz der Russenwerte an der Berliner Börse meldete. Hierauf zog der Zar seine Unterschrift bezüglich der Ernennung Ignatèv's zurück und unterschrieb das Manifest Witte's und die Kombination Ignatèv war in den Hintergrund gedrängt."

Der Zar Nikolaus II. hat nachgegeben, offenbar um die Verantwortung von seiner Person abzuwälzen. Die „Köln. Ztg." schrieb am 14. November 1905 folgendes:

„Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo. Aus dem Wirrsal der russischen Revolution tauchen undeutliche Umrisse einer Gegenrevolution auf. Viel zu trüb sind die Wasser geworden, als daß man alles unterscheiden könnte, wofür die Verantwortung die Umstürzler und wofür sie ihre Gegner trifft, suche man diese nun in den obersten Kreisen oder in den alleruntersten Tiefen. Einen hohen Anteil der Schuld an dem Ursprung der umstürzlerischen Erscheinungen trägt die russische Regierung selbst, das wird sie selber nicht mehr leugnen. Die Entlassung Pobjedonoscev's und Trepov's, die Zugeständnisse an Finnland, die Vollmachten für den Grafen Witte, die Eröffnung des Konstitutionalismus bezeugen es. Hätte die Regierung rechtzeitig in diese Bahnen eingelenkt, so wäre wohl viel Unheil erspart geblieben. Die lange Versäumnis der Reformen, das Verharren in dem starren Selbstherrschertum und in der Allmacht einer verrotteten Bureaukratie hat sich furchtbar gerächt. Dies alles sei willig zugegeben. Den-

noch tut sich die Frage auf: Hat die umstürzlerische Gegenseite denn so gehandelt, wie sie — von ihrem eigenen Standpunkte aus geurteilt — zum Heile Rußlands handeln mußte? Sie wird schwerlich unparteiische Richter finden, die das bejahen können. Sie mußte sich sagen, daß sie die tiefe Kluft zwischen dem Rußland von gestern und dem von heute, vielmehr von dem einer noch ganz unbekannten Zukunft, nicht mit einem einzigen Satz überspringen konnte. Mochte sie immerhin mit gutem Grunde die Verantwortung für den Mangel an Bildung, an politischer Erziehung im Lande ablehnen, dieser Mangel war und ist eine Tatsache. Es bedarf langer Zeit, bis ein so rückständiges Volk, dessen große Mehrheit weder schreiben noch lesen kann und in dumpfer Abgeschlossenheit dahinlebt, so weit gereift ist, um an der Lenkung seiner Angelegenheiten teilzunehmen. Lesen wir doch, mit welchen Schwierigkeiten Völker von viel älterer Bildung auf diesem Gebiet zu kämpfen haben! Es dauert stets geraume Zeit, bis Völker ihr Auge, ihr Urteil an ganz neue Verhältnisse gewähnen.

Niemand wird sagen wollen, daß man hätte abwarten müssen, bis unter dem bisherigen Regiment eine solche Reife eingetreten wäre. Eine Hoffnung darauf rechtfertigten seine Leistungen nicht. Aber als es in seiner Selbstherrlichkeit endlich zusammenknickte und die Hand zu Reformen, zum Verfassungsleben, zu bürgerlicher Freiheit, Rechtssicherheit und Gesetzlichkeit bot, da hätte die Revolutionspartei, soweit sie Reformen im Rahmen der Vernunft und Erfahrung anstrebte, die Hand ergreifen müssen, um gemeinsam mit der Regierung die neue Zeit herbeizuführen. Was unzulänglich geboten war, mußte sie im Verein mit denen, die den Rest der Regierungsmacht noch in Händen hatten, vervollständigen. Der Geist Mirabeau's hätte ihr zum Leitstern dienen müssen, nicht der Robespierre's oder gar Hébert's. Es ist ein Verhängnis im Schicksal Rußlands, daß eine solche Partei der Besonnenheit nicht vorhanden war, daß sie sich unter den frühern Verhältnissen nicht hatte bilden können. Ja, es war weder eine solche Partei noch überhaupt eine Re-

volutionsleitung vorhanden. Und eine solche kann auch der Umsturz nicht entbehren, wenn etwas Dauerndes geschaffen werden soll, was seinen eigenen Zielen entspricht. Statt dessen ist flutartig das Chaos aufgeschwollen.

Schon war der Stand der Dinge übel, nicht nur, wenn man ihn mit den Augen der Regierung, sondern auch wenn man ihn mit denen der Freunde ganz neuer Verhältnisse ansah. Immerhin hätten diese den Versuch machen müssen, die am Boden schleifenden Zügel des wilden Viergespanns zu ergreifen, um das rasende wenigstens unter irgend eine Leitung zu bringen. Niemand war zu sehen. Leo Tolstoj's Stimme wäre nicht überhört worden. Krapotkin und Gorki machten sich nicht bemerkbar. Die kleinen Geister stürmten besinnungslos vorwärts, sie wiesen die Regierung zurück und boten den Acheron auf. Sie appellierten an die rohesten Triebe der Selbstsucht, der Rachsucht und des Zerstörungstriebes. Die Agitatoren des Sozialismus, des Kommunismus, des Anarchismus und Nihilismus feierten Orgien.

Es hätte wunderbar zugehen müssen, wenn aus diesem Treiben irgend etwas Ersprießliches entstanden wäre. Nein, es führte zur Zerstörung der nicht großen Reichtümer des Landes. Fabriken, Wohnhäuser wurden zerstört, Häuserviertel gerieten in Brand, in den Straßen wurde mit Kosaken und Soldaten gekämpft. Unschuldige fielen zu Tausenden, in manchen Städten floß das Blut in Strömen. Die friedliche Arbeit von Millionen, unentbehrlich für die Wohlfahrt des Landes stockte Und das angesichts einer ersten Mißernte! Als Raserei eines Augenblicks, etwa um ein sich verzweifelnd wehrendes Ancien régime zu Boden zu werfen, hätte man für dies alles noch entschuldigende Worte finden können. Aber der Zarismus war ja vollständig mürbe; er war ja, wenn auch mit verhängnisvoller Versäumnis, bereit, die neue Zeit selber einleiten zu helfen! Es wird Rußland zu schwerem Unglück verhelfen, daß sich niemand fand, Einhalt zu gebieten.

Wie nun aus diesem Hexenkessel die Gegenrevolution hervorgegangen ist, das kann heute noch nicht klargelegt werden, es ist nicht einmal sicher, ob die Zukunft es kann. Die revolutionären Stimmen beschuldigen die Regierung oder wenigstens einzelne ihrer Organe, Gouverneure, Polizeivorstände und dergleichen, die wilden Triebe der Menge entfacht und auf Ziele gelenkt zu haben, deren Schonung ihnen nicht sehr am Herzen lag. Namentlich sollen auf diese Weise die antisemitischen Mord-, Brand- und Raubszenen erklärt werden müssen, die so zahllose Opfer kosteten. Es mag verzeichnet sein, daß diese fürchterlichen Szenen sich vorzugsweise, obgleich keineswegs ausschließlich, in den von Juden bewohnten Teilen Rußlands ereignet haben, also in den ehemals polnischen Provinzen und Kleinrußland bis Odessa hinunter. Doch ist damit noch nicht gesagt, daß die Regierung oder ihr im Übereifer falsch dienenden Organe die Schändlichkeiten angestiftet haben. Nur eine befremdende Untätigkeit muß man wahrnehmen. Läßt sie sich allein aus der Brüchigkeit der Zügel der Regierungsgewalt, aus der Ungewißheit des Gehorsams der ausübenden Organe erklären oder kommt auch böser Wille mit ins Spiel? Das Urteil kann noch nicht gefällt werden. Aber die revolutionäre Gegenseite, auf der die Juden eine so große Rolle spielen. sollte sich doch auch des Wortes erinnern: „Wer Wind säet, wird Sturm ernten“, und „Wer das Schwert nimmt, wird durchs Schwert unkommen“. Noch ist durchaus nicht entschieden, ob die elementaren Leidenschaften einer rohen, bisher in Sklavenketten gehaltenen, nun plötzlich befreiten Menge nicht einfach den nächsten Weg gesucht haben, um sich zu befriedigen. Die entfesselte Menge fragt in ihrer wilden Begehrlichkeit nicht viel nach Schuld oder Unschuld. Wer da hat, dem wird genommen, heißt es dann.

Gegenrevolution hat man die neueste Bewegung genannt, weil sie sich gegen Kreise richtete, die selbst revolutionär waren. Ob aber dieses letztere der Grund des Ausbruchs gewesen ist, das steht noch durchaus nicht fest, zumal viele Berichte

mehr oder weniger parteiisch gefärbt sind. Sollte es sich wirklich herausstellen, daß die Regierung Anteil an dem Ursprung hat, so würden wir sagen: armes Rußland! Denn wer es auch sei, der die Tiefen des Acherons gegen die bessern Gewalten der Oberfläche aufwühlt: der emporquellende Schlamm wird stets scheußlich sein. Die Not des Augenblicks gebietet zurzeit nichts so dringend, wie daß das Chaos gebannt werde. Das aber scheint nur möglich durch ein Zusammenwirken zwischen der Regierung und den reformfreundlichen Elementen. Keines kann das andere entbehren. Reaktionäre Versuche würden neue revolutionäre Rasereien auslösen. Wenn diese aber nicht selbst bald erlahmen, so ist nichts gewisser, als daß sich einem Säbelregiment neue Aussichten eröffnen, mag seine eigene Zukunft noch so fragwürdig sein. Ein Land, das vom Wogenschlage der Reaktion in der Revolution auf und nieder geworfen wird, fristet sein Dasein zu eigenem Unsegen. Wünschen möchte man dem Lande, daß in der Regierung die Reformfreunde und im Volke die besonnenen Elemente die Oberhand erlangten und daß gegenseitiges Vertrauen sie zueinander führe!"

Die jüdischen Revolutionäre wollten nun ein für allemal das Haus Romanov verjagen. Das „Berliner Tagebl." schrieb am 17. Oktober 1905 von Petersburg aus folgendes: „Die ganze Agitation zur Veranstaltung des Generalstreiks und neuer Demonstrationen gegen die Regierung bei den größeren Fabriken ist als gescheitert zu betrachten. Die Agitatoren fanden keinen Beifall. In kleineren Betrieben kann die Lage noch als unentschieden gelten, weil einzelne mit dem Streik begonnen haben, andere die Agitatoren einfach verprügelten und der Polizei auslieferten. Infolge des Setzerstreiks sind heute nur der „Regierungsanzeiger", „Russkij Inwalid" und „Swet" erschienen, weil deren Typographien durch Militär bewacht werden. Eigentliche Unruhen sind bisher nicht zu verzeichnen, wenn man von einigen blutigen Schlägereien zwischen streikenden Arbeitern und Polizei auf dem Wassili-Ostrow und der Vergewaltigung des Redaktionsbureaus der Zeitung

„Slowo“ auf dem Newski-Prospekt absieht. Hier erschienen einige zwanzig Arbeiter, verlangten sofortige Einstellung der Bureauarbeit und gingen nicht eher fort, als bis das Bureau geschlossen wurde.

Gestern fand in der Universität ein überaus charakteristisches Meeting von Studenten und Arbeitern statt, auf dem unbehindert die revolutionärsten Reden gehalten wurden. Zuletzt sprach ein unbekannter Agitator, der folgende Resolution in Vorschlag brachte: „Ermordung sämtlicher Minister. Vernichtung und Sturz des Kaiserhauses. Einführung einer demokratischen Republik.“ Diese Resolution wurde mit solchem Gejohle und Geschrei unter Absingen der Marseillaise, mit nur sehr vereinzelten Protesten, begrüßt, daß man auf Annahme schließen konnte.

Heute ziehen Studenten und Studentinnen von einem Zeitungsbureau zum anderen, verlangen sofortige Schließung und drohen mit Gewalt. Geradezu lächerlich ist es, daß die Inhaber der Bureaus sich dieser Forderung fügen müssen und keinen Schutz durch die Polizei finden. Übrigens ist es der Regierung sehr angenehm, daß die Presse durch den Streik zum Schweigen gezwungen ist, denn am liebsten würde sie alle liberalen und radikalen Blätter selbst schließen, damit die Öffentlichkeit endlich über die empörend rechtlosen Zustände schweigt, die immer schlimmer werden und immer schärfer hervortreten.“

Die „Augsburger Postztg.“ schrieb Ende Feber 1906 folgendes: „Judentum und Revolution. An „alle freien Bürger“ Rußlands hat das „Zentralkomitee des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland“ einen selbstgefälligen „Aufruf“ erlassen, den der „Vorwärts“ zu veröffentlichen in der Lage ist. Es heißt da:

„Das sterbende Regime hat einen festen Bund mit dem Abschaum der Gesellschaft geschlossen. Sie hat diese finstere Macht gesammelt, sie organisiert und bewaffnet, und diese Armee, die ihrer Führer würdig ist, zu einem blutigen Kriege voll endloser Schrecken und tierischer Greuel ausgerüstet.

Maschinengewehre krachen in den Straßen der russischen Städte: es fallen Opfer ohne Zahl, das Blut fließt in Strömen. Das alte bewährte Mittel ist wieder in Gang gesetzt: die Judenmetzeleien flammen in so unermeßlichen Dimensionen auf, daß vor ihnen alle bisherigen Schrecken der zahllosen Verbrechen des Zarismus erbleichen und in ein Nichts zusammensinken. Unter dem Schutze des Militärs und der Mitwirkung der Behörden, unter der Oberleitung Trepov's, nach einem einheitlichen Plane, bewußt und kaltblütig, morden die „schwarzen Hunderte" der Regierung die jüdische Bevölkerung Rußlands zu Tausenden dahin. Ganze Viertel werden ausgeschlachtet. Ganze Städte stehen in Flammen. Anarchie und Schrecken herrschen in Rußland. Das Werk der Befreiung ist in Gefahr. Wir, die Vertreter der kämpfenden jüdischen Arbeitermassen, des Proletariats jener Nation, die unter den Bedrückten die am meisten bedrückte ist, haben längst unseren Befreiungskampf mit der Idee des Widerstandes gegen die gedungenen Mörder des Zarismus, mit der Idee der Selbstverteidigung vereinigt. Die jüdischen Proletarier haben stets in den vordersten Reihen des revolutionären Kampfes gestanden."

Ein zweiter Aufruf des Wilnaer Komitees des Jüdischen Arbeiterbundes wendet sich gegen den „schachernden" (schachernd sicher in spezifisch jüdischem Sinne) Liberalismus und verkündet vor dem Proletariat: „Es wird sich nicht von der Regierung und den Liberalen ersticken lassen. Es wird nicht die einmal erhobene Waffe sinken lassen und es wird nicht aufhören, unter Daransetzung aller seiner Kräfte den Kampf fortzuführen, bis eine freie demokratische Republik auf den Trümmern des alten Sklavenreiches errichtet worden ist. Wir werden im ganzen Lande das heilige Feuer des offenen Aufstandes anzünden, und ehe wir uns die vollen menschlichen und bürgerlichen Rechte errungen haben, soll es in Rußland weder Ruhe noch Ordnung geben." „Wir sind die Ersten gewesen," heißt es weiter, „die unser Ghetto zum politischen Leben erweckt haben, die Ersten, in deren Herzen die heilige (!) sozialisti-

sche Lehre freudigen Widerhall gefunden hat. . . . Scharen wir uns um die heilige (!) rote Fahne! Hinaus zum Kampf in den Straßen. Dort winkt uns das Höchste, die Freiheit!“ Von den jüdischen Blättern in Deutschland werden, sagt die „Kreuzztg.“ mit Recht, derartige charakteristische Kundgebungen des Jüdischen Arbeiterbundes in Rußland, der 35.000 Mitglieder zählen soll, nicht gemißbilligt, sondern einfach unterdrückt, obwohl sie wichtige Aktenstücke zur Geschichte der Revolution in Rußland sind. Inzwischen werden die Geldsammlungen für die russischen Juden von ihren deutschen Genossen eifrig und erfolgreich fortgesetzt. Und deutsche Christen sind so gutmütig, sich zu diesem Zwecke ausbeuten zu lassen! — Am 21. Jänner begnügte sich die sozialdemokratische Partei Berlins bekanntlich „aus besserer Einsicht“ mit Demonstrationsversammlungen. Von 94 Rednern, die dabei in Berlin und Umgegend redeten, sind über 40 Juden gewesen. — Das wird die sozialdemokratische Partei nicht hindern, noch immerfort zu leugnen, daß die Juden in der Sozialdemokratie die erste Geige spielen.“

Bei dieser Lage der Dinge kann man es dem Zar Nikolaus II. nicht verargen, daß er gern die Last des Samodržaví von sich abwälzen will. Die Judenpresse veröffentlichte vor dem Ausbruch des Krieges über die Verhältnisse am Zarenhofe folgendes: „Als Kaiser Alexander III. noch lebte, wußte sich seine Gemahlin Maria Feodorowna dem despotischen Gottähnlichkeitsbewußtsein des von den besten Absichten geleiteten, aber engherzigen und kleingeistigen Gemahls klug unterzuordnen. Erst als die Attentatsfurcht den im Grunde tief unglücklichen Autokraten schwach machte, als er schließlich mehr und mehr der schleichenden Krankheit anheimfiel, die seinen frühen Tod zur Folge hatte, änderte sich diese Situation. Während der reckenhafte Kaiser sichtlich zusammenbrach, wuchs die zarte Frauengestalt der Kaiserin weit über den Rahmen ihres anfänglichen Wirkungskreises hinaus, und die großen Lasten der Zarenkrone ruhten bald ausschließlich auf den schwachen Schultern der Dänentochter. Zumal nach der

Katastrophe von Borki, bei der es auf die Tötung der ganzen kaiserlichen Familie abgesehen war, zeigte sich die Zarin als die überlegenere Individualität. Während der Zar fortan ganz in Schwermut und Menschenhaß versank, kam die Elastizität und Frische der Zarin in gesteigertem Maße zur Erscheinung; die zierliche bescheidene Frau wurde mit jedem Tage selbstbewußter, mit großer Gewandtheit bemächtigte sie sich der Regierungsgewalt, die dem Zaren mehr und mehr entglitt, und lenkte diesen fortan ganz nach ihrem Willen.

Alexander III. wurde in der letzten Zeit seines Lebens nur von einem Gefühl beherrscht: von der Angst. Aus diesem Grunde war es sein Wille, daß die Gattin, der einzige Mensch, zu dem er noch ein gewisses Vertrauen hatte, fast unausgesetzt um ihn war; sie mußte ihm schließlich auch seine Mahlzeiten eigenhändig zubereiten. Alles das führte der intelligenten Dänin eine Gewalt zu, der sie nach dem Tode des Gatten nicht ohne weiteres entsagen wollte. Als man in ganz Petersburg von dem offenen Zwist zwischen Alexander III. und seinem ältesten Sohne Nikolaus sprach, machte sich am Petersburger Hofe eine Strömung geltend, die diesen Zwist gern zu einem völligen Bruch erweitert und Maria Feodorowna nach dem Tode des Zaren zur Regentin ausgerufen hätte. Aber Maria Feodorowna war klug; sie wollte herrschen, ohne die in Rußland so gefährliche Rolle des offiziellen Herrschers zu spielen. So brachte sie noch in der letzten Stunde eine Versöhnung zwischen Vater und Sohn zustande, weil sie genau wußte, welche Macht sie als die Mutter des neuen Zaren und gegebenen Falles vor allem als seine stille Gegnerin besitzen würde.

Wie es in Rußland neben dem selbstherrlichen Kaiser stets eine heimliche, furchtbare, mächtige Nebenregierung gegeben hat, so teilten sich denn auch bereits vor dem endgiltigen Tode Alexanders III. die Höflinge, Streber und Finsterlinge Rußlands in zwei feindliche Gruppen, deren eine sich um den Thronfolger, deren andere sich um Maria Feodorowna scharte, und von dem Augenblicke an, da Nikolaus II.

den Thron bestieg, hatte er die Partei der Zarin-Mutter gegen sich. Und so genießt denn bis zum heutigen Tage Maria Feodorowna im politischen Leben Rußlands mehr Einfluß als je zuvor. Der junge Kaiser mag die edelsten Pläne mit sich herumtragen, sobald er auch nur daran denkt, sie zur Ausführung zu bringen, tritt die Zarin-Mutter als heilige Kaiserin-Witwe auf und legt ihm nahe: „So war es unter dem verewigten Kaiser — so hätte es Alexander III. gemacht!" — und das genügt. Wäre Maria Feodorowna eine weniger kluge Frau als sie ist, so würde ihr sanftes, aber zähes Ankämpfen gegen die Neuerungsgelüste des Zaren diesem vielleicht längst die Augen geöffnet haben. Aber Maria Feodorowna negiert kluger Weise nicht alles, was Nikolaus und einige liberal denkende Männer seines Hofes zu tun wünschen.

Die Erfüllung der Wünsche der fortschrittlich gesinnten Russen wußte sie durch die Hinweisung auf die Regierungsmethode Alexanders ebenso zu vereiteln, wie die Absicht des jungen Kaisers, mit der intoleranten Polenpolitik seines Vorgängers zu brechen. Den Abrüstungsvorschlägen des jungen Kaisers, die in der Haager Friedenskonferenz versandet sind, hat sie nicht entgegengearbeitet: sie erkannte zu gut, daß hier der Dynastie ohne die geringsten Unkosten eine Fülle von idealen Sympatien zugeführt werden würde. — So versteht es die kluge, bekanntlich sehr deutschfeindlich gesinnte, aber von der Trefflichkeit ihrer An- und Absichten ohne Zweifel ehrlich überzeugte Frau, ihre Macht zu behaupten, was ihr umso leichter gelingt, als sie eine unwiderstehliche Anziehungskraft auf alle jene Elemente übt, die von dem ehrlichen Zar Nikolaus abgestoßen werden. Neben einem Wlassovski, dem eigentlichen Hauptschuldigen an dem gräßlichen Unglück gelegentlich der Krönungsfeier in Moskau, den Nikolaus, sobald er sich von den Versehungen des nahezu allmächtig gewesenen Polizeiministers überzeugt hatte, entließ und der nun sofort der Gefolgschaft der Zarin-Mutter beitrat, steht der frühere Unterrichtsminister Wannovski im Schatten des „alten Hofes" — ehemals waren sie die erbittertsten Feinde, jetzt knien sie

Hand in Hand zu Füßen der großen Diplomatin, von der die Welt vielleicht noch Überraschungen erleben wird. Als Zarin-Witwe ist Maria Feodorowna für die Entwicklung Rußlands ein gefährlicher Faktor, denn solange sie lebt, wird sie in Gemeinschaft mit ihrem ergebenen Freunde Pobjedonoscev dafür sorgen, daß dem Licht der Zutritt zu dem schwer seufzenden russischen Volke möglichst erschwert wird; als Frau und Mutter hat sie dagegen so viele auszeichnende Eigenschaften, daß man sehr wohl begreifen kann, warum Nikolaus die Pietät des Sohnes ihr gegenüber nie verleugnet. Obwohl sie eigentlich gar nicht als Gattin Alexanders III., sondern für dessen älteren, früh verstorbenen Bruder (den Großfürsten Nikolaus Alexandrowicz) bestimmt gewesen war, wurde sie doch ihrem späteren Gemahl (die Vermählung fand am 6. November 1866 statt) eine zärtliche Gattin, an der auch Alexander III. mit aufrichtiger Herzlichkeit hing. Das eheliche Leben gestaltete sich denn auch sehr innig, und der verdüsterte Sinn des Zaren hellte sich sofort auf, wenn er mit der Zarin und den Kindern allein war. Die zarte Gestalt der Kaiserin war dem herkulisch gebauten, mit fabelhaften Kräften ausgestatteten Kaiser, der Hufeisen zerbrach und aus schweren Zinntellern ohne weiters Bouquett-Rosetten zu machen wußte, wie ein Spielzeug und oft genug hob er sie wie eine Puppe in die Höhe, um mit ihr durchs Zimmer zu tanzen wie ein Kind.

Maria Feodorowna ist auch eine vorzügliche Köchin — und nicht zum wenigsten diesem prosaischen Talente hatte sie den großen Einfluß zu verdanken, den sie auf den Kaiser in dessen letzten Lebensjahren ausübte. Eine ihrer gastronomischen Hauptleistungen war die Herstellung der in Rußland so beliebten Speise, die „russisches Himmelreich“ genannt wird. Diese Speise besteht aus Mehlklössen, die mit frischem Quark gefüllt sind, Schlagsahne wird dann darüber gegeben. Alexander III. aß dieses „russische Himmelreich“ mit Vorliebe, und auch Nikolaus II. gehört zu den Verehrern dieses Nationalgerichtes. — In ihren Lebensgewohnheiten ist Maria Feodorowna so einfach, wie eine russische Kaiserin

es nur irgend sein kann. Sie versteht sich mit feinstem Geschmack zu kleiden und weiß, dank ihrem noch immer jugendlichen Aussehen, mit einer Blume oft mehr zu erreichen als mit Perlen und Juwelen, von denen sie übrigens fast nur bei offiziellen Gelegenheiten Gebrauch macht. Sie ist eine Freundin der Kunst, namentlich der Musik, und Anton Rubinstein gehörte zu ihren bevorzugten Lieblingen. Kurz, Maria Feodorowna ist als Frau eine Zierde ihres Geschlechtes — als Zarin-Mutter aber steht sie den edlen Absichten ihres regierenden Sohnes fast wie ein böser Dämon gegenüber. Ob sich darin jetzt, nachdem die junge Zarin dem Lande endlich einen Thronfolger geschenkt und damit Anwartschaft auf größeren Einfluß als bisher gewonnen hat, etwas wesentliches ändern wird, bleibt erst noch abzuwarten: es wäre jedenfalls nicht nur im russischen Interesse ein Ziel, aufs innigste zu wünschen."

Die orthodoxe zarentreue russische Bevölkerung hat zu wiederholtenmalen Deputationen zum Zaren Nikolaus II. entsendet. Die Deputation aus Iwanov-Woznesensk bat den Zar, die Selbstherrschaft nicht aufzugeben, worauf Nikolaus II. ihr entgegnete, daß seine Alleinherrschaft so bleiben werde, wie sie war. Der Herausgeber des „Ruské Dilo" Herr Šarapov veröffentlichte Ende Feber 1906 die Unterredung einer Deputation, die beim Zaren Nikolaus vorsprach, um denselben zu bitten, sich des Samodržaví nicht zu entäußern. Fürst Ščerbatěv verlangte hier offen und direkt vom Zaren die Absetzung und Unschädlichmachung des Grafen Witte, den er als den Hauptverräter Rußlands bezeichnete. Die Bauern Černodurov und Jestratov forderten den Zar Nikolaus II. direkt auf, er möge ihnen sagen, ob er weiter, der Zar, Alleinherrscher bleiben wolle. Zar Nikolaus II. vergoß dabei Tränen und drückte heftig beiden treuen Untertanen die Hand. Das Judentum in Rußland arbeitet fort, trotz des Mißlingens der Revolution, am Untergang des Reiches. Der Hauptagent des Judentums Graf Witte ist dabei immer der Erste. Die „Neue Freie Presse" brachte folgendes Telegramm: „Berlin, 21. November 1905. Aus Petersburg

berichtet der Korrespondent des „Berliner Tageblatt“: Ich kann aus erster Quelle mitteilen, daß Witte den wichtigen Beschluß gefaßt hat, die Grenzen des jüdischen Ansiedlungsrayons aufzuheben. Den Juden wird freies Wohnrecht in ganz Rußland mit Ausnahme der beiden Residenzen gewährt werden. Für das Wohnen in den Residenzen wird eine besondere Erlaubnis erforderlich sein. Die Veröffentlichung dieser wichtigen Entscheidung, durch die den Millionen von armen, im Westgebiete eingepferchten Juden andere Existenzmittel geboten werden, steht in der nächsten Woche bevor.“

Das Organ der Prager Juden, das „Prager Tagblatt“ brachte dieses Telegramm: „Eine jüdische Deputation bei Witte. Petersburg, 8. März 1906. (Priv.) Graf Witte empfing gestern fünf Delegierte der jüngst von Judenhetzen heimgesuchten Ortschaften und den Delegierten des Zentralhilfskomitees Sliosberg, welcher erklärte, daß die Juden angesichts der fortdauernden Aufreizungen neue Hetze befürchten, zumal Ostern, die gewöhnliche Zeit der Judenhetzen, herannahe. Es werde auch eine Wahlbeeinflußung der Juden durch die Drohung mit Hetzen versucht. In einem Memorandum, welches Witte übergeben wurde, wird gesagt, daß nur eine Regierungskundgebung, in welcher der Entschluß, keine Hetzen zuzulassen, ausgedrückt werde, die Juden beruhigen könne. Witte drückte die Überzeugung aus, daß Judenhetzen nicht mehr vorkommen werden, da die Generalgouverneure und Gouverneure, denen seine Ansichten darüber bekannt sind, es nicht zulassen würden. Gleichzeitig sprach er die Hoffnung aus, daß die Reichsduma die Judenfrage gerecht lösen werde, und bezeichnete es als durchaus berechtigt, daß die Juden Glaubensgenossen in die Duma wählen wollten. Schließlich versprach er, das Memorandum der Delegierten dem Ministerrat vorzulegen.“ Das Judentum arbeitet weiter in seiner gewohnten Weise mit Mordanschlägen und verlangt dafür vollständige Straflosigkeit. Das „Prager Tagblatt“ schrieb: Leutnant Schmidt zum Tode verurteilt. Petersburg, 2. März 1906. (Priv.) Der „Ruß“ ver-

öffentlicht die Rede, welche der Verteidiger Schmidts, Rechtsanwalt Wrublevski, gestern in Očakov hielt.

Er sagte: „Was wird das Volk von der Rechtspflege denken, wenn sein sagenhafter Held im Namen der Gerechtigkeit getötet wird? Eure Kugeln können die Brust Schmidts durchbohren, sie werden aber gleichzeitig auch das Rechtsgefühl des Volkes töten. Hier hat der Staatsanwalt die Freiheitsbewegung ausgelacht, aber ich habe das Wort „Freiheit“ im Manifest des Monarchen gelesen.“ Wrublevski schloß mit den Worten: „Ich sage euch, ihr Richter, ihr sollt nicht töten! Ich würde dieses dem Tode selbst sagen. Mit hoch erhobenem Haupte sage ich euch, Richter, ihr dürft nicht töten!“ Der Eindruck der Rede war erschütternd. Schmidt umarmte seinen Verteidiger, die Offiziere weinten. Selbst die Richter drückten Wrublevski die Hand.

Odessa, 3. März. (Priv.) Aus Očakov wird gemeldet, daß die Mannschaft des Kriegsschiffes „Pruth“ meutere: sie verlangen, Schmidt solle nicht die Todesstrafe erleiden. Auf Befehl des Hauptkommandeurs sind zwei Kriegsschiffe angekommen. Beim Abschied sagte Schmidt zu seinem Sohne Eugen: „Vergiß nicht, daß dein Vater für die Freiheit Rußlands gestorben ist.“ Dichte Reihen von Kosaken halten den zum Gericht führenden Platz besetzt und nicht einmal Matrosen werden dorthin zugelassen.

Očakov, 3. März. (K.-B.) Das Kriegsgericht verurteilte den Leutnant Schmidt zum Tode durch den Strang. Drei Matrosen wurden zum Tode durch Erschießen und mehrere andere zur Zwangsarbeit verurteilt. Zehn andere wurden freigesprochen. — Die Flottenrevolte im Hafen von Sewastopol, bei der seinerzeit ein Teil des Schwarzmeer-Geschwaders gegen den anderen kämpfte, bis schließlich das Eingreifen der treu gebliebenen Landbatterien den Sieg der Regierung entschied, ist nunmehr durch ein Kriegsgericht abgeurteilt worden. Im Vordergrund der Verhandlung stand der Führer dieses bewaffneten Aufstandes Leutnant Schmidt, der denn auch, wie nicht anders zu erwarten war, zum Tode verurteilt wurde. Es wurde allerdings festgestellt, daß der

„rote Admiral“ durch einen bewaffneten Aufstand nur die Einberufung einer konstituierenden Versammlung bezwecken wollte. Schmidt hielt am Schluß der Verhandlungen eine Rede, in welcher er sich bereit erklärte, zu sterben. er wünschte selbst für seine Idee in den Tod zu gehen. Er habe nicht gegen den Zaren gekämpft, er selbst wollte keine Macht, sondern er wollte nur für die Freiheit des Vaterlandes eintreten. Nicht ein einziges Blatt brachte aber das Nationale dieses Schurken – Schmidt ist ein Jude. Damit ist alles gesagt. Anfangs Jänner 1905 wurde der pflichttreue Admiral Cuchnin heimtückisch in seiner Kanzlei mit Revolverschüssen schwer verwundet. Die Mörderin war die Jüdin, Tochter des Kaufmanns Sabada aus Minsk. Diese Verbrecherin meldete sich zum Admiral mit einer Bittschrift unter einem adeligen Namen. Das große Judenblatt die „Neue Freie Presse“ schrieb am 28. Feber 1906 folgendes:

Ein Erlaß des Zaren verfügt die Einberufung der Reichsduma für den 10. Mai. Bis zu diesem Termin sollen die Wahlen für das neue russische Reichsparlament in der Hauptsache bewerkstelligt und durchgeführt sein. Die ersten Parlamentswahlen in dem ungeheuren Zarenreiche! Schon die bloße Tatsache bedeutet eine unermeßliche historische Wandlung, von welcher man im übrigen Europa noch vor wenigen Jahren sich kaum hätte eine Vorstellung machen können. Alle geschichtlichen Analogien, die des Sobor Iwans des Schrecklichen oder der merkwürdigen Parlamentsepisode unter der Herrschaft der zweiten Katharina, versagen sich einer Vergleichung mit dieser Reichsduma, die nun in Rußland trotz aller noch bis vorgestern bestandenen Zweifel demnächst eine Wirklichkeit werden soll. Allerdings, diese russische Reichsduma wird voraussichtlich ein krankes, schwaches, mit allen Erbsünden der Vergangenheit belastetes Kind sein. Aber sie wird sein. und das ist vorerst das Große an dem Ereignis, zu welchem der Erlaß des Zaren das Signal gibt. Es ist gewiß jetzt keine günstige Zeit für den Lebensbeginn eines neuen und noch dazu eines russischen Parlaments. Auch

die jüngeren europäischen Parlamente, von den kleinstaatlichen in Deutschland bis zum preußischen Landtage und dem deutschen Reichstage, entstanden in einer Epoche, welche ihnen sofort, schon bei ihren ersten Atemzügen eine verheißungsvolle Popularität, einen enthusiastischen Rückhalt am Volke verbürgte, zumal auch die Verhältnisse in den Staaten zu Gunsten des parlamentarischen Lebens gestaltet waren. Jetzt geht eine verdrossene Skepsis gegen den Parlamentarismus um, und wenngleich zu hoffen steht, daß sie nicht ewig dauern, sondern wieder einer freudigeren und vertrauensvolleren Anteilnahme der Völker an der parlamentarischen Entwicklung Platz machen wird, so umlagern doch für den Moment starke Zweifel die Wiege des jüngsten und nach allen Umständen seiner Entstehung, nach Ort und Art und geschichtlicher Genesis merkwürdigsten Parlaments, das in zwei Monaten unter den Augen der ganzen, in gespanntester Aufmerksamkeit hinschauenden Welt, seinen Lebensgang antreten soll.

Man darf voraussehen, daß die russische Reichsduma vom Anbeginn an schweren Kämpfen und Anfechtungen ausgesetzt sein wird, und man darf erwartungsvoll des Schauspiels harren, wie sie nach oben und nach unten sich derselben erwehren wird. Sie ist das Produkt schwerer und blutiger innerer Wirren, in deren Verlauf die Intelligenz der Städte und der liberalen Kreise an der zyklopischen Mauer des zarischen Selbstherrschertums, das noch immer seine Macht auf die neunzig Millionen des russischen Bauerntums stützen kann, beinahe zerschellt ist. Nach außen hin hat dieses zarische Selbstherrschertum allerdings durch die Niederlage des japanischen Krieges erheblich an seinem Prestige eingebüßt; aber im Innern ist es mächtig geblieben, und die Spuren seiner unverminderten Stärke werden sich in der Zusammensetzung der Reichsduma deutlich zeigen, die man aus der Beschaffenheit des Wahlmodus sich schon im voraus ungefähr zu konstruieren vermag. Dieser Wahlmodus ist dem österreichischen Beispiele nachgeschaffen, das jetzt im Begriffe ist, seine Giltigkeit für die Zukunft einzubüßen.

In dem russischen Wahlgesetze ist an dem alten Kuriensystem festgehalten, gegen das überall, und auch bei uns, der demokratisierende Zug der Gegenwart erfolgreich Sturm läuft, und nicht direkt, sondern durch Wahlmänner sollen die Abgeordneten für die Reichsduma gewählt werden. So unwiderstehlich sich in der Errichtung der Reichsduma selbst der Geist moderner Staatsentwicklung durchgesetzt hat, so wenig hat er vermocht, dem Selbstherrschertum auch hinsichtlich des Wahlsystems Zugeständnisse abzunötigen. Die russische Reichsduma wird voraussichtlich in den ersten Stadien ihrer Entwicklung ein sehr konservatives Parlament sein, ein Parlament nach dem Gefallen des alleinherrschenden Zaren.

Denn der Zar bleibt Alleinherrscher auch angesichts dieser schüchternen und vorläufig nur anscheinenden Wendung zum Konstitutionalismus. Zwischen dem Zarentum und den neunzig Millionen Bauern, über die seine Macht verfügt, steht die Reichsduma „eingekeilt in fürchterlicher Enge“; die Merkmale des Blutbades haften an ihr, in welchem die revolutionären Auflehnungen des letzten Jahres erstickt worden sind. Man sieht in dem Wahlgesetze mit seinen Kurien und seinem Zensus die Hand, welche unbarmherzig alles niederwarf, was sich gegen das Alleinherrschertum und seine verruchte Bureaukratie, gegen Gesetzlosigkeit und Willkür empörte. Wie aber das Kuriensystem und die Wahlmännerwahlen dem österreichischen Vorbilde nachgeschaffen sind, so kommt noch etwas anderes hinzu, wodurch man an dieses Beispiel erinnert wird. Die zahlreichen nationalen Gegensätze, welche, wenn auch nicht in dem gleichen Maße wie in Österreich, in dem russischen Reiche vorhanden sind, werden in die Reichsduma einziehen, und es wird sich die Erfahrung erneuern, wie diese Gegensätze danach angetan sind, auf Kosten des Parlaments zu Gunsten der monarchischen Gewalt erfolgreich ausgenützt zu werden. So werden der Reichsduma verhängnisvolle Schicksalsgaben in die Wiege gelegt sein; fehlen wird ihr der Enthusiasmus, mit dem auch jüngere Parlamente bei ihrem Lebensantritt von den Volksstimmungen begrüßt und getragen wurden,

auf ihrem Wege aber wird sie das mächtige zarische Alleinherrschertum finden mit seinem unermeßlichen Anhange von neunzig Millionen Bauern. Sie wird vorerst ein schwaches, krankes Parlament sein, diese neue russische Reichsduma.

Und doch ist es eine großartige historische Wandlung, welche sich in dem Übergange Rußlands zum Parlamentarismus, wenn auch zu einem noch so kargen und bedingten Parlamentarismus, zu vollziehen im Begriffe ist. Zurückzutun ist der Schritt nicht mehr, welcher mit der Errichtung der Reichsduma und der Ansetzung des Termines ihrer Eröffnung geschehen; der Weg kann nur mehr, wenn auch langsam und im Zickzack, nach vorwärts führen. Heute, morgen, vielleicht auch noch übermorgen mag die Reichsduma eine Enttäuschung sein, mag sie sich zu schwach zeigen, wichtige konstitutionelle Befugnisse, die jeder Volksvertretung zukommen, für sich durchzusetzen und zu behaupten, das Reichsbudget, die Verwendung von Einnahmen und Ausgaben, das Funktionieren der Steuermaschine von ihrer Genehmigung abhängig zu machen. Eines ist doch durch ihre bloße Existenz gewährleistet und dieses Eine ist vorerst das Notwendigste, wonach das russische Volk verlangt, ist die Kontrolle über die Verwaltung, ist die Tribüne, von der herab Beschwerde geführt und Abhilfe gefordert werden kann gegenüber der furchtbaren Willkür, von welcher das russische Volk bisher auf allen Gebieten des inneren Lebens bedrückt wurde. Der Ansatz zu dem, worin anderwärts die Bürgschaft persönlicher Freiheit und Rechtssicherheit erblickt wird, der Ansatz zu Staatsgrundgesetzen ist in dem Augenblicke vorhanden, in welchem die Reichsduma zusammentritt und die Möglichkeit sich erschließt, trotz aller Einschränkungen, welche auch der Öffentlichkeit der Verhandlungen der Reichsduma nicht erspart bleiben sollen, die Willkürakte der Bureaukratie zu überwachen und von der Tribüne der Volksvertretung herab zu brandmarken. Nicht mehr ohne Urteil und Gericht zur Nachtzeit aus dem Bette geholt und nach Sibirien deportiert, nach Schlüsselburg oder in die Peter-Paulsfestung abgeliefert, von jedem höheren

oder niedrigeren Tchinownik als ein hilfsloses Objekt der Ausbeutung betrachtet und behandelt zu werden — das ist doch wohl das Nächste, wonach sich das russische Volk sehnt, das Nächste und das Unentbehrlichste, womit ihm geholfen werden kann, und hier winkt ihm und seinen Hoffnungen vor allem andern Erfüllung in und von der Reichsduma.

Das ist's, wodurch der Tag des Zusammentrittes der Duma trotz allem zu einem der großen Tage der russischen Geschichte werden wird. Freilich, auch die Reichsduma ist nur eine Institution, die ihren Inhalt erst bekommen muß durch das, was die Menschen aus ihr machen. Über Nacht wird auch sie nicht zu einem starken Parlament werden und die politische Physiognomie Rußlands aus dem Grunde ändern. Aber es handelt sich auch nicht um einen Umschwung von heute auf morgen. Vielleicht erst in Dezennien wird sich ganz offenbaren, was die Errichtung der Reichsduma für Rußland bedeutet hat. Historische Entwicklungen zählen nicht nach Monaten, Wochen und Tagen.

Wird in fortschreitender politischer Reife die Intelligenz im Volke Wurzel fassen und in ruhiger Arbeit, nicht mit ungeduldiger Hast und Plötzlichkeit ihre Geltung nach oben und nach unten zu erweitern trachten, so wird auch die Reichsduma sich zu einem wirklichen Parlament gestalten, so groß die Hindernisse sein mögen, die ihr von der um ihre Allmacht zitternden Bureaukratie gewiß werden in den Weg gelegt werden.

Wird aber der russische Nationalcharakter sich, wie in manchen Büchern der großen russischen Schriftsteller, auch in dem neuen politischen Leben weich, indolent und wenig ausdauernd erweisen, so wird die Reichsduma nur das Zeichen einer Wandlung, nicht die Wandlung selbst bedeuten, das Zugeständnis einer Autokratie, die trotz desselben fortbestehen wird über ein Volk, das der Fähigkeit entraten haben wird, sein Schicksal aus eigener Kraft zu bessern. Wie ein Pentagramm wird vor der Schwelle der Reichsduma die Mahnung stehen, daß der große Moment kein kleines Geschlecht finden darf."

Ende Feber 1906 schrieb die „Germania“ folgendes: „Montesquieu hat in seinen „Persischen Briefen“ 1721 in morgenländischer Verkleidung ein geistvolles Strafgericht an dem „Despotismus“ vollzogen und in seinem Lebenswerk „Von dem Geist der Gesetze“ 1743 nicht nur die französische Revolution vorausgesagt, sondern auch die gänzliche Umgestaltung der politischen Ansichten West-Europas angeregt und die Grundlagen unseres heutigen öffentlichen Rechts geschaffen. Womit wir uns seit 1789 bereits mit mehr oder weniger Glück abzufinden hatten, das pocht nun an die Tore der östlichen Völker, die in künstlicher Abgeschiedenheit sich die „Zivilisation des Westens“ vom Leib zu halten bemühten.

„Die Selbstherrschaft in Rußland ist zu Ende; es ist eine Verfassung gegeben,“ hieß es in Rußland, weil man das Manifest vom 17./30. Oktober v. J. als „die Konstitution“ ansah. Echt russisch hat man nach dem vielleicht überschätzten Moskauer Erfolg durch den Mund des Grafen Witte zu erklären geruht, daß jenes Manifest absolut nichts an den Grundgesetzen des Reiches ändere. Die Kundgebung sei nur eine wohlwollende freiwillige Handlung des Kaisers, die jedoch dessen bisherige Macht in keiner Weise beschränke. Der Zar regiere nach wie vor als unumschränkter Monarch, habe keines seiner Rechte aufgegeben, könne nach Belieben den Untertanen neue Rechte verleihen, ihnen neue Verpflichtungen auferlegen, die verliehenen Rechte erweitern oder verkürzen und nehmen. Kurz es sei alles beim alten geblieben. Die später erfolgte Milderung dieser Erklärung konnte das Mißtrauen nicht mehr verscheuchen.

In den ordnungsliebenden russischen Kreisen streitet man nun darüber, ob der Zar noch „Selbstherrscher“ oder ob Rußland nach den kaiserlichen Kundgebungen vom 19. August und 30. Oktober ein „Verfassungsstaat“ sei. In der Familie und Umgebung des Zaren hält man unbedingt an ersterem fest. Auch eine handvoll Monarchisten glaubt an die Beibehaltung der Selbstherrschaft im Sinne des ancien

régime, durch die allein noch das Reich zusammengehalten werden könne, und äußert Besorgnisse vor dem Verfassungsstaat, „gegen den man im allgemeinen nicht das geringste habe, für den Rußland jedoch noch nicht reif sei.“ Dagegen stehen die wirkliche Intelligenz und alle gemäßigten Gruppen der Bevölkerung auf konstitutionellem Boden, und nur insoweit auf monarchischem. Die Liberalen sehen sich aufs neue kopfschüttelnd an: so war die Schwenkung nach rechts nicht gemeint. Alles Demokratische wird noch mehr mit der äußersten Linken kokettieren. Der radikale Teil der Intelligenz tritt diesen Kommentaren Witte's mit begreiflicher Entrüstung entgegen. Die Sozial-Revolutionäre werden frohlocken. Alle Patrioten aber dürfen fragen, ob der Minister zu so ungeeigneter Zeit mit solchen Deuteleien an einem Erlaß, der überall im Reich und in der Presse unbeanständet als „Konstitution“ gefeiert wurde, die zarische Regierung zu festigen glaubt. Auch für den Westen bedeutet es etwas, ob dort im Osten das Selbstherrschertum oder der Verfassungsstaat, ob Fortschritt oder Reaktion herrschen wird.

Den Verfassungsstaat verteidigt entschlossen und viel freier, als es ehedem gestattet war, das einflußreiche „Nowoje Wremja“; es meint entrüstet, daß nicht allein „das gequälte russische Volk“, sondern die ganze Welt an dieser Frage beteiligt sei. Ein barbarisches Rußland sei eine allgemeine Gefahr, ein gebildetes der Schutz gegen Asien, ein reiches eine Stütze des Handels. Europa könne nicht gleichgiltig zusehen, wenn ein so riesiger Zweig der arischen Familie noch immer unter dem Joch orientalischer Staatsformen schmachte. Sei doch auch der Reichtum des Westens mit der russischen Staatswirtschaft eng verknüpft; an zehn Milliarden Rubel schulde das Selbstherrschertum wesentlich an Frankreich und Deutschland; andere Milliarden stecken in Unternehmungen in Rußland selbst. Bezeichnend heißt es, der Anarchie müsse ein Ende bereitet werden, aber nicht allein der roten, sondern auch der schwarzen. Gefährlich wie eine russische Republik für Europas und Amerikas wirtschaftliche Beziehungen, sei auch

kulturell die veraltete Selbstherrschaft, welche Rußland nach Sewastopol und Port Arthur führte, bis zum Berliner Kongreß und dem Frieden zu Portsmouth, ja bis zum Hungertode und dem Staatskrach. Der Westen habe lange dem Selbstherrschertum geglaubt. Jetzt habe dieses jeglichen Kredit verloren. Die Unsicherheit nach jenen Erklärung Witte's trotz deren Abschwächung und durch das fortwährende Hinausschieben der Wahlen für die Duma sei unerträglich. Allerdings meldete eben der Telegraph: Das die Verfassung formell einführende Manifest des Zaren solle in nächster Zeit veröffentlicht werden, und eine Art Entwurf hat man stückweise publiziert.

Ob man nun Montesquieu's Lehren folgt, deren Kern die in England beobachtete Teilung der Gewalten ist, der gesetzgebenden, ausführenden, richterlichen, oder lieber Machiavelli, wird sich bald zeigen. Die „große Revolution" nähert sich nach den Niederlagen des bewaffneten Aufstandes vorläufig ihrem Ende. Man hat sich im „Militär" und mit der Anteilnahme des „Volks" verrechnet. Dafür tritt wieder der „Terror", das System der Attentate, des Bombenwerfens und Feueranlegens in den Vordergrund. Unverändert aber wird bleiben das weder so noch so zustimmende Schweigen und die grenzenlose Gleichmütigkeit des ganzen sogenannten „Mittelstandes". Und wenn ihm die Flammen über dem Kopf zusammenschlagen drohen, er bleibt teilnahmslos. Auch die „Gesellschaft" sieht gleichgiltig zu, wie andere sich die Köpfe zerschlagen.

So ist jetzt wieder einmal die Stunde der Regierung da. Sie hat aus der Erfahrung der Dezembertage gelernt, fast zu viel. Der Wind der Reaktion bläht ihre Segel. Standrecht, Zustand des verstärkten Schutzes, administratives Verfahren, Todesurteile, Verhaftungen, Aussiedelungen, — wie jemals zuvor unter der Autokratie! „Das seien zeitweilig notwendige Maßregeln, die vorübergehen würden, dem russischen Bürger bliebe die Freiheit in Zukunft unbenommen," sagt man zum Trost. Doch jetzt sehnen sich auch die Gläubigen nach Garantien. Lockt nämlich die frühere Herrlichkeit zu verführerisch,

und kann Rußland die wiederbetretenen Bahnen nicht verlassen, so schreitet es — trotz allem — zum Abgrund. Montesquieu sprach so schon vor 185 Jahren.

Noch ist das Zustandekommen der „Reichsduma" in Rußland in weiter Ferne, ja trotz der erschienenen Wahlordnung, die keine der Parteien befriedigt, kann es als ganz sicher noch gar nicht hingestellt werden, — da will nunmehr auch Persien durch die Einführung eines Parlaments in die Reihe der konstitutionellen Monarchien als jüngste eintreten. In höherem Grad, als es bisher orientalische Gepflogenheit war, streben die gebildeteren Kreise der persischen Bevölkerung nach aktiver politischer Mitwirkung, worauf manche Vorgänge der letzten Zeit schon hindeuteten. Jetzt haben sie durch eine Demonstration den Schah veranlaßt, selbst die Bildung einer gewählten Körperschaft sowie weitere Reformen anzuordnen.

Etwa 1000 Teheraner Kaufleute und Mullahs verließen nämlich die Stadt, um gegen die Regierung der Schahs zu protestieren, und zogen nach der Ortschaft Schabdullasima. Da der Schah Ruhestörungen und Blutvergießen vermeiden wollte, kam eine Versöhnung zustande unter der Bedingung, daß eine Versammlung gewählter Vertreter der Geistlichkeit, der Kaufmannschaft und der Grundbesitzer unter dem Vorsitz des Schahs einberufen werde. Diese Versammlung wird „Haus der Gerechtigkeit" genannt und übt eine Verwaltungs- und gesetzgeberische Tätigkeit aus. Es wird die Gleichheit aller vor dem Gesetz proklamiert, und das Günstlingswesen soll abgeschafft werden.

Die Tätigkeit des künftigen persischen Parlaments, gebildet aus den drei führenden Ständen, wird mit besonderem Interesse in England und Rußland verfolgt werden. Stehen doch beide Mächte, von denen die eine mit Beludschistan, die andere mit dem Kaukasusgebiet und dem Turkmenland unmittelbare Grenznachbarn des persischen Reiches sind, dort seit langer Zeit in politischem und wirtschaftlichem Wettbewerb. Wahrscheinlich dürfte aber

die neue Volksvertretung auf die Ausschaltung jedes fremden Einflusses hinarbeiten.

Die zwei vornehmen Perser in Montesquieu's „Persischen Briefen", hinter deren spaßhafter Verkleidung der Gascogner damals Kultur und Politik des Abendlandes und das Regime des Sonnenkönigs geißelte, hätten nun genug aus dem eigenen Land zu berichten."

Warum das internationale Judentum so heftig überall für das Parlament eintritt? Man begreife doch! Der Parlamentarismus, wie er sich heute überall entwickelt hat, bedeutet doch nichts anderes **als die wahre Herrschaft der Juden und die Scheinherrschaft christlicher Herrscher!**

Der „Pester Lloyd" schrieb am 8. März 1906 folgendes:

„Das erste russische Parlament. Dem freundlichen Geleitwort des Herrn Staatssekräters im Reichsrat, Baron Üxküll von Gylleband, danke ich die Besichtigung unter kundiger Führung des der Vollendung emsig zustrebenden Umbaues des monumentalen Taurischen Palais, das für die Tagungen der ersten russischen Reichsduma bestimmt ist. Die wechselvolle Geschichte des von den Potemkin-Spalernaja- und Woskresensky-Straßenzügen umgrenzten, riesenhaftes Carré an den Wyburger Ausläufern der Newastadt bildenden Taurischen Palais ist zu oft beschrieben worden, als daß es eine Wiederholung erheischen würde. Die weitausgedehnten Park- und Gartenanlagen des fürstlichen Besitztums mit ihren Wasserwerken, künstlichen Teichen, Treibhäusern, Wintergärten, Lusthäusern; das bauliche Kunstwerk mit seinem vielleicht einzigartigen Kolonnadensaal, dem elf Faden hohen Atrium (ein Faden gleich 1·8 Meter) mit einer Runddecke, die auf den Beschauer als Kuppelbau wirkt, jedoch nur ein durch Malkunst auf optischer Täuschung berechneter Flachbau ist; die Fülle an reichster altitalienischer Wandmalerei und florentinischen Fresken sind von so seltener Pracht und Schönheit, daß es immerhin selbst bei größter Zurückhaltung nicht möglich erscheint, von der gegenwärtigen Umgestaltung des herrlichen Bau-

denkmals zu erzählen, ohne seiner Aufspeicherung an Natur- und Kunstschätzen zu gedenken. Besonders die kleinen, zum Park führenden Räumlichkeiten im Unterschosse, die eine zartfühlende Schwester in Apoll in ihrer kürzlich veröffentlichten historischen Darstellung als diejenigen Zimmer dezentest umschreibt, „in welchen die Kaiserin Katharina sich aufgehalten und mit ihrem Liebhaber Potemkin — Karten gespielt habe“, enthalten Kunstschöpfungen in Alabaster, Marmor und Malerei von einer Fröhlichkeit und Grazie atmenden entzückenden Intimität. Den architektonischen Petersburger Meistern Schestov und Bruni, die es verstanden haben, die komplizierte Aufgabe der Umwandlung eines antiken Schlosses in ein modernes Regierungsgebäude nicht nur mit ingeniösem Geschick, sondern zugleich mit kunstsinnigem Empfinden zu lösen, gebührt für die pietätvolle Konservirung und Ausnützung mindestens eines großen Teiles dieser Kunstschätze von unvergänglichem Wert sowie der unersetzlichen, einer längst vergangenen Kunstperiode angehörenden Einrichtungen der ganz besondere Dank eines jeden Kunstfreundes.

Seltsam genug! So zahlreich die Beschreibungen des Bauwerkes, die Rückblicke auf seine historische Entwicklung auch sein mögen, so ist es den vorhin genannten Umgestaltern trotz aller Nachforschungen an allen ihnen zugänglichen archivalischen und Geschichtsquellen nicht gelungen, den ursprünglichen Erbauer und Schöpfer des vielgenannten Schlosses zu ergründen. Bekannt ist dagegen, daß der Eroberer der Krim und Bezwinger des Herzens seiner kaiserlichen Herrin das nach der russischen Bezeichnung der Krim — „Tawritschkaja Guberna“ — benannte Taurische Palais zweimal als Gnadengeschenk aus den Händen seiner Kaiserin empfing; das erste Mal unmittelbar nach Vollendung des nach den persönlichen Angaben Katharina der Großen fertiggestellten Kolossalbaues; das andere Mal, nachdem Potemkin, dessen Leichtsinn und Verschwendungssucht mindestens ebenso groß waren, wie seine Tapferkeit und persönliche Liebenswürdigkeit, das Palais Schulden halber verkaufen mußte. Die unerschöpfliche Güte

der Zarin beschenkte den unwiderstehlichen Günstling noch einmal mit dem ungeschmälerten Besitze, den er übrigens auch dieses Mal nicht lange sein eigen nennen sollte. Da war es der ihn bald nachher ereilende Tod, der im Jahre 1791 Potemkin von allem irdischen Glanz und Reichtum hinwegraffte.

Seither war und blieb das Taurische Palais Eigentum der Krone und erhielt im Laufe der Zeit mancherlei Verwendung. In den letzten Jahren diente es als Wohnstätte für pensionierte Palastdamen der Kaiserinnen, auch wurden die immensen Gesellschaftsräume zeitweilig für Wohltätigkeitsfeste, Kunstausstellungen u. s. w. zur Verfügung gestellt.

Zur Gewinnung eines genügend großen Parlamentssaales mit Nebenräumlichkeiten wurde der an der Parkseite gelegene Wintergarten zum Sitzungssaal umgewandelt, außerdem durch Errichtung von zwei Querwänden noch die nötigen Säle für die Kommissionsberathungen gewonnen.

Der dreihundert Quadratfaden (ein Quadratfaden enthält reichlich vier Quadratmeter) große Parlamentssaal enthält in kreisförmiger, amphitheatralischer Anordnung 564 Abgeordnetensitze. Zu ebener Erde befinden sich die Plätze für sechs Stenographen. Darüber erhebt sich die Rednertribüne; dem Redner zur Seite sitzen die beiden Sekretäre des Hauses. Über der Rednertribüne thront das Präsidium in dreifach vorgesehener Besetzung. Links und rechts von der Rednertribüne sind je zwei Fauteuilreihen für die Minister und deren Gehilfen angebracht. Seitlich von den Ministerreihen an der linken Seite des Saales — in gleicher Höhe mit den Präsidentenstühlen — befindet sich die mit 34 Plätzen außerordentlich günstig angeordnete Presseloge, die eine vollkommen bequeme Übersicht über den ganzen Saal gewährt. Für die Vertreter der öffentlichen Meinung ist auch sonst durch eigenen bequemen Zugang zum Parlamentssaal, durch geräumige Schreibzimmer in unmittelbarer Verbindung mit den Post-, Telegraphen- und Telephonämtern mit den Bibliotheksräumen, mit den Arbeitszimmern der offiziellen Telegraphen-Agentur, mit den Buffets u. s. w. in für-

sorglichster Weise alles geschehen, was billig verlangt werden kann.

Für das Publikum sind etwa 200 Plätze in den oberen Saalgalerien vorgesehen; doch sind dort keinerlei besondere Logen für höher gestellte Persönlichkeiten, für Diplomaten, auch nicht für den Hof vorbereitet, die einzelnen Abteilungen werden vielmehr nur durch eine Säulengalerie gebildet.

Unter den terrassenförmigen Sitzreihen ist eine zweckmäßige Saalventilation angebracht, die gesamte Diele des Parlamentsraumes ist aus Asphalt hergestellt; diese Bedeckung wirkt zugleich als Schalldämpfer, so daß etwaige Zeichen des Unwillens durch Trampeln mit den Füßen durchaus wirkungslos bleiben. Auch sind die Pultdeckel in weiser Voraussicht nicht zum Auf- und Zuschlagen, sondern nur zum beschränkten Hervorziehen eingerichtet. Sapienti sat! —

Die Akustik des Saales zu erproben hatte ich bei seiner Unfertigkeit keine Möglichkeit. Die gesamte übrige Einrichtung, für die sich die Erbauer soweit wie möglich diejenige des englischen Hauses der Gemeinen zum Vorbild genommen zu haben scheinen, macht einen einheitlichen, ruhig würdigen Eindruck.

Den Abschluß des Saales nach der Parkseite gibt ein halbkreisförmiger Glasausbau, der für die sogenannten „Hammelsprung-Abstimmungen“ bestimmt ist. Die gegenüber und seitlich befindlichen acht Ausgänge führen teils direkt, teils durch breite Korridore in das vor dem Sitzungssaale gelegene, 37 Faden lange „Promenoir“, die berühmte, schon erwähnte Kolonnadenhalle. Aus dieser gelangt man in das gleichfalls bereits genannte Atrium, von wo aus rechts und links geführte Halbbogen zu den Wirtschafts- und Gesellschaftsräumen, sowie zu den Präsidial-, Minister-, Warte- und Geschäftszimmern führen.

Die auf jeden Schritt und Tritt zu gewahrende Vermählung des „Alten“ mit dem „Modernen“ ist den Architektkünstlern in der mustergiltigsten Weise gelungen, wie die ganze durchgeistigte Erfassung und

einheitliche Durchführung der Anlage rückhaltlose Bewunderung abnötigt. Für russische Verhältnisse als geradezu phänomenal muß die Ökonomie, mit der das gesamte Rekonstruktionswerk bewältigt worden ist, anerkennend hervorgehoben werden. Die gesamten Baukosten einschließlich der geschaffenen Wasser-, Ventilations-, Kanalisations-, Heizungs- und Beleuchtungsanlagen, sowie der Inneneinrichtung ohne jede Ausnahme belaufen sich auf die im Verhältnis zum Geleisteten wahrhaft minimale Summe von 550.000 Rubel.

Nach der ursprünglichen Bestimmung soll das Taurische Palais der Reichsduma nur interimistisch als Unterkunft dienen, bis ein eigenes Parlamentsgebäude erstanden sein wird. Es gibt Schwarzseher und Zweifler genug, die nur den ersten Teil der Voraussage gelten lassen, insofern sie nicht daran glauben wollen, daß das Institut der Reichsduma sich aus dem Provisorium in ein Definitivum festgestalten werde. Andere wiederum umgeben sich mit der Befürchtung, daß die Finanzkraft des Reiches den Luxus eines Parlamentsneubaues nicht so bald zulassen werde.

Wer da recht behält, muß die Zukunft lehren. Sicher aber ist Eines: daß, abgesehen von der entfernten Gelegenheit vom Weichbilde der Stadt, das Taurische Palais nach vollendetem Umbau selbst für das in altem Glanz und zurückerlangter Machtfülle hoffentlich bald wieder erblühende Russenreich als ein durchaus zulängliches, vornehmes und würdiges Parlamentsgebäude anzusprechen ist."

Hier wird also die Hoffnung ausgesprochen, daß Rußland genesen wird, russische Blätter aber verzweifeln an der Zukunft Rußlands.

Das Wahlreglement teilt alle russischen Untertanen in folgende Klassen: I. Bürger der großen Städte; II. Arbeiter von Fabriken, Bergwerken und Eisenbahnen; III. Bürger nicht unter I. genannter Städte; IV. Großgrundbesitzer; V. Kleingrundbesitzer; VI. Bauern.

I. Was die erste Kategorie betrifft, so kommen als große Städte folgende in Betracht: Petersburg,

Moskau, Astrachan, Wilna, Woronež, Jekaterinoslav, Kasan, Kiev, Kišinèv, Kursk, Nižnij Novgorod, Odessa, Orel, Riga, Rostov, Samara, Saratov, Tula, Charkov und Jaroslav. Wähler sind alle Bürger dieser Städte, die 1. Besitzer *a)* immobilen Vermögens, *b)* eines gewerblichen Unternehmens sind, 2. solche, die der Stadt *a)* Wohnungssteuer, *b)* persönliche Gewerbesteuer zahlen, 3. solche, die in der Stadt eine Wohnung auf mindestens ein Jahr gepachtet haben, 4. solche, die mindestens ein Jahr in der Stadt wohnen und ein Gehalt aus dem Staats-, Kommunal- oder Eisenbahndienst beziehen. Diese vier Gruppen haben das Recht, an Bezirksversammlungen teilzunehmen und Wahlmänner zu wählen. Die Zahl der Wähler beträgt in Petersburg und Moskau je 160, in den anderen Städten je 80. Die Wahlmänner versammeln sich zu einer Stadtwahlversammlung, in der gleichzeitig auch die Wahlmänner der Arbeiter erscheinen, die ihre Existenz als Wähler folgendem Prozeß verdanken:

II. Die Arbeiter in den Städten und in den Gouvernements, überall wo die Zahl der Arbeiter eines Unternehmens nicht weniger als 50 beträgt, kommen in vorläufigen Versammlungen zusammen, um Bevollmächtigte zu wählen, und zwar auf je 1000 einen Bevollmächtigten, der seit nicht weniger als sechs Monaten in einer Fabrik beschäftigt ist. Diese Bevollmächtigten teilen sich in zwei Gruppen, je nachdem sie aus den unter I. genannten Städten oder aus einem Gouvernement hervorgegangen sind. Die erstere Gruppe vereinigt sich zum Stadttag, die zweite in der Hauptstadt des Gouvernements zum Gouvernementstag, um Wahlmänner zu wählen. Die aus dem Stadttag hervorgehenden Wahlmänner treffen sich mit den Wahlmännern der großen Städte in der Gouvernementshauptstadt, um gemeinsam in der Stadtwahlversammlung die Dumamitglieder zu wählen. Dagegen vereinigen sich die aus dem Gouvernementstag hervorgegangenen Wahlmänner sämtlicher anderen Hauptgruppen, um mit ihnen gemeinsam in der Gouvernementsversammlung Dumamitglieder zu wählen.

III. Die Bürger kleinerer Städte dürfen sich an der Wahl beteiligen, wenn sie den Bedingungen der Rubrik I. entsprechen und *a)* seit einem Jahre im Kreise Handel und Gewerbe treiben, *b)* im Kreise persönliche Gewerbesteuer zahlen, *c)* seit einem Jahre im Kreise wohnen und ein Gehalt als staatlicher, städtischer oder Eisenbahnbeamter beziehen. Alle diese haben das Recht, an dem in jedem Kreise gebildeten Stadtwählertag teilzunehmen, wo endgiltige Wahlmänner gewählt werden, die zur Hauptwahl in der Gouvernementswahlversammlung zusammenkommen.

IV. Die Großgrundbesitzer gruppieren sich in folgende Unterabteilungen: 1. Besitzer im Kreis von *a)* Land, *b)* Bergwerken, *c)* Immobilien im Mindestwerte von 15.000 Rubeln; 2. Gutsverwalter zu 1*a)*; 3. Pächter der Güter zu 1*a)*. Diese drei Abteilungen dürfen sich unmittelbar am Kreisgutsbesitzertag beteiligen, um Wahlmänner zu wählen. Auf diesem Kreisgutsbesitzertag erscheinen aber auch die Vertreter der

V. Kleingrundbesitzer, zu denen 1. die Besitzer immobilen Vermögens, 2. die Kirchenvorsteher aller Konfessionen, sobald die Kirche Land besitzt, gehören. Diese versammeln sich in einem vorläufigen Tag, wo Bevollmächtigte gewählt werden, deren Zahl durch die Gesamtheit ihrer Vermögen bestimmt wird. Diese Bevollmächtigten erscheinen ebenfalls in dem oben erwähnten Kreisgutsbesitzertag, um eine für jeden Kreis bestimmte Anzahl von Wählern zu wählen, die in der Gouvernementswahlversammlung die Dumamitglieder wählen.

VI. Die Bauern kommen nach Kirchdorfgemeinden in Kirchdorfversammlungen zusammen, wo auf je zehn Häuser ein Mann gewählt wird, der in der Amtsbezirksversammlung erscheint, auf der von jedem Amtsbezirk je zwei Bevollmächtigte gewählt werden. Diese erscheinen auf dem Bevollmächtigtentag, wo in einer für jeden Amtsbezirk bestimmten Anzahl Wahlmänner gewählt werden, die ihrerseits in der Gouvernementswahlversammlung Abgeordnete zur Duma wählen.

Wie die Reichsduma arbeiten wird, davon kann sich derzeit noch Niemand eine Vorstellung machen. Manche russische Politiker glauben, daß die Duma das Ende Rußlands bedeute, etwa wie der berüchtigte polnische Landtag das ehemalige Königreich Polen in Trümmer schlug.

Zar Nikolaus ist sich klar der Lage bewußt, in welcher er und seine Dynastie sich befinden. Er fürchtet für seine eigene und für die Zukunft seiner Dynastie. Er arbeitet bis spät in die Nacht, empfängt Minister und Rapporte. Ob nun er die nötige Kraft und Einsicht hat die Revolution zu besiegen und Rußland zu retten, wird die Zukunft zeigen.

In Besprechung des bisherigen Ergebnisses der Wahlmännerwahlen in den Städten und in den Ujezdy sagt das „Nowoje Wremja" Ende März 1906: „Einige Monate hindurch schien das reale Rußland, das 1000 Jahre leibt und lebt, gar nicht zu existieren. Wolken von schönen Reden haben es verdeckt, die sich alle nur auf die Ereignisse des letzten Jahres bezogen. Alles ging von diesen Ereignissen aus. Man konnte fast denken, daß Rußland kein tausendjähriger Greis ist, sondern ein einjähriges Kind, das nur die Worte „Papa", „Mama" und „Konstitution" zu lallen vermag. Gleich bei den ersten Wahlaktionen zeigte es sich jedoch, was noch vor einer Woche niemand erwartete: die Bauern, die kleinen Landwirte und überhaupt die kleinen Besitzer, nicht allein in den Ujezdy, sondern auch in den Städten wählten — Priester. Der Priesterstand, mit dem keine Partei gerechnet hat, ist plötzlich in den Vordergrund getreten."

Im „Kijewlanin" Ende März 1906 legt Wolinec dar, daß eine Beseitigung der selbstherrlichen Gewalt des Zaren in Rußland unmöglich ist. „Der Kaiser ist — heißt es da — verpflichtet, sie unvermindert seinem Nachfolger zu überantworten. Er ist verpflichtet, sie zu wahren und vor jedem Anschlag zu behüten, gemäß dem feierlichen Versprechen, das er bei der Krönung und Salbung gegeben hat. Dieser religiöse Eidesakt, der zur Krönungszeit im Usponskij sobor vor sich geht, kann durch Niemanden und nichts annulliert werden.

Kann etwas, was dem Wesen des „Samodržaví“ nach unmöglich ist, über Wunsch, Stimmung und Geheiß der sogen. Gesellschaft möglich werden? Darüber zu sprechen ist lächerlich. Erstens bildet diese Gesellschaft einen zu wichtigen Teil Rußlands, als daß sie über seine Geschicke entscheiden könnte. Zweitens muß man — und das ist das hauptsächliche — fragen, ob denn Rußland nur der jetzt lebenden Generation gehört? Es gehört all den zahllosen Generationen des russischen Volkes und der Gesellschaft, sowohl den gewesenen, wie den künftigen. Wie kann ein kleiner Teil einer Generation über die Geschicke Rußlands entscheiden? Wie kann man den Willen und die Stimmung dieses nichtigen Teiles nicht allein der ganzen jetzigen Generation, sondern auch allen künftigen Generationen des russischen Volkes aufdrängen? Daß dies aber gegen den Willen des russischen Hundertmillionenvolkes wäre, zeigt die Geschichte unserer, mit Erlaubnis zu sagen, Revolution. Diese „russische“ Revolution fand nicht allein keine Stütze in der Masse des russischen Volkes, sondern sie rief auch Entrüstung und Mißmut in ihm hervor, die anfangs in den unbarmherzigen, elementar in ganz Rußland vor sich gehenden Abrechnungen mit den Revolutionären ihren Ausdruck fand, später aber, als das russische Volk von der groben Falsifikation erfuhr, daß sich die Revolutionäre nämlich hinter seinem ehrlichen Namen verbargen und ihre eigenen Missetaten für den Willen des Volkes ausgaben, zu zahllosen Huldigungstelegrammen und Adressen aus allen Ecken Rußlands führten, welche den Zaren baten, den Forderungen der Unruhestifter Widerstand entgegenzusetzen und das Samoderžawie zum Wohle Rußlands und zum Glücke des russischen Volkes unversehrt aufrecht zu erhalten.

„Kann alles dies — die Geschichte, das Recht und die Selbsterkenntnis des russischen Volkes, das Wohl und die Existenz Rußlands der Herrschaft eines Häufleins Intelligenter, Juden und der anderen Ausländer zum Opfer gebracht werden, welche die „russische“ Revolution angestiftet haben?“

Das große Judenblatt der „Pester Lloyd" brachte folgenden Bericht: „Die letzten Zugeständnisse der Selbstherrschaft. Petersburg, 10. März 1906. Manifest und Ukas zur Ergänzung des Reichsduma-Statuts, sowie zur Umgestaltung des kaiserlichen Reichsrates, gestern in später Abendstunde hier veröffentlicht, sind als das letzte Wort des Staatsoberhauptes in der Frage der Konstitution im Zarenreiche anzusehen: deshalb wird den beiden Aktenstücken mit Recht ganz besondere Wichtigkeit beigelegt. Hienach sind sowohl die Reichsduma, als auch der kaiserliche Reichsrat gleichberechtigte gesetzgebende Institutionen, ohne deren übereinstimmende Gutheißung kein Gesetz in Kraft treten kann. Selbst in dem Zeitraum, der zwischen Sessionen der Reichsduma und des kaiserlichen Reichsrates gelegen ist, erlangen Maßnahmen oder Verordnungen, die der Ministerrat zur allerhöchsten Bestätigung vorlegt, erst dann Gesetzeskraft, wenn sie von den betreffenden Ministern innerhalb spätestens zweier Monate nach Eröffnung der respektiven Sessionen der Zustimmung der Reichsduma und des kaiserlichen Reichsrates unterbreitet werden: lehnt eine der beiden gesetzgebenden Körperschaften die Vorlage ab, so ist sie eben nicht Gesetz. Dieser Kern- und Angelpunkt gibt den gestrigen kaiserlichen Kundgebungen einen erfreulichen Beweis für den Fortschritt, den die Frage der russischen Konstitution seit dem 6./19. August 1905, der die Veröffentlichung des ersten Bulygin'schen Rumpfprojektes gebracht, gemacht hat. Die heutigen Errungenschaften hat die Bevölkerung Rußlands dem Erlaß vom 17./30. Oktober zu danken, worin zuerst die demokratischen Grundlagen geschaffen sind, aus denen sich eine wirklich konstitutionelle Staatsordnung als logische Konsequenz entwickeln mußte.

Als weitere Tatsache für den konstitutionellen Aufbau der russischen Volksvertretung ist die Umgestaltung des kaiserlichen Reichsrates durch den Hinzutritt neuer Mitglieder zu erachten, die als Vertreter der Zemstwos, des Adelsstandes, der Gremien des Handels, der Industrie, der Wissenschaft gewählt

werden, wobei die Zahl der vom Zar ernannten Mitglieder diejenigen nicht überschreiten darf, die durch das Vertrauen der wahlberechtigten Korporationen in den Reichsrat gewählt werden. Durch diese Bestimmung wird ein Gleichgewicht erzielt, das jede bevorzugte Stellung des bureaukratischen Elements gegenüber der Volksvertretung ausschließt. Dazu kommt der schwerwiegende Umstand, daß ausnahmslos jeder Zemstwokörperschaft das Recht zuerkannt ist, ein Mitglied in den kaiserlichen Reichsrat zu wählen, so zwar, daß dadurch den Vertrauensmännern der Zemstwos die Mehrheit der Sitze unter den von sonstigen Körperschaften in den kaiserlichen Reichsrat gewählten Mitgliedern gesichert ist. Von grundlegender Bedeutung ist aber auch die Bestimmung, daß alle Gesetzesvorlagen ohne jede Ausnahme, gleichviel von wem sie auch ausgehen mögen, der kaiserlichen Genehmigung erst unterbreitet werden dürfen, wenn sie von beiden gesetzgebenden Institutionen, sowohl von der Reichsduma, wie vom kaiserlichen Reichsrate, angenommen sind. Akzeptiert eines der Parlamente die Vorlage nicht, so wird sie zurückgezogen. Somit sind Reichsduma und Reichsrat vollkommen gleichberechtigte Faktoren. Auch die Sitzungen sowohl des einen, als auch des anderen Parlaments sind öffentlich. Der Präsident der Duma, wie des Reichsrates haben wohl das Recht, Nichtzugehörigen den Zutritt zu verweigern, doch wird dieses Recht in Verfassungsstaaten ebenso selten ausgeübt, wie das auf Abhaltung geschlossener Sitzungen. Das Recht der Reichsduma, die Minister zu interpellieren, war zwar schon in dem ersten Statutenentwurfe enthalten, doch ist es immerhin von Wichtigkeit, daß die jetzt verlautbarte Verfassung dieses Zugeständnis klar und bündig dahin ausspricht, daß Interpellationen an die Minister in allen Fällen gerichtet werden können, wenn die Handlungen der Letzteren nicht entsprechend sind.

Eine ganz wesentliche Änderung zu Gunsten der Volksvertretung weist in seiner neuen Fassung ein Paragraph des Dumastatuts auf. Nach § 25 des Statuts vom 6./19. August 1905 war dem Senat das

Recht zuerkannt, Abgeordnete aus bestimmten Gründen ihres Mandats zu entkleiden oder sie zeitlich aus der Duma auszuschließen. Diese Abhängigkeit vom Senat ist durch den heute veröffentlichten Ukas beseitigt und das Disziplinarrecht über die Dumamitglieder der Reichsduma selbst übertragen. Aus den angeführten Grundsätzen zur Bildung der russischen Volksvertretung geht unzweideutig hervor, daß dem russischen Volke durch kaiserlichen Willen, sowie durch die ehrlichen Absichten der Regierung neuerdings weitgehende Konzessionen gemacht sind. Wird es dem ersten russischen Parlament gelingen, diese richtig zu würdigen und zu handhaben, so dürften die Zeiten nicht mehr fern liegen, wo die verwirklichte russische Konstitution über Rußlands selbstherrliche Traditionen den Sieg davontragen wird ungeachtet des in den gestern Abends veröffentlichten bedeutsamen Staatsakten zum Kummer vieler ängstlichen Gemüter dreifach betonten Fortbestandes der Selbstherrlichkeit.“ Der Preßjude ist außer sich vor Freude, daß Zar Nikolaus II. auf den Leim gegangen ist und dem Samodržaví entsagte. Nun werden die Juden herrschen. Damit doch aber die Welt erkennen kann, welche Elemente Rußland beherbergt, darüber folgende Belege. Das Münchener „Deutsche Volksblatt“ schrieb am 8. April 1906 folgendes: „Die Ausweisung russischer Juden aus Berlin. In ihrer Nummer 160 melden die „Münchener Neueste Nachrichten“: „Die russischen Flüchtlinge in Berlin. Die Befürchtung, daß von den in Berlin weilenden 7000 zum Teil unbemittelten Russen viele den Behörden lästig werden können, veranlaßt in den nächsten Tagen den Zusammentritt einer Konferenz im Polizeipräsidium, zu dem das jüdische Hilfskomitee zugezogen wird. In dieser Konferenz soll beraten werden, auf welche Weise die russischen Flüchtlinge aus Berlin entfernt werden können. Im Notfalle müßte die Polizei zu der direkten Ausweisung schreiten.“

Diese Notiz ist auf die semitische Tendenz des Blattes zugeschnitten. Nicht um „7000 zum Teile unbemittelte Russen“, wie die „Neuesten“ schreiben,

handelt es sich, sondern um 7000 aus Rußland zugewanderte Juden, von denen bereits 2000 von dem kgl. Polizeipräsidium in Berlin ausgewiesen wurden. Die übrigen werden folgen. Polizeipräsident Borris hat einem Reporter des „Berliner Lokalanzeigers" gegenüber sich zu dieser Sache, wie folgt, geäußert: „Es befinden sich zurzeit in Berlin ungefähr 7000 unbemittelte oder wenig bemittelte, beschäftigungslose Russen, von denen etwa 6500 Juden sind. Ihre Zahl schwankt beständig, da immer noch neue Zuzüge erfolgen und andererseits Russen wieder fortziehen. Es liegt die Befürchtung nahe, daß diese Ausländer wegen ihrer Mittellosigkeit über kurz oder lang dem städtischen Armenwesen zur Last fallen werden. Ferner ist eine Anzahl von ihnen bereits durch ihr Verhalten den Behörden lästig geworden. Unter diesen Umständen sei es Pflicht der Polizei, dahin zu wirken, daß diese unangenehmen Elemente unter den Ausländern das deutsche Reichsgebiet bald wieder verlassen. Um aber hierbei jede unnötige Härte zu vermeiden, hat das Polizei-Präsidium sich kürzlich an das hiesige jüdische Hilfskomitee, mit dem es sich im besten Einvernehmen befindet, in einem Schreiben gewendet. Dies wurde darin um seine Mithilfe ersucht, um die lästigen Russen zunächst auf gemütlichem Wege zu veranlassen, freiwillig von hier abzureisen. Eine bestimmte Zahl der Fortzubringenden wurde hierbei nicht genannt.

Eine allgemeine polizeiliche Aufforderung an die 7000 russischen Flüchtlinge, Deutschland zu verlassen, ist nicht ergangen. Es hat sich jedoch in jüngster Zeit die Notwendigkeit herausgestellt, wöchentlich etwa 50 bis 60 Russen auszuweisen, weil sie dies durch ihr gesetzwidriges Verhalten verschuldet hatten, oder erst neuerdings völlig mittellos hieher kamen. Sollten die übrigen lästigen Ausländer trotz gütlicher Aufforderung sich nicht freiwillig aus Deutschland entfernen und weiterhin unserer Bevölkerung und den Behörden zur Last fallen, so würde man allerdings zu ihrer direkten Ausweisung schreiten müssen."

Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ hinzufügt, sind gerade von russischen Juden in letzter Zeit zahlreiche Schwindeleien, Betrügereien und Diebstähle verübt worden, wodurch sie „den Behörden lästig“ geworden sind, wie sich der Polizeipräsident zartfühlend ausgedrückt hat. Für andere deutsche Städte, insbesondere München, wird nun die Frage brennend werden, wohin sich die „russischen Flüchtlinge“, deren sich Berlin entledigt, wenden werden. Zweifellos wird eine Menge dieser unsaubersten Elemente, Schnorrer und Verbrecher aller Art, das mit Juden gesegnete München heimsuchen, da es ihnen sicher nicht unbekannt sein dürfte, daß ihre Stammesangehörigen, die sich bisher nach München gewandt haben, sich hier eines völlig ungestörten Aufenthaltes und Treibens zu erfreuen hatten. Die neue drohende Invasion macht es indessen für unsere staatlichen und städtischen Behörden doch zur unabweisbaren Pflicht, sich gegen den Völkerabhub, den die Berliner auf die Straßen Deutschlands kehren, abzuschließen und entsprechende Vorkehrungen zu treffen, bei welcher Gelegenheit gleich auch mit jenen lästigen Elementen etwas aufgeräumt werden dürfte, deren Anwesenheit wir uns leider bisher schon in zu großer Anzahl und schon zu lange gefallen haben lassen.“

Die „Augsburger Postzeitung“ schrieb am 19. März 1906 folgendes: „Es dämmert! Nun ringt sich auch allmählich in liberalen Blättern die Überzeugung durch, daß die Vorgänge in Rußland nicht so betrachtet werden dürfen, wie es die jüdische Presse Berlins der Welt vormachte. Die liberale „Neue Züricher Zeitung“ bringt in Nr. 79 (2. Morgenblatt vom 20. d. M.) den Beweis dafür, indem sie schreibt: „Die Zeitungen ergehen sich mit Vorliebe in der Aufzählung der Frauen und Kinder unter den Opfern der Straßenunruhen. Gewiß sind das herzzerreißende Bilder; aber wer die rabiaten Weiber und die nach Tausenden zählenden Scharen unmündiger Jungen gesehen hat, die bei allen Straßenunruhen mitzogen und sich an Gewalttaten, von der Erzwingung der Ladenschließung bis zum bewaffneten Angriffe auf die

Truppen mitbeteiligten, der wird sich nicht wundern, diese Elemente auch unter den unglücklichen Opfern zu finden. Täglich werden in Rußland mehrere Dutzend niedere Beamte zur Strecke gebracht, über die keine Zeitungsmeldung mehr berichtet; und über die Hälfte der Mörder sind halbwüchsige Gesellen, vom Lehrbuben und Gymnasiasten bis zum Studenten aufwärts. Was älter ist, sind ganz überwiegend keine Russen, sondern Angehörige verschiedener Fremdstämme, wie Letten, Polen (?? die Red.) und Juden."

Die „Augsburger Postzeitung" hat diese Argumente schon längst ins Treffen geführt. Da aber alles auf Berlin schwört und hört, war der Erfolg verhältnismäßig gering. Man ist zu sehr gewohnt, jede Nachricht aus Rußland nur dann zu glauben, wenn sie über Berlin gekommen ist. Mit den jüdischen freisinnigen Blättern klagt und weint alles, wenn die russische Regierung die Anarchie energisch niederwirft. Das zeichnet die „Neue Züricher Zeitung" ganz richtig, wenn sie fortfährt: „Ein weiteres: es wird gejammert über die Füsilladen; aber bedenkt man nicht, daß die Revolutionäre nicht allein systematisch morden, sondern ganz offenkundig Todesurteile zu Hunderten fällen, verkünden und vollziehen? Die Strafe der Truppen trifft doch immerhin nur Leute, die vorher geraubt, gesengt und gemordet haben; die Rache der Feinde aber ereilt Beamte, die ihre schwere Pflicht tun, oder gar Privatleute, seien es Gutsbesitzer, die sich energisch ihrer Haut wehrten, oder Ingenieure und Industrielle, die den Arbeitern mißliebig sind, oder endlich einfach Menschen, bei denen ein Erpressungsversuch nichts fruchtete und die so „ihr Leben vor dem russischen Volke verwirkt haben". Und wenn ein zu einer Festung umgewandeltes Haus mit Kanonen beschossen wird, dann geht ein Schrei der Entrüstung durch die Blätter; bringen dagegen die Aufständischen einen Militärzug zur Entgleisung und lassen dadurch Dutzende von Soldaten zu Brei zermalmen, dann wird der Fall trocken registriert. Man muß wissen, welche furchtbaren Formen der Kampf der Revolutionäre

angenommen hat, um vieles auch von seiten der Staatsorgane Geschehene, wenn nicht zu entschuldigen, so doch zu verstehen."

Die Ausführungen der „Neuen Züricher Zeitung" werden freilich in der liberalen Presse ebensowenig ein Echo finden, wie bisher es die unsrigen — einzelne Fälle ausgenommen — gefunden haben. Doch befinden wir uns jetzt wenigstens in anständiger liberaler Gesellschaft." Also die preußische Regierung kann nicht einmal 6500 russischer Juden verdauen und weist dieses Gelichter von Gaunern und Dieben aus dem Deutschen Reiche hinaus. Nun hat aber Rußland solcher Individuen 6 Millionen! Und dieses saubere Gesindel wird nun zur Herrschaft berufen! In Warschau wurden während der Amtierung Skalons 22 Revolutionäre erschossen, davon war nur einer Pole, die anderen *21* waren Juden! Die Monarchisten in Kiev forderten den Zar Nikolaus II. auf, er möge über ganz Rußland das Kriegsrecht verhängen und eine Diktatur einsetzen, bis vollkommene Gewähr da ist, daß Niemand die bürgerliche Ruhe zu gefährden sich traut. Das wäre auch nach unserer Überzeugung der einzige Weg für Rußland. Man solle 2—3 Jahre damit regieren, bis die Gemüter sich beruhigt haben. Die Wahlagitationen in die Duma und die Verhandlungen derselben bergen für Rußland die größte Gefahr des Zerfalles des ganzen Reiches.

## VI.

## Die orthodoxe Kirche in Russland.

Während des Krieges und der ganzen Revolution wurde hie und da in der christlichen Presse die Frage aufgestellt: Wo ist die orthodoxe Kirche? Wo ist der Einfluß der Religion auf das Volk? Ist das russische Volk ein christliches Volk? Ist in Rußland überhaupt Religion? Diese Fragen könnten wir auch in allen anderen Staaten vorlegen. Ist Religion in Frankreich, Deutschland, England, Österreich? Ist Religion in Nordamerika? Diese Frage ist schwer

zu beantworten. Wenn heute in Frankreich wie vor 100 Jahren ein Bürgerkrieg ausbrechen möchte, würde hier die Revolution andere Formen haben, weil hier andere Verhältnisse sind als in Rußland. Es gibt kein anderes Mittel gegen die Revolution, als nur die Religion. Wo aber der Staat, die Schule, die Universitäten, die Presse, die politischen Parteien alle wie in einem Chor gegen die katholische Religion, die katholische Kirche, ihre Priester ankämpfen, die Religion als Privatsache gelten lassen wollen, dort ist der Boden zur Revolution vollkommen bearbeitet. Wenn die Religion Privatsache ist, dann folgt notwendig daraus, daß alle Menschen die Religion wegwerfen. Die Folgen treten rasch ein. Der gottlose Staat, die gottlose „Wissenschaft“, die gottlose Presse, die politischen Parteien, sie alle sind die direkten Urheber jeder Revolution, mag sie in Rußland oder in Uganda oder auf dem Feuerlande wüten. Wenn heute in Österreich der Bürgerkrieg ausbrechen möchte, dann wird er noch grauenhaftere Formen annehmen als die Revolution in Rußland. Das revolutionäre Material ist in Österreich-Ungarn mehr als genug vorhanden. Man hat es gesehen bei den Aufzügen für das allgemeine Wahlrecht! Das alles geschah unter direkter Erlaubnis der Regierung! Da will man noch verächtlich von Rußland sprechen. Die orthodoxe Kirche in Rußland hat geradeso wie der Staat selbst während des Krieges und der Revolution ihren moralischen Bankerott vor aller Welt gezeigt. Die russische Kirche ist arm an materiellen Mitteln. Sie hat fast keinen Bodenbesitz zu eigen.

Die Verteilung des Eigentums an Grund und Boden im europäischen Rußland zeigt nach der jüngsten offiziellen Statistik folgendes Bild:

In Rußland (außer Polen).

| | |
|---|---|
| Staatseigentum in Kronverwaltung . . | 153,874.000 *ha* |
| Staatseigentum im Erbbesitz der Kosaken, Kirgisen . . . . . . . . . . . . | 16,358.000 „ |
| Staatseigentum im Sonderbesitz der Don- und Orenburg-Kosaken . . . | 18,464.000 „ |

| | |
|---|---|
| Eigentum der kaiserlichen Familie . . | 8,332.000 *ha* |
| „ des Erbadels . . . . . . . . | 60,781.000 „ |
| „ anderer Stände (ausgenommen der Bauern) . . . . | 31,979.000 „ |
| „ der Bauern an Gemeindegut | 120,886.000 „ |
| Besitz der Bauern im Pachtverhältnisse etc. . . . . . . . . . . | 25,818.000 „ |
| Eigentum von Städten und juristischen Genossenschaften . . . . . . . . . . | 6,838.000 „ |
| Eigentum aller vorbenannten Gruppen ohne Rentierung . . . . . . . . . . | 26,731.000 „ |
| | 470,061.000 *ha* |

In Polen.

| | |
|---|---|
| Staats- und Krongut (einschließlich das der kaiserlichen Familie) . | 732.000 *ha* |
| Erbadel . . . . . . . . . . . . . | 4,839.000 „ |
| Andere Stände (außer Bauern) . . . | 1,104.000 „ |
| Bauern . . . . . . . . . . . . . . . | 5,506.000 „ |
| Städte und juristische Personen . . . | 168.000 „ |
| | 12,349.000 *ha* |

Sollte in diesem Verzeichnis irgendwo die Kirche mit inbegriffen sein, so wäre es das Grundeigentum anderer Stände und juristischer Personen. Allerdings fällt die Sorge für den Klerus und seine Angehörigen auf die Schultern der Bauern, darum muß sich der russische Klerus direkt bei den Bauern um ihre Gunst bewerben. Was dies zu bedeuten hat, brauchen wir nicht erst näher zu erklären.

Die orthodoxe Kirche in Rußland hat für sich 70% aller Bevölkerung. Rußland zählte wie schon angeführt 87,884.000 Orthodoxe. Katholiken waren nur 11,420.227 also $8^1/_2$%. Dieses Kontingent stellen fast nur die Polen. Der Erzbischof von Mohilev hat unter seiner Jurisdiktion 191 Dekanate und 2549 Pfarreien. Wir wissen nicht, ob die Schrift von Dr. Knie: „Die russisch-schismatische Kirche, ihre Lehre und ihr Kult“, das einschlägige Material auch gründlich darstellt.

Das berühmteste Werk darüber ist das Werk von Solovjev, allerdings russisch. Dr. Knie gibt von der orthodoxen Kirche Rußlands folgende Merkmale an. Die russische Kirche nennt sich „prawoslawnaja“, orthodox, rechtgläubig, weil sie behauptet, daß sie allein die wahre unversehrte Lehre Christi habe und dem Volke vermittle.

In Wirklichkeit aber studieren russische Theologen meistens protestantische theologische Werke. Die religiösen Kenntnisse sowohl in der Intelligenz wie im gewöhnlichen Volke in Rußland sind fast Null. Das Heidentum herrscht vor. Ganze Dörfer treten oft zum Islam über. Die Kirche in Rußland hat auf ihre Angehörigen keinen Einfluß. Es wird in derselben weder der Katechismus erklärt, noch werden Predigten gehalten. Woher also soll das Volk die Religion kennen? Selbst Aksakov sagte: der Geist der Wahrheit, der Liebe, des Lebens und der Freiheit ist in der orthodoxen Kirche erstorben.

Der russische Klerus ist teils Ordensklerus, teils Weltklerus. Die Mönche tragen schwarzes Kleid, daher der schwarze Klerus. Nur aus seinen Reihen werden Bischöfe kreiert. Er lebt im Coelibat, unverheiratet. Der Ordensklerus gilt in Rußland für gebildeter als der Weltklerus. Dieser trägt lichte Talare und heißt darum der weiße Klerus. Vor der Ordination muß der Priester-Kandidat heiraten. Gewöhnlich pflegt der russische Klerus unter sich zu heiraten. Der Theologe heiratet regelmäßig eine „popaďanka“, Tochter eines Popen.

Am 10. Feber 1906 schrieb die „Gegenwart“ folgendes:

„Wollte man den Kern der russischen Religiosität und Religion aufdecken, so müßte man das Wesen des heutigen „russischen Glaubens“ aufbauen auf dem Erwarten oder Bangen vor den Geheimnissen des Jenseits. Die ganze russische Religion ist auf das Jenseits des Grabes gerichtet. Der Tod ist der Ausgangspunkt aller Fragen. Der Russe hat die geheimnisvolle Schönheit des Todes nicht bloß erfaßt, er bewegt sich auch dieser sonderbaren und

rätselhaften Schönheit entgegen, er versteht es, großartig zu sterben, er wird in der Krankheit, im Leiden schöner. Besonders aber — angesichts des Sarges. Dem Russen erscheint das ganze Leben schwarz, und erst mit dem Herannahen des Todes nimmt Alles die weiße Farbe an, wird Alles strahlend.

Das Leben ist die Nacht, der Tod der Sonnenaufgang, und der ewige Tag ist „dort“. Aber diese Anschauung kommt erst im Alter, mit den Jahren.

Im jugendlichen Alter besucht der Russe keine Kirche — die Jugend begeht sogar oft Blasphemien; auch findet sie gar nichts, was ihr in Tempeln, Lithurgien, Kirchenmelodien, im Sinne der Worte, die man in den Kirchen hört, in der Kirchenmalerei zusagen würde. Dazu kommt, daß das Familienleben bei den Russen mit seltenen Ausnahmen kein gefestigtes und kein sehr reizvolles ist. Das Licht, das vom Kinde ausstrahlt, die Elternfreuden, die Wärme des eigenen Nestes, die Poesie des Heims, sind dem Russen, außer dem der gebildeten Klassen, unbekannte Begriffe. Daß das Familienleben dort auf keiner hohen Stufe steht, mag wieder teilweise daher rühren, daß, nicht bloß für die Geistlichkeit, auch für die weltlichen Personen, für das ganze Volk die Bedingungen der Ehe hart, trocken, abstoßend sind. Die ganze biblische Lehre von der Ehe ist beseitigt worden, das biblische Gefühl von Familie und Ehe ist der Orthodoxie unbekannt. Die Ehe wird mehr als eine lieblose, tierische Paarung zwecks Vermehrung strenggläubiger Seelen betrachtet, und jede Poetisierung der Ehe, jedes Bestreben, Licht oder einfach Ordnung in Komplikationen zu bringen, als ein Versuch, das Heidentum zu restaurieren. Die Gatten mögen einander aufs äußerste hassen — die Kirche kümmert sich nicht darum. Nach der Forderung des berühmten Hierarchen der russischen Kirche, des Moskauer Metropoliten Philaret, der beinahe als heilig gilt und die erste Kirchenautorität des 18. und 19. Jahrhunderts ist, wurde das Recht der Frauen, um Scheidung zu bitten, nicht nur in Fällen der grausamsten Mißhandlung seitens des

Mannes, sondern auch des bewiesenen Versuches, die Frau zu tödten, abgeschafft.

Erklärlich ist es, daß auch in den reiferen Jahren, wenn die Kräfte des Lebens über die Todeskeime im Menschen den Sieg davontragen, wenn die materielle Not, die Pflicht, die Arbeit den Geist an das wirkliche Leben schmieden, der Russe nur selten den Gottesdienst besucht, über Kirche und Religion spottet, manchmal sogar das Gottesdasein leugnet. Umgekehrt wird auch seitens der Kirche den Eltern selbst, der Familie keine Beachtung zu Teil; ihre Interessen werden im Prinzip nicht berücksichtigt.

Nun aber überschreiten diese gotteslästernden Menschen das fünfzigste Jahr. Da kommen Krankheiten; Leiden in der Familie sind schon längst eingetreten; das Vermögen ist verschleudert (was bei den unpraktischen, verschwenderischen Russen häufig vorkommt), oder man hat nicht so viel erwerben können, wie man wohl in der Jugend geträumt. Die Kinder sind flügge geworden, sorgen für sich, denken wenig an die Eltern. In diesem Alter empfindet der Russe, wie einsam, überflüssig, unnötig er ist.

Und auf einmal — tritt er in die Kirche und findet dort Alles, und Alles ist ihm so vertraut, so verständlich, so furchtbar notwendig. Als ob die Kirche auf diese seine 50 oder 60 Jahre gelauert, als ob sie bloß darauf gewartet hätte, daß er gebrechlich, gebeugt, arm, von Freunden und Angehörigen verlassen sei — so empfängt sie ihn wie einen Freund, wie einen nahen Verwandten mit unendlicher Sanftmut und Sorgfalt, sie verzeiht ihm sein verflossenes, ungeordnetes Leben. Tausende von feinsten metaphysischen Fäden verbinden innig diesen Greis, der von Allen verlassen ist, mit diesem Tempel, den das Vaterland so verehrt, und der überhaupt eine so große Anerkennung genießt und eine ungeheure historische Bedeutung hat.

Der schwache Greis, der kranke, überflüssige, hat auf einmal hier ein Vaterhaus gefunden, beinahe ein Amt, beinahe einen Rang, eine Position und sogar eine Belohnung. Hier im orthodoxen rus-

sischen Tempel werden die Schwächen im Sinne der Welt, wie Greisenalter, Krankheit und Armut, wie Elend und gesellschaftliche Nichtigkeit, als positive Tugenden gewertet, als ein Verdienst vor Gott, als ein himmlischer Abglanz. Der Mensch, der sich nun 60 Jahren nähert, betritt freudig diese letzte, unerschütterliche, in gewissem Sinn geschichtlich verbürgte Stufenleiter und eilt sie hinauf. Er vergißt seine Freunde und Angehörige dem Tempel zu Liebe. Theater, Schauspiele, Freude und Lust sind ihm ein Greuel, „das Reich des Satans", der geistige Antichrist."

Er möchte Christus finden. Ihn lockt das bleiche Antlitz des Herrn, mit seinen Leichentüchern, in die ihn Joseph von Arimathia und Magdalena gehüllt haben. Der gebrechliche Greis, die gebrechliche Greisin — sie bereiten für sich selbst alles zum Tode Gehörige vor. Sie legen in ein besonderes Bündel reine, eigenartig genähte, breite Wäschestücke, die ihnen als Totengewänder dienen sollen, und ein hölzernes Kreuzlein aus Cypressenholz (nie aus Metall), das man ihnen um den Hals hängen soll, wenn sie im Sarge liegen. Dieses Bündel mit dem „Sterblichen" vergessen die Russen nie mit sich zu nehmen, wenn sie Geschäfte halber sich auf den Weg machen, damit etwa im Todesfalle kein Irrtum entstehe, und der Verstorbene in fremden, nicht in dem eigens zubereiteten Leichenhemd beerdigt werde.

Dies Alles findet seinen Widerhall in der Kirche. Da ist ein Mensch gestorben. Weiber (unbedingt Weiber) waschen seinen Körper (denn vom Weib ist der Mensch geboren, vom Weib muß er auch gewaschen und in den Sarg gelegt werden). Man kleidet ihn in sein Totenhemd, aus dem aller Reichtum, jede Spur von Gold und Seide entfernt worden ist. Zum Sarge wird eine Nonne geholt, die die ganze Zeit vor der Beerdigung, besonders aber die ganze Nacht hindurch ununterbrochen die Psalmen Davids liest, das geliebteste russische Volksbuch. Die Kirche schickt für den Verschiedenen eine goldgewirkte Decke aus einem besonderen Brokatstoff,

der nur für die Meßgewänder der Priester verwendet wird und dort, im russischen Osten, ebenso symbolisch und heilig ist, wie der blaue oder rote „Bysson“ an den Altardecken und Priestergewändern im alttestamentarischen Tempel.

Mit diesem heiligen, und eigentlich priesterlichen Gewande wird der Tote im Sarge bekleidet. Niemand hat es gesagt, nirgends steht es geschrieben, daß er jetzt ein Priester sei; aber der Gedanke des Beobachters dringt tiefer, als die Worte des „Reglements“ sagen. Um den Toten stellt man große brennende Wachskerzen, die in silberschimmernden, der Kirche entnommenen Kandelabern stecken (diese haben eine besondere Form; alltägliche Leuchter dürfen dazu nicht verwendet werden). Man zündet drei Kerzen an; und beim Lesen der Psalmen, mitten unter diesen hellen Lichtern, in vorgerückter Nachtstunde scheint es, als ob die Stadtkirche gleich einer griechischen Metropole eine „Colonie“ hergeschickt habe.

Ein moderner Kritiker und Polemiker fragt da: „Wer ist der Hauptbeteiligte dieses kurzlebigen, brennenden Heiligtums? Der Sarg, der Tote, der körperliche Geist ... Sie sind, sie leben, sie sind als Tote die höheren Wesen in dieser mysterienschweren Religion des Zum-Tode-Schreitens, jedenfalls höher, heiliger als die Menschen.“ Ein Heide, jeder Abseitsstehende, jeder polytheistische Mensch, der vom Christentum gar nichts wußte, sagt Wassili Rosanov, würde seinem davon gewonnenen Eindruck unbedingt in folgender Weise Ausdruck verleihen: „Die Toten tragen Gewänder von Priestern oder Verzierungen von Heiligenbildern (dieselben charakteristischen Verzierungen aus Metall), und man streut ihnen Weihrauch wie vor Heiligenbildern, man liest Psalmen und singt Gebete; dieses Volk hat so viel Götter als Tote.“ Beides ist natürlich auf die Spitze getrieben, aber im Grunde doch richtig.

Für die Russen sind die Begriffe: „sich dem Tod nähern“ und „sich der Heiligkeit nähern“, so eng mit einander verwachsen, so ein und dasselbe bedeutend, daß auch die Irreligiösen sich nicht davon

frei machen können. Sogar die weltgebildetsten Menschen, wie Turgenjev, wie Herzen, Atheisten, Nihilisten empfinden in den ernstesten Lebensmomenten diesen immer wieder auflebenden, uralten, ursprünglichen Glauben ihres Volks — daß sterben heiliger sei denn leben, daß der Tod Gott (bei den Gläubigen), dem höchsten Wesen (bei den Philosophen), dem Etwas (bei den Atheisten) wohlgefälliger sei als das Leben. Wenn einem Bauernweib sein ein- oder zweijähriges Kind stirbt, so sagt das Weib mit Freude: „Gott sei gelobt — das Kind wird keine Sünden begehen.“ Sie sind entsetzt, Sie wollen etwas erwidern, dieses „Vorurteil“, wie Sie meinen, zerstören. Und nun hören Sie die Antwort dieses hübschen, gesunden, gescheiten Weibes: „Leben heißt sündigen, so wird auch in den Kirchenliedern gesungen: „Der Mensch kann keinen Augenblick sündenrein verleben.“ Weßhalb dann weinen? Mein Kind ist bei Gott; wir (die Erwachsenen) werden es dort (jenseits) nicht so gut haben.“ Diese traurige Idee bildet bis auf den heutigen Tag ein Axiom in den Klöstern; sie durchdringt das gesamte Volk in seinen vielen Millionen.

Von Byzanz her hat Rußland geistig sich immer mehr, immer tiefer „abtöten“ lassen. „Sich abtödten“ ward ihm mehr als ein Begriff, mehr als ein Ideal. In dieser allgemeinen Stimmung, düster und der Erde grollend, ist während sieben Jahrhunderten die singende und spielende Schöpferkraft des Kindvolkes erstorben, gleichsam erfroren. Die Volkssitten, alle Blümlein, alle Blättlein daran, sind von der griechischen Mönchanschauung abgepflückt. Das Grundwesen des „russischen Glaubens“ ist nicht ewig jung, sogar nicht jugendlich. Alles lebende, lebendige, arbeitsfreudige, Menschen- und Menschheitsvertrauende, ist hier nicht bloß verwischt, sondern ausgerodet. Die ganze Kirche ist nicht von irdischen, sondern von Rosen des Jenseits erfüllt, wenn man sich symbolisch so ausdrücken darf. Sie scheinen zuerst verwelkt, gestorben zu sein, um dann wieder aufzuerstehen zu einer unwahrnehmbaren Existenz „dort“, — jenseits des Grabes.

Daher die Tendenz: aus der Religion alle menschlichen Eigenschaften, alles Gewöhnliche, Irdische, Durchschnittliche auszumerzen und nichts als das Himmlische, Göttliche, Übernatürliche übrig zu lassen. Da ja im Grunde genommen nichts metaphysischer ist, als der Tod, und nichts der Erde und dem Irdischen entgegengesetzter, als das Sterbende und Verstorbene, so konnte die Ortohodxie nach dieser selbstbestimmten Richtung nicht anders als zu einer Apotheose des Todes, unbewußt und doch qualvoll gelangen. Daher vielleicht auch manche Tendenzen, die historische Wahrheit des Evangeliums anders leuchten zu lassen."

Dr. Serbin schreibt folgendes: Die orthodoxe Kirche hat etwas Starres, sie ist gekennzeichnet durch den blinden Glauben ihrer Anhänger, besitzt viel Formelwesen und übermäßige Feste. Der Zar ist in Rußland zugleich Papst und gebietet absolut über Geistlichkeit und Kirchenwesen. Aber wohl ein Drittel der Nation ist nicht nur mit der Staatskirche zerfallen, sondern auch zu der Staatsregierung seit langer Zeit in Opposition geraten, weil deren Haupt ja seit Peter dem Großen zugleich die höchste Autorität der verhaßten Gegnerin ist. In keiner Kirche hat deshalb das Sektenwesen eine so außerordentliche Ausbreitung erlangt, als in der griechisch-orthodoxen. Von den Grenzen Deutschlands bis zum fernen Kamtschatka reicht die russische Nation, aber überall, wo sie auch das Kreuz hingetragen, hat sie auch ihr Sektenwesen mitgenommen, das, stellenweise die Mutterkirche überwuchernd, zu so merkwürdigen geistigen und sozialen Ausgeburten geführt hat, und das auch in der jetzigen Bewegung keine geringe Rolle spielt. Eine zusammengedrängte Schilderung dieses Sektenwesens mag deshalb gerade jetzt am Platze sein.

Die Russen erhielten erst weit später das Christentum, als die westlichen Völker und zwar von Griechenland her; der Patriarch von Konstantinopel war auch Oberhaupt der russischen Kirche, bis mit Boris Godunov der Metropolit von Moskau an dessen Stelle kam. Der griechische Einfluß aber blieb lange maß-

gebend in der russischen Kirche und mit ihm kamen die griechischen Heresien ins Land. Bereits in den ältesten Zeiten wirkten gnostische Elemente auf die russische Geistlichkeit ein, und das wuchernde Gestrüpp orientalischer Ketzerei mit allen seinen Auswüchsen keimte üppig auf, zumal in den Klöstern, welche die fruchtbarsten Pflanzstätten geistiger und sinnlicher Verirrungen wurden. Das ist die eine Grundlage des russischen Sektenwesens. Eine zweite liegt in den Mongoleneinfällen. Asiatische Horden überschwemmten das unglückliche Land, das unter dem Joche der Mongolen seufzte und auf die tiefste Stufe unter den Ländern Europas herabgedrückt wurde. Als man endlich die Bedrücker verjagte, war das Volk in Barbarei versunken und mit ihm die Kirche auf einer so niedrigen Stufe, daß nur ausnahmsweise ein Pope lesen und schreiben konnte. Schulen gab es nicht, die Buchdruckerkunst war kaum dem Namen nach im Zarenreich gekannt. In dieser Zeit der Unkultur wurde der Grund zum Sektenwesen gelegt, und zwar dadurch, daß unwissende Abschreiber die kirchlichen Bücher mit törichten Schreibfehlern und wahnwitzigen Zusätzen verfälschten. Maximus und später der Patriarch Nikon (17. Jahrhundert) reinigten die entstellten Schriften wieder, aber ein großer Teil des mißtrauischen Volkes hielt an den verdrehten Texten fest, sah ihre Reinigung für unberechtigte Reform an und das Schisma (Raskon) entstand. Die mit der durch Nikon durchgeführten Kirchenreinigung nicht einverstandenen nannten sich fortan die Altgläubigen und erklärten, fest beim alten Ritus verharren zu wollen, denn die Neuerungen seien vom Teufel.

Von der herrschenden Geistlichkeit für Ketzer angesehen, gewannen sie nichtsdestoweniger an Boden, wozu die aufgedrungenen Neuerungen Peters des Großen nicht wenig beitrugen. Durch ihn war das ausländische französische Element mit seiner Gottesleugnung und Frivolität nach Rußland gelangt und diesem gegenüber verkörperte sich nun auch das nationalrussische Wesen in den Altgläubigen, die sich jetzt immer strenger gegen Staat und Kirche abzu-

schließen begannen. Die früher herrschende Leibeigenschaft kam ihnen außerdem zu statten. Den Leibeigenen mag der unbezwingliche Drang nach einer Aeußerung seines überall erstickten Freiheitsgefühles unbewußt zur Betätigung seines freien Willens auf religiösem Gebiet angetrieben haben; er war geleitet von dem natürlichen angeborenen Hasse gegen eine ihm fremd und stolz gegenüberstehende Hierarchie, welche ihn nur lehrte, seine grausamen Ketten geduldig zu tragen. Im Schisma konnte er doch wenigstens Gott nach eigenem freien Willen anbeten, hier galt nicht die Sklaverei als alleinige Bestimmung seines Daseins. So finden wir denn, daß die Altgläubigen sich sehr stark unter den Leibeigenen rekrutierten, die auch nach ihrer Freilassung der Sekte treu blieben.

Sich selbst nennt die Sekte Altgläubige oder auch Rechtgläubige, während sie von seiten des Staates als Raskolniki (Abtrünnige Schismatiker) bezeichnet werden. Wir betonen dieses, weil häufig hier Verwechslungen vorkommen, und bemerken zugleich, daß die Altgläubigen in „Priesterlose“ und „Priesterhafte“ zerfallen. Bekanntlich ist die Priesterweihe in der griechischen Kirche ein Sakrament, zu dessen Ausübung durch Handauflegung die Fähigkeit von den Aposteln auf die Bischöfe übertragen wurde und von Bischof zu Bischof sich fortpflanzt. Aber nur ein einziger zur Weihe berechtigter Bischof, Paulus von Kolowna, hatte sich den Altgläubigen angeschlossen und war ohne einen neuen Bischof kreiert zu haben, gestorben. Während nun die Priesterhaften sich der Staatskirche nähernd, von dieser neue Priester entnahmen, blieb konsequenterweise die größere Menge der Altgläubigen hiervon fern; für sie war mit dem Tode des Bischofs Paulus die Gabe der Weihe verloren gegangen und alles echte Priestertum unmöglich geworden. So leben sie nun fort als priesterlose Sekte. Außer der Taufe, welche ihre Ältesten vollziehen, haben sie keine Sakramente und befinden sich in der Unmöglichkeit, gültige Ehen zu schließen.

Leistung der Militärpflicht, die Verzeichnung zu einer Gemeinde verwerfen sie gleich dem Gebet für den Zaren als Satzungen des satanischen Reiches, dessen Herrschaft mit dem Antichrist Nikon begonnen. Sie, die dem wahren Heiland allein treu geblieben, befinden sich inmitten der abgefallenen Sündenwelt in einer traurigen Ausnahmestellung und streben durch Selbstkasteiung und Aufopferung der inneren Heiligung teilhaftig zu werden. Selbst wieder in Abteilungen zerfallend, haben einzelne Sekten ihre Grundanschauungen in grauenvoller Schroffheit und Konsequenz durchgeführt. Diese Sekten sind sehr zahlreich.

Wir heben nur einige hervor. Eine der merkwürdigsten dieser Sekten ist die der Verneiner, die bis vor kurzem noch gänzlich unbekannt geblieben war und deren soziale Philosophie mit den extremsten Lehren des Anarchismus übereinstimmt. Ihre Anhänger führen ein Vagabundenleben und verbringen den größten Teil ihres Daseins in den Gefängnissen. Durch diese Lebensweise, ihre Neigung zum Umherschweifen und ihren Haß gegen die bestehende Gesellschaftsordnung erinnern die Verneiner sehr an die mystische Sekte der Beguny oder Flüchtlinge. Als einen typischen Repräsentanten jener Sekte führt uns Tsakni, dem wir die ersten genaueren Nachrichten über die Verneiner zu danken haben, einen gewissen Kaufmann Schischkin vor. Bei seinem Forschen nach Wahrheit wechselte dieser Mann viermal die Sekte und kam schließlich zu dem Glauben, daß alle Religionen nichts seien als Irrtum und Lüge. Er vertiefte sich in die Bibel, fand aber, daß manches darin der menschlichen Moral entsprechend sei, und gelangte endlich dahin, jede Idee von Gott und der Religion, alle menschlichen Einrichtungen und Autoritäten, den Staat und die Gesellschaft zu verwerfen.

Eine der verbreitetsten Sekten ist die der Beguny, die zugleich die Hauptzüge der meisten mystischen Sekten in sich vereinigt und daher gewissermaßen als Prototype aller übrigen dienen kann. Ihre Anhänger fliehen vor allen Verpflichtungen, welche Staat, Gesellschaft und Familie auferlegen, und

schweifen als Vagabunden umher, nur vom Betteln lebend.

Neu eintretende Mitglieder müssen Pässe und alle auf ihren gesellschaftlichen Stand bezüglichen Papiere verbrennen, da derartige Dokumente als Werke des Teufels betrachtet werden; dann erhalten sie eine zweite Taufe, um ihren Bruch mit der weltlichen Macht zu besiegeln. Die Hauptlehrsätze dieser Sekte, zu denen sich jedes Mitglied bekennen muß, sind etwa folgende: Der Antichrist steht an der Spitze der gegenwärtigen Ordnung des Staates, der Gesellschaft und der Kirche. Der Gottesdienst, die Sakramente und religiösen Zeremonien verderben nur den wahren Glauben. Das Gebet soll im geheimen, ohne alles Zeremoniell verrichtet werden. Die Ehe ist eine Todsünde. Wer mit einem Weibe leben will, darf dies nur außerehelich tun, weil die Gesetze nicht für die Gerechten geschrieben sind. Geschlechtliche Ausschweifungen sind daher sehr häufig unter ihnen, und auch an Verbrechen aller Art fehlt es nicht, da unter den Beguny neben Bauern und Handwerkern sich auch frühere Sträflinge und Räuber als Mitglieder befinden. Obwohl die „Brüder“ sich ausdrücklich verpflichten müssen, rastlos umherzuziehen und nur von Almosen zu leben, so gibt es doch hier und da unter ihnen auch Gruppen mit festen Wohnsitzen, die den wandernden Genossen ein Asyl geben und sie nötigenfalls vor der Polizei verbergen können. Ihre Häuser enthalten viele einzelne Zellen und stehen durch geheime Gänge mit anderen Häusern in Verbindung, während wieder andere Gänge unmittelbar ins Freie führen.

Die Anhänger einer anderen Sekte, die „Christen“ haben Gott in jedem einzelnen von ihnen entdeckt und nennen sich „Söhne Gottes“. Die Gottheit ist in jedem Menschen verborgen, so lautet ihr Fundamentallehrsatz, und eine der Hauptzeremonien der Sekte besteht daher in der gegenseitigen Anbetung; denn die Anbetung des Menschen, sagen sie, ist die Anbetung Gottes; der nach dem Ebenbilde Gottes geschaffene Mensch ist der wahre Gott und ihn

sollen wir anbeten. Dieser Gedanke der im Menschen verborgenen Gottheit wird nun bei ihnen mit der christlichen Vorstellung von der göttlichen Wesenheit Christi in Verbindung gebracht. Sie lehren nämlich, Christus sei nur ein gewöhnlicher Sterblicher gewesen, aber wegen seiner Heiligkeit zu einem Gott erhoben worden, und die gleiche Transformation sei einem jeden Menschen möglich. Jeder Mensch kann Christus werden und jedes Weib die heilige Jungfrau: das hängt nur von der Tiefe des Glaubens, dem Grade der Heiligkeit und der religiösen Verzückung ab. Im Augenblick der höchsten Ekstase, die bei den mystischen Tänzen eintritt, steigt der heilige Geist in die „Christen“ herab und verwandelt sie in Gottmenschen. Die Tänze und das Stöhnen spielen eine große Rolle im Leben der russischen Sekten. Bei den abendlichen Zusammenkünften der „Christen“ sitzen sie in den Betsälen auf Bänken, die Männer auf der rechten, die Frauen auf der linken Seite; die „Apostel“ beiderlei Geschlechtes haben besondere Plätze. Es wird nun zunächst ein Kapitel aus der heiligen Schrift vorgelesen, dann folgen Gesang und Gebete, sowie Besprechungen religiöser Gegenstände. Das dauert bis um Mitternacht, dann legen alle lange weiße Hemden, sowie Strümpfe aus weißer Baumwolle an, nehmen angezündete Kerzen in die Hand und stimmen einen klagenden Gesang oder ein Gebet an, in welchem die Worte immer wiederkehren: „Herr, Herr! Komm zu uns, damit wir dich anbeten und an dich glauben können!“

Jetzt verlassen einzelne ihre Plätze und beginnen zu springen und tanzen, und nach und nach folgen alle ihrem Beispiel. Die Schnelligkeit, mit welcher sie sich selbst drehen, wird immer rasender, dabei stöhnt und schluchzt alles immer lauter, bis endlich einer schreit: „Er kommt, er kommt, der heilige Geist!“ Über den Ursprung ihrer Sekte geben die Christen selbst folgende Legende zum besten: Einst ist Gott in Jerusalem auf die Erde hinabgestiegen; seitdem blieb der Glaube an Christus eine beträchtliche Anzahl von Jahren lebendig, zuletzt aber wurde

er schwächer, und endlich kam der Antichrist zur Welt, der den wahren Glauben vollständig vernichtete. Damals lebte in dem Gouvernement Kostroma ein heiliger Mann, namens Philipov, der sich in das Studium der heiligen Bücher vertiefte. Eines Tages aber nahm er infolge einer Eingebung des heiligen Geistes alle seine Bücher und warf sie in die Wolga, indem er sagte, das Heil steht nicht darin, sondern man müsse, um gerettet zu werden, in dem Buche lesen, das in der tiefsten Seele jedes Menschen verborgen sei.

Bald darauf befand sich Philipov mit seinen Anhängern auf der Höhe eines Berges um zu beten, als ihnen plötzlich der Herr auf einem von Wolken umgebenen feurigen Wagen erschien. Er drang in den Körper des frommen Philipov, der fortan der lebendige Gott war und sich aufmachte, um den wahren Glauben zu predigen. Er sagte den Gläubigen: „Ich bin der Gott, den die Propheten angekündigt haben, sucht also keinen anderen, trinkt keine geistigen Getränke, ihr jungen Leute, und verheiratet euch nicht; ihr Männer aber, die ihr bereits verheiratet seid. lebet mit euren Frauen wie mit Schwestern. Haltet die Lehren eures Glaubens sorgfältig geheim und verratet sie nicht, selbst wenn man euch mit der Knute, dem Feuer und dem Beil droht." Die Askese bildet die Grundlage dieser Lehre, welche die Seele des Menschen als rein und heilig, als ein Werkzeug Gottes ansieht, während der Körper von Satan geschaffen ist. Der Genuß von Fleisch, Tabak und allen sonstigen Reizmitteln ist den „Christen" untersagt; sie fasten und kasteien sich durch eiserne Ketten, welche sie tragen, und durch Geißelungen. Jede sinnliche Liebe, auch in der Ehe, ist Sünde; auch die Sakramente der Ehe und der Taufe gelten als Sünde und Profanation. Im Gegensatz zu dieser Theorie der Askese sind aber die nächtlichen Tänze der „Christen" sehr häufig von den gröbsten Ausschweifungen begleitet.

Die äußerste Konsequenz der Fleischabtötung stellen diejenigen Sektierer dar, welche sich nicht mit einer Verstümmelung wie die Skobzen begnügen,

sondern konsequenterweise gleich Selbstmord begehen. um allen Fallstricken des Antichrist und Satan zu entgehen. Die Fälle, die natürlich bereits in das Gebiet des religiösen Wahnsinnes fallen, stehen aber in Rußland keineswegs vereinzelt da, und im 17. und 18. Jahrhundert bildeten sich unter dem Druck der grausamen Verfolgungen seitens der Behörden und des Klerus sogar vollständige Selbstmord-Epidemien aus, bei denen Hunderte von Menschen in den Tod gingen, weil in dieser Welt der Sünde ein Leben nicht mehr möglich sei.

Gleich wie die Skobzen sind auch die Selbstverbrenner ein Auswuchs der Altgläubigen. Grausenvoll ist in ihrer Wirkung deren Lehre, daß der freiwillige Feuertod als einziges Mittel zur Reinigung von den Sünden dieser Welt angesehen werden könne. Von Zeit zu Zeit tun sich Anhänger dieser, namentlich in Sibirien zahlreich vorhandenen Sekte in Abteilungen von zwanzig und mehr Köpfen zusammen und verbrennen sich. Sie halten sich dabei für Heilige, welche sich die Feuertaufe geben. Wir können uns nicht bei den weniger auffallenden Sekten der Theodosianer, Philipponen, Kapitonen usw. aufhalten, sondern reden nur noch von den modernen Sekten, die ein Produkt westlicher Einwirkungen sind. Hierher gehören die Malakanen und die Duchoborzen. Obwohl sie in vielfacher Beziehung mit einander übereinstimmen, leben die Malakanen, d. h. Milchesser und die Duchoborzen doch ganz getrennt, ja, wenn sie in Berührung geraten, sogar in Feindschaft, denn jede Sekte nimmt natürlich an, die allein richtige Wahrheit zu besitzen.

Die Malakanen verwerfen die Bilderverehrung als abgöttisch, wollen keinen Eid schwören, halten den Sonntag heilig, sind der Obrigkeit gehorsam, verbieten Betrug, Diebstahl, Gewalttätigkeit und Lüge. Die Duchoborzen glauben an Gott, nicht aber an die Persönlichkeit Christi; für sie gibt es nur eine Auferstehung des Geistes, nicht des Fleisches; sie schwören keinen Eid und gehen die Ehe nur als Vertrag ein, dessen Schließung und Lösung von der freien Vereinbarung der Parteien abhängt. Der Neugeborene

wird nicht mit Wasser, sondern nur mit dem Worte getauft. Als „Gottesmenschen“ erkennen die Duchoborzen nur Gott über sich an; sie verwerfen den Kaiser und die Regierung, denen sie nur gezwungen Gehorsam leisten. Feinde existieren für sie nicht, allgemeine Gleichheit ist der Regulator ihres gesellschaftlichen Lebens. Übrigens werden sie als mäßig, arbeitsam, wirtschaftlich geschildert. Nach ihrer Auffassung war die Seele bereits vor Erschaffung der Welt vorhanden. Das Leben ist ihnen nur eine Strafe für den Sündenfall, und deshalb darf man sich keiner Freude hingeben.“

Soweit Dr. Serbin. Wir können seine Angaben nicht kontrollieren. Die Revolution ist an der orthodoxen Kirche nicht spurlos vorübergegangen. Zuerst mußte der langjährige Prokurator des hl. Synod abtreten, Pobědonoscev. Er war eine langjährige Stütze der Zarenfamilie. Aber auch innerhalb des orthodoxen Klerus gährt es ganz gewaltig. Der gelehrte Benediktiner aus Raigern, P. Šup, schreibt darüber im Brünner „Hlas“ am 18. Feber folgendes:

„Der 27. Dezember 1905 nach russ. Stil (9. Jänner 1906 nach unserem) ist ein wichtiger Tag in der Geschichte der orthodoxen Kirche. An dem Tage erließ der Zar den Ukaz zur Einberufung eines Konzils der orthodoxen Kirche. Die Anforderungen, die auf das künftige Konzil angelegt wurden, gingen recht hoch; es sollte ein Parlament sein, mit dem Rechte der Abstimmung, also eine kirchliche Konstituante. Woran früher Niemand dachte, das wurde jetzt verlangt als absolute Notwendigkeit. Das Konzil sollen betreten frei gewählte Vertreter des Klerus und der Laien. Nicht die Bischöfe sollen entscheiden, sondern der Klerus und die Laien. Kurz auch im orthodoxen Klerus gährt es derartig, daß alles Althergebrachte beseitigt werden soll. Der orthodoxe Klerus verlangt jetzt vollkommene Freiheit der Eheschließung, nicht vor der Ordination, sondern auch nachher, verlangt auch die Wiederverheiratung im Falle der Kleriker Witwer wird.

Alles dies zeigt, daß die orthodoxe Kirche kein kirchliches Oberhaupt hat und darum auch keine

höchste Autorität, wie die katholische Kirche den Papst. Darin ist die orthodoxe Kirche demselben inneren Zerfall ausgesetzt, wie es die protestantischen Kirchen sind. Es haben verschiedene große slavische Theologen geträumt von der Gewinnung des russischen Volkes für die katholische Kirche, also von der Beseitigung des Schisma. So besonders der große Bischof von Djakovar, der verstorbene Stroßmayer. Papst Leo XIII. träumte von der Wiedergewinnung der abtrünnigen orthodoxen Kirche an ihr rechtmässiges Oberhaupt, denn die orthodoxe Kirche hat wesentlich wohl denselben Glauben, den sie dem Volke predigen soll, aber sie ist schismatisch, getrennt von ihrem rechtmäßigen Oberhaupt, dem Papst in Rom.

Der Klosterklerus in Rußland hat wohl im allgemeinen eine sorgfältigere Erziehung als der Weltklerus, ab und zu arbeitet er auch in Wissenschaften, ist aber in den Mauern der reichen Klöster von der Außen-Welt fast ganz abgeschnitten. Bissige Schriftsteller nennen die russischen Mönche unbeerdigte Leichnahme. Ernst von der Brüggen schildert Kirche und Schule in Rußland auf folgende Weise:

Mit einer sehr dürftigen Bildung verläßt der künftige Geistliche das Seminar, sucht sich vorschriftsmäßig eine Gefährtin, fast immer aus seinem Stande, die Tochter eines Geistlichen, und wird nach vollzogener Ehe in ein Dorf geschickt. Was er dort erlebt, lesen wir in den „Erinnerungen eines Dorfgeistlichen“. Er kommt an — kein Gasthaus, keine Einfahrt. — „Wo wohnt der Küster?“ Man zeigte mir eine elende Hütte. Und der Kirchendiener? Es ward auf eine noch erbärmlichere Hütte hingewiesen. Fahren wir zum Kirchendiener! Wir fahren hin und erblicken eine kleine steinerne, schief gewordene Kirche, umgeben von einem zerfallenen Zaun, und eine verwitterte, aus den Fugen gegangene, halb offene Wächterhütte. Wir treten ein: der Fußboden ist aus Lehm, die beiden Fenster, fünfzehn Zoll hoch, sind blind geworden, die Wände feucht, die Winkel mit Schimmel bedeckt.“ Das arme Paar wird bei einem Bauern untergebracht, der zwei Stuben hat

und sich nebst Familie in die eine zusammenpreßt. Dann geht es ans Handeln mit der Gemeinde, die eine eigene Wohnung für den Popen bauen soll. „Nach vielen Bitten, Verbeugungen und schmerzlichen Erniedrigungen von der einen, Belehrungen und hochmütigem Wesen von der anderen Seite ließen sie mich nach Verlauf von zwei Wochen rufen: ich solle in die Gemeindeversammlung kommen und um Überlassung einer Wohnung bitten. Lange, lange mußte ich hier reden, fast jeden Einzelnen persönlich bitten, daß man mir doch einen besonderen Raum anweisen möchte. Endlich entschloß man sich dazu . . . und ich erhielt die Weisung, zu einem Bauer zu ziehen.“ Das Zimmer war nur wenig besser als das Wächterhäuschen und in diesem Schmutzloch wohnte das geistliche Paar fortan mit dem alten Bauernpaar zusammen. Zum Tee erscheint der Küster, aber betrunken. Der Pope fragt, warum er so betrunken sei. „Du, Väterchen, hast Dich hier noch nicht eingelebt. Wenn Du erst ein Jahr hier zugebracht haben wirst, wirst Du noch mehr trinken als ich.“ Und wahrlich, das wäre kein Wunder bei dem Leben, das dieser Seelsorger nun hier führen muß. Geld hat er sehr wenig, er muß sich seinen Unterhalt verdienen durch Taufen, Beerdigen usw., er muß umherfahren in kleinere Dörfer der Umgegend, um hier zwei Heller, dort ein Huhn, ein wenig Mehl zu verdienen; aber er fährt auch einen ganzen Tag, um mit zwanzig Hellern heimzukehren, und das ist das Gewöhnliche; und immer heißt es: trinke! Die Gemeinde gibt ihm diese sogenannte Wohnung — er aber muß zum Einzuge einen Eimer Branntwein anschaffen, und muß mit ihnen trinken, will er nicht ihre Wohltaten mitsamt ihrer Neigung einbüßen. „Du hast es nur mit uns zu tun,“ heißt es da, „Du mußt uns Achtung erweisen; dann werden wir Dir Alles gewähren und auch Dich achten. Willst Du das nicht, dann schnüre lieber gleich wieder Dein Bündel. Schone Deinen Rücken nicht; es wird Dein Nachteil nicht sein, wenn Du Dich vor der Gemeinde beugst.“ Und in jenem Schmutzloch, dessen verfaulte Diele einmal jährlich, vor Ostern, gewaschen

wird, wo weder Licht noch Luft in der Schulzeit des langen Winters eindringt, da sollen auch Kinder unterrichtet werden . . . . Mancher Geistliche wohnt in einer Höhle oder in der Dorfschänke. Es ist daher wohl erklärlich, daß die Trunksucht in diesem Stande ein nicht seltenes Laster ist und auf Verfügung des Oberprokurators Pobědonoscev in den „Dienstlisten“ der Popen stets bemerkt werden muß, „in welchem Maße der Einzelne berauschenden Getränken zuzusprechen pflege.“

Ist auch in der letzten Zeit zur Verbesserung der Lage der Geistlichen etwas geschehen, so ist sie doch noch immer eine äußerst elende bei allem Reichtum, der in Kirchen und Klöstern angesammelt ist. Schon das Budget der Kirchenobrigkeit, des heiligen Synod, zeigt dies. Da sind für das Jahr 1901 für „städtische und ländliche Geistlichkeit, Missionen und Missionäre“ rund 10½ Millionen Rubel veranschlagt. Käme diese Summe ganz der niederen Geistlichkeit des eigentlichen Rußland zugute, so fielen auf den Einzelnen vielleicht 100 Rubel im Jahre. Indessen geht viel davon ab für Missionen und Missionäre, für Geistliche im Auslande, wo oft russische Kirchen, ohne Bedürfnis dazu, errichtet werden. Mehr noch wird davon verwendet für die vielen russischen Kirchen und geistlichen Anstalten im unrussischen Rußland. Überall, von Kamtschatka bis an die Weichsel, werden russische Kirchen und Popen erhalten, auch an Orten, wo durchaus kein religiöses, sondern ein bloß politisches Bedürfnis den Synod dazu treibt, Propaganda zu machen.

Brüderschaften werden gegründet, im ganzen orthodoxen Rußland werden Sammlungen veranstaltet, um Littauern, Letten und Polen zur Orthodoxie zu verhelfen, um Politik zu treiben. Kaum hat man sich in der Mandžurei festgesetzt, so beschließt der Synod. ein mandžurisches Bistum mit dem Sitze in Peking und ein großes orthodoxes Kloster in der Mandžurei zu gründen, um die russisch-orthodoxe Mission dort zu fördern. „Für allerlei fernliegende Dinge hat man stets eine offene Hand, nur für uns Popen gibt es keine verfügbaren Gelder,“ klagen mit Recht die

Dorfgeistlichen. In einer stark bevölkerten Pfarrgemeinde erhält der Geistliche 144, in einer mittleren 108 und in einer kleinen 72 Rubel an Jahresgehalt. Dabei werden diese armen Popen noch von den Konsistorien arg gebrandschatzt; alle ihre Angelegenheiten werden dort mit Hilfe von Geld betrieben.

Bei diesem materiellen, moralischen Elend ist die Stellung der Geistlichen, auch dort, wo sie sich in besserer materieller Lage befinden, eine solche, die einen religiös-sittlichen Einfluß auf ihre Gemeinden fast unmöglich macht. Der lauterste Charakter, der beste Wille werden gehemmt durch eine Kirchenzucht, die nur die hergebrachten und äußeren Formen des Ritus gelten läßt, jede selbständige Regung und Anwendung des Gotteswortes verbietet. Die Jagd nach Sektierern ist Mode, und der Geistliche muß sich bemühen, Sektierer herauszufinden, um als tüchtig zu gelten. Man spürt eben auch in der Kirche die Hand der staatlichen Gewalt und die Politik. An welchen Heiligen man sich in diesem und jenem Falle zu wenden habe, das weiß jeder Diakon auswendig; aber Predigt des Evangeliums und Seelsorge, das Wesentliche für die Bauern, dieser Weg ist für den Popen von der Kirchenbehörde mit Dornen besäet. Die natürliche Folge davon ist, daß die Stellung des Bauern zur Kirche, daß sein ganzes religiöses Leben ein bloß äußerliches, in Gebräuchen, Formen, Geberden aufgehendes ist. Und die weitere Folge ist, daß, sobald er vom Geiste des evangelischen Wortes berührt wird, er sich von der Staatskirche abwendet, Sektierer wird. Dann greift die Kirche ein. Sowie die politische Propaganda hinzukommt, ist das Geld für Popen, Missionen, Kirchen, Schulen da.

Aber noch ein anderes Übel erwächst aus diesen Zuständen: die tiefe sittliche Verkommenheit des russischen Bauern. Das Familienleben ist ein zerrüttetes. Dem Bauern ist das Weib noch heute die Sklavin, die Arbeiterin. Weib und Tochter fühlen sich als solche, erdulden Schläge und Sklavenarbeit, ohne sich sittlich verletzt zu fühlen. Das Weib ist gering geachtet und die eheliche Pflicht besteht weit mehr im Dienen als in Treue. Die Sitte ist bezüglich

des gesellschaftlichen Verkehrs äußerst locker. Die Männer wandern im Sommer auf Arbeit aus, die Weiber daheim nehmen sich unterdessen einen Soldaten ins Haus, wenn es deren gibt. Oder die Weiber und Töchter lassen sich zur Erntezeit für einen Gutsbesitzer anwerben. Dadurch lockern sich auch die sittlichen Bande zwischen Eltern und Kindern. Das neugeborene Kind wird zumeist nicht mit Liebe behandelt, sondern als eine Last betrachtet; es wird in verpesteter Luft und mit schlechter Nahrung aufgezogen; daher stirbt die Hälfte und mehr der Kinder in frühem Alter, daher steht die Bevölkerungszunahme still. Die Erschlaffung der Mutterliebe ist eine der betrübendsten Erscheinungen, eine furchtbare Entsittlichung, die bei den russischen Bauern etwas Alltägliches ist.

Es ist sehr bezeichnend, daß diese traurigen Zustände ausschließlich bei dem orthodoxen Teile der russischen Bauernbevölkerung vorherrschen. Bei den Sektierern sieht es diesbezüglich weit besser aus. Der Sektierer säuft nicht, er ist sparsamer, ordentlicher und fleißiger als der Rechtgläubige; allein gegen die Sektierer wird seit Jahren mit der größten Härte vorgegangen, in wüste Landschaften jenseits des Kaspischen Meeres werden sie erbarmungslos versetzt, wo sie, mittellos und arbeitslos interniert, durch Sammlungen des Grafen Tolstoj und anderer Menschenfreunde notdürftig am Leben erhalten werden; anderen Sekten wird die Übung ihrer religiösen Bräuche polizeilich verboten.

Diese gewaltsame Knebelung der Volksseele behindert die Gesundung des Volkes; die Befreiung des religiösen Triebes, die Entfesselung des Gewissens allein könnte die Rohheit des russischen Volkes mit Erfolg bekämpfen. Es gibt wohl noch ein anderes Mittel dazu, wenn es auch beiweitem nicht so wirksam ist, das sind gute Volksschulen, allein auch an diesen fehlt es gänzlich. Vor dem Jahre 1861 gab es in den Dörfern fast gar keine Volksschulen; seit diesem Jahre wurde das Interesse für die Volksschule rege, besonders nach Einführung der Landschaftsverfassung; die Landschaften gründeten aus

ihren Mitteln Schulen und veranlaßten die reicheren Dörfer, ihrerseits sich anzustrengen. In den Gubernien mit Landschaftsverfassung sind die Ausgaben für die Volksschule in den letzten fünf Jahren um 66 Perzent gestiegen. Aber durch das Gesetz vom 12. Juni 1900 beschränkte die Staatsregierung die Erhöhung des Einnahmebudgets der Landschaften so, daß damit eine weitere Vermehrung der Ausgaben für das Volksschulwesen abgeschnitten ist. Im Jahre 1891 übertrug der Staat die Sorge für die Volksschule, soweit sie bis dahin staatlich gewesen war, fast ganz der Kirche, die den Dorfgeistlichen auftrug, der Sache sich anzunehmen. Es ist schwer, die Zahl der Kirchenschulen festzustellen. Nach Nowikov's Annahme sind im russischen Reiche heute insgesamt 70.000 Volksschulen.

Nach Angabe des „Regierungsboten“ bestanden im Jahre 1899 etwa 21.500 von der Kirche geleitete Elementarschulen mit rund einundeinhalb Millionen Schulkindern, und außerdem 18.341 dem geistlichen Stande gewidmete Kirchenschulen mit einer und zwei Klassen. Die Lehrer bestehen aus Geistlichen, Diakonen, Psalmensängern, in der Mehrheit jedoch aus Laien. Von ihnen erhielten über 19.000 ein Gehalt von 100 Rubeln und weniger. Man kann schon daraus schließen, auf welcher Stufe diese Kirchenschulen stehen. Der ungebildete Klerus eignet sich natürlich nicht dazu, Bildung zu verbreiten, und wer von einem so geringen Jahreseinkommen leben muß, kann sein Wissen und seine Lehrkraft nicht gar hoch einschätzen.

Ein weiteres Übel besteht darin, daß in vielen Kirchenschulen unter der vom Synod ausgehenden religiös-propagandistischen Leitung der Religionsunterricht wesentlich im Sinne der Polemik gegen die Sektierer erteilt wird. Statt der Religion lernen die Kinder kirchlichen Streit, und statt Schulung und Erziehung bekommen sie Unterricht in Missionsdebatten und kirchlichem Gesang. Wie geringe Sorgfalt den niederen Schulen — es gehören hieher: Kreis-, Stadt-, Kirchspiel-, Elementar- und Volksschulen — gewidmet wird, kann man daraus ersehen,

daß im Jahre 1901 ein halbes Perzent des staatlichen Ausgabenbudgets für die genannten Unterrichtsanstalten verwendet ward. Die Folge davon ergibt sich klar, wenn man die Zahl der Analphabeten in Betracht zieht. In Petersburg, wo am meisten für die Elementarschule geschieht, sind nach den Ergebnissen der Volkszählung 1897 37·4 Perzent der Bevölkerung gänzlich ungeschult. Von den 290.000 jährlich ausgehobenen Rekruten sind nur 43 Perzent schriftkundig. Das weibliche Geschlecht ist noch schlimmer daran. Nach einer Mitteilung der Zeitung „Nedelja" (= Die Woche) erhält im Durchschnitt von sieben Bauernmädchen nur eines überhaupt etwas Unterricht, und in vielen Dörfern gibt es kein einziges weibliches Wesen, das lesen oder schreiben kann.

In den meisten größeren Dörfern ist eine Kirche und ein Geistlicher: dieser ist verpflichtet, eine Kirchenschule zu halten. Zieht man aber die Qualität dieser Schulen, die elende Lage, die Unbildung der Geistlichen, die ihrer Kirchendiener und der rohen Psalmensänger, Unteroffiziere, die als Dorfschullehrer angestellt werden, in Betracht, so kann man sich von den Ergebnissen dieses Unterrichts eine Vorstellung machen. Aber auch die nichtkirchlichen Schulen entbehren ausreichender Lehrkräfte, Schulhäuser und der nötigen Geldmittel. „Die Armut, die Not, die äußeren und die innermenschlichen Zustände, die Abneigung der Kirchenobrigkeit gegen Bildung überhaupt, alles hindert, nichts fördert die Volksbildung." Während für die elementare russische Volksbildung vom Staat und der Kirche sehr wenig geschieht, werden nicht geringe Summen jährlich verwendet auf allerlei Schulen in fremden Ländern, auf Erziehung von Serben und Bulgaren, von Polen, Littauern, Letten und Esten, die meist weit bessere eigene Schulen in genügender Menge haben. Es herrscht eben das politische Moment überall vor.

In den Kreisstädten steht es in Bezug auf die Bildung vielleicht noch schlechter als auf dem Lande. Eine Kreisschule und im besten Falle noch eine Stadtschule dienen als einzige Bildungsquelle, und

zwar nach einem Programm, welches den Anforderungen des Lebens wenig entspricht. Im Feber 1901 schrieb das „Nowoje Wremja“ diesbezüglich: „Keine Leihbiblioteken, keine Lesehallen, kein Theater (in den Kreisstädten). Und wenn auf Initiative eines Lehrers in dem geräumigsten Gebäude der Kreisstadt, dem Gefängnis, Vorlesungen mit Nebelbildern veranstaltet werden, so kommt das schon in die Zeitungen.“

Anders in den großen Städten. Hier konzentriert sich das materielle und geistige Leben in Industrie und Handel, in Universitäten, Mittelschulen, Literatur und Presse. Allein auch die Mittel- und Hochschulen erfüllen nicht die Ansprüche, die man anderswo an diese Lehranstalten mit Recht zu stellen gewöhnt ist.

Zwei Gründe sind dafür anzuführen: erstens ist es wieder der Mangel an den nötigen Geldmitteln, der eine gedeihliche Entwicklung behindert. Nach dem Voranschlag des Budgets sollen für 1902 im Ganzen an staatlichen Mitteln für das Unterrichtswesen aller Resorts 74·8 Millionen Rubel verwendet werden bei einem Ausgaben-Budget von 1.946,572.000 Rubel. Von der bezeichneten Summe wird etwa die Hälfte von militärischen und anderen Fachschulen beansprucht; den bürgerlichen Mittelschulen kommen nur 10·5 Millionen, den niederen Schulen rund neun Millionen zugute. Das sind geringe Summen für 126 Millionen Menschen.

Der zweite Grund besteht darin, daß es dem russischen Lehrer, mit wenigen Ausnahmen, an allgemeiner Bildung mangelt; „er ist wissenschaftlich oberflächlich, pädagogisch gar nicht vorbereitet;“ es fehlt ihm aber auch der sittliche Ernst, der noch wichtiger für dieses Amt ist, als die allgemeine wissenschaftliche Reife. „Auch der Lehrer fühlt sich vor Allem als Staatsbeamten und sein Blick ist auf den Vorgesetzten, auf die Regierung, auf politische Strömungen mehr gerichtet, als auf die geistige und sittliche Erziehung seiner Schüler. Die Zahl russischer, fachlich vorgebildeter Lehrer ist sehr gering, und von der geringen Menge wird ein erheblicher Teil nicht für die russische Bevölkerung, sondern als

Sprachlehrer für fremdsprachliche Polen, Balten, Kaukasier u. s. w. verwendet.“

Man begreift es, daß unter diesen Umständen auch in den oberen Ständen des russischen Volkes die Bildung weder tief, noch weit verbreitet ist. Das Streben nach Bildung ist jedoch in der heranwachsenden Jugend ein ernstes und allgemeines. Das junge Rußland, hauptsächlich der Mittelklassen, hat Enthusiasmus, Ausdauer, Hochachtung vor dem Wissen. „Trotz aller Armut des Adels, der Geistlichen, der Beamten drängt sich die Jugend dieser Stände in anschwellender Menge zu den Schulen und Universitäten. Tausende müssen wegen der Überfüllung der Anstalten jährlich abgewiesen werden. Die höheren Schulen sind voll von Schülern und Studenten, die auch bei dem Leben von Bettlern nicht im Stande sind, ihre Kollegiengelder zu bezahlen und nur durch reiche Spenden privater Wohltäter vor der Ausschließung gerettet werden. Ein starkes Kontingent solcher mittelloser Schüler liefert die Weltgeistlichkeit in den sogenannten Popensöhnen.“

Das russische Reich leidet an einem sehr großen Mangel an tüchtigen wissenschaftlichen Kräften und die Unfreiheit der Hochschulen stößt eine Menge der vorhandenen von dem Lehramt zurück. Einen weiteren Schaden richtet die gar zu reichlich bemessene Ferialzeit an; die Vermehrung der Feiertage stört den Unterricht gar zu sehr und hindert den Fortschritt der Schuljugend. In dieser Richtung wirkt an erster Stelle wieder der Synod unheilvoll. Im Oktober 1901 erschien in dem Organ des Synod ein Artikel, in dem die Kirchenobrigkeit darüber klagte, daß Kirchenfeste, wie z. B. dasjenige zur Feier der Enthüllung von Reliquien des heiligen Feodossi, Erzbischofs von Tschernigov, trotz zeitiger Ankündigung in den Kirchen der meisten weltlichen Lehranstalten, nicht gefeiert worden seien und die Schulen Unterricht hatten. Dazu kommen die vielen staatlich-dynastischen Ferialtage. Der Rechenschaftsbericht der reformierten Kirchenschule in Petersburg verzeichnet für das Schuljahr 1900—1901: 174 Schul-

tage: es wurde also vorschriftsmäßig in allen mittleren und höheren Lehranstalten an 181 Tagen gefeiert.

Methode sowohl als Inhalt des Unterrichtes in den Mittelschulen werden immer wieder geändert. Polizeiliche Bändigung der Jugend, nicht Ausbreitung, noch weniger Vertiefung des Wissens ist die Hauptsorge der Lehrobrigkeit. Die Ansprüche an die Leistungen der Studenten und Schüler werden herabgesetzt in Bezug auf die Gründlichkeit des Wissens und der Lernende wird doch zugleich überhäuft durch die Menge des Stoffes; die Oberflächlichkeit wird aufs äußerste getrieben. Was man anstrebt, ist nicht Mehrung der Volksbildung, sondern Dressur: polizeiliche Dressur und geistige Dressur, aus der der diplomierte Stellenjäger hervorgehen soll; denn je weiter die staatliche Tätigkeit Alles an sich reißt, umso mehr Beamte sind nötig. Diese kommen nun aus Lehranstalten, wo sie wenig Wissen geschöpft, aber viel Unfug gesehen haben; daß darunter die Verwaltung und das ganze Staatswesen leiden, liegt wohl auf der Hand."

Aus dieser Schilderung Brügge's erkennt man die Schwächen der orthodoxen russischen Kirche. Wie anders stünde es um das russische Volk, wenn es mit der kathol. Kirche vereinigt wäre! Wenn das russische Volk einen opferfreudigen, tugendhaften, unverheirateten katholischen Klerus hätte! Wohl wäre dann Rußland der größte und mächtigste Staat der Welt.

### *a)* Pobjedonoscev.

Der langjährige Prokurator des hl. Synod, Pobjedonoscev, wird als klarblickender Kopf von der Judenpresse auf das heftigste angegriffen. Pobjedonoscev kennt die Judengefahr für Rußland sehr gut. Darum hat ihn Witte beseitigt. Hier der Bericht der „Neuen Fr. Presse" vom 2. November 1905:

Als erste Folge des Verfassungsmanifestes Nikolaus II. ist die aus Petersburg kommende offizielle Meldung von der Amtsenthebung des allmächtigen

Oberprokurators des Heiligen Synods, Geheimrates Konstantin Pobjedonoscev, zu betrachten. In Rußland wird die Entlassung Pobjedonoscev's nicht verfehlen, die größte Befriedigung hervorzurufen, aber auch außerhalb des Zarenreiches dürfte die Kunde von der Amtsenthebung dieses Vertreters der Reaktion das weitestgehende Interesse in Anspruch nehmen. Konstantin Petrowič Pobjedonoscev hat in den Geschicken Rußlands in den letzten drei Dezennien eine entscheidende Rolle gespielt und in den Annalen der innerpolitischen Geschichte Rußlands der erwähnten Zeitperiode tiefe Spuren zurückgelassen. Ein russischer Schriftsteller sagte einst: „Nicht in den Ministerien, nicht einmal in dem Arbeitszimmer des Zaren, sondern auf dem Liteiny-Prospekt, im Wohnhause Pobjedonoscev's, wird der Gesamtpolitik Rußlands die Richtung gegeben.“ Und er hatte nicht übertrieben.

Soweit bekannt ist, wurde in Rußland in den letzten dreißig Jahren kein einziges Gesetz erlassen, keine einzige Maßnahme politischer oder sozialer Natur ergriffen, ohne daß Pobjedonoscev seine Zustimmung dazu gegeben hätte. Wie er, der Sohn eines unbedeutenden Literaturprofessors, diesen Einfluß zu erringen vermochte und ihn auch zu behaupten verstand, das ist nicht nur für die Persönlichkeit Pobjedonoscev's, sondern auch für die Stimmungen am Zarenhofe sehr charakteristisch. Dem geistlichen Stande entstammend (sein Großvater Wasilij Petrowič war Priester in Moskau), bewahrte sich Konstantin Petrowič Pobjedonoscev die Merkmale, welche dem russischen niederen Klerus eigen sind: an Bigotterie streifende Frömmigkeit, Festhalten an den altmoskowitischen Überlieferungen, Abneigung gegen alle Neuerungen und Mißtrauen gegen westeuropäische Ideen.

Geboren in Moskau im Jahre 1827, kurze Zeit nach der blutigen Niederwerfung der sogenannten Dezemberverschwörung, jener Geheimgesellschaft, welche vor achtzig Jahren den Versuch unternommen hatte, die Selbstherrlichkeit des Zaren zu brechen und für das russische Volk bürgerliche Freiheiten

zu erringen, war Konstantin Pobjedonoscev in einem Milieu aufgewachsen und erzogen worden, in welchem altmoskowitische Einflüsse und slavophile Ideale die Herrschaft hatten. Sein Vater Peter Wasiljewič, Professor der russischen Literatur an der Moskauer Universität, war mit den damaligen Führern der sogenannten altrussischen, später slavophilen Partei eng befreundet und verkehrte oft im Hause des alten Timofei Aksakov, des berühmtenVaters des berühmten Bruderpaares Konstantin und Iwan Aksakov. In dieser Atmosphäre wuchs Konstantin Pobjedonoscev heran. Als er 1846 die kaiserliche Rechtsschule absolviert hatte und dem Justizdepartement des Moskauer Senats zugeteilt wurde, brach er seine Beziehungen zu den Moskauer slavophilen Kreisen nicht nur nicht ab, sondern schloß sich denselben noch enger an. In besonders enge Beziehungen trat er jedoch zu der Redaktion des „Russkij Wjestnik", an dessen Spitze Michail Katkov stand. Hier veröffentlichte er zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten, hier legte er auch den Grund zu seiner ganzen Laufbahn und zu seinem späteren Einflusse am Hofe dreier Zaren.

Das war nach der Niederwerfung des polnischen Aufstandes von 1863. Michail Kaìkov, welcher durch seine Haltung in der damaligen polnischen Frage die Sympathien der national-russischen Kreise im Nu eroberte, das Ansehen Herzen's in Rußland bedeutend herabdrückte und am Hofe Alexanders II. plötzlich persona grata wurde, empfahl Alexander II. den jungen Pobjedonoscev als Rechtslehrer für die Großfürsten Alexander und Wladimir Alexandrowič.

Pobjedonoscev trat dieses Amt um die Mitte der Sechzigerjahre an und verstand es alsbald, auf seine kaiserlichen Schüler, besonders aber auf den Großfürsten Alexander Alexandrowič, den späteren Zaren Alexander III., besondere Anziehungskraft zu üben. Am Hofe Alexanders II. erhob damals die Reaktion ihr Haupt. Der polnische Aufstand und das Attentat Korokasovs auf Alexander II. hatten bekanntlich die von diesem Zaren unmittelbar nach seiner Thronbesteigung in Angriff genommenen freiheitlichen Reformen zum Stillstand gebracht und eine soge-

nannte Epoche der „Rückkehr zu den alten Traditionen“ eröffnet. Der mystisch veranlagte, in seiner philosophischen Scheinheiligkeit eindrucksvolle und unübertrefflich redegewandte Pobjedonoscev stellte sich in den Dienst der Reaktion, und es gelang ihm rasch, einer der maßgebendsten Faktoren am Zarenhofe zu werden. Er begleitete den Erstgeborenen Alexanders II., den früh verstorbenen Großfürsten und Thronfolger Nikolai Alexandrowič, an seinen Reisen durch Rußland und schrieb hierauf sein bekanntes Werk „Reise des Großfürsten-Thronfolgers Nikolaus“, in welchem seine ultraslavophile und byzantinisch-orthodoxe Weltanschauung zum deutlichen Ausdruck kam. Daß diese seine Weltanschauung in den national-russischen Kreisen und am Hofe des Zaren Entzücken hervorrief, beweist die Tatsache, daß er, Pobjedonoscev, schon 1872 zum Mitglied des Reichsrates ernannt und mit wichtigen politischen und gesetzgeberischen Funktionen betraut wurde. Aus dieser Zeit datiert aber ein neuer Abschnitt in der politischen Wirksamkeit Pobjedonoscev’s.

Die reaktionäre Politik der Regierung Alexanders II. in den Siebzigerjahren entfachte die revolutionäre Bewegung. Es bildeten sich bekanntlich neue revolutionäre Parteien, darunter die „Tschaykowzi“, „Der Volkswille“ (Narodnaja Wolja) und „Land und Freiheit“ (Semlja i Wolja), welche sich die Aufgabe stellten, von der Regierung des Zaren freiheitliche Reformen zu erzwingen. Die Attentate auf hervorragende Staatswürdenträger und auf Alexander II. selbst mehrten sich in unheimlicher Weise und erzeugten große Unruhe am kaiserlichen Hofe und in der Gesellschaft. Und in diesem kritischen Augenblick vereinigte sich Pobjedonoscev mit Katkov und dem Grafen D. Tolstoj, dem späteren Minister des Innern unter Alexander III., um Alexander II. von der Gewährung irgend welcher freiheitlicher Reformen abzuhalten und denselben zur Erlassung repressiver Maßnahmen gegen die revolutionären Elemente zu bestimmen, was diesem Triumvirat auch gelang. General Drentelen wurde zum Chef der Gendarmerie

ernannt und mit besonderen Vollmachten ausgestattet. In Petersburg erzählte man sich dazumal verschiedene Geschichten von der Methode Pobjedonoscev's, Maßnahmen Alexanders II. zu hintertreiben, die von dem „Dreirat", so nannte man das Triumvirat Pobjedonoscev-Katkov-Tolstoj, nicht gebilligt wurden. Wenn diese Geschichten auch erfunden sein sollten, so kennzeichnen sie dennoch die Vorgänge jener Zeit. So hieß es allgemein, daß es Pobjedonoscev und Katkov gelungen war, am Hofe Alexanders II. Spione zu unterhalten, welche sie von den Absichten des Zaren zu unterrichten pflegten. Kaum wollte der Zar den Liberalen irgend eine Konzession machen, da wurde Katkov von Pobjedonoscev davon in Kenntnis gesetzt. Der berühmte Publizist vom Strastnoi-Boulevard, wie Katkov genannt wurde, pflegte nach Petersburg zu eilen, um diese Absicht des Zaren zu durchkreuzen.

So trat das Jahr 1880 heran, in welchem Pobjedonoscev zum Oberprokurator des Heiligen Synods ernannt wurde. Und von da aus datiert der bedeutendste Abschnitt in der Lebensgeschichte dieses Staatsmannes.

Als nach dem Attentate auf der Moskau-Kursk-Eisenbahn, dem Alexander II. nur durch ein Wunder entgangen war, Graf Loris-Melikov mit der Oberleitung der inneren Politik Rußlands betraut wurde, war es wiederum Pobjedonoscev, der den ehrlichen Absichten Loris-Melikov's Hindernisse in den Weg legte und zusammen mit Katkov die „Diktatur des Herzens", wie die Rückschrittler die versöhnliche Politik Loris-Melikovs nannten, verhöhnte und verspottete.

Doch am verhängnisvollsten wurde das Wirken Pobjedonoscev's für die Sache des Fortschrittes in Rußland nach der Ermordung Alexanders II.

Als es sich nach dem tragischen Ende Alexanders II. herausstellte, daß dieser Zar eine Stunde vor seiner Ermordung einen von Loris-Melikov ausgearbeiteten Verfassungsentwurf sanktioniert hatte und Alexander III. im Begriffe stand, wie er an seinen Bruder Wladimir schrieb, das Vermächtnis seines Vaters zu verwirklichen, da war es Pobjedonoscev,

welcher dies vereitelte. In dem denkwürdigen Ministerrate verband sich Pobjedonoscev mit Makov, Lieven und anderen und brachte das Verfassungsprojekt Loris-Melikov's zu Falle. So endete der bescheidene Versuch eines ehrlichen Mannes, die Gesellschaft mit dem Zarismus zu versöhnen. Pobjedonoscev schrieb damals an Alexander III: „Mögen die verfluchten Petersburger Liberalen lärmen; ein wirklich russisches Herz wird nur unter dem Schutz der Orthodoxie und Autokratie gedeihen können."

Die Regierungszeit Alexanders III. stand im Zeichen Pobjedonoscev's. Alle reaktionären Maßnahmen dieses Zaren sind auf den direkten oder indirekten Einfluß Pobjedonoscev's zurückzuführen. Vom Liteiny-Prospekt ging die Richtung für die innere Politik dieses Zaren aus.

Aber auch unter Nikolaus II. war die Macht Pobjedonoscev's ungeheuer groß. Sein Einfluß kam auch noch in den letzten zwei Jahren zur Geltung. Das Manifest über die Reichsduma soll von ihm verfaßt und die repressiven Maßnahmen der letzten Zeit sollen von ihm empfohlen worden sein. Mit Plehwe und dem Großfürsten Sergej eng befreundet, suchte er die revolutionäre Gärung durch Gewalt, die allgemeine Unzufriedenheit durch brutale Maßregeln zu bekämpfen. Vor fünfundzwanzig Jahren rief Loris-Melikov Pobjedonoscev zu: „Die Zeit wird lehren, wer von uns beiden recht hat!" Jetzt dürfte auch Pobjedonoscev die Wahrheit dieser Worte erkannt haben.

Als Rechtslehrer schrieb Pobjedonoscev Werke von Wert und Bedeutung. Viel charakteristischer sind aber seine Arbeiten moral-philosophischen Inhalts. Sie kennzeichnen den Mann. Seine „Geschichte der orthodoxen Kirche", „Die Gerechten", „Geistiges Leben" und sein bekannter „Moskowski Sbornik", sie alle atmen Haß gegen die modernen Ideen und bilden eine Verherrlichung der kirchlich-byzantinischen Formen und Kultur. Er besprach in einigen seiner Werke auch die Verhältnisse in der österreichisch-ungarischen Monarchie, indem er die Stellung der Slaven, besonders die der Ruthenen, erör-

terte und dabei oftmals, wie die Slavophilen überhaupt, eine merkwürdige Auffassung der historischen Geschichte der Völker bekundete.

Seine Entlassung ist ein Markstein auf dem neuen Wege, welchen Rußland nun eingeschlagen hat.

Die großen Ereignisse, welche sich in Rußland vollzogen und die politischen Verhältnisse so durchgreifend geändert haben, mußten naturgemäß ihre Nebenwirkungen haben. Das alte System ist gefallen und seine Träger sind überflüssig geworden. Es folgt daher mit logischer Gewißheit, daß die Männer, die bisher, wie Pobjedonoscev, als die Verkörperung der Autokratie galten, zurücktreten müssen. Ich weiß wohl, daß speziell das Ausland Pobjedonoscev als den dunkelsten Reaktionär ansah und ihm jede Maßnahme auf politischem und religiösem Gebiete, die einzelnen Klassen der Bevölkerung nicht genehm war, zuschob.

Tatsächlich hat auch Pobjedonoscev als Oberprokurator des Heiligen Synods in Rußland eine ganz hervorragende Stellung innegehabt, die noch dadurch erhöht wurde, daß er als Mitglied des Ministerkomitees, als Inhaber der höchsten Auszeichnungen und Würden seine Ideen leichter durchsetzen konnte. Zur Steigerung seines Einflusses trug noch wesentlich der Umstand bei, daß er ein im höchsten Grade integrer Charakter und ein hochgebildeter Mensch ist, der im persönlichen Verkehre durch die Liebenswürdigkeiten seiner Formen vielfach besticht. Pobjedonoscev war als bedeutender Jurist mit den Vorlesungen über bürgerliches Recht an der Petersburger Universität betraut gewesen, und sein Lehrbuch des bürgerlichen Rechtes gehört zu dem Besten, was auf diesem Gebiete in Rußland geschaffen wurde. Als ausgezeichneter Redner, der die russische Sprache in meisterhafter Weise beherrscht, vermochte er auf seine Zuhörer einen großen Eindruck zu üben. Seiner politischen Gesinnung nach hielt er unbedingt an dem autokratischen Regierungssystem fest, nicht, weil es den maßgebenden Faktoren und ihm unbeschränkte Herrschaft sicherte, sondern, weil er es für das für

Rußland am empfehlenswerteste hielt. Mit eifersüchtiger Strenge wachte er darüber, daß die Rechte und der Einfluß der Kirche gewahrt blieben. Er ist im höchsten Grade orthodox und richtete seine Politik gegen die Andersgläubigen von diesem Gesichtspunkte aus.

Pobjedonoscev hatte sowohl in Rußland als im Ausland viele Feinde. Daran waren seine Maßnahmen schuld, die, von reaktionärem Geiste getragen, mit den Ideen des Fortschrittes, die sich in Rußland Bahn gebrochen, im Widerspruche standen. Pobjedonoscev und mit ihm das alte System sind gefallen und eine neue Ära bricht für Rußland heran! Nur die Eingeweihten wußten in Rußland, daß die Macht des gewesenen Oberprokurators des Heiligen Synods seit einer Reihe von Jahren in stetem Rückgang begriffen war.

Als ehemaliger Professor des verstorbenen Kaisers Alexander III. hatte Pobjedonoscev naturgemäß auf die Entschließungen dieses Monarchen öfters Einfluß gehabt. Jedes autokratische Regierungssystem ist darauf angewiesen, daß sein Repräsentant die Meinung hervorragender Männer einholen muß, da die Verantwortung für seine Maßnahmen einzig und allein auf ihn zurückfällt. Aber Selbstherrscher sind eher geneigt, mißtrauisch gegen ihre Umgebung zu werden und Ratschläge nicht immer von denselben Persönlichkeiten einzuholen. Das mag auch hier der Fall gewesen sein, und vieles, was auf Pobjedonoscev zurückgeführt wurde, hat seinen Ausgangspunkt von anderer Seite genommen.

Unter dem gegenwärtig herrschenden Kaiser ist der Einfluß Pobjedonoscevs geringer geworden, und seine Machtsphäre wurde immer mehr eingeengt. Der Rücktritt des Generalprokurators wird gewiß von vielen Seiten mit großer Befriedigung aufgenommen werden, da das System, das er repräsentierte, mit ihm zu Grabe getragen wird. Aber das eine muß man ihm nachsagen, daß er trotz seiner Härte, die sich zur Rücksichtslosigkeit gesteigert haben mag, ein bedeutender Mann ist, der auf die Gestaltung der russischen Verhältnisse, wenn auch nicht immer

im günstigen Sinne, großen Einfluß genommen hat. Er ist ein großer Gelehrter und wird sich als solcher mit seiner gegenwärtigen Stellung abzufinden wissen.

Es ist bezeichnend, daß dieser so viel gehaßte, viel geschmähte Mann, wie ich bereits erwähnte, im persönlichen Verkehre durch die Ruhe und Liebenswürdigkeit seines Wesens sofort für sich einnimmt. Er ist ein großer Kinderfreund und pflegt als solcher stets Bonbons mit sich zu führen. Seine eigene Ehe ist kinderlos geblieben.

Pobjedonoscev's Enthebung als Oberprokurator des Heiligen Synods. Petersburg, 1. November. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die Enthebung des Oberprokurators des Heiligen Synods, Pobjedonoscev, erfolgte durch ein in gnädigen Worten gehaltenes kaiserliches Reskript und unter Belassung Pobjedonoscev's in seinen Stellungen als Mitglied des Reichsrates, Staatssekretär und Senator.

Die Persönlichkeit Pobjedonoscev's. Wien, 1. November. Ein in Wien lebender russischer Schriftsteller, der über die russischen Verhältnisse genau informiert ist, machte einem unserer Mitarbeiter über die Persönlichkeit Pobjedonoscev's folgende Mitteilungen.

Konstantin Petrowitsch Pobjedonoscev ist im Jahre 1827 geboren. Nach Absolvierung der Rechtsakademie trat er im Jahre 1846 in das Moskauer Departement des Senats. Gleichzeitig beschäftigte er sich mit wissenschaftlichen Arbeiten, die er im „Russki Wjestnik" veröffentlichte. Im Jahre 1860 kam er nach Petersburg und fungierte als Rechtslehrer der Großfürsten, der drei Söhne Alexanders II.: es waren dies der als Thronfolger verstorbene Nikolaus Alexander, dann der nachmalige Zar Alexander III. und der jetzige Großfürst Wladimir. Durch diese Stellung, die ihn mit dem Zarenhofe in nahe Verbindung brachte, gewann er später einen mächtigen Einfluß als Ratgeber des Hofes. Zur gleichen Zeit beteiligte er sich an den Arbeiten der Kommission für Gerichtsreformen. Im Jahre 1863 begleitete er den damaligen Thronfolger

Nikolaus auf seiner Reise durch Rußland in die Krim und veröffentlichte als Frucht dieser Reise im folgenden Jahre ein Buch: „Briefe über die Reise des Thronfolgers von Petersburg in die Krim", von 1862 bis 1865 bekleidete er die Stelle eines Oberprokurators (Oberstaatsanwaltes) beim Moskauer Departement des Senats. Im Jahre 1865 übersiedelte er wieder nach Petersburg, wo er zum Konsultationsmitglied im Justizministerium ernannt wurde. Im Jahre 1868 wurde er Senator und im Jahre 1872 Miglied des Reichsrates; er befaßte sich dort hauptsächlich mit den Zivil- und Kirchenangelegenheiten des Departements.

Im Jahre 1880 wurde er zum Oberpokurator des Heiligen Synods und Mitglied des Ministerskomitees ernannt. Im Jahre 1877 wurde er in die Kommission berufen, welche mit der Ausarbeitung der Referate des Unterrichtsministeriums an den Zaren betraut war; im gleichen Jahre wurde er überdies zum Mitgliede der Kommission für die Finanzreform ernannt und im Jahre 1879 dem Rate für Gefängnisangelegenheiten zugeteilt. Im Jahre 1866 hatte er der Kommission angehört, welche sich mit der Ausarbeitung eines neuen Familiengesetzes für die kaiserliche Familie befaßte. Der Vorsitzende dieser Körperschaft war der jetzige Großfürst Wladimir Alexandrowitsch. Am 1. Jänner 1894 wurde Pobjedonoscev Staatssekretär des Zaren. Welche unheilbringende Tätigkeit Pobjedonoscev im russischen Staate entfaltete, ist ja zum größten Teile bekannt. Nur einiges, weniger Bekanntes möchte ich erwähnen: Er war bestrebt, eine stetige Vermehrung der Kirchensprengel durchzuführen, unter seinem Regime wurde der Geistlichkeit ein Staatsgehalt zugewiesen. Er war es auch, der die berüchtigten, geistlichen Schulen in großer Zahl errichtet hat, die es ermöglichten, daß weltliche Schulen und Lehrer unterdrückt wurden, und die dazu dienen sollten, das Volk von jeder Aufklärung fernzuhalten und der Orthodoxie zuzuführen. Er hatte ferner ein probates Mittel gefunden, um die freiheitlichen Bestrebungen des Volkes zu hemmen.

Er organisierte die Kirchenpredigten, und die Kanzel diente zumeist dazu, das Volk gegen die Juden und die Intelligenz aufzuhetzen und demselben Patriotismus und Kaisertreue einzuimpfen. Diese Predigten wurden ein erprobtes Kampfmittel und dienten zur Organisation der sogenannten „russischen Gesellschaft“ und der „schwarzen Sotnien“, welche, als eine Art Patriotenliga oft von den Behörden unterstützt, arge blutige Exzesse gegen die Intelligenz verübten. Erst in der letzten Zeit, als die Bewegung gegen das Regime immer mehr Boden gewann, benützte Pobjedonoscev diese Predigten, um Unterschriften für Adressen an den Zaren sammeln zu lassen, in welchen der Kaiser gebeten wurde, dem Drucke der Intelligenz nicht nachzugeben und an der Verfassung des heiligen russischen Reiches nichts zu ändern. Diese Adressen langten gewöhnlich telegraphisch am Zarenhofe ein, oder Pobjedonoscev überbrachte sie selbst. Der Zar schrieb dann gewöhnlich auf diese Kundgebungen: „Mit Vergnügen gelesen.“ Pobjedonescev wußte dadurch beim Zaren Nikolaus die Meinung zu erwecken, daß die Schar der Mißvergnügten sehr gering, daß das russische Volk zum größten Teile mit seinem Lose zufrieden sei und keine Änderung wünsche. Das dürfte auch der Grund gewesen sein, daß der Zar, in diesem Glauben befangen, mit der Gewährung von Reformen bisher stets gezögert hatte. Auf Veranlassung Pobjedonoscev's wurden auch viele Millionen Rubel für die Bekehrung der galizischen Ruthenen und der Bewohner des Orients zum orthodoxen Glauben ausgegeben.

Als Pobjedonoscev im Jahre 1896 sein fünfzigjähriges Amtsjubiläum feierte, wurde er Ritter des Wladimir-Ordens und Zar Nikolaus richtete in einem Dankschreiben folgende Worte an ihn: „Ich wünsche herzlichst, daß es mir gegönnt sein möge, Sie unter meinen nächsten Ratgebern zu finden.“ Als Oberprokurator wurde er von der russischen Intelligenz, deren größter Feind er war, stets „Oberinquisitor“ genannt. Besonders groß war der Einfluß Pobjedonoscev's auf den Großfürsten Wladimir und die

Zarin-Mutter. In der Durchführung seiner Pläne war er fest und unerschütterlich. Als charakteristisches Merkmal für seine Ansichten und sein Wesen sei noch folgendes angeführt: Als vor einigen Jahren ein hervorragender Ausländer bei ihm vorsprach, um ihm eine Milderung der Gesetze gegen die Juden nahezulegen, sagte ihm Pobjedonoscev ungefähr folgendes: „Die Gerüchte, daß ich ein Feind der Juden bin, entsprechen nicht den Tatsachen, ich anerkenne sogar die vielen Vorzüge und Tugenden des jüdischen Volkes; aber gerade deswegen müssen wir die Juden fürchten und sie bekämpfen.“ Diese Ansicht soll er auch am Zarenhofe vertreten haben. Pobjedonoscev selbst ist eine zur Askese neigende Natur. Bekanntlich wurde einmal in seinem Arbeitszimmer ein Attentat gegen ihn versucht, das damals fehlschlug. Daß es Witte gelang, Pobjedonoscev zu beseitigen, ist von weittragender Bedeutung. Es beweist, daß am Zarenhofe der Geist der Reaktion vorläufig keine Zuflucht mehr hat.“

Das Judenblatt die „Neue Fr. Presse“ ist außer sich vor Freude, daß es dem Witte gelungen ist einen so mächtigen Gegner des Judentums vom Zarenhofe zu entfernen. Noch wütender über Pobjedonoscev schreibt das Organ unseres Ministeriums des Äußeren der „Pester Lloyd“ am 2. November 1905: „Es ist gar kein Wunder, daß die Geister der Anarchie und der Revolution in Rußland vor den Ideen des kaiserlichen Manifestes nicht über Nacht verschwinden wollen. Der aufgepeitschten Menge von Hungrigen und Ausgestoßenen der Gesellschaft war es ja schon lange nicht mehr darum zu tun, daß Rußland eine freiheitliche Verfassung erhalte. Elend und Empörung haben diese Massen schon vor Monaten zusammengetrieben, die seither nur der Gedanke an Vergeltung und Rache bewegte. Aus der Verzweiflung der ungeheueren Massen ist eine Alles verschlingende Revolution entstanden, die in ihrer Wildheit und Zerstörungswut die Schrecken der französischen Revolution von 1789 über Rußland zu bringen droht. Gewiß fehlt es nicht an großen Ähnlichkeiten zwischen diesen beiden epochemachen-

den Volkserhebungen in historischer, wie in persönlicher Hinsicht. Die ersten Volksaufläufe in Paris begannen damit, daß ein junges Mädchen in ein Wachhaus ging, eine Trommel an sich riß und wirbelnd die Straßen mit den Worten durchzog: „Brod! Brod!“ Und in Petersburg schritt fast zufällig der Mönch Gapon mit dem hocherhobenen Kreuze der Arbeitermenge voran und nachdem Tausende das schneebedeckte Pflaster blutend bedeckten, war der Tag der letzten Ölung der russischen Autokratie angebrochen. Von Petersburg aus ergoß sich der Wildbach über das ungeheuere Reich und aus jedem Dorfe flossen Seitenbäche zu, bis ein weites, kaum übersehbares Meer entstanden war, aus dem kaum mehr ein Schornstein, ein Laternenpfahl oder ein Aushängeschild aus früherer Zeit unbeschädigt emporragte. Die Ruhe war den Massen unerträglich, die Ordnung zum Verbrechen und nur die Zerstörung das Recht der Lebenden geworden. Und als die Empörten darauf kamen, daß sie, so lange Brod im Lande war, nicht zu verhungern, nicht zu sterben brauchen, weil ihrer so viele Hunderttausende waren, die leere Mägen und starke Fäuste und Dynamitpatronen hatten, da waren Plünderung und Raub die einzigen Erhalter des Lebens. Was Wunder, wenn in der Glut brennender Städte und unter dem Wehklagen eines gewürgten Volkes so viele Tausende noch immer nicht glauben wollen, daß mit einem Schlage, durch einen einzigen Ruf des Zaren der Tauftag einer neuen, verheißungsvollen Zeit der Freiheit und Gleichberechtigung angebrochen sei.

Es werden wohl noch Wochen, vielleicht auch Monate ins Land gehen, bis Glaube und Vertrauen auf eine bessere Zeit überall einkehren, bis sich Plünderer und Mörder, Brandleger und alles lichtscheue Gesindel vor der wieder erstarkenden Autorität verkriechen werden. Es müssen aber auch die Träger des alten Regimes den Schauplatz ihrer Tätigkeit verlassen, damit das Mißtrauen, als ob der Zar sein Wort noch zurücknehmen könnte, aus dem Bewußtsein des Volkes verschwinde. Ein guter An-

fang wird soeben damit gemacht, indem Konstantin Petrowicz Pobjedonoscev, einer der unversöhnlichsten Träger und Sünder des alten Systems, den Posten eines Prokurators des Heiligen Synods verläßt. Bestürzt und kopfschüttelnd weicht der achtundsiebzigjährige Mann von seiner Stelle, die er seit dem Jahre 1880 als einer der einflußreichsten Männer im Zarenreiche bekleidet hat. Wie muß den Apostel der von Gott gesandten Alleinherrschaft des Zaren und der alleinseligmachenden Orthodoxie schon seit Monaten die Brandung der revolutionären Bewegung empört und erschreckt, wie mußte ihn der Feuerschein, mit dem die Kriegsfurie auf den Eisfeldern der Mandschurei die Siegespfade der Japaner beleuchtete, geblendet und verbittert haben! Lange genug war er am Steuerrade der Reaktion gestanden, lange genug vermeinte er dem modernen Zeitgeist, den er so oft der Lüge geziehen, Widerstand leisten zu können. Gewiß ist es ein Glück für Rußland, daß Pobjedonoscev aus seiner Stellung scheidet; ein größeres Glück wäre es freilich gewesen, wenn ihn Alexander II. niemals zum Oberprokurator des Synods ernannt oder wenn ihn doch Nikolaus II., der bekanntlich an dem grilligen, verbissenen Alten keine besondere Freude hatte, bald nach seinem Regierungsantritte in den wohlverdienten Ruhestand versetzt haben würde. War doch Pobjedonoscev im Bunde mit der Kaiserin-Mutter, mit den mutwilligen Großfürsten und anderen Machthabern die Seele jener Bestrebungen, die zu dem Kriege mit Japan gedrängt und seit jeher jede Regung niedergehalten haben, die zu politischen Freiheiten hätte führen können.

Pobjedonoscev war ein Produkt jener Periode, deren Vertreter unter Nikolaus I. die Wohlfahrt und den Ruhm des Reiches nur mit der Allmacht des Zaren in Verbindung zu bringen vermochten. In seinen Knabenjahren sprach man noch von dem mißlungenen Aufstande der Dekabristen, welche Nikolaus I. ermorden, Rußland zum Vorkämpfer der bürgerlichen Freiheit und des Slaventums machen wollten. Man begeisterte sich damals an den Siegen

eines Diebitsch-Sabalkanski und an den Erfolgen des Friedens von Adrianopel. Nur wenige Jahre waren seit dem Tode des großen Korsen verstrichen, den angeblich Rußland im Flammenmeere von Moskau zur Umkehr gezwungen und dann vom Throne gerissen hatte. Pobjedonoscev war in den Ideen des Nikolaischen Zeitalters, in der übermütigen Autoratie mit ihren Tressen und Verschnürungen, mit ihren chauvinistischen Irrtümern aufgewachsen — was Wunder, wenn er die Bewegung, welche den Kontinent in der Mitte des vorigen Jahrhunderts in neue Bahnen drängte, niemals verstehen lernte, wenn er als Lehrer des Söhne Alexanders II. die Alleinherrschaft des Zaren, wie der russischen Orthodoxie lehrte und den Reformen dieses Kaisers keinen Geschmack abgewinnen konnte. In den Dienst solcher Ideen hat Pobjedonoscev sein ganzes Leben, sein ganzes Wesen gestellt, und zwar mit der Ehrlichkeit und Unerschütterlichkeit eines Fanatikers, der mit der Gründlichkeit und Gelehrsamkeit eines deutschen Professors die Ausdauer und Zähigkeit des Russen vereinigte.

Pobjedonoscev hat in Rußland ohne Zweifel Schule gemacht, ja man kann sagen, daß die Träger des letzten herrschenden Systems auf seine Lehren eingeschworen waren. Allerdings nicht in dem Sinne der strengen Frömmigkeit, welche den religiösen Glauben über jedes Wissen stellt, sondern in der Richtung, daß die unumschränkte Monarchie eine göttliche, unfehlbare Institution sei und daß die Einrichtungen, welche während des XIX. Jahrhunderts in Europa geschaffen wurden, auf Lüge oder Irrtum beruhen und deshalb in Rußland keine Anwendung finden dürfen. In seinen „Moskowitischen Studien“ hat Pobjedonoscev seine Anschauungen eingehend begründet und sich als unbedingter Reaktionär und Klerikaler vorgestellt. Er sah in der modernen Bewegung der Geister in Europa nur den Kampf des Staates mit der Autorität des Absolutismus. Nach seiner Meinung müssen Staat und Kirche eins sein: der interkonfessionelle Staat führe schließlich zur Religionslosigkeit. Das Wort Cavour’s von der freien

Kirche im freien Staate war ihm immer ein Greuel, eine gottlose Idee, welche die europäischen Staaten dem Ruin zuführen müsse. Pobjedonoscev übersah dabei offenbar, daß es Staaten mit gemischten Konfessionen gibt, daß in Rußland, ganz abgesehen von den Nichtorthodoxen, zahllose Sekten bestehen, die an 30 Millionen Seelen betragen und mit denen kein Zar und kein Synod bisher fertig zu werden vermochte. Pobjedonoscev wollte nicht zugeben, daß die naturgemäße Entwicklung des Staates und der Gesellschaft mit dem unabänderlichen Charakter der Kirche in einem prinzipiellen Widerspruche steht, daß die Sekten in Rußland ihre Entstehung nicht dem Zufall und Irrtum, sondern historischen und geographischen Einwirkungen verdanken. Dieselben Einflüsse und Faktoren, welche den Großrussen vom Kleinrussen, die Polen und Balten von den östlichen Völkerschaften unterscheiden, lassen sich bei der gesamten Kulturentwicklung Rußlands, wie in dem Bestande der Sekten, ganz deutlich nachweisen. Wenn sich Pobjedonoscev ein autochthones, einheitliches Russentum konstruiert und jede Nachahmung europäischer Einrichtungen verdammt hatte, so übersah er ganz, daß sich Rußland vor und nach Peter dem Großen nur unter der Einwirkung europäischer Einflüsse entwickelt hat. Und das gilt nicht nur in politischer und kultureller, sondern auch in religiöser Hinsicht, wo sich seit der Annahme des Christentums die verschiedensten Einflüsse von der byzantinischen Orthodoxie bis zum Katholizismus und Protestantismus unterscheiden lassen. Und wie das Beste, was heute Rußland sein eigen nennt, Europa zu danken ist, so wird es auch in Hinkunft seinen Entwicklungsgang unter der Einwirkung des Okzidentalismus fortsetzen müssen. Es war also ganz vergeblich, wenn Pobjedonoscev den Parlamentarismus und die Preßfreiheit als die größten Lügen unserer Zeit bezeichnete, wenn er das politische Parteileben für eine Äußerung des menschlichen Heerdeninstinkts angesehen, das Schwurgericht als eine juristische Verirrung und das allgemeine Stimmrecht als die Vorschule zur Revolution gekennzeichnet hat.

An allen diesen Einrichtungen sah er nur die Schattenseiten, während er immer voraussetzte, daß der Monarch unfehlbar, der Absolutismus immer ehrlich ist und die Diener der Kirche zu jeder Zeit nur der Nächstenliebe gehorchen.

Wir haben bei dieser interessanten und merkwürdigen Gestalt des alten Regimes etwas länger verweilt, weil sie in ihrer Verschrobenheit und Hartnäckigkeit das Verständnis der vielen Ursachen erleichtert, welche zur jetzigen Revolution in Rußland das Meiste beigetragen haben. Wie Lomenie de Brienne und sein Anhang Ludwig XVI. verhindert haben, den Ratschlägen Necker's zu folgen, so haben Pobjedonoscev und seine hochstehende Umgebung bei Nikolaus II. bis zum Friedenschlusse von Portsmouth die Proklamierung einer ehrlich freiheitlichen Verfassung zu hintertreiben gewußt. Es mußte vorerst das ganze, weite Zarenreich in allen seinen Grundlagen erschüttert und eine Beute des sarmatischen Sanskulottismus werden, damit die Macht einer Reaktion gebrochen werde, mit der schon Alexander II. vor mehr als zwanzig Jahren endgiltig aufräumen wollte. Das heutige Rußland ist ein Schauspiel und eine Lehre für Jahrhunderte, wie es die englische Revolution unter Cromwell und hundert Jahre später die französische Revolution gewesen. Wie diese beiden Revolutionen, so wäre auch die heutige in Rußland in ihren gräßlichen Erscheinungen zu vermeiden gewesen, wenn die Machthaber zwanzig Jahre vorher den Geist ihrer Zeit verstanden, wenn sie der besseren Einsicht zugänglich gewesen wären."

Das in Bremen erscheinende „Protestantenblatt" widmete am 22. April 1905 dem Pobjedonoscev folgenden Artikel: Vor wenigen Jahren noch konnte man in Petersburg den berühmten Prokurator des heiligen Synods recht oft auf der Straße sehen. Oft in einer einfachen Mietsdroschke, zuweilen zu Fuß oder gar im Pferdebahnwagen. Eine schlanke, hagere Erscheinung, ein strenges blutleeres Gesicht mit scharfen, unbeweglichen Zügen. Immer in sich gekehrt, immer starr durch die schwarzumränderte

Brille vor sich hinblickend. So hat sich sein Bild fest in meinem Gedächtnis eingeprägt, und wenn ich von ihm höre oder sein Buch wieder einmal in die Hand nehme, lebt es wieder auf. Und ich denke: ein alter Schulmeister ist es, der aber statt einer Schule ein großes Volk und einen riesigen Staat in die Hände bekommen hat, kein Staatsmann. Nicht handeln will er, sondern nur erziehen, wie es das Gesetz und Sitte der Väter vorschreibt. Nicht die geringste Spur irgend eines Schwankens oder Zweifelns ist bei ihm zu entdecken.

Wenn ein westeuropäischer Leser die Ansichten Pobjedonoscev's über die modernen Staatseinrichtungen, über das ganze Rechts- und Geistesleben der Gegenwart, über die Presse, über den Parlamentarismus, über die Demokratie, über das Gerichtswesen ließt, so überkommt ihn ein gar seltsames Gefühl. Pobjedonoscev hat nicht nur keinen Sinn für die Wohltaten der politischen Freiheit und der Gleichberechtigung der Staatsbürger, sondern er behauptet auch in ganz bestimmter Form, daß sie sich auf die Dauer nicht aufrecht erhalten lassen, sondern vielmehr recht bald wieder verschwinden werden. So schreibt er über die in fast allen westeuropäischen Staaten durchgeführte Trennung der Kirche vom Staate: „Jedenfalls ein anormaler Zustand, der entweder zum wirklichen Übergewicht der Kirche über den scheinbar überwiegenden Staat oder zur Revolution führen muß.“ Über das demokratische Regime meint Pobjedonoscev: „Die Menge wird schnell hingerissen durch allgemeine, in tönende Phrasen gegekleidete Sätze... Die Leichtigkeit der Erregung durch allgemeine Sätze führt überall zu der äußersten Demoralisation des Gedankens im Volke, zur Schwächung des politischen Sinnes der ganzen Nation. Das heutige Frankreich bietet ein auffallendes Beispiel solcher Hinfälligkeit, und dieselbe Krankheit infiziert auch schon England.“ Über das Parlament: „Grauenhaft ist es auch nur zu denken, was bei uns entstehen würde, wenn uns das Schicksal das verhängnisvolle Geschenk eines allrussischen Parlaments gemacht hätte. Nie möge das geschehen.“

Und weiter: „Solcher Zustand führt unabwendbar zur Anarchie, von der die Gesellschaft durch die Diktatur allein errettet wird.“ Über die Presse: „Die neueste Presse ist dem Riesen aus dem Märchen ähnlich, der auf seine Stirn geheimnisvolle Runen gezeichnet hatte — das Symbol der göttlichen Wahrheit — und alle seine Gegner so lange besiegte, bis ein furchtloser Kämpe erschien, der von des Riesen Stirn die geheimnisvollen Buchstaben löschte.“ Über den Parlamentarismus (den Pobjedonoscev für einen raffinierten Humburg hält): „Wir werden wohl kaum noch den Sturz dieses Ganzen erleben, dem der Geist unserer Zeit fortfährt in Selbsttäuschung zu opfern, unsere Kinder und Enkel aber werden das ohne Zweifel“ . . usw. usw.

Es schwindelt einem bei diesen düsteren Prophezeiungen. Man glaubt einen Riesen vor sich zu sehen, der — integer vitae scelerisque purus — auf einer unvergänglichen unerreichbaren Höhe hoch über den leidenden und fallenden Menschen thront. Aber — man denkt gleich an Rußland und dann kann man ein wehmütiges Lächeln nicht unterdrücken. Noch ist in keinem westeuropäischen Lande eine Revolution ausgebrochen, keines ist unter der Last des Parlamentarismus zusammengebrochen und auch der Riese, der die Presse zerschmettern soll, läßt noch immer auf sich warten. Das mächtige Zarenreich aber, das über zwei Jahrzehnte hindurch im Banne Pobjedonoscev’s und seiner Gesinnungsgenossen stand, kracht in allen Fugen und hat inzwischen so ziemlich auf allen Gebieten, die von der Bureaukratie und der Geistlichkeit beherrscht werden, Bankerott gemacht.

Unwillkürlich drängt sich der vernichtende Vergleich auf, den Pobjedonoscev seiner Zeit den Freiheitskämpfern vorgehalten hat. „Ihnen“ — hat er gesagt — „geht es ebenso wie Swift, der in seiner Jugend ein Irrenhaus gebaut hat, in dem er im Alter selbst Unterkommen fand.“ Zwei Jahrzehnte Reaktion haben nicht vermocht, von Rußland das Schicksal abzuwenden, das Pobjedonoscev immer als das Schlimmste hingestellt hat, was dem Zarenreiche

geschehen kann. Die Selbstherrschaft hat abgewirtschaftet, eine neue Epoche klopft an die Tür.

Jetzt ist der greise Prokurator nur der Schatten dessen, was er einst — unter Alexander III. — war. Es hat einen Moment gegeben, in dem Pobjedonoscev eine welthistorische Bedeutung zugefallen war. Das war nach der Ermordung Alexanders II. Dieser hat bekanntlich einen bereits unterzeichneten „Verfassungsentwurf" hinterlassen, der zwar eigentlich recht weit von einer regelrechten Verfassung war, jedoch zweifellos eine Ablenkung von dem reaktionär autokratischen Regime bedeutete. Sein Nachfolger war bereit, dieses Verfassungsgesetz zu veröffentlichen. Es wurde sogar in einer Sitzung des Staatsrates besprochen und fand die Mehrheit für sich. Aber dann erschien Pobjedonoscev bei seinem ehemaligen Schüler und bat ihn kniefällig, von der Veröffentlichung eines so verhängnisvollen Gesetzes abzusehen. Das wäre für Rußland das Ende aller Ende — sagte er. Überdies sei der Zar nicht einmal berechtigt, auf die ihm von Gott verliehene Machtvollkommenheit zu verzichten. Alexander III. gab nach. Die Verfassungsurkunde wurde nicht veröffentlicht.

Die Rolle, die Pobjedonoscev in der darauf folgenden Zeit gespielt hat, ist bekannt. Er wurde Prokurator, d. h. Vertreter der staatlichen Gewalt bei der obersten geistlichen Behörde Rußlands. Als solcher machte er im Synod die Interessen des Staates geltend, nach außen hin aber galt er als Vertreter kirchlicher Interessen.

Nach beiden Richtungen hin wurde er, obgleich ein hervorragender Jurist, ein unbedingter Diener der rohen Macht. Er scheute vor keiner Unterdrückung, vor keinen Gewaltmaßregeln zurück. Er war immer bereit, die Kirche durch staatliche Machtmittel zu unterstützen, ließ aber andererseits auch in der Kirche selbst keine unbotmäßigen Regungen zu. Minister, die mit seinem Ressort nichts zu tun hatten, erkundigten sich nach seiner Meinung über die von ihnen geplanten Schritte und, falls er sie nicht guthieß, nahmen sie lieber davon Abstand. Um derartig zu

handeln, muß man vor allem weder vor dem Staate als solchem noch vor der Kirche als solcher Achtung haben. Nur dann wird der von Pobjedonoscev nach beiden Seiten hinausgeübte Zwang begreiflich. In der Tat fällt es schon bei der Lektüre des obenerwähnten Pobjedonoscev'schen Buches auf, daß er weder für die Selbstherrschaft noch für die russische Kirche auch nur ein Wort des Lobes findet.

Beides ist für ihn etwas schlechthin Gegebenes, was gar nicht erst verteidigt zu werden braucht. Er läßt sich darüber in keine Diskussion ein. Das erklärt sich dadurch, daß er an der in Rußland bestehenden Staatsordnung und an der orthodoxen Kirche hauptsächlich das schätzt, daß sie angeblich im Einklang mit dem religiösen Selbstbewußtsein stehen und aus ihm herausgewachsen sind. Dieses ist die Quelle, wo er, ein moderner Antäus, seine Kraft schöpfen wollte. In einem Essay Pobjedonoscev's über den Glauben finden wir folgende äußerst charakteristische Stelle: „Welch Geheimnis ist doch das religiöse Leben eines solchen Volkes, wie das unsrige, das sich selbst überlassen ist und nicht unterrichtet wird. Man fragt sich, wodurch denn dieses religiöse Leben entstehe, — und sucht man zur Quelle zu gelangen, so findet man nichts.

Unsere Geistlichkeit lehrt wenig und selten, sie besorgt den Gottesdienst und reicht das Abendmahl. Die Bibel existiert nicht für die, die nicht lesen können, es bleiben also der Gottesdienst und einige Gebote übrig, die durch die Eltern den Kindern überliefert als einzige Verbindungsglieder zwischen dem einzelnen Gläubigen und der gesamten Kirche dienen. Ja, es kommt vor, daß in weitentlegenen Orten das Volk überhaupt nicht versteht, weder die Worte des Gottesdienstes noch des Vaterunsers, welches letztere nicht selten mit Auslassungen und Zusätzen, die den Worten des Gebetes jeden Sinn nehmen, wiederholt wird. Und doch ist allen diesen Köpfen — wie in Athen — ein Altar erbaut „dem unbekannten Gotte“, und man weis nicht, durch wen. Ihnen allen ist die wirkliche Gegenwart des Willens der Vorsehung bei allen Begebenheiten des Lebens

eine vollendete Tatsache und so unfraglich, so fest im Bewußtsein eingewurzelt, daß, wenn der Tod heranrückt, diese Leute, denen man nie von Gott gesprochen hat, ihm ihre Türe öffnen, wie einem bekannten längst erwarteten Gaste. Pobjedonoscev hat alles getan, um den Glauben an einen unbekannten Gott — das Christentum kann man ihn wohl kaum nennen — dem Volke zu erhalten, um diesen Köhlerglauben vor der klärenden Einwirkung der Bildung und Kultur zu schützen.

Er war immer ein unerbittlicher Feind jeder Aufklärung und bekämpfte sie auf das rücksichtsloseste. Es gelang ihm aber nicht, das religiöse Volksbewußtsein für sich zu gewinnen. Das Volk ist seine Wege gegangen. Ihnen ist der gestrenge Prokurator des heiligen Synods so fremd geblieben, wie irgend ein Intellektueller. Alle Bemühungen, den Einfluß der Obrigkeit und der Geistlichkeit zu heben, schlugen fehl. Niemals war ihre Autorität so erschüttert wie jetzt. Und die so lange von Pobjedonoscev bevormundete Kirche selbst, die morsche, jeder selbstständigen Regung längst entwöhnte russische Kirche sehnt sich auch nach Befreiung von dem furchtbaren Drucke der Bureaukratie. Sie will sich vom Staate losmachen und den staatlichen Prokurator durch einen gewählten geistlichen Patriarchen ersetzen. Das ist der Mühe Lohn!

Die Blätter hatten vor kurzem noch einmal von bevorstehender Demission Pobjedonoscev's gemeldet, anscheinend wieder falsch. Es ist ja nicht leicht, einen Pobjedonoscev zu zwingen, seinen Posten zu verlassen und freiwillig geht ein Pobjedonoscev auch nicht. Die Zeit aber, wo man auf die Mahnungen des Prokurators des Synods gelauscht hat, ist vorbei."

Soweit das Protestantenblatt. Die Anschauungen des Pobjedonoscev über den Parlamentarismus zeigen nur soviel, daß Pobjedonoscev den Parlamentarismus richtig beurteilt, also ein klarer Kopf ist. Das gleiche gilt auch vom allgemeinen Wahlrecht und anderen Schlagwörtern.

In welchem Parlamente sind nicht die Panamisten Herren der Macht? Die ehrlichen Menschen

sind feige, sie überlassen das Feld den Männern mi der frechen Stirn. Diese regieren die Welt. Darum hat Zar Alexander III. die Anschauungen Pobjedonoscev's auch völlig als die seinigen angenommen.

Pobjedonoscev hat als ehrlicher Nationalsrusse und Christ richtig erkannt, daß überall, wo den Juden die vollen Freiheiten gewährt wurden, die Christen verarmen, sittlich zu Grunde gehen, von den Juden unterjocht werden durch folgende Mittel:

1. Die Parlamente. Hier herrschen überall ohne Ausnahme Juden und Freimaurer. Am grauenhaftesten hat sich die Herrschaft derartiger privilegierter Panamisten-Abgeordneten in Frankreich erwiesen.

Christliche Abgeordnete sind ohnmächtig, weil sie in Minorität sind. Der Parlamentarismus ist ein frecher Judenschwindel. Es herrscht hier die brutale Majorität. Bisher sind noch in keinem Staate von den Parlamenten Gesetze zum Schutze der Christen verfaßt worden, mit Ausnahme von Belgien.

2. Die Presse. Dieses riesenhafte Geschäft ist total in Judenhänden auf der ganzen Welt. Christliche Blätter sind in vollkommener Minderheit.

Um die christlichen Völker von diesem furchtbaren Joche zu befreien, müßte die Herausgabe von Zeitungen unter strenger Kontrolle der Christen gestellt werden mit Ausschluß der Juden.

Auch hier hat Pobjedonoscev klare Augen gehabt.

3. Alle Freiheiten, so die Gewerbefreiheit, Versammlungsfreiheit u. s. w. sind zum Verderben der Christen. Das Handwerk ist vernichtet, die Juden sind Fabriksherrn geworden, die Christen ihre Sklaven.

4. Der Staat als konfessionslos erklärt, wird notwendig Feind der katholischen Kirche. Die Universitäten, die Justiz, die Schulen verfallen sämtlich dem Unglauben. Das ist alles in Europas Westen im Laufe der letzten 50 Jahre geschehen.

Das Zersetzungswerk geht nun nach Rußland über. Pobjedonoscev hat es aufgehalten. Nun kann Rußland sein Grablied sich selbst singen. Die Wuth

der Judenpresse hat einen ihrer Hauptgegner zu Grabe getragen.

Juda siegte!

### *b)* Russische Klöster.

Die „Neue Fr. Pr." brachte eine Sensation — eine Art Barbara Ubryk — direkt aus Rußland. Wir lesen da folgendes:

„Die Inquisition der russisch-orthodoxen Kirche. Die Klostergefängnisse." Von A. S. Prugawin. Mit einem Geleitworte von M. v. Reusner, ehemaligen Professor des Staatsrechtes an der Universität Tomsk. Verlag von Friedrich Gottheiner (August Brenzinger). [Berlin-Charlottenburg, 1905.] Das vorliegende kleine Büchlein des bekannten russischen Gelehrten und Kenners des Sektenwesens im Zarenreiche A. S. Prugawin bildet eine große Anklage gegen das jetzt mutmaßlich in seinen letzten Zügen liegende russische Polizeiregime und gewährt tiefen Einblick in eines der dunkelsten und düstersten Kapitel der Geschichte der geistigen Bevormundung der russischen Gesellschaft. Der schreckliche Terrorismus, welchen das russische Polizeregime gegen die unbotmäßigen Söhne der russisch-orthodoxen Kirche anwendet, ist es, was Prugawin in erschütternden Bildern schonungslos enthüllt. In seiner kurzen, aber inhaltsreichen Einleitung zu diesem Büchlein Prugawin's charakterisiert der vom Königsberger Prozesse her bekannt gewordene ehemalige russische Professor v. Reusner das Strafsystem der russischen Kirche den Sektierern gegenüber mit folgenden treffenden Worten: „Die allerschrecklichste Waffe in den Händen der kirchlichen Gewalt ist die Bestrafung der Ketzer mit Einzelhaft in den Klostergefängnissen. Diese Einkerkerung wird von den geistlichen Behörden in einer Form durchgeführt, die mit Recht mit der berüchtigten Einkerkerung in die venetianischen bleiernen Gefängnisse oder mit der Inquisition des großen Torquemada verglichen werden darf. Ohne jegliche Formalität, ohne Gericht und Verhör werden Hunderte von

russischen Bürgern schuldlos in die Klostergefängnisse, die unter der Obhut heiliger Väter, Äbte und Oberpriester stehen, gesteckt, damit sie dort den Verstand verlieren oder durch Hunger und Kälte, in Schmutz und Finsternis, aber dafür unter Glockengeläute und heiligen Hymnen einen qualvollen Tod sterben. Die Verkünder der Religion der Liebe kennen keine Schonung und keine Nachsicht. Langsam, volle Jahrzehnte hindurch quälen sie ihre Opfer im Namen der ewigen Erlösung zu Tode. Und in ein undurchdringliches Geheimnis vermochten sie die Schandtaten ihrer Inquisition zu hüllen.“ Die Erhaltung dieses Geheimnisses wurde bis jetzt durch die drakonische geistliche Zensur, welcher alle Bücher unterliegen, in denen von Religion und Kirche gesprochen wird, mit allen Mitteln gefördert. Und dies ging so weit, daß viele Werke hervorragender Professoren der theologischen Akademien zu Petersburg und Moskau über verschiedene Perioden der russischen Kirchengeschichte einfach inhibiert wurden, weil darin das inquisitorische Verfahren der russisch-orthodoxen Kirche einer Kritik unterzogen ward. Die orthodoxe Kirche in Rußland, welche sich schon längst in ein Hilfsamt des Petersburger Polizeidepartements verwandelt hat, führte um die von ihr geschaffene Inquisition viele undurchdringliche Mauern auf, damit der schwache Hilferuf der von ihr gequälten Opfer nicht in die Öffentlichkeit dringe . . . Um so größer ist das Verdienst Prugawin's, welcher die unterirdischen Zellen und Kasematten der Klostergefängnisse besichtigt, das erschütternde Dasein der wegen ihrer religiösen Überzeugung dort Eingekerkerten kennen gelernt und über die düstern Geschicke dieser unglücklichen Opfer der russisch-orthodoxen Kirche ein Material gesammelt hat, welches auf das ganze in Rußland herrschende kirchenpolizeiliche System ein grelles Schlaglicht wirft und zum erstenmal die traurigen und düsteren Übelstände schildert, welche im russischen staatskirchlichen Leben von den vergangenen Zeiten religiöser Verfolgung und Unduldsamkeit sich erhalten haben. Die Zahl der Sektierer in Rußland beträgt, wie wir aus einem Vortrage

wissen, welchen Prugawin unlängst in der russischen Geographischen Gesellschaft gehalten hat, ungefähr vierzehn Millionen. So gehören z. B. drei Viertel der Gesamtbevölkerung des Gouvernements Jaroslav der orthodoxen Kirche nicht an. Und diese große Masse ist völlig rechtlos, ja sie befindet sich außerhalb des Gesetzes. Diese Rechtlosigkeit drückt sich in den grausamsten Formen aus. Eine Tatsache, welche Prugawin in seinem Buche nicht anführt, möge hier als Illustration dieser Rechtlosigkeit verzeichnet werden. In Südrußland trägt der Reisepaß eines jeden Angehörigen der Stundistensekte (Baptistensekte) von Amtswegen den Stempel „Stundist“. Und alle Fabriken, Handelshäuser und industriellen Etablissements sind polizeilich verpflichtet, die Inhaber dieser Pässe bei sich unter keiner Bedingung zu beschäftigen. Wenn aber die von den kirchlich-polizeilichen Behörden in Freiheit belassenen Sektierer auf alle Weise drangsaliert und verfolgt werden, so kann man sich denken, welchen Leiden jene Sektierer unterworfen werden, welche die russisch-orthodoxe Kirche als „Ketzer“ in den Kasematten der Klostergefängnisse lebendig begraben läßt. Und diesen Märtyrern ihrer religiösen Überzeugung, diesen Inquisitionseinrichtungen der russisch-orthodoxen Kirche und den unsäglichen Leiden ihrer Opfer ist das Buch Prugawin's gewidmet. Gegen fünfzig Klöster sind es, welche der russisch-orthodoxen Kirche als Verbannungsorte für verschiedene „Ketzer“ und „Gottlose“ dienen. Sie befinden sich in den Gouvernements Archangelsk, Wologda, Nowgorod, Pskow, Kasan, Perm, am Baikal, Nertschinsk, Jenisseisk, Irkutsk und Wladimir. Zur traurigsten Berühmtheit gelangten unter diesen Klöstern die Gefängnisse im Solowetzkykloster und im Susdalschen. Hier in diesen Klostergefängnissen herrschte die Inquisition mit allen ihren Schrecknissen . . . Hier waren unterirdische Gefängnisse: tiefe Gruben; ihr Dach bestand aus Brettern, die mit Erde bedeckt waren; durch eine schmale Öffnung wurde der Eingekerkerte in dieses Grab hinuntergelassen, wo Ratten ihm oft Nase und Ohren wegfraßen . . .

Und hier in diesen Gefängnissen verbrachten die Unglücklichen 20, 30, 40, 50, 60 und sogar mehr Jahre! Das Schrecklichste dabei aber ist, daß die Verbannung in die Klostergefängnisse, welche ausschließlich der Initiative der geistlichen Behörden zuzuschreiben war, ohne Gericht und ohne jedwede Angaben von Gründen erfolgte. In dem Erlasse vom 15. Jänner 1722 bezüglich der Verbannung des Fürsten Jephim Mestscherski nach Solowki heißt es bloß: „Wegen der Gottlosigkeit, die er sich zu Schulden kommen ließ, soll er nach dem Solowetzkykloster gebracht werden und dort bis zu seinem Lebensende verbleiben.“ Worin aber diese Gottlosigkeit bestand, erfährt man nicht. Von den Schrecknissen, welche in den Klostergefängnissen in früheren Zeiten geherrscht hatten, kann man sich jetzt schwer eine Vorstellung machen. Die Ketzer wurden meistens nach überstandener Folterung direkt aus Folterkammer in die Klosterkasematten geschafft, um in den feuchten, finsteren, Erdgeschossen in ewigem Schweigen, Not und Kummer dem qualvollen, aber langsamen Tode entgegenzugehen. Und das alles geschah im Namen der christlichen Liebe und der evangelischen Allverzeihung . . .

Den tragischen Höhepunkt erreichen aber die Enthüllungen Prugawins in den Schlußkapiteln seines wertvollen Buches, aus denen wir erfahren, daß die Klosterverbannung in Rußland, diese mittelalterliche Bestrafungsform, nicht etwa eine Erscheinung der mehr oder minder fernen Vergangenheit, sondern noch jetzt im Zarenreich sehr verbreitet ist . . . Unter den von Prugawin mitgeteilten Tatsachen von Klosterverbannungen aus der neuesten Zeit dürfte die Verbannung des durch seine philanthropische aufklärende Tätigkeit bekannten Rachov in das Klostergefängnis zu Susdal ohne Beispiel dastehen . . . Rachov, ein 22jähriger Jüngling, war anfangs Beamter einer reichen deutschen Firma in Archangelsk. Plötzlich wurde in ihm der Drang mächtig, seine Kräfte den Armen und Bedrückten zu widmen. Er verließ seine glänzende Stellung und trat eine Wanderreise an. Von Hütte zu Hütte wandernd, erteilte Rachov den Bau-

ernkindern Unterricht im Lesen und Schreiben und in der Religion und den Erwachsenen Rat in Wort und Tat. Er bekämpfte eifrig die Trunksucht, Roheit und die anderen Fehler der Bauern, weckte mit Erfolg ihr Gewissen, so daß die Bauern der Dörfer, welche Rachov besuchte, förmlich auflebten. So durchwanderte er den ganzen russischen Süden, bis ihn in Odessa der Argwohn der Polizei ereilte.

Von der fürchterlichen Not entsetzt, welche er in den Vorstädten von Odessa beobachtete, erschien Rachov während einer Abendvorstellung im Theater und richtete an das Publikum eine glänzende Rede, in welcher er die Not und das Elend der Vorstadt schilderte und die Gesellschaft zur unverzüglichen Hilfe aufforderte... Die Polizei verhaftete ihn und beförderte ihn per Schub nach Archangelsk. Hier wurde er ins Gefängnis geworfen und als „Verbreiter von Ketzerei" angeklagt, wegen Mangels an Beweisen jedoch freigesprochen. Er ging neuerdings nach dem Süden, wurde aber abermals aus Kiev nach seiner Heimatstadt abgeschoben. Als Rachov wieder nach Archangelsk kam, ging er ganz in der Liebestätigkeit für die Nächsten im Geiste des reinen Christentums auf. Im Winter verließ er, während es noch dunkel war, den Hof mit einem mit Mehl, Brot, Holz usw. beladenen Schlitten. Er machte vor bestimmten Hütten Halt, ließ an der Schwelle Mehl oder Holz zurück und entfernte sich dann, ohne daß ihn jemand gesehen hätte.

Seine Geldmittel zur Versorgung der Armen und Unglücklichen schienen unerschöpflich zu sein. Er errichtete ein Waisenhaus, ein Nachtasyl für Obdachlose und noch viele andere Wohlfahrtsinstitutionen. Den Armen und den Bettlern gab er alles, was er hatte. Als er einmal einem Bettler begegnete, der vor Kälte zitterte, zog er seinen Fuchspelz, den er eben von seinem Vater als Geschenk bekommen, aus und gab ihn dem Bettler. Die Armen vergötterten Rachov, und seine Popularität drang in alle Gaue. Da veranlaßte die geistliche Behörde von Archangelsk die Verfolgung Rachov's. Er wurde vor Gericht gestellt, obwohl die Anklage nichts Belastendes gegen

ihn vorbringen konnte. Das Gericht sprach ihn frei, aber die geistliche Obrigkeit hielt es für notwendig, die Verbannung Rachov's nach dem Spaskloster in Susdale zu beantragen. Im Oktober 1894 trat aus Petersburg die Verfügung über die Einkerkerung Rachov's ein, und am 20. Oktober 8 Uhr früh wurde dieser edle und selbstlose Mann verhaftet und sofort nach Susdal geschickt...

Wenige Monate nach der Verbannung Rachov's starb seine Mutter aus Kummer darüber, und auch der unglückliche Vater Rachovs, trotzt dessen unzähliger Bitten, ohne die Freilassung des Sohnes aus dem Klostergefängnisse zu erleben. Erst im August 1902 nach achtjähriger Einzelhaft im Klostergefängnisse, wurde Rachov, geistig und physisch herabgekommen, in Freiheit gesetzt... Das ist die Tragödie Rachovs, welcher es gewagt hatte, den Lehren Tolstois zu folgen und sich der Sache der Nächstenliebe zu widmen. Prugawin weiß in seinem Buche noch viele Fälle von Einkerkerung von Personen in den Klostergefängnissen zu erzählen, deren „Verbrechen“ nur darin bestand, daß sie ein „gerechtes Leben“ führten. Ein gewisser Jermolai Feodossejev wurde deshalb eingekerkert, „weil er in einer Höhle lebte und durch sein gerechtes Leben die Liebe der Volksmassen erwarb.“ Einer wurde sogar „wegen Nichtanerkennung des Oberprokurators des Heiligen Synods“ eingekerkert. Das interessante Buch von Prugawin enthält noch viele erschütternde Einzelheiten aus der neuesten Geschichte der Inquisition der russisch-orthodoxen Kirche und über das fürchterliche Dasein der Eingekerkerten in den Klostergefängnissen, welche es begreiflich machen, warum die edelsten Geister des modernen Rußland, wie Tolstoi und Solowjev, nicht müde wurden, für die Aufhebung der Verbannung nach den Klostergefängnissen, diesen mittelalterlichen, aus Byzanz herrührenden Strafanstalten für „Ketzer“ und „Gottlose“, einzutreten. Gegen das Regime in Rußland bildet die Schrift Prugawin's eine vernichtende Anklage, welche selbst die Anhänger dieses Regimes mit Bestürzung erfüllen dürfte. Professor v. Reusner gebührt das Ver-

dienst, diese erschütternden Enthüllungen Prugawin's dem deutschen Lesepublikum zugänglich gemacht und dadurch einen tiefen Einblick in die Zustände im Zarenreiche gewährt zu haben, um deren Beseitigung jetzt alle gebildeten Elemente in Rußland einen verzweifelten Kampf führen."

Wer diese „gebildeten" Elemente in Rußland sind, wissen wir schon. Man muß auch diesen ganzen Bericht als einen offenbaren Judenschwindel mit der notwendigen Skepsis aufnehmen.

### *c)* Kirchliches Leben in Rußland.

Georg Buss beschreibt das kirchliche Leben in Rußland auf folgende Weise:

Man feiert in Rußland viele Festtage. Eine gewissenhafte Zählung ergibt außer den Sonntagen nicht weniger als vierzig Feiertage, an denen die Schulen und die Bureaux der Behörden geschlossen sind. Unter ihnen kommt eine recht stattliche Anzahl vor, die der Erinnerung gewisser, von der orthodox-griechischen Kirche für sehr wichtig befundener Ereignisse im Leben der Jungfrau Maria gewidmet ist. Auch die heilige Anna, Jesus Großmutter, ist mit einigen Feiertagen bedacht. Ebenso Johannes der Täufer, Johannes der Evangelist, die Apostel Petrus und Paulus und der Wundertäter Nikolaus. Andere Feiertage sind dem Andenken an das Kasansche Marienbild und an die „Befreiung der orthodox-griechischen Kirche und des russischen Reiches vom Einfalle der Franzosen und der zwanzig mit ihnen verbündeten Völkerschaften" gewidmet. Zu allen diesen vollgültigen und hohen Festtagen, die ad majorem dei gloriam gefeiert werden, gesellt sich eine Legion anderer, die als „halbe" bezeichnet werden. Man findet unter ihnen die Gedenktage des Ausstrahlens der Schäfte des Kreuzes Christi, der Überführung des Reliquien Johannis des Täufers von Malta nach Gatschina, des seligen Propheten Elias und des Archistrategen Michael. Auch wird feierlichst gedacht des Sieges bei Poltava, des Ritter-

festes des Alexander-Nevski-Ordens, des Ritterfestes des Wladimir-Ordens und des Ritterfestes aller übrigen russischen Orden.

Natürlich haben diese ewigen Feste wesentlich zur Verschlechterung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse Rußlands beigetragen. Wo fast ein Drittel des Jahres bei Tschai, Wodka und Papyros mit orientalischem Phlegma die Hände in den Schoß gelegt werden, wo jeder das Genießen dem Arbeiten voransetzt, wo die liebe Schuljugend monatelang Ferien hat und faulenzt, ist eine gesunde Entwicklung des Lebens unmöglich. Durch die Unterbindung von Verkehr und Geschäft wird selbst dem, der arbeiten will, die Möglichkeit genommen, seine Absicht auszuführen. In der Vernachlässigung der Arbeit liegt ja der Keim allen Übels, der physischen und geistigen Entnervung und des Pessimismus. Wenn dieser gerade in Rußland einen solchen erschreckenden Umfang angenommen hat, so ist er nicht allein auf das absolute Regiment und die Unzulänglichkeit der politischen und volkswirtschaftlichen Zustände, sondern auch auf die geradezu kirchlich sanktionierte Trägheit zurückzuführen.

Wie nachteilig auch die vielen Feiertage sein mögen, man hält unentwegt an ihnen fest. Die Kirche ist nach wie vor bemüht, sie als durchaus notwendig für den Glauben und das religiöse Empfinden des Volkes hinzustellen. Starr und unbeugsam am alten hängend, verschließt sie sich den Anforderungen des modernen Lebens vollkommen — sie hemmt den Fortschritt, die Wissenschaft und die Toleranz. Wenn sie wollte, könnte sie auf Grund der Zugänglichkeit, die gerade das russische Volksgemüt religiösen Vorstellungen entgegenbringt, zur Förderung der Humanität mit allen ihren erfreulichen Nebenerscheinungen in machtvollster Weise beitragen, aber sie bleibt hart und kalt, denn der tote Buchstabe und die Formel gelten ihr mehr als der lebendige, fruchtbringende Geist.

Den Hauptwert legt diese orthodox-griechische Kirche mehr auf Äußerlichkeiten, auf mystisch wirkende Kultushandlungen, auf Bilder- und Reliquien-

verehrung, auf prächtige Ausstattung der Ornate und der Gotteshäuser. Es funkelt und gleißt in ihren Kathedralen und Kapellen, als sei Aladins Wunderlampe entzündet. Unwillkürlich wird man erinnert an die barbarische Pracht, die im fünften Jahrhundert in den Kirchen Roms auf das staunende Auge der Gläubigen eindrang. „Die Marmorwände glänzen,“ so schalt Hieronymus, „die Decken funkeln von Gold, die Altäre von Edelsteinen, aber die wahren Diener Christi sind ohne Glanz. Mag mir doch niemand entgegnen, daß der Tempel in Judäa reich gewesen sei und daß Tisch, Leuchter, Weihrauchfässer, Schalen, Becher, Pfannen und alle anderen Geräte von Gold gewesen seien. Nun da der Herr die Armut zu seinem Tempel gemacht hat, sollen wir ans Kreuz denken und den Reichtum gleich Kot achten.“ Wenn der heilige Hieronymus in den Kirchen des Kreml zu Moskau oder in denen zu St. Petersburg, Kiev und Nischni stände, wenn er die in Gold, Silber und Edelsteinen funkelnde Ikonostasis und die Bilder sähe, die Millionen an Wert darstellen, wenn er diesen reinen Appell an die Sinnlichkeit wahrnähme, er würde zweifellos noch in ganz anderer Weise gegen diese Verleugnung der Armut Christi losdonnern. Aber die Vernunft ist widerspenstig, und immer neue Stiftungen und Vermächtnisse fließen den Kirchen und den zahlreich vorhandenen Männer- und Frauenklöstern zu. Auch die Art, wie der Klingelbeutel gerührt und der Opferkasten in den Vordergrund gerückt wird, wie man Handel mit Wachskerzen und geweihtem Brot, mit Bildern und einigen anderen kirchlichen Artikeln seitens der Klöster treibt, würde die lebhafte Opposition des Hieronymus hervorrufen.

Und nun die disharmonische Organisation der Kirche — der scharfe Gegensatz zwischen der gedrückten Weltgeistlichkeit und der allein zu den höchsten Kirchenämtern bestimmten Klostergeistlichkeit. Nur diese stellt den Metropolit, Erzbischof und Bischof, während es der Weltgeistliche, der seine Laufbahn als Diakon beginnt, über die Würde des Protodiakon und Jerei nur bis zum Protojerei, zu

deutsch „Oberpriester", bringen kann. In den Händen der allmächtigen und ausschlaggebenden Klostergeistlichkeit, die als „schwarze" bezeichnet wird, ist die „weiße" Weltgeistlichkeit nichts weiter als ein blindes Werkzeug, das zu gehorchen hat. Daß in diesen Kreisen im Hinblick auf die bevorzugte Stellung der anderen die Unzufriedenheit nicht ausstirbt, liegt auf der Hand. Freilich, der Weltgeistliche, der Pope, darf heiraten — er ist bei Eintritt in sein Amt sogar zur Heirat verpflichtet, aber der Segen, der sonst dem Familienleben entströmt, wird ihm in der Regel vergällt durch die Art, wie ihm der Bischof eine Frau geradezu zudiktiert und durch ein nur zu oft recht ungenügendes Einkommen und eine wenig angesehene soziale Stellung. In den größeren Städten mag die finanzielle Lage des Popen noch angehen, aber in den kleineren Städten und gar in den Kirchdörfern ist sie in der Regel sehr bedauernswert, denn die Regierung spendet nur wenige hundert Rubel Gehalt, und die Bestellung des überwiesenen Kirchenlandes hängt wesentlich von dem Entgegenkommen der sehr auf ihren Vorteil bedachten Bauern ab. Die vor einigen Jahrzehnten zutreffende Behauptung, daß man in Rußland und besonders in den kleinen Städten und Dörfern außerordentlich billig leben könne, ist inzwischen zur Fabel geworden, denn die Preise für Wohnungen und Lebensmittel sind erheblich gestiegen, während dementsprechend die Gehälter der Beamten und Offiziere nicht fortgeschritten sind.

So haust der Pope mit seiner Frau und einem Rudel Kinder in seinem Kirchdorfe unter kümmerlichen Verhältnissen und zudem in völliger Abgeschiedenheit. Nicht einmal sein Haus macht ihm Freude, denn es ist zumeist primitiv im höchsten Grade. Das Schulhaus, falls ein solches im Ort vorhanden ist, erscheint übrigens nicht besser und ist gewöhnlich weit entfernt von dem verführerisch schönen und sauberen Zustande jenes Blockschulhauses, das die Regierung im Jahre 1896 auf der Ausstellung in Nischni vorgeführt hatte. Großen Verkehr hat der Pope nicht, auf regen Gedankenaus-

tausch mit gebildeten Elementen muß er verzichten. Gelegenheit, mit Amtsbrüdern in Verbindung zu treten, findet sich aus Mangel an geeigneten Verkehrsmitteln selten, und sogar die Unterhaltung mit dem Schullehrer geht ihm ab, denn die Regierung befolgt seit einer Reihe von Jahren das System, die Dorfjugend nur von Lehrerinnen unterrichten zu lassen, weil sie annimmt, daß eine Frau autoritativer, sänftigender und gemütvoller als ein Mann auf die Schuljungen einwirke.

Ob nun der Pope den Verkehr mit gebildeten Elementen mehr als eine auskömmliche ökonomische Lage vermißt, mag dahin gestellt bleiben. Seine Vorbildung legt die Vermutung nahe, daß ihm die materielle Not schwerer als die geistige dünkt. Seminar und Akademie haben ihn einseitig ausgebildet, ganz im Sinne scholastischer Überlieferung, und von der freieren Forschung der Universität ist er, da es an diesen Instituten in Rußland keine theologischen Fakultäten gibt, unberührt geblieben. Er kennt und übt die Zeremonien, nimmt die Beichte ab, beachtet die gebotenen Fasttage, tauft, verheiratet und begräbt und hat hierbei das Bewußtsein, den vorgeschriebenen Verpflichtungen vollkommen genügt zu haben. Durch sein ganzes Leben geht etwas Gleichmäßiges und Starres, das ihn gegen höhere geistige Regungen ziemlich gleichgültig macht.

Gegenüber der Weltgeistlichkeit lebt die Klostergeistlichkeit wahrhaft opulent. Sie verfügt über finanzielle Mittel von einer Höhe, wie sie unter den Klöstern keines anderen Landes zu finden sind. Groß und stattlich angelegte Gebäude, in denen die peinlichste Sauberkeit herrscht, ausgedehnter Landbesitz und ein wohlgefüllter Schatz, zu dem noch die jährlichen Subventionen der Regierung treten, überheben die Insassen dieser Stätten aller materiellen Sorgen. Man treibt Landwirtschaft, übt ein Handwerk oder die Kunst der Heiligenmalerei, hält das große Klosteranwesen in Ordnung, pflegt den Garten, vollzieht die vorgeschriebenen kirchlichen Pflichten und führt einen ausgezeichneten Tisch, der allerdings nicht mit Fleisch, wohl aber mit gesottenen und gekochten

Fischen in mancherlei Art und Zubereitung reich besetzt ist. Zu alledem winkt den vollgültigen Klostergeistlichen die Aussicht, dereinst einen hohen Sitz und Rang einzunehmen.

Ein derartig gewaltiger Unterschied in der ganzen Lebensführung und Stellung kann, wie leicht erklärlich, der Eintracht zwischen Kloster- und Weltgeistlichkeit nicht förderlich sein. Der Laie bleibt davon nicht unberührt, denn einerseits nimmt er wahr, daß die christlichen Worte: „Liebet euch untereinander“ selbst von denjenigen nicht immer beachtet werden, die in erster Linie dazu berufen sind, und andererseits schätzt er den Popen, obwohl ihm dieser am nächsten steht, nicht so hoch wie den Angehörigen des Klosters.

Eine Reform der russischen Kirche an Haupt und Gliedern wäre im Interesse des großen Reiches lebhaft zu wünschen. Auch diese Reform ist notwendig, wenn befriedigende Verhältnisse entstehen sollen. Daß im Volke selbst die Notwendigkeit der Reform der kirchlichen Zustände schon längst empfunden wird, geht ja am besten aus der großen Zahl von Sekten hervor, die sich in Rußland besonders im Laufe des letzten Jahrhunderts gebildet haben. Mögen auch manche einen kommunistischen Hintergrund haben, so verraten sie doch alle ein tiefes religiöses Empfinden und die Sehnsucht nach Verwirklichung der erhabenen Worte des Nazareners, daß alle Mühseligen und Beladenen erquickt werden sollen. Nicht auf das starre Dogma, auf Formalismus und pathetische Zeremonien kommt es an, sondern darauf, daß die Religion der Liebe zur vollsten Wirkung gebracht werde, Leid stillend und Tränen trocknend, und daß der Vernunft ihr unveräußerliches Recht gewahrt werde, um mit jener im Bunde eine wahre Kultur zu erzeugen.“

Am 15. Dezember 1901 brachte das „Berl. Tagebl.“ einen Artikel über die orthodoxe Kirche in Rußland. Der Petersburger Korrespondent schreibt hier folgendes:

Am 14./27. November d. J. erteilte (wie bereits mehrfach im „Berliner Tageblatt“ erwähnt. Die Red.)

der russische Minister des Innern, Geheimrath von Ssipjagin, der Zeitung „Petersburgskija Wjedomosti“ in der Person ihres Herausgebers und Chefredakteurs, Fürsten Esper Uchtomski, die erste Verwarnung anläßlich der in ihr zu Tage getretenen „schädlichen Richtung“, welche sich in den Artikeln „Weiteres über die Gewissensfreiheit“, Anläßlich der Rede Stachowitsch's“ „ganz besonders“ geäußert haben soll. Nicht uninteressant für Europa dürfte es sein diese „besonders schädliche Richtung“ einem prüfenden Blicke zu unterziehen.

Vom 10./23. September bis zum 24. desselben Monats (10. Oktober n. St.) hat in der Gouvernementsstadt Orel ein griechisch-orthodoxer Missionskongreß getagt, der zu einer Beratung über das Missionswerk im genannten Gouvernement berufen war, in welchem es zur Zeit mehr als 9000 Altgläubige und Sektierer gibt. Auf diesem Kongreß hielt der Adelsmarschall des Gouvernements, Kammerherr Michael Alexandrowitsch Stachowitsch, eine Rede, die in weitesten Kreisen das größte Aufsehen erregt hat und als ein bedeutsames Zeichen der Zeit interpretiert wird. Nachdem der Adelsmarschall sich in anerkennender Weise über die Tätigkeit des Kongresses geäußert, kann er nicht umhin, folgende Zweifel laut werden zu lassen:

„Habt Ihr, Ihr kundiger Baumeister, aber nicht zufällig und unwillkürlich gerade den Eckstein vergessen, die Gewissensfreiheit? Man wird mich fragen: Was wollen Sie denn? — Wünschen Sie, daß man nicht allein ungestraft von der Orthodoxie soll abfallen dürfen, sondern auch, daß man das Recht erhielte, seinen eigenen Glauben ungestraft zu bekennen? Ist das unter der Gewissensfreiheit zu verstehen? — Mit besonderer Zuversicht antworte ich Euch, den Missionären: „Ja, nur das heißt Gewissensfreiheit.“

In tiefgründiger Ausführung, auf einer Reihe von Zitaten aus den Werken Guizots und Aksakovs fußend, wies Herr v. Stachowitsch im weiteren Verlaufe seiner Rede nach, daß die Kirche selbst das größte Interesse an diesem „Eckstein“ habe, da die Zwangsmittel

der bürgerlichen Gesetze ihr niemals einen Schutz gewähren, sondern im Gegenteil nur schaden können.

„Wer hat die Gewissensfreiheit in Rußland verboten, und wer straft sie?“ fragt Herr v. Stachowitsch. „Sieht man sich in den Gesetzen um, so zeigt es sich, daß beide, die bürgerliche und die geistliche Gewalt, das Strafamt üben. Nachdem die bürgerliche Gewalt das Gebiet des Geistes unter ihre Vormundschaft genommen und strenge Strafen in Glaubensangelegenheiten festgesetzt, hat sie die sittliche Verantwortlichkeit hierfür in tückischer Weise der geistlichen Gewalt auferlegt.“ Dann folgen die denkwürdigen Worte:

„Niemand in Rußland hat in höherem Maße als der Missionskongreß die Pflicht, die Notwendigkeit der Gewissensfreiheit zu verkünden, die Notwendigkeit der Abschaffung jeder Kriminalstrafe für die Abwendung von der Orthodoxie und für den Übertritt zu einem anderen Glaubensbekenntnisse. Und ich schlage vor, daß der Missionskongreß von Orel sich also ausspreche und ein entsprechendes Gesuch geeigneten Ortes vorbringe.“

Diese in vorstehendem Auszuge in allen ihren wesentlichen Momenten wiedergegebene Rede wurde von dem „Orlovski Wjestnik“ und den „Petersburgskija Wjedomosti“ des Fürsten Uchtomski Ende September veröffentlicht und von der Zensur nicht beanständet. Nun aber entwickelte sich ein Zetermordio der reaktionären russischen Preßstimmen, — eine Polemik pro et contra hub in allen Blättern an, welche in der Eingangs erwähnten Verfügung des Herrn v. Ssipjagin, unseres Ministers des Inneren, von der Hand ihren letzten Ausdruck und einen in jeder Hinsicht charakteristischen Abschluß gefunden hat. Den Reigen eröffneten natürlich die famosen „Moskovskija Wjedomosti“ des Herrn Gringmuth. Das sei die Rede eines Adelsmarschalls! — jammerte das Moskauer Blatt. Sie erscheine als ein schmerzlich-denkwürdiges Symptom der allgemeinen Desorganisation, die nachgerade in Rußland Platz griffe. Das sei ja offenkundige Losreißung der Kirche vom Staate, ein Verfall der Sittlichkeit Europas Beispiel

beweise, daß die allgemeine Demoralisation bereits den Charakter des Wahnsinns annehme, — und wir sollen denselben verderblichen Weg beschreiten? (Moskovskija Wjedomosti“ sind russisch-national, darum auch orthodox und kann darum ein solches Blatt dem jüdischen Korrespondenten nicht gefallen. Dasselbe gilt auch von den anderen Blättern, die sich gegen Stachowitsch stellen. Anmerkung des Verfassers.)

Der „Swjet“ des „genialen“ Herrn Wissarion Komarov findet in seinen Äußerungen zu der Rede, daß der Abfall von der Orthodoxie ein doppeltes Verbrechen sei, in geistlicher und in staatlicher Hinsicht. Die Glaubensduldung habe in Rußland schon lange vor der Geburt des Herrn Stachowitsch bestanden, meint dieses Blatt, uneingedenk der Zeit, da die Minister Timaschev (Inneres) und Wannovski (Krieg) am Ruder waren, und Andersgläubige auf jede Art beeinträchtigt und chikaniert wurden. Der Artikel 45 der Reichsgrundgesetze besage doch:

„Die Freiheit des Glaubens wird nicht nur allen Christen ausländischer Bekenntnisse gewährt, sondern auch den Juden, Mohamedanern und Heiden; mögen alle in Rußland lebenden Völker Gott den Allerhöchsten in ihren verschiedenen Sprachen nach dem Gesetz und dem Bekenntnis ihrer Vorfahren preisen, indem sie die Regierung der russischen Monarchen segnen und den Schöpfer des Alls um Mehrung des Wohlergehens und Stärkung der Macht des Reiches flehen.“

Diese schönen Worte des Gesetzes kommentiert der „Swjet“ (zu deutsch: „Licht“, „Leuchte“) in seiner Weise; er schreibt: „Wenn man alle Gesetze abschaffte, die die Verleitung zum Abfalle von der Orthodoxie strafen, so müßte man auch solchen Irrlehren, wie denjenigen Leo Tolstoj's völlige Propagationsfreiheit einräumen. Ruhig müßte man zusehen, wie bei Mischehen zwischen orthodoxen russischen Untertanen und Andersgläubigen (Herr Komarov scheidet die letzteren aus der russischen Untertanenschaft aus) — die Kinder römisch-katholisch oder evangelisch-lutherisch getauft würden. Dulden müßte

man die gräßliche Lehre der Skopzen (Verschnittene — siehe Evangelium Matth., Kap. 19, V. 11 und 12), die unsittliche Sekte der Chlysty („Geißler" — auch „Skokuny", das heißt Springer — oder „Pljassuny", soviel wie Tänzer genannt), die staatsfeindliche der Stundisten (sie sind fast evangelisch-reformiert). — Ausstreichen müßte man dann den Artikel 40 der Reichsgrundgesetze und den orthodoxen Glauben mit allen übrigen Bekenntnissen in eine Reihe stellen, ihn nicht mehr für das Bollwerk und die Grundlage des russischen Lebens selbst halten."

In hohem Grade charakteristisch für diese Anschauung ist eine Episode, die sich Ende der achtziger Jahre in Wilna zugetragen hat, und deren Mittheilung ich nicht unterlassen will.

Der damalige Kriegsminister Wannovski (der nämliche, der jetzt berufen ist, als Minister der „Volksaufklärung" zu wirken und über der Erziehung der russischen Jugend zu wachen), selbst ehemals Katholik — aus dem polnischen Nest Sluzk im Minskschen Gouvernement gebürtig — und als Neu-Orthodoxer, wie üblich, ein besonders eifriger Orthodoxer, hatte zur Zeit die vertrauliche Verfügung erlassen, daß im Nordwestgebiet und in Polen kein Katholik eine Kompagnie kommandieren dürfe. Demzufolge wurden sämtliche katholischen Kompagniekommandeure ihrer Stellung enthoben. Eines schönen Tages berief ein Regimentskommandeur (Orthodoxer) einen der abgesetzten Kompagniechefs, den Stabskapitän M., einen katholischen Polen, zu sich und erklärte ihm, daß er ihn für den tüchtigsten Offizier seines Regiments halte; es handelte sich im Augenblick darum, eine heruntergekommene Kompagnie desselben heraufzubringen. Niemand wäre für diese ehrenvolle Aufgabe besser qualifiziert als er, er möge doch zur orthodoxen Kirche übertreten, dann würde er ihm sofort die bewußte Kompagnie übergeben, und hohe Auszeichnungen könnten ihm winken. Der Stabskapitän M. verzichtete jedoch um diesen Preis auf das Avancement und auf alle Auszeichnungen und Gehaltserhöhung. Er ließ sich nicht bereden, bis sein Vorgesetzter schließlich ausrief:

„Welch ein Eigensinn! Ist denn der griechisch-katholische und der römisch-katholische Glaube im Grunde nicht genau ein und derselbe?“

„Es muß wohl nicht so sein,“ erwiederte der Offizier, „da man die Katholiken überredet, orthodox zu werden.“

„Was haben Sie denn gegen unseren Glauben einzuwenden?“ schnauzte ihn der Kommandeur an.

„Das darf ich nicht sagen, Herr Obrist, das Kriminalgesetz verbietet es.“

„Als ihr Vorgesetzter befehle ich es Ihnen, sofort mir Ihre Ansicht hierüber zu sagen: Kriminalgesetz! . . . . Ich puste darauf — Sie haben Ordre zu parieren!“

„Zu Befehl, Herr Obrist, ich gehorche. Nach Ihrem Vorschlage kann ich das orthodoxe Bekenntnis nur für etwas äußerst tief und niedrig Stehendes halten!“

„Wie wagen Sie es, das zu sagen?“ fuhr der Obrist auf.

„Herr Obrist, ich habe bloß Ordre pariert, kann im Übrigen die völlig logische Berechtigung meiner Auffassung jederzeit beweisen.“

„Gut, wenn Sie aber, und das liegt auf der Hand, mir den Beweis nicht erbringen können, so machen Sie sich darauf gefaßt, zu strengster Verantwortung gezogen zu werden.“

„Zu Befehl, Herr Obrist, doch erlauben Sie mir zuvor die Frage: was steht höher: das Ziel, das man anstrebt, oder die Mittel zur Erreichung desselben?“

„Natürlich das Ziel!“

„Wohlan, Herr Obrist, mein Ziel soll sein, eine jämmerliche, herabgekommene Kompagnie zu bessern, und das Mittel zur Erreichung? . . . . der griechisch-orthodoxe Glaube!“ — Tableau!

Ich brauche nicht zu erwähnen, daß Stabskapitän M. nicht weiter zur Verantwortung gezogen wurde.

Beiläufig bemerkt, steht dieser Fall durchaus nicht vereinzelt da. Wiederholt ist es vorgekommen, daß an tüchtige Offiziere katholischen Bekenntnisses der Vorschlag erging, zur orthodoxen Kirche

überzutreten, um in ihrer dienstlichen Karriere nicht gehemmt zu werden, nicht selten ist passiert, daß hervorragende Militärs, selbst Obristen und Generäle, wie Zivilbeamte, beim Avancement übergangen wurden, weil sie den Mut hatten, auf bewährte patriotische Gesinnung fußend, ihr baltisches Deutschtum oder Polentum und ihre Glaubenstreue freimütig zu bekennen. Das ist die praktische Anwendung des zitierten Artikels 45 der russischen Reichsgrundgesetze.

Doch zurück zur Sache.

Am 1. November (19. Oktober) brachte die verwarnte Zeitung, die Petersburger „Wjedomosti“ in ihrer Nr. 291 „anläßlich der Rede Stachowitsch's“ zwei Artikel, deren erster vom Geistlichen T. Tscherkaßki (Fürst Tscherkaßki soll früher Offizier gewesen sein) verfaßt und um so bemerkenswerter war, als er ein getreues Bild der moderneren Richtung der russischen intelligenteren Geistlichkeit darbietet, der auch der Metropolit von Petersburg Antoni und der vom Volk als heilig verehrte Priester Johann Ssergijev von Kronstadt angehören. In eng angelehnter Uebersetzung lautet der Artikel folgendermaßen:

„Ist es nicht für unser ganzes russisches Land und für unsere rechtgläubige Kirche etwas Niederdrückendes, daß wir, die wir die ungeheuren Errungenschaften der Wissenschaft genießen, an dem Kulturleben der Welt tätigen Anteil nehmen und mit den Völkern Europas eine Gemeinde bilden, daß wir bis jetzt noch nicht der Gewohnheit entsagen können, diejenigen Leute zu verfolgen, die nicht ebenso denken und glauben wie wir und ihren Glauben bekennen. Die körperliche Sklaverei ist bei uns aufgehoben, kann man aber die geistige Knechtung ruhig mit ansehen? Stimmt das mit dem großen Vermächtnisse Christi und mit dem Grundprinzipe des Christentums: „Freiheit ist da, wo der Geist des Herrn ist!“ Liegt nicht ein Widerspruch darin, daß im orthodox-kirchlichen Sinne der Definition des Menschen die Erkenntnis der Freiheit des Geistes, der Freiheit des Glaubens zu Grunde gelegt wird? „Der Mensch ist ein freies, vernünftiges Wesen,

welches nach dem Ebenbilde Gottes geschaffen ist" lauten die ersten Begriffe, in jedem beliebigen Leitfaden für den Elementarunterricht in der orthodoxen Lehre. „Wenn dem aber so ist, wenn der Mensch wirklich ein freies, vernünftiges Wesen ist, so gebt ihm die Möglichkeit, sich frei den Glauben zu wählen und ihn zu bekennen. Verfolgt ihn nicht, wenn er sich vollständig von dem äußerlichen Bekennen des Glaubens lossagt oder ihn gegen einen anderen vertauscht, sobald dieser andere in ihm wärmere Gefühle hervorruft, seinem geistlichen Sein, seiner geistlichen Entwickelung, den klimatischen, kulturellen oder rechtlichen Verhältnissen des Ortes, in dem er gereift, in höherem Maße entsprechen sollte."

Ganz ebenso sollte man, führt Tscherkaßki weiter aus, auch Diejenigen nicht verfolgen, die Andere dazu veranlassen, vom orthodoxen Glauben zu einem anderen Bekenntnisse überzutreten.

„Wenn bei uns, zu unserem eigenen Unglück, das „System der äußeren Einwirkungen" üblich ist, so wird hiermit nur Verderbliches erreicht. Diese „äußeren Einwirkungen" beleidigen die besten Gefühle und edelsten Instinkte im Menschen, beleidigen die Würde desselben, als eines freien, vernünftigen Wesens, und lassen Verschlossenheit und Heuchelei, Verstellung, Lüge, Bosheit und Menschenhaß in ihm aufkommen."

T. Tscherkaßki findet es bemerkenswert, daß ein Laie, Herr v. Stachowitsch, die Frage der Gewissensfreiheit aufgeworfen habe, wo doch die Repräsentanten der Kirche ein ungleich größeres Interesse an der Einräumung bedingungsloser Gewissensfreiheit hätten. Der Autor klagt darüber, daß die Kirche erstarre."

Was hier das Judenblatt der orthodoxen Kirche Rußlands vorwirft, dasselbe müßte es in gleichem Maße dem Protestantismus im Deutschen Reiche vorwerfen. Warum beklagen sich die Katholiken Deutschlands, daß sie in ihrem eigenen Lande als Bürger zweiter Klasse behandelt werden, während alle fetten Staatsposten den Protestanten zugeschoben

werden? Man sieht also, die Menschen sind überall gleich, ob in Rußland, oder im Deutschen Reiche.

### *d)* Die orthodoxe Kirche auf dem Balkan.

Am 17. März 1903 brachte der „P. Lloyd" aus Konstantinopel folgende Korrespondenz:

Bei den gegenwärtigen Wirren in Mazedonien kommt den religiösen Strömungen eine große maßgebende Bedeutung zu, ohne deren Kenntnis die Vorgänge und Ereignisse unverständlich sind. Erinnern wir uns der Tatsache, daß Europa neben den 175·5 Millionen römisch-katholischen, den 92 Millionen evangelischen Christen und 7·5 Millionen Israeliten noch 97 Millionen Griechisch-Katholiken und am Ural 7 Millionen russische Mohamedaner zählt, dann leuchtet sofort ein, daß in dieser Konstellation kirchlicher Parteien ein Ferment des öffentlichen Interesses wirksam ist, welches auch die politische Situation empfindlich beeinflußt.

Während in der abendländischen christlichen Bekennerschaft verhältnismäßig früh eine kirchliche Spaltung eintrat, welche die ersten Konzilien von Nikäa und Konstantinopel beschäftigte, kam der Bruch in der morgenländischen Kirche erst im IX. Jahrhundert, in dessen Mittelpunkt der Patriarch Photios von Konstantinopel stand, zur vollendeten Existenz. Die Spaltung erwuchs auf dogmatischem Boden und hatte zur Folge, daß der Dogmensatz schon im X. Jahrhundert zum Abschluß gelangte und also alle seitherigen neu geschaffenen Glaubenssätze der römischen Mutterkirche, wie die definitive Begründung des römischen Primats, des Zölibats und der päpstlichen Unfehlbarkeit, nicht rezipierte, andererseits aber auch einer Verknöcherung und Verkümmerung verfiel, die gegenüber dem übersättigten Komplex römischer Glaubens- und Rechtssätze nüchtern absticht. Und während die abendländische Kirche sich immer mehr vom Staate trennte und diesen zeitweise beherrschte, ging die morgenländische Kirche in die Formen des Staates über und vollzog so ein Schisma,

eine Trennung von der kirchlichen Einheit, welche heute noch besteht und seit dem XII. Jahrhundert, da die Papstkirche fortgesetzt Unionsversuche macht, um die schismatischen Orientalen, oder Griechisch-Katholiken, wie der Papst sie nennt, mit der römisch-katholischen Kirche wieder zu vereinigen, Rom zu trotzen verstanden hat.

Die Einheit der morgenländischen Christen ist in dem ökumenischen Patriarchen in Konstantinopel lose verkörpert, der entfernt nicht mehr diejenige Autorität genießt, die er ursprünglich besaß. Durch die Eingliederung der Kirche in die staatliche Organisation ist die Einheit der morgenländischen Kirche gelockert und die Kirche selbst nationalisiert. Es gibt jetzt vollständig unabhängige, sogenannte autokephale griechische, rumänische, bulgarische, russische Kirchen, welche vom Patriarchen de facto losgelöst sind, ihm aber noch aus Rücksichten der Pietät Ehrenvorrechte einräumen und das heilige Öl zur Salbung der Bischöfe von ihm beziehen. Diese nationalen schismatischen Kirchen haben ihre nationale, nicht lateinische Kirchensprache, besondere nationale Kirchenfeste, besondere Formen der gottesdienstlichen Handlungen, welche zu einem geschlossenen Ritus vereinigt sind. Das Zölibat, welches erst im XI. Jahrhundert verallgemeinert wurde, also erst eingeführt wurde, als das Schisma schon perfekt war, steht in der morgenländischen Kirche nicht zu Recht. Der Weltgeistliche ist verheiratet, während allerdings der Bischof unverheiratet zu sein pflegt.

Während der letzten zwei Jahrhunderte gelang es der römischen Kirche, zwei griechisch-katholische Bekennerschaften zu unionieren. Doch war dies nur durch den Eintausch gewaltiger Konzessionen möglich. So ist den unierten Katholiken die nationale Kirchensprache geblieben, auch braucht der Klerus das Zölibat nicht anzuerkennen. Was verlangt und zugestanden wurde, das ist die Anerkennung des Papstes als kirchliches Oberhaupt. Eine vollständige Unterwerfung ist nirgends erfolgt. In der päpstlichen Bulle orientalium dignitas von 1894, welche Leo XIII. erließ, wird den unierten orientalischen Schismatikern der

Schutz der Kirche unter der Voraussetzung der Anerkennung der Unfehlbarkeit des römischen Primats garantiert. In der Erwartung, daß bessere Zeiten das Versäumte nachholen, macht hier die römische Kurie Konzessionen, welche dem kanonischen Recht widersprechen, aber auf Zeit zulässig sind.

Gegenwärtig umfaßt die römisch-katholische Union in der Türkei, in den Balkanstaaten und in Kleinasien etwa 6 Millionen Angehörige. Diese Zahl ist noch nicht groß, allein Rom weiß wie gewohnt zu warten, kann unterdessen dort die Kirchengewalt ausdehnen, die römische Infiltration in der Türkei immer intensiver betreiben und auf die Nachbargebiete ausdehnen. Dieser römische Vorstoß hat die anderen Mächte aufgeschreckt und dazu angetrieben, auf die neue Gestaltung der Verhältnisse in der Türkei Einfluß zu gewinnen. Seit 1854 erhielt Rußland von der Türkei das Protektorat über alle orthodoxen oder griechisch-katholischen Christen, von welchem Rechte Rußland reichlich Gebrauch machte und seine Gewaltmittel fühlen ließ. Der Krimkrieg von 1856 ist eine notwendige Folge dieser russischen Machtherrschaft geworden. Durch den Pariser Frieden wurde das Protektorat Rußlands beseitigt, in Wirklichkeit aber besteht es heute noch. Auch Österreich-Ungarn hat kraft alter Gewohnheitsrechte über römisch-katholische Christen in Albanien und christliche Institute in Ägypten das Oberhoheitsrecht ausgeübt, allein ohne dadurch territoriale Erfolge zu erringen. Seit Jahren zeigt sich im Orient Frankreichs Einfluß am markantesten. Es nimmt das Recht in Anspruch, über alle römisch-katholischen Gläubigen die Schutzhoheit auszuüben. Sie gründet sich auf die bekannten Kapitularien, welche mehrere Verträge, die Frankreich mit dem türkischen Sultan abschloß, umfassen. Danach ist die Pforte verpflichtet, die Römisch-Katholiken in der Türkei zuzulassen und den Türken gleichzustellen. Frankreich nimmt das Monopol des Protektorats über alle Katholiken aller Länder in Anspruch, es übt die Kontrolle und Aufsicht über die katholischen Kleriker und Anstalten aus und maßt sich die Kompetenz an, den Katholiken die nötigen Pässe auszustellen.

Auch über das im Jahre 1847 in Jerusalem errichtete römisch-katholische Patronat hat Frankreich die Schutzherrschaft übernommen und sich das Recht vorbehalten, über Streitigkeiten, welche bei der Bewachung der Grabeskirche durch russische, griechische und römische Mönche und Kleriker ausbrechen, endgiltig zu entscheiden. Bekanntlich ist die Konkordia an der Grabeskirche nicht groß, da die russischen und römischen Wachen sich schon oft blutig schlugen und die französische Intervention anzurufen gezwungen waren. Im Berliner Vertrag von 1878, Art. 62, ist Frankreich dieses Protektorat garantiert worden und auch heute noch legt Frankreich in der Türkei eine Präponderanz an den Tag, welche mit Recht die Eifersucht anderer Staaten wachruft, umso mehr, da diese Vorrechte Frankreich auch materielle Vorteile sichern.

Vor Allem sind die römisch-katholischen Kleriker, welche in der Türkei Aufenthalt nehmen, gezwungen, sich von den französischen Behörden die Pässe ausstellen zu lassen. Dadurch kommen die französischen Amtsstellen in die erwünschte Lage, zu wissen, wo sich die Kleriker aufhalten. Auch beaufsichtigt und schützt Frankreich die römisch-katholischen Institute mit Ausnahme einiger weniger in Konstantinopel. welche dem Protektorate Österreich-Ungarns unterstellt sind. Als äußere Anerkennung für diese Aufmerksamkeit haben die französischen Konsulate das Recht, in den Kirchen Ehrenplätze zu beanspruchen, auf einen feierlichen Empfang Anspruch zu erheben und vom Geistlichen persönlich begrüßt zu werden. Das französische Vorrecht dokumentiert sich aber namentlich darin, daß aller diplomatische Verkehr zwischen dem Sultan und dem Papst durch die französische Botschaft geht. Der Papst hat in Konstantinopel einen Delegaten, der verpflichtet ist, jeweilig den französischen Botschafter zu konsultieren. bevor der Verkehr mit dem Sultan zulässig ist. Auch ist dieser Verkehr nur auf kirchliche Fragen beschränkt und steht außerdem unter der Überwachung eines Dragoman, den der Botschafter Frankreichs stellt. In politischen Fragen ist nur der Botschafter zuständig.

Im Jahre 1888 suchte England diesen französischen Einfluß zu brechen. Es machte dem Papste den Vorschlag, in Konstantinopel eine Nuntiatur zu errichten und allen kirchlichen Verkehr mit dem Sultan dem Nuntius zu übertragen, um Frankreich auszuschalten. Und umgekehrt gedachte der Sultan in Rom einen Gesandtschaftsposten zu errichten, um dem Papst den Verkehr mit Konstantinopel zu erleichtern. Frankreich protestierte und drohte mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, worauf Rom die Segel wieder einzog.

Rußland arbeitet in der Türkei methodisch gegen Frankreich. Es schützt die griechisch-katholischen Christen und legt der französischen Politik Hindernisse auf Hindernisse in den Weg, während beide Nationen in einem freundschaftlichen Vertragsverhältnisse stehen. Deutschland beharrt auf der Protektion seiner Untertanen, auch der deutschen römisch-katholischen Kleriker, wodurch es mit Frankreich zwar in Konflikt gerät, aber völkerrechtlich gedeckt ist. Die Reise des Kaisers nach dem Orient im Oktober 1900 hatte den begründeten Zweck, das Protektorat über die Deutschen zu übernehmen und ein katholisches Institut in Jerusalem unter die persönliche Obhut zu nehmen. Diese eigenartigen konfessionellen Verhältnisse in der Türkei spielen gerade gegenwärtig eine hervorragende Rolle und müssen bei der Beurteilung der Situation mit in Berücksichtigung gezogen werden.“

Zum Schlusse wollen wir noch das Urteil des Peterburger Korrespondenten im „Deutschen Volksblatt“ am 20. Oktober 1905 anführen. Er schreibt über die Stellung der Orthodoxie in Rußland folgendes:

Die Wahlbewegung in Rußland beginnt die Grenzen der alten Parteien, soweit von solchen gesprochen werden kann, bereits derart zu verwischen, daß es recht schwer hält, sich in dem Wuste von Parteischlagworten zurecht zu finden, zumal da oft Name und Inhalt sich gar nicht mehr decken. Im großen und ganzen kommt man allerdings mit den dem Westen entnommenen Bezeichnungen konservativ,

liberal und sozialdemokratisch aus, allein der Westeuropäer würde sich täuschen, wenn er glaubt, es mit drei großen, festgegliederten Parteien zu tun zu haben.

Schon die konservative Partei weist nicht nur eine Menge von Nuancen auf, sondern teilt sich geradezu in zwei sich nur scheinbar sondernde Gruppen, die in der Hauptsache jedoch das miteinander gemeinsam haben dürften, daß ihre Tendenz im Auslande stark verkannt wird. Konservativ — so ist man im Westen nur zu sehr geneigt zu folgern — kann in Rußland nur absolutistisch-autokratisch sein, bezweckt also die Aufrechterhaltung des bestehenden Systems. In der Tat ist das jedoch grundfalsch. Das „bestehende System“, nämlich die Beamtenlotterwirtschaft, gründet sich überhaupt auf keine Partei und keine Partei will mit ihm etwas zu tun haben. Doch davon später. Zunächst einige Worte über die Konservativen. Sie legen das Hauptgewicht auf die Erhaltung der Autokratie und der orthodoxen Kirche sowie auf die Pflege des russischen Nationalismus. Sie lassen sich in zwei Gruppen scheiden, in die zentralistischen oder Altkonservativen und in die autonomistischen Konservativen. — Das System der Altkonservativen ist ein Regierungssystem nach dem Muster Peter des Großen:

Eine starke, energische Persönlichkeit an der Spitze des Staates, die alle Gewalt in ihrer Hand vereinigt. Die Autonomisten sind keine grundsätzlichen Gegner dieser Anschauung, allein sie halten dafür, daß bei einem solchen System der Herrscher nur dann, wenn er ein Genie ist, nicht zum Spielballe der Hofparteien und der Beamtenschaft wird. Die Autonomisten treten deshalb dafür ein, daß zwischen dem Zaren und dem Volke die Möglichkeit eines ununterbrochenen Verkehres geschaffen werde. Gemeinden und Kreise sollen deshalb eine weitgehende Autonomie erhalten und nur die großen Staatsangelegenheiten direkt vom Kaiser geleitet werden und zwar unter dem Beirate von ernannten und gewählten Kronräten. Die Altkonservativen wenden dagegen ein, daß ein solches System vermöge der Ein-

führung gewählter Kronräte, die nicht Diener des Zaren sein wollen, auf die Dauer unvereinbar sei mit der Aufrechterhaltung der Autokratie, der Orthodoxie und des russischen Nationalismus. Im großen und ganzen kann man die zentralistischen Konservativen aber als Axakowisten bezeichnen. Wie sie in Bezug auf die Ausführung des autokratischen Prinzips in den Mitteln differieren, so unterscheiden sie sich auch bezüglich ihrer Stellung zur Orthodoxie und zum Nationalismus. Die Autonomisten oder Slawophilen, wie sie sich selbst nennen, wollen die Kirchenverwaltung mit einem Patriarchen an der Spitze von der Staatsgewalt trennen, während die Altrussen die jetzige Vereinigung der Staatsgewalt mit der Kirchenverwaltung erhalten wissen wollen. Beide Gruppen sind einig darin, daß der russische Staat und das russische öffentliche Leben einen religiös-orthodoxen Charakter tragen solle, die anderen Religionen wohl toleriert werden dürfen, aber niemals der Orthodoxie gleichgestellt werden können.

Deshalb hat auch der Zar bald nach der Erlassung des Toleranzediktes dem damaligen Warschauer Generalgouverneuer Maximowitsch befohlen, mit Rücksicht auf die polnische Propaganda der Bevölkerung kundzugeben, daß auch fortan die Orthodoxie die herrschende Religion bleibe und es ihr allein erlaubt sei, Propaganda zu machen. Dadurch sollte die aufgebrachte orthodoxe Bauernschaft beruhigt werden, da das Toleranzedikt in einzelnen Gegenden, besonders dort, wo die Rückkehr zum Judentum erlaubt wurde, im Volke böses Blut gemacht hatte. Die Leute sagten sich: „Also haben wir keinen orthodoxen Kaiser mehr, wenn es ihm alles eins ist, ob seine Untertanen orthodox sind oder nicht.“ Für den russischen Mann ist einmal die Autokratie von der Orthodoxie und dem Russismus unzertrennlich. Ein Zar, der keinen Sinn für die Orthodoxie bekunden und den russischen Nationalcharakter im öffentlichen Leben nicht zur Geltung bringen würde, wäre eben kein russischer Zar mehr, sondern ein fremder absolutistischer Monarch, den man nicht ertragen würde. Was nun den Nationalis-

mus betrifft, so halten beide konservativen Richtungen daran fest, daß Rußland seinen nationalrussischen Charakter aufrechterhalten müsse. Während aber die zentralistischen Konservativen zu diesem Zwecke die Nichtrussen des Reiches russifizieren wollen, befürchten die Autonomisten von einer solchen Politik die Assimilation unwillkommener Elemente und befürworten deshalb ein System der Dezentralisation.

Unter der Voraussetzung, daß die Armee und die Staatsverwaltung in rein russischen Händen ruht, wollen sie den „fremden Völkerschaften“ volle nationale Autonomie gewähren und als Endziel schwebt dieser Richtung offenbar ein allslavischer Föderativstaat unter russischer Führung vor, und darum die von ihr selbstgewählte Bezeichnung „slavophil“. Als eine weitere Abzweigung der konservativen Partei kann neuerdings die agrarische Bewegung bezeichnet werden, die in einer kürzlich in Moskau abgehaltenen Versammlung sich zum erstenmal parteimäßig geltend gemacht hat.

Den Konservativen stehen heute die Liberalen und die Sozialisten gegenüber, das heißt, die ganze Skala demokratischer Elemente, von den gemäßigten Semstwoliberalen bis zum bekannten „Bund“ unter jüdischer Führung. Alle diese Schattierungen bieten dem Auslande nichts Neues, da sie mit der Eigenart des Russentums nichts zu tun haben, sondern dem Ideengehalte nach fremde, importierte Gewächse sind. Dabei gibt es zwischen Liberalen und Konservativen allerdings auch mancherlei Berührungspunkte. Es gilt das von den gemäßigten Liberalen und den nationalistischen Konservativen. Heute kämpfen die letzteren allerdings mit den zentralistischen Konservativen zusammen, allein vor der gegenwärtigen Reformbewegung sah man die Autonomisten mit den Semstwoliberalen auf einer Seite, und wenn die Frage, ob Zentralismus oder Autonomie, wieder in den Vordergrund treten wird, wird man dieselbe Erscheinung wahrnehmen können. Daraus erklärt sich auch die fortgesetzt schwankende Haltung des „Nowoje Wremja“, die damit für den Ausländer das Chaos

der Parteibewegung in Rußland erst vollständig macht.

Und nun noch einige Worte über die „Bureaukratie“, die man im Auslande mit Unrecht so bezeichnet. In Rußland gibt es keine Bureaukratie im westeuropäischen Sinne des Wortes. Das, was man in Rußland so bezeichnet, ist eine Beamtenschaft, die nicht die Spur einer politischen Überzeugung besitzt, sondern lediglich das Bestreben zeigt, sich die Gunst der jeweiligen Machthaber zu erwerben. Ihr ist der Zarismus, die Orthodoxie und der Nationalismus ganz gleichgültig, es ist eine Höflingsschar, die sich dazu hergibt, Rußland nicht nach festen Regierungsgrundsätzen, sondern nach den Kaprizen von Höflingen und Größlingen verwaltet. Von einer autokratischen Regierung ist in Rußland nicht mehr die Rede. Vor einem Zaren, das heißt einem autokratischen Kaiser, würde die ganze Beamtenschaft zittern und seinen Willen respektieren. Hat man aber in den letzten Jahren je gesehen, daß ein politisch oder finanziell unehrlicher oder nachlässiger Beamter exemplarisch gemaßregelt wurde? Hat man je gesehen, ob sich ein Beamter viel darum kümmert, was des Kaisers höchster Wille und politisches Programm ist? Die Günstlingsherrschaft ist aber das Gegenteil der Autokratie und deshalb darf man die Konservativen nicht mit dem jetzigen „Bureaukratismus“ verwechseln.“

Damit hätten wir so viel angeführt, daß man einen Überblick über das Wesen und die Beschaffenheit der orthodoxen Kirche in Rußland gewinnen kann. Man muß allerdings die Schilderungen der Judenblätter mit dem notwendigen Mißtrauen entgegennehmen. Das größte Werk über die russische Kirche dürfte wohl Leroy-Beaulieu in französischer Sprache geschrieben haben. (L'eglise en Russie.) Mögen doch die Bemühungen der römischen Päpste die größte schismatische Kirche, das große russische Volk für die Einheit zur kathol. Kirche zu gewinnen einmal von Erfolg gekrönt sein. Ist doch Rußlands genialster Schriftsteller Solowjev als Katholik gestorben.

### c) Die Orthodoxie des deutschen Protestantismus.

Daß die orthodoxe Kirche in Rußland für Staatszwecke nicht so mißbraucht wird, wie die protestantische im Deutschen Reiche, davon bringt einen schlagenden Beweis die „Germania“ vom 31. Jänner 1906. Sie schreibt:

„Ostmärkisches. Ein deutscher Katholik in den „Ostmarken“ schreibt uns: Mißtrauen und Feindseligkeit gegen die katholische Kirche und ihre Diener scheint eine traditionelle Eigenschaft weiter preußischer Beamtenschichten zu sein und zwar nicht etwa bloß, wo Polen in Frage kommen. Die ermländische Geistlichkeit, das ermländische Volk ist seiner Loyalität wegen weit und breit bekannt. Das hindert aber nicht, daß man ihm die Niederlassung eines Männerordens verweigert, in Evangelischen Bundesversammlungen es bekämpft, weil es ultramontan, d. i. auf deutsch gesagt katholisch ist. Im Westen ist es nicht anders, wie das den Geistlichen gegenüber angewandte Spionagesystem beweist. Das Liebeswerben, womit die Regierungsorgane in der Provinz Posen den Verband der Vereine deutscher Katholiken umgeben, kommt uns stark verdächtig vor, und die Unterstützung, welche die Katholische Rundschau entgegennimmt, erscheint uns auch etwas anrüchig. Was erhofft die Regierung von dem Verbande? Soll er der Germanisierung der Polen durch die Kirche Vorschub leisten? Fast scheint es so! Nun, wenn Regierungskreise vermeinen, die deutschen Katholiken könnten auf kirchlichem Gebiete für die Germanisierung der Polen etwas erreichen, dann irren sie gewaltig. Eher würde man die Polen aus der Kirche zu treiben vermögen und sie dem Umsturz überliefern. Der größtenteils aus Beamten zusammengesetzte Verband der Katholikenvereine, der in seiner weiteren Entwicklung dem Staatskirchentum nahekommen könnte, wird sich auf die Dauer für die Regierung ebenso zweck- und einflußlos erweisen, als sich zu früherer Zeit der eben so heiß umworbene Deutschkatholizismus und Alt-

katholizismus erwiesen hat. Die Ermländische Zeitung hat es ausgesprochen, daß der Verband für die ermländischen Katholiken überflüssig sei. In der Tat, unsere katholischen Vereine sind durch und durch national, sodaß sie ihren Patriotismus nicht aus Posen zu beziehen brauchen.

Welcher Geist leitende Persönlichkeiten des Verbandes beseelt, ergibt sich daraus, daß sie zu den enragiert katholikenfeindlichsten Blättern, wie z. B. der Gesellige es ist, enge Beziehungen unterhalten. Bezeichnend ist es auch, daß gerade Organe wie die „Tägl. Rundschau“, „Posener Tageblatt“, „Gesellige“ die Bewegung protegieren. Die Sache läuft auch auf die Begründung einer neuen zeitungsgegnerischen Parteibildung hinaus. Diese auf der Krotoschiner Tagung hervortretende Tendenz begrüßt das Berliner Organ des Evangelischen Bundes, die Tägliche Rundschau (Nr. 26) freudig u. a. mit den Worten: „Wir sagen den katholischen Ostmark-Deutschen ein Glückauf für den weiteren Weg!“

Wir können der weiteren Entwicklung der Dinge mit großer Ruhe entgegensehen. Der Verband wird im Volke keinen festen Boden gewinnen, allenfalls solche Elemente um sich sammeln, die nie überzeugt zum Zentrum gestanden haben.

Die Antipolenpolitik zeitigt überhaupt die seltsamsten Vorschläge und Erscheinungen, wahre Ungeheuerlichkeiten, die mit Recht und Gerechtigkeit, Billigkeit und Durchführbarkeit, mit begründeter Aussicht auf Erfolg nichts gemeinsam haben. An amtlichen Stellen beginnt es stellenweise jedoch endlich zu dämmern. Man findet an der Ansiedelungspolitik und ihren mehr denn zweifelhaften Erfolgen manches auszusetzen, wie aus einer ganz sachlichen und vernünftigen Auslassung der Schles. Ztg. hervorgeht. Man trägt daher offenbar Bedenken, den neuen Regierungsbezirk Allenstein, entgegen früheren Absichten, an die Ansiedelungskommission anzuschließen. Könnten doch die künstliche Bodenspekulation, Preistreiberei und ähnliches gerade für den deutschen Bauernstand verhängnisvoll werden.

Es ist daher von amtlicher und finanzieller Seite die „Ostpreußische Landgesellschaft“ zwecks Aufteilung von Gütern, Regelung der Schuldverhältnisse usw. begründet worden. Soweit hier die Selbsthilfe zur Anwendung gelangen wird, ist die Gründung freudig zu begrüßen. Man wird aber die Augen offen halten müssen, um die Tätigkeit der neuen Gesellschaft zu kontrollieren. Es steht nämlich zu befürchten, daß dieselbe nicht nur eine germanisierende, sondern auch protestantisierende Richtung einschlagen wird. An der Spitze des Unternehmens stehen hohe Provinzialbeamte, ein Ministerialkommissär, Vertreter der Seehandlung, der Landbank und der ostpreußischen Provinzialgesellschaftskasse. Welchen Charakter trägt z. B. die Landbank? Im Allenst. Volksblatt vom vorigen Jahre (Nr. 112) ist ein „Eingesandt“ abgedruckt, das auf die Tätigkeit der Landbank ein eigenartiges Licht wirft. Ein deutscher Katholik wollte in Kl.-Rauschken bei Passenheim, das die Landbank parzellierte, eine Parzelle kaufen. Zuerst fragte man ihn nach der Religion, und auf das „katholisch“ erhielt er zur Antwort, dann könne ihm nichts verkauft werden. Ein katholischer Passenheimer Bürger fragte telephonisch an, ob er das Hauptgut kaufen könne. Man erwiderte, bei dem Hauptgut käme es weniger auf die Konfession an. Parzellen dürfen aber nach den neuesten Bestimmungen nicht an Katholiken abgegeben werden. Eine Knacknuß für den Posener Verband!

Also in der protestantisch-polnischen Gegend verkauft man kein Land an Katholiken, auch nicht an deutsche, obgleich man annehmen sollte, daß diese zur Stärkung des deutschen Elementes gerade dort erwünscht sein müßten! Kein Land an Polen bezw. an Katholiken abgeben, dagegen das freie Verfügungsrecht der polnischen und deutschen Besitzer über ihr Eigentum einschränken bezw. aufheben, — das ist die neueste Staatsweisheit unserer Hakatisten etc. Die erwähnte inbezug auf die Ansiedlungskommission ganz vernünftig gehaltene Auslassung der Schles. Ztg. enthielt zum Schlusse die be-

kannten Vorschläge über die weitere Entrechtung der Grundbesitzer.

Wohin steuern wir denn in unserem „Rechtsstaate“? Nicht genug damit, daß die Ansiedlungskommission für das Geld aller, auch der polnischen Staatsbürger, germanisiert und protestantisiert, soll nun auch der deutsche Besitzer gezwungen werden, nicht an Polen zu verkaufen, und der polnische Besitzer soll womöglich auch nicht ohne Wissen und Willen der Behörde über sein Eigentum verfügen dürfen. Welchen Preissturz müßte diese Abnormität hervorrufen. Man höre folgenden Fall:

Nach unwidersprochen gebliebenen Zeitungsberichten (so Pielgrzym Nr. 144, 05) hatten sich die Besitzer von Braunswalde (Kr. Stuhm, Westpr.), denen der Hagel im vorigen Sommer fast die ganze Ernte vernichtet hatte, durch den Amtsvorsteher an die Regierung mit der Bitte um Beihilfe gewandt. Es erschien ein Regierungskommissär, der nach seiner Angabe im Auftrage des Ministers handelte. Der Minister wolle den Geschädigten eine Unterstützung zukommen lassen, aber nur unter der Bedingung, daß sich Männer und Frauen schriftlich verpflichteten, ihre Besitzungen ohne Wissen und Willen der Regierung nicht zu verkaufen. Ein deutscher Besitzer unterschrieb unter der Bedingung, daß er sein Besitztum an die Kinder auflassen werde, die neun polnischen Besitzer wiesen das Ansinnen entschieden zurück.

Justitia fundamentum regnorum! Diese Wahrheit mag wohl dereinst zur guten alten Zeit verpflichtet haben, heutzutage gilt sie, scheint es, in den Augen unserer Chauvinisten, Hakatisten usw. nichts mehr. Das suum cuique scheint diesen Leuten ein leerer Begriff zu sein; schon längst ist der Satz „jeder Preuße ist vor dem Gesetze gleich“ außer Kurs gesetzt.

Ehedem galt es als höchster Ruhm der Behörde, des Beamten — unparteiisch nach Recht und Gerechtigkeit ohne Rücksicht auf das Ansehen der Person zu amtieren. Heute reklamiert man offen die Behörde für eine bestimmte Konfession, für die eine

herrschende Nationalität. Der Beamte wird nicht mehr als Vertreter sämtlicher Bevölkerungsklassen und Parteien, sondern nur der einen bevorzugten Klasse angesehen, er soll nicht mehr über den Parteien stehen, sondern die mißliebigen verketzerten Elemente unterdrücken helfen, er soll nach den Begriffen der Hakatisten als Entgelt für den Staatsgehalt seine Überzeugung, seine freie Meinung opfern, verkaufen.

„Den Feind behandelt man anders als den Freund," hieß es auf einer westpreußischen Strafkammer bei der Verurteilung eines polnischen Redakteurs. Vergleicht man die Rechtsprechung bei der Aburteilung, beziehungsweise die Strafbemessung oder Freisprechung von Duellanten einerseits, und Sozialdemokraten andererseits, von Katholiken wegen Beleidigung protestantischer und von Protestanten wegen Beleidigung katholischer Einrichtungen, dann erscheint es fast, als ob Frau Justitia mitunter ihr Antlitz verhüllte. Vor einiger Zeit berichtete die Presse im Osten, daß der Käufer einer Parzelle bei Göttkendorf, Kreis Allenstein, sein im Bau begriffenes Anwesen abbrechen solle, bezw. die Polizei es auf des Besitzers Kosten abbrechen würde, weil die baupolizeiliche Erlaubnis nicht eingeholt und die Parzelle von der Polnischen Parzellierungsbank in Posen, welcher nebenbei gesagt der inzwischen verstorbene Bankdirektor Dr. Karas öffentlich vorgeworfen hat, sie treibe Wucherwirtschaft, erworben wäre. Und wenn die Existenz des betreffenden Ansiedlers, der im guten Glauben gebaut haben mag, dadurch zu Grunde gerichtet würde? — Nicht zum ersten Male stößt man in der Presse, besonders in der polnischen, auf ähnliche Mitteilungen, und es ist der Schaden der Polen selbst, daß sie von derartigen Fällen, so auch von auffälligen Paritätsverletzungen auf dem Schulgebiete, wie sie gerade dem Osten eigentümlich sind, der deutschen Presse keine Benachrichtigung zukommen lassen. Nur die öffentliche Meinung kann hierin etwa Wandel schaffen.

Der Herr Minister des Innern hat sich als Gegner der Politik der Nadelstiche bekannt. Viel mehr würde

es fruchten, wenn man von maßgebender Stelle unzweideutig erklärte, daß man nicht nur die Politik der Nadelstiche, sondern überhaupt alle Schikanen der untergeordneten Organe, durch die der friedliche Untertan nur aufsässig gemacht wird, entschieden mißbillige und alle Untertanen ohne Rücksicht auf ihre Religion und Muttersprache gleich gerecht und wohlwollend behandelt zu sehen wünsche. Durch eine so freimütige Erklärung würde der hakatistischen Nebenregierung der Nährboden entzogen werden, sie würde sich nicht fortgesetztes Herandrängen an hohe Regierungsbeamte gestatten, nicht für sich allein Aussprüche mit Beschlag belegen, wie „ihnen stände jederzeit der Zutritt offen“, als ob die Behörde nicht jedem Untertan ohne Unterschied des Standes und der Nationalität, doppelt jedoch allen Bedrängten, Tür und Tor zu öffnen verpflichtet wäre.

Es muß zugestanden werden, daß der gerecht denkende Beamte heute im Hinblicke auf die steten Hetzereien und Denunziationen der hakatistischen Presse einen schweren Stand hat. Wurde doch an einem Regierungsbeamten in Westpreußen, der nach Recht und Billigkeit dem Meistbietenden (es war zufällig ein Pole) bei der Verpachtung eines Sees den Zuschlag erteilt hatte, in der hakatistischen Presse strenge Kritik geübt — aber weshalb protegiert man diesen, das Ansehen eines Rechtsstaates schwer schädigenden Unfug?

Die Antipolenpolitik ist längst bankerott, sie hat nur Mißerfolge gezeitigt. Abgesehen davon, daß sie die Polen zusammenschweißt, die nationalen Gegensätze verschärft, wirkt sie im eigenen Lager demoralisierend, züchtet das Strebertum, Neid und Mißgunst, den krassesten Egoismus und lähmt die Tatkraft des deutschen Elements.

Unserem Ansehen als zivilisierte Nation hat diese Politik im Auslande arg geschadet. Man kann es nicht verstehen, inwiefern das mechanische Einbläuen von Gebeten in einer fremden Sprache bei Kindern des zartesten Alters, die Perhorreszierung der Muttersprache selbst bei unglücklichen Taubstummen, die Verbannung der anderen Landes-

sprache aus dem amtlichen Verkehr, die Entrechtung des polnischen Volkes auf seinem angestammten Grund und Boden, die Beseitigung althistorischer Ortsbenennungen usw. usw. die Kultur fördern, dem Staate getreue Untertanen gewinnen soll!

Unsere Offiziösen und die Herren Minister erklären ein über das andere Mal, daß an der Polenpolitik nichts geändert werden wird. Große Geister verfahren anders. Fürst Bismarck hat einmal erklärt: Nach Kanossa gehen wir nicht — — „nicht eher, als wir müssen", fügte zur Kulturkampfszeit ein katholisches Blatt hinzu. Und so ist es gekommen, Fürst Bismarck hat noch zur rechten Zeit, nachdem er sich von den Schäden des Kulturkampfes überzeugt hatte, den Rückzug angetreten — die heutigen Offiziösen werden ihre Erkenntnis vielleicht erst dann zum Durchbruch gelangen lassen, wenn es zu spät ist. Und es ist zweifellos eine politische — Unklugheit ersten Ranges, mit einer eingesessenen Millionenbevölkerung den Krieg bis aufs Messer zu führen und inbezug auf das Ausland sich in Liebenswürdigkeiten zu erschöpfen.

Einsichtige Männer, so z. B. neulich wieder Professor Delbrück in den Preuß. Jahrbüchern, warnen dringend vor der Weiterführung dieser verkehrten Polenpolitik. Das Zentrum würde seinen Grundsätzen untreu werden, sich selbst das Grab graben, den Katholizismus im Osten und das Staatswohl schädigen, wollte es die hakatistische Politik unterstützen. Wohl scheinen es verschiedene jungpolnische Blätter und Führer darauf abzusehen, das Zentrum verächtlich zu machen, nach jeder Richtung hin abzustoßen — das muß auf die Wärme der beiderseitigen Beziehungen natürlich seine Schatten werfen, erkältend wirken — aber Recht muß doch Recht bleiben. Es wirkt daher sonderbar, wenn der nationalliberale Abgeordnete Glatzel am 15. Jänner im Abgeordnetenhause das Zentrum für die geringen Erfolge der Polenpolitik verantwortlich machen wollte. Eine Mitwirkung des Zentrums an der Antipolenpolitik würde, von allen prinzipiellen Gründen abgesehen, nichts

zur Germanisierung beizutragen vermögen, wohl aber die Gegensätze ungemein verschärfen.

Wann endlich wird man einsehen, daß jede Nationalität ein göttliches und natürliches Recht auf die Muttersprache besitzt? — und letzteres ist den preußischen Polen bei der Besitzergreifung der polnischen Landesteile doch feierlich gewährleistet worden!

Wir fügen dem Vorstehenden noch folgende Zuschrift aus Westpreußen an: Die Art und Weise, wie bei der Besiedelung der von der Ansiedelungs-Kommission gekauften Güter verfahren wird, ist für die Katholiken geradezu ein Faustschlag ins Gesicht. Das sollten sich die Katholiken deutscher Zunge sagen, welche sich in religiöser Hinsicht nach Staatshilfe sehnen. In Westpreußen liegt das Rittergut Gr.-Golmkau, welches sein früherer Besitzer Steffens an den jüdischen Agenten Kronheim aus Bromberg verkaufte. Nach 14 Tagen ging es aus dessen Hand an die Ansiedelungs-Kommission über. Ebenso kaufte diese die Güter Klopschau und Zakrzewken. Alle drei Begüterungen sind etwa 2000 bis 3000 Morgen groß. Das Schuletablissement mit etwa 35 bis 40 Morgen soll als eine Parzelle verkauft werden, und es bewarb sich am 5. Juli 1905 der Landwirt (gegenwärtig Restaurateur) P. in Bromberg. In seinem Bewerbungsgesuch erklärte er, daß sein Vater über 50 Jahre Lehrer in Gr.-Golmkau gewesen, daß Bewerber ein guter Patriot, Landwirt, katholisch und in der Lage sei, das Grundstück sofort zu bezahlen. Bemerken wolle er noch, daß er die beiden letzten Kriege 1866 und 1870/71 als Unteroffizier mitgemacht habe. Die Antwort lautete:

Königliche Ansiedelungs-Kommission
für
Westpreußen und Posen.
I 3 T. Z. 10.440/05.

Posen O 1, den 14./7. 1905.
Mühlenstr. 12.

Ihrem Antrage vom 5. d. Mts. auf Überlassung der Schulstelle in Gr.-Golmkau bedauere ich nicht

entsprechen zu können, da in Gr.-Golmkau nur Ansiedler evangelischer Konfession angesiedelt werden.

Der Präsident.

J. V.

(Namen unleserlich.)

An
den Restaurateur
Herrn J. P.
Bromberg."

Ist also Rußland mit seiner orthodoxen Kirche schlechter als das Deutsche Reich mit seiner protestantischen? Wir meinen nicht.

### *f)* Das Armenwesen in Rußland.

Während die katholische Kirche überall, wo ihr Einfluß im öffentlichen Leben sich frei entwickeln kann, großartiges leistet in der Armenpflege und der Liebe zum Nächsten überhaupt, sind die anderen christlichen Kirchen in dieser Tätigkeit sehr unvollkommen. Über die Armenpflege in Rußland schreibt der Jesuit Zimmermann folgendes:

„Die Augen der ganzen Welt sind im gegenwärtigen Augenblick voll banger Sorge auf die gewaltigen revolutionären Bewegungen im europäischen Rußland gerichtet. Die Ursachen, welche diesen furchtbaren Feuerherd der Aufruhr geschaffen haben und noch beständig unterhalten, sind gar manche. Eine derselben wird durch die Veröffentlichungen der bekannten Philanthropin Edith Sellers in „Nineteenth Century" (1905 S. 1021) scharf beleuchtet. Dieselbe berichtet uns nämlich, wie sie sich bei den russischen Beamten betreffs der Regelung der Armenpflege erkundigte. Sie wußte wohl, daß kein Armengesetz bestand, das mit dem englischen verglichen werden konnte, aber da gerade Rußland so viele Arme zählte, glaubte sie irgend welche Organisation vorzufinden. Sie fragte an verschiedenen Stellen an, aber entweder gar keine, oder eine ausweichende Antwort. Die wenigsten Beamten hatten sich je mit dieser Frage beschäftigt, und waren wie aus den

Wolken gefallen, als sie vernahmen, daß die Armenfrage anderswo zu den brennendsten gehöre; andere waren äußerst naiv wie die Räte einer Dorfgemeinde, die dem Kommissär der Zarin — einer eifrigen Philanthropin — auf seine Frage, wie sie für die Armen des Dorfes sorgten, erwiederten: Sie besäßen eine Methode, die sich trefflich bewährt hätte. Und worin besteht sie, fragte der Kommissär. „Je nun, wir senden sie in andere Dörfer auf den Bettel. Wir haben 23 Arme; einige sind Krüppel, einige Kinder, die übrigen sind alte Leute; gegenwärtig sind alle auf dem Bettel.“ Es war mitten im Winter; auf dem Boden lag tiefer Schnee; das nächste Dorf lag meilenweit entfernt.

In Rußland gibt es kein vom Staat organisiertes Armengesetz, keine von der Regierung unterhaltene oder durch Staatszuschüsse unterstützte Armenhäuser, Spitäler, Anstalten für Blinde, Taube, Krüppel, Irrsinnige; der Staat überläßt es den Städten und Dörfern, für ihre Angehörigen zu sorgen, und wenn diese versagen, so ist der Arme auf Privatwohltätigkeit angewiesen.

In dem nordischen Kaiserreich unterscheidet man folgende Stände oder Klassen: Adelige, Kleriker, Kaufleute, Krämer und solche, die von Handarbeit leben. Die drei ersten Klassen werden in der Regel von ihren Standesgenossen unterstützt oder sinken, wenn das nicht der Fall sein sollte, auf ein niedriges Niveau herab. Während in dem übrigen Europa an die höheren Stände und vor allem an die Reichen und die, welche höhere Ämter bekleiden, seitens der Wohltätigkeitsvereine große Anforderungen gestellt werden, ist es in Rußland eine Seltenheit, daß der Reiche durch die öffentliche Meinung die Not der Armen zu lindern gezwungen wird. Der Arbeiter muß jährlich einen Rubel zum Unterhalt des Spitals seiner Pfarrei oder seines Quartieres beisteuern, wenn er unentgeltliche ärztliche Behandlung beanspruchen will; dem Wohlhabenden wird dieselbe Vergünstigung ohne Zahlung des Rubels zuteil. In St. Petersburg können alle Kranken in den Spitälern Aufnahme finden, aber die Armen müssen zahlen,

die Reichen aber werden unentgeltlich verpflegt. Mit Ausnahme von Moskau und einigen anderen Städten tut die Munizipalität für die Armen nicht viel mehr als die Regierung, überläßt vielmehr fast alles der Privatwohltätigkeit. In dem großen Reich mit seinen 130 Millionen Seelen, von denen ungefähr 90 Prozent zur Arbeiterbevölkerung gehören, besteht keine Verpflichtung für die Armen und Kranken und Arbeitsunfähigen zu sorgen, kein Armen- oder Arbeitshaus, in dem sie Aufnahme fordern könnten.

Glücklicherweise gibt es noch alte, in besseren Zeiten gegründete Wohltätigkeitsanstalten, die jedoch vielfach ihrem ursprünglichen Zweck entfremdet und so schlecht verwaltet werden, daß die Armen nur geringen Vorteil aus ihnen ziehen. Die Anstalt Gorodskaja-Bogodelnia wurde in Petersburg von Katharina II. als Heim für die Armen gegründet, von seinen 3800 Insassen zahlen 300 je 72 Rubel, für 700 zahlen ihre Freunde oder frühere Herrschaften, für die übrigen 2800 die Munizipalität. Die meisten gehören der niederen Mittelklasse an, oder sind arbeitsunfähige Dienstboten. Die Munizipalitäten sind nichts weniger als freigebig mit ihrer Unterstützung der Armen und sorgen in der Regel nur für die, welche zudringlich sind, unbequem werden oder sie in Verruf bringen könnten. Alle, die vom platten Lande eingewandert sind und an ihrem Aufenthaltsort das Bürger- oder Niederlassungsrecht sich nicht erworben haben, werden, wenn sie in tiefe Armut geraten, oder krank werden, in ihre Heimat aufs Land zurückgeschickt. Es kommt häufig vor, daß die alten Leute wieder in die Städte, wo sie mehr Almosen erhalten, sich einschleichen oder von Freunden durchgeschmuggelt werden. Fräulein Sellers traf mit einer alten Frau zusammen, welche sich zum zwanzigstenmal nach Petersburg durchgeschmuggelt hatte. Die Polizei übt in dem nordischen Reich eine weit größere Gewalt aus als anderswo. Sie bestimmt die Summen, welche die Arbeiterklasse für die arbeitsunfähigen, kranken Armen zu zahlen hat, sie sind die Verwalter und Armenpfleger. Eine strenge Trennung zwischen ehrbaren und verschämten Armen,

Landstreichern, Betrügern, Dieben und Räubern besteht nicht.

Das Bettler-Depot in Petersburg, das der Oberleitung der Polizei untersteht, ist zu gleicher Zeit Gefängnis, Arbeitshaus, Asyl für Obdachlose, Spital, Heim für die alten Leute, Waisenhaus, kurz ein allgemeiner Zufluchtsort für Heimatlose, gebrochene Existenzen und auch für alle die, welche unter polizeilicher Bewachung stehen. Ein derartiges Milieu ist für Kinder und die noch unverdorbene Jugend höchst gefährlich; ist aber im Vergleich mit dem Wiasemski-Dom, einer Privatanstalt, ein Paradies zu nennen. Diese große Armenherberge war ursprünglich ein fürstlicher Palast, der jedoch so verwahrlost und schmutzig ist, daß man kaum noch eine Spur seiner früheren Schönheit entdeckt. Trotz der Löcher in den Fenstern, den Dächern und den Mauern ist der Gestank unausstehlich. Es scheint, daß die Gebäude jahrhundertelang nie gescheuert und gereinigt wurden. Um die Pest oder andere ansteckende Krankheiten zu verhindern, wäre der Dom anderswo längst niedergerissen worden. Die Stiegen, die Fußböden sind so wackelig und gebrechlich, daß sie lebensgefährlich sind. Fräulein Sellers behauptet, nie in ihrem Leben ein so verwahrlostes, Ekel einflößendes Armenhaus besucht zu haben. Da nicht nur die Zarin, sondern auch einige Großfürstinnen sich für die Krankenpflege interessieren und die Kranken besuchen, muß es befremden, daß sie mit einem Teil der großen Summen, über die sie verfügen, nicht einige der Hauptstadt Rußlands würdige Armenheime gegründet und dotiert haben. Die nächste Umgebung der Kaiserin hat höchstwahrscheinlich die Wahrheit zu verheimlichen gewußt. Im Gegensatz zu Petersburg hat die Munizipalität von Moskau eine dem englischen System nachgebildete, weise Armenunterstützung eingeführt, aber bis jetzt wenig Nachahmung gefunden. Jeder Distrikt hat in Moskau seinen eigenen Armenrat.

Die Räte werden nicht gewählt, sondern angestellt und besitzen keineswegs das Recht, das ihnen übertragene Ehrenamt auszuschlagen, das nicht nur

viel Zeit beansprucht, sondern auch zu Ausgaben für die Armen nötigt. Wenn die Armenräte reich sind, so ist die in Moskau befolgte Methode der Besteuerung der Reichen zugunsten der Armen der anderswo in Rußland befolgten Methode vorzuziehen, nach welcher die Arbeiterklasse die Armen unterstützen muß. Das System hat sich bewährt, denn Moskau besitzt eine Reihe von guten und trefflich verwalteten Spitälern, Kinderheimen, Werk- und Armenhäusern und guten Schulen. Denen, welche das Armenhaus fürchten, wird Hausunterstützung gewährt. Nirgends wird das Los der Armen in gleichem Maß gelindert. Über die Armenpflege in den Landgemeinden können wir uns kurz fassen. Die Gemeindevorsteher können wohl die Bewohner besteuern, aber die der Regierung zu entrichtenden Steuern sind so bedeutend (in der Regel die Hälfte des Ertrags), daß die Bauern in gewöhnlichen Jahren keinen Überschuß haben, in Jahren des Mißwachses Schulden kontrahieren und vielfach mit schlechter und kärglicher Nahrung zufrieden sein müssen. Der slavische Volksstamm ist äußerst freigebig und versagt sich nicht selten das Notwendige, um dem Armen zu helfen.

So bemerkt man unter den Bauern und Lohnarbeitern Tausende von schlecht genährten Männern und Frauen, die schweren Arbeiten nicht gewachsen sind, den Krankheiten und Entbehrungen gegenüber keine Widerstandskraft haben und eines jähen Todes sterben. Die Obrigkeiten der Gemeinden, Mir, der ländlichen Bezirke, Zemstwos, sind meistens ohne Geld, die Regierung ist aber so weit davon entfernt, ihnen in ihrer Not beizuspringen, daß die Steuereinnehmer in schlechten Jahren die ganze Ernte mit Beschlag belegen und es den Bauern überlassen, in welcher Weise sie ihr Dasein fristen wollen. In vielen Fällen bleibt ihnen nichts anderes übrig, als ihre Zuflucht zu den Wucherern zu nehmen, und denselben ihre Güter zu verpfänden, oder auf den Bettel zu gehen. Es ist gar nichts Ungewöhnliches, daß der Starosta (Ortsvorsteher) an der Spitze seiner Gemeinde auf den Bettel geht. Die Zemstwos können

wohl eine Kommunalsteuer ausschreiben, vermögen aber dieselbe nur in den seltensten Fällen einzutreiben, da außer dem ländlichen Besitz kaum ein anderes passendes Steuerobjekt ausfindig gemacht werden kann.

Die Armensteuer ist nur dann einträglich, wenn die Ernte gut ist. Leider sind zwei unmittelbar aufeinanderfolgende gute Ernten selten, leider verschlingen die vielen schlechten Ernten die Ersparnisse der guten. Die Regierung hätte schon längst in ihrem eigenen Interesse Ackerbauschulen gründen, die Bauern anleiten müssen, das Land rationell zu bebauen; sie zieht es hingegen vor, hohe Politik zu treiben und das Land auszusaugen. Die Ernährung der zu Krüppeln gewordenen Soldaten, der Unterhalt der Familien, die ihr Haupt in der Schlacht verloren haben, wird die Notlage steigern und die niederen Klassen zur Revolution treiben, wenn die Regierung in ihrer Hartherzigkeit beharrt und jede Unterstützung aus der Staatskasse verweigert.“

Über das Bettelunwesen in Rußland gibt uns Alexander Pawlovič in der „Schlesischen Ztg.“ vom 15. u. 16. März 1906 folgendes Bild:

Es war in den Tagen des großen Streiks der Postbeamten. Aller Verkehr ruhte, nur die Briefe ins Ausland gingen noch ab, wenn man sie selbst auf den Warschauer Bahnhof beförderte und in den Postwagen des Schnellzuges nach Eydtkuhnen warf. Daran lag es, daß auch ich in der schweren Ausstandszeit öfters zum Bahnhofe hinausfahren mußte.

Einst, an einem kalten Novemberabend, als der winterliche Wind von der Newa her die lange Zeile des Wosnessenski-Prospekts heftig hinauffegte, fand ich in der Nähe meiner Wohnung, wo sonst die Mietkutscher zu Dutzenden halten, nur einen einzigen vor. Er machte einen melancholischen Eindruck; der kleine, scheckige Gaul im Gespann ließ den Kopf schwer hängen, und der Kutscher auf dem Bock war eingenickt.

„He, Schlafmatz! Zum Warschawski Woksal! Was soll's kosten?“

Im Nu war er munter geworden: „Belieben Sie sieben Zehnerchen (70 Kopeken) zu bewilligen,“ bat er schmeichelnd.

„Recht bescheiden! Und du fürchtest nicht die Sünde, so viel zu fordern? 30 Kopeken genügen vollständig, dazu ein Fünfer als Natschajok (Trinkgeld), wenn Du gut fährst.“

Er schwört, es gehe nicht billiger. Wie er aber zwei seiner Konkurrenten heranfahren sieht, einigen wir uns im Handumdrehen.

Nun traben wir davon. Aber kaum sind wir zweihundert Schritte weit gefahren, so nickt er allmählich wieder ein, und auch dem Gaule fällt der Kopf bis auf die Brust.

„Nun, was bedeutet das? Ermuntere Dich! Im Traume verdient man nicht Geld. Oder hast Du die Nacht nicht wie andere Rechtgläubige geschlafen?“

„Fast garnicht, Euer Wohlgeboren. Aber ich war nicht schuld daran, mein Ehrenwort. Übrigens, was ist da zu tun? Man muß sich dennoch Mühe geben“ — und er bedroht den Scheckigen mit der Peitsche. Einmal, zweimal. Der mürrische Gaul beachtet die Mahnung nicht im mindesten.

Und ich habe doch wirklich Eile. Da greift denn der ehrlichste Bürger zur List. Man stachelt einfach die besseren Gefühle seines Nebenmenschen auf. Bei uns geschieht das in folgender Weise:

„Streng genommen, bist Du ein glücklicher Mensch. Wer von den anderen besitzt wohl ein so tüchtiges Pferd? In der Tat, ein bemerkenswertes Tier. Ich bich überzeugt, es könnte sich auf den Rennen auszeichnen. Hinderlich ist nur der eine Umstand, daß es nicht will. Augenscheinlich verehrt es auch wenig seinen Herrn. Überhaupt, wie ist sein Charakter? Ich halte ihn kaum für ganz zuverlässig. Meinst Du nicht, daß es aus Trotz so lässig hintrabt? Vielleicht bereitet es sich vor zu — streiken? Böswillige denken ja nur an so etwas.“

Jetzt kehrte er sich zu mir um, blinzelte mich pfiffig an und sagte: „Wer seinen Vorteil sucht, probiert es mit dem Streik. Auch Tiere sind von Gott und haben einen Verstand.“

„Ach, Du bist einer von den Roten? Richtig, ich habe schon gehört, daß auch unter euch Kutschern Unruhestifter umhergehen.“ Und spöttisch fuhr ich fort: „Ihr seid ja auch Leute vom öffentlichen Verkehr, dürft nicht zurückbleiben hinter den Dienern des Zaren. Und ihr bildet euch ein, einen Vorteil zu erlangen, wenn ihr mit euren Wirten Streit anfangt! Wo ist da ein Vorteil zu sehen? Du weißt auch, wie unser Volk spricht: Einigkeit führt zur Liebe, aber das Zerwürfnis schafft Gegner.“

„Vollständig wahr, Herr. Nichtsdestoweniger geruhen Sie zu erwägen, welch einen ungeheuren Vorteil alle hätten, wenn das ganze Volk streikte. Das wenigste ist, die Obrigkeit wäre gezwungen, auch in Rußland die vollen 13 Monate wieder einzuführen . . . “

„Die 13 Monate? Was meinst Du damit?“ fragte ich verwirrt.

„Das ist eine klare Sache. Das ganze Volk weiß doch, daß für uns nur 12 Monate im Jahre gezählt werden, die Fremden aber dürfen 13 haben. Wie soll unser Volk nicht arm bleiben, wenn man uns nur 12 Monate Zeit gibt? Natürlich, den Deutschen wird gestattet, sich einen Monat länger zu beschäftigen. Es ist unvermeidlich, daß sie reicher werden müssen.“

„Ewiger Vater, mit wem hat mich mein Schicksal heute zusammengeführt! Zweifellos ist Dein Verstand vom Antichrist besessen. Haben euch die Agitatoren diese Weisheit vorgeschwatzt?“

Er schlug plötzlich hart auf den Gaul ein, schwieg eine Weile, spie dann aus und erwiderte mit Unwillen: „Die einen mögen es Unsinn nennen, die anderen haben eine gegenteilige Ansicht. In jedem Falle wird die Obrigkeit etwas daran verdienen, wenn sie uns einen Monat wegnimmt. In Deutschland hat das Volk eine ordentliche Obrigkeit.“

„Aber bedenke doch einen Augenblick, was Du redest. Auf der ganzen Welt zählt das Jahr immer nur 12 Monate, bei allen Fremdgläubigen, sogar bei den Heiden. Beim Andenken meiner seligen Mutter, es ist gar nicht anders möglich. Und warum unnütz

die Deutschen loben? Ich selbst war in Deutschland, Frankreich, England. Überall ist's wie bei uns. Aber in der Stadt Berlin sind die Sozialdemokraten, die ohnehin keine Obrigkeit leiden mögen. Und wenn die wegen der 12 Monate nur einen leisen Vorwand fänden, glaube mir, dann würden sie schreien, daß man es in der Kasanschen Kathedrale hörte. Nein, an solche Lügen soll man nicht glauben. Wenn Du aber willst, so zeige ich Dir einen deutschen Kalender, da such' mit eigenen Augen, ob Du einen Tag mehr findest, als wir Russen haben."

Er versank in tiefes Nachdenken . . . „Gut, Euer Wohlgeboren waren selbst jenseits der Grenze. Nun ja, wir sind unwissende Leute, niemand belehrt uns. Dennoch sagt das Volk in jedem Gouvernement dasselbe. Wahr bleibt auch, daß wir erst Weihnachten haben, wenn die Deutschen das Jordanfest feiern" (den heiligen Dreikönigstag).

Da war denn das Rätsel gelöst! Es handelte sich um den Unterschied der 13 Tage zwischen dem julianischen Kalender und unserer veralteten Zeitrechnung. Sind uns doch wirklich die „Fremdgläubigen" um fast einen halben Monat voraus, und so kann es schon geschehen, daß ein Volk, das nach dem Willen seines Erziehers Pobjedonoscev in der Dorfschule nur Gebete auswendig lernen soll, sich hinter den „Deutschen" um ein Stück Zeit zurückgesetzt fühlt. Astronomisch legt es sich den Fall nach seiner Weise zurecht. Ich wollte meinem braven Kutscher den Unterschied begreiflich machen, richtete aber nicht viel aus: „Die Gelehrten haben ihre eigenen Gedanken, aber auch wir sind nicht des Verstandes beraubt." Und hitzig setzte er im Volkstone hinzu: „Sprich, was Dir gefällig ist, aber Du selbst bist einverstanden, hast es eben erläutert, daß wir um 13 Tage zurück sind. Warum hat man dieses Gesetz erlassen? Sind wir schlechter als der Bussurman (Muselmann)? Wir stammen nicht aus dem Walde, ein jeder versteht sich zu bekreuzigen und verehrt die Heiligen. Es ist nicht lobenswert, daß die Beamten zwei volle Wochen in ihre Tasche stecken.

Wenn sie die Wölfe fräßen! Warum zwei Wochen? Ein solcher Diebstahl ist gänzlich unstatthaft."

Dabei blieb er. — Ich habe unser Gespräch treu wiedergegeben. So denkt nun unser Volk, und es denkt in vielen anderen Dingen ähnlich. Vor Jahren verlebte ich den Sommer in einem der kernrussischen Dörfer des Wolchovschen Flußgebiets. Der erste Krämer und Schankwirt im Dorf, Jossiv Iwanowitsch Lewinski, hatte dort ein schönes Landgut mit fetten Äckern und fischreichen Gewässern. Er war ein frommer Orthodoxer, sogar mit der Tochter des Popen verheiratet und stand in hohem Ansehen, obschon er nur durch Wucher und den Ausschank geschmuggelten Branntweins zu Vermögen gekommen war. Dem Angelsport ergeben, hatte ich mit einem seiner Pächter, Ilja Stepanov, durch dessen Anwesen ein Forellenbach ging, Freundschaft geschlossen. Seine beiden flachshaarigen Knaben nahm ich oft zum Fischen mit und schenkte ihnen regelmäßig eine Kopeke. So betrachtete mich Ilja Stepanov als einen Ausnahmemenschen und trug meinen Ruhm im Dorf umher. Aber auf den reichen Lewinski war er schlecht zu sprechen. „Du denkst, Jossiv Iwanowitsch sei ein Rechtgläubiger," sagte er zu mir, als wir schon näher bekannt waren. „Ein Jude ist er, nichts mehr, und von Natur heißt er Lewin. Gott allein weiß, ob er überhaupt seinen falschen Glauben abgeschworen hat. Der Pope steckt mit ihm unter einer Decke, und mein Vater hat immer versichert, sie trieben mitsamt heimlichen Götzendienst. Nun sage mir, wie kommt der fremde Blutsauger dazu, das russische Land zu besitzen? Der Lehrer sagt: weil er die Behörden bestochen hat. Die Behörden wissen sehr gut, daß das Land uns gehört."

„Also wirklich? Euch gehört es? Da habt ihr es wohl vor alters geerbt oder sonst erworben?"

„Alexander Pawlowitsch, Du bist ein guter Mensch, doch wie soll ich sagen — ihr Städter seid alle etwas verkehrt. Es versteht sich doch von selbst, daß das Land von Rechtswegen mein Eigentum ist, wenn ich es bearbeite. Ohne Arbeit wäre es doch wertlos, das sieht Du ein. Und was tut Jossiv Iwanowitsch?

Kann er mit seiner Anstrengung etwas aus dem Boden herausziehen? Er kann und will es nicht. Er versteht nur zu betrügen. Wer aber für den Acker arbeitet, dem allein soll er auch gehören."

„Hm, eine sonderbare Ansicht. Höre mal, Ilja Stepanov, Du trägst da einen netten Kaftan. Erstens hast Du nie an ihm gearbeitet, Du hast ihn gekauft, und zweitens, wenn Du ihn Deinem Gevatter ausborgst, verlierst Du dann das Recht des Eigentums an ihm?"

„Wie ich die Ehre hatte zu bemerken, ihr Städter seid Dummköpfe," rief er verdrießlich. „Nimm es mir nicht übel, Täubchen, aber Du redest wie ein Weib. Wie wäre es erlaubt, diesen Kaftan mit einem Acker zu vergleichen? Es sind doch grundverschiedene Dinge. Stelle es Dir nur ordentlich vor: ein Kaftan, den der Schneider Sawwa genäht hat, ein Trunkenbold und Herumtreiber! Und hier das russische Land, das Gott selbst in unsere Hand gegeben hat!"

Den ganzen Sommer arbeitete ich vergebens daran, mit meiner Schulweisheit Eingang in Ilja Stepanov's Denkvermögen zu gewinnen. Unsere Bauern sind Kommunisten aus Stahl und Eisen, und sie sind es, die das russische Land bevölkern. Auch in den Städten bilden sie mit ihren nächsten Abkömmlingen die Mehrheit der Einwohner. St. Petersburg schilt man unrussisch, international, „intelligent", d. h. europäisch, und doch zählt die größere Hälfte der Petersburger zum Bauernstande. Alljährlich im Herbste wälzen sich Scharen der jüngeren Landarbeiter, wenn sie daheim Dienst und Tagelohn des Sommers verloren haben, in die Städte, und auch die Residenz nimmt Tausende und aber Tausende dieser erwerbslos gewordenen Dörfler auf. Von den Verhältnissen, die sie dort erwarten, haben die Neulinge in der Regel nur rosige Vorstellungen, und vergleicht man die unbeschreibliche Dürftigkeit ihres Daseins im Dorfe mit dem allgemeinen Zuschnitte der Lebensführung in der Residenz, so rechtfertigen sich in einem gewissen Sinne zum Teil ihre traumhaften Vorstellungen. Auch bietet sich ihnen für den Minimallohn, den sie

fordern oder erhalten, in St. Petersburg häufig eine Beschäftigung für die erste Zeit, und so kommen viele durch den Winter, ohne einen Tag um den andern zu darben. Ist doch auch die Bedürfnislosigkeit dieser Naturkinder aus der öden Provinz beispiellos. Der städtische Rollkutscher, den sie an seinen Halteplätzen auf dem Lastwagen, oder der Fabrikarbeiter, den sie am Wege, am Kanalufer, in der elenden Kneipe das Mittagmal verzehren sehen, muß den zugewanderten zerlumpten Landläufern anfangs als Sybarit erscheinen, denn er speist neben dem großen Stück Brot noch aus einer Schüssel, die ein gekochtes Gemengsel von Kartoffeln und Grütze, bisweilen sogar Besseres enthält. Daheim aber ertrug der Ankömmling nicht selten drei Hungertage in der Woche, und als Gast in der winterlichen Finsternis seiner Hütte saß der Skorbut . . . Warum sollte er in St. Petersburg nicht sein Glück machen? Das Glück, ordentlich satt zu werden, vielleicht noch mehr als das! — So war es vor Anfang der politischen Reformbewegung, vor der Zeit des jetzt doppelt gesteigerten Elends der städtischen Arbeitermassen.

Ein Teil des anflutenden Menschenstromes versinkt für immer in den Kloaken der stolzen Residenz. Wer eine Droschke zur Peripherie Petersburgs nimmt und dort, wo die Landstraßen in die Vorstädte münden, Beobachtungen macht, begegnet ganzen Dorfbewohnerschaften, Scharen von Männern, Frauen, Halberwachsenen und Kindern, beladen mit ihren dürftigen Habseligkeiten, alle auf dem Marsch ins Zentrum, alle schmutzig, müde, hungrig, sehnsüchtig ausblickend nach dem Unbekannten, schwankend, als müßten sie kurz vor dem Ziele zusammenbrechen. Wie sie sich in der allerersten Zeit hier zurechtfinden mögen, wissen sie selbst allein nicht, doch schon nach wenigen Tagen sieht man sie in Gruppen auf den Arbeitsmärkten stehen und ihre Dienste anbieten. Ziemlich bald ist vielleicht die Hälfte von ihnen untergebracht, da sie kein Angebot, es sei noch so bescheiden, zurückweisen. So beginnen sie denn ihr neues Leben. Den Glücklichsten geht es recht leidlich: sie lernen zwar die Laster und Verbrechen der Hauptstadt nahe

genug kennen, halten sich aber doch aufrecht, bleiben fleißig, einigermaßen nüchtern, und kehren im Frühjahre mit einem ersparten Groschen zur Feldarbeit auf das Land zurück. Die Übrigen erliegen ihrer Schwäche und Torheit, werden die Opfer der Versuchung und des Verderbens in tausendfacher, schrecklicher Gestalt. Wie der Sand am Meere füllen sie die unterste Klasse des Petersburger Proletariats an. So verhält und mehrt sich die Bevölkerungsziffer der Residenz, die sonst kaum steigen würde, da das mörderische Klima, die Verseuchung des Bodens, die verwahrlosten sanitären Zustände überhaupt das natürliche Wachstum der Bevölkerung hintanhalten.

Erfahrungsgemäß verfallen die weiblichen Angehörigen der Eingewanderten am leichtesten dem Verderben in der Millionenstadt. Sie bringen kein sonderlich strenges Maß von Tugend mit, weil daheim die wildwachsende Moral ihres Pfahldorfes die höher aufgerichteten Schranken der Sitte praktisch sehr leicht übersieht und Fehltritte gleichmütig beurteilt. Die Großstadt stumpft dann das sittliche Erkenntnisvermögen erst recht ab, und es geschieht nicht zuerst, aber auch nicht zuletzt, daß die erwachte brennende Begier, inmitten der Herrlichkeiten der Residenz sich möglichst gut am Leben zu erhalten, die Herrschaft über diese naive Frauenklasse gewinnt. Einige Hunderte der zugewanderten Mädchen finden auch wohl jedesmal ihren ersten Dienst in den Haushaltungen der kleinen Kaufmanns- und Handwerkerfamilien, und so leicht auch diese „Herrschaften“ von ihrer eigenen Bildung belastet werden, fühlen sie sich doch neben den weltfremden Kindern vom Lande mit Recht als Vertreter der Zivilisation. Erzählen wir etwas aus den Memoiren der ersten Dienstwochen eines solchen Mädchens für alles.

Sie heißt Euphrosyne, denn das Dorf liebt die prächtigen Namen, zumal die byzantinischen, die mit der Annahme des orientalischen Christentums in den slavischen Kalender kamen. Im gewöhnlichen Leben freilich zieht man die Euphrosyne zur einfachen „Frusa“ zusammen, etwa wie Jekaterina zu „Katja“ oder Nikolai zu „Kolja“. Unsere Frusa hat sich um

den Monatslohn von drei Rubel in das Haus eines Tischlers verdungen und ist jetzt überglücklich. Sie entwirft die kühnsten Pläne für die Zukunft, denn der bewilligte Lohn — sie hätte gern auch nur zwei Rubel genommen — bedeutet ein Vermögen für sie. Frusa verliert in der ersten Zeit fast ihr Teilchen Verstand über all dem Neuen, Ungeahnten, das sie in den bescheidenen Verhältnissen ihrer Dienstgeber täglich blendet. Man hat sie mit vieler Mühe in den notwendigsten Hantierungen unterwiesen; Frusa rühmt sich schon der Wissenschaft des Tischdeckens und vergißt nur noch öfters das Tischtuch dabei. Einen starken Widerwillen hat sie gegen das Staubwischen, da sie den Nutzen dieser Beschäftigung nicht einsieht und den Verdacht hegt, man wolle sie damit zum Besten halten.

„Eine Närrin bin ich unbedingt,“ bemerkt sie unwillig, „aber wozu eine derartige unnütze Beschäftigung?“ Denn der Staub kehrt ja immer wieder. Sonst greift Frusa, an härtere Arbeit gewöhnt, überall sehr kräftig zu, zerschlägt zunächst die weniger widerstandsfähigen Gegenstände in Atome und wird stündlich gescholten, was jedoch spurlos an ihr abgleitet. Schelten kennt sie von Kindesbeinen an. Inzwischen vertieft sich ihre Einsicht in die Geheimnisse des Kulturlebens, da sie auf alles, was im Hause steht und hängt, was drinnen und draußen vorgeht, sorgfältig acht gibt. Man überrascht sie bisweilen dabei, wie sie die alte Pendeluhr in der Wohnstube fassungslos anstarrt. Scheue Ehrfurcht malt sich in ihren Zügen — was mag in Frusas Gehirn vorgehen? Natürlich kümmert sich niemand darum. Eines Tages will der Sohn des Hauses die Uhr aufziehen. Frusa hat ihn beobachtet, dann stürzt sie entsetzt in die Küche zur Hausfrau:

„Frau, Frau, der junge Herr bringt die Uhr um!“

„Schwatze nicht Unsinn — stelle lieber den Besen da in die Ecke, er kann doch nicht den ganzen Vormittag mitten in der Küche liegen bleiben.“

„Bei Gott, Frau, ich lüge nicht, mit der rechten Faust bringt er sie um!“

Nun wird die Dame doch argwöhnisch; sie weiß, daß ihr Herr Sohn, der Quartaner, nicht in jeder Hinsicht zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. In der Wohnstube trifft sie ihn aber noch bei seiner harmlosen Tätigkeit an: er zieht die Uhr auf.

Die folgende Szene zeigt viel dramatische Bewegung. Der Monolog der Tischlersgattin (denn Frusa schweigt zunächst) ist in ungewöhnlich heller Stimmlage gehalten und er zieht auf seinem Höhepunkt aus den obwaltenden Umständen den Schluß, daß Frusa mit einem frisch ausgerodeten Baumstumpfe zu vergleichen wäre. Das Mädchen mildert den Ernst der Lage, indem es die Verteidigungsmittel der unbewaffneten Unschuld in den Kampf führt: Tränen. Denn Frusa hat nicht das Mindeste von dem ganzen Hergange begriffen. Der gelehrte Quartaner will ihr gewisse mechanische Verhältnisse und Gesetze mit spezieller Bezugnahme auf den Pendelgang von Wand- und Standuhren klar machen. Allein die ganze innere Welt seiner Schülerin lehnt sich gegen die neue Lehre auf. „Was belieben Sie zu sagen?“ fragt sie mit abweisender Handbewegung. „Eine Uhr geht doch immer von selbst!“

Indes, man sollte nicht glauben, wie schnell sich das Dorfmädchen trotz aller grenzenlosen Unwissenheit in den neuen Verhältnissen zurechtfindet. Nach wenigen Monaten weiß sie fast so viel wie alle übrigen Dienstboten in den zwanzig oder dreißig Wohnungen des großen Mietshauses. Von diesen lernt sie im Fluge, die Herrschaft lediglich als ein Objekt der Ausbeutung zu betrachten, und gar nicht lange, so „nimmt“ (d. h. stiehlt) Frusa so flink wie die anderen. Anfänglich jeden bunten Lappen, der in ihren Augen ein Schatz ist, später mit strenger Auswahl des Wertvolleren. Dazu der Tagesverdienst an den Marktgroschen — kurz, ein halbes Jahr darauf erkennt man Frusa nicht wieder. Jetzt dient sie schon in einer Beamtenfamilie und trägt städtische Kleidung. So geht es aufwärts. Einem Hausknecht oder Markthelfer ihrer Bekanntschaft hat der Zufall einmal verraten, daß Frusa mehr als hundert Rubel „erspart“ hat. Augenblicklich fühlt er sich von dem schärfsten

Pfeile des kleinen Gottes getroffen, und die beiden Glücklichen ziehen ohne weitere Umstände zusammen. Übrigens beginnen jetzt erst Frusas tiefere Lebenserfahrungen.

In den entlegenen Vorstädten St. Petersburgs, in den letzten Häusermassen weit hinauf an den Ufern der trägen Kanäle, dort, wo von der äußeren Kultur der Residenz nicht die bescheidenste Erinnerung mehr erhalten ist und das trostlose Bild des halbverfallenen Dorfes wieder begonnen hat, da wohnen das Elend, der Hunger und das niedrigste Laster leibhaftig unter zahllosem Volk. Kurz vor Weihnachten schaute ich einmal hinein in diese Welt. Ich stand in einem kleinen Stübchen der Wiborger Vorstadt. Ein Raum von etwa 16 Fuß Länge und 12 Fuß Breite, halbdunkel, da die Scheiben des kleinen Fensters unten eingestoßen und die Scherben dann mit Packpapier überklebt, die heilgebliebenen aber von einer grauen Kruste überzogen waren. In der hinteren Ecke stand ein rostiger Eisenofen, der nur jeden zweiten Tag geheizt wurde, an der einen Längswand eine Bank, an der anderen zwei Stühle, irgendwo abseits ein übelriechender Eimer. Dies die wesentlichste Ausstattung des Raumes, der eine private Nachtherberge darstellte und zehn bis zwölf Personen aufnahm. Man entrichtet, um auf dem blanken Fußboden schlafen zu dürfen, der Wirtin ein paar Kopeken, und wer eine Matratze, d. h. einen klumpigen, von dreisten Lebewesen besiedelten Heusack für die Nacht bezahlen kann, gilt schon für vermögend. Hier schlafen sie denn, eng aneinandergerollt, zusammengekauert gleich den Tieren des Waldes, alle ohne Unterschied, wie sie der Zufall herführt: Männer und Frauen im kräftigen Lebensalter, junge Burschen und Mädchen, Kinder und zitternde Greise. Mit welchen Hoffnungen war ein großer Teil von ihnen erst vor wenigen Jahren in die Hauptstadt gezogen! „Wir sind Unglückliche, Gott weiß es, warum wir so leben," seufzt ein alter, starkknochiger Mann mit aufgedunsenem Gesicht, der mich dorthin gewiesen hatte. In der Folge traf ich öfters auf meinen Streifzügen mit ihm zusammen,

und obschon er ein leichtes Mißtrauen gegen mich behielt, machte ihn ein gelegentliches Silberstück doch stets redselig. Man nennt ihn Bobyl, den Landstreicher. Er gehört zu den Häuptern der professionellen Bettlerschaft unserer Stadt. In seiner Jugend hat er noch unter Nikolai I. in den kaukasischen Kämpfen gefochten. Vieles habe ich von ihm erfahren. Jetzt, in der Woche vor den großen Fasten, hat er geheiratet. Mit 80 Jahren! Aber er konnte einen Erlaubnisschein des Bischofs von Pskov vorweisen, obschon seine Braut erst 19 Jahre zählte. Denn Bobyl ist reich, an der Wiborger Chaussee hat er sich aus den Bettlergroschen ein steinernes Haus gebaut, und der Fleischerladen im Erdgeschosse trägt ihm 600 Rbl. Mietzins. Bei seiner Trauung in der Pokrovkirche kam es übrigens zu einer Schlägerei. Bobyl's jüngere Berufsgenossen fanden diese Ehe unpassend, denn die Braut hatte den Alten überredet, seinen Kollegen den üblichen Hochzeitsschmaus mit Branntwein und Kohlpirogge (einer Art Pastete) zu versagen. Dabei kam auch mein Freund, der Petersburger Kleinbürger und Pelzhändler Karp Ssidorowitsch Wassiljev, der zufällig anwesend war, arg zu Schaden. Doch über ihn ein paar Worte zum Schlusse!

Aus seinem Leben erzählte mir Bobyl nur im trunkenen Zustande, dann erfuhr ich aber, daß er zu lesen verstand und einige französische Worte kannte, namentlich solche, die sich auf das Geschäft eines Ofenheizers beziehen. Diese Stellung habe er vor langen Jahren in der französischen Botschaft bekleidet. Aber der Dienst sei „zu schwer“ gewesen, und als er ihn aufgab, hätte ihn „das Schicksal“ auf die Straße geführt. Das Schicksal ist immer der Bösewicht, den alle die Arbeitsscheuen, die den Kern unserer zahllosen Bettlergemeinden bilden, für ihr Unglück verantwortlich machen. Trägheit steckt ihnen im Blute. Unser armes Volk, vom Unterrichte der Elementarschule kaum erst berührt, religiös unerzogen, sozial verwahrlost, schätzt noch nicht einmal den materiellen Wert ausdauernder Tätigkeit und hat kein Bewußtsein von der sittlichen Notwendigkeit

der Arbeit. Und doch ruht auf den Schultern dieser schwarzen Millionen der russische Großstaat, der historische Ereignisse ersten Ranges geschaffen hat.

An vielen Orten, so auch in St. Petersburg, sind die Bettler in Arbeitsgenossenschaften organisiert und führen wahrlich nicht das schlechstete Dasein. Das Gesetz ist sehr streng gegen ihr Gewerbe, und danach dürfte es im ganzen russischen Reiche keinen einzigen Vagabunden geben. Dieses Gesetz kann man aber nicht brauchen, denn das Geschäft des Almosennehmens setzt viel Geld um, und die Bettler erhalten als lebenserfahrene Leute ein ausgezeichnetes Verhältnis zur Polizei. Deshalb sind sie freundlich geduldet, und wer sich aufs Beobachten legt, kann in den Nebenstraßen täglich sehen, wie der Schutzmann mit dem Bettler kameradschaftlich verkehrt. In manchen Vororten entrichtet die Zunft augenscheinlich eine festgesetzte Saisonsteuer an die unteren Sicherheitsbeamten, denn mit dem Frühling, sobald die Städter hinaus auf die „Datsche“ (Landhaus) ziehen, folgt ihnen ein Schwarm von Bettlern nach, und allen Klagen des Publikums über ihre Aufdringlichkeit begegnet die Polizei mit unerschütterlichem Gleichmut. Freilich, in der Residenz selbst erfolgt bisweilen auf höheren Befehl ein gründliches Reinemachen. Dann gerät die Armee der Schutzleute in Bewegung, jeder Bettler und Strolch, der paßlose zuerst, wird aufgegriffen und in seine Heimatgemeinde abgeschoben. Das geschieht, da die Leute sich für mittellos ausgeben, auf fiskalische Kosten, d. h. die Eisenbahnen befördern von Zeit zu Zeit Hunderte und Tausende solcher Passagiere frei bis in die Nähe ihres Unterstützungswohnsitzes. Es nützt aber nichts, denn da die Ausgewiesenen daheim weder Arbeit suchen noch finden, so kehren sie nach einer gewissen Reisepause auf Umwegen in die Residenz zurück und nehmen mit gestärkten Nerven ihr Gewerbe wieder auf.

Es ist ein einträgliches Gewerbe. Auf einigen Eisenbahnen, die den Vorortverkehr vermitteln, lösen sich die minderjährigen Bettler eigens Sommerkarten, so auf der baltischen und der finnländischen Bahn,

und fahren den Tag über zwischen der Residenz und bestimmten Stationen hin und her. Sie durchwandern die drei Klassen der Züge, und da das Publikum eine kritiklose Mildtätigkeit übt, so streichen sie gute Beute ein. Ein zwölfjähriger Junge „verdiente“ im vergangenen Sommer auf der kurzen Strecke zwischen St. Petersburg und Ligowo täglich 6 bis 7 Rubel und gab davon 3 Rubel der „Obrigkeit“ ab. „Ja, wenn die Abgaben nicht wären!“ klagte mir oft Bobyl der Landstreicher. „Alle könnten dann auskommen und sogar den Armen geben,“ versicherte er. Nach seiner Rechnung heimst ein fleißiger Petersburger Bettler durchschnittlich 2 Rbl. täglich ein, „nur die Glücklichen mehr.“ Einst führte er mich in die Hinterstube einer Kneipe in der Ochtaer Vorstadt. Da saßen wohl zehn junge Kerle, alle in sauberer Kleidung. Sie hatten die Lumpen abgelegt und erholten sich hier nach des Tages Last beim Branntwein und beim Kartenspiel. Das waren die „Glücklichen“. „Sie spielen wie die Herren,“ sagte Bobyl. „Es kommt vor, daß ein Pechvogel 50 und sogar 100 Rubel verliert.“ — „Das ist stark! Und was tut er denn? Er ist doch ruiniert?“ Bobyl lächelte. „Herr, auch die Bettler haben Kredit. Man gibt einen Wechsel mit Bürgschaft zweier Genossen und erhält sofort Geld.“ — „Aber von wem? Wer läßt sich mit Euch auf solche Geschäfte ein?“ — „Früher war unser erster Bankier Karp Ssidorowitsch, der Pelzhändler, wenn Sie ihn kennen. Am Ssytnyi Rynok war seine Bude. Ein anständiger Mensch. Von uns nahm er nur 60 Prozent. Jetzt ist er reich und macht nur noch mit den Edelleuten Geschäfte.“

So also hatte Karp Ssidorowitsch seine Laufbahn begonnen, dieser Typus des Millionärs von der Straße, des Kleinhändlers vor der Öffentlichkeit und des Wucherers in der Verschwiegenheit. Deshalb war er auch zu Bobyl’s Trauung gekommen. Ich sah ihn zuerst einmal vor dem Friedensrichter, wo er in der Klagesache eines Mietkutschers, dem ein Schutzmann „zur Belehrung“ das rechte Auge ausgeschlagen hatte, Zeugnis gegen den Kutscher ablegte. Später erwies es sich, daß Karp Ssidorowitsch überhaupt nicht

dabei gewesen war, und er wurde den unangenehmen Handel nur mit viel Geld los. Er war aber Ehrenvormund an zwei Wohltätigkeitsanstalten und Kurator einer Knabenschule, obgleich er nur seinen Namen zu schreiben verstand. Auch besaß er schon den Stanislausorden, und als ihn der Ehrgeiz ernstlich zu plagen anfing, wollte er noch Kommerzienrat und Ehrenbürger werden, ja, er murmelte etwas von der Würde eines Hoflieferanten. Damals schon näher mit ihm bekannt, bestärkte ich ihn häßlicherweise in seinem Hochmut: „Für Sie eine Kleinigkeit, Karp! Man schätzt Sie auf neun Millionen. Wenn Sie zwanzigtausend opfern —.“ Er erschrak. „Glauben Sie nicht, Väterchen, daß man es billiger machen könnte? Die Zeiten sind so schlecht . . .“ „Aber die Menschen sind noch schlechter, und die Kanzlisten haben ein steinernes Herz. Außerdem muß man sich nach seinem neuen Stande einrichten. Ein Kommerzienrat geht nur im Zylinderhut, ein Hoflieferant trägt Handschuhe zu zwei Rubel das Paar, nicht 10 Kopeken wohlfeiler. Seine Töchter — Karp, Sie sind Witwer, haben aber zwei hübsche Töchter, die nur deshalb nicht verheiratet sind, weil sie den ganzen Abend stumm auf dem Sopha sitzen, wenn Besuch da ist — kurz, ich sage Ihnen, schon die Töchter eines Kommerzienrats haben eine Loge im Marientheater, namentlich zum Ballett; Hoflieferantentöchter aber sind auch im Französischen Theater abonniert. Dann gibt es da noch andere Ausgaben. z. B. für einen Lakai, eine Equipage, ein Abonnement auf den Regierungsanzeiger, das „Nowoje Wremja“ usw.“

Karp Ssidorowitsch sah mich böse an, faltete die Hände und schwieg. Heute ist er bereits Kommerzienrat, dazu noch Kirchenältester, und neulich hat er im Saale des Adelsklubs auf einer Parteiversammlung eine politische Rede gehalten. Es ist merkwürdig, wie rasch der echte Petersburger Kupetz sich die höhere Bildung aneignet. Karp Ssidorowitsch sprach, wenn auch in abgebrochenen Sätzen, eine volle Viertelstunde. Er trat warm für die Ordnung ein. „Wie soll der vaterländische Handel ge-

deihen, wenn keine Ordnung ist? fragte er laut. „Alle Augenblicke kommen Wechselproteste vor“ — er schlug sich dabei auf die linke Brustseite — „und die Wohltäter haben nichts mehr herzugeben.“ Er senkte bescheiden die Augen. Dann schilderte er besonders den Verfall des Pelzhandels, der eine Folge des Streiks auf der sibirischen Bahn sei. Er fand stürmischen Beifall, und auch ich beglückwünschte ihn: „Karp Ssidorowitsch, Sie sind der aufgehende Stern.“ „Es ist nichts,“ erwiderte er mit bescheidener Würde, „dennoch rät man mir, eine Kandidatur für die Reichsduma anzunehmen.“

Pawlowitsch hat hier eine beißende Satyre aufgeschrieben, in welcher sich die Verhältnisse Rußlands in grauenvollem Licht wiederspiegeln.

### *g)* Geplante Beraubung der Kirche in Rußland.

Dem russischen Staate soll nun die Kirche helfen. Am 11. März 1906 brachte das „Prager Tagbl.“ folgende Nachricht:

„Die neue Geldquelle. Witte borgt von der Kirche. Die russische Regierung hat — wie wir im gestrigen Abendblatt nach der „Berl. Morgenpost“ berichteten — eine neue Hilfe in ihren finanziellen Nöten gefunden. Die liegt nicht bei der heimischen Bankwelt und nicht bei der internationalen haute finance, sondern bei der russischen Kirche. Das ist nun allerdings eine Geldquelle ersten Ranges, über die das genannte Berliner Blatt noch folgende Mitteilungen macht:

Die russischen Klöster bergen in ihren Schatzkammern ein Goldvermögen von einigen Milliarden. Doch wurde die Kirchenanleihe dem Grafen Witte erschwert durch die Erinnerung an ein Ereignis, das sich im Anfang der Regierung Alexanders III. zugetragen hat und nicht gerade geeignet war, den russischen Kirchenobern Vertrauen einzuflößen. Als nämlich Zar Alexander III. nach seiner Krönung das in der Nähe Moskaus liegende Sergei-Trotzki-Kloster besuchte, wandte sich der Abt an den Zaren mit der

Anfrage, was er mit dem Dokumente des Zaren Nikolaus I. zu tun hätte. Der Kaiser Alexander III. erwiderte, daß er nichts von einem solchen Dokumente gehört hätte. Da ließ der Abt des Klosters ein in Gold eingerahmtes Schriftstück bringen, welches dahin lautete, daß Nikolaus I. vom Kloster leihweise 100 Millionen Rubel in Gold entnommen habe. — „Es wird gewiß diesem echtrussischen Kloster ein Vergnügen machen, dieses Schriftstück meines Großvaters — auf ewige Zeiten aufbewahren zu dürfen,“ erwiderte der Zar dem verblüfften Abt.

Diese drastische Antwort ist selbstverständlich nicht vergessen worden, und so verlangten die Metropoliten vom Grafen Witte gewisse Garantien. Vor allen Dingen lag es der Geistlichkeit daran, daß die Regierung dem Proselytenmachen der orthodoxen Kirche förderlich zur Seite stehe. Dadurch erklärt sich auch die zweideutige Haltung Witte's der Judenfrage gegenüber. Solange Graf Witte hoffte, daß die jüdischen Bankiers Deutschlands und Amerikas dem russischen Staate durch Realisierung einer neuen Anleihe behilflich sein könnten, suchte er zu lavieren. Heute, da Rußland der Standpunkt klar gemacht ist, daß es vor Einführung einer vernünftigen Verfassung keinen Kredit erhalte, ändert Graf Witte seine Stellung zu der Judenfrage und tritt der national-orthodoxen Partei bei, die das zukünftige Zentrum der Reichsduma bilden wird. Es bleibt aber sehr zweifelhaft, ob Witte wirklich imstande sein wird, die Metropoliten in ihren aggressiven Forderungen zu befriedigen, und es kann daraus ein Konflikt zwischen dem Staate und der Kirche entstehen.

Ein solcher Konflikt wäre bei den traurigen Agrarverhältnissen nicht ohne Gefahr. Der Einfluß der Priesterschaft in Rußland ist ein gewaltiger. Eine Agrarierbewegung steht jedenfalls bevor, da die Regierung nicht imstande sein wird, ihre Versprechungen den Bauern gegenüber zu halten. Kronländer und Reichsdomänen werden nicht ausreichen, um den Landanspruch der Bauern zu decken. Wenn sich zu dieser Unzufriedenheit noch die der Priester hinzugestellt, so könnte diese Bewegung sofort zu einer,

tatkräftigen Revolution führen, zumal die Reservisten, die aus der Mandschurei von Tag zu Tag eintreffen, durchaus unzuverlässig erscheinen. Andererseits liegt die Möglichkeit vor, daß die Entwicklung mit einer Säkularisierung, moderner gesagt, einer staatlichen Expropriation eines Teiles des Kirchenvermögens endigt."

Dagegen berichtet am 7. März 1905 das „Berliner Tagebl." folgendes:

„Graf Witte über die Juden. Petersburg, 7. März. Die Furcht vor neuen Judenhetzen im Ansiedelungsgebiet hat, wie ich kurz hervorgehoben habe, die Vertreter einer Reihe von Städten dazu veranlaßt, nach Petersburg zu kommen und den Grafen Witte auf die Gefahr aufmerksam zu machen, welche den Juden durch eine ununterbrochen geführte und von Petersburg aus geleitete Propaganda entstehen kann. Gestern wurde diese Deputation, an deren Spitze der bekannte hiesige Rechtsanwalt Herr B. G. Slisberg stand, und die sich aus Vertretern der Städte Kiev, Kišinev, Kowno und Homel zusammensetzte, von Witte empfangen. Die Deputation brachte ihre sehr begründeten Befürchtungen vor und fügte hinzu, daß sowohl viele jüdische Kaufleute aus Furcht vor neuen Hetzen ihre Geschäfte zu liquidieren beginnen, sodann aber durch die drohende Lage für die Juden jede Wahlbeteiligung ausgeschlossen erscheint. Infolgedessen forderte die Deputation die Veröffentlichung einer Regierungskundgebung, welche die Judenhetzen aufs schärfste verurteilt, damit die jüdische Bevölkerung für die Zukunft wirklich vor derartigen Hetzen geschützt werde.

Graf Witte hörte die Forderungen und Klagen der Deputation ruhig an, ließ sich manche wichtige Einzelheit aus den letzten Judenhetzen berichten und gab den Vertretern alsdann die Versicherung, daß ihre Befürchtungen zurzeit wirklich grundlos wären, da kein Generalgouverneur oder Gouverneur eine Judenhetze zulassen würde, weil sie von der Meinung des Grafen über solche Hetzen im klaren seien. Gleichzeitig sprach Graf Witte sein Bedauern über

die gegenwärtige rechtlose Lage der Juden aus und äußerte die Überzeugung, daß die Reichsduma diese Lage vollkommen begreifen und den Juden aus Gerechtigkeitsgefühl Gleichberechtigung zuerkennen werde.

Hierbei muß ich einschalten, daß ich wenige Tage vorher von einem Gespräch des Grafen Witte gehört habe, welches er mit einem Vertreter der Großindustrie gehabt hat, in welchem er genau der entgegengesetzten Ansicht war: nämlich, daß er bei dem überwiegend konservativen Bestande der Reichsduma, den er wohl nicht ohne Grund zu erhalten hofft, auf eine ungünstige Entscheidung der Judenfrage in der Reichsduma rechnet. Aber selbst wenn die Reichsduma in dieser Frage eine menschliche Entscheidung treffen sollte, so ist ja noch der Reichsrat und schließlich die höchste Sanktion nötig, um eine derartige Gleichberechtigung zum Gesetz zu machen. Graf Witte gab den Delegierten außerdem die Versicherung, daß er in bezug auf die Judenhetzen die Senatorenrevisionen besonders sorgfältig prüfen und die Hetze von Homel im Ministerrat zur Sprache bringen werde. Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zur Reichsduma gab Witte den Delegierten den Rat, sich in ausgiebigster Weise an den Wahlen zu beteiligen, damit durch die Ortschaften mit überwiegend jüdischer Bevölkerung möglichst viele Vertreter der Juden in die Reichsduma gelangen. Die ganze Darlegung der letzten Hetzen und die Forderung der Deputation über die Veröffentlichung einer Regierungserklärung versprach Graf Witte dem Ministerkabinett zur Kenntnis zu bringen."

Das Korrespondenzbureau in Wien versendete folgendes Telegramm:

„Gegen Judenhetzen. Petersburg, 14. März. Der Ministerrat beschloß gestern, die Lokalbehörden auf die Notwendigkeit strenger Maßnahmen gegen die Aufforderungen zu Gewalttätigkeiten gegen die Juden, wodurch die niedere Bevölkerung erregt werde, aufmerksam zu machen. Der Ministerrat beschloß ferner, alle Urheber solcher Aufforderungen

zu verfolgen, und ermächtigte den Minister des Innern, eine Untersuchung der Vorgänge in Homel anzuordnen und jene Personen strafrechtlich zu verfolgen, denen Untätigkeit in der Unterdrückung von Unruhen zur Last fällt.“

Jetzt wird Rußland gerettet sein.

Über das Unglück, welches den Judenagenten Witte mit Gapon traf, brachte das „Berliner Tagebl.“ folgende Nachricht:

„Gapons Ende. Petersburg, 22. Feber. Die befreiende Bewegung ist in dem von lauter Unehrlichkeiten, Bestechungen und Diebereien durchseuchten Rußland schon aus dem Grunde ehrlich, weil die breiten Massen daran beteiligt sind. Volksmassen lassen sich nicht erkaufen oder bestechen, weil sie für die Gleichheit der Rechte aller, nicht für die Oligarchen oder bestimmte Klassen der Gesellschaft kämpfen. Personen, welche an die Spitze der befreienden Bewegung treten, stehen unter der strengen Kontrolle von Millionen von Augen, die sich wohl für einen Augenblick betrügen lassen, aber nicht für lange. Das lehrt die Geschichte von Gapon. Als die Arbeiter dahinter kamen, daß sich dieser Mann für 30- bis 40.000 Rubel hat von Graf Witte kaufen lassen, haben sie keinen Augenblick gezögert, ihm in der russischen Presse eine Zivilbeisetzung zu veranstalten und ihn über Bord zu werfen. Für die Zuverlässigkeit der gebrachten und von mir telegraphierten Nachricht über diese Bestechungsaffäre steht der „Ruß“ voll ein, aber ich habe auch außerdem Grund zur Annahme, daß diese Bestechungsaffäre ihre volle Richtigkeit hat, weil ich schon im Dezember davon unterrichtet war, daß Graf Witte einige Beamte mit der Aufgabe betraut hat, Gapon und einzelne andere aus der Verbannung zurückgekehrte und ihm nicht ganz genehme Leute zu erkaufen.

Graf Witte hat ja eine gewisse Übung in solchen Geschäften, wie der Fall Scharapov gelehrt hat, den er als Finanzminister aus einem erbitterten Gegner durch Geld in einen nachsichtigen Freund und An-

hänger verwandelt hat. Die Rolle Gapon's ist mit dieser Enthüllung für die russische befreiende Bewegung ausgespielt, er ist in den Augen der Arbeiter nun nichts weiter als ein agent provocateur der Regierung und hat zudem das von Witte zur Restitution der von Trepov geschlossenen Arbeiterversammlungen hergegebene Geld einfach eingesteckt und verjubelt. Die russische Presse beurteilt den ganzen Fall ziemlich einstimmig und ist der Ansicht, daß Gapon sich sehr billig verkauft hat, denn Graf Witte wäre bereit gewesen, mehr zu zahlen. Nun ist Gapon über Bord, aber darin dürfte ein Gewinn für die russische befreiende Arbeiterbewegung liegen, weil sie durch das Aufdecken dieses Falles in den Augen der Gesellschaft nur gewinnen kann."

In welcher Art die Judenpresse schreibt und die Tatsachen ganz verdreht, davon ein Beleg in der „N. Fr. Pr." vom 26. März 1906. Nachdem der Jude Schmidt erschossen wurde, will die Judenpresse ihn, diesen ruchlosen Verbrecher und Meuterer, der den Zar Nikolaus II. auf telegraphischem Wege öffentlich zum Hohn des Thrones für verlustig erklärte, reinwaschen. Das perfide Judenblatt schreibt:

„Helden und Märtyrer der russischen Revolution. Petersburg, 22. März.

Schmidt ist immer für die Einigung des Volkes und des Zaren eingetreten. Er ist immer ein Gegner des bewaffneten Aufstandes gewesen. Das Kommando über die Matrosen hatte er übernommen, um der Meuterei ein Ende zu machen." — Tag für Tag hat der „Ruß", der jetzt ganz allein unter den Petersburger Blättern noch im flammenden Tone der Revolutionstage zu ihren Lesern spricht, in auffallender Schrift diese Worte abgedruckt, bis am vorigen Montag das Todesurteil an Schmidt und seinen drei Genossen auf der öden Insel Beresan vollstreckt wurde. Wochenlang hat das Blatt unermüdlich nachzuweisen gesucht, daß das Urteil über den „roten Admiral" aus inneren und formalen Gründen verwerflich sei; es hat die Hoffnung auf die Kassation des Urteils und auf die Begnadigung Schmidts durch den Zaren bis zum letzten Moment aufrecht zu er-

halten gesucht. „Wir wollen hoffen, wir sind fest davon überzeugt, daß Petersburg jene moralische Erschütterung, welche der Übereifer Admiral Tschuchnin's im ganzen Lande hervorrufen würde, begreifen und rechtzeitig einen Gegenbefehl nach Sebastopol schicken wird,“ schrieb der „Ruß“, als die Kunde von den „furchtbaren Vorbereitungen“ zur Vollstreckung des Urteils schon nach Petersburg gedrungen war. Einen Erfolg hat diese Propaganda, die von anderen radikalen Organen, wenn auch schwächer, unterstützt wurde, jedenfalls gehabt: die Erregung in der russischen Gesellschaft ist gestiegen, was in einer Unmasse von Briefen, die im „Ruß“ veröffentlicht werden, zum Ausdruck gelangt. Vor der Vollstreckung des Urteils suchte man Schmidt durch die flammenden Proteste zu retten. „Die Kämpfer für Freiheit und Wahrheit gehen zu Tausenden zu Grunde und unter ihnen der beste Sohn des Vaterlandes, Lieutenant Schmidt, nebst den armen Matrosen!“ klagte ein Holzhändler M. E. Kaletschev aus Rybinsk. „Werden wirklich auch sie, die für den Zaren und das Volk gekämpft und gelitten haben, getötet, ja mit einem Strick erwürgt werden? Nein! Das ganze denkende Rußland kann es nicht glauben: sie müssen leben.“

In derselben Nummer des Blattes protestieren gegen die Hinrichtung des Bösewichtes Schmidt:

26 Offiziere der Nikolai-Ingenieurakademie und in ihrem Namen der Stabshauptmann Doboschinski, 8 Studenten der Universität Charkov, 45 Zuhörerinnen von Buchhalterkursen in Petersburg, die Zöglinge des Petersburger Lehrerinstituts, 11 Schneider, die Verwaltung des russischen Verbandes der Photographenschüler, Herr P. P. Kusminski in Wien, 74 Ungenannte und einige „vaterlandsliebende Bürgerinnen“. Das sind die Proteste eines einzigen Tages, die ganze Kampagne hat, wie gesagt, wochenlang gedauert. Jetzt, wo Schmidt tot ist, wird im „Ruß“ eine Subskription für ein Denkmal gesammelt, welches das russische Volk dem Freiheitskämpfer auf der Insel Beresan setzen soll. „Wenn es uns nicht gelingen sollte, auf der von nun ab historischen

Insel Beresan ein Nationaldenkmal zu errichten", heißt es in einem Brief, „so werden es unsere Kinder tun. Ewiges Gedächtnis den heiligen Märtyrern! Rußland wird sie nie vergessen!" „Wir sind überzeugt, daß die Zeit nicht fern ist, wo den Henkern des Volkes hundertfach für ihre Missetaten vergolten wird!" klingt es drohend in einem anderen Briefe, den 98 Personen eingesandt haben.

Vor den Schaufenstern Moskaus, wo vorgestern die Photographien Schmidt's ausgestellt waren, sammelten sich große Menschenmengen. In einigen Schulen haben die Zöglinge, nachdem sie von der Hinrichtung Schmidt's erfahren, demonstrativ die Anstalt verlassen. In Odessa ist dasselbe geschehen, und in Petersburg haben sich die Mitglieder des Schriftstellervereines zu Beginn ihrer Sitzung vom 20. März auf den Vorschlag ihres Präsidenten N. F. Annenski von ihren Plätzen erhoben, um das Andenken Schmidt's und seiner Kameraden zu ehren.

Der Exlieutenant mit dem deutschen Namen und dem russischen Herzen ist zu einem Volkshelden geworden, darüber kann ein Zweifel nicht mehr bestehen.

Ein Verbrecher gegen Eid und Pflicht ist Peter Schmidt auf jeden Fall gewesen. Selbst wenn die Behauptung, daß er das Kommando über die aufrührerischen Matrosen von Sebastopol nur übernommen habe, um Blutvergießen zu verhindern, auf Wahrheit beruht, wenn er wirklich, woran kaum zu zweifeln, den Befehl zur Eröffnung des Feuers auf dem Kreuzer „Otschakov" nicht erteilt hat, so bleibt doch noch vieles, was ihm nach Kriegsrecht den Tod einbringen mußte. Er hat die gefangenen Meuterer gewaltsam vom „Pruth" befreit, hat Offiziere der russischen Flotte auf dem Meutererschiffe gefangen gehalten, hat die Mannschaft der übrigen Kriegsschiffe auf die Seite der Meuterer zu ziehen gesucht. Das ist genug, und es ist als eine schöne Tat Admiral Tschuchnin's anzusehen, daß er die letzte Bitte Schmidt's erfüllt und den schimpflichen Tod am Galgen in den ehrlichen Soldatentod durch Pulver und Blei verwandelt hat.

Wenn aber Schmidt den Tod verdient hatte, so ist er doch ein Held, ein echter Revolutionsheld. Er war nicht wahnsinnig, wie übereifrige Verteidiger behaupten, wohl aber von jenem phantastischen Geiste beseelt, der die Helden und Propheten so oft ausgezeichnet hat. Liest man seine Verteidigungsrede, so erkennt man, daß eine Idee ihn ganz erfüllt hat: die Idee, daß vermittelst einer auf dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht beruhenden konstituierenden Nationalversammlung Zar und Volk geeinigt und Rußland glücklich gemacht werden könne. Für diese Idee, die von so vielen Russen geteilt wird, hat er alles geopfert, Leben und soldatische Ehre. Zum Helden macht ihn auch der unerschütterliche persönliche Mut, den er bei allen Gelegenheiten bewiesen hat. Tollkühnen Mut hat er während der blutigen Tage von Sebastopol gezeigt; während des Prozesses von Otschakov hat er nicht den geringsten Versuch gemacht, einen Teil der Schuld von sich auf andere abzuwälzen, sondern im Gegenteil die ganze Schuld auf sich genommen: erhobenen Hauptes ist er in den Tod gegangen.

Wie sollte ein solcher Mann dem revolutionären Rußland, das nach Heldentaten dürstet und von rücksichtslosem Wagemut lebt, nicht teuer werden?

Die Ablösung für Schmidt ist bereits gefunden, und zwar in der Gestalt der 21jährigen Marie Spiridonov, der Mörderin Luschenovski's, den sie als Peiniger der Tambov'schen Bauern gehaßt hatte. Am 14. März soll ihr Prozeß zur Verhandlung gelangen. War Schmidt vor allen Dingen ein Held, so ist Marie Spiridonov hauptsächlich eine Märtyrerin der russischen Revolution. Von den Martern, denen sie ausgesetzt gewesen, nachdem sie Luschenowski auf dem Bahnhofe von Borissoglabsk niedergeschossen hatte, werden in der russischen Presse noch immer die entsetzlichsten Dinge erzählt. Der „Ruß" hat einen ihrer Mitarbeiter nach Tambov gesandt, wo die Spiridonov im Gefängnishospital liegt, und füllt nun ihre Spalten mit fürchterlichen Berichten über diese Affaire. Wie man die jugendliche Attentäterin zu Boden geschlagen und unter den

rohesten Mißhandlungen in den Kerker transportiert, wie man Angriffe auf ihre Unschuld gemacht, wie zerschunden und von Nagaikenhieben entstellt ihr jugendlicher Körper jetzt aussieht, wie schlecht sie im Hospital behandelt wird — alles dieses und noch manches andere wird genau geschildert. Der Zweck wird dabei erreicht: Die Wut über die Peiniger der Spiridonov, den Kosakenoffizier Abranov und den Polizeioffizier Schdanov, wächst gewaltig und gleichzeitig auch der Unwille über die Regierung, die noch immer über diese Angelegenheit schweigt, und die beiden Offiziere nicht zur Verantwortung zieht. Protestbriefe ohne Zahl werden im „Ruß“ zum Abdruck gebracht. Maßlose Übertreibung ist den Berichten des „Ruß“ auf die Stirn geschrieben, warum aber schweigt die Regierung, die doch sonst mit den Dementis nicht sparsam ist? Die Prozeßverhandlung wird hoffentlich die erwünschte Klarheit bringen.

Seit vorgestern wendet sich die Aufmerksamkeit jenen geheimnisvollen Tollkühnen zu, die am hellen lichten Tage in der belebtesten Gegend Moskaus in die Bank der Kaufmännischen gegenseitigen Kreditgesellschaft einbrachen und mit unerhörter Kühnheit fast eine Million Rubel in barem Gelde raubten. Jedenfalls haben sich die Räuber selbst für Revolutionäre erklärt, und man möchte fast glauben, daß ein so beispiellos dreistes Verbrechen nur gelingen kann, wenn ein Stückchen Selbstlosigkeit mit im Spiele ist. Der Moskauer Bankraub hat zusammen mit den Gerüchten von dem bevorstehenden Streik eine hochgradige Erregung erzeugt: Werden nicht zwischen dem heutigen Tage und der Eröffnung der Reichsduma, die Rußland den Frieden bringen soll, Ereignisse liegen, die in ihrer blutigen Entsetzlichkeit an die Moskauer Dezembergreuel heranreichen? Die Regierung hat ihre Schutzmaßregeln getroffen, möge die bürgerliche Gesellschaft es auch tun.“

So schreibt des Judenblatt. Nach den Schätzungen der „Ruska Gazeta“ sind in Rußland vom 1. Jänner bis 31. Dezbr. 1905 in der Revolution in ganz Rußland 14.130 Menschen getötet worden, 900 Menschen wurden gerichtlich erschossen, verwundet wurden 19.524

und die Gefängnisse wurden 72.000 Menschen eingeliefert. Wenn auch die Hälfte wahr sein sollte, alles dieses unschuldige Blut haben die Juden am Gewissen. Über sie muß das Strafgericht Gottes kommen. Das unschuldig vergossene Blut schreit um Rache gegen den Himmel. Die Zahl der erschlagenen und erschossenen Juden wird kaum ein paar Hundert betragen, die Zahl der erschlagenen Christen geht in die Tausende.

Mit welcher Wut Graf Witte für die Juden in Rußland arbeitet, dafür geben den besten Beweis folgende drei Telegramme:

„Die Judenhetze in Homel. Berlin, 14. März. Über die Judenhetzen in Homel berichtet die „Russische Korrespondenz“: Das nach Homel gesandte Mitglied des Rates im Ministerium des Innern Sawitsch stellt in seinem Berichte fest, daß die Krawalle das Werk einer Gruppe von 10 bis 15 Personen gewesen sind, die mit Revolvern und Gewehren bewaffnet unter Führung des Bankbeamten Schenadt und eines jungen Mannes Namens Golubkin handelten. Schutz und Beistand erhielten sie von Kosaken und einer ganzen Infanterie-Kompagnie, die ohne Offizier auf dem Platze erschienen und Alles, was sich in ihrer Nähe befand, selbst die herbeigeeilte Feuerwehr, beschossen. Der Anteil der Truppen an der Plünderung wird bewiesen durch einen Tagesbefehl des Generals Fallenberg vom 31. Jänner, der vom Stab des Militärbezirks Wilna nach Homel kommandiert wurde. Die Untersuchung ergab, daß die Krawalle von dem kurz vorher in Homel gegründeten Verband russischer Patrioten organisiert wurden, dessen Führer Bezirksschatzmeister Klimov und Versicherungsbeamter Malaschewski sind. Das Ziel des Verbandes ist, die oppositionellen Elemente, besonders Juden, zu bebekämpfen. Der Verband verbreitete unter Leitung und finanzieller Unterstützung des Chefs der geheimen Polizei Grafen Podgorjatschin Aufrufe gegen die Juden. Malaschewski und Podgorjatschin übergaben dem Verbande eine bei den Revolutionären beschlagnahmte Geheimdruckerei, in der dann die

Verbandsaufrufe gedruckt wurden. Podgorjatschin verteilte Waffen unter die Verbandsmitglieder. Der Homeler Fall ist der erste, wo der Anteil der Regierungsvertreter an Judenkrawallen offiziell festgestellt wurde.

Angesichts dessen ist die in den letzten Tagen dokumentarisch festgestellte Tatsache besonders wichtig, daß sich eine Geheimdruckerei in der Petersburger Polizeidirektion, Fontanka 14, befand, in der Aufrufe gegen die Juden und die Intelligenz gedruckt wurden, um nachher über ganz Rußland versendet zu werden. Diese Arbeit leitete Gendarmerie-Offizier Komessarov unter Aufsicht des Vizedirektors der Polizei-Direktion Ratschkovski.

Gegen die antisemitische Bewegung. (K.-B.) Petersburg, 15. März. Der Ministerrat beauftragte den Minister des Innern, seine besondere Aufmerksamkeit den Umständen zuzuwenden, welche auf die Möglichkeit antisemitischer Unruhen hindeuten, damit solchen Ruhestörungen rechtzeitig entgegengetreten werden könne. Der Minister solle den Generalgouverneuren und den Gouverneuren die Ergreifung von Maßnahmen zur Verhinderung von Massenausschreitungen gegen die Juden vorschreiben und ihnen überhaupt ihre Pflicht in Erinnerung bringen, für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie für die Unantastbarkeit des Lebens und des Eigentum der Privatpersonen Sorge zu tragen. Außerdem wurde der Minister des Innern aufgefordert, anzuordnen, daß bei der Anwendung der für Juden bestehenden Ausnahmsbestimmungen keine neuen direkt aus dem Gesetze abgeleiteten Beschränkungen zugelassen werden. (Pet. Tel. Ag.)

Leutnant Schmidt. Petersburg, 15. März. (Priv.) Die Schwester des Leutnants Schmidt wurde von Witte empfangen. Man spricht von seiner Begnadigung."

Der Jude Schmidt wurde am 19. März 1905 erschossen. Als er die Matrosenmeuterei am „Kniaz Potemkin" entfachte, telegraphierte dieser wahnwitzige jüdische Verbrecher dem Zar, er sei abgesetzt und habe über Rußland nichts mehr zu verfügen.

Vorläufig ist also Rußland noch in der Lage jüdische Revolutionäre erschießen zu dürfen. Wie lange noch wird Rußland so stark sein?

Witte wird sowohl von Kuropatkin, wie von Linewitsch beschuldigt, daß er absichtlich den rechtzeitigen Transport der russischen Truppen auf den Kriegsschauplatz zu verhindern gewußt habe und so den Frieden von Porthsmouth dem Zaren abtrotzte. Dagegen beschuldigt „Rus" den Kuropatkin wegen der Niederlage von Mukden, daß diese nur dem Kuropatkin und seiner gänzlichen geistigen Unfähigkeit zur Schuld falle. Jedenfalls ist hier ein Bild grauenhafter nationaler und religiöser Verräterei, wie sie wohl kaum in der Weltgeschichte vorgekommen ist. Auffallend ist, daß überall nach einer Revolution die christliche Kirche ihrer Güter beraubt wird. So geschah es in Frankreich, wo die große Revolution mit dem Kirchenraub begann und heute noch nach 100 Jahren wird dieser Raub fortgesetzt. In Deutschland und Österreich wurde die katholische Kirche ihrer Güter beraubt, seitdem die Freimaurer nach der Kaiserin Maria Theresia zu regieren anfingen. Von dem Kirchenraub stammt auch der Grundstock aller Reichtümer der Juden. Nun soll auch die russische Kirche an die Reihe kommen.

Es ist doch bekannt, daß viele Rabbiner in Rußland mehrfache Millionäre sind, ihre Weiber leben im Sommer in den teuersten Seebädern und entwickeln dort fabelhaften Luxus. Dagegen ist der russische orthodoxe Klerus blutarm. Warum will nicht Witte die Milliarden und Millionen von den russischen Finanzjuden und Rabbinern? Warum will er die Kirche berauben?

So wiederholt sich die Geschichte immer von neuem. Es gibt keine christlichen Regierungen und auch keine christlichen Herrscher mehr. Der Staat der Neuzeit ist ein heidnischer Staat mit der offenen und versteckten Judenregierung.

*h)* Tolstoj und die orthodoxe Kirche.

Als größter Schädiger des orthodoxen Glaubens in Rußland muß Tolstoj bezeichnet werden.

Dr. Sawicki in Pelplin führt in der „Germania" (8. März 1906) folgendes an:

„Ich bin nach den Grundsätzen der orthodoxen Kirche getauft und erzogen worden," so beginnt Tolstoj seine Darstellung. „Man lehrte mich diese Grundsätze in den ersten Jahren meines Lebens während meiner Kindheit und meines reiferen Jünglingsalters. Aber als ich 18 Jahre alt war und zwei Jahre die Universität besucht hatte, glaubte ich nicht mehr an das, was man mich gelehrt hatte." (Meine Beichte. Berlin, Globus-Verlag. S. 7.) Der Unglaube war in seiner Umgebung heimisch und begann frühzeitig auf ihn einzuwirken. Tolstoj erinnert sich aus den Tagen seiner Kindheit, daß eines Sonntags ein Schüler des Gymnasiums seine Familie besuchte und als große Neuigkeit eine soeben im Gymnasium gemachte Entdeckung verkündigte. Die Entdeckung bestand darin, daß es keinen Gott gebe. „Ich erinnere mich ganz genau, wie sehr meine älteren Brüder für diese Neuigkeit sich interessierten und mich aufforderten, mich ihrer Ansicht anzuschließen. Wir begeisterten uns ganz außerordentlich und nahmen diese Nachricht als etwas höchst Spaßhaftes auf, das durchaus im Bereich der Möglichkeit läge." (S. 8.) Bald las der Jüngling auch Voltaire, und seine Spöttereien belustigten ihn. So schwand langsam der Glaube aus seinem Herzen, er betete nicht mehr und stellte die religiösen Übungen ein.

Damit entsprach er dem Sinne seiner Umgebung ebenso wie durch das zügellose und ausschweifende Leben, das er nun begann. „Jedesmal, wenn ich den Versuch machte, mich über diesen glühenden Wunsch, den ich hatte, nämlich moralisch gut zu sein, auszusprechen, stieß ich nur auf Verachtung und Spott, aber wenn ich mich den wüstesten Leidenschaften überließ, so lobte man mich, ja man munterte mich dazu auf." (S. 14.) Mit Schmerz nur denkt er an jene Zeit zurück. „Ich tötete Menschen im Kriege; ich forderte sie zum Duell, um sie zu töten; ich verlor im Spiel und vergeudete den Erlös der Arbeiten der Landleute; ich bestrafte sie, ich machte tolle Streiche, ja ich betrog. Die Lüge, der Dieb-

stahl, die Ausschweifung in jeglicher Gestalt, die Trunkenheit, die Gewalttätigkeit, der Mord und Totschlag ... kurz und gut, es gibt nicht ein Verbrechen, das ich nicht begangen habe.“ (S. 15.)

Aus Eitelkeit und Begehrlichkeit fing er zu schriftstellern an. Bald wurde er eine Berühmtheit, Ehre und reiche Einkünfte waren sein Lohn. „Ich, der Dichter, der Künstler, schrieb und lehrte, und dabei wußte ich selbst nicht was und warum? Man bezahlte mich hierfür; ich besaß alles: eine prächtige Tafel, Wohnung, Weiber, Gesellschaft, Freunde, ja sogar Ruhm und Ehre wurden mir zu teil.“ (S. 17.) So erreichte Tolstoj fast die Schwelle des Greisenalters. Da plötzlich geschah etwas Seltsames mit ihm. Es kamen zeitweise Augenblicke einer allgemeinen Verstörtheit, Augenblicke, in denen sozusagen das Leben stille stand. Sie kamen häufiger und immer in derselben Weise wieder. Dieser Stillstand des Lebens kennzeichnete sich stets in denselben Fragen: Weshalb? Was dann? Die alte Rätselfrage des menschlichen Lebens! Sie taucht vor ihm auf bei allem, was er tut. „Solange ich nicht wußte warum, konnte ich nichts tun, konnte ich nicht leben.“ Wenn ich z. B. an den Ruhm dachte, den meine Werke mir erwerben würden, so sagte ich mir: Das ist gut, du wirst berühmter sein als Gogol, Puschkin, Shakespeare, Molière und alle Dichter der Welt ... und was weiter? Und wieder konnte ich nichts antworten. Diese Fragen dulden keinen Aufschub: man muß darauf antworten; wenn man nicht antwortet, kann man nicht leben.“ (S. 31.) Man sagt ihm: „Du kannst die Bedeutung des Lebens nicht begreifen; denke nicht, lebe! Ich kann das nicht, weil ich es schon zu lange getan habe. Ich vermag es nicht, die Augen vor dem Tage und der Nacht zu verschließen, die dahin eilt und mich dem Tode zuführt.“ (S. 37.) Er vermag an das Endliche nicht mehr zu glauben, und ein Ewiges erschließt sich ihm nirgend.

Äußerlich von allen Glücksgütern überhäuft, findet er dennoch sein inneres Elend so groß, daß er nicht mehr leben kann. „Dies geschah in einem Augenblick, wo mir alles zu Gebote stand, was viel-

leicht als das vollkommenste Glück betrachtet werden kann; ich war noch nicht 50 Jahre alt; ich hatte ein gutes, geliebtes Weib, das mich ebenfalls liebte; gute Kinder, ein großes Vermögen, das sich ohne irgend welche Bemühung von meiner Seite vermehrte. Ich wurde von meinen Nächsten und meinen Bekannten mehr geachtet, als ich es je gewesen war, ich wurde von den Fremden mit Lobeserhebungen überschüttet und konnte ohne Übertreibung glauben, daß mein Name berühmt geworden sei. Dabei war ich nicht etwa toll oder physisch krank. Im Gegenteil, ich besaß eine moralische und physische Kraft, die ich unter den Leuten meines Alters nie angetroffen habe ... Und in diesem Zustand gelange ich zu der Überzeugung, daß ich nicht mehr leben könne. Dieser Zustand meiner Seele ließ sich so ausdrücken: Mein Leben ist ein boshafter und alberner Spaß, der mir von irgend wem gespielt worden ist.“ (S. 34.)

Eine unbesiegbare Macht treibt den Dichter, seinem Leben ein Ende zu machen. Er muß die Waffen verstecken, aus Furcht, er könnte sie gegen sich selbst gebrauchen. Dennoch hält ein unerklärliches Etwas ihn immer noch im Leben zurück, er hört nicht auf, etwas von ihm zu hoffen. So beginnt er denn zu forschen, ob sich das Rätsel des Lebens wirklich nicht lösen lasse. „Warum soll ich leben, warum soll ich etwas tun? Gibt es ein Ziel in der Welt, das nicht durch den unvermeidlichen Tod, der meiner wartet, vernichtet wird?“

Er forscht und grübelt eifrig, mit peinlicher Gewissenhaftigkeit, wie ein Mann, der am Abgrund steht und sich zu retten sucht. Er forscht besonders in den Wissenschaften, aber er findet keine Antwort oder doch eine solche, die ihm bestätigt, was ihn der Verzweiflung in die Arme treibt: die Inhaltlosigkeit des Lebens. „Auf das, was du bist und weshalb du lebst, haben wir keine Antwort und beschäftigen uns nicht damit; aber wenn du die Gesetze des Lichtes, der chemischen Zusammensetzungen kennen lernen willst, die Gesetze der Entwicklung der Organismen, wenn du die Gesetze der Körper, ihre Formen und

die Beziehung der Zahlen und Größen kennen lernen willst, wenn du die Gesetze deines Geistes kennen lernen willst, dafür und für dieses alles haben wir klare, genaue und unzerstörbare Antworten.“ (S. 46. f.) Was nützt aber die ungeheure Summe des modernen Wissens, wenn es mir jene einzige, wichtigste Frage nicht beantwortet!

Da plötzlich stößt der Denker bei seinen Nachforschungen auf eine eigentümliche Erscheinung. Bisher hat er sich nur unter seinen Standes- und Gesinnungsgenossen nach einer Antwort umgeschaut, nun richtet er seine Blicke auf die große Masse des Volkes. Diese Millionen von Menschen leben in Armut und traurigen Verhältnissen, und dennoch lieben sie das Leben und sind zufrieden und halten den Selbstmord für ein großes Übel. „Es gibt eine ungeheure Masse von Menschen, die höchst glücklich sind, obgleich sie aller Dinge bar sind, die nach Salomon das einzige Gut des Lebens bedeuten.“ (S. 92.) „Wenn ein ruhiger Tod, ohne Schrecken und Verzweiflung, in unserer Gesellschaft zu den seltensten Ausnahmen gehört, so ist der Tod unter Hoffnungslosigkeit und wilder Empörung unter dem Volke eine äußerst seltene Ausnahme.“ (S. 92.) Geschieht das etwa, weil sie an das Endziel nicht denken? Doch, sie denken daran und geben eine Antwort von seltsamer Klarheit darauf. Und was ist es, das ihnen diese übermenschliche Kraft gibt? Es ist der Glaube, die Religion, der Glaube an Gott und die Aussicht auf ein ewiges Leben.

Da gedenkt der Dichter längst entschwundener Tage, der Tage seiner Kindheit und all der tröstlichen Wahrheiten, welche die Religion ihn damals gelehrt. Noch ist er in dem Wahn befangen, daß der Glaube das Opfer der Vernunft verlange, aber dies eine muß er gestehen, daß er allein die Antwort auf die großen Fragen der Menschheit gibt, daß er das Unendliche in das Endliche hineinträgt, den menschlichen Handlungen eine ewige Bedeutung und ein würdiges Ziel gibt und deshalb lebenerhaltend wirkt. „Der Glaube ist die Kraft des Lebens. Wenn der Mensch lebt, so glaubt er an etwas. Wenn er nicht

glaubte, daß man für irgendetwas leben muß, so würde er nicht leben. Da er das Phantom des Endlichen nicht sieht und nicht begreift, so muß er an das Unendliche glauben. Ohne Glauben kann man nicht leben. Und ich erinnerte mich an die ganze innerliche Arbeit, der ich mich gewidmet hatte, und ich war entsetzt. Es stand jetzt für mich fest, daß der Mensch, um leben zu können, entweder das Unendliche nicht sehen dürfte oder eine solche Erklärung von der Bedeutung des Lebens haben müsse, daß das Endliche dem Unendlichen gleich ist." (S. 83.) „Der Gedanke eines unendlichen Gottes, der Gedanke von der Göttlichkeit der Seele, von der Vereinigung der menschlichen Handlungen mit Gott, von der menschlichen Idee des moralisch Guten und Schlechten — all das sind Gedanken, welche in der Unendlichkeit des menschlichen Geistes ausgearbeitet werden. Das sind Gedanken, ohne die es kein Leben geben würde, und ich selbst würde nicht mehr leben." (S. 85.)

Immer weiter findet er dies als Erfahrung bestätigt; wenn er Gott verliert, dann wird das Leben traurig und inhaltleer, findet er ihn wieder, dann kehrt auch Lebensmut und Lebensfreudigkeit in seine Seele zurück. „Damals wie jetzt erwachte alles in mir zum Leben, sobald ich Gott begriff; nur, wenn ich ihn vergaß und mich weigerte, an ihn zu glauben, blieb das Leben meiner Seele stehen. Ich lebe also nicht, wenn ich den Glauben an die Existenz Gottes verliere; ich hätte mich schon vor langer Zeit getötet, hätte ich nicht eine geringe Hoffnung ihn zu finden. Ich lebe also wirklich nur, wenn ich ihn suche und fühle. Was suche ich denn aber noch? rief eine andere Stimme in mir, er ist ja da, er — das ist das Etwas, ohne das man nicht leben kann. Nun, Gott kennen und leben, das ist dasselbe. Gott ist also das Leben." (S. 104. Ähnlich auch in Über Gott und Christentum. Berlin, Globus-Verlag, S. 29.)

In seinem weiteren Gedankengang können wir Tolstoj allerdings nicht zustimmen, wir können ihm nicht folgen, wenn er zwar die Religion verteidigt und das Christentum als die höchste Erscheinung

der Religion auf Erden verehrt, aber das kirchliche Christentum verwirft. Vieles ist, was ihn in der Kirche abstößt: die Sakramente, der Gottesdienst in den Kirchen, die „Anbetung“ der Reliquien und Heiligenbilder u. s. w. Ihre Lehre ist ihm die höchste Unvernunft. „Niemals predigte eine Religion solche Satzungen, die so offenbar der Vernunft und dem modernen Wissen der Menschen widersprechen, wie die, welche das kirchliche Christentum predigt.“ (Religion. Berlin, Globus-Verlag. S. 35.) Christus ist Tolstoj ein bloßer Mensch. Seine Lehre ist göttlich, er selbst aber ist nicht Gott. (Vernunft, Glaube und Gebet. Berlin, Globus-Verlag. S. 26.) Selbst an Gott als Schöpfer glaubt Tolstoj nicht, so wenig wie an seine Persönlichkeit. (Über Gott und Christentum. S. 24 ff.) Es ist eine pantheistische Religion, in der er seine Befriedigung findet.

Dennoch nennt er sie eine christliche. Seine Religion ist das Christentum „in denjenigen Satzungen, in welchen es nicht mit den äußerlichen Formen, sondern mit den Fundamentalprinzipien des Brahmanismus und der Lehre des Konfutse, des Taoismus, des Judentums, des Buddhismus und sogar des Mohamedanismus übereinstimmt.“ (Religion. S. 91.) „Diese Prinzipien bestehen darin, daß es einen Gott gibt, den Urquell von allem; daß im Menschen ein Teilchen dieses göttlichen Urquells vorhanden ist, welches er in sich selbst durch sein Leben verringern und vergrößern kann; daß der Mensch zur Vergrößerung dieses Urquells in sich seine Leidenschaften ersticken und die Liebe vergrößern muß; und daß das praktische Mittel, um dies zu erreichen, darin besteht, andern gegenüber so zu handeln, wie du willst, daß man mit dir verfahre.“ (Religion. S. 91 ff.) Dieser natürliche Glaube widerspreche auch der Vernunft nicht wie etwa der kirchliche. „Die Behauptungen des wahren Glaubens, obgleich sie nicht bewiesen werden können, enthalten in sich nicht nur nichts Vernunftwidriges und dem Wissen der Menschen Widersprechendes, sondern klären immer über das auf, was im Leben ohne Glauben sich als un-

vernünftig und widerspruchsvoll darstellt." (Religion. S. 41 f.)

Der Gottesbeweis aber, den wir eben an der Hand von Tolstoj's Bekenntnissen entwickelt haben, behält seine volle Bedeutung, besonders für unsere Zeit. Sie wird seine Wahrheit praktisch erleben, ja man kann sagen, sie erlebt sie schon. Die moderne Kultur hat die Religion als überflüssig und schädlich aufgegeben, in der Hoffnung, durch die Loslösung vom Ewigen und die Konzentration aufs Diesseits die Bedeutung des irdischen Lebens zu steigern. Nun macht die Menschheit dieselbe psychologische Erfahrung wie Tolstoj. Auf die Periode begeisterter Kulturfreudigkeit ist die Periode des düsteren Pessimismus gefolgt, der das Fazit gezogen hat: das irdische Leben, auf sich allein gestellt, hat keinen inneren Halt, es ist nicht wert, daß es gelebt wird. Indem man die Religion verlor, lernte man ihren Wert erkennen. Nun geht der Menschheit wieder die Bedeutung des religiösen Problems auf, immer mehr bricht sich die Überzeugung Bahn, daß die Religion ein Postulat des menschlichen Lebens ist, daß dieses ohne Religion auf die Dauer unerträglich wird, daß auch das ganze irdische Leben eine sichere Stütze und eine wahre Bedeutung erst gewinnt durch die Verbindung mit dem Ewigen. „Wie die Religion es war, so bleibt sie auch jetzt die hauptsächlichste bewegende Kraft, das Herz des Lebens der menschlichen Gesellschaft, und wie ohne Herz, so kann auch ohne Religion kein vernünftiges Leben existieren." (Tolstoj, Religion. S. 20.)

Soweit Dr. Sawicki.

Es ist bekannt, daß der Heil. Synod Tolstoj aus der orthodoxen Kirche ausgestoßen hat. Tolstoj arbeitet überall für das internationale Judentum. Deshalb macht ihm die Judenpresse soviel Reklame; Fürst Mješčerski hat in seinem Blatte „Graždanin" den Tolstoj wiederholt in religiösen Dingen öffentlich als einen völligen Ignoranten gebrandmarkt. Trotzdem muß hauptsächlich den Schandschriften Tolstoj's zugeschrieben werden, daß sie die russische Intelligenz der orthodoxen Kirche entfremdet und über-

haupt glaubenslos gemacht haben. Die Geschichte muß Tolstoj als den größten Schädiger Rußlands brandmarken.

### i) Die russisch-nationale Kirche im Ideale und in der Wirklichkeit.

Die „Slavische Warte" veröffentlichte am 1. Juli 1889 folgendes:

Die Religion ist eine der mächtigsten Stützen nicht nur des Staates, sondern auch des Volkslebens überhaupt. Eine der traurigsten Tatsachen unseres Jahrhunderts ist — die religiöse Indifferenz der gebildeten Klassen. Weit davon, die Religion als einen Kulturfaktor zu unterschätzen, bin ich überzeugt, daß nur eine wirklich religiöse Basis der modernen Zivilisation die nötige Beharrungskraft geben kann. Sollen wir aber darum den mittelalterlichen Streit über Religionssysteme erneuern? Das glaube ich nicht und das wäre auch unmöglich. Die Zeit der dreißigjährigen Religionskriege ist vorbei und es bleibt nun übrig, nicht über Dogmen und Katechismen, sondern nur über die Organisation der Kirchen zu streiten. Kein vernünftiger Mensch wird jetzt auf eigene Faust über die Formel „filioque" einen Streit anfangen. Ein solcher Streit könnte nur durch die Autorität der ganzen christlichen Kirche entschieden werden und das überlassen wir — den späteren Generationen. Nebenbei bemerkt, solche abstrakte Dogmen interessieren nur Theologen und sind von keinem Interesse für die Volksmassen. Wäre dies auch anders, so könnte man mit Recht darüber auch noch zweifeln, daß solche absoluten und abstrakten Dogmen gegenwärtig einen ernsten Glaubensunterschied bewirken könnten. Es würde im Übrigen auch schwer fallen, in dogmatischer Beziehung zwischen der prawoslawischen und der katholischen Kirche einen Vergleich zu ziehen. Über Dogmen der Prawoslawie haben wir überhaupt keine von der prawoslawischen Christenheit allgemein beglaubigten und akzeptierten Gesetzbücher.

Zu Peters des Großen Zeiten erschien im Druck eine Art von Katechismus unter dem Titel „Камень вѣры“ (Der Stein des Glaubens) aus der Feder des russischen Geistlichen St. Jaworskij. Dieser Katechismus wurde nach seinem Erscheinen verboten und es wurden diejenigen, welche an die Richtigkeit seiner Glaubenssätze glaubten, unbarmherzig mit der Knute geprügelt. Nach Peters I. Tode wurde das Verbot aufgehoben, und es wurden dann umgekehrt wieder jene mit der Knute bedacht, welche nicht an die Unfehlbarkeit dieses Buches glauben wollten. Heute ist der Kamen věry abermals verboten. Vor ungefähr 30 Jahren wurde in die Mittelschulen der Katechismus des Bischofs Philaret eingeführt, obzwar damals sich laute Stimmen dagegen erhoben, welche diesen Katechismus des Lutherismus beschuldigt haben. — Der wirkliche Unterschied zwischen der westkatholischen und der ostkatholischen Kirche besteht nicht in den Worten filioque, sondern in der Organisation der katholischen und der prawoslawischen Hierarchie.

Dieser Unterschied ist freilich ein sehr bedeutender, er war ein weit bedeutenderer noch in der Zeit, als der Papst noch als weltlicher Monarch im Vatikan regierte. Der erste Schritt zur Vereinigung beider katholischen Kirchen ist bereits getan — durch die Abschaffung der weltlichen Macht des Papstes. Aber von diesem Schritte bis zu einer vollständigen Union, die einen schönen Traum unseres Philosophen Solowjev's bildet, ist es noch sehr weit. Das vitale Prinzip des Katholizismus ist nicht nur die vollständige Unabhängigkeit der Kirche von dem Staate, sondern auch die Unterwerfung der staatlichen Interessen den höhern Interessen der Kirche. In der prawoslawischen Welt finden wir umgekehrt, daß die Interessen der Kirche sich den Staatsinteressen unterwerfen müssen.

Beide Extreme haben vielleicht als Extreme ihre guten und schlimmen Seiten, aber diesen Unterschied aufzuheben, ist nicht so leicht, wie es manchem dünkt. Die Unterwerfung der Kirche dem Staate ist eine sichere Garantie gegen den Klerikalismus im

schlimmen Sinne des Wortes: Ultramontanismus. Wenn der Staat ein wirklich nationaler und demokratischer Staat ist, dann bietet eine solche Organisation der Kirche keine Gefahren. Die Sache steht aber anders, wenn wir statt eines nationalen Staatsorganismus nur ein polizeilich-bureaukratisches System vor uns haben. Das haben wir jetzt in Rußland. Aber bevor ich mich darüber des weiteren einlasse, werde ich eine alte und dennoch den Lesern der „Sl. Warte“ vielleicht noch neue Geschichte in Erinnerung bringen. Es ist eine Erinnerung aus den Vierziger-Jahren.

Es war eine Zeit, als der russische Herrscher Nikolaus I. von der Höhe seines Thrones eine orthodox-nationale Politik proklamierte, eine Politik, die indeß nur durch die deutschen und russischen Bureaukraten und Diplomaten vertreten wurde. In Riga versammelte sich im September 1845 der Konvent des livländischen Adels. Der russische Bischof Philaret folgte aufmerksam den Verhandlungen. Der Adelskonvent hatte eigentlich nur den Zweck, den Übertritt der Letten in „Prawoslawje“ zu verhindern. Aber die russische Bureaukratie und selbst der Generalgouverneur Golowin nahmen dennoch für den lutherischen Adel Partei. Neben der Bedrückung der orthodoxen Geistlichkeit entwickelte die lutherische Geistlichkeit eine rege Tätigkeit in der Sache der Propaganda des Protestantismus. Es wurde laut den Beschlüssen des Konvents dem lutherischen Pastor gestattet, in seinem Hause religiöse Versammlungen zu veranstalten und unter der Herrnhuter-Sekte, trotzdem sie vorher ihre Bereitwilligkeit zum Übertritt zur orthodoxen Kirche erklärt hatte, Predigten zu halten, während es dem russischen Bischof untersagt blieb, selbst die orthodoxen Letten außerhalb des Gottesdienstes zu versammeln, und der Priester, der ein lettisches Haus besuchte, sich nach wie vor der härtesten Strafe und der Anklage wegen Aufhetzung der Bevölkerung aussetzte.

So kehrte sich der Spieß des russischen bureaukratischen Systems gegen die sogenannte „herrschende“ Religion des russischen Staates! Freilich

ist diese Zeit vorbei und jetzt sehen wir in Livland, Estland und Kurland ein anderes Bild. Aber das Lied ist noch nicht alt geworden. Die „herrschende“ orthodoxe Kirche bleibt noch ein Werkzeug in den Händen der Bureaukraten, und die letzteren sind nur in den seltensten Fällen national gesinnt. Ich habe nichts gegen die Person des jetzigen Ober-Prokurators der Heil. Synode. Jeder unvoreingenommene Mensch muß sagen, daß Herr Pobjedonoscev als Ober-Prokurator viel besseres geleistet hat, als z. B. der jüngst verstorbene Graf D. A. Tolstoj, der seine staatsmännische Karriere auch als ein Ober-Prokurator angefangen hatte. So führt Herr Pobjedonoscev den Kampf mit den verschiedenen russischen Sekten nicht mehr mittelst der Polizeibehörden, was bei Tolstoj der Fall war, sondern meistens durch die Missionäre, welche mit den „Raskolniki“ disputieren. Und dennoch ist die russische Kirche keine nationale Kirche.

Das russische nationale Kirchenideal kann nur durch „выборное“ und „соборное начало“ verwirklicht werden, und was sehen wir davon in dem heutigen Rußland? Die Lage der russischen niedrigen Geistlichkeit ist keine dem Volksideale auch nur ein wenig entsprechende. Der russische „batjuschka“ ist entweder ein armer Mann, der einem jeden reichen Bauer als Werkzeug dient, oder ein reicher „baryň“, wie in einigen westlichen „Gouvernements“ und in den meisten russischen Städten. In beiden Fällen ist er nur ein Beamter, nicht nur dem Bischofe, sondern vielmehr dem Konsistorium, das heißt, einer ganz bureaukratischen Organisation untergeordnet. Um eine richtige Vorstellung von der subordinierten und prekären Lage der orthodox-russischen Geistlichkeit zu haben, muß man die wertvollen Memoiren eines russischen Protopopen lesen, die im Anfange der 80-Jahre in Petersburg von der Redaktion der „Russkaja Staryna“ veröffentlicht wurden (Записки сельскаго священника). Nein, wir haben keine nationale Kirche, obwohl das orthodoxe Ideal einer solchen immer zustrebte und zustreben wird. Das Ideal dürfen wir aber nicht mit der Wirklichkeit

verwechseln. Eine solche Illusion ist schädlich und besonders schädlich ist sie, wenn man ihr in der čechischen Presse begegnet. Daß der čechische Klerikalismus auch keine ideale Kirchenverwaltung geben kann, ist klar. Aber wenn die čechischen Blätter, wie „Velehrad“ oder selbst „Národní Listy“ die russisch-nationale Kirche preisen, vielleicht in der Absicht die Čechen zum „Prawoslawje“ zu bekehren, so macht es auf den, der die Sache kennt, einer sehr üblen Eindruck, nämlich den der Verherrlichung unserer gegenwärtigen Kirchenzustände, die wir nationale Russen aus der Tiefe der Seele verabscheuen. Die Verwechselung des Ideals mit der Wirklichkeit ist gleichwertig mit der Apologie der letzteren. Um eine Apologie der jetzigen russischen Kirchenorganisation zu Stande zu bringen, dazu ist es allerdings nicht notwendig, große historische Kenntnisse zu haben. Und doch würde es genügen, eine gute prawoslawische Revue wie z. B. den „Церковный Вѣстникъ“ vom Anfange der 80-Jahre zu lesen, wo die Herren aus der Redaktion der „Národní Listy“, „Velehrad“ usw. viel des Interessanten und Belehrenden für sich und für ihren Leserkreis finden könnten. Freilich ist es noch bequemer ohne jegliche Kenntnisse über die wichtigsten slavistischen Fragen zu schreiben . . .

Prawoslawnyj.

### *j)* Die katholische Kirche in Rußland.

Die „Allg. Ztg.“ berichtet Ende März 1906 folgendes:

„Die katholische Kirche in Rußland und das Toleranzedikt. C. Th. Wie aus St. Petersburg gemeldet wurde, sind in der Gesetzessammlung Erlasse veröffentlicht worden, durch welche eine Anzahl Bestimmungen über die katholische Kirche abgeändert wird. Es wurde unter anderem namentlich das Recht der Generalgouverneure zur Schließung von Klöstern abgeschafft, die Abhaltung von Prozessionen gestattet und die Dienstbefugnisse der Priester

bedeutend ausgedehnt. In Anbetracht dieser Bestimmungen ist es von Interesse, die gegenwärtige Stellung der katholischen Kirche in Rußland näher zu betrachten.

Das kaiserliche Toleranzedikt hat auch für die katholische Kirche in Rußland günstige Wirkungen gehabt, indem sie vielen Unierten, die seinerzeit gewaltsam zur russischen Kirche geführt worden, die Rückkehr in die katholische Kirche nahelegte. Letztere hatte durch die Maßnahmen des russischen Staates, schon durch die im Jahre 1839 erfolgte Aufhebung der 1596 mit Rom abgeschlossenen Union in Kleinrußland (Gouvernement Kijev, Podolien und Wolhynien), in Weißrußland (Gouvernement Minsk, Mohilev, Witebsk) und in Litauen (Gouvernement Grodno, Wilna und Kowno) zwei Millionen Seelen verloren; sodann wurde 1875 auch noch das griechisch-unierte Bistum Chelm mit 220.000 Gläubigen mit der russischen Kirche, Staatserzdiözese Warschau, vereinigt. Wie in einem Artikel der Zeitschrift „Die katholischen Missionen“ (Nr. 5, Feber 1904/05) festgestellt wird, waren die offenen Erklärungen treuer Anhänglichkeit an die katholische Kirche besonders zahlreich in den polnischen Gouvernements Lublin und Siedlce, dem Hauptgebiet der aufgehobenen nicht unierten Diözese Chelm, dann aber auch in den Gouvernements Grodno, Wilna und Minsk. Genaue statistische Angaben, die Ubertritte betreffend, sind bis jetzt noch nicht publiziert worden. Nach zuverlässigen Schätzungen sollen allein im Gouvernement Minsk sich 60.000 als Katholiken erklärt haben. Aber trotz dieser Massenübertritte, die der Verfasser als ein Zeichen der steten Anhänglichkeit der Unierten an die katholische Kirche betrachten zu können glaubt, steht doch, wie er bemerken muß, „eines fest, daß nämlich die Kirche wohl noch nicht den fünften Teil dessen wiedergewonnen hat, was ihr durch die Gewaltakte von 1839 und 1875 entrissen worden ist.“ Wenn auch von den im eigentlichen Großrußland ansässigen Unierten sich viele als Katholische erklärt haben, so kann man diese Erklärungen, wie der Verfasser betont, doch kaum eigentliche Übertritte

nennen, da ja sehr viele Unierte auch schon vorher oft mit großen materiellen Opfern und unter nicht geringen Gefahren den katholischen Glauben insgeheim ausgeübt oder doch der russischen Staatskirche sich entzogen hatten.

Innerhalb der seit alters nicht unierten großrussischen Bevölkerung sind nicht so viele Übertritte erfolgt, daß man von einer Massenbewegung sprechen könnte. Die Übertritte waren „vielmehr“ nur „vielfach“ durch „besondere Familienverhältnisse, wie Abstammung von Unierten, Mischehen mit Katholiken und andere Beziehungen“ erklärliche „Einzelerscheinungen“. Es muß dies alles gut berücksichtigt werden, wenn man den Umfang der in Fluß gekommenen Bewegung zur katholischen Kirche nicht überschätzen will.

Von Interesse sind auch die Feststellungen über die Wiedereinschränkung der Gewissensfreiheit durch Erschwerung des Austrittes aus der Staatskirche. Der Übertretende muß sich demnach beim Gouverneur melden, welcher der russischen geistlichen Behörde Anzeige macht, die dann eine zweimalige „Belehrung“ versucht; erst nach deren Erfolglosigkeit benachrichtigt der Gouverneur die bezügliche andere Konfession von dem bevorstehenden Übertritte. Vom Standpunkt des Prinzips der Gewissensfreiheit aus muß man dem Verfasser recht geben, wenn er nach Besprechung dieser Bestimmungen es auch „merkwürdig genug“ findet, daß Ortspolizeibehörden in Polen und Rußland lange Zeit keine offizielle Anzeige von dem Übertritte zur katholischen Kirche entgegennehmen wollten, indem sie behaupteten, sie hätten noch keine diesbezügliche Instruktion von oben erhalten. „Diesen Kniff hätten freilich die Katholiken von Anfang an befürchtet und ganz sei diese Furcht noch nicht gewichen; man sei zu sehr an die willkürlichen Gesetzesauslegungen der Gouvernementskanzleien oder der allmächtigen Geheimpolizei gewöhnt.“ Bezeichnend ist die Tatsache, daß sich unter der russischen Geistlichkeit selbst Stimmen für die den Unierten zu gewährende Gewissensfreiheit erhoben haben, zumal man ja seinerzeit die

Katholiken, meist ohne sie auch nur zu fragen, gewaltsam als „orthodox“ in die Register eingetragen, um den mit einer guten Besoldung und allerlei Privilegien geköderten unierten Geistlichen eine Herde zu verschaffen. Der Posten eines Minsker Diözesanmissionärs der russischen orthodoxen Kirche ist aufgehoben worden. Allerdings haben andererseits auch manche orthodoxe Geistliche sich gegen die Katholiken ausgesprochen, namentlich auch wegen der Machtmittel, die ihnen zur Verfügung stehen und gegen welche die russische Kirche nicht aufzukommen vermöge, eine Behauptung, die in Anbetracht der Reduktion der Zahl der katholischen Pfarreien, namentlich in konfessionell gemischten Gegenden, und der bisherigen Einschränkung der Tätigkeit des katholischen Klerus, wohl nicht gerechtfertigt erscheinen kann.“

Die „Augsb. Postztg.“ brachte folgenden Bericht: „Die katholische Kirche Rußlands. Petersburg, 8. März 1906. Der Reichsrat hat vor einigen Tagen die neuen administrativen Bestimmungen für die römisch-katholische Kirche festgesetzt. Sie regeln vor allen Dingen die Ernennung, Versetzung und Entlassung von Geistlichen. Die Bischöfe haben fortan das Ernennungsrecht, doch müssen sie das Exequatur für die ernannten Geistlichen einholen, teils bei den Gouverneuren, teils beim Generalgouverneur, teils beim Ministerium des Innern selbst. Im Bereiche des Erzbistums Mohilev und der 5 Bistümer Rußlands (ohne Polen), d. i. in den Gouvernements Wilna, Grodno, Kiev, Kowno, Kurland, Minsk, Mohilev, Podolien, Witebsk und Wolhynien haben die Eparchialbehörden (Eparchia, der Bischofssprengel) beim Gouverneur, in Polen beim Generalgouverneur den Konsens zu erholen. Die katholische Diaspora wendet sich an den Minister des Innern. Es können auch Geistliche russischer Nationalität angestellt werden, die ihre Studien im Auslande gemacht haben. Mit Zustimmung des Generalgouverneurs von Warschau können in Polen auch ausländische Geistliche sich niederlassen und Amtshandlungen ausüben.

Die Geistlichen, welche Lehrstellen an der geistlichen Akademie in Petersburg und den Diözesanseminaren bekleiden, werden auch von den Bischöfen ernannt, doch ist zur Erteilung des Exequatur der Minister des Innern zuständig, im Bereiche des Zartums Polen der Generalgouverneur von Warschau. Die Verleihung kirchlicher Würden an Geistliche, die schon bestätigt sind, liegt ganz im Ermessen der Bischöfe, nur ist ihnen Berichterstattung zur Pflicht gemacht. Das Exequatur für einen Geistlichen gilt als erteilt, wenn nach einem Monat vom Gouverneur etc. kein anderer Bescheid eingelaufen ist.

Die Versetzung bereits bestätigter Geistlichen kommt den Bischöfen innerhalb ihrer Eparchien ohne weiteres zu, Versetzung in andere Eparchien (Diözesen) werden jedoch wie Neuernennungen behandelt; das gilt auch für die Versetzung von geistlichen Lehrern.

Bei der Entlassung von Geistlichen sind zwei Arten zu unterscheiden: der Bischof kann jeden Geistlichen und geistlichen Lehrer entlassen, er meldet dies einfach den weltlichen Behörden. Erachtet das Ministerium die Amtsführung eines Geistlichen als dem konfessionellen Frieden schädlich, so benachrichtigt es den Bischof, damit dieser das Weitere veranlasse. Gegebenenfalls kann auch der Auftrag an den Bischof ergehen, den Geistlichen zu entlassen.

Die weiteren Bestimmungen regeln, wie schon kurz erwähnt, die Aufstellung von römisch-katholischen Kreuzen und Grabdenkmälern und die Abhaltung von Prozessionen. Die letzeren sind überall gestattet, doch ist den weltlichen Behörden Zeit und Ort derselben bekannt zu geben. Die chikanösen Paßbestimmungen für die römisch-katholische Geistlichkeit — den Geistlichen ist es untersagt, ohne einen Paß für jeden einzelnen Fall die Grenzen ihrer Pfarrei zu verlassen — sind auch aufgehoben. Der Geistliche erhält fortan einen Paß auf unbestimmte Zeit („besrotschni"), wie die orthodoxen Popen.

Die katholischen Klöster in Polen, die nur stillschweigend geduldet wurden (etwa so wie in Italien, wo das Aufhebungsgesetz nicht durchgeführt wird),

bleiben bestehen, außerdem wird das administrative Recht der Gouverneure des Nord- und Südwestgebietes, Klöster aufzuheben, abgeschafft.

Die neuen Bestimmungen sind nur die logische Folge des Toleranzerlasses, der also ehrlich durchgeführt wird. Die gewährte Toleranz könnte manchen anderen Ländern (gewissen deutschen Bundesstaaten. D. Red.) zum Muster dienen. Es wird aber nach wie vor über die „Reaktion", über die „Scheinfreiheit" in Rußland von gewissen Gazetten geschrieben. Das Freiheitsprogramm wird aber ebenso ehrlich zur Vollendung gebracht, wie der Toleranzerlaß."

### *k*) Die Mariawiten.

Über die Sekte der Mariawiten brachte die „Augsb. Postztg." folgenden Bericht: „Die Mariawitenbewegung in Russich-Polen. sko. Warschau, 18. März 1906. Die Lehren der Sektiererin Koslowska aus Plozk finden in Russisch-Polen immer mehr Anhänger. Es wäre verfehlt, das verheimlichen zu wollen. Die Ursachen des Erfolges dieser Bewegung liegen jetzt klar zutage, sie sind zweierlei Art: erstens fußen sie auf den Lehren der Sekte, zweitens auf den Zuständen in Russisch-Polen überhaupt und innerhalb der katholischen Kirche insbesondere.

Was die Lehre der Mariawiten anlangt, ist zunächst zu bemerken, daß sie von Tag zu Tag umfangreicher wird. Auf diese Weise erklären sich auch die Widersprüche, die darin lagen, daß bald dieses, bald jenes von der Sekte behauptet wurde. Zuerst waren die Mariawiten eine religiöse Kongregation, die strenge Glaubensübungen vorschrieb, aber immerhin im Rahmen der katholischen Kirche blieb. Die Verehrung der Muttergottes und die Befolgung ihrer Tugenden war ein Hauptziel dieser Kongregation; sie fand daher unter dem polnischen Volke, das einem manchmal übertriebenen Marienkultus huldigt, willig Anhänger.

Es blieb alles ruhig, bis die Koslowska in Plozk mit ihren angeblichen Visionen auftrat. Sie war Ter-

tiarin der Kongregation und eines der eifrigsten Mitglieder. Eines Tages verkündete sie, die Muttergottes habe ihr mitgeteilt, die ganze Kirche sei verderbt, es nahe das Ende der Welt, der Antichrist lebe bereits. Nur die Mariawiten könnten dem Unheil entgehen. Wurden auch einige Mitglieder der Kongregation durch diese Behauptungen abgestoßen, so blieb doch die Mehrzahl bei ihr. Selbstverständlich erhoben die Bischöfe ihre mahnende Stimme gegenüber dieser Lehre, erzielten aber keinen Erfolg. Die Koslowska nützte das Hirtenschreiben für ihre Zwecke aus, indem sie in einem Manifest dasselbe als einen Beweis für die „Verderbtheit der Kirche" schilderte, die nichts von den Warnungen der Gottesmutter wissen wolle.

Einzelne junge Geistliche, die reformerischen Ideen huldigten, schlossen sich dem Treiben der Koslowska an. Wie von einem Taumel ergriffen, folgten ihnen andere. Jeder hatte einen besonderen Wunsch hinsichtlich der Reform der Kirche. Er konnte ihn der Koslowska vortragen, die dann darüber entschied, ob er zur Lehre gehöre; d. h. sie gab vor, von der Gottesmutter aufgeklärt zu werden. Der nächste Schritt war die Verdammnis der Lehre durch den Heiligen Stuhl. Sie wurde von den Kanzeln herab verkündet mit der Folge, daß nun von der Koslowska der Papst als der Antichrist bezeichnet wurde. Die Mariawiten hatten das Band mit der Kirche ganz zerschnitten.

Die Lehren, welche die Koslowska — Matjuschka, Mütterchen genannt — als Inspiration von sich gab, wurden immer verworrener. Keiner der abtrünnigen Geistlichen wagt, sich ihr zu widersetzen. Ihr Anhang im Volke ist zu groß, da sie über Millionen verfügt und sie dem Volke zukommen läßt. Sie predigt fortwährend das bevorstehende Ende der Welt und ermahnt, sich auf dieses vorzubereiten.

Ein Beweis für die Zugkraft dieses Gedankens ist das Auftreten eines anderen, orthodoxen Fanatikers Sivko, der auch den Weltuntergang im Gouvernement Siedlce mit großem Erfolg predigt. Katholiken und Orthodoxe schließen sich ihm an; er hat

aber gar keinen Zusammenhang mit den Mariawiten und der Koslowska.

War bis vor kurzem die Agitation der Mariawiten nur auf das Land beschränkt, so haben sie jetzt auch festen Fuß in der Stadt gefaßt. In Lublin war Bischof Janewski gezwungen, vier Geistliche zu entlassen, darunter den Erzpriester der St. Nikolaus-Kirche, Milkowski. Es ist eine altkatholische Strömung die durch die Geistlichkeit geht; sie nimmt die Mariawitenlehre als einen Übergang zu derselben an. Die Geistlichen — es sind jetzt rund 140 — haben natürlich nicht genug Pfarreien der Mariawiten für sich und benützen die Mußezeit dazu, für die Sekte zu agitieren. Sie werden von der Koslowska bezahlt, die von jedem landbesitzenden Bauern 25 Kopeken, von minder Begüterten 15 Kopeken pro Monat erhebt.

Fortwährend kommt es zu Zusammenstößen zwischen Katholiken und Mariawiten. Im Blonski-Bezirk, wo diese sehr zahlreich sind — der dritte Mann ist ein Mariawite, — spielen sich blutige Schlachten ab. In Leschno z. B. erschienen Delegierte des Erzbischofs von Warschau, die Geistlichen Kajuchszto und Wierzeski, um die profanierte Ortskirche zu versiegeln. Es assistierten ihnen die Ortsrichter und die Kirchenverwalter. Die mariawitisch gesinnte Bevölkerung empfing jedoch die Delegierten des Ordinariats feindselig. Bauern, durch Glockengeläute alarmiert, strömten eilig herbei. Die Menge war mit Knütteln bewaffnet. Die beiden Geistlichen wurden geschlagen, fanden aber Hilfe aus Nachbardörfern. Die Folge war ein Kampf, der mit dem Siege der Mariawiten endigte, nachdem 21 Verwundete die Wahlstatt deckten. Die Kirche konnte nicht versiegelt werden.

In Strykov verlief der Kampf zwischen Katholiken und Mariawiten anders, als es bisher geschildert wurde. Von Lodz kehrten katholische Arbeiter heim und sahen den Unfug, den die Mariawiten in der Ortskirche angerichtet. Als sie den Mariawitenpfarrer Nowakovski erblickten, feuerten sie Schüsse auf ihn ab. Die Mariawiten eilten herbei, wurden aber ge-

schlagen; sie mußten die Ortskirche, die sie ständig besetzt hielten, räumen, so daß die katholische Geistlichkeit sie versiegeln konnte.

Die Bewegung wird noch mehr Ausdehnung annehmen; aber wie einst im Jahre 1000, als die Fanatiker den Untergang der Welt ankündigten, wird auch sie vergehen, wenn das Volk sieht, daß das Ende der Welt nicht so rasch erscheint, wie es die Sektierer behauptet haben."

V.

## Ist Buddha grösser als Christus?

Ende April 1906 kam folgende Nachricht in die Öffentlichkeit. „Jüdisches Heldenblut. Bezeichnend für jüdische Tapferkeit im Kriege ist eine statistische Notiz des „Nowoje Wremja". Hier wird auf den enormen Prozentsatz hingewiesen, den die Zahl der jüdischen Gefangenen in dem letzten Kriege mit Japan erreicht hat. In sämtlichen russischen Truppenkörpern, welche auf den mandschurischen Kriegsschauplatz entsendet wurden, befanden sich im ganzen 18.000 Juden. Nun beträgt die Zahl der in die japanische Gefangenschaft geratenen jüdischen Soldaten nicht weniger als — 12.000 Mann!

Es haben sich also 66 Prozent oder zwei Drittel sämtlicher jüdischen Soldaten den Japanern gefangen gegeben! Dieser Prozentsatz gestaltet sich noch greller, wenn man die Tatsache in Berechnung zieht, daß nicht alle Truppenkörper in die Schlachtlinie kamen und daher auch nicht alle jüdischen Soldaten mit dem Feinde in Berührung traten. Von den 18.000 Juden der mandschurischen Armee sind kaum mehr als 12.000 Mann vor den Feind gelangt, und alle diese 12.000 Mann ließen sich insgesamt von den Japanern gefangen nehmen! Das sind hundert Prozent Gefangene — ein Prozentsatz, den die Kriegsgeschichte bisher noch bei keinem Volke der Welt zu verzeichnen hatte.

Zugleich ist dies ein Denkmal der Tapferkeit, der Opferwilligkeit und der Vaterlandsliebe, „aere

perennius", unvergänglicher denn Erz ist und laut dafür spricht, daß ein so glühender Patriotismus mit der Verleihung der vollsten politischen Gleichberechtigung belohnt werden muß." Die freisinnige Presse und die Judenblätter werden natürlich zu ganz anderen Schlüssen gelangen, sie werden Jephta und Gideon zitieren und ihren staunenden Lesern mitteilen, daß die 12.000 Juden von ihrer ungezügelten heldenmütigen Tapferkeit zu weit nach vorwärts getrieben erst tief in den Reihen der Japaner befindlich, zur Waffenstreckung gezwungen werden konnten. Die Nichtfreisinnigen werden wohl denken, die 12.000 haben den besten Teil der Tapferkeit erwählt und sich freiwillig gefangen nehmen lassen und die dann noch übriggebliebenen 6000 sind entweder rechtzeitig ausgerissen oder haben sich 1000 Meilen hinter der Front befunden, wo die Kriegstrompete schweigt.

Vorauszusagen ist aber jetzt schon eines: In den nächsten Jahren werden wir noch oft lesen von „berümten" Juden, die für ihre außerordentliche Tapferkeit im russisch-japanischen Kriege „bekanntlich" mit dem Andreasorden dekoriert sind. Und jedesmal werden die Töchter Zions jauchzen und die Söhne Abrahams sich freuen über die Helden ihres Volkes, die Zeugen für die Auserwähltheit auch noch in unseren zweifelsüchtigen Tagen."

Das „Berl. Tagebl." brachte am 27. März eine sehr wenig schmeichelhafte Nachricht über Kuropatkin. Bei seinem Abschiede von der ersten Mandschurischen Armee hat Generaladjutant Kuropatkin folgenden Tagesbefehl an die Truppen erlassen:

„Nach beendigter Auflösung der ersten Mandschurischen Armee verlasse ich auf allerhöchsten Befehl die Mandschurei. Nachdem ich zwei Jahre die Truppen der ersten Mandschurischen Armee kommandiert und in dieser Zeit den Kampfdienst der Truppen in nächster Nähe gesehen, bin ich von tiefer Achtung und Liebe für sie durchdrungen. Bei Beginn des Krieges hieltet Ihr zuerst den Andrang der überlegenen (!) Kräfte des Gegners auf. Ihr starbt, doch verließet die eurer Verteidigung anvertrauten Positionen nicht, bevor ihr nicht den Befehl zum Rückzuge er-

halten, was allerdings in jedem einzelnen Falle geschah. Während des verflossenen Krieges wechselten einige Regimenter bis zu drei Offiziers- und zwei Mannschaftsbeständen, die getötet oder verwundet ausschieden, doch ließen sie den Mut nicht sinken, sondern nahmen an Kampfesgeist zu, erwarben sich kriegerische Erfahrung und waren unablässig zu neuen Kämpfen bereit.

Unser Feind erkaufte um schweren Preis die von ihm erreichten Erfolge, denn er trug Verluste davon, von denen er sich lange nicht erholen konnte. Es war euch nicht beschieden, den Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen; als wir an Zahl gewachsen waren und uns in allen anderen Beziehungen verstärkt hatten, erhielt die Armee mit Schmerz, aber auch in tiefer Ergebenheit, die Kunde vom Abschluß des Friedens. Von euch scheidend, trauere ich darum, daß ich euch in der Zeit, die uns zum Kampfe mit einer tapferen, äußerst patriotischen und zahlreichen Nation bemessen war, nicht als Sieger erblicken konnte. Wir können mit dem Gefühle der Achtung unseres tapferen Feindes gedenken. Ich bin überzeugt, daß auch die Japaner den Truppen der ersten Mandschurischen Armee den Tribut der Tapferkeit, Beharrlichkeit und Ausdauer zollen werden. Sie müßten erkennen, daß, falls der Krieg noch fortdauerte, sie mit uns die Rollen wechseln und sich zurückzuziehen beginnen müßten. Von Herzen danke ich allen Führern der Truppenteile, den Stabschefs, allen Generälen und Stabs- und Oberoffizieren, Ärzten, Geistlichen und Beamten, und aus tiefstem Herzen rufe ich allen Mannschaften das russische „Habt Dank“ zu.“

Zu diesen stolzen Worten paßt es schlecht, daß General Kuropatkin — wie die „Information“ mitteilt — vom Zaren den Befehl erhalten hat, von Petersburg vorläufig fernzubleiben. Jetzt veröffentlicht nun auch General Grippenberg einen Brief, der eine geradezu vernichtende Kritik der Kuropatkinschen Heerführung enthält. Dem siegreichen Unterführer, den er durch unaufhörliche, unbegründete und verderbliche Eingriffe in die Führung seiner Truppen nach Möglichkeit gelähmt hatte, erteilt er bei Sandepu den

Befehl zum Rückzuge, obwohl er selbst 25 Kilometer vom Schlachtfelde entfernt war und von jenem Meldungen über den günstigen Stand des Kampfes erhalten hatte. Gleichzeitig aber macht er den Genenälen, die Spuren von Selbständigkeit gezeigt und durch Abweichung von seinen sie gängelnden Weisungen Erfolge erreicht hatten, ernste Vorwürfe. Die Völker, mit denen Rußland innerhalb der nächsten 20 Jahre so leichtsinnig sein sollte, Krieg zu führen, werden sehr glücklich sein, wenn es für den Befehl über seine Heer immer nur Generäle wie Kuropatkin zur Verfügung hat. Es sieht aber vorläufig nicht danach aus, als ob die herrschende Richtung es Talenten und Charakteren ermöglichen würde, in die führenden Stellungen zu gelangen."

Gädke.

Daß man Kuropatkin allein als den Schuldigen bezeichnet, wie es hier Gädke tut, ist ungerecht. Die Schuld der russischen Niederlagen trifft in erster Reihe den ganzen Generalstab und vor allem den Zar selbst und den ganzen russischen Militärapparat. Wo keine Religion, kein Glaube an Gott, keine Verantwortung für die übernommenen Pflichten vor Gott und den Menschen, wo kein Gewissen, keine Tugend, Enthaltsamkeit von niederen Leidenschaften, da kann man auch nichts anderes erwarten, als Niederlagen. Im Kriege entscheiden in erster Reihe die moralischen Eigenschaften sowohl der Führer, wie auch der Mannschaften. Mit einem demoralisierten Gesindel könnte auch Napoleon nichts anfangen. Generäle und Offiziere, die mit Huren, Trinksucht, Spiel und anderen niederen Leidenschaften befleckt sind, können im Kriege keine Siege erringen. So sieht man überall, daß nur religiöse und sittliche Menschen ihre Pflichten gegen Kaiser, Vaterland und die Nation erfüllen können.

Angesichts der Niederlagen Rußlands hat die Judenpresse in ihrer gewohnten Weise frivol gehöhnt — seht, Buddha ist größer als Christus! Heiden siegen über Christen! Kaiser Wilhelm II. hat in einigen seiner Reden an die Soldaten betont, daß nur ein guter Christ ein guter Soldat sein kann.

Dieser Schluß ist logisch und in der Wirklichkeit auch wahr. Wie konnte Christus siegen, wo er gar nicht zugegen war? War Christus in der russischen Heeresleitung? War Christus im russischen Heer? Eben deshalb, weil weder hier noch dort Christus zugegen war, ist Rußland geschlagen worden. Aber die Japaner haben doch keine christliche Religion und haben doch gesiegt? Darauf geben wir zur Antwort folgenden Artikel in der „Germania“ Ende August 1905:

„Ein katholischer Missionär über Japan. Brüssel, 30. August. Das Brüsseler katholische Blatt „Le Vingtieme Siècle“ interviewte jüngst einen katholischen Missionär der Missions etrangeres, welcher 20 Jahre in Japan verweilte und gegenwärtig im Großherzogtum Luxemburg in der Heimat weilt. Wir entnehmen den Ausführungen des Missionärs folgende Einzelheiten. Mit Ausnahme einiger wenigen holländischen Trappisten und spanischen Dominikanern sind sämtliche japanischen Missionäre Mitglieder der Missions etrangeres. Sie sind 120 an der Zahl für etwa 60.000 Katholiken, die das Land aufweist. Die Hauptschwierigkeit der Missionäre besteht anfangs in der Sprache. Die japanische Sprache geht von einem dem europäischen vollständig abstechenden Gedankengang aus. Anstatt vom Kleinen zum Großen, geht der Japaner vom Großen zum Kleinen. Wo wir zum Beispiel sagen würden: der Schlüssel des Schrankes meines Zimmers nimmt der Japaner folgende Reihenfolge: Zimmer, Schrank, Schlüssel. Im gewöhnlichen Leben ist dies keine allzu große Schwierigkeit, allein beim Unterrichten und Predigen oder auch bei Kontroversen ist dieselbe doppelt fühlbar. Kontroversen gibt es vielfach in den Missionen. Die Missionen veranstalten nämlich häufig öffentliche kontradiktorische Versammlungen, zu denen der sehr wißbegierige Japaner sehr gern kommt. Er diskutiert zuweilen sehr lange und sehr gut. Diese Disputationen kommen der Propaganda sehr zu statten.

Die Toleranz für die Katholiken ist eine allgemeine. Die Missionäre gründen Niederlassungen, tragen geistliche Kleidung, nehmen öffentliche Akte,

so Begräbnisse, Prozessionen u. s. w. ungestört vor. Schulen dürfen sie nur mit Genehmigung der Regierung eröffnen. Sie haben vier Gymnasien, in Tokio, Nagasaki, Yokokama und Osaka. Das Kolleg in Yokohama ist besonders für Europäer bestimmt. Diese Schulen können wie die staatlichen Anstalten Reifezeugnis mit Berechtigung zur Universität ausstellen. Die Dames de Saint-Maur und die Schwestern vom hl. Paulus haben auch ganz bedeutende Mädchenpensionate, in denen die jungen Japanerinnen englisch, französisch und deutsch lernen. Elementarschulen haben die Missionäre nicht, da es ihnen nicht möglich ist, den staatlichen Anstalten finanziell gleichzukommen.

In ganz Japan besteht Schulzwang und es gibt wohl noch kaum Einwohner, die nicht lesen können. Überall sieht man die Menschen auf der Straße, bis herab zum letzten Eckensteher, mit Eifer die Zeitung lesen. Von der Zeitung zur Preßfreiheit ist nur ein Schritt; aber letztere besteht nur auf dem Papier. Allzu oft arbeitet die Zensur genau wie in Rußland in den Zeitungsspalten. Man kann sich allerdings andererseits wieder fragen, ob die Preßfreiheit eine Wohltat für die jetzige soziale Gestaltung Japans wäre. Dasselbe gilt vom Parlament. Der Mikado hat allerdings bereits ein dutzendmal das Parlament kaltgestellt, wenn ihm dessen Gebahren nicht gefiel. In Wirklichkeit ist der Schlußstein des ganzen politischen Gebäudes der Kult des Mikado, des Sprößlings der Geister, die das Vaterland schufen. Man darf in Japan jegliche Lehren verbreiten, niemals aber eine Lehre gegen den Kult des Kaisers.

Hier haben wir auch den Knotenpunkt der offiziellen Religion, wenn man den „Shinto“ in Wirklichkeit eine Religion nennen kann. „Shinto“ heißt wörtlich übersetzt: „Weg der Geister“ und ist nichts anderes als die Verehrung der Geister, die das Vaterland beschützen und von dem der Kaiser abstammt. Der Ursprung des Shinto verliert sich im grauesten Altertum.

im Laufe der Zeit trat der Buddhismus an die Stelle des Shinto, letzterer wurde aber bei der Re-

stauration 1868 neuerdings Staatsreligion. Trotzdem bleibt aber der Buddhismus in der Bevölkerung sehr stark vertreten. Aus diesem Zusammenhang verschiedener religiöser Begriffe konnte sich nie eine eigentliche Religion entwickeln. Der Japaner hat es nie zu dem Begriff eines persönlichen Gottes gebracht. Er hat selbst niemals einen genauen Begriff von den Geistern, die er verehrt, gehabt. Man kann sagen, er scheine Angst zu haben, dieses Abstrakte zu konkretieren, um nicht die Möglichkeit zu verlieren, sich an dasselbe anklammern zu können. Denn der Japaner ist sehr religiös. Er betet morgens und abends, trägt allerhand Talisman, um den Schutz der Geister zu erflehen. Gewissermaßen dürfte man von den Japanern sagen, daß sie keine eigentliche Religion, wohl aber ein sehr tiefdringendes religiöses Gefühl haben.

Gewisse esprits forts, die an europäischen Universitäten studierten, haben vor dem Kriege versucht, den mitgebrachten Atheismus zu verbreiten. Eine Anzahl Japaner, die ja alle ohne Ausnahme für jede Neuerung schwärmen, mögen vor dem Kriege diese Theorien mit Wohlgefallen aufgenommen haben. Sobald aber der Krieg losgebrochen, fühlten alle Japaner die Notwendigkeit, bei einem höheren Wesen Schutz zu suchen, und der Materialismus und Atheismus erlitten seither eine nicht zu unterschätzende Niederlage, der Hof, die Armee, die Universitäten haben in feierlichen Zeremonien den Schutz der Geister auf das Land herabgerufen, und alle Offiziere gingen zum Schlachtfeld als Träger schutzverheißender Amulette.

Unter den japanischen Offizieren gibt es eine Anzahl Katholiken. Admiral Togo ist kein Katholik, wie behauptet wurde, wohl aber einer der Sieger von Port-Arthur, Yamamoto. In der Marine findet man die meisten Katholiken, weil das Marinepersonal im Süden des Landes, wo die katholische Religion ziemlich verbreitet ist, rekrutiert wird. Bezüglich der verschiedentlich verbreiteten Nachricht, Zöglinge der Offizier-Schulen seien wegen ihrer katholischen Überzeugung geahndet worden, gibt Pater Steicken fol-

gende Erklärung ab: In den Kasernen wie in den Schulen findet man allenthalben Bildnisse des Mikado. Der Soldat, der an ihnen vorübergeht, muß das Bildnis grüßen. Protestantische Missionen haben dies als Götzendienst hingestellt und verschiedene Protestanten das Bild nicht mehr gegrüßt. Sofort hat man die katholischen Missionäre mit den protestantischen über denselben Kamm geschoren und behauptet, die Missionäre untergraben die Verehrung des Mikado. Demgegenüber gestatten aber die katholischen Missionäre den katholischen Soldaten, das Bildnis des Kaisers zu grüßen, was ebensowenig Götzendienst ist, als der Gruß einer Regimentsfahne."

Rußland kann nur dann Siege erfechten, wenn es sich von den Juden reinigen wird und rein christlich wird. Jedes Reich geht zu Grunde, wo die Juden das Volk verderben und beherrschen.

Ist Buddha größer als Christus?

Diese Frage ist nur von der Judenpresse aufgeworfen worden, damit die christliche Religion beschimpft werde, denn es ist Pflicht eines jeden Juden christliche Religion, Kirche und Priester zu beschimpfen, um das christliche Volk zu entsittlichen und zu verderben. Der Talmud sagt, daß die Christen nicht Menschen sind, sondern daß sie den Tieren gleich sind. Keritkuth 6 b. p. 78, auch Jebamoth 61 a, Baba mezia 111 b, Schabbath 150 a. (Siehe Pranaitis. Das Christenthum im Talmud der Juden, übersetzt von Dr. Deckert. Wien 1894, Seite 73.) Das Vieh — also die Christen — kann doch keine Religion haben. Darum geht der Jude selbst in die Synagoge, schließt am Schabbes seinen Schreibtisch, will nicht einmal eine Postanweisung unterschreiben, aber in der Presse schreibt er von „Schweinepfaffen", Verdummung der Klerikalen, und ähnliche Dinge mehr, das geht auf die Christen, also auf das Vieh — nach dem Talmud.

Genau so verhält es sich mit dem Hohn, welchen die Judenpresse dem russischen Volke und der orthodoxen Kirche wegen der Niederlagen in Ostasien zugedacht hat. Der Jude Vámbéry in Budapest, der auf den richtigen Namen Weiß in der Geburtsmatrik

eingetragen ist, hat eine Schrift in London herausgegeben, worüber im „Pester Lloyd" folgendes berichtet wird:

„Vámbéry hat uns jetzt wieder ein neues Werk beschieden, welches nicht verfehlen wird, in der ganzen zivilisierten Welt Aufsehen zu erregen. Dieses neueste Buch Professor Herrmann Vámbéry's führt den Titel: „Westernculture in Eastern Lands" (Westliche Kultur in östlichen Ländern) und ist soeben in englischer Sprache bei dem Könige der Buchverleger: John Murray in London erschienen. Die großangelegte kulturpolitische Studie behandelt eines der kritischesten Probleme der Weltpolitik: die Frage der politischen Hegemonie in Asien, eine Frage, wohl synonym mit jener: welche Großmacht sich rühmen darf, die Weltherrschaft inne zu haben? Persien, Afghahistan und Tibet, kurz Zentralasien gilt als Schauplatz jenes gigantischen Kampfes, welcher dereinst über die Weltherrschaft zu entscheiden berufen sein wird. Zwei mächtige Gegner stehen einander in diesem Kampfe gegenüber: Großbritannien und Rußland. Jahrhunderte sind verflossen, seitdem die beiden Großmächte zum ersten Male ihren Fuß auf asiatischen Boden setzten und immer näher rückten ihre Interessensphären aneinander. Endlich standen sich die Gegner Aug in Aug gegenüber und die ganze Welt erwartete mit zurückgehaltenem Athem den Ausgang des gigantischesten Kampfes der neueren Zeit. Allein die Kriege von heute werden nicht mit Waffen geführt. Nicht Schießgewehre, weder Kanonen, noch Panzerkreuzer sind es, welche die modernen Kriege entscheiden. Die Waffen der Kultur geben den Ausschlag. Ihr Siegeszug ist nicht zu hemmen, in den entferntesten Winkeln der Welt entrollt sie siegreich ihr Banner. In Zentralasien sind England und Rußland die Fahnenträger moderner Kultur. Professor Vámbéry hat es unternommen, uns die kulturellen Kämpfe der beiden rivalisierenden Gegner in Asien vor Augen zu führen, damit wir die große Frage entscheiden können: welcher von beiden den Vorzug verdient, wer in dem großen Kampfe um die politische Hegemonie in Asien siegreich

bleiben wird? Folgen wir nun Professor Vámbéry auf seinen hochinteressanten und so lehrreichen kulturellen Streifzügen, kreuz und quer durch den von ihm so gründlich erforschten und bereisten asiatischen Kontinent.

Der russischen Kultur gebührt in Asien die Anciennetät, sie gelangt daher im ersten Teile von Professor Vámbéry's Werke zu Wort. Es war im Jahre 1552, als unter Iwan dem Schrecklichen die Stadt Kasan den Türken entrissen wurde, daß Rußland zum ersten Male asiatisches Territorium eroberte. Es folgte dann die Unterwerfung der vielen größeren und kleineren Volkstämme, als da sind: Tartaren, Kirgisen, Turkomanen, Cheremisen, Wotjaken u. v. a. Doch Rußlands Vordringen in Asien war von allem Anfange an ein Eroberungszug. Iwan kämpfte für die Orthodoxie, für die Russifizierung um jeden Preis, und heute noch bilden diese Ziele die Hebel der ganzen russischen Politik in Asien. Übergehen wir nun den Werdegang des russischen asiatischen Reiches und wenden wir uns den Resultaten zu, die in Asien durch die russische Kultur erzielt wurden. Vámbéry verschließt sich hiebei keineswegs vor den Verdiensten Rußlands. Gern anerkennt er, daß besonders in den letzten fünfzig Jahren gar Vieles getan wurde. Als Professor Vámbéry vor einem halben Jahrhundert zum ersten Male Russisch-Zentralasien bereiste, waren sein Leben, seine Sicherheit gefährdet. Seine Reisen waren eine Kette von Leiden und Entbehrungen. Wie anders sind heute die Verhältnisse jener Gegenden, allerdings nur mit dem Maße relativen Fortschrittes gemessen. Denn was geschehen ist, um Russisch-Zentralasien zu kultivieren, mag wohl viel sein, aber es ist verschwindend gering im Verhältnisse zu dem, was Rußlands Rivale unter gleichen Vorbedingungen anderswo geleistet hat. Nicht umsonst sagt Professor Vámbéry, daß nur jene Nation, die aus der Quelle von Kultur und Aufklärung einen tiefen Trunk genossen hat, im Stande ist, als Vermittler einer neuen Zivilisation Großes zu leisten. Doch die russische Kultur ist noch heute halb asiatisch, halb europäisch.

Die russische Nation ist erst halb gebildet, halb reif, wie könnte sie daher ebenfalls halb oder ganz barbarische Völker zivilisieren? Selbst im europäischen Rußland herrschen noch heute Verhältnisse, deren sich Europa zu schämen genötigt ist. Wir haben im Vorjahre an dieser Stelle ein neues Werk Sir Donald Mackenzie-Wallace's über Rußland besprochen, welches geradezu eine zwei Bände umfassende Anklageschrift genannt werden darf. Nun, wie dürfen wir vom durch und durch faulen und morschen europäischen Rußland erwarten, daß es im asiatischen Rußland ein großes Werk vollbringen werde?

Der russische Tschinownik (Beamte) bleibt eben auch in Asien der Inbegriff von Faulheit, Unwissenheit und Unehrlichkeit. Professor Vámbéry erzählt uns, daß im russischen Beamtenkörper Zentralasiens sich Ignoranz und Arroganz paaren. Der kleinste russische Beamte wähnt sich für einen größeren Herrn, als der Emir von Bokchara. Der Tschinownik hat nur eine Sorge: je mehr Bestechungsgelder einzuheimsen. Was die russische Mißwirtschaft in Europa charakterisiert, ist im asiatischen Reiche in noch gesteigerterem Maße vorzufinden. Der Begriff von Landstraßen ist so gut wie unbekannt. So erzählt uns Professor Vámbéry den bezeichnenden Fall, daß nach einem starken Regenguß ein Wagen mit acht Insassen umfiel, wobei alle acht Menschen im bodenlosen Morast versanken und zugrunde gingen. Es gibt weder Brücken, noch Kanäle. Unglaublich sind die herrschenden Rechtszustände. So berichtet der europäische Asienreisende F. v. Schwarz, daß er eines Tages bei einem Polizeihauptmann erschien und die Anzeige erstattete, es sei ihm in der Nacht ein Samowar gestohlen worden. „Sie sind ein gelungener Kautz,“ war des Polizisten Antwort, „in meinem Bezirk wurden heute Nacht 68 Samowars, ein Dutzend Pferde, eine vornehme Dame und noch so manches gestohlen. Und da machen Sie wegen eines Teekochers solchen Lärm?!“

Über diese idyllischen Zustände führt uns der Autor noch gar viele charakteristische Bilder vor. Alkohol und Prostitution waren vor der russischen

Herrschaft unbekannt, heute richten sie in der Bevölkerung die schrecklichsten Verheerungen an. Gleich traurig ist es um die Schulen bestellt; die Eingeborenen fliehen dieselben förmlich. Überall wird mit Gewalt vorgegangen. So kommt es, daß ganze Volksstämme zwar zur Orthodoxie bekehrt und zwangsweise getauft wurden, aber die Ikons sofort wieder gegen Götzen austauschten, sobald die offiziellen Persönlichkeiten sich entfernten. Wenn Jemand eine Reise tut, verschlingen die Paßvidierungs-Gebühren das Doppelte der Reisekosten, und verläßt ein Beamter seinen Posten, so bleibt eine Last von Schulden zurück. Das sind die Erfolge russischer Kultur in Asien, die Folgen einer Politik, die auf dem Prinzip des „Laissez faire, laissez passer“ beruht. Der russische Moloch hat in Asien nur territoriale Expansionsgelüste befriedigt — so versichert uns Professor Vámbéry, aber eine wirkliche Kulturarbeit hat das Doppelkreuz in Asien nicht vollbracht, aus dem einfachen Grunde nicht, weil es dazu unfähig war.

Angesichts dieses niederschmetternden Urteils sei hier auf das Vorwort des Autors zu seinem Werke hingewiesen. Professor Vámbéry ist bekanntlich ein begeisterter Anhänger der englischen Kulturpolitik. Doch verwahrt er sich in dem Vorworte zu seinem neuesten Werke gegen die oft gehörte Anschuldigung der Voreingenommenheit. „Der Leser,“ sagt Professor Vámbéry, „wird nach eigenem, gewissenhaftem Vergleiche sich überzeugen, daß mich in meinen Konklusionen keine persönlichen Motive leiten, sondern daß dieselben die Resultate gewissenhaftester Studien all dessen sind, was die beiden Kulturkämpfer geleistet haben.“ Diese Worte des Verfassers werden durch eine Menge von Referenzen bekräftigt, die sich fast auf jeder Seite des Werkes vorfinden. Professor Vámbéry beruft sich auf die in Büchern anderer Forscher vorkommenden ähnlichen Urteile, die hier und dort wörtlich zitiert sind. Dasselbe ist der Fall im zweiten Teile des Werkes, wo wieder für die Bekräftigung des Lobes englischer

Kultur die Urteile fremder Forscher Zeugenschaft ablegen.

Nun wenden wir uns dem zweiten Teile des Werkes zu: dem geschichtlich jüngeren britischen Kulturwerk in Asien. Es war am 31. Dezember 1600, als Königin Elisabeth einen Privilegienbrief des Inhalts erließ, daß „die British East India Company zu eigenem Nutzen und auf eigene Kosten, aber zur Ehre des britischen Reiches in Ostindien Handel betreiben dürfe". Englands asiatisches Vordringen war also nicht wie jenes von Rußland ein Eroberungszug, eine Vergewaltigung von Nationalität und Religion, im Gegenteil: England brachte durch seine ersten kommerziellen Ansiedlungen, durch seinen Handel den asiatischen Völkern wahren Segen ins Land. Portugiesen, Spanier und Franzosen waren früher als England an den Küsten Indiens erschienen, aber ihre Besuche waren Raubzüge, eine Reihe mißlungener Versuche dauernder Ansiedlung. Übergehen wir nun auch den Werdegang des britisch-asiatischen Reiches und erwähnen wir nur, daß im Jahre 1858 die Privilegien der Ostindischen Gesellschaft erloschen sind und seither das Kaiserreich Indien das Juwel des britischen Weltreichs geworden ist. Und nun betrachten wir, was unter den schützenden Fittichen von „Pax Britannica" englische Kultur in Asien zu vollbringen vermochte.

In Britisch-Indien gibt es heute keine unterdrückten Volksstämme, keine Religionsverfolgungen. Artikel 91 der Verfassung lautet wörtlich: „Kein Eingeborener Britisch-Indiens, oder daselbst geborener Untertan Sr. britischen Majestät darf aus den Gründen von Religion, Geburtsort, Abstammung oder Race aus öffentlichen Ämtern und Missionen oder aus der bewaffneten Macht ausgeschlossen werden." Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sind also Englands Kulturwaffen in Indien, und es ist wahrlich zu bewundern, welche Handvoll Engländer im Vergleiche zu der 300 Millionen betragenden Einwohnerschaft dieses mächtige Kulturwerk vollbringt. Bezeichnend ist, daß Tausende von Eingeborenen in Regierungsämtern wirken, daß in der indischen

Armee nur 76.200 englischen Soldaten 150.000 eingeborene Soldaten gegenüberstehen und daß allerorten das beste „Einvernehmen zwischen Engländern und Natives“ besteht. Die Engländer können keine halbe Maßregel, jeder noch so kleine Beamte ist ein Kulturpionier, ein Kulturenthusiast und so ist es nur natürlich, daß die Eingeborenen sie als Lehrmeister und Beschützer hochschätzen.

Doch übergeben wir wieder das Wort unserem bewährten Führer Professor Vámbéry, um aus seinen farbenprächtigen, vielseitigen Berichten die großartigen Erfolge Englands zu bewundern. Die Volksbildung macht in Indien erstaunliche Fortschritte; außer fünf Universitäten gibt es etwa 150.000 Schulen mit nahezu drei Millionen Schülern. Das Gros derselben sind Eingeborene (ganz im Gegenteil zu Russisch-Asien, wo eingeborene Kinder selten sind); besonders die Hindus sind der Bildung sehr zugänglich, und als charakteristisch mag es erwähnt sein, daß auch die Schulung der weiblichen Bevölkerung große Fortschritte macht. Hand in Hand mit der Volksbildung leisten heimische Literatur und Preßwesen Erstaunliches. So gibt es in Indien fast tausend Zeitungen, vollständig uneingeschränkte Preßfreiheit, also gerade das Gegenteil der berüchtigten russischen Zensurwirtschaft, die in Asien ebenso grassiert, wie in Europa.

Indien ist überall durch Eisenbahnen durchquert, großartig entwickelt ist das Kanalisierungssystem, welches 30 Millionen Pfund Investitionen verschlungen hat. In einem Lande, dessen Bewohner zu vier Fünfteln Ackerbau treiben, hat die Kanalisationsfrage eine eminente Wichtigkeit. Im Jahre 1900 reisten 175 Millionen Reisende auf den indischen Bahnen, die mit einem Kostenaufwande von 52 Millionen Pfund erbaut wurden. In den 3000 Spitälern des Landes werden jährlich 20 Millionen Kranke behandelt und groß ist die Zahl weiblicher Ärzte, darunter selbst eingeborene Ärztinnen, die ihren leidenden Mitschwestern Hilfe leisten. Wie in jedem Verwaltungszweige, sind auch in der Rechtspflege die Eingeborenen in einflußreichen Stellen. Es gibt hohe richterliche Würdenträger,

die zwei- bis dreitausend Pfund Gehalt beziehen und Natives von Geburt sind. Die Lokalverwaltung ist überall autonom und sogar die Anfänge parlamentarischer Institutionen sind vorhanden, wohl der höchste Triumph englischer Kultur.

Die politischen Feinde Englands sind natürlich taub und blind gegenüber all diesen Erfolgen. Umsonst hat Großbritannien durch jahrhundertlange großartige Kolonisirungen bewiesen, daß wohin immer England seinen Fuß setzt, Freiheit, Kultur und Wohlstand gedeihen; umsonst hat sich die britische Nation durch unvergängliche Kulturwerke das Verdienst erworben, als die erste Nation der Welt zu gelten. Die Feinde, Neider und Rivalen sehen all dies nicht ein, sie behaupten nur, England sauge seine Kolonien aus und nur eiserne Ketten hindern die unterdrückten Eingeborenen vor blutigen Aufständen. Diesen Entstellungen setzt Professor Vámbéry's Werk ein kategorisches Dementi entgegen. Er führt uns Hunderte von Fällen an, die für die Zufriedenheit und Anerkennung der Eingeborenen Beweise liefern. Die eingeborenen Herrscher Indiens wetteifern mit einander in der Opferwilligkeit für die Wohlfahrt und Macht des englischen Regimes. In Europa war lange Zeit das Hirngespinst verbreitet, Rußland werde in absehbarer Zeit England aus Indien verdrängen. Nun, wer Professor Vámbéry's neuestes Werk liest, wird dieses Märchen einfach belächeln. Die britische Freiheit mit russischer Knechtschaft einzutauschen, aus dem freien und reichen indischen Kaiserreich ein unterdrücktes und notleidendes Russisch-Asien zu machen, fällt wahrlich keinem Native Indiens ein.

Aber nicht nur auf Indien allein sieht Professor Vámbéry die Herrschaft des britischen rot-weiß-blauen Streifenbanners beschränkt. Sein neuestes Werk enthält auch einen dritten Teil: „Die Zukunft des Islam“ betitelt. In diesem Teile erörtert der gelehrte Verfasser den ganzen Komplex der türkischen Frage, die schlechterdings von der zukünftigen Evolution Asiens nicht getrennt werden kann. Dies gilt nicht allein von der großen Zahl in Asien ansässiger Mohamedaner — die Professor Vámbéry auf 111

Millionen Seelen veranschlagt, wovon 62 Millionen auf Indien entfallen, — sondern auch in Bezug auf territoriale Verschiebungen der Zukunft. Mit überzeugenden Argumenten sucht Professor Vámbéry den Nachweis zu erbringen, daß die europäische Herrschaft des Islam in seiner heutigen Form unrettbar verloren sei. Würde die türkische Schreckenherrschaft nicht wahre Orgien feiern, würden die rivalisierenden Großmächte nicht ihre gegenseitigen Erfolge durch Rancune unterbinden, so wäre vielleicht von der Aja Sophia in Stambul der Halbmond längst verschwunden. Doch Professor Vámbéry hält die Zeit für nahe bevorstehend, da die türkische Frage eine rasche Lösung gebieterisch fordern wird. Hiebei ergibt sich eine ganze Reihe von Fragen eminentester politischer Tragweite. Kleinasien, Syrien, Arabien, Persien, Tibet und Afganistan sind heute nur Pufferstaaten an der Grenze der Interessensphären der rivalisirenden Großmächte. Vielleicht die interessantesten Seiten in Professor Vámbéry's Werk behandeln die Zukunft dieser Territorien. Doch diese seine Ausführungen gehören an eine andere Stelle, mögen daher Berufspolitiker den interessanten dritten Teil von Professor Vámbéry's Werk: „Die Zukunft des Islam“ studieren.

Vámbéry's neuestes Werk wird gewiß nirgends eine solche begeisterte Aufnahme finden wie in England selbst, denn das Werk ist ein glänzendes Dokument des britischen Genies. An den großartigen Kulturwerken Englands, an dem Ausbau britischer Weltherrschaft haben so manche Nichtengländer mitgewirkt. Uns Ungarn mag es mit besonderem Stolze erfüllen, daß einer unserer Landsleute an dieser Arbeit so hervorragenden Anteil genommen, sich hiebei so außerordentliche Verdienste erworben hat, daß in England nur Eine Stimme der höchsten Anerkennung und Bewunderung für Professor Vámbéry herrscht. Alle Gesellschaftskreise wetteifern hiebei miteinander. Der erste Gentleman Englands, König Eduard, nennt unseren berühmten Landsmann nie anders als seinen Freund, Minister, Politiker und Gelehrte überbieten sich in ihren Huldigungen. Wir erwähnen nur einen charakteristischen Fall. Als Pro-

fessor Vámbéry einmal in London weilte, veranstaltete die Royal Society ihm zu Ehren eine Festsizzung. In der ersten wissenschaftlichen Gesellschaft Englands hielt hiebei Lord Roberts die Festrede. Er sprach über asiatische Forscher und pries in enthusiastischen Worten Vámbéry's Verdienste. Die bemerkenswerte Rede klang in dem vielsagenden Schlußsatze aus: „Wenn wir Engländer zur Festigung unserer Herrschaft in Indien einen Schutzwall errichtet haben, hat dieser heute unter uns weilende distinguished foreigner Professor Vámbéry die meisten Ziegelsteine zu diesem Wall geliefert.“ Wahrlich, wenigen Ungarn sind jemals solche Ehren erwiesen worden!“

Soweit der P. Lloyd. Man liest da wirklich sehr schöne Sachen. England verdankt also seine Größe dem Juden Vámbéry. So steht es schwarz auf weiß im P. Lloyd. (5. April 1906.) Dann lacht man noch über Rußland. Der Jude Weiß hat hier seinen ganzen jüdischen Haß auf die orthodoxe Kirche aufgetragen. So ging es Rußland auch in früheren Jahrhunderten. Das beweist Ungermann in seinem Werke: Der russisch-türkische Krieg 1768—1774. (Wien, Braumüller 1906.)

„Der Umstand, daß sich die Operationen in diesem Kriege gleichzeitig auf verschiedenen Kriegsschauplätzen, in drei Weltteilen, zu Wasser und zu Lande abspielten, wie nicht weniger die große Entfernung einzelner russischer Heeresteile von ihrer Basis, die durch die damaligen Ressourcen- und Kommunikationseinrichtungen bedingten schwierigen Nachschubverhältnisse, kompliziert durch verheerende Seuchen, klingen vielfach an aktuelle Zustände an. Die wiederholten, mit Geschick durchgeführten Übergänge der Russen über die Strombarrière der Donau bieten vom taktisch-technischen Standpunkte eine Fülle interessanter Details, während die Erfolge der numerisch inferioren russischen Landmacht vom strategischen Gesichtspunkte das „mit Berücksichtigung der damaligen maritimen Verhältnisse ganz Europa verblüffende Auftreten der neukreierten russischen Flotte im Mittelländischen Meere und deren

Verweilen daselbst durch mehrere Jahre" vom Standpunkte großer Unternehmungen zur See die Aufmerksamkeit für sich in Anspruch nehmen. Nicht weniger interessant aber ist dieser wenig bekannte Krieg vom politischen Standpunkte, indem derselbe in direktem Zusammenhange mit der ersten Teilung Polens steht und weiter durch den Umstand bedeutungsvoll wird, daß der diesen Krieg beendende Friedensschluß von Kütschük-Kainardsche sich in späteren Epochen in seinen Konsequenzen in nachhaltiger Weise fühlbar machte.

Das Werk beginnt mit einer Schilderung der Kriegsschauplätze, auf denen sich die wichtigsten und entscheidendsten Kämpfe abgespielt haben; von der Darstellung der militärgeographischen Verhältnisse der weiten Gebiete des sonst noch in Betracht fallenden großen Raumes mußte abgesehen werden. In prägnanter Kürze sind hier die Bodenplastik und Bedeckung der Walachei, der Moldau, des Hochlandes von Donau-Bulgarien und der Dobrudscha wiedergegeben; hieran schließen sich eine Charakteristik der Donau von Widdin bis zur Mündung des Dnjester und des Pruth, sowie topographische Daten über den damaligen Stand der Kommunikationen, der während des ganzen Krieges von entscheidender Bedeutung gebliebenen klimatischen und sanitären Verhältnisse, dann der Verpflegs- und Unterkunftsverhältnisse. Den Schluß dieser militärgeographischen Einleitung bildet eine ziemlich eingehende Beschreibung der befestigten Plätze, insbesondere der in diesem Kriege vielumstrittenen Punkte Chotin am Dnjester, dessen erste Befestigung durch die Genuesen in das XIII. Jahrhundert zurückreicht, von Bender und von einer Reihe heute noch bestehenden befestigten Plätze, deren Ursprung vielfach in die Zeit der Römer fällt.

Das nächste Kapitel ist der russischen Land- und Seemacht, dann dem ottomanischen Heerwesen gewidmet; hieraus ist zunächst interessant hervorzuheben, weil die Erfolge der russischen Waffen zum Teile begründend, daß für die russische Armee der vorangegangene Krieg mit Preußen von hervorragendem Einflusse war, indem sowohl Peter III., ein

begeisterter Verehrer des großen Preußenkönigs Friedrich II., wie in noch höherem Maße die Zarin Katharina II. das ganze russische Heerwesen nach preußischem Muster umgestalteten.

Nach Voraussendung dieser einleitenden Kapitel wendet sich der Autor nunmehr den Ursachen dieses Krieges zu, der auch unsere Monarchie zwang, in Voraussicht der nahe unserer Grenze zu erwartenden Kämpfe und Operationen eine starke Kordonbesatzung längs der bedrohten Grenze aufzustellen. Die stetig zunehmende Vergrößerung Rußlands war der Türkei lange schon im höchsten Grade unbequem; der Moment, da im Jahre 1768 die russischen Streitkräfte immer mehr zur Unterdrückung der Rebellion der polnischen Konföderierten in Anspruch genommen waren, schien der Pforte der geeignete Moment, loszuschlagen. Das Betreten türkischen Gebietes in der Moldau durch Oberstleutnant Weißmann, dessen Truppen in der Verfolgung der Konföderierten unter dem Befehle des Grafen Potocki diesem auf ottomanisches Territorium gefolgt waren, bot den willkommenen äußeren Anlaß für die Kriegsrüstungen der Pforte, trotzdem die Kaiserin sich erbot, den schuldtragenden Oberstleutnant abzusetzen und zu bestrafen, obwohl England den Versuch machte, von dem Kriege abzuraten und der Preußenkönig bei den Konföderierten intervenierte.

Das zum Kriege treibende Element war Frankreich, das ein Interesse daran hatte, Rußland aus dem Handel in der Levante auszuschließen. Trotz der energisch betriebenen türkischen Kriegsrüstungen bemühte man sich seitens der Pforte zu den wärmsten politischen Freundschaftsbezeigungen und gelang es dem ob der außergewöhnlichen Vorbereitungen wiederholt interpellierenden Gesandten Rußlands, Herrn v. Obreskov nicht, eine dezidierte Antwort zu erlangen. Erst am 6. Oktober 1768 wurde ihm in gröbster, den diplomatischen Gebräuchen widersprechender Form gelegentlich einer Audienz von dem neuernannten Großvezir „bei offenem Saale", in Gegenwart von mehr als 600 Personen, sogar unter Schimpfworten, die Kriegserklärung bekanntgegeben. Das weitere ener-

gische Verhalten des russischen Gesandten führte zu der jedem Völkerrecht Hohn sprechenden Verhaftung und Gefangenhaltung in den „Siebentürmen", welches Los auch der Gesandtschaftssekretär Lotichrov trotz aller Vorstellungen des englischen Botschafters und der Empörung teilen mußte, die dieser Akt der Brutalität nicht nur in Rußland, sondern in der ganzen gesitteten Welt hervorrief. In einem Manifeste gab die Pforte in sieben Punkten die vermeintlichen russischen Sünden kund, die den casus belli begründen sollten, auf welches Manifest seitens der russischen Regierung mit einem ähnlichen, alle Beschuldigungen widerlegenden Manifeste geantwortet wurde.

In einer besonders für den Militär anregenden und interessanten Weise behandelt das Werk nunmehr die Vorbereitungen zum Kriege, die Operationspläne und Ordre de bataille der beiden Heere, womit, abgesehen von unwesentlichen Ereignissen, das Jahr 1768 verlief. Die Schilderung der Ereignisse des Kriegsjahres 1769 dürfte dem Autor besondere Schwierigkeiten bereitet haben, da, wie aus einer Fußnote ersichtlich, fast alle Quellenwerke unrichtig, einseitig oder lückenhaft sind und nur der Bericht des Grafen Viktor Amadäus von Henckel-Donnersmarck an König Friedrich II. zutreffende Daten bot, die nur darunter leiden, daß Graf Henckel, welcher den Feldzug als Major mitmachte, die Verhältnisse bei der russischen Armee zu wenig objektiv beleuchtet. Unter allerlei für beide Mächte wechselvollen Schicksalen schloß an das Kriegsjahr 1769 der Sommerfeldzug 1770, in welchem Jahre auch die russische Mittelmeerflotte einen glänzenden Erfolg zu verzeichnen hatte.

Trotz der — namentlich in der Armierung begründeten — Überlegenheit der türkischen Flotte gelang es dem Führer der russischen Schiffe Grafen Orlov, bei Tschesme die türkische Seemacht zu vernichten. Wieder setzte der Winter den Operationen eine Grenze; er wurde benützt, um Vorbereitungen für die kommenden Ereignisse zu treffen. Die bisherigen Erfolge der russischen Waffen und die damit im Zusammenhange zu erwartende immense Gebiets-

erweiterung Rußlands hatten die ganze Diplomatie Europas in Nervosität versetzt; insbesondere am Wiener Hofe empfand man diese Besorgnis, die unter dem Umstande umso empfindlicher war, als die bisherigen zur Wahrung der Neutralität an den Grenzen notwendigen Sicherungsmaßnahmen ganz bedeutende Kosten verursachten. Der Autor führt einen Brief vom September 1770 an, in welchem Kaiserin Maria Theresia dem Botschafter in Petersburg Grafen Mercy schreibt:

„Ich seufze nur nach dem Frieden. Trachten Sie danach, daß man bei Ihnen ebenso denke. Die guten Muselmanen sind das Opfer der Aufstachelung der Herren Franzosen; die Pest, die Hungersnot, Alles ist im Anzuge und Niemand wird sich dabei übler befinden, als wir.“

Tatsächlich wurde nebst einer Reihe politischer Maßnahmen den Höfen in Berlin und Konstantinopel der Entschluß offiziell bekannt gegeben, in Ungarn eine Armee von 60.000 Mann zusammenzuziehen, während der Internuntius in Konstantinopel Thugut zu erklären hatte, „daß Österreich eher das Äußerste wagen und die Waffen gegen Rußland ergreifen werde, als den gänzlichen Untergang des Osmanischen Reiches zu gestatten.“

Nach den Erfolgen der russischen Waffen im Kriegsjahre 1771 schrieb die Kaiserin Maria Theresia an Kaunitz: „Ler avantages des Russes sont inouis, et m'inquietent bien.“ — Lesenswert ist, wie Kaiserin Katharina II. die Waffentaten ihrer Führer lohnt. So erhielt beispielsweise am Abschlusse des Jahres 1771 GM. Freiherr von Weißmann das Großkreuz des St. Georg-Ordens, freien Zutritt in das Kabinett der Kaiserin, ein Landgut in Livland und einen kostbaren Degen. Auf dem Landbesitz ließ Katharina eine eroberte Kanone aufstellen, indem sie an den ausgezeichneten General folgendes Handschreiben richtete:

„Unter den Römern war es Sitte, verdienstvolle Männer mit Kränzen zu beschenken: nachdem letztere jedoch nicht mehr in der Mode sind, habe ich befohlen, eine Kanone auf Ihr Landgut zu überführen. Diese dürfte besser als ein verwelkender Kranz ge-

eignet sein, zur dauernden Erinnerung an Ihre treuen und tapferen Dienste aufbewahrt zu werden."

In das Kriegsjahr 1772 fällt ein Wandel in den politischen Verhältnissen, indem sich Österreich und Preußen den russischerseits gestellten Anträgen bezüglich der Teilung Polens anschloßen; Rußland wollte den Frieden, und durch die Intervention der ihm gute Dienste anbietenden Staaten kam ein Waffenstillstand zu Stande, dem im August 1772 der Friedenskongreß zu Folkschani, im November der zweite Friedenskongreß zu Bukarest folgte. Die Verhandlungen zogen sich jedoch sehr in die Länge, und am 21. März 1773 lief auch die letzte Waffenstillstandsfrist ab. Auch das Feldzugsjahr 1773 brachte den türkischen Waffen nur Mißerfolge, die den Sultan derart aufreizten, daß er beschloß, sich persönlich an die Spitze der Armee zu stellen, ein Entschluß, der nur im Hinblicke auf die angegriffene Gesundheit Mustafa's III. unterblieb. In das Feldzugsjahr 1774 fällt der Tod Mustafa's III., dem dessen seit 1730 interniert gehaltener Bruder Abdul Hamid auf den Thron folgte. Mit der Einschließung Schumlas, der letzten Aktion zu Lande, schloß dieser wechselvolle Krieg, dem der am 21. Juli 1774 zu Kütschük-Kainardsche geschlossene Friede ein Ende bereitete. In dem Anhange zu dem Werke gibt der Autor den Wortlaut des Friedenstraktates; ein interessantes politisches Dokument in der Geschichte der traditionellen Reibungen dieser beiden Staaten."

Daß Rußland in der Mandschurei geschlagen worden ist, daran hat Buddha nicht den geringsten Anteil, wie auch Christus nicht die geringste Schuld. Japans Siege waren die Frucht seiner Verbündung mit England. Der russisch-japanische Krieg war in Wirklichkeit ein russisch-englischer Krieg, nur die Ausführung war den Japanern aufgetragen. Hier haben wir die Belege. Eine Londoner Korrespondenz vom 31. März 1906 sagt folgendes:

Vor einigen Tagen sind in London sechshundert japanische Matrosen, insgesamt Teilnehmer an den Seekämpfen im russisch-japanischen Kriege, eingetroffen, denen die Aufgabe zufällt, die soeben in eng-

lischen Werften fertiggestellten neuen japanischen Kriegsschiffe „Katori" und „Kashima" als Bemannung in die ostasiatischen Gewässer zu bringen. Derartige Mannschaftsbesuche aus dem östlichen Inselreiche sind in England nichts Seltenes, da ja bekanntlich der größte Teil der japanischen Flotte im vereinigten Königreich gebaut wurde. Aber während früher derartige Besuche vollkommen unbeachtet blieben, wird diesem Matrosenkontingent des alliierten Reiches der aufgehenden Sonne von der Öffentlichkeit in London besonderes Interesse zugewendet und die kleinen, kriegsfesten asiatischen Seeleute erfreuen sich der sympathischesten Aufnahme. Offizielle Feste werden zwar zu ihren Ehren nicht veranstaltet, weil diese Kundgebungen der freundschaftlichen Gesinnung Englands und der Residenz dem in Bälde erfolgenden Besuche des Admirals Togo, des japanischen Nelson, vorbehalten wurden, aber auch ohne repräsentatives Banket im Hause des Lordmayors äußert sich die Volkstümlichkeit des anglo-japanischen Bündnisses in ganz unverkennbarer Weise. Die unscheinbaren japanischen Sieger von Čušima, Port Arthur etc., die bei ihrer durch furchtbares Schneesturmwetter verzögerten Ankunft unter die sie erwartende tausendköpfige Menge ganze Wagenladungen von Zigaretten mit der aufgehenden Sonne warfen — eine wirklich ganz vorzügliche Reklame, — sind auch in London die Helden des Tages, und wo sie sich zeigen, wird ihnen ein in dieser Südlichkeit hierzulande ungewöhnlicher Enthusiasmus entgegengebracht.

Einen leichten Schatten in dieses lichtvolle Bild der Verbrüderung von Mann zu Mann zwischen den beiden Inselreichen des Westens und des Ostens wirft nur die Erwägung, daß die beiden eingangs erwähnten Kriegsschiffe „Katori" und „Kashima" wohl die letzten sind, die England für seinen kleinen, nunmehr so groß gewordenen Alliierten wird zu bauen haben. Die japanische Admiralität hat ihre Aufträge endgiltig eingestellt und damit entfällt ein beträchtlicher Posten in der Schiffsbilanz Englands. Die japanische Verwaltung verzuckert diese aus der rapiden Entwicklung der japanischen Schiffsbau-

technik naturgemäß folgende bittere Notwendigkeit, indem sie den Entfall weiterer Ordres auf Kriegsschiffe als „derzeitig“ bezeichnet, allein es unterliegt keinem Zweifel, daß Japan auch künftig im Stande sein wird, seinen Bedarf aus Eigenem zu decken. In den japanischen Kriegswerften sind gegenwärtig mehrere große Kriegsschiffe in Bau begriffen, so der „Satsuma“ (19.000 Tonnen) in Yokosuka, der „Aki“ (20.000 Tonnen) in Kure, ferner einige armierte Kreuzer „Ikoma“ (14.000 Tonnen) und die „Tsukuba“. Alles in Allem wird die japanische Flotte, sobald die genannten Schiffe fertiggestellt sind, einen Tonnengehalt von 400.000 haben. Einem interessanten Berichte der „Times“ aus Japan ist zu entnehmen, daß die japanische Flotte gegenwärtig aus zwölf großen Kriegsschiffen besteht. Darunter befinden sich der in diesem Augenblicke zu Saseho seefest gemachte „Mikasa“, ferner die Überlebenden des Krieges: „Asahi“, „Shikishima“ und „Fusi“ und die russischen Schiffe „Orel“, „Retwisan“, „Pereswjet“, „Pobjeda“, „Poltawa“, „Warjag“ und „Bayan“, denen die Namen „Iwami“, „Hizen“, „Sagami“, „Suwo“, „Tango“, „Soya“ und „Aso“ beigelegt wurden. Die meisten dieser Schiffe sind bereits mehr oder minder gebrauchsfähig. Nur der „Nowik“ dürfte erst im Mai aus einer Bucht bei Sachalin emporgehoben werden. Einen weiteren wertvollen Zuwachs erfuhr die japanische Flotte durch die beiden russischen Kriegsschiffe „Apraxin“ und „Senjawin“, die jetzt, nach den Inseln, in deren Nähe sie gekapert wurden, „Okinoshima“ und „Minoshima“ getauft wurden. Im Ganzen wurden bisher in Port Arthur vier Kriegsschiffe, zwei Kreuzer, zwei Torpedo-Kanonenbote und ein Torpedojäger vom Meeresgrunde emporgehoben. Der Hebung harren noch fünf Schiffe: der „Rasbownik“, „Djigit“, „Zabjaka“, „Bobre“ und „Amur“, die insgesamt unter 2500 Tonnen Wasserverdrängung haben und von alter Konstruktion sind. Zwei andere kleine Schiffe: „Sungari“ und „Nagatan“ wurden in Čemulpo und Talienwan gehoben.

Die englische Presse widmet dieser glänzenden Bilanz seines Bundesgenossen ungemein sympathische

Betrachtungen und die konservativen Blätter zitieren angesichts der Spartendenzen der Liberalen mit großer Ostentation die Ansprachen Togo's an eben die in London befindlichen Matrosen. Der Admiral sagte nach dem endgiltigen Siege: „Bindet die Helmschnüre fest, Ihr Sieger!“, womit er meinte, daß der Sieg die weitere Kampfbereitschaft nicht beeinträchtigen dürfe. „Wenn man die Erfüllung der Pflicht im Frieden versäumt und indolent wird, so bewahrt Einen die schönste Flotte nicht vor der Niederlage.“

Eine andere Korrespondenz aus Yokohama Ende Feber 1906 sagt folgendes:

„Heute ist Prinz Arthur von Großbritannien, Herzog von Connaught, hier eingetroffen. Um 5 Uhr morgens begann schon das Salutschießen, um 9 Uhr ging es noch einmal an und um 10 Uhr war der hohe Gast endlich da. Begrüßung, Händeschütteln und Abfahrt nach Tokio. Der Herzog überbringt dem Mikado den Hosenbandorden — „honny soit qui mal y pense“, — außerdem aber verkörpert er das englisch-japanische Bündnis. Die Britannia des Ostens und das Nippon des Westens begrüßen sich. Bis Mitte März wird der Bruder des Königs Eduard in Japan bleiben, und er wird keine leichte Zeit haben; viel Festessen, viel Sekt, viel Strapazen auf den japanischen Eisenbahnen und in den japanischen Schlössern wird er erdulden, viele Ansprachen anhören und beantworten müssen. Er wird Tokio sehen und Kysto, Nara und Osaka, die Wunderinsel Miyajima, auf der kein Mensch geboren wird und kein Mensch stirbt; er wird die inselgefüllte Inlandsee befahren und Kyussu bereisen, Orden und Geschenke verteilen und empfangen und überall als lebende Verkörperung des großen Albion, des meerebeherrschenden Freundes, gezeigt werden, um Trost zu bringen in die ermatteten Seelen.

Circenses! In die nördlichen Hungergebiete von Fukushima, Miyagi und Iwate wird man ihn freilich nicht führen. Wo Millionen Menschen von Baumrinde und Wurzeln leben, wo Mütter ihre Kinder im Stich lassen, um nachher im Walde erfroren aufge-

funden zu werden — das ist kein Aufenthalt für einen Prinzen.

Circenses! Am Freitag hatten wir in Tokio wieder eine große Banzai-Feier. Die erste Division, die Division von Tokio, an der Spitze der kleine Prinz Kan-in, der Reitergeneral, rückte in den flaggenstarrenden Hibya-Park. Die Prinzen Nashimoto und Kuni waren aus ihrer erhabenen Höhe ins Volk herabgestiegen, der Kriegsminister General Tera-uchi, Marschall Nodzu, General Fukushima, Japans Moltke, waren zugegen. Es herrschte große Begeisterung und die Feststimmung stieg hoch.

Währenddessen tagt das Parlament und die Gesetzgeber zerbrechen sich im Plenum und in den Kommissionen die Köpfe um das Budget und die Finanzen des Reiches. Die Minister, vor allem der Finanzmann Sakatani, halten schöne Reden über die Entwickluug der Nation, Förderung der Industrie und des Verkehrs, und über die hohen Aufgaben, die Japan in den neuen Provinzen, in Korea und der Mandschurei übernommen hat. Der Erfolg ist, daß die erhöhten Kriegssteuern (Gewerbe- und Einkommensteuerzuschlag, erhöhte Zölle, Konsumsteuern u. s. w.) vorläufig noch zwei Jahre länger zu zahlen sind, daß die Eisenbahnen verstaatlicht werden sollen, daß zu dem Kampfer-, Salz-, Tabaksmonopol noch ein Monopol auf Streichhölzer und vielleicht auch auf Zucker eingeführt werden soll, und daß der Staat neue Anleihen im Innern und im Auslande sucht. Die Anleihe-Idee ist noch die glücklichste von allen, man sucht zu konvertieren. Unter dem Zwange der Kriegsnot hat Japan seine Anleihen zu ungünstigen Bedingungen abschließen müssen, auf 100 Yen hat es nur 86—90 bekommen und zwar zu einem Zinsfuß von 6 Prozent. Die guten Engländer und Amerikaner gaben zwar Geld, aber das Wie war eine schmerzliche Enttäuschung für Japan. Man sucht jetzt neue Anleihen zu günstigeren Emissions- und Zinssätzen, und mit diesem Gelde will man die älteren zurückkaufen. Der Anfang wird mit der vierten inneren Anleihe gemacht, aber es ist die Frage, ob das Geschäft ein großes sein wird, da bei

dem eigenartigen Einzahlungsmodus überhaupt erst ein kleiner Teil der Anleihe realisiert sein dürfte.

Das Budget für das kommende Etatsjahr führt in Einnahme und Ausgabe eine Summe von 493 Millionen Yen (rund) auf, wovon 391 Millionen Yen im Ordinarium und 102 Millionen Yen im Extraordinarium verrechnet werden (1 Yen = 2·10 Mark). Das Ordinarium setzt sich zusammen aus Steuern, Monopoleinnahmen, Eisenbahn- und Postüberschuß, Zöllen u. s. w., und der Etatsentwurf rechnet darauf, daß das kommende Jahr in diesen Posten einen Überschuß von etwa 20 Millionen gegen das Vorjahr bringen soll. Von Steuern und Zöllen und staatlichen Industrien, Post, Forsterträgnissen u. s. w. wird eine ziemliche Zunahme erwartet, der allerdings schon jetzt einige erwartete Minuserträge gegenüberstehen. Die Sake-Steuer wird mit etwa 4 Millionen geringer bewertet als im Vorjahr; man nimmt also an, daß das zur Sparsamkeit genötigte Volk nicht so viel Schnaps konsumieren wird wie früher. Auch das Tabakmonopol ist mit einem Minus von $1^1/_2$ Millionen angesetzt; der Tabak hat eine Mißernte ergeben, wie auch der Reis, die Gerste, die Seidenkultur. So gibt es noch mehr kleine Posten, bei denen man mit geringeren Erträgen rechnet. Dafür erwartet man große Einnahmen im Extraordinarium: Verkauf von Staatseigentum, Minen, Schiffen und schließlich Anleihen.

Die Verwendung dieser Einnahmen verteilt sich auf die einzelnen Ministerien so, daß den Löwenanteil mit 219 Millionen Ordinarium und 91 Mill. Extraordinarium das Finanzministerium davonträgt. In zweiter Linie kommt dann das Kriegsministerium mit $50 + 10^1/_2$ Millionen und die Marine mit $29 + 10^1/_2$ Millionen. Das Finanzministerium hat natürlich noch allerlei Schulden zu tilgen, und Kriegs- und Marineministerium haben größere Ausgaben dadurch, daß im Kriege vieles vernichtet worden ist, was nun wieder ergänzt werden muß. Außerdem kostet die Unterhaltung der Truppen in Korea und der Mandschurei und die Hafenverwaltung zu Port Arthur viel Geld. Immerhin hat der Kriegsminister in der

Budgetkommission bereits eingewilligt, sich fünf Millionen von seinem Etat abziehen zu lassen.

Im übrigen wird das Budget wohl vom Parlamente gutgeheißen werden. Die Regierung hat eine ziemliche Majorität hinter sich, mit der sie gut arbeiten kann. Durch den Rücktritt des Grafen Katsura und die Übernahme der Regierung seitens des Marquis Saionji ist die größte Partei des Unterhauses, die Seiyukai (liberale Partei) mit 141 Stimmen Regierungspartei geworden. Ferner haben sich mehrere kleine politische Klubs, die einzeln keine Bedeutung hatten, zu einem Daido-Klub zusammengetan, der 84 Mitglieder zählt. Auch diese neue Partei hat sich bereit erklärt, die Regierung zu unterstützen. Diese 225 Stimmen bilden eine Majorität, gegen welche die 97 Mann der Shimpoto oder Kenseihonto (Fortschrittspartei) und die Dokokai (26 Mann) nebst 29 Wilden nichts ausrichten können, selbst wenn sie alle zusammenstehen. Es ist aber dabei zu berücksichtigen, daß die Oppositionspartei der Shimpoto, die während der Reichstagsverhandlungen mehrfach ihr Veto einzulegen versuchen, eigentlich von der Seiyukai grundsätzlich nicht sehr verschieden ist. Während der ganzen Kriegszeit gingen die beiden Parteien stramm Hand in Hand, und die Mißstimmung der Shimpoto ist mehr persönlicher Natur. Die Herren ärgern sich, daß sie bei der Neukonstruktion des Kabinetts, als drei Seiyukai-Männer Ministerposten erhielten, nicht mitberücksichtigt worden sind. Man kann das Kabinett Saionji übrigens nur dazu beglückwünschen, daß es bei den schweren Verhältnissen, mit denen es überall zu rechnen hat, wenigstens für einige Zeit vor inneren Kämpfen sicher ist.

Daß es wieder von Zeit zu Zeit Gelegenheit nimmt, das Volk durch öffentliche Veranstaltungen an die glorreiche Kriegszeit zu erinnern und es so über die Opfer zu trösten, die ihm notgedrungen auferlegt werden müssen, kann man ihm kaum verargen. Viele Gelegenheiten werden sich nicht mehr bieten. Ende März sollen alle Truppen aus dem Felde zurück sein (mit Ausnahme der in Liaotung und Korea bleibenden Besatzungstruppen), dann gibt

es noch eine triumphierende Parade auf Aoyama in Tokio, und damit ist das Spiel aus. Der Besuch des Herzogs von Connaught ist wohl deshalb recht willkommen, wenn er auch viel Geld kostet. Freilich darf nicht verschwiegen werden, daß die englische Freundschaft den Japanern nicht mehr in ganz so rosigem Lichte erscheint wie früher. Man sieht nicht recht ein, was Japan davon hat, daß es nun auch noch den Schutz Indiens im Kriegsfalle übernehmen soll, und vor vierzehn Tagen fragte ein Abgeordneter Namens Oishi in der Budgetkommission ganz naiv an, ob man dem verbündeten England nicht lieber den Rat geben solle, seine eigene Armee zu reformieren. Der Kriegsminister Teranchi, der seinen Kopf voll hat, dachte an einen Paragraphen des neuen englisch-japanischen Vertrags, in dem es heißt, daß im Bündnisfalle eine offene Verständigung zwischen den Regierungen und den Truppenführern stattfinden solle, und meinte, ein solcher Rat könne wohl einmal gegeben werden."

Der dritte Beleg ist folgender: „General von Alten über das englisch-japanische Bündnis. Im soeben zu uns gelangten Dezemberheft der „North American Review" unterzieht Generalleutnant v. Alten das Bündnis Englands mit Japan im Rahmen einer weiteren Betrachtung über die nächste politische Zukunft Indiens einer Untersuchung, deren Ergebnisse auch bei uns Interesse verdienen dürften. General v. Alten ist der Meinung, daß das Bündnis Englands mit Japan im engsten Zusammenhang mit dem seinerzeit viel erörterten Bericht Lord Kitcheners an das englische Kriegsministerium über die Verteidigungslage des britisch-indischen Reiches stehe, welcher Bericht bekantlich besagte, daß außer den 140.000 Mann aktiver indisch-britischer Truppen und den nicht sehr zahlreichen Reserven noch wenigstens acht Divisionen = 120.000 Mann englischer Truppen nötig seien, um den tatsächlichen Schutz Indiens gegen eine von Nordwesten kommende Bedrohung zu gewährleisten. Diese von so sachkundiger Seite kommende Erklärung habe im englischen Kriegsministerium eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen.

die sich aus den noch unvergessenen Rekrutierungsschwierigkeiten des englischen Heeres während des südafrikanischen Krieges zur Genüge erklärt, und so sei alsbald darauf das Bündnis mit Japan abgeschlossen worden in der Hoffnung, dadurch eine Erleichterung der schweren Last, die die Verteidigung Indiens für England bedeutet, zu erhalten. In der Tat ist v. Alten der Meinung, daß an sich diese Erwartung wohl begründet sei, und daß vermöge des ausgezeichneten indischen Eisenbahnnetzes japanische Truppen in genügender Zahl und Schnelligkeit an die indische Nordwestgrenze geworfen werden können, um einen von russischer Seite kommenden Angriff auf Indien wirksam zurückweisen zu können.

Indessen handelt es sich nach v. Alten für England gar nicht so sehr um die sehr wenig wahrscheinliche Möglichkeit der Bedrohung Indiens durch einen kriegerischen Vorstoß Rußlands, als vielmehr um die Gefahr, daß Rußland sich auf friedlichem Wege in den Grenzländern, vor allem in Afghanistan, festsetzt und dadurch sich einen Rückhalt für die spätere Zukunft sichert. In richtiger Erkenntnis der Bedeutung, die ein solches friedliches Eindringen Rußlands in Afghanistan für die Sicherheit Indiens besitzt, habe daher auch Balfour einst im Unterhaus erklärt, daß jeder Versuch Rußlands, in Afghanistan eine Eisenbahn zu bauen, von England als ein gegen Indien gerichteter feindlicher Akt aufgefaßt werden würde; und es bleibe in der Tat England, sobald Rußland ohne Rücksicht auf diese Drohung die erste Schwelle in Afghanistan gelegt habe, nichts anderes als die Kriegserklärung übrig. Gerade in dieser praktisch-wichtigsten Frage ist aber nach v. Alten der Wert des japanischen Bündnisses für England mehr als zweifelhaft. Es sei zunächst sehr fraglich, ob die Truppen in einem so weit von ihren Stützpunkten entfernten Lande Aussicht auf Erfolg gegen einen Feind hätten, dem durch seine bis zum Norden des Landes reichenden Eisenbahnen ein stetiger Nachschub von Truppen und Vorräten gesichert sei; und es sei weiterhin unsicher, ob die Japaner, die doch selbst keinen Überfluß an Truppen hätten, zur Kriegführung in einem so fernen

Lande ihre eigene Grenze in Korea und der Mandschurei von Truppen in beträchtlichem Maß entblößen könnten und wollten. v. Alten ist daher der Meinung, daß gerade in der praktisch-wichtigsten Frage das Bündnis mit Japan für England nicht den Wert habe, den man ihm so vielfach zuschreibt, und daß es voraussichtlich nicht imstande sein wird, den, wenn auch nicht schon in der nächsten Zeit, so doch in einer ferneren Zukunft mit Sicherheit zu erwartenden Eintritt Afghanistans in den Verband des umklammernden russischen Reiches zu verhindern."

Nebst England will auch der zweite Verbündete Japans, nämlich Nordamerika seine Geschäfte machen. Eine New-Yorker Nachricht sagt:

„Jakob Schiff (ein Jude), der sich von den Eisenbahnen seiner Heimat zuzückgezogen, hat um die Mitte des Vormonats (im Feber 1906) eine Reise in das Land der aufgehenden Sonne angetreten, um bei der Verstaatlichung der dortigen Bahnen die Rolle des Bankiers zu spielen. Japanische Geschäfte haben sich als sehr vorteilhaft erwiesen, und die Japaner scheinen den Freunden, die sich ihnen während des Krieges so nützlich erwiesen, in gewisser Beziehung mehr als gewöhnliche Dankbarkeit entgegenzubringen. Die Idee einer Verstaatlichung der japanischen Bahnen wurde angeblich von Harriman angeregt, als er im Vorjahre Japan einen Besuch abstattete. Damals wurden die Verhandlungen begonnen, und der Vertrag, den Herr Schiff aus Japan mitbringt, wird gewiß seine angenehmste Reiseerinnerung bilden. Es soll sich um eine Emission von ungefähr 250,000.000 Dollars fünfperzentiger, in 45 Jahren tilgbarer Obligationen handeln, deren Zinsen- und Amortisationsdienst in den Einnahmen der zu verstaatlichenden Bahnen reichliche Deckung findet, da die Bruttoeinnahmen dieser 4496 Meilen betragenden Linien in den drei letzten Jahren durchschnittlich 26,000.000 Dollars betrugen.

Es ist kein geringes Geschäft, das Schiff und Harriman durchzuführen trachten, aber die Beiden haben gelernt, große Probleme zu lösen und Schwierigkeiten zu überwinden."

Das jüdische Kapital hält also auf der ganzen Welt reiche Ernte. Weitere Erklärungen zu diesen Berichten sind überflüssig.

Über die Ursachen der Niederlagen Rußlands in Ostasien jetzt zu philosophieren ist ja rein unnütz. In Moskau tagte am 20. April 1906 die Versammlung der russischen Patrioten-Monarchisten (Svaz ruských lidí). Jesipov sagte, daß der innere Feind Rußlands Japan zum Siege verhalf. Wenn der Judenagitator Maxim Gorki auf Reisen geht, um gegen die russische Anleihe zu agitieren, so ist das nur eine Erscheinung dieses inneren Feindes. Ein Teil der russischen Gesellschaft hat während des Krieges eine ganze Reihe von verräterischen Verbrechen begangen, denen gegenüber die Tat des Herostratus nur ein Kinderspiel ist. Die Juden und die Revolutionäre machten gleich bei Beginn des Krieges längs der sibirischen Bahn den Japanern Spionsdienste. Sie haben vor allem getrachtet alle Eisenbahnzüge mit Proviant zu vernichten, damit das russische Heer von selbst an Not zu Grunde gehe. Die russische Armee war stark vor dem Friedensschluß in Portsmouth, welcher ein Schandwerk des Verräters Witte und der ganzen jüdisch-revolutionären Partei ist. Als die russische Armee nach Hause zurückkehrte, verfluchte sie öffentlich ihre Verräter-Anführer. So kommt es heraus, daß General Stessel nach der verräterischen Übergabe Port-Arthurs sein Hab und Gut auf 40 Transport-Wägen abschaffen ließ.

Port-Arthur hatte noch reiche Vorräte von Mehl, Getreide, Konserven — die Festung hätte noch einen Monat Stand halten können. Stessel war der Liebling der Judenpresse. Hoffentlich wird dieser Verräter der Strafe nicht entgehen. Der Fall Port-Arthurs hat den ganzen Krieg entschieden. Soweit sprach Jesipov. In russischen Militärkreisen ist man übrigens überzeugt, daß Portsmouth nur eine Galgenfrist bedeute. Der Oberst Basenov hat im Jahre 1897 dem russischen Generalstab eine Handschrift überreicht, daß Rußland werde in Ostasien von Japan geschlagen werden. Japan will die ganze Ostküste Asiens mit Kamtschatka in japanischen Besitz bringen und so

die Herrschaft über Korea zu festigen. Rußland müsse wenigstens zwei Drittel der mandschurischen Armee an den koreanischen Grenzen belassen. Es ist notwendig militärisch-landwirtschaftliche Kolonien zu gründen, Wladiwostok müsse stark befestigt werden und müsse so rasch als möglich eine Kriegsflotte haben.

Ferner ist notwendig, alsbald das zweite Geleise der sibirischen Bahn zu legen. Die Japaner haben Sachalin mit einem Kabeltelegraf bereits mit Japan in Verbindung gebracht. Überall werden Bahnen gebaut. Japan will Rußland aus Asien verdrängen bis hinter den Bajkal-See. Dieses wollen sie zustande bringen, bis China wird genügende Kriegstruppen haben. Dann werden Japan und China mit vereinter Kraft Rußland aus Asien verjagen. Dann wird doch auch England an die Reihe kommen?

Die Niederlagen Rußlands und die Siege Japans auf die Rechnung Buddhas zu setzen, ist töricht. Hier haben soviel Ursachen zusammengewirkt, wie wir sie ja im Laufe unserer Betrachtungen kennen gelernt haben. Die starke Demoralisation im russischen Heere ist nur auf die Juden zurückzuführen. Es wiederholte sich dasselbe, was im russisch-türkischen Feldzuge geschah.

Der Jassyer Universitätsprofessor Dr. Xenopol, der bedeutendste Historiker Rumäniens, veröffentlichte eine Studie über die Judenfrage in Rumänien, welche in allen politischen Kreisen die größte Aufmerksamkeit erregt. Dr. Xenopol sagt darin, nach dem Wiener „D. Volksbl." im wesentlichen: In Rumänien gibt es weder nationale noch konfessionelle Verfolgungen und unsere Gesetzgebung schließt keineswegs die Möglichkeit aus, daß dem einen oder dem anderen Juden die Naturalisierung, d. h. die volle politische Gleichberechtigung, verliehen werde. Gleichwohl wäre es ein wahres Unglück für das Land, wenn allen rumänischen Juden auf einmal die Gleichstellung eingeräumt würde. Die Juden in Rumänien sind ein vollständig fremdes Element und nehmen an den nationalen, kulturellen und patriotischen Bestrebungen des rumänischen Volkes nicht den ge-

ringsten Anteil. Im letzten russisch-türkischen Kriege dienten zweitausend Juden in der rumänischen Feldarmee, aber von ihnen wurde kein einziger getötet oder verwundet, denn sie alle stellten sich krank, um nicht ins Feuer zu kommen! Als Krämer und Wucherer, als Branntweinschänker und Gutspächter saugen sie der bäuerlichen Bevölkerung die Säfte aus, und es soll nicht geleugnet werden, daß sie hierin eine große Geschicklichkeit bekunden und auch bedeutende Erfolge erzielen. Aber diese Erfolge gereichen dem Lande nicht zum Vorteile, sondern nur, zum Verderben, weil es Erfolge sind, die nicht durch produktive Arbeit, sondern durch Ausbeutung der bäuerlichen Arbeit und auf den Trümmern vieler Tausende bäuerlicher Existenzen erzielt werden. („D. V.“ 6. April 1906.)

Wie wir schon gesagt haben, ist der Kampf ja nicht zu Ende.

Aus dem fernen Osten kommen Meldungen, welche dafür sprechen, daß der Friede zwischen Rußland und Japan nicht von langer Dauer sein wird. Mit der Evakuation der japanischen Truppen aus der Mandžurei geht es sehr langsam vorwärts. Der Wladiwostoker Korrespondent des „Now. Wremja“ versichert, daß Japan seine Truppen durchaus nicht nach Hause, sondern nach Korea schafft, wo Soeul, Penjan, Widshu und andere Orte von starken Artillerie- und anderen Truppenabteilungen besetzt und Kasernen angelegt werden, welche darauf deuten, daß der Aufenthalt der Truppen kein vorübergehender sein wird. Außerdem werden in Nordkorea am Tumenfluß starke Befestigungen gebaut und die bei Tëlin aufgeführten Befestigungen nicht zerstört, sondern fürs erste zu Manöverübungen junger, aus Japan antransportierter Soldaten benutzt, welche das Terrain kennen lernen sollen. Außerdem hat Japan den Bau der Bahn Mukden-Widshu-Soeul begonnen, eine rein strategische Linie, die für den künftigen Krieg von großer Bedeutung sein wird. Daß Japan Korea durch den ihm aufgezwungenen Vertrag an Händen und Füßen gefesselt hat, ist bekannt, und das nächste Schicksal dieses Staates kann keinem Zweifel

mehr unterliegen. Der Tod des bejahrten Kaisers Li-Chsi wird Korea zu einer einfachen Provinz Japans machen. In Japan selbst macht man aus den aggressiven Plänen der Regierung kein Hehl. Man spricht ziemlich offen davon, daß der gegenwärtige Friede nur ein Waffenstillstand sei, dazu bestimmt, um Japan eine wirtschaftliche Erholung zu gönnen, um Rußland alsdann definitiv von der Küste zurückzuwerfen und dominierend im Osten zu werden. („Now. Wremja" Anfangs April 1906.)

Englische Nachrichten brachten Ende April folgendes Bild aus Asien:

„Massenbewegung der Chinesen nach dem Norden? Aus Charbin kommt die eigenartige Kunde, daß man augenblicklich auf den Landwegen im Rayon von Kuantschendsy bis Yaomyn in der Richtung nach dem Norden zahlreichen zu Fuß marschierenden Chinesen begegnet, die zweirädrige Wagen mit sich führen, in denen sich vorwiegend Hausgeräte, ab und zu auch Ware befindet. Unter den wandernden Chinesen werden meist männliche Arbeiter bemerkt, aber auch Greise, Frauen und Kinder. Das ganze macht den Eindruck einer planmäßigen Auswanderung. Auf der Station Yaomyn nehmen die Chinesen Billets zunächst bis Charbin, wo täglich etwa 400 Personen eintreffen. Diese Massenbewegung der Chinesen nach dem Norden wird in den Charbiner maßgebenden Kreisen wie folgt kommentiert: Die Einen behaupten, daß aus Peking eine offizielle Aufforderung an die Bevölkerung der Provinz Mukden ergangen ist, nach der Nord-Mandžurei und der Mongolei überzusiedeln, falls sie sich der von den Japanern eingeführten neuen Verwaltungsform nicht unterwerfen wollen. In der Nord-Mandžurei und der Mongolei sollen die Chinesen Land zu etwa zwei Mark pro Morgen erhalten. Die Anderen meinen jedoch, daß die Chinesen speziell nach Charbin kommen, um in der dortigen Gegend Handel zu betreiben und sich als Kuli zu verdingen, da bei den Japanern nicht viel zu holen sei, und diese die Chinesen sehr ausnützen. Endlich erklärt man diese Massenbewegung der Chinesen

nach dem Norden auch damit, daß die chinesische Regierung zu dem Zwecke viel Chinesen um Charbin konzentriert, um gegebenenfalls ein bereitstehendes Kontingent zur Soldatenwerbung zur Hand zu haben. Welche dieser Behauptungen und Annahmen richtig ist, kann momentan nicht festgestellt werden, die Tatsache als solche ist jedenfalls sehr symptomatisch."

Was sagt denn dazu die Weisheit europäischer Politiker? Rußland darf seine Mission in Asien nicht aufgeben.

„Now. Wremja" berichtet folgendes:

„Rußland in Turkestan. Seit der Ankunft des neuen Generalgouverneurs für Turkestan, Generalleutnant D. J. Subbotič in Taschkent, ist Rußlands Prestige in Turkestan bedeutend gestiegen. Denn General Subbotič hat es verstanden, nicht nur die englischen Quertreibereien und die gefährliche muselmännische Bewegung in Turkestan zu paralisieren, sondern sich auch die Freundschaft der benachbarten Potentaten in höherem Maße zu sichern, wozu ihm von der russischen Regierung die weitgehendsten Vollmachten und genügende Geldmittel zur Verfügung gestellt wurden. Besonders feierlich gegestaltete sich der Austausch der russisch-chivinischen Freundschaftsbezeugungen. Nachdem General Subbotič sich kürzlich beim chivinischen Chan als Generalgouverneur von Turkestan meldete und auf das feierlichste empfangen wurde, traf am Dienstag, den 3. d. M., in Taschkent eine außerordentliche chivinische Gesandtschaft mit dem Thronfolger von Chiva Seid-Asfendiar-Tjuroa an der Spitze ein, um dem Generalgouverneur Subbotič ein eigenhändiges Schreiben des Chans von Chiva und kostbare Geschenke zu überbringen. Gleichzeitig forderte der Thronfolger von Chiva den Generalgouverneur Subbotič auf, dem Zaren die Gefühle grenzenloser Ergebenheit des chivinischen Chans und seines Volkes zu übermitteln. Hierauf veranstaltete Generalgouverneur Subbotič für die außerordentliche Mission prunkvolle Festlichkeiten, wobei den chivinischen Gästen verschiedene Geschenke überreicht wurden."

Rußland muß vor allem Sibirien bevölkern mit dem überflüssigen russischen Landvolk. Damit wird es zwei Fliegen mit einem Schlag tödten.

VI.

## Statistik der slavischen Völker. Der Panslavismus.

Die Statistik der slavischen Völker bietet folgende Zahlen:

a) Österreich.

| Nach der Volkszählung de 1900 | | in Prozenten der Gesamtbevölkerung |
|---|---|---|
| Czechoslaven . . . | 5,955.397 | 23·24% |
| Polen . . . . . . | 4,252.483 | 16·59 „ |
| Ruthenen . . . . | 3,381.570 | 13·21 „ |
| Slowenen . . . . | 1,192.780 | 4·65 „ |
| Serben u. Kroaten . | 711.380 | 2·77 „ |
| Totale . . . . . | 15,493.610 | 60·46 „ |

Die amtliche Volkszählungsstatistik gibt also für Österreich an:

| Deutsche | Slaven |
|---|---|
| 9,171.614 | 15,493.610 |
| 35·78% | 60·46% |

Nimmt man nun aber die richtige Zahl an, das heißt die Muttersprache, nicht aber die berüchtigte Umgangsprache, so müßten den Deutschen in Österreich minimal eine Million abgesprochen und den Slaven zugesprochen werden. Arische Deutsche wird Österreich derzeit etwa 8 Millionen zählen, arische Slaven minimal 17 Millionen, dazu kommen $1^1/_2$ Millionen Juden. So ist die richtige runde Zählung in Österreich für das Jahr etwa 1905. Trotz dieser erdrückender Mehrheit der Slaven in Österreich gilt Österreich ale ein deutscher Staat. Alles wird der Vorherrschaft der Deutschen geopfert und sollte dabei das Reich selbst zu Grunde gehen.

Bisher ist es nicht gelungen, den Slaven eine gemeinschaftliche Handlungsweise für ihre eigenen

Volksinteressen zu erreichen. Nie werden sich Polen, Czechoslaven, Ruthenen, Slovenen und Kroaten zu einem einheitlichen Ganzen gegen die Deutschen vereinigen. Der Panslavismus bleibt ein Traum. Würden sich alle Slaven Österreichs im Parlament in Wien vereinigen, müßte die Herrschaft der Deutschen gebrochen werden.

b) Ungarn.

| Volkszählung von | 1880 | | 1900 | |
|---|---|---|---|---|
| Slowaken | 1,864.529 | 11·9% | 2,114.423 | 11 % |
| Ruthenen | 356.062 | 2·3 „ | 427.825 | 2·2 „ |
| Serben und Kroaten | 2,352.339 | 15 „ | 2,712.927 | 14·2 „ |
| Totale | 4,572.920 | 29·2 „ | 5,255.275 | 27·4 „ |

Die slavische Bevölkerung in Ungarn war also im Jahre

| 1880 | 1900 |
|---|---|
| 4,572.920 | 5,255.275 |
| 29·2% | 27·4% |

Hier ist der Kampf des ungarischen Nationalstaates mit brutalen Ziffern ausgedrückt. Nun wie schaut es denn mit den Magyaren aus?

| Jahr 1880 | 1900 |
|---|---|
| 6,445.487 | 8,679.014 |
| 41·2% | 45·4% |

In 20 Jahren also ein gewaltiges Anwachsen! Nun aber aufgepaßt! Von den Magyaren de 1900 sind 594.451 Juden abzuziehn, die sich als National-Ungarn anmeldeten!

Bleibt also für die Magyaren nicht jüdischer Abkunft 8,084.563 Menschen übrig. Zieht man noch davon die nationalermordeten Slowaken minimal 1 Million ab, bleibt für die Magyaren pro 1900 eine runde Zahl von 7 Millionen Menschen übrig. In 20 Jahren haben sich die Magyaren kaum um ½ Million Menschen vermehrt. Das ist der Fluch für die schamlosen unzähligen Verbrechen, welche an den slavischen Nationalitäten vom ungarischen Nationalstaat verübt werden! Wer in Ungarn mit Wort und

Schrift vom Panslavismus spricht, sage nur spricht, wird mit mehrjährigem schweren Kerker bestraft wie der gemeinste Verbrecher.

Die ungarische offizielle Volkszählung ist ein Faustschlag auf die Wirklichkeit. Es nützt nichts. Auf Betrug kann kein Nationalstaat aufgebaut werden. Allerdings prophezeit man, daß in einer oder in 2 Generationen die Slowaken werden vollkommen magyarisiert sein. Sie werden von der Karte der slavischen Völker verschwunden sein. Für das Jahr 1903 gibt die ungarische Statistik diese Zahlen an:

| | |
|---|---|
| Slowaken . . . . . . . . . . . . . . . . | 2,055.389 |
| Ruthenen . . . . . . . . . . . . . . . . | 443.069 |
| Kroaten . . . . . . . . . . . . . . . . | 1,733.962 |
| Serben . . . . . . . . . . . . . . . . . | 1,078.491 |

Die Slowaken vermehrten sich

| | | | |
|---|---|---|---|
| im Jahre 1897 | um | 27.171 | Menschen |
| „ „ 1903 | um | 24.248 | „ |

Über den magyarischen Nationalstaat schrieb die „Gegenwart“ am 17. März 1905 folgenden Artikel: „Angesichts der Vorgänge jenseits der Leitha drängt sich die Frage auf: werden die Ungarn ihr so ungestüm und hartnäckig angestrebtes Ziel auch wirklich erreichen? Wird es ihnen gelingen, ihr Land zu dem selbständigen Nationalstaate zu machen, der ihr politisches Ideal ist? Bei der unbeirrbaren Beharrlichkeit und heißen Leidenschaftlichkeit, mit der sie dieses Ziel verfolgen, bei der unbarmherzigen Rücksichtslosigkeit, mit der sie dabei die nationalen Rechte der anderen Volksstämme ihres Landes zu Boden treten, bei der rückgratlosen Willfährigkeit, mit der man ihnen an maßgebender Stelle bisher stets entgegengekommen ist, bei der jämmerlichen Zerfahrenheit Österreichs endlich: bei all dem wäre man lebhaft versucht, auf jene Frage mit einem entschiedenen Ja zu antworten.

Dennoch wär' es ein arger Irrtum, wenn man sich durch diese bestechenden Momente dazu verführen ließe, an die Möglichkeit eines magyarischen Nationalstaates zu glauben. Handelte sich's um die

Selbständigkeit allein, so ginge es noch an; denn daß die Ungarn diese erreichen, das ist, wie die Dinge zur Zeit liegen, wirklich möglich, wenn auch keineswegs so ausgemacht, als Viele glauben dürften: mit der Unabhängigkeit allein würden sich die Magyaren in ihrem hypertrophischen Selbstgefühl aber keineswegs zufrieden geben; sie wollen nicht nur einen unabhängigen, sondern auch einen nationalen Staat darstellen.

Damit aber sieht es für sie recht schlimm aus. Ein Nationalstaat ist doch nur dann denkbar, wenn er über eine national einheitliche Bevölkerung verfügt, wie z. B. Frankreich oder Italien, oder wenn von mehreren Nationen eine durch ihre erdrückende Überzahl zur Hegemonie befähigt und berechtigt ist, wie das z. B. im Deutschen Reiche der Fall ist. Wie aber soll ein Nationalstaat möglich sein, wenn in dem betreffenden Lande ein halbes Dutzend verschiedene Nationalitäten leben, und wenn sich die Nation, die die Alleinherrschaft beansprucht, den anderen gegenüber in der Minderzahl befindet? Beides aber trifft für Ungarn zu. Die Deutschen, Rumänen, Slowaken, Serben, Kroaten, Ruthenen zählen zusammen nach dem jüngsten Census (1900) 10·5 Millionen, die Magyaren nur 8·75, also bloß 45 pZt. der Gesamtbevölkerung, *) das ist weniger als die Hälfte der Gesamtbevölkerung; in manchen Komitaten bilden die Magyaren sogar einen verschwindenden Bruchteil der Einwohnerzahl, so z. B. in Krasso-Szöreny

*) Nach der Zählung von 1900 geben Hübners geographisch-statistische Tabellen folgende Zusammensetzung an:

| | | |
|---|---|---|
| Ungarn | 8,742.000 | 45·4 % |
| Rumänen | 2,799.000 | 14·5 „ |
| Deutsche | 2,135.000 | 11·1 „ |
| Kroaten | 1,679.000 | 8·7 „ |
| Serben | 1,052.000 | 5·5 „ |
| Slowaken | 2,020.000 | 10·5 „ |
| Ruthenen | 429.000 | 2·2 „ |
| Slowenen | 99.000 | 0·5 „ |
| Zigeuner | 62.000 | 0·3 „ |
| Italiener | 28.000 | 0·2 „ |
| Andere | 210.000 | 1·1 „ |
| Zusammen | 19,255.000 | 100·0 % |

(südöstlichstes Komitat) 2·5%, in Liptau (Oberungarn) 2·2, in Arva (ebenda) nicht einmal 1%. Bloß in wenigen Komitaten stellen sie eine so überwiegende Mehrzahl dar, daß man diese mit zureichendem Recht als reinmagyarisch bezeichnen kan. Das gilt namentlich für die Komitate zwischen Donau und Theiß im Herzen Ungarns. Weitaus die Mehrzahl der Komitate ist aber mehr oder weniger national gemischt, und zwar viel bunter, als das bei den Völkern in der österreichischen Reichshälfte der Fall ist, wo die Nationen zumeist schärfer abgegrenzt sind, und wo in der Regel nicht mehr als zwei eine Provinz, einen Bezirk bewohnen. In Ungarn aber gibt es Komitate, wo vier, fünf, ja noch mehr Nationen vertreten sind.*)

Ist es nun denkbar, daß aus einem derartig buntscheckigen Nationalitäten-Konglomerat ein reiner Nationalstaat werde?! Angesichts dieser Zahlenverhältnisse vermag man es überhaupt nicht zu fassen, wie ein leidlich vernünftiger Mensch an die Möglichkeit eines solchen auch nur entfernt glauben kann; man sollte meinen, von der wuchtigen Beredtheit dieser Zahlen müßte jeder derartige Gedanke schon im Keime erstickt werden. Tatsächlich aber ist gerade das Gegenteil der Fall: nicht nur einzelne tolle Fanatiker glauben daran, sondern reife, gewiegte Staatsmänner, die schon auf dem Ministerstuhle gesessen, wie Baron Banffy, und mit ihm glaubt es mehr oder weniger jeder Magyare! Der Wunsch nach dem Na-

---

*) Einen sehr drastischen Beleg für diese Tatsache bietet das ehemalige Banat mit der Bírcska. Die vier Komitate, die dazu gehörten, geben folgendes buntscheckige Nationalitätenbild:

| | Magyaren | Deutsche | Rumänen | Serben | Slowaken | Sonstige Nationalitäten | Gesamtbevölkerung |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Temes . . | 37976 | 160456 | 161449 | 72513 | 2598 | 11747 | 437039 |
| Torontal . . | 98129 | 184827 | 87445 | 186231 | 14031 | 18087 | 588750 |
| Krasso-Szöreny . . | 70879 | 48058 | 311335 | 11862 | 5723 | 19778 | 407635 |
| Bacs-Bodrog | 288521 | 189051 | 3372 | 197104 | 29025 | 12415 | 716488 |
| Zusammen | 435505 | 582392 | 560601 | 458010 | 51367 | 62027 | 2149912 |
| | = 20·2% | = 27% | = 26% | = 21·3% | = 2·5% | = 3% | |

tionalstaate ist in diesem Volke eben zur fixen Idee geworden, von der es völlig beherrscht wird, die es blind und taub macht gegen die deutliche und lauteste Logik der Tatsachen. Daß die andern Nationalitäten in ihrem Lande vorhanden sind, können die Magyaren freilich nicht leugnen; aber sie wollen es nicht zugeben, daß deren Zahl so groß ist, größer als ihre eigene, und wenn es im Parlament Jemand wagt, darauf hinzuweisen, so bricht gegen ihn ein tobender Sturm los, der ihn mundtodt macht. Allerdings wird es auch Magyaren geben, die sich noch soviel Vernunft und Ruhe bewahrt haben, daß sie die Ergebnisse der National-Statistik nicht anfechten, aber auch sie werden nichtsdestoweniger den Nationalstaat für möglich halten. Der nationale Größenwahn, der dieses Volk beherrscht, glaubt eben die 10½ Millionen Nicht-Magyaren, die in Ungarn leben, als eine quantité négligeable ansehen und behandeln zu dürfen: er glaubt, skrupellos und gewalttätig, wie er ist, sie durch Zwangsmaßregeln aller Art mit der Zeit ihrem angestammten Volkstum entfremden und zu Magyaren machen zu können. Ein Irrtum ohne Gleichen!

Denn ein Volk kann andere Völker nur dann aufsaugen, wenn es über eine gewaltige Mehrheit oder doch mindestens über eine weit überlegene Sprache und Kultur verfügt. Beides trifft hier aber nicht zu: daß die Magyaren nicht eine große Majorität für sich haben, sondern im Gegenteil um 1½ Million in der Minderzahl sind, das wird durch die Statistik bewiesen; und daß ihre Sprache und Kultur der anderen Nationalitäten des Landes nicht gewachsen ist, dafür bedarf es kaum erst eines Beweises, namentlich bezüglich der Deutschen, mit deren Kultur und Sprache sich die magyarische auch nicht entfernt zu messen vermag. Aber auch die verschiedenen slavischen Sprachen, die in Ungarn gesprochen werden, sind ihr überlegen, denn sie alle sind untereinander verwandt und gehören zu dem gewaltigen slavischen Sprachstamm, der in Europa über 120 Millionen zählt. Die magyarische Sprache steht aber unter den Idiomen Europas vollständig vereinzelt da und wird

von keinem anderen Volke auch nur annähernd verstanden, spielt als Kulturfaktor somit nicht die geringste Rolle. Unfreiwillig gestehen die Magyaren das sogar selber zu, denn, wo es ihnen darum zu tun ist, auch jenseits ihrer Grenzpfähle verstanden zu werden, da bedienen sie sich doch der verachteten, verhaßten deutschen Sprache; bedeutet diese für sie doch die einzige Möglichkeit, sich der übrigen Welt verständlich zu machen.

So kommt es, daß die im Ausland verbreitetste Zeitung Ungarns, der „Pester Lloyd", in der verhaßten deutschen Sprache geschrieben ist! Aus all dem geht wohl unzweifelhaft hervor, daß der Traum von einem magyarischen Nationalstaat immer ein Traum bleiben wird, bleiben muß. Und der Humor davon ist, daß er um so rascher in bitterste Wirklichkeit zerrinnen wird, je eher Ungarn die so heiß erstrebte Selbständigkeit erlangt. So lang es Österreich zur Seite hat, findet es in diesem Halt und Hilfe gegen die Sonderbestrebungen seiner Nationalitäten. Wenn es sich einmal von ihm losgerissen hat, wird es dieser Unterstützung entbehren und allein außer Stande sein, dem Ansturm der Majorität mit Erfolg zu begegnen. Und dieser Ansturm wird um so früher losbrechen, je gewalttätiger es gegen seine nicht-magyarischen Bewohner vorgeht, je lauter es auf das nationale Prinzip pocht. In ihrer nationalen Hypnose merken die Ungarn eben nicht, daß sie durch das beständige Betonen und Hervorkehren ihres Nationalgefühls ihren Gegnern das böseste Beispiel geben, daß sie sie geradezu herausfordern, es ebenso zu machen. Dadurch aber müssen die nationalen Gegensätze sich so zuspitzen, daß ein offener Kampf unvermeidlich ist, ein Kampf, der selbst bei etwaigen Erfolgen der Magyaren schließlich doch mit deren Niederlage enden muß; nicht nur, weil sie in der Minderzahl sind, sondern auch, weil sie in diesem Kampfe ganz allein stehen werden, während ihre Gegner jenseits der Grenzen Stammesverwandte nach Millionen zählen, Deutsche, Slaven und Rumänen. Unbedenklich darf man daher sagen: der Tag, an dem Ungarn seine

staatliche Selbständigkeit erlangt, wird auch der Tag sein, an dem sein Untergang beginnt.

Indem es ihn ungeduldig herbeisehnt, wünscht es unbewußt das eigene Verderben; indem es an der Unterwerfung seiner Gegner arbeitet, gräbt es sich das eigene Grab; indem es nationale Erfolge erringt und sich seinem Ziele nähert, beschleunigt es nur sein Ende."

Das „D. Volksblatt" in München schrieb am 14. April 1906 diesen Artikel:

„Das greisenhafte Regiment, das den österreichischen Kaiserstaat, man möchte fast sagen in zielbewußter Weise, der Auflösung und dem Untergange entgegenführt, hat in den letzten Tagen die Welt mit einer neuen Tat überrascht, welche Österreich auf seiner schiefen Bahn wieder einen guten Schritt abwärts befördert hat. Was noch vor Kurzem kein vernünftiger Mensch für möglich gehalten hätte, ist zur Tatsache geworden. Die Krone hat vor der Revolution kapituliert und aus den Häuptern der ungarischen Koalitionspartei ein Ministerium gebildet. Der Charakter dieses Ministeriums wird vor allem durch zwei Namen gekennzeichnet, durch die Namen Polonyi und Franz Kossuth. Bedeutet der eine Name die unbestrittene Judenherrschaft, so weist der andere auf die baldige und völlige Lostrennung Ungarns vom österreichischen Kaiserstaat hin. Mit Ausnahme natürlich der Judenblätter und der klerikalen Zeitungen ist die ganze österreichische Presse in der Be- und Verurteilung des vollzogenen schmachvollen Ausgleiches mit Ungarn einig.

Zu den Parteien, welche das Abkommen der Krone mit der ungarischen Unabhängigkeitspartei in der entschiedensten Weise verdammen, gehört in erster Linie die christlich-soziale Partei, deren Führer bereits verschiedentlich dagegen Stellung genommen haben. Das hat am vergangenen Sonntag in einer zu Kaiser-Ebersdorf abgehaltenen Versammlung auch der Reichstagsabgeordnete Schneider - Wien getan. Er führte in dieser Versammlung u. a. aus: Man scheint in den maßgebenden Kreisen gar keine Ahnung davon zu haben, wie wenig dazu gehört, um in Un-

garn Ordnung zu schaffen. Wenn man sich in Ungarn mit den Rumänen, Serben, Kroaten, Slowaken und Deutschen zu verständigen wüßte, so wäre der ganze Spuk sofort zu Ende. Warum dies nicht geschieht, scheint nicht ganz erklärlich, zweifellos haben aber in maßgebenden Kreisen Juden und Freimaurer den maßgebendsten Einfluß und auf diesen Umstand dürfte es vorwiegend zurückzuführen sein, daß es ein Offizier mit seinen Begriffen von Charakter für vereinbarlich fand, jene Beamten, welche treu zur Dynastie und zum Staate gehalten haben, einfach wieder an die rachegierige Koalition auszuliefern. Wie die Sache sich gegenwärtig darstellt, hat es den Anschein, als ob die ganze Sache durch Österreich bezahlt werden wird. Der ungarische Staat ist bankerott, ihm leiht niemand mehr etwas und Österreich soll den wertlosen Wechsel girieren, welchen dann reiche Juden eskomptieren. Man lese nur, was Petrascewich und in neuester Zeit der Direktor des Bundes ungarischer Landwirte Dr. Bernard unter dem Titel „Das verpfändete Ungarn“ über die Verschuldung Ungarns schreiben und man wird finden, daß die ungarische Regierung nur mehr dadurch imstande ist, wenn es gestattet ist, das Wort zu gebrauchen, die Betriebskosten für die Staatswirtschaft zu decken, daß sie die Steuerrückstände in der unglaublich härtesten Weise eintreibt, und Besitztümer im Werte von 1500 und 2000 Kronen und noch mehr wegen 150 K Steuerrückstände und Rinder im Werte von 150 K wegen 10 bis 15 Kronen Steuerrückstände an die Juden verkauft. Die Auswanderung aus Ungarn nimmt geradezu entsetzliche Dimensionen an und vor einigen Tagen haben wir erst gelesen, daß an einem einzigen Tage in New-York 11.000 Personen gelandet sind, von denen die größere Hälfte aus Ungarn stammt.

Über Fiume wandern jährlich 30.000 bis 40.000 und noch mehr Menschen aus, und wenn man die Auswanderung über Bremen, Hamburg, Antwerpen, Genua und anderen Orten dazu rechnet, kommt man zu einer Anzahl von etwa täglich 2000 Menschen. ackerbautreibenden, fleißigen Menschen, welche das

Vaterland verlassen und den Grund und Boden ihrer Vorfahren an jüdische Wucherer ausliefern müssen. Juden und Freimaurer sind es, deren Einflüssen diese Erscheinungen zuzuschreiben sind. Ein Kossuth Minister, ein Jude Polonyi recte Pollak Justizminister, Apponyi, dessen Herzensgedanke es ist, König von Ungarn zu werden, wird Minister, Wekerle, der Mann, der die Gefühle der Katholiken aufs tiefste verletzt hat, wird Ministerpräsident. Die Wahlreform ist diesen Leuten ausgeliefert und man kann sich denken, wie dieselbe zustande kommen wird, nämlich so, daß weder Rumänen, noch Serben, noch Slowaken, noch irgend eine andere Nation im ungarischen Parlamente ihre Interessen durch Abgeordnete wird wahren können. Zu bedauern sind jene armen Beamten, die, wie ich bereits erwähnt habe, die Rache der Koalition schutzlos preisgegeben werden und ich fürchte sehr, daß dieser Umstand bedenkliche Folgen auch bei uns nach sich ziehen dürfte. Wenn man so bedenkt, wie unser Vaterland von Gott so gesegnet ist, wie alles in demselben produziert wird, was für die Kultur und Zivilisation notwendig ist, und man sich klar wird darüber, wie glücklich die Nationen alle nebeneinander leben und sich entwickeln könnten, möchte man weinen, wenn man sieht, wie dieses schöne Land förmlich zu Tode regiert wird.

Man hat oft gesagt, daß Österreich das Land der Unwahrscheinlichkeit ist und daß gerade das oft geschieht, was man am wenigsten erwartet. So auch diesmal. Allein eine einzige Erklärung für dieses Vorkommnis wäre der Umstand, daß, wie es im deutschen Reichstage von Bülow gesagt wurde, wir einem europäischen Kriege in der letzten Zeit viel näher gestanden sind, als man in der Öffentlichkeit vermuten konnte, und die Mitteilungen, welche der preußische Major v. Bruchhausen über einen bevorstehenden deutsch-englischen Krieg macht, lassen allerdings Bedenken aufsteigen, denn wenn man hört, daß England seit dem vorigen Jahre seine Kriegsschiffe alle in der Nordsee konzentriert, diese Kriegsschiffe noch durch ein bedeutendes Nordseegeschwader verstärkt und bei Rosyth einen ungeheuren Flotten-

stützpunkt errichtet, der gegen Deutschland zielt, so könne man sich wohl denken, daß wir vor Verwicklungen stehen, derenthalben man im Innern des Landes jedwede Komplikation zu beseitigen trachtet. Ob man sich dabei nicht gründlich täuscht, indem man die dynastischen, Österreichs treuesten Nationen vor den Kopf stößt und die königstreuen Beamten dem Elende preisgibt, das möchte ich sehr zu überlegen geben."

Über die nationalen Wirrnisse in Ungarn schrieb Ritter im Pariser „Demain" große Abhandlungen. Ritter sagt, daß die Magyaren glauben mit Hilfe der magyarisierten Rumänen die slavischen Völker Ungarns rasch und rücksichtslos zu entnationalisieren. Die Magyaren haben den blöden Wahn, auch die Juden zu magyarisieren. Ritter sagt, daß die ungarische Regierung wohl zwingen könne, daß die Slowaken, Serben, Kroaten und Rumänen magyarisch lernen müssen, aber daraus folgt noch nicht, daß wer magyarisch spricht, auch magyarisch national fühlt. Im Gegenteil kommt es vor, daß unterdrückte Völker ihrer Muttersprache treu bleiben, auch wenn sie die Sprache des Unterdrückers lernen. Ritter behauptet, daß nicht einmal die heidnischen Römer mit solcher Brutalität die besiegten Völker zu romanisieren verstanden, wie es heute die Magyaren tun mit den Slaven und Rumänen in Ungarn. Ritter sagt weiter, daß sowohl Ungarn wie Rumänien vollkommen von den Juden vernichtet sein werden.

Die Juden demoralisieren die Völker Ungarns und die Rumänen hauptsächlich mit Schnaps. Das Volk wird total arm und alle Habe geht an die Juden über. Rumänische und ungarische Großgrundbesitzer sind total verschuldet, borgen bei den Juden, damit sie in Paris leben können, dann aber kommt der Jude vollends in den Besitz der Großgüter. Die Juden werden in kurzer Zeit vollkommene Herren dieser Länder sein. Wer ist übrigens in Ungarn der Herr im Lande?

Das in München erscheinende „D. Volksblatt" schrieb am 4. Mai 1906 folgendes:

„Der Sieg der Juden bei den Wahlen in Ungarn. Die Koalition hat gesiegt, ihr Sieg ist ein vollkommener. Jubelnd verkünden die Liberalen ihren Triumph, protziger denn je flattert des Judentums schmutzige Fahne über dem unglücklichen, bedauernswerten Land. Überraschend freilich kommt der Ausgang der Wahlen nicht für den, der die verwahrlosten politischen Zustände in Ungarn kennt, der mit dem wirren Getriebe der ungarischen Politik vertraut ist, der nicht nur auf der offenen Bühne die Puppen tanzen sieht, sondern der auch die sauberen Gesellen kennt, die, hinter den Kulissen versteckt, jene Puppen tanzen lassen. Der Sieg der Koalition bietet ein erschreckendes Beispiel dafür, wie weit ein Land durch Nachgiebigkeit und Schwäche gegen das Judentum kommen kann. Man darf gespannt sein, welcher Zukunft das verjudete Ungarn entgegengehen wird. Vielleicht wird man nun auch in Wien einsehen, welche unverzeihliche Dummheit man damals begangen hat, als man die Leitung des Wahlgeschäftes in die Hände der Führer der Koalition legte und, wie das Wiener „Deutsche Volksblatt“ sich ausdrückt, freche „Rebellen und Majestätsbeleidiger hof- und regierungsfähig machte“. Wenn man sich damals in Wien etwa durch die Versicherung betören ließ, die 48er Unabhängigkeitspartei werde im zukünftigen Parlament die Minderheit bilden, so muß man sich nun schwer enttäuscht fühlen, denn die Kossuth-Partei wird im Parlament über eine große Mehrheit verfügen.

Über Eines aber dürfen wir uns freuen: Das ist die Tatsache, daß sich die Erkenntnis allmählich Bahn bricht, daß der Sieg der Koalition nichts anderes ist als ein Sieg des Judentums, und daß die Juden, wie sie schon die wirtschaftliche Macht seither in Händen hatten, nun auch die Regierung in Händen haben werden. Einen Beweis für das Durchdringen dieser Erkenntnis liefert das offene Schreiben des Grafen Robert Zelensky, in welchem derselbe darlegt, die jüdische Rasse, deren Einfluß auf Kossuth zurückzuführen sei, habe nirgends an Macht so zugenommen wie in Ungarn. Industrie, Handel, Kreditwesen,

alles sei fast ausschließlich in jüdischen Händen, die meisten Advokaten, Ärzte etc. seien Juden, in den Dörfern seien Schankwirte und Krämer die Pioniere des Judentums. Der größte Teil des Grundbesitzes gehöre den Juden. Es existiere in Ungarn fast keine Presse als die jüdische. Unaufhaltsam wie ein mächtiger Strom dringe das Judentum vorwärts. Als einziges Mittel gegen den Untergang des Landes bezeichnet Graf Zelensky eine konservative, religiöse, monarchische Politik, die, in friedlichem Bunde mit Österreich einhergehend, Ungarn größer und mächtiger machen könne, als dies die Koalition vermöge. Letztere ziele auf eine Personalunion und von dieser zur völligen Loslösung von Österreich und seiner Dynastie sei nur ein Schritt. Hierzu bemerkt das Wiener „Deutsche Volksblatt", die Gefahr des Judentums für Ungarn werde durch nichts treffender gekennzeichnet als durch diesen Brief des Grafen Zelensky.

Das Blatt knüpft daran die Hoffnung, daß der Sieg der Koalition dazu beitragen werde, daß Ungarn seinen wahren Feind immer mehr erkennen werde, daß der Haß gegen diese Schmarotzer des Volkes immer mächtiger aufflammen und der Tag nicht mehr ferne sein werde, wo die Nation „das Joch des eklen Fremdvolkes" abschüttele, das sich seiner wirtschaftlichen Entwicklung bis jetzt unbesiegbar entgegengestemmt habe. Auch wir wünschen dem vergewaltigten Lande, es möge ihm gelingen, sich seines tückischen Gegners zu erwehren, bevor dieser ihm erbarmungslos den Todesstoß versetzt."

### *c)* Der Balkan.

(Volkszählung 1904.)

| | | | |
|---|---|---|---|
| Serbien . . . | 2,676.989 | Einwohner | Serben. |
| Bulgarien . . | 2,888.219 | „ | Bulgaren. |

Türkei: im Vilajet Konstantinopel, Saloniki, Monastir, Kossowo, Skutari und Janina dürften 3 Millionen Slaven sein, meist Serben.

### *d)* Das deutsche Reich.

Nach der Volkszählung 1900 gaben an:

| | |
|---|---|
| Deutsch und polnisch | 169.634 |
| masurisch | 10.898 |
| wendisch | 23.779 |
| czechoslavisch | 10.369 |
| russisch | 1.331 |
| littauisch | 9.214 |

Eine fremde Sprache, nicht deutsch:

| | |
|---|---|
| Polnisch | 3,086.489 |
| masurisch | 142.049 |
| wendisch | 93.032 |
| kassubisch | 100.213 |
| czechoslavisch | 107.398 |
| russisch | 9.617 |
| littauisch | 106.305 |

Dazu kommt noch also Rußland, dessen slavische Nationalitäten wir schon aufgezählt haben. Die Slaven sind zunächst in der Religion gespalten in Orthodoxe, also die Schismatiker, die Groß- und Kleinrussen in Rußland, dann Balkan-Slaven, also die Ostslaven. Sie alle gebrauchen auch das griechisch-slavische Alphabet, die Azbuka. Die Westslaven, Polen, die Ruthenen in Galizien, Czechoslaven, der größere Teil der Slowaken, Slowenen und Kroaten auf österreichischem Staatsgebiet sind katholisch und haben das lateinische Alphabet.

Der deutsche Protestantismus beider Konfessionen ist in fast sämtliche slavische Völker eingedrungen und hat gewisse Bruchteile überall okkupiert mit Hilfe der rollenden Reichsmark. Zersplittert also in der Sprache, im Glauben und im Staatswesen bilden die slavischen Völker eine Gruppe von fast vollkommen von sich getrennten und selbständigen Völkereinheiten. Die Polen sind gar auf drei Großmächte verteilt. Schon bei dieser oberflächlichen Betrachtung ist es klar, daß eine literarische oder gar politische Vereinigung aller Slaven absolut unmöglich ist, der Panslavismus ist also ein reines Phantom. Es gab slavische Idealisten, welche glaubten, Rußland

könne einmal ein Protektorat über alle slavischen Völker ausüben, damit besonders die kleineren slavischen Völker von ihren nationalen Bedrückern nicht vernichtet werden. Aber es ist ein Traum. Hier zum Beispiel ein Beweis, wie die russische Diplomatie ohne eine blasse Spur von einem Interesse für andere slavische Völker arbeitet.

Im November 1905 erschien in der „Politik“ folgender Artikel.

Die „Kölnische Ztg.“ übersetzt aus der in Buenos Aires erscheinenden Zeitung „Prensa“ den Wortlaut eines angeblichen deutsch-russischen Vertrages zur Aufteilung Österreich-Ungarns, der vom 3. März 1871 aus Versailles datiert und vom Geheimen Rat von Westmann als Bevollmächtigten des Zaren einerseits und Bismarck als Vertreter des deutschen Kaisers andererseits unterzeichnet, vom Geheimen Rat Stremušov kollationiert ist. Das eigentliche Vertragsinstrument soll folgende Bestimmungen enthalten haben:

Art. 1. Es besteht vom Tage des Austausches der Vollziehungsurkunden des gegenwärtigen Vertrages an wie für die Vergangenheit Frieden und Freundschaft zwischen Sr. Majestät dem Kaiser aller Reußen einerseits und Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preußen, anderseits, sowie desgleichen zwischen ihren Erben und Nachfolgern, ihren Staaten und Untertanen in Ewigkeit.

Art. 2. Ihre Majestäten, der Kaiser aller Reußen und der Deutsche Kaiser, König von Preußen, schließen, im Hinblick auf den Frieden und das Wohlergehen der Völker, die sie durch die Gnade Gottes zu regieren berufen sind, und durchdrungen davon, daß ein Freundschaftsbündnis das beste Unterpfand der Sicherheit sein wird für ihre Staaten, sowie für die Ruhe genannter Völker den gegenwärtigen Vertrag und verpflichten sich, irgend ein anderes Abkommen, Bündnis oder Vertrag mit keiner anderen europäischen Macht weder schließen oder unterzeichnen zu wollen noch zu können, ohne sich vorgängig untereinander benommen zu haben.

Art. 3. Es ist abgemacht, daß die hohen vertragschließenden Teile zu jeder Zeit und bei jeder Gelegenheit sich gegenseitig verpflichten, in ihrer Teilnahme an den gegenwärtigen und zukünftigen Möglichkeiten in Europa nur im gemeinsamen Einvernehmen zu handeln.

Art. 4. Im Falle, daß einer der hohen vertragschließenden Teile durch die Gewalt der Ereignisse dahin gebracht würde, die Waffen gegen einen anderen Staat zu ergreifen, so werden Ihre Majestäten der Kaiser aller Reußen und der Deutsche Kaiser, König von Preußen, die hohe Bedeutung eines solchen Falles feststellen, sofort ihre Truppen vereinigen und zu gleichen Teilen die Lasten des Krieges tragen.

Art. 5. Da Ihre Majestäten, der Kaiser aller Reußen und der Deutsche Kaiser, König von Preußen, eine Konvention geschlossen haben, um die Zahl und den Bestand ihrer Truppen zu bestimmen und desgleichen die Zahl und die Macht der Kriegsfahrzeuge, die sie nötigenfalls zu vereinigen sich vornehmen, so wird diese Konvention dem gegenwärtigen Vertrage angeschlossen und soll dieselbe Kraft und Gültigkeit haben, als wenn sie einen integrierenden Bestandteil desselben bildete.

Art. 6. Der Oberbefehlshaber der verbündeten Truppen wird zur gegebenen Zeit und Stunde im Einvernehmen unter den hohen vertragschließenden Mächten ernannt werden.

Art. 7. Sollte in Zukunft eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Deutsche Reiche und Österreich eintreten, welche die allgemeine Ruhe bedrohte, und der Krieg daraus hervorgehen, so würde der Friede, falls die verbündeten Truppen Ihrer Majestäten des Kaisers aller Reußen und des Deutschen Kaisers, Königs von Preußen, siegreich sind, unter den genannten Mächten nur unter folgenden Bedingungen geschlossen werden können: 1. Der Kaiser von Österreich verzichtet zugunsten des Deutschen Reiches auf alle seine Rechte und Titel in den Gebieten Böhmen, dem Herzogtum Schlesien, Mähren und dem Herzogtum Salzburg. 2. Die vorgenannte Macht ver-

zichtet ebenso zugunsten Rußlands auf alle ihre Rechte und Titel in den Gebieten Galizien und Dalmatien. Es ist abgemacht, daß das Deutsche Reich sowie Rußland die vorerwähnten Gebiete auf Ewigkeit in voller Souveränität zu Eigentum besitzen werden.

Art. 8. Se. Majestät der Kaiser aller Reußen verpflichtet sich, von dem Tage an, wo die Eroberung der in Art. 7 erwähnten Provinzen zugunsten Rußlands eine vollendete Tatsache sein wird, Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preußen, die Städte und Häfen Telši, Libau, Windau, Mitau und Riga abzutreten, sowie einen Teil Kurlands, unter Zugrundelegung einer geraden Linie von Riga bis Yurburg am Niemen als Grenze und unter Verzicht zugunsten des Deutschen Reichs auf alle Rechte auf die genannten Städte und Häfen, sowie auf das Gebiet des erwähnten Teiles von Kurland.

Art. 9. Infolgedessen wird das Deutsche Reich vom gleichen Tage an die genannten Städte, Häfen und Gebiete auf Ewigkeit in voller Souveränität zu Eigentum nehmen. Eine internationale, aus Vertretern der hohen vertragschließenden Teile in gleicher Zahl beiderseits gebildete Kommission wird damit betraut werden, zur angegebenen Zeit auf dem Gebiete die Grenzlinie des neuen Besitzes nach den gegenwärtigen Abmachungen zu ziehen.

Art. 10. Für die Abtretung der in Art. 8 aufgezählten Gebiete, Städte und Häfen seitens des Kaisers aller Reußen zugunsten des Deutschen Reiches erklärt Se. Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen, schon jetzt zugunsten Rußlands seine Verpflichtung in dem Vertrage von 1856 als null und nichtig und verpflichtet sich, alle Eroberungen Rußlands im Orient durch eine bewaffnete Macht zu unterstützen, die sie in gleicher Stärke und Formation mit den Truppen Sr. Majestät des Kaisers aller Reußen vereinigen wird.

Art. 11. Nach Eroberung der Türkei wird die Teilung ihrer Gebiete besonderer Gegenstand eines neuen Vertrages sein. den Ihre Majestäten, der Kaiser.

aller Reußen und der Deutsche Kaiser, König von Preußen, später abzuschließen sich vornehmen.

Art. 12. Da der gegenwärtige Vertrag zwischen Ihren genannten Majestäten als ein aus ihrem souveränen Willen aus eigener Machtvollkommenheit hervorgegangener Akt abgeschlossen ist, so verpflichten sich Ihre Majestäten, jede ihrerseits, strikt seine Bestimmungen zu beobachten, und werden jede Handlung, die geeignet ist, ihm Eintrag zu tun, als einen Bruch ehrlich eingegangener Verpflichtungen ansehen.

Art. 13. Da der gegenwärtige Vertrag in seinen Artikeln den Wortlaut des zwischen Ihren Majestäten im Jahre 1866 abgeschlossenen Vertrags einschließt, so wird letzterer nach dem Austausch der Vollziehungsurkunden des gegenwärtigen Vertrages von den hohen vertragschließenden Teilen als null und nichtig erachtet.

Art. 14. Der gegenwärtige Vertrag wird vollzogen und die Vollziehungsurkunden in Berlin innerhalb sechs Wochen oder gegebenenfalls noch früher ausgetauscht werden. Zur Beglaubigung dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten ihn unterzeichnet und ihr Wappensiegel darauf gesetzt.

Geschehen zu Versailles den dritten Tag des Monats März im Jahr tausendachthunderteinundsiebenzig."

Die „Kölnische Ztg." sucht durch Zitate aus Bismarck's „Erinnerungen" darzutun, das der Inhalt des Vertrages nicht den Intentionen des damaligen Lenkers der auswärtigen deutschen Politik entspreche; die „Hamb. Nachr." sprechen direkt von einer „deutschfeindlichen Fälschung", denn wäre der Vertrag echt, so hätte Bismarck seinerzeit dem Chefredakteur des Blattes Mitteilung gemacht, ebenso wie er ihm den deutsch-russischen „Neutralitätsvertrag" zur Veröffentlichung übergab. Das „Fremdenbl." meint, das Schriftstück sei „unecht".

Anfangs Feber 1906 hielt im „Pražský Klub" Professor Dr. Jan Palacký (gelesen = Palatzky) einen Vortrag: „Erinnerungen an die Moskauer Pilgerfahrt 1848." Dr. Palacký sagte:

„Ich will heute in meinem Vortrage Tatsachen berühren, über welche ich durch volle 40 Jahre tiefstes Stillschweigen beobachtete. Ich hätte vielleicht auch jetzt nicht meine Stimme erhoben, wenn in Buenos Ayres nicht der bekannte Vertrag mit falscher Unterschrift und falschem Datum erschienen wäre. Ich werde noch im Laufe meines Vortrages nachweisen, wie weit die sachlichen Angaben der Buenos Ayres'schen Enthüllungen richtig sind. Im Jahre 1867 wurde mir mitgeteilt, daß zu der ethnographischen Ausstellung in Moskau gewisse Vertreter aus Böhmen geladen werden sollen, daß ich als einziger Vertreter der geographischen und infolgedessen auch ethnographischen Wissenschaft auf der Universität die Vertretung des böhmischen Volkes übernehmen und nach Moskau reisen soll. Ich kann offen sagen, daß mir diese Einladung aus verschiedenen Gründen nicht gerade lieb war.

Außer Böhmen wurden auch einige Südslaven eingeladen, unter denen auch ein Nichtösterreicher, über welchen ich schweigen werde. Man muß anerkennen, daß die böhmische Delegation so gewählt wurde, daß es gar nicht möglich war, sie besser zusammenzustellen; sie beleidigte auch niemanden, sondern erwarb sich allgemeine Sympathien. Da ich auf der hiesigen Landwirtschaftsausstellung beschäftigt war, sagte ich gleich, daß ich erst später abreisen könne und kam deshalb auch etwas später an. Es ist charakteristisch, daß wir mit großen Ehren und Gastfreundlichkeit empfangen wurden. In Warschau lernte ich etwas von der russischen Bureaukratie kennen. Dort führte man mich nämlich zu einem Nachtmahl — es war bereits Mitternacht — welches, wie ich erfuhr, 150 Rubel kostete. Vergeblich versicherte ich, daß ich keinen Durst habe. Die Beamten sagten schließlich: Nun nehmen Sie einfach eine Tasse Tee, das andere werden wir schon selbst besorgen.

Als ich aber nach Petersburg kam, interessierte sich von der vornehmeren Gesellschaft sozusagen niemand für uns. Was wir um uns sahen, waren, wie ich gute Gründe anzunehmen habe, lauter

Geheimpolizisten. Nur zwei junge Offiziere verkehrten freundschaftlich mit uns. Es war dies Fürst Obolenskij und der Fürst Svjatopolk Mirskij. Dann folgte aber eine unerwartete Wandlung. Bei einem Mittagessen wurde uns ein prachtvoller Strauß weißer Rosen zugeschickt und ich hörte deutlich, wie jemand sagte: „Das ist von ihr.“ Wer war diese liebenswürdige Fee? Ich wußte es nicht. Es war aber klar, daß diese an sich geringfügige Tatsache sehr viel im Betragen der Petersburger Gesellschaft gegen uns änderte.

Erst später gelang es mir, auf die Spur der edlen Spenderin zu kommen. In Triest wird nämlich folgende Anekdote erzählt: Als Fürstin Milena von Montenegro aus Petersburg nach Triest zurückkam, sprach sie nur von russischen Frauen, erwähnte aber die russische Männerwelt mit keinem einzigen Worte. — Ja, haben sie denn in Rußland keine Männer gesehen? — Nein, in Rußland gibt es nur zwei Männer und zwar die Großfürstin Helene und Frau Jelisaveta Strennechowna. Seit dieser Zeit hat sich das Betragen der Russen gegen die böhmische Delegation sehr verändert. Ich hatte mir ausdrücklich vorbehalten, daß ich in der böhmischen Delegation nur die Rolle eines Repräsentanten übernehmen werde. Das Hauptwort führte mein Schwager Dr. Rieger, schon deshalb, weil er von uns am besten russisch sprach. Ich muß hier aufs entschiedenste den damaligen Zeitungsnachrichten widersprechen, daß man damals mit uns deutsch gesprochen hätte. Wir sprachen französisch. Auch muß ich sagen, daß man politische Verhältnisse nicht berührte. Man sprach wohl von Nationalität, keineswegs aber von Politik; zwischen politischen und nationalen Gesprächen ist aber zu distinguieren. Vom Vater Palacký habe ich kein politisches Wort gehört. Was wir eigentlich dort gemacht haben? Darauf muß ich sagen: Ich war es, dem folgende authentische Mitteilung zukam: Bismarck plant mit Gorčakov die Teilung Österreichs. Der östliche Teil mit Galizien und Dalmatien soll Rußland, der westliche Teil Preußen zufallen. Ich muß vermuten, daß diese Nachricht nicht nur der öster-

reichischen Regierung, sondern auch dem österreichischen Botschafter Grafen Revertera di Salandra bekannt war, der uns dem Zaren vorstellte. Der angebliche Entwurf eines solchen Vertrages ist jetzt in der Zeitschrift „Prensos“ in Buenos Ayres veröffentlicht worden. Sachlich ist der Entwurf wohl richtig, formell ist er eine Unrichtigkeit, da er die Unterschrift des russischen Sektionschefs für asiatische Angelegenheiten Stremonchov trägt. Auch das Datum des Vertrages ist unrichtig.

Es ist für jedermann, der Bismarck kannte, ohne weiteres klar, daß er eine solche Angelegenheit dem Papier nie anvertraut hätte, wohl ist es aber möglich, daß sich ein beteiligter Unterhändler die Sache notierte. Aber kehren wir nach Petersburg zurück. Es kamen die spontanen Kundgebungen des Publikums. Zuerst fing das Militär an, sich für uns zu interessieren. Dieses gehört zu den relativ freiesten Bevölkerungsschichten in Rußland. Ein hervorragender Russe sagte mir damals: „Wer sich bei uns erlauben will, etwas freisinniger zu sein, muß entweder Militär werden oder in der Rolle der dritten Sektion (Geheimpolizei) stehen.“ Man veranstaltete mir eine Rigita, asiatische Ritterproduktionen, zeigte uns die sonst unzugänglichen russischen Kronschätze. Unser Einfluß wurde bald überschätzt. Bei dem Minister für Aufklärung Grafen Tolstoj kam ein mit Orden bedeckter Herr zu mir und ersuchte mich, dem Grafen eine Bitte vorzutragen, deren Erfüllung eine neue Epoche in der Geschichte Rußlands bedeuten und meinen Namen unsterblich machen würde. Auf meine Frage, um was es sich handle, antwortete er: „Erzielen Sie von Tolstoj eine Verordnung, welche den Priestern das Predigen befiehlt. Müßten nämlich unsere Priester predigen, müßten sie auch lesen können.“ Der Mann hatte recht.

Überall, wo die orthodoxe Kirche herrscht, ist das Volk ungebildet, weil die Priester nicht predigen und keine Schule halten. Selbst der schwärzeste Jesuit und Klerikaler sorgte für eine gewisse religiöse Volkserziehung, wenn auch nur in seinem Sinne. Es gibt auch keine so enormen Exzentrizitäten auf dem

Gebiete der Religion wie in Rußland. Ich verweise hier nur auf Bakunin und Herzen. Das ist immer so: wie die schwarzen Parteien sind, so sehen auch die Roten aus; sind sie doch nichts anderes als eine Frucht der Schwarzen. Bald darauf wurde uns eine Einladung nach Zarskoje Sělo zugestellt. Ich glaube, daß dies die erste bedeutungsvolle Huldigung der Brüderschaft der Nationen war, als uns der Autokrat aller Reussen seine Brüder nannte. Es änderte die Lage. Als wir dann von Petersburg nach Moskau fuhren, fuhr uns ein Gendarm nach, welcher der sich ansammelnden Menge zurief: „So begrüßet doch die Herren mit Rufen!" Hinter Twer versammelte sich die Menge so zahlreich und brachte „chlebosolja", daß man sie auseinanderjagen wollte. Fürst Dolgorukij — sagt man — hat auf die Frage, wie man die böhmische Delegation empfangen soll, vom Zaren die Antwort bekommen: „Comme moi même", wobei er nicht wußte, ob es Akkusativ oder Nominativ sei, wie es sich bei der Auffahrt zum Kreml zeigte.

Von den Südslaven war es der einzige Miletič, der in seinen langen Reden politische Gegenstände berührte und so wie bei einer Agitationsversammlung sprach. Ich bekam jedoch Nachricht, daß ein Befehl gegeben wurde, Palacký sen., Rieger und Brauner, sobald sie die österreichische Grenze betreten, zu verhaften. Ich kehrte sofort nach Prag zurück, begab mich zum Statthalter Rieger von Riegershofen und verlangte vom amtierenden Hofrat Neubauer Aufklärungen über die Lage. Dann kam zu mir der Minister Banhans und sagte mir, daß dieser Befehl zurückgezogen wurde, da die cisleithanische Delegation keinen Anlaß zu Beschwerden gab, wohl aber die transleithanische.

Die Folge von unserem Auftreten war, daß Beust mit uns unterhandeln wollte, wir wußten aber schon damals, daß die Revanche unmöglich sei und daß er nach London gehen sollte. Diese Handlungsweise wurde uns zwar von vielen, z. B. dem Fürsten Kamill Rohan sehr verübelt, sie war aber ganz richtig. Beust suchte Österreich in einen Revanchekrieg zu stürzen, für welchen Österreich zu schwach ist. Man ver-

handelte durch den König von Hannover und kaufte sogar 7000 Pferde. Bismarck sagte darüber: „Wenn der Palacký an meiner Stelle deutscher Reichskanzler gewesen wäre, müßte er glauben, daß der Ministerpräsident (Hohenwart) auch davon wissen müsse, daß man 7000 Pferde ankauft.“ In Salzburg hat dann Fürst Adolf Auersperg ihm gesagt: „Wenn ich Minister werde, lasse ich Palacký und Rieger einsperren, und in Böhmen wird Ruhe sein.“

Bismarck fing dann später an, eine Verständigung mit Österreich und den Slaven zu suchen. Sagte er doch: „Wir müssen die Freundschaft von ganz Österreich, nicht von einigen Grenzdörfern suchen,“ und zum Grafen Taaffe sagte er: „Man solle mit den Čechen nichts anfangen, mit denen würde man nicht fertig werden.“ Es ist auch bemerkenswert, daß Bismarck für die böhmische Universität eintrat, indem er sagte, man müsse den Panslavismus durch den Slavismus bekämpfen und die Čechen zufriedenstellen, damit sie nicht hinüberschielen . . . Bei der letzten Versammlung in Sokolniky war ich nicht mehr anwesend. Der Zar fiel durch einen Meuchelmörder in dem Moment, wo er eine Konstitution für Rußland unterschrieb. Welche praktischen Erfolge die Pilgerfahrt nach Moskau hatte? Erstens ist es wohl bemerkenswert, daß Rieger in Sokolniky für die russischen Polen eintrat. Zweitens war hiemit ein großer Schritt auf dem Wege zur Verbrüderung der Völker getan und in dieser Verbrüderung erblicke ich die Hauptsache. Es war kein Reaktionär, sondern Proudhomme, der das Wort aussprach, daß Freiheit eine organisierte Rauferei ist. Unter den Tugenden steht die Hoffnung an erster Stelle. Der Fortschritt ist erst dann möglich, bis die allgemeine Feindschaft und das allgemeine Hetzen durch die allgemeine Verbrüderung abgelöst wird. Richtig sagte Deák: „Die Leidenschaft ist wie Schießpulver; man kann damit eine Festung zerstören, aber nicht einmal ein Hundehäusel bauen.“ Ich möchte der russischen Duma empfehlen, daß sie nie vergesse, daß alle Russen Brüder sind, kurz, daß sie sich nach den Worten des Apostels richte: Caritas est consumma-

tio legis. Erlauben Sie, daß ich mit alten, über zwei Tausend Jahre alten Worten schließe: „Drei Dinge werden gleichzeitig geboren und gehen gleichzeitig zugrunde: Die Freiheit, das Licht und — der Mensch.“

Noch vor dieser Pilgerfahrt der Westslaven nach Moskau hat im Jahre 1837 in Budapest der Slovake Jan Kollar eine Schrift herausgegeben, welche den Titel führte: „Über die literarische Wechselseitigkeit zwischen den verschiedenen Stämmen und Mundarten der slavischen Nationen.“ Jan Kollar war reformierter Prediger, wurde im Jahre 1849 Professor der Slavistik in Wien, starb 1852. In dieser Schrift schlug er eine slavische vergleichende Sprachlehre vor, dann eine Zeitung, wo alle slavischen Sprachen vertreten wären. Kollar wollte, daß jeder gebildete Slave alle Hauptsprachen erlernen sollte. Bis heute ist es dazu nicht gekommen. Der Panslavismus ist eine Unmöglichkeit, weil auch die größeren slavischen Völker einander entgegengesetzte Interessen verfolgen. Polen und Russen! Ein hundertjähriger Gegensatz und grauenhafte Feindschaft, die oft in großen Schlachten zum Ausdruck kam.

Das offizielle Rußland hat bis heute noch die Idee des praktischen Panslavismus niemals erwogen und erfaßt, es haben nur russische Schriftsteller platonische Anfänge zum Panslavismus geliefert. Rußland kann zum Beispiel dem Ausrottungskampfe Deutschlands gegen die Polen nicht ein Wort des Einspruches erheben ohne sofort in Kriegsgefahr mit Deutschland zu geraten. Das „Berliner Tagebl.“ schreibt Mitte August 1905 folgendes:

Ostdeutscher Grundbesitz und Germanisation. In einem sehr sachlich gehaltenen Artikel bespricht die „Weserztg.“ die jüngsten ostdeutschen Gutsverkäufe an Polen und den Rückgang des deutschen Besitzes im Osten. Sie geht den Ursachen dieser beschämenden Erscheinung nach und kommt zu demselben Ergebnis, das wir gefunden haben: der Rückgang des deutschen und das Anwachsen des polnischen Besitzes ist in erster Linie dem Mangel an Nationalgefühl bei dem deutschen Großgrundbesitz im Osten zuzuschreiben. Das Bremer Blatt be-

spricht die mangelhaften Erfolge der Tätigkeit der Ansiedelungskommission und sagt:

Der große Plan, mit Hunderten von Millionen Mark preußischen Staatsgeldes polnischen Grundbesitz anzukaufen, ist leider arg mißraten. Seit 1886 kauft die Ansiedelungskommission für Staatsrechnung, 350 Millionen sind nach und nach bewilligt, 209 Millionen Mark bis Ende 1904 ausgegeben. Und das Ergebnis? Das in polnischer Hand befindliche Areal in Polen und Westpreußen geht nicht zurück, es wächst auf Kosten des deutschen. Bis Ende 1902 hatte die deutsche Hand 33.000 Hektar mehr verloren als gewonnen. In den beiden seitdem verflossenen Jahren ist das ohne Zweifel noch stärker hervorgetreten, denn die Ansiedelungskommission kauft jetzt ganz überwiegend deutsche Güter. 1904 hat sie nur 3477 Hektar von polnischen Eigentümern gekauft, dagegen 29.632 Hektar von deutschen. Natürlich geschieht das weder aus mangelndem Patriotismus noch aus mangelnder Einsicht auf Seiten der Kommission. Sie ist genötigt, das deutsche Eigentum aufzunehmen, das andernfalls in polnische Hand fallen würde. Der Fond war zum Ankauf polnischer Besitzungen bestimmt, aber nicht gesetzlich darauf beschränkt. Als nun der Staat als Käufer erschien, trieb man ihm, wie es in solchen Fällen immer geht, die Preise in die Höhe. Als er darauf einging, sahen die deutschen Grundbesitzer mit Mißfallen, daß nur die Polen daraus Vorteil zogen. Viele wandten sich an die Kommission mit Verkaufsanerbietungen. Man antwortete ihnen mit Recht, die nationale Pflicht gebiete ihnen, im Lande zu bleiben, ihre Güter zu behalten und das Polentum abwehren zu helfen. Damit traf man indessen auf völlig taube Ohren. Wie kann es auch anders sein in einem Zeitalter, wo der nackten agrarischen Interessenpolitik überall die Altäre rauchen und auch der Staat ihr kostbare Brandopfer bringt! Die verkaufslustigen Grundbesitzer fanden bald ein Mittel aus, um den Staat zu zwingen. Sie vereinbarten Kaufkontrakte mit polnischen Käufern; manche mögen echt gewesen sein, manche auch bloß fingiert. Damit gingen sie zu der Kommission, um

ihr einen Kauf unter gleichen Bedingungen anzubieten. Dieser erschienen wohl in der Regel die Preise zu hoch. Aber wenn sie ablehnte, so sagte man ihr: dann gehen wir zu den Polen. Oft folgte die Kommission dem Zwange, manchmal wies sie das Angebot ab, und dann erfolgte nicht selten der Übergang in polnische Hände.

So ist der Verlauf in der Tat. Wie es die deutschen Agrarier nicht verschmähen, sich durch Zölle, Grenzsperren und dergleichen auf Kosten ihrer Volksgenossen zu bereichern, so verschmähen sie es auch nicht, durch unfaire Praktiken aus dem Gelde Privatprofite zu erstreben, das das preußische Volk für die Wahrung seiner Nationalität geopfert hat. Und es kommt ihnen gar nicht darauf an, in nationaler Hinsicht Landesverrat zu treiben, wenn die Staatsbehörden ihnen nicht ohne weiteres die Groschen der Steuerzahler zur Verfügung stellen wollen. Gegenüber dieser nationalen Gewissenlosigkeit in den Kreisen der deutschen Gutsbesitzer betont die „Weserztg." die wahrhaft imponierende nationale Opferwilligkeit der Polen, indem sie die Frage erörtert, wie es den Polen möglich wird, höhere Preise für deutsche Güter anzulegen, als deren Wert beträgt. Die „Weserztg." schreibt:

Was setzt die Polen instand, solche Preise anzulegen? Zum Teil kommt es daher, daß die Ansiedelungskommission polnische Besitzer, die dem Verkrachen nahe waren, ausgekauft hat zu Preisen, mit denen jene sich rentablen Grundbesitz wiederkaufen konnten, manchmal aus polnischer, manchmal aus deutscher Hand. Aber das kann den Vorgang unmöglich in vollem Umfang erklären. Auch die polnische Landbank, deren Erscheinen dem Polentum eine starke Stütze gewesen ist, kann auf die Dauer unmöglich den Grundbesitz zu viel zu hohen Preisen einhandeln, ohne daß ihr viele Millionen zufließen, um den kaufmännischen Fehler auszugleichen. Da tritt denn polnische Opferwilligkeit in wahrhaft glänzendes Licht und beschämt die schnöde Interessenpolitik auf deutscher Seite wahrhaft grausam. Ob, wie man behauptet hat, auch die Riesenkapitalien

der aus Frankreich ausgewiesenen katholischen Orden auf diese Weise Belegung gesucht und zugleich den polnischen Ultramontanismus gestärkt haben, ist nicht authentisch bekannt. Eins aber ist gewiß, daß die Dinge in den preußischen Ostprovinzen eine sehr üble Wendung genommen haben, indem die altansässige deutsche Bevölkerung leise aber stetig zum Lande hinausgedrängt wird und das Polentum sich um so fester setzt.

Es kann nicht oft genug auf den Krebsschaden der Ostmarkenpolitik, den die nationale Schlappheit und Gewissenlosigkeit unter dem deutschen Grundbesitz darstellt, hingewiesen werden. Am Ende werden die Mahnungen doch wohl die Gehörgänge der Auchdeutschen im Osten erreichen.

Diese Sätze waren schon geschrieben, als uns eine Meldung zu Gesicht kam, deren Inhalt in drei Worten der ist, daß ein preußischer Landrat in Posen sein Gut an Polen parzelliert habe, und daß der jetzige Oberpräsident von Westpreußen in seiner damaligen Eigenschaft als Regierungspräsident von Posen dazu nicht nur stillgeschwiegen, sondern dem schuldigen Landrat sogar noch eine Auszeichnung erwirkt habe. Die „Tägl. Rdsch." hatte gemeldet:

„Im Posener Regierungsbezirk wurden auf dem Besitz eines Landrats, der ihn parzellierte, Polen angesiedelt, und dieser Herr blieb in seinem Amte, obwohl der jetzige Regierungspräsident in Posen, wie sein Amtsvorgänger, der gegenwärtig in einem anderen Bezirk Staatsregierung und Deutschtum gegenüber den Polen „vertritt", über den Hergang vollständig unterrichtet waren. Vielmehr ist dem Landrate hinterher noch an allerhöchster Stelle sogar die Ernennung zum Geheimen Regierungsrate vor einiger Zeit ausgewirkt worden."

Das Blatt bemerkt jetzt dazu in aller Deutlichkeit: „Dieser frühere Regierungspräsident ist Herr v. Jagov, der jetzige ist Herr Krahmer, der Landrat ist Geheimer Regierungsrat v. Scheele. Die mit Polen parzellierte Besitzung des Herrn v. Scheele lag im Kreise Schildberg (Posen). Herr v. Jagov ist nun Oberpräsident der Ostmarkenprovinz Westpreußen ge-

worden.“ Das „Posener Tageblatt“ gibt sich Mühe, den Eindruck dieser Mitteilung abzuschwächen, es schreibt:

„Landrat v. Scheele besitzt seit längerer Zeit im Kreise Schildberg die Rittergüter Grabow und Kaliszkowice kaliskie mit etwa 760 Hektar. Der Boden ist von überaus mangelhafter Beschaffenheit, so daß die Güter ständig erhebliche Zuschüsse erforderten, die schließlich die wirtschaftliche Kraft des Besitzers überstiegen. Herr v. Scheele bot die Güter der Ansiedelungskommission an. Da diese sich aber davon überzeugen mußte, daß kein deutscher Ansiedler sich dort ernähren könnte, wurde der Ankauf abgelehnt. Abermals versuchte der Besitzer, deutsche Landwirte zum Ankaufe einzelner Parzellen zu bewegen. Obwohl möglichstes Entgenkommen zugesichert wurde, fanden sich auch damals keine deutschen Käufer.“

So wird im deutschen Reiche die Polenpolitik betrieben. Preußen ist entschlossen in einigen Dezennien das ostpreußische Gebiet vollständig zu germanisieren. Auf diesem Wege wird mit Gewalt und Trug weiter fortgefahren. Dasselbe wird betrieben in Ungarn mit den Slovaken, auch sie sollen verschwinden. Derselbe Kampf auf Tod und Leben führen die Südslaven in Istrien mit den Italienern, dann die Slovenen mit den Deutschen und die Czechoslaven ebenfalls mit den Deutschen. Die Regierung will Österreich als deutschen Staat, wie die Ungarn den magyarischen Nationalstaat haben.

Die slavischen Völker Österreichs sollen nun ausgerottet werden, hier germanisiert, dort magyarisiert. Rußland hat sich bis dato um die Interessen dieser bedrängten slavischen Völker nicht im mindesten gekümmert.

Die russische Diplomatie hat ihren eigenen Kaiser und das eigene Reich Rußland regelmäßig verraten. Es ist ein internationales meist jüdisches Gelichter, welches für die nationalen Interessen der slavischen Völker absolut keinen Sinn hat.

Die einzigen slavischen Völker, die Balkanslaven sind von Rußland im 19. Jahrhundert durch mehrfache Kriege von den Türken befreit worden. Dafür hat Rußland bisher nur schnöden Dank geerntet. Es

hat auf Serbien, Bulgarien und den Balkan überhaupt sehr wenig Einfluß. Es wollte Konstantinopel haben, aber England mit den anderen westeuropäischen Mächten sorgte dafür, daß Rußland dieses Ziel nicht erreichte. Auch Österreich wird von der Balkaninsel nichts erreichen, es kann höchstens den Krieg mit Italien oder Rußland auf den Hals bekommen. Die Magyaren träumen von der magyarischen Herrschaft auf dem Balkan. Mit Recht wird diese Halbinsel der Wetterwinkel Europas genannt. Hier werden wahrscheinlich Rußland mit England den Entscheidungskampf führen, denn Indien ist dazu weit entfernt. Die „Germania" schrieb am 31. Jäner 1906 folgendes:

„Balkanfragen. Wir haben eben erst auf bemerkenswerte panslawistische Strömungen hingewiesen, die sich in Rußland zeigen, und die ihre Spuren in den Vorgängen am Balkan deutlich zurücklassen. Besonders in Bulgarien. Fürst Ferdinand hat im Einvernehmen mit seinem Kriegsminister die Rüstungen des Landes in unverhältnismäßiger Weise gesteigert. Das bekommt die Bevölkerung als Gut- und Blutsteuer bitter zu fühlen, und das ist für die Regierung eines Volkes von der Veranlagung des bulgarischen nicht ungefährlich. Man sucht daher in Anlehnung an Petersburg die Ablenkung nach Außen. In dieses Kapitel gehört auch die Agitation in Serbien, und ihre Frucht: die Zollunion. In den Artikeln, in welchen wir vor einigen Wochen die Lage am Balkan gekennzeichnet haben, schilderten wir auch die Aspirationen Italiens auf eine maßgebende Rolle am Balkan, besonders an den Küstengebieten der Adria. Der Ausgangspunkt dieser Aktion war und ist das Land des Schwiegervaters, Montenegro, dessen Fürst wieder mit dem ihm verwandten Karageorgjewič, mit Serbien, das Einvernehmen bestellt. Die Politiker in Rom und gewiß auch viele am Balkan sehen in den Eisenbahnen, in den Wegen des Handels, im allgemeinen die Fessel, welche die Völker am engsten verknüpft.

Während Österreich die so außerordentlich wichtige und dabei kurze Strecke Serajewo-Mitrowitza — welche eine Linie Wien-Saloniki ergänzen würde —

ebensowenig baut, wie die Anschlußlinie Dalmatiens an Österreich, haben die Italiener den günstigen Augenblick schon erkannt, um in Belgrad das Eisen zu schmieden: sie schlagen eine Bahnverbindung Serbiens mit der Adria vor, eine Linie, welche die serbischen Staatsbahnen — und mit ihnen den Verkehr von Bulgarien und Rumänien — mit einem Hafenplatz verbinden soll, womöglich dem montenegrinischen Antivari, das bereits in italienischen Händen ist. Der Weg nach England, Frankreich und auch Deutschland würde nach kurzer Bahnfahrt in eine Seeverfrachtung übergehen, welche bedeutend kürzer wäre, als die durch das Schwarze Meer und die Dardanellen. Diese Bahn würde Österreich umgehen und würde den Balkan an Italien angliedern. Und da ist es sehr bemerkenswert, daß dieser Plan — der ja nicht neu ist — dieser Tage im Organ der serbischen Kaufmannschaft begeistert gepriesen wurde.

Die Hetze Bulgariens wird sogar ganz offen im Regierungsblatte „Nowi Wěk" betrieben, das den Satz variiert, Österreich sei das Hindernis von Serbiens Entwickelung gewesen. Dieser Agitation tritt in Wien ein anscheinend ebenfalls offiziöser Artikel entgegen, der ausführt, daß Bulgarien die Serben ins Schlepptau zu nehmen suche, um sein eigenes Gewicht zu erhöhen. Schon 1897 hätten die Bulgaren die Serben geschädigt, als Bulgarien „durch Verrat und Mißbrauch seiner Abmachungen mit Serbien im Yildiz drei Bischofssitze in Altserbien erlangte". Und zwar in mazedonischen Gebieten, die rein serbisch sind. Schließlich wird gesagt, daß ein kulturell starkes Serbien das Zentrum des Serbentums am ganzen Balkan wäre; das fürchte eben Bulgarien, und deshalb suche es Belgrad zu einer törichten Politik zu verleiten. In jenem, dem Wiener Auswärtigen Amte freundlichen Blatte findet sich auch eine Betrachtung, welche für eine Zollunion Serbiens mit Österreich-Ungarn eintritt.

Interessanter als diese immerhin angeblich wenig aktuelle Frage ist ein anderer Teil des Aufsatzes, dessen Grundgedanke in der Überschrift zum Ausdruck kommt: „Die Rivalität Deutschlands mit Öster-

reich-Ungarn in Serbien.“ Es wird da im einzelnen ausgeführt, wie deutsche Waren solche aus Österreich-Ungarn verdrängen und das deutsche Kapital am Balkan eine Industrie zu entwickeln sucht. Da das hier Gesagte einen Punkt berührt, der in der Presse wie auch in Vereinigungen in neuerer Zeit sehr oft zur Sprache kommt, so erscheint es geboten, auf etwaige Weiterungen aufmerksam zu machen. Trotz aller Klagen der österreichischen Presse — die gerne Steuerminderungen durchsetzen möchte — ist die österreichische Industrie in starkem Aufschwunge begriffen.

Auch in Ungarn bildet sich eine — von der Regierung begünstigte — Industrie, welche mit der österreichischen besonders im Inlande in Wettbewerb tritt. Der Aufschwung in Deutschland, England, Nordamerika und Italien — das sich industriell stark entwickelt! — hat Österreich vielfach auf dem Festlande wie auf überseeischen Märkten verdrängt. Die Monarchie hat keine Kolonien, wohl aber besitzt sie durch geschichtliche Überlieferung wie infolge der geographischen Lage ein Kolonisationsgebiet: den Balkan. Den nun sieht die Industrie in Österreich-Ungarn als ihr unverletzlisches Gebiet an. Trotzdem, daß die Industrie in den Parlamenten wenige Fürsprecher hat, ist sie doch in Österreich ein überaus einflußreicher Faktor. Erstens ist sie im Staate, im Lande und auch in der Gemeinde der wichtigste Steuerträger.

Zweitens ist die Bankwelt an ihrem Aufblühen beteiligt und leistet ihr Hilfe. Endlich steht sie mit dem einflußreichsten Teile der Presse in engem Bündnisse, das so weit geht, daß selbst offiziöse Blätter gegen die Regierung frondieren, sobald diese sich der Industrie nicht gefügig erweist. Würden sich nun der österreichische Handel und die österreichische Industrie am Balkan und in der Levante von Deutschland ernstlich bedrängt sehen, so würde der gewiß höchst erbitterte Kampf zur Folge haben, daß sich im weiteren der Zwist auf das politische Gebiet übertragen würde. Die Folgen davon wären unabsehbar! Die Industrie ist vorzugsweise deutsch.

Und vor allem ist es das deutsche Element, das für ein Zusammengehen mit Deutschland ficht. Allerdings aus anderen Gründen, als es die waren, die beim Abschlusse des Bündnisses maßgebend gewesen sind. Damals lebte ein anderes Geschlecht, und damals bestand noch ein anderes Rußland. Die lebende Generation kennt den Zustand nur aus den Büchern, ist spezifisch „deutschösterreichisch", und in dieses Element versuchte Schönerer ganz vergeblich Alldeutschtum hineinzutragen. Seine Gründe sind also zum guten Teil Vernunftgründe, womit allerdings keineswegs gesagt werden soll, daß es nicht auch die Überlieferung ist, welche die Deutschen jenseits der schwarzgelben Grenzpfähle an die diesseits derselben bindet. Würden aber die Deutschen Österreichs im Reiche einen nicht nur gefährlichen, sondern auch rücksichtslosen Gegner auf industriellem und dem Handelsgebiete finden, so würde zumindest die Wärme, mit der sie das Zusammenarbeiten mit dem Deutschen Reiche verteidigen, geschwächt und damit die Aussichten der slawischen Gegner desselben sehr gesteigert! Die Folgen wird man in Deutschland umso eher richtig einschätzen, als aus einem wirtschaftlichen Wettkampfe mit Österreich-Ungarn vor allem Dritte — England, Italien und Frankreich — Vorteile ziehen würden. Man stelle daher in Deutschland den unantastbaren Grundsatz auf: Nie gegen, stets nur mit Österreich. Im Zusammenarbeiten mit Österreich wird das deutsche Kapital ja auch lohnende Verwendung finden. Auch tüchtige tatkräftige Leute, die mit redlichem Fleiße redlichen Gewinn suchen, hat Österreich nicht im Überflusse. So würde zu beider Vorteil das Band gestärkt, das als Hort des Friedens die beiden Reiche verbindet."

Die „Reichspost" schrieb am 13. März 1906 folgendes:

„Die Lage in Altserbien und Mazedonien. Die österreichische und die ungarische Presse, hypnotisiert durch die Unruhe in Ungarn und durch die Wahlreform in Österreich, übersieht vollständig, daß da unten am Balkan ernste Ereignisse sich vorbereiten und die Hand der Weltgeschichte

in vielleicht sehr naher Zeit an die südöstliche Pforte unserer Monarchie pochen wird. Hier weiß es alle Welt und rechnet damit, daß sich die Dinge in Altserbien und Mazedonien außerordentlich kritisch gestaltet haben. Wichtiger als der handelspolitische Konflikt mit Serbien, wichtiger als die serbische Kabinettskrise und wichtiger als die diplomatischen Spielereien mit der mazedonischen Finanzreform ist die albanesische Bewegung, welche bereits zu Ereignissen führt, die jenen auf ein Haar gleichen, die der Revoltierung Bosniens und Herzegowina und dem Okkupationsfeldzuge vorausgingen.

Serbische Konsularberichte aus Bitolje besagen, daß in diesem Vilajet die Anarchie beständig im Wachsen ist. „Von den Reformen," heißt es in einem Berichte wörtlich, „erwartet niemand etwas, weil sie nicht ehrlich durchgeführt werden. Die Bandenbewegung ist in rascher Zunahme begriffen und breitet sich immer mehr aus. Insbesondere die Bulgaren und Griechen treffen bedrohliche Vorbereitungen. Dieser Kampf zwischen den Führern der christlichen Einwohnerschaft treibt Wasser auf die Mühlen der Türken und der mohamedanischen Albanesen, die ein wahres Schreckensregiment entfalten. Eine türkische Truppenabteilung drang kürzlich in das Dorf Krigovestan und erschoß acht serbische Notabeln in ihren Häusern, wo sich dieselben friedlich aufhielten. Im Dorfe Sarandinov erschoß dieselbe Truppe zwei Bulgaren, die zu den angesehensten Leuten der Gegend gehörten. Die Bulgaren rüsten hier sehr eifrig für das Frühjahr. In jedem Dorf kommen etwa 50 bis 100 Stück Mannlichergewehre zu Verteilung an die Einwohner."

Noch ernster lauten die Berichte aus der Stadt Vučitrn zwischen Mitrovica und Pristina in Altserbien, oder „im Arnautluk", wie die unter albanischer Herrschaft stehenden Gaue genannt werden. Die Albanesen haben sich dort förmlich organisiert. Etwa 1000 Albanesen belagern die Stadt Vučitrn. Vor der Stadt hielten sie unter freiem Himmel eine Versammlung ab, in welcher sie beschlossen, an die türkischen Behörden eine Deputation zu entsenden,

um die Freilassung aller Albanesen zu fordern, die von der Reformgendarmerie wegen ihrer Verbrechen verhaftet wurden. Der türkische Kommandant empfing tatsächlich die Deputation und erklärte ihr, er könne ihrem Wunsche nicht nachkommen, worauf die Abgesandten erwiderten, in diesem Falle würden die Albanesen die Stadt überfallen und alle Christen niedermetzeln. Nunmehr bat der Kommandant, die Albanesen mögen sich gedulden, bis er aus Konstantinopel Instruktionen erhalten habe, womit sich die Deputation einstweilen begnügte. Was seither — der geschilderte Vorgang spielte sich vor drei Tagen ab — in und vor Vučitrn geschehen ist, weiß man hier noch nicht, und es schwirren nur unkontrollierbare Gerüchte durch die Luft. Hingegen meldet ein Konsularbericht aus Ueskiib: „An den hiesigen Vali ist aus Vučitrn ein Telegramm des dortigen Militärkommandanten eingetroffen, in welchem er um schleunigste Absendung militärischer Verstärkungen bittet, da die Zahl der die Stadt belagernden Albanesen auf 3000 angewachsen ist und dieselben eine sehr bedrohliche Haltung zur Schau tragen. Der Vali telegraphierte sofort an Schemsi Pascha, er möge mit seiner gesamten Truppenmacht nach Vučitrn eilen und die Albanesen auseinandertreiben. Schemsi Pascha telegraphierte an den Vali aus Ipek, nachdem dort vollkommene Ruhe herrsche, werde er sich noch an demselben Tage nach Vučitrn begeben. Die Aktion der Albanesen vor Vučitrn ist ein Machwerk Österreichs (!!), um einen Grund zum Einschreiten zu erlangen."

Nun denn, dies ist eine verleumderische Ausstreuung. Nicht österreichische, sondern italienische und montenegrinische Lockspitzel fachen die albanesische Bewegung an, und es ist insbesondere Italien, welches mit seiner „lateinisch-slovenischen Liga" und mit seiner Idee von einem freien albanesischen Fürstentum die Albanesen zu Aufständen verleitet, um einen Vorwand zum „bewaffneten Schutz der friedlichen Interessen Italiens und Montenegros" zu erlangen, wie schon jetzt die ständige Phrase in der Balkanrubrik der italienischen Regierungspresse lautet.

Wohl ist es richtig, daß die Sympathien der Albanesen für Österreich im Wachsen sind und daß einzelne Führer, wie zum Beispiel Berovič Beg, die Wohlfahrt Albaniens ausschließlich bei Österreich gesichert sehen wollen. Die Wiener Staatslenker tun leider nichts, um den gegen die Reformen aufgestachelten Albanesenstämmen, denen die österreich-freundlichen Stämme vollkommen fernestehen, wirksam entgegenzutreten. Auch die hier verbreiteten Gerüchte von großen Rüstungen im Sandschak Novibazar sind stark übertrieben. Der italienische diplomatische Vertreter hatte sich neulich zu einem Beamten der mazedonischen Propaganda-Abteilung im hiesigen Ministerium des Äußern wie folgt ausgesprochen: „Wenn am (griechischen) St. Georgstage (20. April) der Albanesenaufstand in Altserbien, wie Ihre Blätter sagen, ausbricht, so wird er auch den Sandschak Novibazar nicht verschonen. Dann wird Österreich wohl einschreiten?“ Darauf machte der serbische Beamte eine wegwerfende Handbewegung und sagte lachend: „Wozu sind denn die türkischen Truppen da? Ihnen wird Österreich alles vertrauensvoll überlassen!“

Soweit die „Reichspost“.

Der Einfluß Rußlands auf dem Balkan ist wohl auf lange Dezennien gebrochen. So armselig schaut der Panslavismus aus, der noch heute in den Köpfen verschiedener Politiker spukt. Die Führer des böhmischen Volkes Dr. Rieger und Dr. Grégr haben am 8. Dezember 1888 im Reichsrate in Wien große Reden gehalten über den Panslavismus. Leider können wir diese Reden nicht reproduzieren aus Raummangel. Rieger wendete sich damals gegen den russischen Politiker Lamanskij, der verlangte, alle slavischen Völker Europas, deren Zahl jetzt auf 145 Millionen Menschen geschätzt wird, sollen die russische Sprache und den orthodoxen Glauben annehmen. Dieses verlangten auch Komarov und andere russische Politiker. Dieses Projekt läßt sich nun nicht durchführen. Es könnte nur soweit gearbeitet werden, daß alle gebildeten Slaven die russische Sprache erlernen. Damit wäre wohl auf das kürzeste die literarische

Gemeinschaft aller Slaven erzielt. Dazu wird es wohl kaum jemals kommen. Es müßte denn dieser Gedanke eifrigst propagiert werden.

Der Panslavismus ist eine Träumerei. Haben sich doch nicht einmal vereinigt die Czechoslaven und die Slowaken, zwei Völker, die am nahesten verwandt sind. Welche wütende Kämpfe hat es da unter den Slowaken gegeben, da es sich um die Annahme der böhmischen Sprache als Schriftsprache für die Slowaken vor 50 Jahren handelte! Heute sind sich die beiden Völker fast völlig fremd, obzwar sie doch neben einander wohnen! Im Jahre 1847 hat der Gymnasiallehrer Heffter in Brandenburg ein Werk herausgegeben: „Der Weltkampf der Deutschen und Slaven.“ Wir wissen nicht, ob Palacký dieses Werk kannte. In diesem Werke sind die Grundlagen der deutschnationalen Politik gegeben. Hier werden die Slaven so geschildert, wie sie zum Beispiel Herr Hugo Ernst in Zabianken in Westpreußen in der „Hartungsnummer“ der „Unverfälschten deutschen Worte“ schildert. Es heißt da: „Die slavischen Völker, die früher einen reinblütigen und ebenbürtigen arischen Volksstamm bildeten, sind ein warnendes Beispiel, wie die Mischung mit niederem Blut herunterzubringen vermag. Das massenhaft aufgenommene mongolische Blut hat allein diese Völker so heruntergebracht, daß sie bis heute unfähig sind, Staaten zu bilden und Ordnung zu halten. Sie sind entweder germanischen Staaten angegliedert, oder sie werden unter Beihilfe deutscher Adelsgeschlechter von deutschen Fürsten regiert. Sowohl im österreichischen als auch im russischen Reiche sind die Deutschen oder doch ihr Blut die Erhalter des Staates, ohne welche und welches beide längst den unheilbaren Wirren erlegen wären. Wegen des mongolischen Blutes, das in den Adern der Slaven fließt, dürfen wir uns nicht weiter mit ihnen mischen. Wer möchte auch wohl seinen Nachkommen das scheußliche Gesicht eines echten Czechen mitgeben?

Die Geschichte des römischen Staates belehrt uns ebenfalls, wohin wir kommen, wenn wir ohne Unterschied jedes Blut in uns aufnehmen. So lange

der römische Staat sich auf arische Stämme beschränkte, blühte Ordnung und Tugend und seine Festigkeit war im Fortschreiten begriffen. Schlechter wurde es schon, als die süditalienischen Völker aufgenommen wurden, aber noch bedeutend schlechter, als auch die aus Asien und Afrika eingeschleppten Sklaven Bürgerrecht erhielten. Bestechlichkeit, Wollust, Faulheit, Unordnung nahmen schnell zu und das Schicksal des römischen Staates war in seinem Untergang besiegelt, wenn auch noch germanische Heerführer und Truppen ihn etwas aufhielten. Zu viel des edlen Blutes forderte schon die Geschichte unseres Volkes. Die von den Papisten angestifteten Kreuzzüge waren ein Massengrab der edelsten germanischen Geschlechter. Neben ruheverdienten Greisen und in der Kraftfülle stehenden Männern opferte man in religiösem Wahnsinn Scharen blühender Kinder. — Die unselige Idee, mit dem deutschen Königstum römische Kaisermacht und römischen Kaiserglanz zu vereinen, brachte uns die unzähligen Züge über die Alpen, an denen unser Volk sich fast verblutete. Der dreißigjährige Krieg, der zur Verteidigung der Gewissensfreiheit entbrannte, raubte Deutschland zwei Drittel seiner Bewohner. Bis zum Freiheitskriege war Deutschland der Tummelplatz aller möglichen Völker und Horden, die hier ihre Angelegenheiten ausfochten, ihre Mord- und Raublust stillen durften, Dank unserer Ohnmacht und Zerrissenheit, Dank der Unfähigkeit unserer Fürsten und Kaiser, die nur das Anwachsen ihrer Hausmacht betrieben und dafür auch deutschen Boden preisgaben.

Wenn deutsche Adelsgeschlechter ins Czechische hineinheiraten und sich dann als Vollblutczechen aufführen, so ist dies höchst schmachvoll und es ist jammerschade, daß man diese Vögel, die ihr eigenes Nest beschmutzen, nicht wegen Volksverrat belangen kann. Unsere tiefste Verachtung soll aber diejenigen Männer deutscher Abkunft treffen, die schon mit dem Import der Schlitzäugigen begonnen haben, um bei ihnen den letzten Tropfen germanischen Blutes für den Reiz einer besonderen Wollust, über den sich streiten läßt und nach dem nur

Männer Verlangen haben können, die gesunken oder krankhaft überreizt sind, zu verkaufen. Ein Linsengericht für ein großes Erbe! Schmachvolle Vergessenheit deutschmännlicher Pflichten. Ebenso schandbar und unverantwortlich ist es, deutschen Besitz in fremdvölkische Hände übergehen zu lassen. Gewiß sollen wir das Gute nehmen, wo wir es finden. Es heißt das Gute annehmen, ohne sich selbst aufzugeben. Alles prüfen, das Beste behalten. Es heißt, sich tüchtig in der Welt umschauen, Schätze sammeln an Erfahrung und Menschenkenntnis, das Herz zu edlen, den Gesichtskreis zu erweitern, es heißt, durch das Aufgenommene gewinnen an Klarheit und Kraft, aber es heißt auch, das Eigenbewußtsein behalten und fest ein Deutscher zu bleiben. Aber wir gehen in der Anerkennung der Fremden viel zu weit. Wir beten das Fremde an und vergöttern es ohne Prüfung und sind nur zu sehr geneigt, es gegen unsere Sprache und Gesittung zu vertauschen, wenn es auch viel Minderwertigeres ist. Wir ziehen zu leicht unsern guten deutschen Rock aus und den fremden lumpigen an. Leidet unser Volkstum schon unter diesen Schwächen und Fehlern da, wo wir in geschlossener Masse wohnen, so ist das noch viel mehr der Fall, wo deutsches Blut nur dünn gesäet ist. So hat uns diese unsere Untugend überall auf auswärtigem Boden bisher nur zum Kulturdünger fremder Länder kommen lassen und wir haben damit eine Kraft und ein Vermögen verloren, die nicht mehr in Zahlen zu fassen sind.

Die Verhunzung unserer herrlichen Sprache hat von oben begonnen und sich von hier aus bis in die untersten Schichten des Volkes fortgepflanzt. Noch heute wird an manchen deutschen Fürstenhöfen eine Sprache gebraucht, die nicht die unsrige ist. Ja, wenn diese Behandlung unsere Sprache noch verdient hätte! Sie, die herrlichste, wird noch immer einer Barbarensprache gleich geachtet. Unsere Sprache ist die schönste und wird es bleiben, wenn wir uns von der Sucht fernhalten, sie durch fremde Brocken zu verunzieren und sie dadurch in ihrer Entwicklung zu noch größerer Vollkommenheit und zu noch

größerem Wohlklang aufzuhalten. Welche Sprache ist so bildreich, so formschön, so geschmeidig, so fein gegliedert, so lebendig? Welche Sprache bietet uns eine so treffliche Handhabe, unseren Gedanken so vollkommen Ausdruck zu geben und in ihr die feinsten, zartesten und verschiedensten Regungen der Seele fortzupflanzen! Unsere Sprache ist das ehrwürdigste Gebilde und Werkzeug deutschen Geistes, sie ist ein prächtiger, kunstvoller Dom, an dem wir unsere Freude und unseren Stolz haben können! Sie zu achten, ja heilig zu halten, ist deshalb Ehrensache für jeden echten deutschen Mann. Und sollen wir den herrlichen Bau mit fremdem Flickwerk schimpfieren und verunzieren? Klar und wahr, wie das Sonnenlicht, ist unsere Sprache! „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre!“ ruft uns Schiller zu, der größte Meister unserer Sprache! Nur der ist ein gebildeter deutscher Mann, der seine Muttersprache vollkommen beherrscht und schützt.“

Welcher Abkunft sind denn die Preußen von heute? Doch offenbar slavischer Abkunft. Der Name Prus ist einer der häufigsten Familiennamen bei den Polen, wie etwa Meyer bei den Deutschen. Wenn die Czechoslaven so häßlich sind, wie schaut denn körperlich aus Dr. Eisenkolb, der Abgeordnete der alldeutschen Gruppe? Nach der Weisheit des Ernst sollte doch Dr. Eisenkolb der schönste Mann sein! Ganz Wien kennt diese Gestalt! Wenn die slavischen Völker es zu keiner Weltherrschaft gebracht haben, so mögen daran in erster Reihe ihre eigenen Eigenschaften schuld sein. Ein kräftiger Baum wächst kräftig. Was im Innern faul ist, geht ein. So auch die Völker. Ein Volk, das in sich selbst die genügende sittliche Kraft hat, kann von keinem anderen Volke weder durch Gewalt noch durch List aufgesaugt werden. Nur wenn ein Volk in sich selbst zerfahren, uneins, entsittlicht, innerlich morsch ist, voll von schamlosen selbsüchtigen Individuen, Verräter des eigenen Volkes, ein solches Volk geht von selbst zugrunde. Die Slaven haben nun ein solches Element in ihrer Mitte, das sind die Juden. Sie verderben die slavischen Völker. Die Juden haben Polen

vernichtet, sie haben die Slowaken durch den Branntwein fast ganz aufgerieben. Sie gehen nun daran, auch Rußland zu verderben.

Das internationale Judentum hat laut Bericht der Londoner „Chronique Juides“ für die revolutionären Juden in Rußland 775.776 Pfund Sterling gesammelt. Es wurden in England gesammelt 149.541 Lst., in Deutschland 115.000, in Amerika 240.000 Lst., also zusammen mehr als 7 Millionen Rubel. Im Jahre 1905 sind aus Rußland 92.500 Juden ausgewandert, welche 2000 Millionen Rubel Vermögen mit aus Rußland nahmen. Wie es in Rußland heute aussieht, davon ein Beleg. Suvorin, der Eigentümer des „Nowoje Wremja“ schrieb in diesem Organ am 1. Feber 1906 folgendes:

Die Juden haben die Revolution in Rußland entfacht. Aber auch die Regierung Witte's stellt die Juden an die Spitze der Staatsmaschine. Die nationalen Russen werden von der Regierung weggeschoben, als ob sie nichts verstehen würden und die Bedürfnisse des russischen Volkes ihnen unbekannt wären. Mehrere Generationen dauert es, daß russische Männer nichts lernen. Sie schreien und schwärmen nur nach der — Freiheit! Die Juden aber finden Zeit zum Lernen und auch zum Antreiben der faulen Russen zur Revolution. Die Nationalrussen werden es soweit bringen, daß sie den Juden Stiefel putzen werden, ja, die Juden sind lernbegierig — die Russen faul. Aber auch die Regierung zieht überall die Juden vor. Das Projekt der Bulyginschen Reichsduma hat der Jude Gurjand ausgearbeitet. Das Projekt über die Aufteilung der Adelsgüter den Bauern hat der Jude Kaufmann ausgearbeitet. Er und der Jude Herzenstein führten in Moskau auf dem Zemstwokongreß das Hauptwort. Die russische Regierung vertraut also das Komponieren der Gesetze den Juden an! Wie kann ein Jude über die Landfrage ein Gesetz abfassen, da doch die Juden Jahrtausende nur Geld haben und beherschen und vom Landbau nichts wissen wollen?

Also der Jude soll jetzt in Rußland das werden, was vor 4000 Jahren bei den Pharaonen der ägyptische

Josef wurde? Der Minister Kutler suchte also einen Juden. Darum mußte Kutler sein Ackerbauministerium verlassen. Wenn demnach russische Männer nicht für ihr eigenes Volk arbeiten können, wie will Rußland den Panslavismus verwirklichen?

Die „Kölnische Volksztg.“ schreibt am 26. März 1906 folgendes: Ganz gleich, wie die Marokkokonferenz ausgeht: niemand möchte mehr seinen Kopf auf Frieden verwetten. In Frankreich fängt man jetzt, ganz wie 1870, wo man von Chassepots und Mitrailleusen Wunderdinge erzählte, zu vergleichen an und erklärt, man sei uns in der Bewaffnung voraus. Dieser gefährlichen Überzeugung wurde von uns aus sofort durch die Meldung eines offiziösen Blattes begegnet, daß bereits mehrere deutsche Armeekorps das neue Rohrrücklaufgeschütz erhalten hätten und der Verteilung des Restes nichts im Wege stehe. Ganz im Stillen, sogar ohne Reichstagsdebatte und Reichstagsbewilligung, ist also die Umbewaffnung vor sich gegangen. Im Etat wurde, im Einverständnis mit den Parteien, der Posten „Artilleriereserve“ etwas fetter wie sonst dotiert; durch diese und andere Etatkünste wurde die Sache gemacht. Und wieder erinnert man sich mit Vergnügen des Ausspruches des alten Kriegsministers Grafen Roon, daß die ruhigsten vierzehn Tage seines Lebens die der Mobilmachung von 1870 gewesen seien: alles klappte geräuschlos, und kein Korpskommando hatte auch nur eine einzige Anfrage an das Kriegsministerium. Militärisch sind wir also wohl gewappnet, und man wird das Rechte treffen, wenn man annimmt, daß die Gefahr, welche von Westen droht, trotz alles Geschreies der Londoner und Pariser Hetzpresse gar nicht so groß ist. Das barometrische Minimum liegt über der Newa. In verschiedenen Zeitungen — u. a. auch im Hannov. Courier — heißt es, daß die antideutsche Stimmung in allen russischen Kreisen jetzt so groß sei, wie sie selbst zu den schlimmsten Zeiten Alexanders III. niemals gewesen wäre. Diese Meldung ist auch nach unseren Informationen richtig, und wenn die „öffentliche Meinung“ auch sonst in Rußland wenig bedeutet, so trägt doch die herrschende

Abneigung gegen Deutschland viel dazu bei, Hof und Regierung den englischen Lockungen geneigter zu machen. Nun fragen manche Blätter, wie die Russen wohl dazu kämen, uns so zu hassen. Deutschland habe ihnen doch unzählige Liebesbeweise gegeben und auch während des ostasiatischen Krieges eine für sie wohlwollende Neutralität eingehalten.

Der Grund liegt wohl nicht zum mindesten in dem seit Beendigung des Krieges neuerwachten slavischen Solidaritätsgefühl, das einen Ausdruck in dem Slavischen Verband findet, der in den nächsten Tagen in St. Petersburg an die Öffentlichkeit treten soll und als Ziel seiner Bestrebungen die „allslavische Einigung“ bezeichnet, die den „Angriffsplänen des kriegerischen Germanentums“ ein „friedliches (?) Gegengewicht“ bieten solle. Als Vorbilder für den „Slavischen Verband“ werden der Sokol und der Straz bezeichnet. Der Straz erhebe einen jährlichen Mitgliedsbeitrag von 1 Mark = 46 Kopeken, in dem armen Rußland müsse der Beitrag noch geringer sein, etwa 10 oder 20 Kopeken, dafür aber auch nach Millionen von Mitgliedern gestrebt werden. Die auswärtigen Mitglieder sollen von der Beitragszahlung entbunden werden, denn auch in Österreich-Ungarn und im Deutschen Reiche will man Mitglieder werben! An der Spitze des Slavischen Verbandes sollen drei Komitees stehen. Das erste wird die Organisation einrichten und Mitglieder werben; das zweite soll die „Aufklärungsarbeit“ besorgen, d. h. alle slavischen Völkerschaften mit ihrer Geschichte, Kultur, politischen Lage u. s. w. bekannt machen; das dritte soll Beziehungen aller Slavenvölker untereinander anknüpfen, sei es durch gemeinsame Kongresse, Verbrüderungsfeste und Fahrten oder gemeinsame Ausstellungen als durch Beeinflussung der Presse aller Slavenvölker und Organisation eines gemeinsamen slavischen Nachrichtendienstes (!). Zu diesem Zwecke will man sich auch mit dem Verband slavischer Journalisten in Österreich und der südslavischen Gesellschaft „Slavischer Süden“ verbrüdern, ferner auch, wenn möglich, mit dem Sokol und dem Straz. Überhaupt soll der Verband nicht nur ein politisches Bündnis

der Russen mit den Tschechen und Slovenen anstreben, sondern ganz besonders mit den Polen, wodurch schon allein die Behauptung der Hakatisten widerlegt wird, daß unsere antipolnische Politik den Russen ganz besonders wohlgefällig sei. Der Slavische Verband will im Gegenteil den Polen eine Allianz antragen gegen die Deutschen, und um sie zu ködern sogar die Wiederherstellung der Autonomie Polens in sein Programm aufnehmen. Ein echt russisches Blatt, der „Ruß“, bemerkt in dieser Beziehung:

Die nächste Aufgabe der inneren Politik des Verbandes ist die Regulierung der slavischen Frage innerhalb Rußlands (die polnische, kleinrussische Frage usw.). Die Autonomie von Polen mit der Wahrung nicht schattenhafter, sondern völlig realer Garantien der allgemein staatlichen Einheit ist gegenwärtig der Schlüssel zur Lösung der slavischen Frage. Sie ist die conditio sine qua non, um die slavische Idee von der Theorie zur Praxis zu führen. Die nächste Aufgabe der auswärtigen Politik des Verbandes ist die Herstellung normaler enger Beziehungen zu dem Slaventum des Auslandes; ihre zweckentsprechendste Formel ist die Zollunion mit den slavischen Balkanstaaten und mit Österreich-Ungarn. Die Dogmen des Verbandes sind: 1. Gleichheit der Bekenntnisse, volle Glaubensduldung; 2. nationale Gleichheit, Duldung und Achtung der nationalen Bedürfnisse und Rechte der einzelnen slavischen Völker und der nichtslavischen Nachbaren; 3. demokratisch-konstitutionelle Staatsordnung in Rußland als Bedingung des Vertrauens der ausländischen Slaven zu Rußland.

Wer dies mit Bedacht liest, erkennt ohne weiteres das Ziel der jetzigen allslavischen Bewegung, ebenso auch, weshalb sie mit Notwendigkeit einen deutschfeindlichen Charakter tragen muß. Und hierin ruht auch zurzeit der Angelpunkt der ganzen europäischen Lage. Nicht England und Frankreich werden uns den Krieg machen — sonst hätten sie es längst getan — aber der Plan geht dahin, durch Aussöhnung zwischen England und Rußland den Zweibund zu einem Dreibund zu machen und durch denselben

Deutschland einzukreisen. Ein solcher Dreibund bedeutete nun auch noch nicht den sofortigen Krieg, aber er würde die Kriegsgefahr bedeutend näher rücken.“ Wir halten dafür, daß alles dies nur Phantasie ist. Sollte jemals der Panslavismus greifbare Formen annehmen, so müßten alle slavischen Völker neben ihrer Muttersprache auch die russische Sprache erlernen, um ein geistiges Band zu haben, ohne welches gemeinsame Verständigungsmittel jedes Sprechen vom Panslavismus eitles Wortspiel ist und bleiben wird. Der Reichsratsabgeordnete Věnceslav Hrubý, Oberlandesgerichtsrat in Troppau, hat eine slavische vergleichende Grammatik herausgegeben: „Praktická rukojeť srovnávací jazykův slovanských. Složil Věnceslav Hrubý, c. k. vrchní soudní rada v Opavě. V Praze. Nákladem vlastním. — Tiskem „Unie“. V komisi u I. L. Kobra, knihkupce v Praze. 1904.“ Hrubý will durch diese Grammatik auf eine leichte Art die Erlernung der fünf slavischen Hauptsprachen: russisch, ruthenisch, polnisch, böhmisch und serbokroatisch erzielen. Die Münchener „Allg. Ztg.“ glaubt in ihrem Artikel vom 27. März 1906 an ein Aufleben des Panslavismus: „Deutschland und die russische Presse.“ Es fiel schon seit geraumer Zeit auf, daß die russische Presse, vor allem das neue Organ des Grafen Witte, die Rußkoje Gossudarstwo in ein ausgesprochen deutschfeindliches Fahrwasser eingelenkt hatte. Nunmehr nimmt auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ Veranlassung, sehr deutlich auf dies Treiben hinzuweisen, indem sie schreibt: „Dem Beobachter der Geschehnisse in Rußland konnte die Tatsache nicht entgehen, daß in neuerer Zeit ein größerer Teil der russischen Presse wieder mit Vorliebe in deutschfeindlichen Ergüssen schwelgt. Es ist um so auffälliger, als mit Ausnahme der sozialdemokratischen Blätter unsere Presse im allgemeinen die russischen Vorgänge durchaus ruhig behandelt hat. Auf die vereinzelten Vorstöße folgt jetzt ein organisiertes Vorgehen, das aus dem Grunde Beachtung verdient, weil es sich nicht auf Preßkreise beschränkt, sondern in der sogenannten Gesellschaft zu werben sucht. Die deutsche „St. Peters-

burger Zeitung“ hebt in dieser Beziehung als eine der bemerkenswertesten Erscheinungen der letzten Zeit hervor, daß, während in den letzten Jahrzehnten panslavistische Ideen ausschließlich in reaktionären Kreisen gepflegt wurden, sich jetzt in gewissen sehr liberalen Kreisen starke panslavistische Tendenzen immer deutlicher bemerkbar machen. Das Organ dieser Kreise ist der „Ruß“, der seit einigen Monaten eifrig für die Gründung einer Slavischen Liga Propaganda macht. Dieser Plan scheint immer festere Gestalt anzunehmen, wie aus einem der letzten Leitartikel des Blattes hervorgeht, wo es heißt:

„In nächster Zeit wird in St. Petersburg die Konstitutierung einer politischen Organisation unter dem Namen „Slavische Liga“ stattfinden. Ziel derselben ist die Verwirklichung einer panslavistischen Einigung zum friedlichen Gegengewicht gegen die aggressiven Pläne des kriegerischen Germanentums.

Wie schon früher betont, stört dieser Zweck weder die korrekten Beziehungen zu den friedliebenden Elementen des deutschen Volkes, noch den vollkommen aufrichtigen Wunsch einer engen Annäherung an Österreich-Ungarn, als einen halbslavischen und zudem für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts in Mitteleuropa notwendigen Staat . . . Die nächste Aufgabe der inneren Politik der Liga ist die Regelung der slavischen Frage innerhalb der Grenzen Rußlands (der polnischen, der kleinrussischen Frage usw.). Die Autonomie Polens unter Beibehaltung vollkommener realer Garantien für die Einheit des Reiches ist gegenwärtig der Schlüssel zur Lösung der slavischen Frage. Es ist die conditio sine qua non dafür, daß die slavische Idee aus einer theoretischen zu einer praktischen wird. — Die erste Aufgabe der äußeren Politik der Liga ist die Anknüpfung regelmäßiger enger Beziehungen zum Slaventum jenseits der Grenze. Die zweckentsprechendste Form derselben ist eine Zollunion mit den slavischen Balkan ländern und mit Österreich-Ungarn. Die Dogmen der Liga sind 1. Gleichberechtigung der Konfessionen, volle Glaubensduldung und Achtung vor der Anhänglichkeit einzelner Völker und Personen an ihre Kon-

fession; 2. nationale Gleichberechtigung, Duldsamkeit und Achtung den nationalen Bedürfnissen und Rechten der einzelnen Völker der slavischen Rasse und ihrer nichtslavischen Nachbarn gegenüber; 3. ein demokratisches konstitutionelles Regime in Rußland, ohne das es kein Vertrauen bei den auswärtigen Slaven finden kann. Die Idee der Slavischen Liga muß ihres friedlichen politischen Zieles wegen tief ins Volk eindringen, ähnlich der ihr verwandten Idee des Sokoltums in den westslavischen Ländern oder der polnischen Gesellschaft des Nationalitätsschutzes, die neulich unter dem Namen Straz in Preußen entstanden ist. Die Slavische Liga muß aus mehreren Sektionen bestehen, entsprechend den von der Liga verfolgten Aufgaben und den Mitteln zu ihrer Erreichung. Als solche Sektionen sind zunächst folgende drei vorgesehen: 1. Die Organisationssektion, deren Aufgabe die Propaganda für den Verein und die Begründung von Gruppen außerhalb St. Petersburgs ist; 2. die Aufklärungssektion, deren Mitglieder sich damit befassen werden, die Slaven mit der Geschichte, Kultur und der gegenwärtigen politischen Lage der einzelnen slavischen und mit ihnen in Konnex stehenden Völker bekannt zu machen; 3. die Verkehrssektion, die für die praktischen Fragen slavischer Beziehungen zu sorgen haben wird, wie für die Organisation von Kongressen, Besuchsfahrten, Ausstellungen, den Nachrichtendienst, die Preßorgane usw. Es wäre ferner auch notwendig, für einen beständigen Konnex unter den Mitgliedern der Liga zu sorgen, indem man Verkehrsgelegenheiten schafft, die sowohl Geist als Körper beschäftigen, was bei der Teilnahme großer Volksmassen besonders wichtig ist. Das Beispiel des Sokolvereines, der es verstanden hat, mit Aufgaben der Aufklärung Körperübungen großen Massen mit patriotischer Färbung zu vereinigen, durch die die Teilnehmer an die Idee der Gleichheit und Brüderlichkeit in den Reihen der Volksarmee gewöhnt wurden — verdient die ernsteste Beachtung seitens der slavischen Liga. Überhaupt steht die Sokolorganisation den Zielen der Slavischen Liga so nahe, daß sie unter gewissen Bedingungen

zu ihr in Beziehungen treten kann. Es gibt ferner noch eine ganze Reihe anderer Organisationen, die nach Richtung und Ziel der Slavischen Liga nahestehen, so den Slavischen Journalistenverband in Österreich, die südslavische Gesellschaft, Der Süden usw. Mit solchen Organisationen kann die Slavische Liga, ohne mit ihnen direkt in einem Bündnisverhältnis zu stehen (das wegen der Verschiedenheit der Staatszugehörigkeit nicht immer möglich ist), wenigstens aufs engste zusammenarbeiten. Anderseits darf die Slavische Liga keinerlei Beziehungen zu solchen Gesellschaften haben, die auch noch nach dem 17. Oktober die alten Formeln des Kronslavophilentums predigen, da solche Beziehungen die Wahrhaftigkeit der Zwecke der Liga kompromittieren würden. Das Zentralkomitee oder Conseil der Slavischen Liga muß sich natürlich in der Residenz, als dem Reichszentrum der Liga befinden. Die Abteilungen in den anderen Städten werden in ständigem Konnex mit der Zentralorganisation stehen. Ein besonderes slavisches Territorium, wie das Zartum Polen, muß jedoch seine autonome Liga-Organisation haben. Ein solcher Modus in den gegenseitigen Beziehungen der Ligagruppen ist unvermeidlich, da die Liga das Prototyp seiner slavischen Einigung nicht aus Zwang, sondern auf den freien Prinzipien nationaler Gleichberechtigung fußend, sein soll."

„Alle diese Gruppen," so schließt die „Nordd. Allgemeine Zeitung", „sind ja alte Bekannte aus der Blütezeit des früheren Panslavismus, nur daß dieser seine politischen Tendenzen hinter Schlagworten, wie „Verbreitung slavischer Kultur", „Wohltätigkeit" und dergleichen, verbarg. Durchaus gleichartig sind beide Strömungen sowohl den Zielen nach, wie hinsichtlich der Methode, die aggressive Richtung der eigenen Bestrebungen durch die Vorspiegelung einer Abwehr „der aggressiven Pläne des kriegerischen Germanentums" zu verhüllen, die einfach als vorhanden hingestellt werden, ohne daß der geringste klare Beweis dafür erbracht wird." Das sind reine politische Phantasien.

VII.

## Die Polenfrage.

Über die Polenfrage schrieb die „Slavische Warte“ im J. 1889 folgendes: „Die Nachricht des Krakauer „Czas“ über die angeblich bevorstehende Königskrönung des Zaren in Warschau veranlaßte die deutschen Offiziosen einer solchen Eventualität noch rechtzeitig zu begegnen. Der Leitartikel der „Kreuzzeitung“ vom 17. April sollte den Polen Ausblicke in eine lichtvolle Zukunft eröffnen, wenn sie sich pour le roi de Prusse gegen Rußland und dessen angeblich Danaischen Geschenke auch in Zukunft abwehrend verhalten wollten. Dieser Artikel ist viel zu interessant, und legt gar zu klar die geheimen Triebfedern der deutschen Diplomatie gegen die uns Slaven Not tuende Eintracht, als daß wir denselben unseren Lesern vorenthalten könnten. Der Leitartikel der „Kreuzzeitung“ lautet folgenderweise: Seit 100 Jahren ist der selbständige Staat Polen von der Karte verschwunden. Einige Aufstände der Polen in den Jahren 1830 und 1863 hatten vorübergehend wieder eine „polnische Frage“ auf die Tagesordnung gebracht, aber seit einem Vierteljahrhundert ist alles tot und still davon. Und dennoch schlummert unter der Asche die polnische Frage weiter, weil eben die Sehnsucht nach einer Wiederherstellung Polens das politische Programm einiger Millionen Menschen ist. Zu gegebener Zeit wird diese Frage wieder auftauchen, da es ihr noch nicht an Vertretern fehlt; erst wenn das nicht mehr der Fall ist, kann man eine polnische Frage endgültig als abgetan betrachten. Wir möchten nun rein akademisch erörtern, ob und unter welchen Bedingungen eine Restauration Polens möglich ist. Eine solche Diskussion drängt sich uns um so mehr auf, als es seit einiger Zeit auch der panslavistischen russischen Presse gefällt, diesen Gegenstand zu besprechen, ja sogar die Nachricht verbreitet wird, der Zar wolle sich zum Könige von Polen krönen lassen. Sollten wir im Verlaufe unserer Erörterungen zu dem

einen oder anderen Resultate kommen, welches den Russen nicht gefällt, so werden sie sich darüber um so weniger beklagen können, weil sie den Polen beständig versichern, im Schoße der slavischen Allmutter Rußland sei ihr sicherster Platz, und „der Deutsche“ der „gemeinsame Feind“. Zu allererst ist festzustellen, daß die Wiederherstellung Polens niemals möglich sein wird auf dem Wege der Revolution.

Die Lehren der Geschichte und die gegenwärtige Lage der Dinge sprechen darüber so beredt, daß es vor politisch gebildeten Leuten unnötig ist, noch weiter ein Wort in dieser Hinsicht zu verlieren. Dagegen aber ist klar, daß die Aussichten auf eine polnische Restauration sofort steigen, wenn es zu einem Kriege zwischen Rußland und den beiden zentraleuropäischen Kaiserstaaten kommt. Siegt Rußland, so kann es den Österreichern nichts anderes abnehmen als Galizien, denn eine Annexion Böhmens und Mährens, durch welche Rußland ein Keil in Deutschland schöbe, und bis an die Grenzen Sachsens und Baierns vorrückte, wäre unmöglich. Da Rußland ferner von dem deutschen Reiche auch nichts annektieren könnte, als einige halbpolnische Grenzdistrikte, so würden dann freilich die österreichischen und preußischen Polen mit ihren „getrennten Brüdern“ wieder zusammenkommen, aber — unter russischer Knute!! Verlockender müßte es für die Polen sein, wenn Rußland geschlagen würde, sei es von Österreich, von Deutschland, oder von beiden zusammen. Was sollte unsere Siegesbeute sein? Die baltischen Provinzen? Schwerlich, denn es wäre kaum möglich, sie auf die Dauer zu halten. Unsere Sehnsucht, Kongreßpolen zu bekommen, würde nicht sehr groß sein, dagegen könnten die Österreicher wirklich keine andere russische Provinz gebrauchen, als Kongreßpolen. — Wie würde nun die Lage sein, wenn Österreich Kongreßpolen bekäme? Und wie würde Deutschland sich zu dieser Eventualität stellen? Österreich könnte hier leicht eine gute und einfache Lösung finden. Eine Vereinigung von Kongreßpolen und Galizien ergäbe ein stattliches „Königreich Polen“. Der Kaiser von Österreich oder ein Erzherzog in Sekundogenitur

würde zum König von Polen gekrönt werden und der Treue und Ergebenheit des polnischen Volkes unbedingt sicher sein. Wahrscheinlich wäre auch eine Dreiteilung der Monarchie der bestehenden Zweiteilung vorzuziehen. „Tres faciunt collegium“ sagt das Sprichwort; eine Uneinigkeit zwischen Zweien ist auch weit schlimmer, als eine solche unter Dreien. Indessen wollen wir im Verlauf unserer Erörterungen noch näher auf diesen Punkt zurückkommen und uns zunächst damit beschäftigen, ob Preußen-Deutschland mit dieser „Lösung der polnischen Frage“ zufrieden sein könnte.

Diese Frage möchten wir bejahen. Die Anziehungskraft eines Königreiches Polen auf unsere preußischen Polen wäre in dem Falle wirkungslos und ungefährlich, wenn dieses selbständige Polen unter habsburgische Herrschaft käme. Denn ein Reich „Österreich-Ungarn-Polen“ könnte nicht daran denken, uns irgend welche Gebietsteile abzunehmen, und sich gar bis an die Ostsee auszudehnen, und eine Aufwerfung des Nationalprinzipes dem preußischen Polen gegenüber, das wäre mit Rücksicht auf die 8 Millionen Deutschen in Österreich unmöglich. Kurz und gut: Österreich würde ebenso wenig Posen reklamieren, wie wir Salzburg und Wien. In Rußland bildet man sich immer ein, daß wir ein so großes Interesse hätten, Kongreßpolen in russischem Besitz zu sehen, und die russische Presse sündigt auf dieses Vorurteil hin alle Tage gegen die deutsche Geduld. Allerdings wäre uns ein freies Polen leicht ein unbequemer Nachbar, aber Kongreßpolen unter Österreichs Herrschaft bildete für uns eine Vormauer gegen Rußland. Wenn es an Österreich übergehen sollte, so zöge Deutschland wenigstens ganz gewiß nicht das Schwert, um es den Russen zu erhalten. Der österreichischen Monarchie kann es bei ihrem polyglotten Charakter nicht darauf ankommen, ob ein Stamm mehr oder weniger da ist, bezw. ob der eine oder der andere sich verstärkt. Schon jetzt streiten sich dort Magyaren, Kroaten und Slovenen, hier Deutsche, Tschechen und Polen. Was schadet es, wenn die Polen etwas verstärkt werden? Die Gefahr

für Österreich liegt wesentlich in der Eventualität, daß eine Race die andere unterdrückt, nicht darin, daß sich so viele streiten. Im Gegenteil: je mehr sich streiten, desto geringer wird für jeden einzelnen Stamm die Gefahr, von einem andern unterdrückt zu werden. Es kann ja nicht vermieden werden, daß bei einem solchen Ringen bald der eine, bald der andere benachteiligt wird. Wenn man sagen sollte, unsere Betrachtungen hätten keinen aktuellen Wert, so antworten wir; sie haben gerade so viel aktuelle Bedeutung, wie die in gleicher Richtung sich bewegenden Erörterungen der panslavistischen Presse. Ihnen gegenüber wollen wir nur einmal betonen, daß „jedes Ding zwei Seiten hat", ja daß der polnische Feuerstein noch eher an dem russischen, als an dem „teutonischen" Schwamme zünden wird. Es gibt Kreise — katholisch-kirchliche und polnische, — die das, war wir in theoretischer Erörterung besprochen haben, sehr ernsthaft behandeln; dagegen dürften auf den Leim der russischnationalen Vogelfänger nur sehr wenige Polen gehen. Diese kleine Notiz möchten wir den Politikern in Moskau und Petersburg bei ihrer Panslavistenjagd doch zuletzt noch ins Album schreiben. Wenn die Dinge sich kritisch entwickeln sollten, so ist unter allen Umständen sicher, daß der „polnische" Pfeil auf den russischen Schützen zurückspringen wird. Sobald an der Grenze der erste Gewehrschuß kracht, wird man nicht mehr sagen können: „l'ordre regne à Varsovie."

Eben so belehrend wie dieser, an die Adresse der Polen gerichtete Speech ist auch die Antwort, welche der Krakauer „Czas" dem offenbar von Bismarck inspirierten Berliner Blatte zukommen ließ.

Der in Rede stehende Artikel der „Kreuz-Zeitung", sagt der „Czas", hat zwar nirgends irgend eine besondere Beunruhigung und Verstimmung hervorgerufen, aber immerhin die monotone Fastenzeitpolitik unterbrochen. Noe hatte nach dem Texte der Bücher Moses — aus seiner Arche Tauben herausgelassen, um sich zu vergewissern, daß die Gewässer der Sündflut gefallen sind. Aus der Arche zu Varzin pflegt man Vögel anderer Gattung in die Ferne fliegen

zu lassen, deren Erscheinung eine ganz entgegengesetzte Bedeutung hat. Die Zuschauer deuten aus dem Fluge dieser Preßvögel auf die sich ansammelnden Gewitterwolken und die nahende Gefahr der Sündflut des Militarismus. Dieselben sind in allen Fällen auch die Boten der politischen Ratschlüsse und unterschiedlichen Projekte des Leiters der deutschen Diplomatie. Jene Vögel fliegen aus der Varzin'schen Arche zumeist in die Redaktionen der „Post", „Gegenwart", der „Kölnischen" oder der „Kreuz-Zeitung". Es werden dabei stets in irgend einer neuen Version der künftige Zusammenstoß mit Rußland, dessen eventuelle Dimensionen und Folgen erörtert, und gleichzeitig die Kombination der russisch-französischen Allianz ventiliert.

Von woher das Gerücht über die Absicht des Zaren, sich als polnischer König in Warschau krönen zu lassen, zu uns herübergedrungen, das können wir nicht näher bestimmen. Wir haben dasselbe erwähnt, sowie wir auch die Gerüchte über die angeblichen Erleichterungen für die Polen vermerkt haben. Auch dem Späherauge der Berliner Politiker entgingen diese Gerüchte nicht. Daß in der Tat in der Luft ein politischer Wechsel im Sinne der Versöhnung zwischen Russen und Polen schweben würde, ist nicht anzunehmen. Die „Kreuz-Zeitung" hat vielmehr nur die Aufgabe zu lösen, das Problem der polnischen Frage wieder einmal aufzufrischen. Man kann allenfalls die Bemerkung machen, daß diese Frage diesmal in einer für uns Polen günstigsten Weise besprochen wurde.

Vor einigen Jahren schrieb ein Pseudo-Adeliger aus Wolhynien der „Schlesischen Zeitung", daß die Polen auf die Wielkopolska verzichten und aus den preußischen Grenzpfählen sich drücken sollen, worauf dann Bismarck das Polenreich wiederherstellen werde. Bald darauf hatte ein Herr Natusius in seiner Broschüre auseinandergesetzt, daß die Wiederherstellung Polens in seinen alten Grenzen für Deutschland und seine ökonomische Politik eine Notwendigkeit bilde. Allein — alle diese breitgezeichneten Bilder vermochten weder das Mißtrauen

der Polen zu bannen, noch dieselben zur freiwilligen Auswanderung zu bewegen. Hartmann behandelte die Polen rücksichtslos, indem er zwar Rußland 20 Millionen Seelen und dessen Westprovinzen wegnehmen, dasselbe fast auf das linke Wolga-Ufer zurückdrängen wollte, aber dabei die weggenommenen Provinzen in drei Teile zerlegte, deren einer Preußen zufallen, aus dem zweiten ein Deutschland untergeordnetes Baltenreich und aus dem dritten Teile endlich ein Kyjev'cher Staat werden sollte. Die „Kreuz-Ztg.“ teilt Polen — allerdings nur in den Grenzen der Kongressovka — Österreich zu, wobei es neben dem bisherigen Doppel-Reiche als ein dritter Föderal-Staat der Habsburger zur Geltung käme, ohne daß Preußen auf irgendwelche Kompensation Ansprüche erheben würde. Diese einfache Kombination ist, wie gesagt, den Polen äußerst günstig und sympathisch, und empfiehlt sich außerdem noch dadurch, daß sie eine Garantie der freundschaftlichen Gefühle und Absichten Deutschlands zu Österreich bildet.

Aber dieses Projekt ist nichts als ein Zeitungsartikel, dem keine weitere Bedeutung beigelegt werden kann, als welche in der gewöhnlichen Polemik zwischen der russischen und deutschen Presse die einzelnen Züge der Bauern am Schachbrette verdienen. Als die negative Seite dieses Spieles wäre die Tendenz zu vermerken, keine Erwägung gelten zu lassen, daß das System des Hasses und der Vergewaltigung der Polen in Rußland irgendwelche Modifikation erfahren könnte.“

In der Petersburger „Rječ“ bespricht Professor Karjejev Ende März 1906 die polnische Frage. Nachdem er den Ausspruch eines hervorragenden Warschauer Publizisten zitiert hatte, welcher betonte, daß die Polen nichts anderes verlangen, als daß man ihnen „ihre Sprache und ihren Glauben, ihre Schulen und ihre Literatur, ihre Kunst und ihre Wissenschaft, kurz gesagt, ihre Kultur und ihre nationale Physiognomie“ belasse, fährt Professor Karjejev wie folgt fort:

„Darin liegt eben das Wesen der polnischen Autonomie. Noch vor Beginn der Freiheitsbewegung

in Rußland haben mir gegenüber viele Polen der Besorgnis Ausdruck gegeben, daß die Volksrepräsentanz in Rußland den polnischen nationalen Rechten gefährlich werden könnte. Sie wiesen auf Preußen hin, wo die deutsche Mehrheit des Landtages und die Regierung gegenüber den Posener Polen höchst feindselig gestimmt sind, und führten anderseits Österreich an, wo die Rechte der galizischen Polen durch eine lokale Autonomie gesichert sind. Denkt, sagten sie, Galizien etwa daran, sich von Österreich zu trennen? Das sind die Hauptargumente, mit denen sie schon mehrmals in Gesprächen mit Zweiflern und mit Schwankenden die Idee unserer konstitutionell-demokratischen Partei von der polnischen Autonomie verteidigt habe. Gerade in den letzten Tagen ist zu diesen Argumenten noch ein Punkt hinzugekommen. Das ist der Hinweis auf ein Warschauer Telegramm vom 11. März, das alle unsere Blätter publiziert haben und welches lautet: „In der soeben erschienenen Nummer der polnischen sozialistischen Partei „Rabotnik“ wird der Bericht des achten Kongresses der polnischen Arbeiterorganisationen publiziert, der zwölf Tage gedauert hat. An dem Kongresse beteiligten sich 145 Repräsentanten mit beschließender und 15 Repräsentanten mit beratender Stimme. Der wichtigste Beschluß des Kongresses geht dahin, daß man in Hinkunft die Frage eines Aufstandes zum Zwecke der Losreißung Polens von Rußland für definitiv begraben ansehen muß.“

Das „Prager Tagblatt“ brachte am 23. März 1906 folgenden Artikel: N a p o l e o n I. u n d d i e P o l e n. Von Prof. Ottokar Weber. Über das mächtige polnische Reich, das einst vom Schwarzen Meere bis zur Ostsee sich erstreckt hatte und dessen Hauptorte Warschau, Lemberg, Krakau und Danzig gewesen, war die Weltgeschichte zur Tagesordnung übergegangen: die Polen hatten den Beweis geliefert, daß sie keinen Staat zu erhalten imstande seien, daß sie nur zu sterben, aber nicht zu leben verständen. In drei Teilungen 1772, 1793 und 1795 waren sie von den Nachbarreichen verschlungen worden, sie bildeten wohl

eine Nation, aber keinen Staat mehr. Begreiflich, daß sie im Herzen die stille Sehnsucht trugen, die auseinander gerissenen Glieder des polnischen Reiches wieder zu einem festen Gefüge zu einen. In den ruhigen Zeiten normaler Verhältnisse war das nicht zu erhoffen, um so mehr aber, als die Stürme der französischen Revolution Europa zu durchbrausen begannen, und besonders dann, als ein Heros wie Napoleon den wildgewordenen Wogen der europäischen Politik entstieg.

Mit der feinen Witterung für politische Möglichkeiten, die die Polen seit ihrem Nationalunglück stets ausgezeichnet hat, warfen sie sich sofort dem Korsen in die Arme. Schon 1797 kämpft eine polnische Legion von etwa 7000 Mann in der Lombardei, sie trägt ihre nationale Tracht, behält die polnische Sprache bei, legt aber die französischen Kokarden an und Epauletts mit der Umschrift: „Freie Menschen sind Brüder."

Die Hoffnung, die Siege Napoleons über Österreich schon damals zu einem Befreiungsversuche für Galizien zu benützen, wird aber von General Bonaparte entschieden abgewiesen. Als er nach Ägypten zieht, schließen sich im zahlreiche Polen an, die anderen kämpfen in der Lombardei weiter und werden in den unglücklichen Schlachten von Novi, an der Trebbia, fast ganz aufgerieben. Als aber Bonaparte zurückkehrt und durch den Staatsstreich vom Brumaire sich zum Herrn von Frankreich macht, da strömen die Polen wieder in hellen Scharen unter seine Fahnen, rühmlich kämpfen sie bei Hohenlinden; für soviel Anhänglichkeit hoffen sie auf Lohn, mit Bitternis ohne Gleichen wird ihnen gezahlt: nachdem Napoleon in Lunéville und Amiens Frieden geschlossen hat, werden die Heimatlosen als Kanonenfutter nach San Domingo verschickt, wo sie unter unmöglichen Verhältnissen kämpfen müssen und in kurzer Zeit zum allergrößten Teile dem mörderischen Klima erliegen. Damit schließt die erste Zeit der Teilnahme Polens an den Kämpfen Napoleons ab. Aus dieser Periode der italienischen Legionen stammt das von Wybicki gedichtete Lied: „Jeszcze Polska niezgi-

nula“, „noch ist Polen nicht verloren“; ein Lied, das aber nicht wehmutsvollen Schmerz oder düstere Sehnsucht atmet, sondern im Gegenteil in fröhlicher Sorglosigkeit um die Leiden der Gegenwart von einer schönen sicheren Zukunft träumt: „es hat keine Not, Polen wird bestehen, Marsch, Marsch Dambrowski! Es ist ein Vergnügen zu leben, zu singen, sich zu schlagen!“

Vier Jahre vergingen, während welcher die Polen tatenlos harren mußten auf bessere Tage: endlich, 1806, kam es zur furchtbaren Abrechnung mit Preußen, der Unglückstag von Jena galt den Polen jener Zeit als die Epoche ihrer Befreiung, denn es war natürlich, daß Napoleon jetzt alle Elemente entfesselte, die ihm im Kampfe gegen Preußen von Nutzen sein konnten. Eine begeisterte Proklamation rief die Polen zu den Waffen, Napoleon werde nun erfahren, ob die Polen wert seien, eine Nation zu sein; „von Euch hängt es also ab, ein Vaterland zu haben, Euer Rächer, Euer Retter ist da, beweist ihm, daß Ihr bereit seid, mit Eurem Blute das Vaterland wieder zu errichten. Er weiß, daß Ihr unbewaffnet seid, er wird Euch Waffen geben!“ Unter dem Jubel der Bevölkerung können die Franzosen im November bereits in Posen einziehen, ein Jubel, der sich bis zur Frenesie steigert, als Napoleon selbst nachfolgt, in Posen, dann in Warschau als Triumphator erscheint. Sofort wird die militärische Erhebung im Reiche Polen eingeleitet, Fürst Josef Poniatowski, einer der edelsten Patrioten, leitet sie; im Schatten der Lorbeeren des großen Kaisers möge die Nation ihre ganze Kraft entfalten! Als Opfergabe besonderer Art bringt der polnische Adel dem korsischen Moloch eine der anmutigsten Frauen des Landes dar, die Gräfin Walewska, die mehr dem Andrängen ihrer Freunde als der Verführung Napoleons erliegt und ihm während des Winters und Frühlings jenes Jahres 1807 in den unwirtlichen Gegenden Polens ein anmutiges Idyll schafft. Sie ist ihm auch in späteren Jahren treu geblieben; als dann ein junges Leben in ihrem Schoße sprießt, da weiß Napoleon zum ersten Male mit Sicherheit, daß es nicht seine Schuld ist,

wenn seine Ehe mit Josephine kinderlos geblieben war, und diese Sicherheit gibt ihm den letzten Anstoß zur Trennung von seiner ersten Gattin und zur neuen Eheschließung mit der österreichischen Kaisertochter. Aber aller Jubel, alle Anhänglichkeit, die große Tapferkeit, mit der die Polen bei Eylau, bei Friedland in jenen Monaten fechten, nützt ihnen nichts: der Realpolitiker Napoleon läßt sich nicht von Gefühlen lenken, im Frieden von Tilsit, der diesen Krieg beendet, wird nicht ein neues selbstständiges Großpolen gestaltet, sondern nur ein kleines Herzogtum Warschau, das dem Könige von Sachsen zugewiesen wird. Es ist Napoleon darum zu tun, Sachsen gegen Preußen zu stärken, gleichzeitig will er die Polen unter die Herrschaft eines verläßlichen und ungefährlichen Fürsten stellen, daher tritt nicht etwa Rußland die polnische Erbschaft an, sondern eben Sachsen. Damit wird eine alte Verbindung zweier Länder erneut, die bereits in den Jahren 1697—1763 bestanden und dem Sachsenlande viel Geld gekostet hatte. Jetzt erfolgt Ähnliches, wenn auch Talleyrand mit seiner gewöhnlichen Perfidie dem Könige Friedrich August rät, kein Geld dafür herzugeben; es bleibt dem Monarchen wider Willen nichts anderes übrig, will er mehr sein alls ein Operettenkönig.

Dem neuen Staate, der bei 2½ Millionen Einwohnern doppelt so groß ist wie unser Böhmen, hat der Kaiser auch eine Verfassung geschenkt, die er binnen einer Stunde seinem Sekretär diktiert hat, eine Verfassung ganz nach modernem Zuschnitt, nach französischem Muster mit 6 Departements (Warschau, Kalisch, Posen, Bromberg, Polck, Lomža) mit Präfekten, einem Staatsrat, Senat, Abgeordnetenhaus, Bauernbefreiung, dem Code Napoléon, lauter schöne Dinge, mit denen nur eben Niemand etwas anzufangen verstand. Der Adel grollte über seine Machtlosigkeit, die Bauern verzogen von der Scholle und wußten nicht, was sie mit ihrer Freiheit tun sollten, der Handel des Landes konnte sich nicht entfalten, da bald auch hier die Kontinentalsperre sich lähmend vorlegte, die Steuern kamen nicht ein; Napoleon hatte Güter im Werte von 26½ Millionen, die steuerfrei blieben,

seinen Marschällen geschenkt, außerdem machte er noch Finanzgeschäfte mit dem neuen Staate, die ihn als einen unerbittlich harten Gläubiger zeigten; das neue Recht wurde von Niemandem verstanden, 4 Jahre nach der Einführung gab es noch keine Übersetzung des Rechtsbuches! Die Armee, die unter französischer Oberleitung neu gebildet werden mußte, entbehrte des Nötigsten, so daß die Leute halbnackt herumliefen, trotz der Mühe, die sich Fürst Poniatowski und der französische Marschall Davoust gaben; überdies herrschten da Zänkereien und Mißhelligkeiten ohne Ende zwischen den einzelnen polnischen Generalen. Redlich bemühte sich Friedrich August, den Intentionen Napoleons, aus Polen einen modernen Staat zu machen, nachzukommen; so hat er beispielsweise damals die Armee den bürgerlichen Gerichten unterstellt, damit selbst unserer Zeit gewaltig vorgegriffen, aber es war eine unmögliche Arbeit, an der auch ein Größerer, als der Sachsenkönig, gescheitert wäre. Während die Polen noch immer von einer uneigennützigen Freundschaft des Korsen träumten, zeigte dieser in jeder seiner Handlungen nur den gekrönten Egoismus des Welteroberers, in dessen Sinn Regungen politischer Uneigennützigkeit keinen Platz haben können. Er behandelt Polen als Menschenreservoir, aus dem er nach Belieben schöpfen darf, und ungeheuer sind die Bedürfnisse, die ihm seine Großmachtstellung auferlegt. Immer wieder muß sie auf einem anderen Schauplatze verteidigt werden, so eben in Spanien und mit derselben Rücksichtslosigkeit, mit der er seinerzeit die Polen nach Westindien verfrachtet hat, schickt er sie nach Spanien, um sie dort fern von der Heimat hinzuopfern. Sie schlagen sich hier mit Bravour, wie Menschen, die wissen, daß von ihrer Haltung das künftige Schicksal der Nation abhängt. Berühmt ist ihre Attaque bei Sommosiera am 30. November 1808, wo ihre Reiter einen steilen Abhang hinaufstürmen und die dortige Stellung erobern. Ein Drittel der polnischen Armee steht — und fällt auf spanischem Boden, bis der Feldzug des Jahres 1809 zu anderen Taten sie aufruft: zum Kampfe gegen Österreich, aus dem ihnen der schönste Lohn winkt,

die Befreiung Galiziens aus den fremden Banden. Aber auch hier werden sie enttäuscht, Napoleon wollte nie etwas anderes tun, als ihre rührende Hingebung und Treue ausnützen. Es ist kein Vergnügen mehr, für Polen zu leben."

In letzter Zeit ging in den russischen Zeitungen die Nachricht herum, Rußland wolle Russisch-Polen verkaufen an Deutschland. Soll wohl ein schlechter Witz sein. Dr. Ruphin sagt, daß die größte Zahl der Juden aus der ganzen Welt unter den Slaven lebe. In dem Gebiete

| | |
|---|---|
| der englischen Sprache leben . . . | 1,800.000 Juden |
| „ slavischen Sprachen . . . . . . | 6,200.000 „ |
| „ ungarischen Sprache . . . . . | 850.000 „ |
| „ deutschen Sprache . . . . . . | 849.000 „ |
| „ türkischen und arab. Sprache . | 655.000 „ |
| „ französischen Sprache . . . . . | 200.000 „ |
| sonstiger Sprachen . . . . . . . . . | 556.000 „ |

Daraus kann man sich auch die nationale und sittliche Korrumpierung der slavischen Nationen von Seite des Judentums vorstellen.

Die Juden hatten in Polen folgenden Grundbesitz erworben:

| Jahr | östliche Gouvernements | | westliche Gouvernements | |
|---|---|---|---|---|
| 1860 | 6.000 | Desjatinen | 16.000 | Desjatinen |
| 1870 | 25.000 | „ | | |
| 1880 | 40.000 | „ | | |
| 1905 | 400.000 | „ | 1,300.000 | „ |

Binnen 45 Jahren haben die Juden ihren Bodenbesitz in Russisch-Polen auf das 80fache vermehrt.

Der Jude Bernstein schreibt über die polnischen und russischen Juden folgendes: (Sozialist. Monatshefte, Feber 1906.) „Welch große Rolle das jüdische Element in der russischen Revolution gespielt hat und noch spielt, ist bekannt. In einem Lande, wo das Judentum in ganzen Gebieten nicht nur auch Proletarier, sondern geradezu die Proletarier stellt, und wo diese jüdischen Proletarier doppelt, als Juden und als Proletarier, entrechtet und ausgebeutet sind, kann

es gar nicht anders sein, als daß sie und diejenigen, die mit ihnen fühlen, ein besonders aktives Element in der Revolution bilden. In der nach Millionen zählenden proletarischen jüdischen Bevölkerung hat die russische Revolution ein schier nicht zu erschöpfendes Kräftereservoir. Man braucht nur den Jüdischen Arbeiterbund zu nennen, um ein Bild von der Bedeutung dieses Reservoirs zu geben. Denn diese Organisation, der in verhältnismäßig kurzer Zeit alle anderen sozialistischen Organisationen Rußlands an Mitgliederzahl überflügelt hat, ist heute anerkanntermaßen die leistungsfähigste aller Revolutionskräfte, denen die zarische Regierung sich gegenübersieht."

Die slavische Bevölkerung kennt diesen teuflischen inneren Feind, das Judentum. So wurde in Petersburg Anfangs März 1906 in den Gassen eine Flugschrift verteilt, in welcher der Zar offen aufgefordert wird den Witte und seine jüdische Ehehälfte von seiner Umgebung zu entfernen. Es wurden 22 Forderungen aufgestellt zum Schutze des russischen Volkes vor der Judenschaft. Im Punkte 8 verlangt die Flugschrift Ausschließung **aller Juden aus der russischen Armee.** Der 12. Punkt verlangt die Deportation aller Juden aus ganz Rußland und ihre Ansiedlung im Gouvernement Jakutsk. Man sieht, daß das russische christliche Volk die richtigen Mittel anzuwenden wüßte, wenn es nur die Macht dazu zur Verfügung hätte.

Die „Schlesische Zeitung" brachte folgende zwei Nachrichten: „Verkauf deutscher Güter an Polen. Breslau, den 16. März. Aus Krone a. Br. wird der Schlesischen Zeitung geschrieben: Der kgl. Domänenpächter Emil Strube hat sein 560 Morgen großes Gut Mühlhof an den Kaufmann Pelz aus Wirsitz für 240.000 Mk. verkauft. Wie der Dziennik Poznanski bereits vor einer Woche berichtete, ist Mühlhof sogleich an die hiesige polnische Güterbank (Bank ziemski) weiter verkauft worden.

Der bisher geheim gehaltene Erwerb wird jetzt von dem Vorstande der Bank zugestanden; der Vorkäufer Pelz hat die Anzahlung von 100.000 Mk. bereits mit dem Gelde der Bank ziemski geleistet und war nur vorgeschobener Käufer. Dieser Übergang des

deutschen Besitztums in polnische Hände erregt in unserer Stadt umsomehr Aufsehen, als Herr Strube allezeit warm für das Deutschtum eingetreten ist, sowohl bei den öffentlichen Wahlen wie in der Stadtverordnetenversammlung. Die Bank ziemski hat damit, nachdem sie erst jüngst die kleine Czymanskische Kätnerstelle in Dzidno von 1 Hektar 50 Ar Größe zu ihrem ersten Erwerbe, dem früher Frydrychowiczschen Gute in Dzidno, zugekauft hatte, das zweite größere Landgut erworben. Sie muß über einen großen Kredit verfügen. Da die Haftsumme nur 300 Mk. beträgt, beläuft sich das Vermögen der Genossenschaft bei 181 Mitgliedern und 24 weiteren Geschäftsanteilen erst auf 61.500 Mk. Trotzdem hat sie das Frydrychowiczsche Gut für 135.000 Mk., die Czymanskische Stelle für 3300 Mk. und Mühlhof für 240.000 Mk. gekauft, zusammen also für 378.300 Mk. Grundbesitz erworben."

„Erhaltung des deutschen Besitzstandes in den Ostmarken. Berlin, 13. März. In der heutigen Hauptversammlung der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Ostmarkenvereins sprach der Vorsitzende Gesandter z. D. Raschdau über die Notwendigkeit, der fortschreitenden Verminderung des deutschen Besitzstandes in den Ostmarken durch weiteres gesetzliches Eingreifen entgegenzutreten, insbesondere durch eine Beschränkung der individuellen volkswirtschaftlichen Freiheit beim Übergang von Grundbesitz durch eine Bestimmung des Inhalts, daß kein Besitztum aus deutscher in polnische Hand übergehen dürfe ohne eine Bescheinigung des Regierungspräsidenten, daß dieser Übergang den Zwecken des Ansiedelungsgesetzes nicht widerstreite. Zur Begründung dieser schon vor zehn Jahren von dem verstorbenen Herrn von Hansemann erhobenen Forderung führte der Redner folgendes aus:

Fast jeden Morgen lesen wir in der Zeitung vom Übergang bisher deutschen Besitzes jeder Art in polnische Hand. Dieser mit fortwährend beschleunigter Schnelligkeit sich vollziehende Prozeß muß patriotische Beklemmung hervorrufen. Als der große Kanzler vor nahezu 20 Jahren das Ansiede-

lungsgesetz durchbrachte, war sein Gedanke, polnische Güter aufzukaufen, um sie an deutsche Bauern auszutun: nur ausnahmsweise sollte von deutschen Besitzern gekauft werden. In den ersten sechs Jahren blieb es auch dabei und Staat wie Ansiedler machten ein gutes Geschäft. Dann aber traten immer mehr Deutsche als Verkäufer, Polen als Käufer auf, die Ansiedelungskommission kann fast nur noch von Deutschen kaufen; der deutsche Besitz nimmt ab, der polnische zu. Dieser Gang der Dinge entspricht allerdings der Tatsache, daß ziemlich überall, wo unter ähnlichen Verhältnissen zwei Rassen einander gegenüberstehen die kulturell niedriger stehende sich im Vorteil befindet,weil sie bescheidener in ihren Lebensansprüchen ist. Der Deutsche in den Ostmarken sehnt sich fort und will unter Ausnützung der Konjunktur und der gestiegenen Güterpreise dem allgemeinen Zuge der Völker nach dem Westen, nach der helleren Sonne, dem wärmeren Klima folgend sein Glück in anderen Teilen des Reiches suchen. Ist dies auch menschlich erklärlich, wie wir ja auch die Polen von der Weichsel und aus Galizien sich nach Westen vorschieben sehen, so ist es doch für das Deutschtum eine schwere Gefahr. Die Hunderttausende polnischer Saisonarbeiter, von denen ein Teil trotz entgegenstehender Bestimmungen sich dauernd festsetzt, wirken wie ein auffrischender Sommerregen auf das Polentum. Unsere industrielle Entwickelung bezahlen wir Deutschen mit schweren nationalen Opfern. Das Polentum konzentriert seine Gedanken auf den Erwerb alles Bodens in der Ostmark, jeder Pole, der an Deutsche verkauft, wird geächtet; der Deutsche ist in dieser Beziehung leider schwächer.

Wir haben eine neue Völkerwanderung vor uns. Ein starker und gesunder Staat kann einer solchen Erscheinung nicht ruhig zusehen. Das Endziel des Polentums ist die Wiederherstellung eines unabhängigen polnischen Reiches in den weitesten Grenzen. Es handelt sich um einen Kampf auf Leben und Tod zwischen Deutschtum und Polentum. Der Ostmarkenverein hat nie daran gedacht, das Polentum zu vernichten, er will nur, daß dieses sich mit den histo-

rischen Tatsachen abfindet und daß das Deutschtum seinen Bestand erhält.. Wir müssen die Machtmittel finden, das Werk des großen Kanzlers fortzuführen. Im Interesse unseres Volkstums muß die Gesetzgebung nach dem Muster der Ansiedelungsnovelle die Freiheit des Besitzwechsels einschränken; die Existenzberechtigung des Deutschtums, die Notwendigkeit, seinen Bestand und seine Größe zu erhalten, ist genügender Grund. In derartigen Fragen stößt kein anderes Volk, die Polen selbst in Galizien am allerwenigsten, sich an Paritätsbedenken. Unsere heutigen Staatsmänner erkennen glücklicherweise die Gefahr; möge ihre Entschlußfähigkeit auf der Höhe ihrer Erkenntnis stehen!

Wie für die Ausrottung der Polen gekämpft wird, darüber gibt den besten Aufschluß dieser Bericht: „Die Denkschrift über die Tätigkeit der Ansiedlungskommission. Die Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes vom 26. April 1886 über die Beförderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen für das Jahr 1905, ist dem Abgeordnetenhause zugegangen. Die Entwicklung der Ansiedlungen ist im allgemeinen erfreulich; ein wirtschaftliches Kränkeln zeigt sich fast nur bei Ansiedlern, die auf zu leichtem und ertragsunsicherem Boden angesetzt sind. Das Güterangebot ist erheblich hinter dem in den Vorjahren zurückgeblieben. Im ganzen sind im Jahre 1905 nur 325 Güter gegen 447 im Jahre 1904 und 509 im Jahre 1903 der Ansiedlungskommission zum Kauf angeboten worden. Das Angebot trat aber in dringlicher Form und unter dem Drucke an die Ansiedlungskommission heran, daß bei Ablehnung des Ankaufes das angebotene Gut für die deutsche Hand verloren gehen würde, so daß eine ruhige und sachliche Prüfung und Entscheidung vielfach erschwert war. Sehr viel lebhafter als das Güterangebot gestaltete sich das Angebot bäuerlicher Grundstücke; der Ansiedlungskommission sind nämlich im Berichtsjahre im ganzen 694 Bauernwirtschaften (davon 572 in der Provinz Posen) gegen 505 Bauernwirtschaften im Jahre 1904 und 380 Bauernwirtschaften im Jahre

1903 zum Kauf angeboten worden, so daß eine Vermehrung des bäuerlichen Angebotes um 37·4 Prozent und um 82·6 Prozent gegen die Vorjahre zu verzeichnen ist.

Gleichwohl hat dieses vermehrte Angebot aus den Kreisen der bäuerlichen Besitzer den Ausfall im Angebot größerer Güter hinsichtlich des Flächenumfanges nicht auszugleichen vermocht; das Landangebot im Jahre 1905 umfaßt insgesamt nur 136.230 Hektar, das sind rund 24 Quadratmeilen, gegen 216.675 Hektar oder 38 Quadratmeilen und 245.813 Hektar oder 34 Quadratmeilen in den Vorjahren. Beinahe vollständig ausgeblieben sind die Angebote größerer Güter von polnischer Seite, und zwar ist auch das Angebot durch dritte, auf das die Ankaufsmöglichkeit aus polnischer Hand in den letzten Jahren im wesentlichen beschränkt war, seltener geworden.

Angekauft sind im Jahre 1905: 34 Rittergüter, 42 größere, meist selbständige Gutsbezirke bildende Landgüter und 82 Bauernwirtschaften, und zwar, mit Ausnahme eines kleinen in der Zwangsversteigerung erstandenen Grundstückes in der Stadtfeldmark Krotoschin, im freien Grundstückverkehr. Die Ankäufe verteilen sich folgendermaßen:

Regierungsbezirk Danzig 171 Hektar für 142.800 Mk., Regierungsbezirk Marienwerder 7909 Hektar für 7,971.003 Mk., Regierungsbezirk Posen 12.520 Hektar für 16,991.201 Mk., Regierungsbezirk Bromberg 14.052 Hektar für 15,925.420 Mk., insgesamt 34.661 Hektar für 41,030.424 Mk.

Unter Hinzurechnung der früheren Erwerbungen umfaßt der Landerwerb der Ansiedlungskommission am Schlusse des Jahres 1905: a) an Gutsbesitz 280.831 Hektar zum Kaufpreise von 232,140.164 Mk., b) an bäuerlichem Besitz 15.492 Hektar zum Kaufpreise von 18,187.348 Mk., zusammen 296.323 Hektar oder rund 52·2 Quadratmeilen zum Kaufpreise von 250,327.512 Mk. Davon stammen aus deutscher Hand 299 Gutsbezirke (darunter 189 Rittergüter), 73 Landgüter ohne gemeinderechtliche Selbständigkeit, 210 Bauernwirtschaften, mit einer Fläche von rund 194.513 Hektar (gleich 65·6 v. H. des Gesamterwer-

bes) zum Kaufpreise von 173,743.857 Mk., aus polnischer Hand 147 Gutsbezirke (darunter 114 Rittergüter), 26 Landgüter ohne gemeinderechtliche Selbständigkeit, 173 Bauernwirtschaften, mit einer Fläche von rund 101.810 Hektar (gleich 34·4 v. H. des Gesamterwerbes) zum Kaufpreise von 76,583.655 Mk. Der Durchschnittspreis für die im Jahre 1905 angekauften Grundstücke stellt sich bei den Gütern auf rund 1149 Mk. für das Hektar, bei den Grundstücken auf rund 1428 Mk. für das Hektar und bei dem gesamten Ankauf auf rund 1184 Mk. für das Hektar, gegen 1025 Mk. im Vorjahre. Die im Berichtsjahre angelegten Preise ergeben im Durchschnitt den 125fachen Betrag des Grundsteuerreinertrags. Es haben also wieder höhere Preise für die Grundstücke im Jahre 1905 angelegt werden müssen, als selbst im Vorjahre. Am höchsten stellen sich die Durchschnittspreise der Erwerbungen im Regierungsbezirk Posen. Die dort angekauften 12.529 Hektar sind durchschnittlich mit 1356 Mk. für das Hektar bezahlt worden, was allerdings im wesentlichen darauf zurückzuführen ist, daß die Ansiedlungskommission zur Abrundung ihres Besitzes in der Nähe der Provinzialhauptstadt Posen größere Ankäufe zu hohen Preisen gemacht hat.

Verträge über Ansiedlerstellen sind abgeschlossen worden 2065, und zwar 1654 Rentengutsverträge und 411 Pachtverträge. Von diesen sind durch Zuschlagsbescheid genehmigt 1527, und zwar 1197 Rentengutsverträge und 330 Pachtverträge. Die übrigen Verträge, soweit sie nicht durch Rücktrittserklärungen erledigt sind, sind als schwebend in das Jahr 1906 übernommen. Außer 1527 bäuerlichen Ansiedlerfamilien sind im Berichtsjahre noch 19 Arbeiter- und Handwerkerfamilien in neu eingerichteten staatlichen Arbeitermietwohnungen angesetzt worden, so daß sich der Gesamtzuwachs an Ansiedlerfamilien während des Jahres 1905 auf 1546 Familien mit schätzungsweise 10.000 Köpfen beläuft. Unzweifelhaft wächst in den Bezirken, aus denen die älteren katholischen Ansiedler gekommen sind, das Vertrauen zur Ansiedlungskommission, die selbst alles tut, um das Deutschtum dieser Kolonisten durch die Gründung neuer

deutscher Kirchspiele und durch Anlehnung der Ansiedlungen an bestehende deutsche Parochien zu festigen. Die Heranziehung deutscher Arbeiterfamilien, in erster Reihe für die Ansiedlungsgüter und die Ansiedler, bildet fortgesetzt den Gegenstand besonderer Mühewaltung und jede die Einführung deutscher Arbeiter anstrebende Bewegung wird auch nachhaltig unterstützt.

Infolge endgültigen Abschlusses des Besiedlungsgeschäftes sind bisher 131 Güter und Bauernwirtschaften mit 46.404 Hektar aus der Verwaltung ausgeschieden. Während des Wirtschaftsjahres 1. Juli 1904/1905 standen in der Verwaltung 347 Güter mit einem Flächeninhalt von 211.022 Hektar, darunter 108 Güter mit einem Flächeninhalt von 62.083 Hektar, deren großwirtschaftlicher Betrieb aufgelöst ist. Im Vorjahre waren es 296 Güter mit 185.435 Hektar, worunter sich 66 aufgelöste Gutsbetriebe mit 41.181 Hektar Flächeninhalt befanden. Die verwalteten 347 Güter haben im Wirtschaftsjahr 1904/05 einen Zuschuß von 208.211 Mk. erfordert. Da sich der Zuschuß im Vorjahre bei 296 Gütern auf 634.867 Mk. belaufen hat, so ist ein erheblicher Rückgang der Zuschußsumme festzustellen, der im wesentlichen auf günstigere Ernte und die hohen Spirituspreise des Jahres 1904 zurückgeführt werden muß.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Ansiedler ist in erfreulicher Weise fortgeschritten. Von dem Gesamtsoll an Renten und Pachtzinsen des Etatsjahres 1904 im Betrage von 4,844.861 Mk. blieb am 31. Dezember 1905 nur ein Rest von 21.708 Mk. gleich 0·45 v. H. Außerdem sind aus den wirtschaftlich ungünstigen Jahren 1901/02 noch an gestundeten Renten und Pachtzinsen 37.640 Mk. rückständig, die in Teilbeträgen mit den laufenden Gefällen bis 1. Oktober 1907 abgezahlt werden und dauernd pünktlich eingehen. Erlasse haben nicht stattgefunden. Seit Bestehen der Ansiedlungskommission bis Ende Dezember 1905 sind 22 Ansiedlerstellen zwangsweise verkauft, 31 Ansiedlerstellen aus Renten- in Pachtstellen zurückgebildet und anderseits 134 zu Pacht begebene Stellen unter entsprechenden Bedingungen

zu Rente, und zwar meist an den bisherigen Pächter, begeben worden. Das Genossenschaftswesen hat sich in gedeihlicher Weise weiter entwickelt. Es sind zwei Brennereigenossenschaften und -gesellschaften mit beschränkter Haftung zum Fortbetriebe der Gutsbrennereien in Rosko und Mroczen, vier Molkereigenossenschaften in Pila, Rombschin, Seglein und Gr.-Nogath, ferner zwölf Spar- und Darlehnskassenvereine und drei landwirtschaftliche Vereine gegründet worden. Die Gesamtausgaben des Ansiedlungsfonds vom Jahre 1886 bis Ende Dezember 1905 betragen rund 370 Millionen Mark, der Gesamteinnahmen rund 86 Millionen Mark, die reinen Ausgaben mithin 284 Millionen Mark.“

Die „Germania“ fügt zu diesem Berichte folgende Bemerkungen: „Was die Konfession der Ansiedler betrifft, so sind davon 9966 evangelisch und nur 423 katholischer Konfession! Diese Ziffern reden eine sehr deutliche Sprache und bekräftigen das bekannte Wort des Abg. Freih. v. Schorlemer Alst, daß für die Ostmarkenpolitik das Wort Germanisierung nichts anderes als „Protestantisierung“ bedeutet. An katholischen Ansiedelungsbewerbern hat es freilich nicht gefehlt. Der diesjährige Bericht der Ansiedlungskommission verzeichnet sogar ein Steigen dieser Bewerbungen und bemerkt: Die Zahl katholischer Bewerber, die ihren Fragebogen eingesandt haben, beträgt 258 und ist somit um 56 größer, als im Vorjahre. Unzweifelhaft wächst in den Bezirken, aus denen die älteren katholischen Ansiedler gekommen sind, das Vertrauen zur Ansiedlungskommission, die selbst alles tut, um das Deutschtum dieser Kolonisten durch Gründung neuer deutscher Kirchspiele und durch Anlehnung der Ansiedlungen an bestehende deutsche Parochien zu festigen. Verträge sind mit Katholiken 87 abgeschlossen worden (gegenüber 110 im Jahre 1904), wovon 47 durch Zuschlag und 11 durch Rücktritt der Bewerber erledigt sind, während in 29 Fällen die Verhandlungen noch schweben. Es hat also trotz erhöhten Angebots von katholischen Bewerbern nur ein kleinerer Teil derselben Berücksichtigung gefunden. Und wie ist es in dieser Hinsicht mit

protestantischen Bewerbern bestellt? Die gesamte deutsche Bevölkerung in den Ansiedlungsgemeinden und auf den Ansiedlungsgütern beziffert die Denkschrift auf rund 82.450 Seelen. Wie viele davon sind evangelisch und wie viele katholisch? Wie viel ist für evangelische und wie viel für katholische Kirchen und Schulen ausgegeben worden? Die Denkschrift gibt darüber keine Auskunft. Aus der Tabelle IX. ergibt sich nur, daß die Ansiedlungskommission seit ihrer Begründung im Ganzen 32 Kirchen, 20 Bethäuser, 33 Pfarreigehöfte und 236 Schulen aufgeführt hat, davon sind im Jahre 1905 hergestellt 5 Kirchen, 2 Bethäuser, 4 Pfarreigehöfte uud 31 Schulen.

Aber wie viele katholische oder evangelische Kirchen und Schulen sich darunter befinden, verschweigt die Denkschrift, während mit peinlicher Gewissenhaftigkeit betont wird, daß im Berichtsjahre 34.305 Bäume an Ansiedler geliefert worden sind, wofür die Rentenansiedler 40 Pfg. für den Baum zu zahlen hatten. Alles in allem enthält diese Denkschrift nichts weniger als ein erfreuliches Bild von der antipolnischen Ansiedlungspolitik, und es ist deshalb zu erwarten, daß auch die früheren Freunde dieser Poliiik immer mehr daran zweifeln, ob auf diesem Wege ein wirklicher und großer Erfolg für das Deutschtum erreicht werden kann."

Das „Berl. Tagebl." schreibt am 13. März 1906 folgendes: „Welche Riesengewinne in der letzten Zeit auf dem Gütermarkt eingestrichen wurden, dafür stellt uns ein erfahrener Landwirt aus Ostpreußen folgende Angaben zur Verfügung. Nachstehende Güter wurden mit großem Gewinn in letzter Zeit verkauft:

1. Das dem Grafen Schimmelmann gehörende Gut Erlental im Kreise Schildberg wurde von diesem vor drei Jahren mit 217.500 Mark bezahlt, in diesem Jahre erhielt er 450.000 Mark.

2. Besitzer Peters in Ludwigshorst, Kreis Gnesen, kaufte vor fünf Jahren sein Gut für 65.000 Mark, vor ein paar Monaten bekam er 116.000 Mark.

3. Besitzer Pörschke kaufte vor ein paar Jahren sein Gut Ritters bei Liebstadt im Kreise Mohrungen

für 64.000 Mark und erhielt vor ein paar Monaten vom Herrn Dreher aus Koppe 83.000 Mark.

4. Herr Besitzer Wandte hat sein 1050 Morgen großes Gut Klein-Babenz im Kreise Rosenberg für 220.000 Mark an Herrn Schulz verkauft; für dieses Gut wurden vor zwei Jahren nur 165.000 Mark bezahlt.

5. Herr Glowacki in Hohenkirch bei Strelno hat sein 110 Morgen großes Grundstück für 72.000 Mark an Herrn Pechthold verkauft, im Juli vorigen Jahres war der Erwerbswert 66.000 Mark.

6. Besitzer Martin Kostenski in Pawlowo bei Schwarzenau hat sein Gut mit einem Gewinn von 60.000 Mark verkauft; Herr Kostenski war nur wenige Jahre Besitzer dieses Gutes.

7. Herr Lange in Auxkallählen verkaufte sein Gut von 400 Morgen für den Preis von 120.000 Mark, nach Verlauf von drei Monaten erhielt der jetzige Besitzer 135.000 Mark.

8. Vor fünf Monaten kaufte Herr Schweder in Schöneich, Kreis Schwatz, die zirka 300 Morgen große Besitzung des Herrn Foth für 100.000 Mark, jetzt hat er das Gut für 125.000 Mark verkauft.

9. Das Herrn Robitzki gehörige Lippan im Kreise Neidenburg, Ostpreußen, wurde von diesem vor fünf Jahren mit 240.000 Mark bezahlt, vor ein paar Monaten erwarb es Herr Kittler für 510.000 Mark.

10. Das Gut Kegelsmühle Nr. 2 im Kreise Deutsch-Krone bei Schneidemühl bekommt demnächst seit einem Jahre den vierten neuen Besitzer, Herr Reichert hat es für 350.000 Mark erworben. Das Gut hat 60.000 Mark mehr gebracht als vor einem Jahre, und jeder Besitzer hat in den wenigen Monaten je 20.000 Mark daran verdient.

11. Das Gut Lubahn im Kreise Berent, Herrn John gehörig, ist im September v. J. von einem Herrn aus Westphalen für 514.000 Mark gekauft worden. Vor nicht zu langer Zeit hat Herr John das Gut für 210.000 Mark von den Erben übernommen.

12. Herr Pahl hat sein Gut Schützen B. im Kreise Rastenburg an Herrn Roll verkauft für 340.000 Mark. Vor vier Jahren brachte das Gut beim Verkauf 240.000 Mark.

13. Gutsbesitzer Peters in Ludwigshorst, Kreis Wittkowo, hat seine Besitzung von 300 Morgen für 120.000 Mark verkauft. Das Gut hat vor sieben Jahren 66.000 Mark gekostet.

14. Herr Michael Petrowicz in Zuda, Kreis Wittkowo, hat für seine 70 Morgen große Besitzung 40.000 Mark erhalten, er hat sie vor ein paar Jahren für 15.000 Mark erworben.

Diese Angaben dürften zur Erläuterung unserer oben dargelegten Anschauungen genügen." — Die preußische Polenpolitik verhilft also manchen geriebenen Spekulanten zu schönen Geldsummen. Wer zahlt das alles? Doch die Steuerträger des Deutschen Reiches. Es sind schon auch Fälle bekannt, daß Juden in die lutherische Kirche sich aufnehmen ließen, dann ein Gut im Osten erwarben, um es dann teuer zu verkaufen — an die Ansiedlungsbank.

Die „Berliner Presse" brachte diese Notiz: Berlin, 23. März. Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beriet am Donnerstag die Denkschrift über die Ausführung des Ansiedlungsgesetzes. Aus der Verhandlung heben wir hervor: Es wurde hervorgehoben, daß die Ankäufe infolge geringeren Angebots, insbesondere aus polnischer Hand, sich verringert haben. Auch seien in nicht erwünschter Weise zu viele Bauerngüter Gegenstand des Ankaufs geworden. Von verschiedenen Seiten wurde das bedenkliche Steigen der Güterpreise und die Mobilisierung des Grundbesitzes hervorgehoben und darauf Gewicht gelegt, möglichst den deutschen Besitz zu erhalten, möglichst dadurch, daß deutschen Besitzern nur ein Teil der Güter abgenommen werde. Gegenüber den Angriffen der Polen wies der Landwirtschaftsminister darauf hin, daß die Tätigkeit der Ansiedlungskommission einen wirtschaftlichen Fortschritt, insbesondere durch Meliorationen und Anlegung von Wegen bedeute, und daß nicht zu unterschätzen sei, daß von den 10.000 Ansiedlungsfamilien, einschließlich der Arbeiter mit etwa 82.000 Köpfen, rund 29 Mill. Mark mitgebracht und so den Landesteilen zugute gekommen seien. Das Prosperieren der Ansiedler trotz der schlechten Verhältnisse beweise die Le-

bensfähigkeit der Ansiedlungen. Der Minister teilte ferner die überraschende Tatsache mit, daß nach genaueren Feststellungen in der Provinz Posen 1,136.000 Hektar im Besitz von Deutschen und 1,064.000 Hektar im Besitz von Polen sei, so daß der deutsche Besitz vorläufig überwiege. Im Jahre 1905 hat der deutsche Besitz auch keinen Verlust, sondern einen kleinen Zuwachs zu verzeichnen gehabt. Über den Ankauf von Domänen aus dem Hundert-Millionen-Fonds wurde mitgeteilt, daß 144 Domänen für zusammen 68 Millionen Mark und von der Forstverwaltung eine Anbaufläche für 16½ Mill. Mark angekauft sei."

Also haben die Deutschen den Polen in Posen bereits über die Hälfte des Bodenbesitzes abgerungen. Alles übrige wird dann von selbst nachfolgen. Ein landloses Volk geht von selbst zu Grunde.

An einer anderen Stelle schreibt die „Germania" folgendes: „Das Fiasko der Polenpolitik ist nachgerade so handgreiflich geworden, daß auch die Parteien es nicht mehr verkennen können, die sich alle Mühe geben, geschlossenen Auges der Regierung auf ihrem Irrwege zu folgen. In den beiden Provinzen Posen und Westpreußen hat man mit einem Kostenaufwand von 370 Millionen Mark glücklich 10.667 Ansiedler angesetzt; jeder kostet also 34 bis 35.000 Mark. Die gesamte angesiedelte Bevölkerung beläuft sich auf 70.000 Köpfe, der Staat hat also pro Kopf 5300 Mark aufwenden müssen. Polen gibt es in den beiden Provinzen rund 1,700.000. Was will es demgegenüber bedeuten, ob dort 70.000 Deutsche mehr oder weniger sind? Dazu kommt, daß ein ganz erheblicher Prozentsatz der Ansiedler aus den Ansiedlungsprovinzen selbst stammt, also gar keinen Zuwachs für das Deutschtum bedeutet, und daß anderseits viele Deutsche, die ihre Güter glücklich losgeworden sind oder sonst Gelegenheit haben, sich anderswo niederzulassen, den Ansiedlungsprovinzen den Rücken kehren.

Die geringe Zahl der Ansiedler ist aber noch nicht das Bemerkenswerteste. Viel wichtiger und bedenklicher ist, daß die Ansiedelungspolitik das Polen-

tum geradezu gestärkt hat, einerseits indem polnischen Besitzern mit dem Gelde der Ansiedelungskommission auf die Beine geholfen wurde, andererseits indem die Polen zur wirtschaftlichen Gegenwehr angespornt wurden. Alle Welt ist darüber einig, daß die Polen seit der Tätigkeit der Ansiedelungskommission auf dem Lande wie in den Städten einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung genommen haben und ihre Konkurrenz in Handel und Gewerbe für die Deutschen immer drückender wird. Nachdem die Ansiedelungskommission auf das Geschrei der deutschen Besitzer gehört und angefangen hat, immer mehr Grundbesitz von den Deutschen anzukaufen, während der Zweck des Ansiedelungsfonds die Auskaufung der Polen war, seitdem hat eine wüste und unlautere Spekulation zur Ausbeutung der Kasse der Ansiedlungskommission begonnen. Der Kommission wird die Pistole auf die Brust gesetzt mit der Drohung, man werde sonst an einen Polen verkaufen, und wenn sie zögert, werden von deutscher Seite heftige Vorwürfe gegen sie erhoben. Diese von gewissen Hurrapatrioten gewerbsmäßig betriebene Revolverpolitik hat die Bodenpreise so unnatürlich in die Höhe getrieben, daß ein Krach unvermeidlich ist.

## VIII.

## Der Hass gegen das Slaventum.

In Deutschland wird ein eigener Zweig der Literatur gepflegt, der den Zweck verfolgt, die slavischen Völker verächtlich zu machen. Die Judenpresse und die deutschnationale Presse reichen sich hier die Hand. Albrecht Wirth hat eine Schrift herausgegeben: „Die gelbe und die slavische Gefahr“, worin der wahnsinnige Haß gegen slavische Völker zum Durchbruch kommt. Wirth sagt: W e r i s t d e r F e i n d? Für und gegen Rußland. Wenn der Verbrecher zur Richtstätte ging, so begleiteten ihn der Henker und der Priester, Feinde und Freunde und gleichgültige Zuschauer. Denselben Weg zu gehen,

bedingt noch lange keine Interessengemeinschaft. So sind Juden und Sozialdemokraten und Polen und Deutschvölkische gegen Rußland, aber aus völlig verschiedenen Gründen. Die Freunde der Russen bestehen aus drei Klassen. Den Hochkonservativen ist russische Art sympathisch; sie sehen mit Trauer das Vordringen des leidigen Massentums bei uns und die kümmerlichen Katzbalgereien des Parlamentarismus; ihr Herrensinn sehnt sich nach russischer Autokratie, die dem Schaffenden, dem Tatkräftigen mehr Freiheit, weniger Verantwortung verleiht. Die Kaufleute und Industriellen erwarten von Rußland gewaltige Bestellungen; sie rechnen darauf, daß unser Handel mit Rußland zehnmal größer als der mit Japan und daß er noch unendlicher Ausdehnung fähig ist. Die Russenschwärmer sind aus dem sehr anfechtbaren Grunde für die Russen, weil diese Arier seien. Ferner zum Teil deshalb, weil sie die Juden unterdrücken. Wenn Rassenverwandtschaft entschiede, so sollten doch jene Schwärmer mit dem germanischen England gegen das Zarenreich sein. Die Gegnerschaft gegen die Russen beruht vor allem auf der Besorgnis vor der slavischen Gefahr. Sodann auf der Abneigung gegen moskowitische Unkultur. Drittens auf dem Haß gegen russische Polizei und Unterdrückung.

Weltpolitische Bedenken. Die Frage bei dem ganzen Problem läßt sich in einen Satz zusammenfassen: liegt es in unserem Interesse, Rußland stark zu erhalten? Je nach Weltanschauung und Parteistellung, je nach der Bevorzugung innerer oder äußerer Momente wird die Antwort verschieden ausfallen. Absolutismus und Imperialismus, Reform und Schwäche — es gibt kein Drittes für Rußland. Wer also die Reform im Innern für wichtiger hält, muß auf die Weltmacht Rußlands verzichten, wer aber einen mächtigen Zaren wünscht, muß gegen die Konstitution sein. Die Verwicklung des Problems liegt mithin darin, daß die gelbe Gefahr unmittelbar auch die inneren Zustände unseres östlichen Nachbars beeinflußt. Die Schwächung der Zentralgewalt durch die Gärung im Innern, durch die drohende

Revolution ist belangreicher als die Kapitulation Port Arthurs, als die Zurückdrängung Kuropatkins. Die Gärung ist auch von viel größerer Wichtigkeit für Europa als alle bisherigen Siege der Japaner. Die Wirkung einer russischen Krise auf Deutschland? In dem vielverschlungenen, weitverästeten Leben neuzeitlicher Staaten gibt es überhaupt keine einfachen Wirkungen mehr. Wie beschaffen auch immer eine Tat, oder ein Gesetz sei, es werden sich immer sowohl günstige als auch ungünstige Folgen einstellen. Auch dort kommt es auf die politische und die Weltanschauung des einzelnen an, ob er eine Erscheinung als günstig oder ungünstig aufzufassen geneigt ist. Wenn die radikale Richtung in Rußland ans Ruder gerät, so wird sie sicher, worauf schon Delbrück*) hingewiesen hat, den Staatsbankerott erklären. Davon würden nun leider nicht Mendelssohn und Genossen, die unverantwortlicherweise die Auflegung einer russischen Anleihe in Deutschland empfahlen, sondern die Aktionäre, an die inzwischen die Anleihe abgestoßen, zu leiden haben. Auch wird das ganze Wirtschaftsleben Mittel- und West-Europas durch den Bankerott erschüttert werden. Schwieriger ist zu sagen, wie durch den Zusammenbruch des gotischen Systems in Rußland die innere Politik bei uns berührt werden wird. Es ist möglich, daß die byzantinischen und bürokratischen Neigungen geschwächt werden, weil sie den Rückhalt im Osten verlieren; es ist aber gerade so möglich, daß gleichwie der französischen Revolution die heilige Allianz mit ihrem Polizeisystem folgte, so auch russische Wirren zu einer Straffung der Zügel im Westen führen. Ist doch selbst in Frankreich schon einmal eine russische Kundgebung durch die Zensur verboten worden, nämlich der Verfassungserlaß Katharinas II. Immerhin ist wahrscheinlicher, daß durch den Fall des Tschinownik überall in der Welt das Polizeiregime einen empfindlichen Stoß erleide. Ein anderes Bedenken! Gesetzt, die Russen werden durch den Krieg derart geschädigt, daß die Ordnung im

*) Preuß. Jahrb., Nov. 1904.

Innern aufhöre, daß die Zinsen der Staatsanleihen gekürzt werden und die Notabeln zusammentreten, kurz, daß die Revolution offen ausbreche. Man erwartet vielfach davon eine ungeheure Erstarkung des Volksbewußtseins und, da ja Mangel an Geld noch nie an Eroberungszügen verhindert hat, weder die Araber Mohammeds noch die Franzosen des Konvents, eine Überflutung der Grenzen durch die überschäumende neue Volkskraft. Wir erlitten dann von Osten dasselbe, das wir einst durch die französische Revolution im Westen erduldet haben. Eine derartige Gefahr ist denkbar, aber die Überschwemmung wird durch die baltischen Länder und durch den Wall der Polen aufgehalten, die schon jetzt zu einer Wiederaufrichtung des alten polnischen Reiches auffordern, ja von einer Republik reden. Der Haß der Polen gegen den Zarismus ist heißer, als der Haß gegen Deutschland. Grundstürzende Nachteile sind demnach von einer russischen Revolution für uns nicht zu befürchten.

Trotzdem läuft die gegenwärtige Reichspolitik ganz offensichtlich darauf hinaus, Rußland stark zu erhalten. Aus drei Gründen. Aus alter freundschaftlicher Überlieferung und monarchischem Solidaritätsgefühl. Aus dem Bestreben, das Nachbarreich für unsere wachsende Ausfuhr immer aufnahmefähiger zu machen: daher Anleihen. Drittens aus dem Wunsche, ein Gegengewicht gegen westliche Bedrohungen zu gewinnen oder zu erhalten. Eine gründliche Schwächung Rußlands würde nämlich eine Steigerung englischen und auch amerikanischen Selbstgefühls zur Folge haben. Es entsteht nun die Frage, ob das für Deutschland wünschenswert sei. Eine mächtige Partei, die Konservativen, und auch die meisten Nationalliberalen sind für Rußland, einmal weil sie in ihm den Hort gegen die rote Gefahr sehen, und dann, weil es die alte Tradition so will. Bismarck hat zwar 1879 in Gastein ganz unverblümt von Mobilisation gegen Alexander II. geredet und hat offensichtlich die Selbstständigkeit der Donaureiche mit dem Dreibund gegen die Übergriffe Rußlands geschaffen. Auch hat er sonst im Grunde mehr mit England als mit Rußland gearbeitet.

Ja, es ergrimmte ihn, daß sein alter Herr dem Zaren Alexander II. so sehr entgegen kam. Aber das Selbstherrliche der russischen Verwaltung war ihm sympathisch, und gegen Frankreich war ihm der Rückhalt an der Ostmacht erwünscht. Dagegen ein Festhalten an russischer Freundschaft stets und um jeden Preis, ein Festhalten inmitten der plötzlich veränderten internationalen Verhältnisse — für eine so starre, so geistesarme Staatskunst darf man nie Bismarck als Eideshelfer heraufbeschwören.

Die slavische Gefahr. Immerhin: die beiden Drohungen, die angelsächsische und die französische sind nicht ganz abzuweisen. Allein Frankreich wenigstens ist durch Marokko auf unabsehbare Zeit hin gebunden. Die beiden angelsächsischen Mächte halten sich gegenseitig im Schach. Es handelt sich bei allen diesen und ähnlichen Betrachtungen doch nicht um morgen und übermorgen, sondern eine entferntere Zukunft. Und da wird es am Platze sein, mahnend der Worte zu gedenken, die vor Monaten der Sohn Leo Tolstoj's im „Nowoje Wremja“ äußerte. Man muß ungewöhnlich mutlos und wenig scharfsinnig sein, um das Ende des Krieges nicht voraussehen zu können. Man braucht nur einen Blick auf die Karte zu werfen, auf die Größe des russischen Reiches, seine Städte, seine Ebenen, Seen und Berge und schließlich auf seine Bevölkerung, um über den Ausgang nicht im Zweifel zu sein. Rußland ist unbesiegbar, Rußland ist ein Land, wie es ein zweites nicht gibt; sein Volk, seine geographische Gestalt, sein Klima, seine moralischen und intellektuellen Kräfte, sein Temperament, seine Friedensliebe, sein Geist und seine Bestimmung sind einzig. Die Zukunft der Erde gehört Rußland, aller Traurigkeit der augenblicklichen Stunde zum Trotz; Rußland deckt mit seinem Schatten alle benachbarten Völker und saugt sie in seinem Wesen auf. Wir werden noch dahin kommen, daß wir die Engländer aus Ägypten und Indien vertreiben. Rußland ist unbezwinglich. Die raubgierige Tatkraft Tolstoj des Sohnes ist der Gegenwurf von dem friedliebenden Quietismus des Vaters. Gewiß, nicht alle Russen denken und fordern so, vielleicht nicht einmal die meisten;

aber die Forderung geht von denen aus, die sich auf die Dauer immer als die maßgebenden im Reiche erwiesen haben. Und sind nicht überall Kleindeutsche, Little-Englanders, amerikanische Anti-Expansionisten sehr bald an die Wand gedrückt worden? Keinen schlimmeren Feind hat gegenwärtig das deutsche Volkstum als den immer begehrlicher vordringenden Slaven. Eine unaufhaltsame Flut scheint unsere Ostmarken überschwemmen, scheint sie verschlingen zu wollen. Das Hemd ist uns näher als der Rock. Die gelbe, die angelsächsische Gefahr ist weit entfernt und fraglich, die slavische ist gewiß und steht vor der Tür. Unsere Industrie mag von der Freundschaft mit Rußland Vorteile haben, aber ist das genug, um die Zukunft unseres ganzen Volkstums in Frage zu stellen? Beide Gefahren bestehen, die slavische und die gelbe, aber von zwei Übeln muß man eben das kleinere wählen. Ich werde ungeduldig, so oft ich die Frage höre: wird nicht auch unser Kiautschau ernstlich bedroht? Die Frage zeugt von einer völligen Verkennung der Proportionen. Gewiß, ja doch, sicher ist unser Besitz in Ostasien bedroht. Möglich, vielleicht, wahrscheinlich geht er verloren. Allein in China geht es um einen Finger; in Europa, an unserer Ostgrenze, um den ganzen Arm.

Würden sich die Ostasiaten nicht wehren, so stiege das dreiköpfige Zerberushaupt einer konfuzisch-buddhistisch-pravoslavischen Riesenmacht empor, so würden der Zar und der Himmelssohn sich vereinen. Die Gefahr wäre unendlich größer für Europa, weil die Macht des Slaven- und des Chinesentums vereint gegen uns stünde und weil Rußland die schützende Kluft zwischen uns und dem fernen Osten überbrückt, weil Rußland uns so schon auf dem Nacken sitzt. Was kann dem alten Europa, was insbesondere uns Deutschen Besseres kommen, als daß Moskowiter und Ostasiaten in unversöhnbarem Haß sich verbeißen? So wird Rußland geschwächt, beständig im Schach gehalten und, was am wichtigsten, auch gegen seinen Willen von den Mongolen ab und auf die Seite der Arier hingedrängt. So wäre der Erfolg Japans nicht etwa nur das kleinere Übel für uns, sondern es wäre

durch seine notwendigen Folgen geradezu ein Sieg für Deutschland, ja für Europa.“ Soweit Wirth. Man sieht daraus, daß der Herr nichts verheimlicht. Sind denn nun die Slaven so minderwertig? Das Organ des verstorbenen Saecularmenschen Bismarck, die „Hamburger Nachrichten“, schrieben am 25. März 1906 folgendes: „Vom slavischen Niveau. Die slavischen Völker Österreichs haben im verflossenen Jahrhundert eine rasche, fast sprunghafte kulturelle Entwicklung durchgemacht. Allen voran die Tschechen, die nicht umsonst aus Schülern die großen Gegner und Rivalen der Deutschen geworden sind. Aber eben weil die Entwicklung so rasch war, fehlt ihr die tiefere Fundierung, die Gesundheit und Bodenständigkeit einer von unten herauf langsam und organisch erwachsenen Kultur. Diese junge slavische Kultur hat etwas Künstliches, Treibhausmäßiges an sich. Sie lebt zudem von erborgten Gedanken und bewegt sich in überkommenen Formen. Sie ist auf den praktischen Bedarf zugeschnitten. Sie ist mehr darauf gerichtet, abzurichten, als zu bilden. Ihr mangelt die Produktivität in höherem Sinne. Es ist durchaus keine Seltenheit, daß ihre wissenschaftlichen Erzeugnisse sich als mehr oder minder offenkundige Plagiate deutscher Werke erweisen. Erst kürzlich wieder beschäftigte ein solcher Fall die deutschen Blätter Österreichs. Ein Tscheche, Sekretär des Brünner Landgerichtes, hatte ein Buch über die „Zwangsvollstreckung in Geldforderungen“ geschrieben und dabei die einschlägige deutsche Literatur, insbesondere das Buch eines Professors an der deutschen Universität in Prag mit einer Sorgfalt abgeschrieben, die eine große Hochachtung vor deutscher Wissenschaft und eine sehr bescheidene Zurückhaltung in der Entwicklung eigenen wissenschaftlichen Denkens verriet. Der Fall, wie gesagt, ist typisch und läßt das Niveau ahnen, auf dem etwa eine künftige Brünner tschechische Universität stehen würde.

Nicht weniger erheiternd ist es zu sehen, wie die Slovenen in Krain mit immer dringenderem und ungestümerem Verlangen nach einer eigenen Universität rufen, wie sie immer verkünden, daß alle

Voraussetzungen zur Gründung einer slovenischen Hochschule gegeben seien, — während sie es noch nicht einmal dahin gebracht haben, ihre slovenischen Mittelschulen mit slovenischen Lehrbüchern auszustatten und daher gezwungen sind, in den oberen Klassen dieser Lehranstalten den Unterricht nur in deutscher Sprache zu erteilen. Die Fabrikation slovenischer Lehrbücher bildet geradezu eine der wichtigsten und dringendsten Sorgen der slovenischen „Gelehrten", die mit dieser Arbeit seit Jahrzehnten beschäftigt sind, aber an die Höhe dieser Aufgabe doch offenbar nur sehr unvollkommen heranreichen, da sie selbst die unteren Klassen ihrer Mittelschulen nur mit ganz unbrauchbaren Lehrbehelfen auszurüsten imstande gewesen sind. Gewiß, eine drastischere Illustration der slovenischen Kulturhöhe läßt sich kaum denken als diese Tatsache, die auf einer Versammlung slovenischer Mittelschullehrer jüngst festgestellt und beklagt wurde. Man glaube aber nicht, daß deshalb der Ruf nach einer Universität in Laibach verstummen und daß er über kurz oder lang nicht doch seine Verwirklichung finden werde. Das slavische Kulturbedürfnis ist Machtbedürfnis: damit ist alles gasagt." Wenn die Slaven gar so niedrig sind, warum werden sie denn von den Deutschnationalen so gehaßt und beschimpft? Sind die Deutschen gar so blutrein? Schrieb doch die „Köln. Volksztg." folgendes (am 9. November 1904): „Völkerschicksale." Unter diesem Titel bringt heute die „Köln. Volkszeitung" einen Artikel, dem wir die folgenden Ausführungen entnehmen, die auch dadurch nicht an Interesse verlieren, daß sie hier nicht zum erstenmale konstatiert werden. Es heißt da u. And.: Es ist doch eine ganz andere Welt, dieses Ostelbien, in welchem ich seit Jahren ansässig bin, als meine westphälische Heimat. Am meisten ähnelt sich noch hüben und drüben die Natur, aber wie verschieden sind die Menschen! Der große, starke, ungewandte, wenig gesprächige, aber ehrliche münsterländische Bauer steht immer vor meinen geistigen Augen, wenn ich mit dem Landmanne dieser Gegend spreche. Einige Verwandtschaft in manchen Dingen erzeugt freilich schon der gleiche Beruf, aber

weit mehr wiegt die Rasse, das Blut. Dazumal, in der Kulturkampfszeit, erzählten die eingewanderten ostelbischen Beamten den Münsterländern, daß diese keine richtigen Deutschen seien, die gebe es nur hier im Osten.

Aber hierzulande braucht man sich die Bauern nur anzusehen, um den slavischen Typus zu erkennen. Und sie sind auch in hohem Maße stolz auf ihre wendischen Vorfahren. Mancher brandenburgische Bauer hat mir mit leuchtenden Augen davon gesprochen. „Deutsch," sagte mir einmal ein Gutsbesitzer, „sind hier eigentlich nur die Junker. Die deutschen Herren haben das Land erobert, um den Wenden das Christentum zu bringen und sich selbst zu bereichern. Aber sie haben sie doch nicht unterkriegen können, die kleinen, flinken, munteren Wenden. Ja, gewiß sind wir im Herzen gute Deutsche geworden, aber das wendische Blut lebt noch in uns Allen. Wenn Brandenburg an die Spitze des Deutschen Reiches getreten ist, dann kommt das von der Überlegenheit der Wenden oder der wendisch-deutschen Volksmischung über die reinen Deutschen. Die reindeutschen Volksstämme sind viel zu eigensinnig, steif und ungewandt, als daß es den Bayern, Hannoveranern oder Sachsen (Die Sachsen sind übrigens auch Halbslaven!) hätte gelingen können, die führende Stelle in Deutschland zu erringen. Wir brandenburgische Deutschen von wendischem Blut überragen sie Alle." Vielfach, so im Spreewalde hat die wendische Sprache und Volkstracht sich ja noch bis heute erhalten. Die Unterrichtsprache in den Schulen ist freilich schon das Deutsche, aber es wird noch wendisch gepredigt. Das Volk versteht beide Sprachen, wenn auch in der Häuslichkeit meist wendisch gesprochen wird. Das Deutsche ist natürlich in stetigem Fortschritte begriffen. Das Dienstmädchen, welches in die Stadt zieht, der Bursche, welcher zum Militär einberufen wird, „germanisiert" sich. Aber doch nur äußerlich. Und in den benachbarten Gegenden, wo die wendische Sprache erloschen ist, erkennt man ebenfalls auf den ersten Blick, daß man germanisierte Wenden vor sich hat. Die Namen endigen vielfach auf „ow", wie Barow,

Lindow, Rudow u. dgl., oder auf „icke", wie Bräsicke, Lüdicke, Rösicke, Pannecke u. s. w. Im Polnischen würde es Brasicki, Ludicki, Rosicki, Pannecki heißen, Also dieselbe Grundform. Es ist eben altes slavisches Land und slavisches Volk. Damit hängt es auch zusammen, daß viele Deutsche in der Ostmark sich so leicht polonisieren lassen. Das slavische Blut der germanisierten Wenden spürt im Polentum etwas Verwandtes, Kongeniales, und „der Zug des Herzens ist des Schicksals Stimme". Rheinländer und Westphalen zu polonisieren, würde weit schwieriger sein. Mehr als ein Westphale, der in diese Gegend einwanderte, hat mir noch nach Jahrzehnten gesagt, er fühle sich unter der Einwohnerschaft noch immer wie unter einem fremden Volksstamm. Das läßt sich schwer erklären und beschreiben, denn es ist mehr Gefühlssache."

Die slavischen Völker wären heute viel weiter, als sie sind, wenn unter ihnen mehr Liebe wäre. Wenn man ein Volapük einführen will, um alle Völker zu verbinden, warum könnten sich nicht alle slavischen Völker durch Erlernung der russischen Sprache zu einer großen geistig verbündeten Familie verbünden? Die Vorteile daraus wären für alle slavischen Völker unermeßlich! Leider ist das nationale Bewußtsein und die nationale Liebe unter den Slaven noch auf einer sehr niedrigen Stufe. Wir geben hier ein Beleg. Das „Prager Tagblatt" brachte am 2. Mai 1906 folgenden Bericht: „W a h l  i n  d a s  s t a t i s t i s c h e  L a n d e s a m t. (Professor Rauchberg abgelehnt.) Wie wir vor einigen Tagen gemeldet haben, hat die statistische Landeskommission über Antrag des Hofrates Prof. Dr. Bráf, den Professor an der deutschen Universität Dr. Heinrich Rauchberg zum Leiter des statistischen Landesamtes vorgeschlagen. In der heutigen Sitzung des Landesausschusses machte der Referent LAB. Graf Schönborn den Kommissionsantrag zu dem seinigen und beantragte somit die Ernennung Prof. Rauchbergs. LAB. Adámek, der sich bereits in der Kommission gegen den Antrag ausgesprochen hatte, beantragte vorerst die Frage zur Entscheidung zu bringen, ob der zu diesem Amte

zu Ernennende beider Landessprachen vollkommen mächtig sein müsse.

Abg. Dr. Eppinger erklärte, daß dieser Antrag durchaus unzweckmäßig sei, und daß es sich im vorliegenden Falle nicht um Kenntnis oder Unkenntnis überhaupt, sondern um das Maß der Sprachkenntnisse handle, da Prof. Rauchberg für den gewöhnlichen Verkehr und für die Durchsicht und Prüfung der tschechischen Werke die genügende Sprachkenntnis besitze. Er wies ferner darauf hin, daß Rauchberg gegenwärtig nach seiner wissenschaftlichen Qualifikation der berufene Kandidat sei, und legte den Landesausschußbeisitzern ans Herz, die sonst theoretisch blos bezeugte Friedensliebe bei diesem ersten sich darbietenden praktischen Falle zu betätigen. LAB. Dr. Werunsky unterstützt gleichfalls den Antrag des Referenten und wies auf die wissenschaftliche Objektivität Rauchbergs hin. LAB. Dr. Herold sprach sich sodann entschieden gegen die Kandidatur Rauchbergs aus, weil Rauchberg offenbar der tschechischen Sprache nicht genügend mächtig sei, ferner weil er als Parteipolitiker gelten müsse, der die statistischen Ziffern in einseitiger Tendenz verarbeitete und seine Ernennung im tschechischen Volk große Aufregung verursachen würde.

Nach weiterer ziemlich bewegter Debatte, in welcher noch die Beisitzer Dr. Burian, Žďárský, Adámek und Dr. Eppinger noch zweimal das Wort ergriffen und der letztgenannte besonders betonte, daß die Nichternennung Rauchbergs einen noch weit grösseren Sturm auf deutscher Seite zur Folge haben und zur weiteren Verschärfung des nationalen Zwistes führen werde, kam es zur Abstimmung. Diese ergab Stimmengleichheit, da der Referent Graf Schönborn, ferner dr. Burian, Dr. Eppinger und Dr. Werunsky für, die übrigen vier Landesausschußbeisitzer (Adámek, Dr. Herold, Žďárský und der Ersatzmann Němec [für Škarda]) gegen die Ernennung Rauchbergs stimmten. Der Oberstlandmarschall, welcher sonach zu dirimieren hatte, erklärte, daß er es für die Pflicht des Dirimierenden halte, möglichst wenig an dem „Stande der Dinge“ zu ändern — ein tschechischer

Kandidat war nämlich gar nicht in Vorschlag gebracht worden — und dirimierte gegen den Referentenantrag.“ Nun muß man wissen, wer Rauchberg ist und wer Bráf ist, um die ganze Geschichte zu begreifen.

JUDr. Heinrich Rauchberg ist ordentlicher Professor der Statistik und der Verwaltungslehre an der k. k. deutschen Karl Ferdinands-Universität in Prag, Inhaber des königlichen preußischen Roten Adler-Ordens III. Kl. Er gab vor einiger Zeit heraus eine Schrift: „Der nationale Besitzstand in Böhmen.“ Diese „statistische“ Arbeit, in welcher das böhmische Volk als Bettelvolk dargestellt, mit Spott und Hohn überschüttet wird, wurde von der deutschnationalen Presse mit Lob reichlich bedacht, dagegen von ernsten Blättern als ein jüdisches Machwerk gebrandmarkt. Böse Zungen behaupten, Rauchberg sei beschnitten und halte streng den jom Kippur ein. Ob er ein orthodoxer, oder ein laxer, oder ein getaufter Jude ist, wissen wir nicht. Und dieser Herr wird für einen gut bezahlten Landesposten vorgeschlagen. Diesen Vorschlag machte nun niemand Anderer als Dr. Bráf, Hofrat, Professor an der böhmischen Universität in Prag, Schwiegersohn des verstorbenen Führers des böhmischen Volkes Dr. Franz Ladislaus Rieger!

Für Rauchberg stimmte auch der katholische Priester Kanonikus Dr. Burian. Eine saubere Gesellschaft. Unter den Deutschen findet man solche nationale Verräter niemals. Ein Volk kann nur stark sein, wenn seine Angehörigen zu einander Liebe haben und sich gegenseitig werktätig unterstützen. Wo aber sich die Angehörigen eines Volkes als Fremde, teilnahmslos, ja sogar als persönliche Feinde behandeln, wo der Einzelne seinen eigenen persönlichen Vorteil höher schätzt, als den Vorteil des ganzen Volkes, ein solches Volk geht von selbst zu Grunde. Diese Gefahr ist gerade bei den slavischen Völkern am stärksten. Alle slavischen Völker, die überwunden, unterjocht. entnationalisiert wurden, sind durch ihre eigene sittliche Verkehrtheit zu Grunde gegangen. Darin besteht allerdings ihre Minderwertigkeit, die den Slaven von Deutschnationalen zum Vorwurf ge-

macht wird. Doch haben slavische Völker Europa von den Türken befreit. Rußland hat die Macht des Islam in Europa gebrochen, und daß das Werk unvollendet blieb, daran ist nun das übrige „christliche“ Europa mit England an der Spitze schuld. So schaut die vermeintliche höhere Kultur der westeuropäischen Kulturstaaten aus.

Die Slaven in Nordamerika. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika hatten im Jahre 1800 eine Bevölkerung von 5,308.483 Einwohner. Im Jahre 1900 zählte die Union 75,559.258 Einwohner. Bis zu den 80er Jahren lieferte England, Irland, das Deutsche Reich und das übrige West-Europa die Hauptmasse der Einwanderer für Nordamerika. In den letzten 30 Jahren aber tritt an diese Stelle Österreich-Ungarn, Rußland und Italien. Vom Jahre 1860 bis 1904 sind aus Österreich-Ungarn nach Nordamerika 1,700.081 Menschen eingewandert. Es läßt sich schwer sagen, wieviel Slaven in Nordamerika sind. Es sind eingewandert im

| | Jahre 1903 | 1904 |
|---|---|---|
| Czechoslaven . . . . . . | 9.577 | 11.838 |
| Serben . . . . . . . . . . | 4.227 | 2.088 |
| Kroaten und Slovenen . | 32.892 | 21.105 |
| Dalmatiner . . . . . . . | 1.723 | 2.023 |
| Polen . . . . . . . . . . . . | 37.499 | 30.243 |
| Ruthenen . . . . . . . . . | 9.819 | 9.415 |
| Slowaken . . . . . . | 34.412 | 27.895 |

Man sieht an diesen Zahlen, daß die Verluste der Slaven in Österreich-Ungarn durch die Auswanderung geradezu furchtbar sind. Damit wird das slavische Element sehr geschwächt. Amerika läßt den Slaven kein nationales selbständiges Leben, sie gehen alle im Amerikanismus auf. Der Redakteur des katholischen Blattes „Hlas“ in St. Louis, Jan Habenicht, hat eine Schrift herausgegeben: „Dėjiny Čechů amerických“, wo er die Niederlassungen der Czechoslaven schildert. Die Slaven haben in Nordamerika riesige Kulturarbeit vollbracht. Sie haben Wälder ausgerodet, Musterwirtschaften angelegt und sind in dieser Art wohl die besten Farmer in Nordamerika. In jeder

größeren Gemeinde sind die katholischen Priester die Führer des Volkes geblieben und haben die Kolonisten zur Wohlhabenheit gebracht. Am 20.—23. September 1904 versammelten sich in St. Louis Schriftsteller, Journalisten und Führer aller Slaven in Nordamerika. Vorsitzender dieses ersten slavischen Kongresses war Alois Dostal, Redakteur des „Hlas". Alle Slaven, die dem katholischen Glauben und den katholischen Priestern treu bleiben, werden wohlhabende Farmer, behaupten ihre Nationalität, werden auch Wohltäter ihrer alten Heimat. Dagegen die, welche den Freimaurern und dem Unglauben zum Opfer fallen, gehen in der englischen buntfarbigen Masse spurlos verloren. Der deutsch-nationale Wahnwitz, der fortwährend behauptet, die Slaven wären eine „minderwertige" Rasse, ist heidnischer bestialischer Haß, der durch nichts gerechtfertigt werden kann. Slavische Völker haben genau solche geistige Fähigkeiten wie alle anderen sogenannten Kulturvölker. Wo ist denn die deutsche Wissenschaft? Die deutschen Universitäten in Österreich und im Deutschen Reiche sind schon längst ein Judenmonopol geworden. Früher waren in Wien berühmte slavische Gelehrte wie Rokitansky, Škoda, Hebra — heute sind Judenschlecker Nothnagel und nach ihm — Norden, ob er wohl getauft ist? Wo ist also die deutsche Wissenschaft? Wo ist die deutsche Kunst? Im Märzheft 1906 der Zeitschrift „Deutsche Kunst und Dekoration" ist eine Menge von Reproduktionen der Kunstwerke des Georg Wrba, Bildhauer in München, der sich zuerst durch den St. Magnus-Brunnen in Kempten berühmt machte.

Dieser Bildhauer ist — ein Czechoslave. Das sind nur kleine Beispiele. Ein Volk erkennt man besonders an seiner Lebensweise. Wir können fest behaupten, daß kein Volk auf der ganzen Welt eine so schmackhafte, gesunde und naturgemäße Küche hat wie das böhmische Volk. Die Kochkunst der böhmischen Hausfrau dürfte wohl einzig in der Welt dastehen. Freilich ist auch sie im Schwinden begriffen. Die berüchtigten modernen Surrogate verrichten auch hier ihr Zerstörungswerk. Das arbeitende Volk er-

nährte sich früher besser und kräftiger als heute durch den blöden Kaffee und seiner Surrogate. Die slavischen Völker sind auch in der körperlichen Erscheinung allen sogenannten Kulturvölkern ganz ebenbürtig. Kein Volk auf der ganzen Welt hat solche schöne Frauen, die durch Schönheit und Ebenmaß der körperlichen Formen mit den Töchtern des czechoslavischen Volkes sich messen könnten. Wenn in Wien eine Frauenschönheit auftaucht, ist es gewöhnlich eine slavische Frau. Man erniedrige nicht andere Völker, es ist unchristlich, inhuman. Die Sprache allein kann den Menschen nicht verächtlich machen. Wenn die Judenpresse fortwährend von der Gewissensfreiheit spricht, mit der Absicht, daß die Juden nicht gehaßt werden, warum sollen sich die Christen hassen wegen ihrer Sprache? Dahinter steckt jüdische Gaunerei.

## IX.

## Die neue russische Anleihe.

Am 4. April 1906 wurde durch einen Ukaz des Zar Nikolaus II. eine neue russische Staatsanleihe dekretiert im Betrage von 843,750.000 Rubel Nominalwert, oder 2250 Millionen Francs, oder 1118 Millionen Mark deutscher Reichswährung, 1075½ Mill. holländischer Gulden, 89,325.000 Pfund Sterling. Diese Anleihe soll im Jahre 1956 amortisiert sein. Das Prospekt eines Wiener Bankhauses lautet: „Subskriptions-Einladung auf die neue 5%ige russische Staatsanleihe vom Jahre 1906 per Francs 165.000.000. 1. Die Anleihe ist 5%ig und besitzt die Garantie des russischen Staates; die Zinsen sind nach Wahl des Besitzers in Goldfrancs oder Kronen zahlbar. Die Anleihe wird in 330.000 Abschnitte zu 500 Francs eingeteilt und sind die Coupons am 1. Mai und 1. November zahlbar. — Nach der Vollzahlung, welche sofort nach Zuteilung der Stücke erfolgen kann, jedenfalls aber binnen 6 Monaten stattfinden muß, werden den Subskribenten Interimsscheine erfolgt, die eventuell auf Kumulativ-Stücke

lauten können, und werden diese letzteren seinerzeit nach Erscheinen der definitiven Titres gegen solche spesenfrei umgetauscht. 2. Mit Bewilligung des k. k. Finanzministeriums wird die neue russische Staatsanleihe an der Wiener Börse zum Handel und zur Kotierung zugelassen. 3. Der Subskriptionskurs beträgt 88%, es sind somit für je eine auf 500 Francs lautende Obligationen zu dem Umrechnungskurse von 94·80 K 417·12 h nebst laufenden 5%igen Zinsen zu erlegen. Der Umrechnungskurs wurde um beinahe 1% tiefer, als die offizielle Francs-Notiz beträgt, angenommen, wodurch bei jeder Obligation zu 500 Francs schon ein effektiver Nutzen von ca. 5 Kronen resultiert. Die neue russische Anleihe verzinst sich bei diesem Kurse mit beinahe 5¾% und bietet mit Rücksicht auf den außerordentlich niedrigen Subskriptionspreis noch die Chance einer baldigen Kurssteigerung. 4. Die öffentliche Subskription endet schon am 26. April d. J.“

Die russische Regierung bekommt also auf 100 Rubel Schuldschein 88 Rubel baar. Der Gewinn der Finanzjuden beläuft sich auf diese Art bei der ganzen Summe auf 100 Millionen Rubel. Rußland stellt Schuldscheine auf im Betrage von 843 Millionen Rubel, bekommt aber im Baar 742 Millionen Rubel. Dazu wird es durch 50 Jahre 5½% Zinsen zahlen, das ist jährlich 46½ Millionen Rubel. In 50 Jahren wird Rußland für diese Schuld an Zinsen mindestens 2300 Millionen Rubel bezahlen. Dazu kommt noch die Amortisation 843 Millionen. Berechnen wir also dieses famose Geschäft. Die Börsenjuden borgen: 742 Millionen Rubel baar. Bekommen dafür 843 Millionen Rubel Rückzahlung und 2300 Millionen Rubel Zinsen, zusammen 3143 Millionen Rubel im Laufe von 50 Jahren! Also fast vierfach zurück.

Hofrat Martin spekuliert nun auf folgende Weise: Nun ist aber neuerdings das Schlagwort vom russischen Staatsbankerott geprägt worden, und man muß von vornherein zugeben, daß die Verbreiter dieser Anschauung mit guten Argumenten aufwarten können. Ein Land, dessen Staatsschuld 22 Milliarden Franks beträgt, mit einem Erfordernis für Zinsen und Amor-

tisation von jährlich 723 Millionen Franks, dessen Schulden sich überdies zu zwei Dritteln im Auslande befinden, bedarf in der Tat ganz gesicherter innerer Verhältnisse, wenn man unbedingtes Vertrauen zu ihm haben soll. Frankreich mit seinen 30 Milliarden und England mit einer Staatsschuld von 20 Milliarden Franks sind Schuldner des eigenen Landes. Darin liegt der große Unterschied dieser Verschuldung zu der Rußlands. Ein französischer oder englischer Staatsbankerott würde das deutsche Publikum niemals direkt treffen; ein russischer aber bringt ihm enorme Verluste; denn von den 15 Milliarden, die Rußland im Auslande aufgenommen hat, sind etwa 4 Milliarden Franks in Deutschland untergebracht. Regierungsrat Martin, dessen Name durch die Veröffentlichung zweier Bücher über die Zukunft Rußlands bekannt geworden ist, hat nun in einer vor kurzem erschienenen erweiterten Ausgabe seiner ersten Publikation folgende Rechnung aufgestellt: Im Oktober und November 1906 sind 400 Millionen Rubel Schatzwechsel fällig. Am 12. August 1908 muß die russische Regierung 150 Millionen Rubel Renteibillets, die sie am 12. August 1904 begeben hat, einlösen. Am 14. Mai 1909 hat Rußland 800 Millionen Franks fünfprozentiger Schatzscheine, die in Paris untergebracht worden waren, zurückzuzahlen. Am 1. Juli 1911 ist die deutsch-holländische Anleihe vom vorigen Jahre im Betrage von 500 Millionen Mark, wenn die Besitzer die Kündigung verlangt haben, zu amortisieren. Vom Oktober 1906 bis Juli 1911 hat also Rußland an Schatzwechseln und Anlehen insgesamt 2288 Millionen Mark bar zurückzuzahlen. Das Geld dafür könnte sich der Staat nur durch neue Anleihen zu harten Bedingungen verschaffen, und er würde hiefür mindestens 3 Milliarden Mark ausgeben müssen. Damit aber noch nicht genug: Rußland hat, nach der Martinschen Berechnung, schon im Jahre 1906 einen Betrag von 3 Milliarden Mark aufzubringen zur Deckung des Defizits im Extraordinarium im Betrage von 1039 Millionen Mark. Dazu ein Verlust von einer weiteren Milliarde durch die Revolution und die für die Rückzahlung der Schatzwechsel erforderliche Summe von zirka 900 Millionen

Mark. Martin veranschlagt das Defizit für das Jahr 1907 mit 2 Milliarden Mark und kommt bis zum Jahre 1911 auf einen zur Balancierung des Etats notwendigen Posten von 15 Milliarden Mark, der durch Anleihen aufzubringen wäre. Das fällt um so schwerer ins Gewicht, als unter der Einwirkung der Revolution die ordentlichen Einnahmen Rußlands sich, wie Martin kalkuliert, von 4 Milliarden Mark auf die Hälfte dieser Summe reduzieren werden. Das Defizit der Eisenbahnen allein sei auf 2 Milliarden Mark für die nächsten zehn Jahre zu veranschlagen. Der Vorzug der Martinschen Veröffentlichungen besteht hauptsächlich darin, daß eine gewisse Menge positiven Materials zusammengetragen und in anschaulicher Form zur Darstellung gebracht worden ist. Dagegen verlieren die Bücher: erstens durch das maßlose Selbstbewußtsein und die apodiktische Überlegenheit, mit der der Autor seine Behauptungen aufstellt; zweitens durch die sensationelle Form, in der die Abhandlungen vor dem Publikum erscheinen. Alles Marktschreierische, auch im Text, wirkt abstoßend; und wen man von der Richtigkeit seiner Prophezeiungen durch eine ruhige und sachliche Darstellung der Verhältnisse nicht überzeugen kann, dem wird man diese Überzeugung schwerlich dadurch beizubringen vermögen, daß man ihm seine Dikta in gesperrter oder halbfetter Schrift vor Augen führt. Nicht ernst zu nehmen war ferner der im ersten Martinschen Buche auf den Tag genau berechnete Eintritt des russischen Staatsbankerotts, und ebenso lächerlich wirkt die in der neuesten Publikation aufgestellte Behauptung Martins, daß durch sein Verdienst „Zehntausende von Deutschen vor Verlusten in russischen Staatsrenten und anderen Papieren bewahrt worden sind, indem sie die Papiere zu Kursen verkaufen, die 10 Prozent höher waren, als die am 16. Dezember 1905. Mehr als 100 Millionen Mark sind auf Grund meines Buches noch zu wesentlich höheren Kursen an das Ausland verkauft worden. Einen noch größeren Erfolg sehe ich in meinem Anteil an der Verhinderung der neuen russischen Anleihe.“ Woher weiß Martin, daß mehr als 100 Millionen Mark noch an das Ausland auf Grund seines

Buches verkauft wurden: woher weiß er, daß seine Warnungen die neue russische Anleihe in Deutschland mit verhindert haben? Etwa von der Firma Mendelssohn und vom Reichskanzler? Kaum anzunehmen, da beide nicht besonders gut mit Herrn Martin stehen. Wozu also derartige unbeweisbare Behauptungen, die nur der persönlichen Eitelkeit entspringen. Martin läßt auch offen, zu entscheiden, was denn eigentlich als russischer Staatsbankerott anzusehen sei. Ob der Zusammenbruch der Goldwährung oder die Einstellung des Zinsendienstes, und wann der Bankerott hereinbrechen werde: ob jetzt schon, in einigen Monaten oder erst in mehreren Jahren? Wäre der Sturz der Währung das Zeichen des finanziellen Zusammenbruches, so hätte Rußland im Laufe der letzten 100 Jahre nicht weniger als dreimal bankerott gemacht: einmal im Jahre 1812 als Nachwirkung des Krieges gegen Napoleon, dann in den Jahren 1854/56 infolge des Krimkrieges, und schließlich in den Jahren 1877/78 auf den russisch-türkischen Krieg hin. Wäre das der Fall gewesen, so müßte man doch sagen, daß der russische Staatskredit sich trotz der wiederholten Katastrophen auffallend gut gehalten und entwickelt hat. Schon aus diesem, durch die Tatsachen gekennzeichneten Widerspruch ist zu ersehen, daß bei den Prophezeiungen eines russischen Staatsbankerotts mit einiger Vorsicht verfahren werden muß. Vor allem aber dürfte es sich empfehlen, die Frage, ob es für den deutschen Geldmarkt vorteilhaft sei noch mehr russische Papiere aufzunehmen, ganz von den Zusammenbruchstheorien zu trennen. Es ist für das deutsche Kapital zweifellos kein Vorteil, daß es sich in so erheblichem Maße für russische Werte interessiert hat, und es muß durchaus gegen eine Vermehrung des deutschen Besitzes in russischen Papieren Stellung genommen werden. Aber wenn das jetzt mit einem so großen Aufwande von „sensationellen Enthüllungen“ geschieht, so scheint das etwas zu spät: denn um das deutsche Publikum vor den Verlusten zu schützen, die es an russischen Renten erlitten hat, hätte man schon vor Jahren gegen die fortgesetzte Beteiligung des deutschen Geldmarktes

an den russischen Anleiheemissionen auftreten müssen. Wäre das geschehen, so hätte Witte nicht vor 6 Jahren die deutschen Besitzer russischer Eisenbahnprioritäten in einer bis dahin kaum je erhörten Weise brüskieren können. Trotzdem hat Rußland später noch verschiedene Anleihen in Deutschland untergebracht. Schon damals aber hätte gewarnt werden müssen.

Eine unbestreitbar gute Waffe besitzt Rußland in einem Staatsbankerott. Das gibt auch Martin zu, indem er sich auf die Autorität Wilhelm Roscher's stützt, der schon vor 15 Jahren in seinem „System der Finanzwissenschaft“ schrieb: „Ein Staat wie Rußland, dessen Gläubiger zum großen Teil Ausländer sind, würde in einem durch Krieg veranlaßten Bankerott ein zwar auf die Dauer gefährliches, für den Augenblick aber zwiefach wirksames Machtmittel besitzen.“ Die doppelte Wirkung des Machtmittels, das im Bankerott liegt, besteht eben darin, daß die wirtschaftliche Macht des Auslandes geschwächt und die wirtschaftliche Macht Rußlands um den Betrag des vom Auslande geliehenen Kapitals erhöht wird. Es fragt sich nun, ob Rußland kein anderes Mittel mehr besitzt, um wieder in die Höhe zu kommen, als den Staatsbankerott, ob es mit Staaten wie Griechenland, Portugal, Serbien finanziell an eine Stufe gestellt werden müßte. Man könnte sich nichts Groteskeres denken als ein Reich, um dessen Gunst einst alle Welt buhlte, im sodalen Verhältnis zu Ländern, die unter Finanzkontrolle stehen! Die Börse hat einen merkwürdig guten Instinkt in der Auffassung der Vorgänge in Rußland bewiesen: auf Erfolge der Revolutionäre sanken die Kurse, auf Siege des Absolutismus gingen sie in die Höhe. Trepov war ihr ein zuverlässigeres Haussemotiv als alle Freiheitshelden zusammengenommen. Martin ist anderer Ansicht. Er sieht im Absolutismus Rußlands Unglück. Richtiger wäre, auf die Schäden der Korruption in der Beamtenhierarchie hinzuweisen. Sehr nett ist eine Satire, die auf irgend einen russischen Finanzminister gemünzt war. Der Mann arbeitete stark in die eigene Tasche. Seine Taten stanken gen Himmel, und so ließ ihn der Zar eines Tages rufen. Man

brachte ein berühmtes, mit Edelsteinen geschmücktes Heiligenbild herbei, und nun mußte der Minister niederknien und schwören, nie mehr stehlen zu wollen. Er schwor und küßte dann, wie's Brauch, das Bild. Als der Metropolit das Heiligenbild nachher in der Kirche ansah, bemerkte er das Fehlen eines der größten Edelsteine. Den hatte nämlich der Minister beim Küssen des Bildes, als er den Schwur leistete, abgebissen. Ein Scherz, der einen bitteren Kern enthält. Immerhin: noch kein Beweis, daß Rußland unbedingt bankerott gehen muß. Man vergesse Eines nicht: Rußland hat schon schwere wirtschaftliche und finanzielle Erschütterungen überstanden, ohne ganz zusammengebrochen zu sein; es hat, obwohl seine noch nicht 50jährige wirtschaftliche Entwicklung auch nicht im entferntesten mit der westeuropäischer Staaten zu vergleichen ist, nahezu unbeschränkten Kredit im Auslande genossen, der sich zum Teil auf die gute Kundschaft Rußlands für Industrie-Erzeugnisse stützt; es ist ein wichtiger Faktor in der internationalen Handelspolitik — sollte da wirklich keine andere Möglichkeit mehr gegeben sein wie der Staatsbankerott?

Die „Neue Fr. Presse“ schrieb am 10. April 1906 folgendes: „Die russischen Anleihen in kritischer Beleuchtung. Wien, 9. April. In Deutschland ist durch den Einfluß der Reichsregierung die Beteiligung des Kapitals an der russischen Anleihe verhindert und das Haus Mendelssohn veranlaßt worden, aus dem Konsortium für die in Vorbereitung befindliche große Anleihe auszutreten. Diese Haltung der deutschen Regierung ist ein Reflex der bekannten politischen Vorfälle auf der Marokko-Konferenz; dort wurde eine Instruktion für den russischen Delegierten Grafen Cassini veröffentlicht, die durch ihren unfreundlichen Ton gegen Deutschland allgemein auffiel. Noch vor diesem politischen Zwischenfall hat jedoch in Deutschland, angeregt durch mehrere wirtschaftliche Publikationen, die Finanzlage des russischen Staates den Gegenstand einer eingehenden Diskussion in weiten Kreisen gebildet. Hiebei ist namentlich die vor kurzem erschienene Broschüre

des Regierungsrates Martin über die Zukunft Rußlands, welche eine erweiterte Ausgabe seiner im vorigen Jahre veröffentlichten Studie über die Zukunft Rußlands und Japans bildet, lebhaft erörtert worden: diese neue Ausgabe ist trotz des Tadels, den das Buch seinerzeit im offiziellen Organ der Reichskanzlei erfahren hat, unter dem Namen Martin's, aber nicht unter seiner offiziellen Bezeichnung als deutscher Reichsbeamter erschienen. Mit Rücksicht darauf, daß auch österreichisches Kapital zur Beteiligung an der neuen russischen Anleihe aufgefordert werden soll, wird es sich empfehlen, die wichtigsten Darlegungen der Broschüre Martin's, so weit sie sich auf die aktuelle Finanzlage des russischen Staates beziehen, kurz zu reproduzieren: Die Staatsschuld Rußlands beträgt jetzt 22 Milliarden Franks, die eine Verzinsung und Amortisation von jährlich 723 Millionen Francs erfordern. Dem gegenüber steht die Staatsschuld Frankreichs mit 30, jene Englands mit 20 Milliarden Franks. Rußland rangiert somit an zweiter Stelle unter den verschuldeten Staaten. Von den russischen Staatsschulden befinden sich ungefähr 15 Milliarden Franks im Auslande. Das ist die größte auswärtige Verschuldung, die ein Staat jemals gehabt. Auch seine weiteren Anleihen wird Rußland im Auslande aufnehmen müssen. Diese großen Anleihen werden kommen müssen, weil Rußland in den nächsten Jahren ganz enorme Rückzahlungen zu leisten hat. Im Oktober nnd November 1906 sind 400 Millionen Rubel Schatzwechsel fällig. Am 12. August 1908 muß die russische Regierung 150 Millionen Rubel Renteibillets, die sie am 12. August 1904 begeben hat, einlösen. Am 14. Mai 1909 hat Rußland 800 Millionen Franks fünfprozentiger Schatzscheine, die in Paris untergebracht worden waren, zurückzuzahlen. Am 1. Juli 1911 ist die deutsch-holländische Anleihe vom vorigen Jahre im Betrage von 500 Millionen Mark, wenn die Besitzer die Kündigung verlangt haben, zu amortisieren. Vom Oktober 1906 bis Juli 1911 hat also Rußland an Schatzwechseln und Anlehen insgesamt 2288 Millionen Mark bar zurückzuzahlen. Das Geld dafür könnte sich der Staat nur

durch neue Anleihen zu harten Bedingungen verschaffen, und er würde hiefür mindestens 3 Milliarden Mark ausgeben müssen.

Tatsächlich braucht aber Rußland viel größere Anleihen zur Deckung seiner laufenden Bedürfnisse. Der Budgetvorschlag für das Jahr 1906 weist im Extraordinarium ein Defizit von 481·1 Millionen Rubel oder 1039 Millionen Mark auf. Infolge der Revolution wird das Defizit viel größer sein. Martin schätzt das Defizit infolge der Revolution auf eine weitere Milliarde. Im Jahre 1906 müssen also für Defizit, Kosten der Revolution, Rückzahlung der Schatzwechsel drei Milliarden Mark durch eine Anleihe aufgebracht werden. Im Jahre 1907, dem dritten Jahre der Revolution, wird das Defizit mit 2 Milliarden Mark veranschlagt. Für jedes der folgenden Jahre ist die gleiche Summe des Defizits anzunehmen. Bis zum Jahre 1911 hätte Rußland zur Balancierung seines Etats 12 Milliarden und für Rückzahlungen 3 Milliarden, in sechs Jahren somit 15 Milliarden Mark durch Anleihen aufzubringen. Durch die Revolution hat sich aber die Finanzlage Rußlands wesentlich verschlechtert. Seit dem Beginn der Revolution dürften mehr als eine Milliarde Mark an Kapital aus Rußland ausgeführt worden sein. Die Revolution dürfte durch Unruhen der ländlichen Bevölkerung, Zerstörung der Petroleumgruben etc. das staatliche und private Nationalvermögen um mindestens eine Milliarde Mark vermindert haben. Die größte Täuschung in der Budgetgeschichte war das russische Budget für das Jahr 1906. Das Ordinarium veranschlagt den Überschuß mit 9·7 Millionen; Martin taxiert aber, daß das Defizit des Ordinariums mehr als eine Milliarde Mark betragen werde. Dazu kommt das einbekannte Defizit im Extraordinarium mit 481·1 Millionen Rubel. Diese Verhältnisse müßten in dem Voranschlage für das Jahr 1907 in verschärftem Maße zum Ausdruck kommen. Bereits vorher hatte das Budget des Jahres 1904 ein Defizit von 317 Millionen Rubel ergeben, das aus den freien Barbeständen gedeckt wurde. Zur Deckung des Abganges im Budget des Jahres 1905 wurden 730 Millionen Rubel aus

verschiedenen Anleihen, und 400 Millionen Rubel aus der Veräußerung der Schatzwechsel verwendet. Solche Zuflüsse fehlen in den folgenden Jahren, im Gegenteil müßten die Erfordernisse für Rückzahlung der Schatzwechsel aufgebracht werden. Der russische Staat müßte sich die gewaltigen Summen zur Bestreitung seiner Verpflichtungen und Deckung des Defizits durch neue Milliardenanleihen beschaffen, es sei aber ausgeschlossen, daß die Ausbringung so gewaltiger Summen durch Anleihen so leicht gelingen werde. Martin erklärt, daß unter der Einwirkung der Revolution die ordentlichen Einnahmen Rußlands in wenigen Jahren von vier Milliarden Mark auf die Hälfte zusammensinken werden. Der Bürgerkrieg und die Niederwerfung der Revolution kosten dem russischen Staate enorme Mittel, ebenso die Unterhaltung der Armee und Rückbeförderung der Truppen. Die Belastung auf Bier und Tabak betrage das Drei- bis Vierfache der Steuern in Deutschland und sei nicht steigerungsfähig, ebenso die Zucker- und Petroleumsteuer. Die Einkommensteuer werde dem Staat kaum mehr als 100 Millionen Rubel tragen. Die russischen Staatsbahnen sind passiv und arbeiten fast in jedem Jahre mit Verlust. Der Staat mußte in den 18 Jahren 1887 bis 1904, von den Kosten der Erbauung abgesehen, Zuschüsse von insgesamt 1637 Millionen Mark, durchschnittlich jährlich 186 Millionen Mark leisten. Für die nächsten zehn Jahre wird dieses Defizit der Bahnen mit 2 Milliarden Mark veranschlagt. Die russische Goldwährung sei durch die enormen Rückzahlungserfordernisse sehr gefährdet und müßte, wenn die Aufbringung der großen Anleihen im Auslande nicht gelingen sollte, zusammenbrechen. Dadurch müßte aber auch der Staat trotz aller Kreditoperationen in einer absehbaren Zeit in die schwersten Verlegenheiten kommen."

Das „Berliner Tageblatt" schreibt:

„Die neue russische Anleihe. Unser Petersburger Korrespondent schreibt: Wohl selten hat der Abschluß einer russischen Anleihe dem russischen Staat größere Schwierigkeiten bereitet als diesmal, wo die russische Bureaukratie vor Einbe-

rufung der Reichsduma sich vor die Alternative gestellt sah, entweder dem ersten Rechenschaft über ihr Tun und Treiben und die sinnlose Verschwendung von Staatsgeldern abzulegen, oder eine gewaltige Anleihe zur Deckung aller alten Sünden aufzunehmen, um sie für immer aus der Welt zu schaffen und damit dem Parlament die Möglichkeit zu nehmen, mit der Mißwirtschaft abzurechnen. Schon durch den Krieg und die inneren Unruhen war der russische Staatskredit so weit erschüttert, daß die Placierung einer Anleihe im Auslande nicht leicht wurde; hierzu trat aber eine geschickte Agitation in der Presse, welche der Regierung in der Realisierung ihrer Pläne große Schwierigkeiten in den Weg legte. Die ganze befreiende Bewegung, alles, was an der Abschüttelung des Beamtenjochs und der Beamtenwillkür mitarbeitete, setzte große Hoffnungen auf einen Erfolg dieser Agitation, aber nur Deutschland hat, obgleich Graf Witte den Geh. Kommenzienrat v. Mendelssohn nach Zarskoje Selo zu einer Audienz beim Zaren brachte, seine Mithilfe an dieser schmachvollen Anleihe abgelehnt, welche es der russischen Bureaukratie noch einmal erlaubt, das Haupt stolz zu erheben und die Reaktion zu festigen. Diese Haltung wird Deutschland in hiesigen fortschrittlichen Kreisen nicht vergessen werden, wenn sie die Regierung auch verstimmt hat. Obgleich nun aber die Anleihe von 2·25 Milliarden Frank = 843 Mill. Rubel nominal sehr bedeutend ist, so fließen der Reichsrentei bei ihrer Realisierung nach Abzug der Kommissionsgelder nur gegen 717 Mill. Rubel zu, von denen außerdem noch an 22 Mill. an Zinsen bis zum Jahresschluß abzuziehen sind. Auf diese Weise hat die Reichsrentei mit etwa 695 Mill. Rbl. zu rechnen.

Nach Angaben der französischen Bankiers beläuft sich die Wechselschuld der russischen Regierung in Frankreich auf 800 Mill. Frank oder 300 Mill. Rbl., in Berlin hat die russische Regierung bei Mendelssohn 200 Mill. Rbl. zu tilgen, sodann hat die Reichsrentei bei den russischen Banken eine Schuld von 62 Mill. Rbl. stehen, 32 Mill. Rbl. hat die Reichsrentei bereits im Jahre 1905 von den staatlichen

Sparkassen entliehen, zu denen sich noch 33 Mill. Rbl. gesellen, welche in der Verschuldung des Staates an die Reichsbank liegen. Rechnet man alsdann die auf Japan für die Verpflegung der Kriegsgefangenen entfallenden 50 Mill. Rbl. hinzu, so bleibt von der ganzen Anleihe, ohne auch nur eine Deckung der im Budget vorgesehenen außerordentlichen Ausgaben vorgenommen zu haben, nichts übrig. Die Berechnung, die unser Petersburger Korrespondent hier aufmacht, erzielt ein noch ungünstigeres Resultat als die Berechnungen, die wir selbst kürzlich anstellten. Nicht genügend geklärt erscheint uns die Frage, ob tatsächlich 500 Mill. Rubel kurzfristige Schulden in Frankreich und Deutschland zu bezahlen sind. Denn nach den Bestimmungen vom Dezember vorigen Jahres sollten insgesamt nur 400 Mill. Rubel Schatzscheine ausgegeben werden. Die Tilgung der Schatzscheine aus dem Erlös der neuen Anleihe ist eine der Bedingungen, die sich in dem Anleihevertrage befinden. Wir geben aus diesen jetzt vorliegenden Bedingungen folgende Punkte wieder:

Die Anleihe ist eine fünfprozentige, wird mit Amortisierung im Laufe von 40 Jahren emittiert, darf aber während der ersten zehn Jahre weder amortisiert noch konvertiert werden. Die Kommission der Bankiers beträgt 3 pZt. Der Subskriptionspreis ist auf 88·6 pZt. festgesetzt, wobei die Subskribenten beim Ankauf 10 pZt. zahlen, bei der Repartierung 18 pZt. und ferner am 6. August, 6. November und 6. Feber zu je 20 pZt.; wenn die Obligationen bei der Repartierung voll bezahlt werden, stellt sich der Subskriptionspreis auf 88 pZt. Zum Verkehr in jedem einzelnen Lande werden nur die Papiere zugelassen, die in dem betreffenden Lande emittiert worden sind. Nach Ablauf von 2 Jahren treten alle Beschränkungen wegen des Verkehrs der Obligationen der neuen Anleihe in Wegfall. Die in Frankreich realisierte Summe bleibt in Frankreich, wobei in erster Linie die kurzfristigen Schatzscheine der Reichsrentei, die im Jahre 1905 emittiert worden sind, gedeckt werden müssen. Aus dem Erlös der Anleihe werden ferner die 5·5 pZt. Schatzscheine der

Riechsrentei bezahlt, die per 31. Dezember 1906 durch Vermittelung von Mendelssohn und Komp. emittiert worden sind. Im Laufe zweier Jahre darf die russische Regierung im Auslande keine Anleihe emittieren. Damit ist der russischen Finanzwirtschaft nicht gedient, denn sie kann die ihr fehlende Summe nicht im Lande aufbringen."

In Folge der Stellung, die Rußland auf der Marokko-Konferenz in Algeciras einnahm als Bundesgenosse Frankreichs, wurde diesmal Rußland von Berlin ausgewiesen. Die Nachricht der „Neuen Fr. Presse" sagt:

„Die Ausschließung der russischen Anleihe vom deutschen Geldmarkt. — Berlin, 9. April. Die Abweisung der russischen Anleihe vom deutschen Geldmarkt ist, wie die „Tägliche Rundschau" erfährt, auf Grund von Gutachten erfolgt, zu welchen die Präsidenten der Reichsbank und der Seehandlung, das Reichsschatzamt und das preußische Finanzministerium vom Reichskanzler aufgefordert waren. An allen diesen Stellen war man sich darin einig, daß die in dem hohen Reichsbankdiskont zum Ausdruck kommende Lage des deutschen Geldmarktes die Aufnahme fremder Anleihen nicht ratsam erscheinen läßt, ganz abgesehen von dem eigenen erheblichen Geldbedarf des Reiches und des preußischen Staates. Man hat bei der Entscheidung auch die Frage der Rücksicht auf die deutsche Industrie eingehend gewürdigt. Es waren Befürchtungen laut geworden, daß bei einer Ablehnung der russischen Anleihe der deutschen Industrie umfangreiche Aufträge entgehen würden in denjenigen Unternehmungen, welche den neuen russischen Geldbedarf hervorgerufen haben. Es steht aber fest, daß diese Lieferungen bereits längst vergeben sind, und zwar mit weitestgehender Rücksichtnahme auf die eigene Industrie. Außerdem haben die Erfahrungen früherer Jahre bewiesen, daß politisch gespannte Beziehungen ohne Einfluß auf die Ausfuhr der deutschen Industrie gewesen sind, da die Ausfuhr sich im wesentlichen doch nur auf solche Artikel beschränkt, in welchen Deutschland durch seine Lage und die

Leistungen seiner Industrie jeden fremden Wettbewerb ausschließt. Es mag auch darauf hingewiesen werden, daß selbst die Leiter der großen deutschen Transportunternehmungen und die Großindustrie sich gegen die Aufnahme der russischen Anleihe ausgesprochen haben, weil durch eine weitere Versteifung des Geldmarktes die deutsche Industrie schweren Schaden erleiden würde.“

Die „Hamburger Nachrichten“ schreiben:

„Deutschland und das russische Geldbedürfnis. Ein Berliner Telegramm der „Köln. Ztg.“ bespricht die Tatsache, daß im Reichstage unter Beifall des Hauses sich Redner gegen die Auflegung weiterer russischen Anleihen in Deutschland ausgesprochen haben. Soviel wir zu wissen glauben, heißt es in dem Telegramm weiter, wird keinen Parteien Gelegenheit geboten werden, sich über die Beteiligung Deutschlands an einer neuen russischen Anleihe zu beschweren, da diese wohl sicherlich nicht an den deutschen Markt kommen wird. Schon das Geldbedürfnis des Deutschen Reiches und Preußens, wie es eben jetzt durch die Aufnahme der 600 Millionenanleihe zum Ausdruck kommt, macht es unerwünscht, daß gleichzeitig große russische Kreditforderungen an den deutschen Markt herantreten, und es ist daher anzunehmen, daß man es Frankreich überlassen wird, dem russischen Reiche Gelder zu liefern, über deren Aufbringung schon jetzt zwischen der russischen Regierung und einer französischen Finanzgruppe verhandelt wird. In Bestätigung dieser offiziösen Mitteilung wird uns gemeldet: Berlin, den 7. April. (Privat-Telegramm.) Dem Geheimen Kommerzienrat von Mendelssohn ist am Mittwoch, also am Tage vor der Beratung des Etats der Reichskanzlei und damit der Erkrankung des Kanzlers eine Entschließung des letzteren zugestellt worden, nach der er in Rücksicht auf die Lage des Geldmarktes und die Notwendigkeit der Aufnahme einer inneren Anleihe die Inanspruchnahme des deutschen Marktes für eine neue russische Anleihe nicht gutheißen könne. Der Bescheid des Reichskanzlers basiert auf Gutachten des Reichs-

schatzamtes, des preußischen Finanzministeriums, der Reichsbank und einiger Finanzinstitute.

Im Anschluß hieran möchten wir, allerdings ohne die Richtigkeit der Mitteilung irgendwie vertreten zu können, folgen lassen, was der „Russ. Pol." und „Allg. Korr." aus Paris geschrieben wird: „Folgendes wird laut aus den französischen Regierungskreisen und Finanzsphären. Es war bekannt, daß gleich nach der Beendigung der Konferenz in Algeciras eine neue Anleihe fundiert werden würde. Es war dies das Vermächtnis des Ministeriums Rouvier, welcher seine Einwilligung zu dieser Anleihe gab unter der Drohung, daß sonst Rußland seine Zahlungen einstellen und dadurch eine schwere finanzielle Krisis über Frankreich hereinbrechen werde. Andererseits wird behauptet, daß Rußland Frankreich seinen Beistand Deutschland gegenüber versprochen hat. Zu diesem Zwecke wird gegenwärtig der russisch-französische Vertrag einer Revision unterworfen, und weilt gegenwärtig in Paris ein hoher russischer Generalstabsoffizier, dem diese Aufgabe übertragen wurde. (Gemeint ist der Generalstabsoffizier Palystrn.) Andererseits erteilt der Minister des Auswärtigen, Herr Bourgeois, seinen Beamten den Auftrag, ihm alles vorzulegen, was in der russischen progressiven Presse über russische Finanzen geschrieben wird." Unter Revision des Zweibundvertrages müßte hier nach Lage der Dinge wohl verstanden werden: Ausdehnung des casus foederis. Wir können, wie gesagt, die Richtigkeit der vorstehenden Angaben nicht prüfen, halten es aber immerhin für angezeigt, sie mitzuteilen. Ferner wird uns gemeldet: St. Petersburg, den 7. April. (Privat-Telegr.) Die Ablehnung einer Beteiligung Deutschlands an der Auflegung der projektierten russischen Anleihe wird an kompetenter hiesiger Stelle rückhaltlos als ein Vorgang bezeichnet, der das Verhältnis zwischen beiden Nachbarreichen in ungünstigem Sinne beeinflussen müsse. Man ist hier überzeugt, daß für die Haltung des Reiches in der Hauptsache nicht Momente finanzpolitischer Natur bestimmend gewesen sind, sondern daß die Verstimmung über die bekannte Cassini-Depesche

den Beschluß des Reichskanzlers zur Folge gehabt habe. Man will ferner wissen, daß der Reichskanzler zu einer weniger intransigenten Haltung, als sie in seinem Bescheide an das Berliner Bankhaus Mendelssohn zum Ausdruck kam, geneigt gewesen sei, daß aber der Kaiser sich in ablehnendem Sinne entschieden habe.“

Das Schuldenmachen der Staaten nimmt seinen wahnsinnigen Fortgang weiter. So schrieben die „Hamb. Nachr.“ am 8. April 1906 folgendes: Wirtschaftliche Wochenschau. Deutschlands Anleihebedarf. Der richtige Zeitpunkt. Konkurrenz am Rentenmarkt. Der Zinsfuß in Deutschland und im Auslande. Die Hochflut der Generalversammlungen ist vorüber. Die Aktionäre werden schon größtenteils die Dividendencoupons von ihren Aktien getrennt und ihre Gewinne eingelöst haben. Am Geldmarkt ist bereits die Wirkung dieses Aktes wahrzunehmen, indem die Abundanz eine leichte Besserung aufweist. Mit der zunehmenden Erleichterung des Geldmarktes scheinen indes die Ansprüche am Anleihemarkt zu wachsen. Dieser Umstand dürfte in erster Reihe für die zuständigen Stellen maßgebend gewesen sein, als sie sich entschlossen haben, den Anleihebedarf des Reiches und Preußens, nicht wie ursprünglich beabsichtigt gewesen ist, in den späteren Frühjahrsmonaten, sondern so schnell wie möglich zu decken. Das Sprichwort: „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“, besitzt ebenso wie in der Politik, auch im Wirtschaftsleben eine hohe Bedeutung. Das Reich hat nicht immer bei Aufnahme seiner Anleihen in bezug auf die Wahl des Zeitpunktes, an dem die Anleihen an den Börsen zur Zeichnung aufgelegt wurden, eine glückliche Hand gehabt. In Erinnerung dürfte noch sein, daß die letzten deutschen Anleihen kurz vor Ausbruch des ostasiatischen Krieges an die Börsen gelangten, nur daß der Kurs dieser Anleihen dann unter dem Zusammenbruch der Börse, der an den ersten Tagen nach der Kriegserklärung erfolgte, wesentliche Einbußen erlitt. Nunmehr zeigen die Regierungen des Reiches und Preußens das Bestreben, den Augenblick für die Aufnahme ihrer Anleihen vorteilhafter zu wählen. Die Zeit drängte, da

Rußland mit seiner Milliardenanleihe vor der Tür stand und außer Serbien, Chile und Brasilien auch eine Reihe von industriellen Unternehmen des In- und Auslandes demnächst an den Geldmarkt appellieren wollen. Der Wunsch, für die deutschen Anleihen einen möglichst günstig disponierten Geldmarkt an unseren Börsen zu schaffen, dürfte einer der leitenden Gesichtspunkte dafür gewesen sein, daß die deutsche Reichsregierung eine ablehnende Haltung gegenüber der weiteren Zulassung russischer Anleihen in Deutschland einnimmt. Ob diese Haltung der deutschen Regierung auch durch die jüngsten politischen Vorgänge mit beeinflußt worden ist, mag an dieser Stelle unerörtert bleiben. Wir haben im politischen Teil dieses Blattes wiederholt anläßlich der schwebenden Anleiheverhandlungen darauf hingewiesen, daß wir im Hinblick auf die Konstellation in der auswärtigen Politik eine Brüskierung Rußlands für verfehlt halten. Betrachtet man aber die Handlungsweise der Regierung nur vom Gesichtspunkte des Geldmarktes aus, so läßt sich der Standpunkt des deutschen Reichskanzlers sehr wohl verstehen. Die deutschen Anleihen haben an den deutschen Börsen in den letzten Jahren einen relativ ungünstigen Markt gefunden. Die Sicherheit, die die deutschen Anleihen dem Publikum bieten, wurde im Hinblick auf die verhältnismäßig niedrige Verzinsung des in deutschen Anleihen investierten Kapitals nicht gebührend gewürdigt. Aus diesem Grunde mußten Deutschland und Preußen den von Miquel für unsere Anleihen eingeführten Zinstyp von 3% verlassen und sich dem 3½% Zinsfuß wieder zuwenden. Aber auch die 3½% deutschen Rentenpapiere nahmen bisher nicht an den deutschen Börsen den Rang ein, der ihnen zukommt. Die schärfste Konkurrenz gegen die deutschen Anleihen bildeten die höher verzinsten Renten der auswärtigen Staaten. Hierzu gehört natürlich auch Rußland, und aus diesem Grunde erscheint es schon erklärlich, daß sich die deutsche Regierung gegenwärtig, wo sie im Begriff steht, eine mit 3½% zu verzinsende Anleihe aufzunehmen, nicht durch eine Anleihe Rußlands, das bei einem niedrigen Einführungskurse 5% Zinsen ge-

währt, die Lage am Geldmarkt erschweren lassen will. Es könnte allerdings gegen diese Ausführungen der Einwurf erhoben werden, daß diejenigen Kreise, die deutsche Renten erwerben, sich selten auf das Gebiet der ausländischen Spekulationspapiere wagen, daß dagegen unternehmungslustige Leute, die am Russenmarkt spekulieren, wohl kaum Interesse für die niedrig verzinsten deutschen Papiere bekunden dürften. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß trotz der Verschiedenheit des Publikums am einheimischen und fremden Rentenmarkt doch die Einführung fremder Renten mit höherem Zinsfuße und zu einem niedrigeren Börsenkurs eine fühlbare Konkurrenz für die deutschen Anleihen bilden kann, da die Gefahr besteht, daß jede Ausdehnung des ausländischen Rentenmarktes das Interesse der breiteren Masse mehr und mehr vom einheimischen Rentenmarkt ablenken und dem ausländischen Rentenmarkte zuführen könnte. Sieht man aber vom Anleihebedarf des Reiches und Preußens gänzlich ab und betrachtet nur die wirtschaftliche Lage in Deutschland, so läßt sich ebenfalls die Entschließung des Reichskanzlers erklärlich finden. Wenn die Lage am deutschen Geldmarkte in den letzten Tagen auch etwas leichter geworden ist, so ist sie doch im Rückblick auf den gleichen Zeitpunkt früherer Jahre und im Vergleich mit der Situation an den anderen führenden europäischen Bankplätzen sehr angespannt. Der Diskontsatz der Deutschen Reichsbank ist gegenwärtig 5%. Dieser hohe Geldsatz wird zurzeit in Europa nur übertroffen durch die russische Bankrate, die 5½% beträgt. Wesentlich niedriger sind dagegen die Diskontsätze in Österreich-Ungarn, England, Frankreich und Holland, wo sie mit 4½%, 3½% und 3% notiert werden. Die Politik der Deutschen Reichsbank muß aber, schon im Hinblick auf die günstigeren Diskontbedingungen im Auslande, darauf gerichtet sein, im Interesse von Handel, Industrie und Landwirtschaft auf eine Ermäßigung der Zinssätze in Deutschland hinzuwirken. Die Auswanderung deutschen Goldes im Betrage von mehreren hundert Millionen Mark nach dem Auslande müßte einer solchen Politik naturgemäß entgegenarbeiten.

Nun erheischt zwar der Abschluß einer Anleihe Rußlands in Deutschland nicht, daß das geliehene Geld sofort nach Rußland hinübergezogen wird. Es hat sich gerade in letzter Zeit gezeigt, daß kurz nach dem Abschluß großer auswärtiger Anleihen dic Geldflüssigkeit vorübergehend stärker gewesen ist als vor dem Abschluß dieser Anleihen, was darauf zurückzuführen war, daß die betreffenden Staaten das geliehene Geld zunächst noch in den Händen der Emissionsbanken ließen.

Die für die Industrie des den Anleihekredit gewährenden Landes folgenden Aufträge bürgen dafür, daß das im Anleihewege beschaffte Geld nicht auf jeden Fall in voller Höhe dem Lande entzogen wird. Die Summen, die durch Rußlands industrielle Aufträge aber eventuell dem Lande erhalten bleiben würden, dürfen indes keineswegs überschätzt werden. Der größte Teil der Milliardenanleihe muß, im Hinblick auf die in Rußland selbst der Erfüllung harrenden Aufgaben, in das Zarenreich gezogen werden, und die Wirkung davon auf den Geldmarkt muß sich schließlich fühlbar machen. Die erste Aufgabe unserer Wirtschaftspolitik muß jedoch darauf gerichtet sein, den deutschen Geldmarkt so weit zu stärken, daß die deutsche Industrie und unsere Landwirtschaft ihre Geldbedürfnisse nicht zu höheren Zinssätzen befriedigen müssen, als in den wirtschaftlichen Konkurrenzländern erhoben werden. Es muß Vorsorge dafür getroffen werden, daß die deutsche Bankrate möglichst bald ihre hohe Staffel verlassen kann und im Herbst nicht gar zu früh wieder eine Steigerung nötig wird. Die Lage des Geldmarktes spielt für die deutsche Landwirtschaft in den Herbstmonaten, wenn der Geldbedarf für Saatgetreide hervortritt, eine große Rolle. Die Höhe des Geldsatzes könnte die Landwirte unter Umständen im Herbste die Lombardierung ihres Getreides erschweren und sie zu à tout prix-Verkäufen der letzten Ernte veranlassen. Flüssiges Geld würde dagegen einem Preisdruck am Getreidemarkte entgegenwirken und außerdem eine Erleichterung für die geschäftliche Betätigung von Handel und Industrie bilden.

England und die russische Anleihe. Unser Berliner Z.-Korrespondent telegraphiert uns: Aus sicherster Quelle verlautet, daß die englische Hochfinanz der russischen Regierung ihre Bereitwilligkeit, an der Deckung des russischen Geldbedarfs mitzuwirken, unmittelbar, nachdem die ablehnende Haltung Deutschlands bekannt geworden war, in bindender Form zu erkennen gegeben hat. Wie weiterhin versichert wird, handelt es sich dabei um ein Anerbieten in enormer Höhe. Herr Fischl, der Mitinhaber des Berliner Bankhauses Mendelssohn & Co., ist in der Anleihe-Angelegenheit nach London gereist.

Die neuen Anleihen. Zur Ergänzuug unserer gestrigen Meldung über den Anleihebedarf des Reiches und Preußens geben wir folgende ausführliche Meldung darüber wieder: Unter der Führung der Reichsbank bezw. der Königlichen Seehandlung (Preussische Staatsbank) gebildete Konsortien, welchen die Königliche Hauptbank zu Nürnberg und die schon früher bei gleichen Gelegenheiten beteiligten Bankfirmen angehören und in welche die Vereinsbank in Hamburg sowie die Allgemeine Deutsche Creditanstalt in Leipzig neu eingetreten sind, übernahmen von den bezüglichen Finanzverwaltungen 260 Mill. M. $3^1/_2$% Reichsanleihe und 300 Mill. M. $3^1/_2$% Preussische Staatsanleihe. Die Beträge werden am 11. d. M. zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt, und zwar bei dem Kontor der Reichshauptbank für Wertpapiere, der Seehandlungs-Hauptkasse, bei allen Reichsbankhauptstellen, Reichsbankstellen und den Reichsbanknebenstellen, ferner den Reichsbanknebenstellen mit Kasseneinrichtung, bei der Königlichen Hauptbank in Nürnberg und ihren sämtlichen Zweiganstalten sowie bei der Bank für Handel und Industrie, der Berliner Handelsgesellschaft, S. Bleichröder, der Commerz- und Discontobank, Delbrück, Leo & Co., der Deutschen Bank, der Direktion der Disconto-Gesellschaft, der Dresdner Bank, F. W. Krause & Co., Bankgeschäft Mendelssohn & Co., der Mitteldeutschen Creditbank, der Nationalbank für Deutschland und dem A. Schaaffhausenschen Bankverein, sämtlich in Berlin, Sal. Oppenheim & Co. in Köln, Lazard Speyer-Ellissen,

Jacob S. H. Stern in Frankfurt a. M., bei L. Behrens & Söhne und der Vereinsbank in Hamburg, der Norddeutschen Bank und M. M. Warburg & Co. in Hamburg, der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt in Leipzig, der Rheinischen Creditanstalt in Mannheim, der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank und der Bayerischen Vereinsbank in München, der Ostbank für Handel und Gewerbe in Posen, der Württembergischen Vereinsbank in Stuttgart und bei den in Deutschland gelegenen Haupt- bezw. Zweigniederlassungen dieser Firmen. Der Zeichnungspreis beträgt, wie bereits mitgeteilt, a) für diejenigen Stücke von Reichs- oder preußischen Staatsanleihen, für die der Erwerber sich einer Sperre bis zum 15. Oktober unterwirft und gleichzeitig die Einlieferung an die bezüglichen Schuldenverwaltungen behufs Eintragung in das Schuldbuch beantragt, 100 M. für je 100 M. Nennwert; b) für alle übrigen Stücke 100·10 M. für je 100 M. Nennwert.

Dazu schrieben die Börsenblätter am 13. April: Rentensubskription in Deutschland. Aus Berlin wird uns telegraphiert: Das Resultat der Zeichnungen auf die neue Reichsanleihe und preußische Konsols ist geradezu deprimierend. Auf die zur Zeichnung aufgelegten 300 Millionen Mark Konsols und 250 Millionen Mark Reichsanleihe sind insgesamt 850 Millionen Mark subskribiert worden. Die Zeichnungen gingen also bloß um 50 Perzent über den offerierten Betrag hinaus. Bei keiner früheren Emission der deutschen Anleihen ist ein solcher Mißerfolg zu verzeichnen gewesen. Im vorigen Jahre wurden 300 Millionen Mark Reichsanleihe aufgelegt und fünfzehnfach gezeichnet, und selbst dieses Resultat galt gegenüber früheren Emissionen nicht als besonders glänzend. Allerdings stellte sich im vorigen Jahre heraus, daß seitens einiger Konsortialmitglieder die Zeichnungsziffern stark aufgeputzt worden waren, so daß das Konsortium gezwungen war, viel Ware aufzunehmen, die an den Markt zurückging. Diesmal sind die Zeichnungen im Allgemeinen ernster zu nehmen. Als definitiv placiert können beinahe 200 Millionen Mark gelten, welche gegen Sperrverpflichtung

gezeichnet wurden. Es handelt sich vielfach um Anlagen von Sparkassen, welche den neuen gesetzlichen Vorschriften Rechnung zu tragen beginnen. Von sämtlichen Zeichnungen entfallen 500 Millionen Mark auf Berlin, der Rest auf die preußische Provinz und die Bundesstaaten. Mit der Repartition, welche am Dienstag nach Ostern stattfinden soll, wird das Anleihekonsortium wenig Mühe haben, dagegen wird die Regulierung des Kurses nicht leicht sein, weil die hiesigen Geldverhältnisse viel zu wünschen übrig lassen. — Weiter wird aus Berlin gemeldet: Auf die gestern zur Zeichnung aufgelegten 300 Millionen preußischer Konsols sind gezeichnet worden: 53 Millionen Mark Schuldbucheintragungen, 59 Millionen Sperrstücke, 330 Millionen Freistücke, zusammen 442 Millionen Mark. Die Aufteilung wird voraussichtlich nach den Feiertagen erfolgen. Wie ist nun die Subskription auf die russische Anleihe ausgefallen? Das „Prager Tagbl." brachte am 27. April 1906 folgende Telegramme:

Die Russen-Subskription. Das Ergebnis der Subskription auf die neue russische Anleihe ist nicht so glänzend ausgefallen, wie es in den letzten Tagen antizipiert worden ist, zumindest in Österreich nicht, wo die Anleihe trotz der eifrigen Propaganda der beteiligten Institute nur etwa zweimal gezeichnet worden ist, so daß nicht nur auf Sperrstücke, sondern auch auf freie Stücke größere Zuteilungen zu erwarten sind, womit die Zeichner wohl kaum gerechnet haben dürften. Bei der bloß doppelten Überzeichnung wird das Syndikat möglicherweise große Anstrengungen machen müssen, um nicht eine Disparität der österreichischen Stücke in den Kursen hervortreten zu lassen. Es scheint, daß der österreichische Markt für diese Effektenkategorie nicht so aufnahmsfähig ist, wie allgemein vorausgesetzt worden ist und daß auch das Ausland trotz des Kursvorteils von einem Perzent den tragfähigeren Pariser Markt vorgezogen hat, wo die Anleihe stark überzeichnet worden ist. Die Zeichnung in Prag. In Prag übersteigt das Ergebnis der Subskription die Taxationen. Es wurden subskribiert: bei der Anglobank

4 Millionen, beim Bankverein 6, bei der Böhmischen Industrialbank 6 (davon 3·6 Sperrstücke), bei ber Böhmischen Unionbank 8, bei der Kreditanstalt 10 (wovon etwa die Hälfte Sperrstücke), bei der Länderbank 4, beim „Merkur“ 5 (davon 8 Perzent Sperrstücke), bei der Úvěrní banka 4 Millionen Sperrstücke, bei der Živnostenská banka samt allen Filialen, auch der Wiener Filiale, 22 Millionen der neuen Rente. Rechnet man hiezu die Subskription bei den Privatfirmen, welche teils als indirekte Zeichnungsstellen in den vorstehenden Ziffern enthalten sind, teils aber für Wiener Subskriptionsstelle Zeichnungen aufgenommen haben, so ergibt sich ein Gesamtbetrag von annährend 75 Millionen, also der Hälfte der gesamten Beteiligung Österreichs.

Die Subskriptions-Resultate in Wien. Wien, 26. April. (Priv.) Die Zeichnungen auf die russische Anleihe blieben, wie die „N. Fr. Pr.“ meldet, hinter den Erwartungen zurück. Man nimmt an, daß die Anleihe in Österreich zweimal gezeichnet wurde, hievon 20—30% in Sperrstücken. Beim Bankverein wurden 65 Millionen, bei der Anglobank 40 Millionen K gezeichnet. Ziemlich bedeutende Beträge wurden in Sperrstücken gezeichnet. Namhafte Zeichnungen sind aus den Balkanländern eingelaufen. Dagegen ist die Beteiligung von tschechischer Seite enttäuschend.

Wien, 26. April. (Priv.) Genaue Daten über das Ergebnis der Subskription auf den für Österreich-Ungarn reservierten Teilbetrag der neuen russischen Anleihe liegen im Augenblicke noch nicht vor. Soweit sich aber überblicken läßt, wurde die Anleihe bei den Wiener Banken allein etwa zweimal gezeichnet. Große Anmeldungen erfolgten auch bei den Zwischenstellen in den Provinzen, besonders in Böhmen. — Bei der Ungar. Allgemeinen Kreditbank wurden 25 Millionen Kronen auf die neue russische Anleihe gezeichnet. Ein beträchtlicher Teil dieser Zeichnungen erfolgte auf Stücke mit längerer Sperrdauer.

Wien, 26. April. (Priv.) Die Subskription auf die neue russische Anleihe wurde heute nachmittag bei

sämtlichen Wiener Instituten geschlossen. Eine ziffermäßige Orientierung ist, zumal die Anmeldungen bei den Filialen noch nicht vorliegen, zur Stunde noch ausgeschlossen, jedoch steht der volle Erfolg der Subskription außer jeder Frage. Das an der heutigen Börse verbreitete Gerücht, das von einer 15- bis 20fachen Überzeichnung sprach, geht nach dem Urteile unterrichteter finanzieller Kreise weit über das tatsächliche Maß hinaus, doch wird eine mehrfache Überzeichnung des aufgelegten Betrages mit Bestimmtheit vorausgesetzt. Die Subskription hat sich aber auch qualitativ befriedigend gestaltet. Das Verhältnis der Sperrstücke zu jenen in freier Zeichnung soll ein über alle Erwartung günstiges sein und wird eine einschneidende Reduktion der letzteren bedingen. Ein namhafter Teil der Zeichnungen entfällt auf das Ausland. Heute liefen aus den Balkanländern größere Zeichnungen ein. — An der heutigen Börse konnte es in russischer Anleihe noch nicht zu Abschlüssen kommen, da die Genehmigung der Kote seitens des Finanzministeriums der Börsekammer noch nicht offiziell übermittelt worden ist, doch wird die Aktivierung der Kote für morgen, spätestens für übermorgen erwartet.

Die Zeichnung in Paris. Paris, 26. April. (Priv.) Trotz strömenden Regens harrten seit frühem Morgen vor den zahlreichen Filialen der Pariser Banken stattliche Gruppen von Platzhaltern, durchwegs arme Teufel, die ihre Plätze verkauften. Die Beteiligung in den äußeren Vierteln ist eine lebhafte, im Zentrum dagegen geringer, weil hier die Geschäftsleute ihre Subskriptionen bereits im Voraus besorgt haben. Unter den Platzhaltern findet man viele streikende Arbeiter, die einen kleinen Nebenverdienst nicht verschmähen. Die Pariser Kulisse allein zeichnete die Russenanleihe zweimal.

Die Subskription in London. London, 26. April. (Priv.) Die Subskriptionslisten für die russische Anleihe wurden schon um $^1/_2$12 Mittag geschlossen. Die Anleihe dürfte zwei- bis dreimal überzeichnet worden sein. Doch ist das Agio auf $^3/_4$ Prozent zurückgegangen.

Mit der neuen russischen Anleihe spielten die Juden eine große Komödie ab. Herr Mendelssohn in Berlin dürfte diesmal keine Geschäfte mit Rußland abschließen, um seinen eigenen Hausherrn Kaiser Wilhelm II. nicht zu beleidigen. Dagegen zeichneten die Finanzjuden in der ganzen übrigen Welt das 20- bis 30fache, als verlangt wurde. Damit das Judentum seine schamlose Goldgier an dem von ihm so verhaßten Rußland verdecke, schickte es seinen treuen Knecht den Maxim Gorki in die Welt, damit er gegen die Anleihe agitiere. Diese Komödie kommt nun in die Judenpresse. So schreibt Gorki im „Berliner Tagebl.“ beim Juden Mosse. Es schreibt da das Judenblatt am 6. April 1906 folgendes:

„Gebt der russischen Regierung kein Geld!“ Von Maxim Gorki. Der nachstehende von echtem politischen Pathos erfüllte Aufruf des von der russischen Regierung arg genug mißhandelten Schriftstellers gewinnt im Hinblick auf die gestrigen Verhandlungen im Reichstage ein im besten Sinne des Wortes aktuelles Interesse. Der flammende Protest Maxim Gorki's will vor allem die etwas faulen Gewissen aufrütteln. Nach einigen in der Einleitung notwendig gewordenen Kürzungen geben wir nunmehr Maxim Gorki das Wort: „Sobald eine Regierung das Vertrauen des Volkes verloren, hört sie auf, Regierung zu sein, und sinkt zu einer nur über die Staatsgewalt verfügenden politischen Koterie hinab. Die gegenwärtige russische Regierung ist nur noch solch eine politische Koterie, die jede moralische Verbindung mit dem russischen Volke verloren, ja, dem russischen Volke direkt feindlich gegenübersteht. Das muß allen klar sein, die Land und Leute in Rußland kennen. Durch schwere und bittere Erfahrungen hat sich endlich das russische Volk überzeugt, daß die Regierung das Land unabweichbar dem Ruin zuführt. Es hat sich gegen die politische Vernichtung Rußlands und gegen eine unsinnige Abenteurerpolitik erhoben; es fordert eine gesetzliche Verantwortlichkeit derjenigen, die sein Schicksal leiten.

Dem Andrange des Volksprotestes nicht standhaltend, kam die Regierung seinem Willen nach und

versprach Rußland eine Konstitution, um es auf den breiten Weg der freien Entwickelung der geistigen Kräfte des Volkes, auf den Weg des ökonomischen Fortschritts zu stellen. Kaum aber hatte sie den Mangel an Organisation und Disziplin in den Volksmassen wahrgenommen, so bemühte sie sich, die verlorene Macht mit Hilfe ihres polizeilichen Verwaltungsapparates wieder zu gewinnen. Wie das bewerkstelligt wurde, lehrt folgende Statistik:

Vom 17. Oktober bis heute wurden durch Urteile der Kriegsgerichte 397 Personen hingerichtet, 18.000 verhaftet und nach Sibirien verschickt, 79 Zeitungen in der Provinz und 57 in den Hauptstädten unterdrückt. Wie viele Menschen überhaupt während dieser Zeit erschossen wurden, ist schwer zu sagen. Man kann die Zahl der Opfer nach Zehntausenden schätzen.

Diese barbarischen Willkürhandlungen haben die Kluft zwischen dem Volke und der Partei der Vergewaltiger nur erweitert, die revolutionäre Stimmung im Volke nur noch erhöht; auch die Hungersnot in 22 Gouvernements hat viel zur Verbitterung des Volkes gegen die Regierung beigetragen. Aber immer mehr entwickelt sich in den Massen das Bewußtsein ihrer Lage. In den Bauern- und Arbeitermassen bilden sich Organisationen. Die Stärke der Regierung liegt ausschließlich in der Armee. Aber auch diese ist bereits stark erschüttert, und die Spuren ihrer inneren Desorganisation werden von Tag zu Tag deutlicher. Der Soldat kann sich nicht ruhig seinem Vorgesetzten unterordnen, sobald er weiß, daß in seinem Heimatsdorf Vater und Mutter Hungers sterben, daß sie beim geringsten Versuch, zu protestieren, von ebenso eingeschüchterten grauen Menschen, wie er selbst einer ist, mit Nahaiken zerfleischt oder niedergesäbelt werden, sobald er weiß, daß die Heere aus der Mandschurei entwaffnet und unter Bewachung in ihre Heimat zurückkehren. Die Koterie, die sich „russische Regierung“ nennt, kann sich trotzdem noch auf die Armee stützen, sie hat indessen bereits kein Geld mehr, um den allgemeinen Kampf gegen das Volk weiterzuführen. Sie wendet sich daher von neuem an Europa. Europa dagegen sagt: „Vor allem will ich bei euch Ordnung

sehen. dann gebe ich euch Geld." Und unter dem Druck der Notwendigkeit, Geld zu erhalten, inszeniert die russische Regierung die Komödie einer Volksvertretung.

Die Redlichen, die aufrichtig und uneigennützig das Wohl des Landes wollen, sind in Gefängnissen interniert, nach Sibirien verschickt, und werden sonst mit allen Mitteln von den Wahlen ferngehalten. Die Wahlen aber gehen vor sich unter dem Drucke der Polizei oder der Leute, die sich „Monarchisten" nennen. Das Volk hat die plumpe Komödie mit der Duma längst durchschaut. Es sieht klar, daß sie nichts weiter sein soll als eine bloße Dekoration, durch die man Europa täuschen will, um neues Geld zur Fortsetzung des alten despotischen Regierungssystems zu erhalten. Das Volk will keine Duma, in der man irgendwelchen, ihm unbekannten, dunkeln Ehrenmännern die Rollen der Vertreter seiner Interessen übertragen möchte. Dort, wo es von der Polizei mit Nahaiken zu den Wahlen getrieben wird, wählt es diejenigen Schurken, welche der Regierung genehm sind; dort aber, wo noch die geringste Freiheit vorhanden ist, wählt es nur solche, die für ihre politischen Überzeugungen schon nach Sibirien verschickt sind, oder in den Gefängnissen schmachten. Gebt der russischen Regierung keinen Pfennig! Sie hat keine Verbindung mit dem Volke, Millionen von Herzen haben sie bereits zur Vernichtung verdammt. Seit fast dreihundert Jahren hat sie das russische Volk in wilder Unwissenheit gehalten. Selbst aus der Religion schuf diese barbarische Regierung ein Mittel zur Verfolgung aller in Rußland lebenden Völker, einen Knüttel zur Ausrottung von Andersgläubigen. Begreifen wohl die jüdischen Bankiers Europas, daß sie Rußland Geld geben zur Organisation von Judenhetzen? Wenn sie es begreifen, dann kommt ihr Verbrechen nur ihrer Habsucht gleich, und die Geschichte wird ihnen in der Zukunft die verdiente Vergeltung nicht schuldig bleiben.

Gebt den Vergewaltigern des russischen Volkes an Geist und Körper kein Geld! Mir fällt es so sehr schwer, zu begreifen, daß das zivilisierte Europa eben

dieser Obrigkeit mit Geldmitteln zu Hilfe kommt. Und beruhigt Europa der einfache Gedanke wirklich so wenig, daß es nicht ungefährlich ist, als Nachbarn 140.000.000 Menschen zu haben, die man auf jede nur mögliche Weise unter einem geistigen Druck zu erhalten strebt, denen man hartnäckig Feindschaft und Haß gegen alles, was nicht russisch, einimpft? Einst zogen Europas Völker weit nach Osten, um das Grab des Heilandes aus den Händen der Heiden zu befreien. Jetzt verstümmelt und beschmutzt man vor den Augen Europas die Seele eines großen Volkes ... die Heimstätte der lebendigen Gottheit! — Diesem Verbrechen gegenüber verhält man sich gleichgültig, man ist eher bereit, der bösen Macht, durch die das russische Volk geknechtet wird, die Mittel zu weiterer Unterdrückung zu gewähren. Wahrscheinlich sind sich die Leute nicht klar bewußt, was sie bei der gegebenen Gelegenheit tun. Um so mehr, als sie zum Schluß nicht mit der Koterie, die sich russische Regierung nennt, zu tun haben werden, sondern mit dem russischen Volke. Denn es wird siegen!

Gebt der Partei der Romanovs kein Geld zum Kampf um die Selbstherrschaft! Gebt kein Geld in die Hände der Barbaren, deren Politik stets feindlich den Kulturströmungen Europas entgegenstand! Und wie werden sie es euch zurückerstatten? Rußland ist durch sie ausgeplündert. Die Kauffähigkeit des Volkes ist gering, seine Industrie unentwickelt, das Land ausgesogen. Dem Lande steht ein langer, schwerer innerer Kampf, ein Bürgerkrieg bevor, sobald ihr der Regierung Geld zum Kampf gegen das russische Volk geben werdet." „Gebt Rußland kein Geld zum Morden!" Dieser Aufruf des berühmten russischen Schriftstellers und Volksmannes wird in Millionen und Millionen von Deutschen einen lebhaften Widerhall erwecken. Viele Stellen, in denen sich Gorki's zornentbrannter Idealismus gar zu unumwunden kundgab, haben wir aus Zweckmäßigkeitsgründen abgemildert."

Diesen Artikel voll frecher jüdischer Schlagwörter hat offenbar Gorki gar nicht geschrieben, sondern er wurde in der Redaktion des Judenblattes fabriziert

und mit der Marke Gorki veröffentlicht. Der Judenknecht Gorki ging auch nach Amerika, angeblich um gegen die Anleihe zu agitieren. Er nahm eine Hure mit sich, die Andrejewna, während er von seiner angetrauten Frau getrennt ist. Die Amerikaner haben aber Gorki überall aus den Hotels ausgewiesen. So mußte das saubere Paar mit Skandal und Spott überall davonlaufen. Maxim Gorki hat mit seiner Hure Andrejewna den reichen Kaufmann Sava Morozov in Moskau um drei Millionen Rubel geprellt. Morozov gab das Geld her zur Gründung des jüdischen revolutionären Blattes „Naša Žizň". Trotzdem wurde seine Fabrik in Moskau von den Arbeitern demoliert. Morozov endete aus Not und Verzweiflung durch Selbstmord. Sein Verführer Gorki und seine Hure Andrejewna leben weiter fidel. So schaut die Revolution in Rußland aus! Eine große Komödie spielten die Juden in Wien ab.

Das „Prager Tgbl." schrieb am 28. April: „Die Wiener Juden gegen die russische Anleihe. Im Saale „Zur Post" fand heute Abend eine massenhaft besuchte Versammlung der Wiener Judenschaft statt, die gegen die Beteiligung an der russischen Anleihe mit außerordentlicher Heftigkeit protestierte. Der Versammlung wohnte Abg. Dr. Ofner bei. Die Versammlung gestaltete sich förmlich zu einer Kundgebung gegen Ritter von Taussig, der bekanntlich Präsident der Wiener israelitischen Kultusgemeinde ist. Namens der Einberufer eröffnete Herr Groß die Versammlung und sagte, die Versammlung habe den Zweck, zu zeigen, daß die Massen der Wiener Juden der Meinung sind, ein Mann, der den Mördern von Kischinew Geld beschaffe, habe mindestens in der Repräsentanz der Judenschaft, in der Kultusstube nichts zu suchen. Das Volk habe keine Gemeinschaft mit den Erwählten der Großgrundbesitzerkurie in der Kultusgemeinde und damit werde die Kundgebung gleichzeitig zu einem Protest gegen das Privilegienwahlrecht in der jüdischen Gemeinde. Der Referent Dr. Paul Weisengrün sagte, er wünsche, daß viele Nichtjuden heute davon Zeugen wären, daß hier laut protestiert werde gegen den Grundsatz

„Geschäft ist Geschäft". Zum erstenmale habe sich ein offizieller Vertreter der Judenschaft an einem solchen Geschäft beteiligt. Wenn vielleicht jemand sage, Herr von Taussig sei bloß ein Beamter seines Instituts, so müsse jeder Wiener lachen, der weiß, daß er in Wirklichkeit der Diktator seiner Bank sei. Es wurde gesagt, daß die Ruhe in den heurigen Ostern in Rußland eine Folge des Anleiheabschlusses ist, wir also jetzt alle Ostern ein paar Milliarden nach Rußland werfen müssen, wenn Judenverfolgungen unterbleiben sollen. Dr. Weisengrün ging dann auf eine nationalökonomische Kritik des Anleihegeschäftes ein und sagte, daß diese Anleihe zu so hohen Zinsen allein das Geschäft als ein außerordentlich zweifelhaftes kennzeichne. Das wichtigste aber sei der Judenpunkt. Kein Jude dürfe sich nach diesem Streich auf die Straße trauen, weil jeder ihm sagen dürfe: „Du gibst das Geld denen, die Dich prügeln." (Tosender Beifall.) Schämen müsse man sich vor Leuten wie Gorki. Wir glaubten nicht — sagt Redner, — daß die reichen Juden so bald nach Homel und Kischinew so charakterlos handeln würden und so dumm. (Beifall.) Man muß dafür sorgen, daß Leute wie Taussig nicht mehr die Möglichkeit haben, sich offizielle Repräsentanten des Judentums zu nennen. (Stürmischer Beifall.)

Ein Russe, Herr Kaplanski, besprach die Unterstützung der russischen Regierung durch das angeblich fortschrittliche europäische Kapital vom Standpunkte der radikalen Russen, worauf der Vorsitzende folgende Resolution beantragte: „Die heutige Monstreversammlung der Wiener Juden gibt ihrer tiefsten Entrüstung über das unerhörte Vorgehen von jüdischen Kapitalisten Ausdruck, die nicht davor zurückgeschreckt sind, der blutbefleckten russischen Regierung durch Vermittlung einer Anleihe die Inszenierung neuer Judenmassakres und die Unterdrückung der Freiheitsbewegung in Rußland zu ermöglichen. Als besondere Schmach empfindet es die Wiener Judenschaft, daß gerade ein Kultusrat der jüdischen Kultusgemeinde in Wien es ist, der den russischen Juden in ihrem Freiheitskampf gegen die

Regierung um schnöder Prozente willen verräterisch in den Rücken fällt. Die Versammlung fordert den Wiener Kultusvorstand auf, den Kultusrat Theodor Ritter von Taussig zur sofortigen Niederlegung seines Mandates zu zwingen. Mit Rücksicht darauf, daß seine Wahl nur infolge des Bestehens eines reaktionären Kuriensystems ermöglicht wurde, verlangt die Versammlung die rascheste Einführung des allgemeinen Wahlrechtes für die Kultusstube, um würdigere Vertreter wählen zu können." Die Resolution wurde unter stürmischem Beifall zum Beschlusse erhoben. Hierauf nahm Abg. Dr. Ofner das Wort. Er konstatierte, daß jüdische und arische Bankiers sich bei diesem merkwürdigen Geschäfte brüderlich die Hand reichten. Er müsse also unterscheiden zwischen Juden und jüdische Bankiers. Ob Religionsgenossenschaft oder Nation, wolle Redner gar nicht untersuchen. Sicher ist, daß jeder, der diese Genossenschaft durch derartige Handlungen verletze, ein Verräter an ihrer Ehre ist. (Stürmische Zustimmung.) Nach der Rede Dr. Ofner's wurde die Versammlung in Ruhe geschlossen.

In der Sitzung der Börsekammer, in welcher die Kotierung der russischen Anleihe verhandelt wurde, haben sich der Präsident Miller zu Aichholz, der erste Vizepräsident Leopold von Lieben und Direktor Widmann von der Unionbank, welch Letztere sich an der russischen Anleihe bekanntlich nicht beteiligt, absentiert. Zwei Börsenräte stimmten gegen die Bewilligung der Kote." So treiben die Juden nach außen hin. Nun aber ködern sie kleine Kapitalisten für die Anleihe, um ihren Rebach zu haben. Der Börsenjude Kohn, Wien I., Minoritenplatz, schreibt in seinem Reklameblatt der „Kapitalist" am 11. April folgendes:

„Eine russische Anleihe in Österreich. Rußland steht im Begriffe, eine neue Anleihe aufzunehmen und haben wir schon vor einiger Zeit gemeldet, daß es in der Absicht des Zarenreiches liege, den Betrag dieses Anlehens mit 2000 Millionen Franks festzusetzen. In der Tat scheint es sich auch um eine Finanzoperation in dieser Höhe zu handeln,

obwohl sich die deutsche Finanzwelt an dem Anlehen offiziell nicht beteiligen wird. Die Stellung, welche man in Deutschland gegenüber der in Sicht befindlichen russischen Anleihe einnimmt, hat in St. Petersburg stark verstimmt. Sie wird an der Newa darauf zurückgeführt, daß man in Berlin mit der Haltung nicht zufrieden war, welche Rußland auf der Konferenz in Algeciras dem Deutschen Reiche gegenüber eingenommen hat, während von deutscher Seite erklärt wird, daß der deutsche Markt den neuesten russischen Anlehen deshalb verschlossen bleiben müsse, weil der inländische Geldbedarf ein sehr großer sei, indem nicht allein das Reich und Preußen soeben Anlehen im Betrage von 560 Mill. Mark abgeschlossen haben, sondern auch die heimische Industrie fortgesetzt großer Mittel benötige, wie dies auch aus der für die jetzige Jahreszeit außergewöhnlich intensiven Inanspruchnahme des Noteninstitutes hervorgehe. Mag dem nun im Übrigen sein, wie ihm wolle, so ist es jedenfalls von großer Bedeutung, daß sich an der Übernahme der russischen Anleihe statt der deutschen die österreichische Finanzwelt beteiligen wird. Unter der Führung der Kreditanstalt und der Bodenkredit-Anstalt werden fast sämtliche Wiener und die zwei größten Budapester Banken an der neuen Anlehensoperation des russischen Reiches partizipieren, die Anleihe selbst wird an der Wiener Börse kotiert und in Österreich und Ungarn zur öffentlichen Subskription aufgelegt werden und, da sie 5%ig sein wird und, wie es heißt, zum Kurse von 89 oder 90 auf den Markt gelangen soll, eine Verzinsung von mehr als 5½% bieten. Bekanntlich war schon anläßlich der im vergangenen Herbste durchgeführten russischen Anlehenstransaktion eine Teilnahme der österreichischen haute finance in Aussicht genommen, doch kam es damals zu keinem Abschlusse mit dem französisch-deutschen Syndikat. Abgesehen von der finanziellen Seite wohnt der Beteiligung Österreich-Ungarns an der russischen Anleihe eine nicht zu unterschätzende politische und volkswirtschaftliche Bedeutung inne, indem es einerseits unserer Monarchie nur zum Vor-

teile gereichen kann, wenn die zwischen ihr und Rußland obwaltenden Beziehungen noch eine Vertiefung erfahren, während die Mitwirkung des österreichischen Kapitales an einer Geldbeschaffung für Rußland auch unserem Handel und namentlich auch unserer Industrie zugute kommen dürfte, da wohl anzunehmen ist, daß bei russischen Bestellungen im Auslande künftig auch auf Österreich Rücksicht genommen werden wird.

Noch nach einer dritten Richtung hin ist die Beteiligung der österreichischen Finanzwelt an der neuesten russischen Anleihe mit Genugtuung zu begrüßen. Seit Jahren sind wir dafür eingetreten, daß dem Wiener Effektenmarkte Gelegenheit geboten werde, seinen Gesichts- und Wirkungskreis durch die Einbeziehung ausländischer Werte in den Börsenhandel zu erweitern, auf diesem Wege den ihm anhaftenden lokalen Charakter abzustreifen und in die Reihe der tonangebenden internationalen Märkte einzutreten. Es sind in Wien wohl einige ausländische Werte kotiert, aber in italienischer Rente ist schon seit Jahren kein Schluß vorgekommen, und für die ottomanische Konversions-Anleihe vom Jahre 1903 hat das Wiener Kursblatt noch nie eine Notiz gebracht. Tatsächlich findet am hiesigen Platze nur in den bulgarischen Anleihen einiger Verkehr statt, während es außer diesen nur noch die Türkenlose, die 2%igen Serbenlose und die türkischen Tabakaktien sind, welche das ausländische Element an der Wiener Börse repräsentieren. Es ist wiederholt und mit Nachruck von uns darauf hingewiesen worden, daß die Wiener Börse eine ganz andere Stellung unter den europäischen Märkten einnehmen würde, wenn sie sich innerhalb eines weiter gezogenen Kreises von Effekten bewegen könnte. In der Beschränkung auf eine limitierte Zahl erbgesessener Werte zeigt sich nichts weniger als der Meister. Heute, wo Handel, Industrie und Verkehr in der ganzen Welt nach Erweiterung ihres Horizonts streben, kann im Börsenhandel bezüglich des diesem zur Verfügung stehenden Effektenmaterials das Sy-

stem des numerus klausus unmöglich aufrecht erhalten bleiben."

Der Finanzjude Kohn schmunzelt, er weiß, daß die paar orthodoxen Juden, welche gegen Taussig wetterten, den werten Glaubensgenossen das Geschäft nicht verderben werden. Vorläufig hat der arme Taussig die Stelle des Vorstandes der jüdischen Kultusgemeinde Wiens niedergelegt. Trägt keine Dividenden. Wozu ist denn der Talmud und der Kahal? Der Generalagent der Juden Graf Witte war an diesem großen Werke für Rußland nicht beteiligt, er wurde Anfangs Mai 1906 entlassen. Das Organ des Ministeriums des Äußern in Berlin die „Post" schrieb am 13. Mai 1906 folgendes:

„Finanzminister von Kokowzow. Nach einer Frist von kaum einem halben Jahre ist aufs neue an die Spitze des russischen Finanzministeriums der Staatssekretär Wladimir Nikolajewitsch von Kokowzow getreten. Unstreitig bildet Herr von Kokowzow, neben Herrn von Iswolsky, dem neuen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, die markanteste Persönlichkeit des neuen russischen Kabinetts. Die Bedeutung des neuernannten Ministers reicht jedenfalls weit hinaus über den Rahmen seines eigenen Ressorts. Unstreitig ist Herr von Kokowzow einer der fähigsten Staatsmänner des modernen Rußlands, dessen lauterer Charakter, hervorragendes Wissen und große Energie ihn zweifellos prädestinieren für die größten Aufgaben, und gerade in der jetzigen Zeit dürfte ein Staatsmann von der großen Bedeutung des Herrn von Kokowzow berufen sein, seinem Vaterlande die größten Dienste zu leisten. Herr von Kokowzow ist noch ein verhältnismäßig junger Mann, der sich kaum im Anfang der 50er Jahre befindet, aber einen wesentlich jüngeren Eindruck macht. Er absolvierte seine Studien im Alexander-Lyceum zu Petersburg und trat zuerst in das Justizministerium ein, in welchem Ressort Herr von Kokowzow hervorragenden Anteil nahm an der Reform des russischen Strafsystems. Insbesondere sind im guten Gedächtnis seine Maßnahmen zur Milderung dieses Strafsystems. Gemeinsam mit dem Staatsrat

Utin arbeitete er lebhaft an der Verbesserung des Loses der Verurteilten. Auf seinen Reisen in Westeuropa sammelte er auf philantropischem Gebiete in den verschiedensten Anstalten in Deutschland, Frankreich und England reiche Erfahrungen, die er dann in seiner Heimat in humanster Weise in die Praxis übertrug. Schon damals lenkte er durch seine bedeutenden Leistungen die Aufmerksamkeit des Kaisers Alexander II. auf sich, welcher ihn 1879 an die Spitze der Zentral-Gefängnisverwaltung als Adlatus des Chefs derselben berief. Kaum hatte Herr von Kokowzow diese Stellung angetreten, so war auch sein Einfluß bereits deutlich erkennbar. Er führte sofort eine große Anzahl grundlegender Verbesserungen des Gefängniswesens ein, und Rußland verdankt ihm eine gründliche Verbesserung seiner Gefängnisverwaltung im Geiste der Humanität und Gerechtigkeit. Später hat Herr von Kokowzow noch lebhaften Anteil genommen an verschiedenen gesetzgeberischen Arbeiten, die durchweg in modernem Geiste gehalten waren. Erst im Jahre 1890 begann er seine finanzpolitische Laufbahn und zwar als Adlatus des Staatssekretärs der Finanzen im Reichsrate. Fast alle finanzpolitischen Transaktionen der Regierung wurden seit 1890, gemeinsam mit den jeweiligen Leitern des Finanzministeriums, insbesondere mit Herrn von Witte, von Kokowzow durchgeführt, so daß er 1893, also nach kaum drei Jahren, bereits zum Staatssekretär des Departements für Staatsökonomie ernannt wurde. Witte, welcher die außerordentlichen Fähigkeiten und den großen Fleiß Kokowzow's richtig zu beurteilen verstand, berief ihn im März 1896 zu seinem ersten Gehilfen in das Finanzministerium. In dieser Stellung, welche Kokowzow ca. sieben Jahre bekleidete, war er Witte's rechte Hand. Bei der Verwaltung des Departements für Handel und Gewerbe, sowie der Reichsrentei und der Hauptverwaltung der Steuern u. s. w. war Herr von Kokowzow der wirkliche Leiter. Alle Reformen, welche in diesen Ressorts in den letzten Jahren eingeführt worden sind, kann man getrost auf seine Initiative zurückführen. Im Jahre 1904, nach dem Rücktritt des

Finanzministers Pleske, wurde Herr von Kokowzow definitiv zum Finanzminister ernannt, nachdem er jahrelang die Seele des Finanzministeriums gewesen. In seiner Stellung als Finanzminister richtete er sein Hauptaugenmerk auf die Ansammlung von großen Goldreserven.

In erster Linie dürfte es der genialen Leitung der russischen Finanzen durch Herrn von Kokowzow zuzuschreiben sein, daß Rußland im stande war, ohne ernsthafte Erschütterungen seines Finanzsystems den langwierigen und kostspieligen Krieg mit Japan durchzuführen. Daß es dem Grafen Witte in Portsmouth seinerzeit gelang, mit Japan einen für Rußland günstigen Frieden zu schließen, dürfte nicht nur der Genialität Witte's zu verdanken sein, sondern der Tatsache, daß Rußland Japan gegenüber kurz vor Einstellung der Feindseligkeiten finanziell stark überlegen war. Diese Tatsache dürfte bei dem Abschluß des Friedens am stärksten zu Gunsten Rußlands in die Wagschale gefallen sein. Daß Rußland den schweren Krieg verhältnismäßig so leicht hat überstehen können, ist jedenfalls unbedingt das Verdienst des Herrn von Kokowzow. Als an jenem blutigen Jänner-Sonntage 1905 der Volksverführer Gapon mit den irregeleiteten Arbeiterscharen seinen Zug zum Winterpalais antrat und es infolgedessen zu blutigen Krawallen kam, bewährte sich Herr von Kokowzow auch als geschickter Diplomat den Arbeitermassen gegenüber. Seinen Bemühungen gelang es, die Bevölkerung zu beruhigen und den Einfluß der revolutionären Führer durch seine große Beredsamkeit und seinen Einfluß auf die Massen, die ihn längst als humanen, ehrlichen Mann kannten und liebten, zu brechen. Bis in die neueste Zeit hinein hat so Herr von Kokowzow seinem Vaterlande die größten Dienste geleistet. Erst kürzlich gelang es ihm bekanntlich, in Paris und London die große Milliardenanleihe für Rußland abzuschließen. Sein Wiedereintritt als Leiter des Finanzministeriums ist eine starke Garantie für eine erfolgreiche und ersprießliche Wirksamkeit des neuen Ministeriums. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dürfte in dem

neuen Kabinett die Stimme des Herrn von Kokowzow den stärksten Einfluß besitzen. An deutscher maßgebender Stelle ist man über die Ernennung des Herren von Kokowzow und Iswolsky sehr befriedigt. Man weiß, daß beide Staatsmänner aufrichtige Friedensfreunde sind. Insbesondere gilt das von Herrn von Kokowzow, der von jeher bemüht war, freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland herzustellen und dieselben zu pflegen. Wir begrüßen daher aufs lebhafteste seinen Wiedereintritt in das russische Ministerium."

Über den Erfolg der russischen Anleihe berichtete die „N. Fr. Presse" am 27. April 1906 folgendes: Heute hat eine Sitzung der dem österreichischen Syndikate für die russische Anleihe angehörigen Banken stattgefunden, in welcher über das Resultat der gestrigen Subskription berichtet wurde. Hierüber wird die folgende Mitteilungen versendet: „Der Gesamtbetrag der bei den österreichisch-ungarischen Subskriptionsstellen erfolgten Zeichnungen auf die neue fünfprozentige russische Staatsanleihe beläuft sich auf Nominale 441,000.000 K, darunter rund Nominale 80,000.000 K Sperrstücke." Die Anmeldungen verteilen sich auf die einzelnen Zeichenstellen wie folgt:

| | Summe | Sperrstücke |
|---|---|---|
| | Kronen | |
| Anglobank | 39,889.000 | 4,384.000 |
| Bankverein | 69,979.000 | 10,470.000 |
| Bodenkreditanstalt | 63,000.000 | 12,000.000 |
| Eskomptegesellschaft, inklusive Böhmische Eskomptebank | 31,120.000 | 4,831.000 |
| Länderbank | 49,030.000 | 4,514.000 |
| Mährische Eskomptebank | 279.000 | 80.000 |
| Steiermärkische Eskomptebank | 700.000 | 301.000 |
| Böhmische Industrialbank | 5,854.000 | 3,214.000 |
| Böhmische Unionbank | 6,875.000 | 1,998.000 |
| Živnostenská Banka | 13,808.000 | 3,814.000 |
| Banca Commerc. Triestina | 819.000 | — |

| | Summe | Sperrstücke |
|---|---|---|
| | K r o n e n | |
| Ungar. Allgemeine Kreditbank . . . . . . . | 25,000.000 | 2,880.000 |
| Ungarische Eskompte- und Wechslerbank . . . . . | 9,800.000 | 2,516.000 |
| Kreditanstalt, Zentrale und Filialen . . . . . . . . . | 124,462.000 | 26,179.000 |
| | 440,615.000 | 77,182.000 |

Der aufgelegte Betrag beziffert sich mit 156·4 Millionen Kronen und ist 1¾mal gezeichnet. In den Subskriptionsresultaten der Kreditanstalt, welche durch ihren Umfang auffallen, sind auch die Zeichnungen der kleineren Wiener Banken, sowie der Wechselstuben und Bankfirmen enthalten. Am Sonntag findet eine neuerliche Besprechung der Syndikatsmitglieder statt, in welcher die Grundsätze für die Zuteilung auf die Zeichnungen festgestellt werden sollen. Die Sperrstücke mit dreimonatlicher Sperrfrist dürften zum größten Teile, jene mit sechsmonatlicher Sperrfrist voll berücksichtigt werden. Auf eine länger als sechsmonatliche Sperre wird voraussichtlich verzichtet werden, da die Stücke mit einer längeren Zeitdauer sonst keinen Vorzug genießen würden. Die Zuteilung auf die freien Stücke wird unter Berücksichtigung der Qualität der einzelnen Zeichnungen erfolgen. Durchschnittlich würde auf die freien Stücke eine 22prozentige Quote entfallen. Es ist aber beabsichtigt, jene Zeichnungen, welche den Charakter von Anlagen tragen, zu begünstigen, dagegen den spekulativen Zeichnern nur eine kleinere Quote zuzuwenden. — Aus Paris wird uns telegraphiert: Die russische Anleihe wurde zwanzig- bis fünfundzwanzigmal überzeichnet. Es wurden statt der ausgeschriebenen 2,400.000 Rententitres 50 bis 60 Millionen Stück subskribiert. Da die Schatzbonbesitzer voll berücksichtigt werden und die Einzelzeichner keine Reduktion erfahren, wird auf die anderen Zeichnungen 1¼ bis 1½ Prozent des gezeichneten Betrages bei der Repartition entfallen. Von der eingezahlten

Kaution werden 95 Prozent zurückerstattet. In London wurde die Anleihe 4mal gezeichnet. Am russischen Hof sah man, daß Witte beiweitem weniger treffe als Finanzminister Kokowzow und darum wurde Witte verabschiedet.

X.

## Die Duma.

Das vom Judentum so heiß ersehnte russische Parlament, die Duma, ist also zur Tat geworden. Der Alleinherrscher Zar wird nun von den Abgeordneten kontrolliert. Die „Politik“ schrieb am 25. April 1906 folgendes: „Die zweite Epoche der Dumabewegung hat den Bombenkampf durch den Wortkampf ersetzt. Scheinbar war dies ein Fortschritt zur Beruhigung des Landes, aber nur scheinbar, denn in Rußland selbst fühlte niemand eine Beruhigung, im Gegenteil, die Aufregung stieg immer mehr und verbreitete sich auch auf weitere Kreise. Wenn früher wo ein Bombenattentat verübt worden, so freuten sich die einen und schimpften die anderen, aber die Tat erschien als ein Einzelereignis, das den Lauf der politischen Dinge nicht beeinflußen konnte. Jetzt aber wurden Fragen aufgeworfen, und sie wurden es seitens der Regierungsgewalt, Fragen, die tief in das Leben jedermanns eingriffen und der russische „obivatel“ (Einwohner) wurde von der Regierung gezwungen, über seine „Rechte“ nachzudenken, sich solche zu formulieren, sich eine Duma vorzustellen usw. und das hieß, einen schweren Stein in das tiefe aber klare Wasser des russischen Volkslebens zu werfen und es zu beunruhigen. Zwischen der russisch-orthodoxen Welt und der westeuropäischen ist ein so großer Unterschied, daß der Westeuropäer, indem er die einfachsten Begriffe des Russentums nach seiner Denkweise interpretiert, zu dem kuriosesten Widersinn gelangt. Freilich passiert das dem Russen in bezug auf den Westeuropäer ebenfalls und wenn die Ergebenheit, die Duldsamkeit und der Opfersinn des Russen dem Westeuropäer als Stumpfsinn und Skla-

verei erscheinen, so sieht gar mancher Russe in dem Frondierungsgeist, der Neuerungsmanie, und der egoistischen persönlichen Rechtsforderung des Westeuropäers den verkörperten Schwindel, übertragen in das politische Leben. Es würde mich weit von meinem Gegenstand entfernen, wenn ich in die Erläuterung und Beurteilung dieser Erscheinung mich einlassen würde, es soll hier nur bemerkt werden, daß das russische Volk zur Betätigung seiner Staatspflichten einer klaren, festen Leitung mit festgesetztem Ziel bedarf, nicht aber einer Regierungsmacht, die es erst fragen würde, was sie zu tun hätte. Die äußerste Linke triumphierte über das Manifest vom 18. Feber. „Sehet ihr," sagte sie, „was wir mit unserer Unversöhnlichkeit errungen haben. Hätten wir die Ratschläge der Šipovisten befolgt, wo würden wir heute noch sein! Deshalb dürfen wir auch jetzt nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern müssen bei Verwirklichung des Manifestes geradewegs auf unser Ziel, das parlamentarische Regime, losgehen." Die Leiter der konstitutionellen Bewegung waren sich jedoch vollkommen bewußt, daß sie keine Macht haben, die Regierung zu zwingen, ihre Wege zu gehen, und daß sie mittels publizistischer Agitation eine ihren Ideen günstige Ausführung des kaiserlichen Versprechens erringen müssen. Durch ein französisches Wortspiel charakterisierten sie sehr gut ihre Taktik: Cette fois nous décrocherons la timbale c'est à dire la Constitution et si nous ne la decrochons pasl nous la crocheterons." Die durch das kaiserliche Manifest aufgewühlte öffentliche Meinung teilte sich in drei Gruppen. Auf der Rechten formierten die Moskauer Vědomosti die monarchistische Partei, die keine Duma wollte und darauf bestand, daß sich der Kaiser Volksräte durch eigene Wahl bestimme, nicht aber durch das repräsentative System. Sie erklärte, eine Monarchie sei naturgemäß absolutistisch, denn wenn des Herrschers Macht beschränkt ist, so ist er schon nicht der Herr im Lande, sie aber wollen keinen anderen Herrn als den Kaiser. Auf der Linken trat die Majorität der Petersburger Zemstvokonferenz vom Monate November 1904 mit der Forderung des reinen Parla-

mentarismus auf, wie er in Westeuropa herrscht. Im Zentrum bildeten sich verschiedene Gruppen, die eine Transaktion zwischen der Autokratie und dem Parlamentarismus anbahnten und im Rahmen des Manifestes vom 18. Feber verbleiben möchten. Sie wollen zwar ein Repräsentativsystem, ohne den Parlamentarismus einzuführen. Vorerst wurden diese Gruppen nach den Körperschaften, aus denen sie hervorgingen, benannt. So hatte man bald die Partei der Zemstvominderheit, die sich um Šipov sammelte, diejenige der Adelsmehrheit, die Homjakov zu ihrem Wortführer machte und diejenige der Adelsminderheit, die auf Samarin hörte. Der Parteistellung nach kann man die Partei Homjakov's linkes, jene Šipov's zentrales und die Samarins rechtes Zentrum nennen. Die Partei Homjakov's beschäftigte sich wenig mit dem Wahlsystem und mehr mit der Dumakompetenz. Er erkennt den Dumamitgliedern den Charakter von Volksvertretern zu, der Duma das Recht der Budgetvotierung und fordert die Ministerverantwortlichkeit, weigert sich zugleich, den konsultativen Charakter der Duma ins Programm aufzunehmen. Šipov macht Konzessionen in der Kompetenzfrage, indem er den konsultativen Charakter der Duma anerkennt und auch die Ministerverantwortlichkeit nicht fordert, nennt aber die Dumamitglieder Volksvertreter und steht für das Budgetvotum ein. Die größte Aufmerksamkeit widmet er aber dem Wahlsystem, denn die Hauptsache für ihn ist es, wer in der Duma sitzen wird. Er fordert auch ein Zweikammersystem, wobei für die erste Kammer die Zemstvo- und Stadtdumawähler unter teilweiser Beiziehung auch weiterer Kreise, für die zweite Kammer aber die Zemstvos und Stadtdumas selbst maßgebend wären. Die Samaringruppe endlich verweigert den Dumamitgliedern den Charakter von Volksvertretern und auch das Recht von Budgetsvotums, bestimmt, daß die Nichtbeschränkung der Zarenmacht bei der neuen Institution, die rein konsultativ zu sein hätte, aufrecht erhalten werde. Die Diskussion wurde meistens zwischen den linken und den Zentrumsparteien über den Charakter und Wirkungskreis der künftigen Duma geführt. Weniger in

Betracht kam die Rechte, die gar keine Duma wollte. Es fanden verschiedene „Kongresse“ nach sozialen, nicht nach politischen Gruppierungen statt, die ihre Stellung zu der an die Tagesordnung gestellten Frage präzisierten. Bald aber schlug die Stimmung wieder in argen Pessimismus um und man begann zu fürchten, die Reform könnte ganz ausbleiben. Dieser Umschwung offenbarte sich besonders stark, als man zur Zeit mehrerer in Moskau tagender „Kongresse“ erfuhr, daß, wie zur Zeit Plehve's, die Polizeileitung wieder zentralisiert worden sei und einen speziellen Leiter in der Person Trepov's mit weitgehenden Vollmachten gegen alle ungesetzlichen Versuche erhalten habe. Die verschiedenen Moskauer Kongresse (Zemstvomehrheit, Zemstvominderheit, Adelsmehrheit und Stadtdumakongreß) vereinigten sich schließlich und beschlossen, einen kollektiven Schritt beim Kaiser zugunsten des Dumagesetzes zu tun. Die Leser der „Politik“ kennen die verschiedenen Machinationen und Inzidente, zu welchen diese Deputation Anlaß gab. Der Kaiser versprach zwar die Duma, doch keine der anderen Forderungen der Deputation, besonders diejenige der Wahlen nach Wahlbezirken mit Gleichberechtigung aller Nationalitäten und Konfessionen und nicht nach Ständen und die Proklamation des konstitutionellen Prinzips. Die Kongresse nahmen demnach ihren weiteren Verlauf, und zwar in der alten Gruppierung aller in der Deputation vertretenen Gruppierungen unter dem Namen des „Kongresses der Zemstvos und der Dumas“. Die „konstitutionelle“ Deputation bewirkte aber die Bildung von Deputationen konservativer Richtung, die sich für die Ständewahlen und das Verbleiben der kaiserlichen unbeschränkten Macht aussprachen. Ihnen antwortete der Kaiser gleichfalls, daß er die Einheit des Herrschers mit dem Volke wie früher wünsche, jedoch die versprochenen Freiheiten gewähren wolle.

Zu dieser Zeit kam eine neue Frage auf die Tagesordnung. Ein neues Kampfterrain bot nämlich die Friedensfrage, wobei die Konstitutionalisten für den unbedingten Friedensschluß, die Zaristen aber für die Fortsetzung des Krieges eintraten. Man fühlte

instinktiv, daß der Sieger in dieser Frage auch in der Dumafrage siegen wird. Wenn man den Krieg weitergeführt hätte, so würde unbedingt eine Kräftigung der Zarenmacht daraus selbst im Falle einer endgiltigen Niederlage eingetreten sein. Der Friede zur Unzeit, bevor endgiltige Niederlage oder Sieg eintraten, bedeutete aber eine Kapitulation und eine Minderung des Ansehens des Zaren sowie auch den Niedergang des patriotischen Elans, die beide der wahre Hort des Zarismus waren. Der Friede wurde geschlossen und Mißmut, Niedergeschlagenheit mit verbissenem Ärger bemächtigten sich der Gemüter. Das war ein großer Gewinn für die revolutionäre Propaganda. In der Tat schimpften alle konstitutionellen Organe über den Friedensvertrag, und selbst jetzt, bei den Wahlen, agitierten sie noch mit dem ehrenlosen Portsmouther Frieden, obwohl seine Bedingungen viel günstiger waren, als diejenigen, welche die liberalen Blätter proponierten, welche die Übergabe ganz Sachalins und Zahlung einer Kriegskontribution an Japan „um des lieben Friedens willen" verlangten. Zu gleicher Zeit erschien auch das Dumagesetz, das niemanden befriedigte. Einerseits hatte es einen konstitutionellen Charakter, indem es bestimmte, daß mit Zweidrittel-Mehrheit verworfene Gesetzvorlagen nicht mehr der kaiserlichen Sanktion unterbreitet werden können, und nebstdem auch keine ständemäßige Durchführung der Wahlen vorsah. Anderseits erschien es aber den anderen wieder viel zu reaktionär, indem es der Regierung große Vorrechte der Duma gegenüber einräumte. Niemand und nicht einmal die Konstitutionellen merkten damals den großen Schlag, der gegen die kaiserliche Macht durch die Schaffung der Duma an sich schon geführt wurde. Eine Einrichtung wird selten zu dem, was der Gesetzgeber bezweckt, vielmehr wird sie, zu was sie in den Augen der öffentlichen Meinung durch Stimmungsmache gestempelt wird. Nun war die Duma für viele das Symbol der Volksherrschaft geworden, die Regierung glaubte aber, mit einigen Paragraphen hier Abhilfe schaffen zu können. Die Agitation, die die Regierung durch das Dumagesetz im Lande an-

gefacht, hatte sich noch nicht gelegt, als man einen Schritt weiter zur Auflösung der bestehenden Ordnung machte. Mit Anfang des Schuljahres mußte die Universitätsfrage geregelt werden. Vordem hatte der Unterrichtsminister Glasov bestimmt, daß die Professoren der Lehranstalten, an welchen der Unterricht nicht stattfinden kann, ihren Gehalt verlieren sollen. Jetzt zwang man ihn, entweder die nötigen Konzessionen an die Streikenden zu machen, damit der Unterricht wieder aufgenommen wird, oder seine Drohung auszuführen. Niemand anderer als Trepov stellte ihn vor diese Alternative in der richtigen Voraussetzung, daß ein Minister dieser Epoche (vom 18. Feber bis 17. Oktober) eher alle Staatsinteressen opfern, als daß er eine Maßregel auf eigene Verantwortung treffen würde. Trepov war kein Gegner des Kaisers, er ist ihm in Gegenteil noch heute sehr ergeben, aber die Preisgebung kaiserlicher Autorität durch liberalisierende kaiserliche Dekrete wirkte so sehr desorganisierend selbst auf ihm nahe stehende Regierungspersönlichkeiten, daß alle sich verpflichtet fühlten, an das von ihm begonnene Zerstörungswerk Hand zu legen. So kam das neue Universitätsstatut zustande, welches die volle Autonomie der Hochschüler schuf. Die liberalen Professoren waren damit recht zufrieden. Die Studentenschaft aber, welche den Löwenanteil am Kampfe gehabt hatte, wollte auch den Löwenanteil vom Erfolge haben. Sie erklärte, daß die Hochschulen nicht für den Unterricht, sondern für die revolutionäre Propaganda eröffnet werden sollen. Den Arbeitern und anderen revolutionären Elementen, die sonst keine aufwühlerischen Versammlungen halten durften, wurden nun zu diesem Zwecke die Universitätslokale verfügbar, wo die Polizei nicht hineindurfte. Die liberalen Professoren mißbilligten vorerst diese Metamorphose der Alma Mater, mußten sich aber schließlich in das Unvermeidliche fügen.

In den Universitäten wurde nun der große Oktoberstreik organisiert, der zum Oktobermanifest führte. Meetinge über Meetinge wurden gehalten, wo man offen gegen die Romanovs auftrat, indem man selbe als eine deutsche Dynastie hinstellte, ohne daß je-

mand deshalb behelligt wurde. Die Leute, die früher an solche Freizügigkeit der Aufrührer nicht gewohnt waren, sahen in ihnen die Herren der Situation, und wie das gewöhnlich bei den Massen vorkommt, sie folgten dem Stärkeren und Mächtigeren. Als der Streik begann, da konnte ihn die Regierung noch brechen, denn er trat vorerst ziemlich schwach auf und verbreitete sich erst in dem Maße, als die Untätigkeit der Regierung offenbar wurde. Nur in einem Falle, als die Kleinhändler Petersburgs unter Drohung der Revolutionäre ihre Geschäfte schließen wollten, zeigte sich die Regierung energisch, indem Trepov den Kleinhändlern bedeutete, daß er sie bei Geschäftsschluß in 24 Stunden aus Petersburg ausweisen werde, und der Streik kam wirklich nicht zustande. Es ist unerklärlich, wie man am Hofe die eigentliche Schwäche der Streikbewegung übersehen konnte und, statt mit aller Energie rechtzeitig einzugreifen, verzagt vor der Emeute kapitulierte und das Oktobermanifest mit der Ministerpräsidentschaft Witte's konzedierte. Sollte wirklich in dieser kritischen Epoche, wie es von hochstehender Seite behauptet wird, der Kaiser der Gefangene Witte's und seiner Koterie gewesen sein?"

Das sind grauenhafte Schilderungen. Wenn Zar Nikolaus II. zu der Welt reden könnte, was würde alles herauskommen! Es wiederholt sich die Geschichte des armen Hugo Capet. Das „D. Volksblatt" in Wien schrieb am 14. April folgendes:

Seitdem die revolutionäre Bewegung in Rußland zusammengebrochen ist, ist das Judentum gezwungen, seine Taktik zu ändern, die darauf abzielt, eine ruhige Entwicklung des russischen Staatswesens unter gar keinen Umständen zuzulassen. Der Weg, den sie einschlagen, um dieses Ziel zu erreichen, ist im wesentlichen folgender: Sie haben ganz gut eingesehen, daß der revolutionären Propaganda die Waffen dadurch entwunden werden, wenn der Zar und die russische Regierung den berechtigten Wünschen der Bevölkerung durch politische und wirtschaftliche Reformen entgegenkommen. Eines der wichtigsten Mittel, die Unzufriedenheit mit den bisherigen unhaltbaren Zuständen zu bannen, ist zweifellos der

Ubergang von der Autokratie zu einer Konstitution, der durch die Schaffung der Reichsduma eingeleitet und vorbereitet werden soll. Den heftigsten Widerstand gegen die durch das Manifest des Zaren in Aussicht gestellten Reformen haben von allem Anfange an die Juden geleistet. Sie haben ja lange Zeit hindurch den Inhalt des Manifestes dem Volke zu verheimlichen gewußt, ja bezeichneten dasselbe direkt als apokryph, um zu verhindern, daß die gemäßigteren Elemente unter den Unzufriedenen den Kampf aufgeben. Diese Taktik hatte allerdings nicht den gewünschten Erfolg, zu einem allgemeinen bewaffneten Aufstande ist es nicht gekommen, wo er versucht wurde, ist er blutig niedergeworfen worden. Nun befindet sich Rußland zum erstenmale mitten in einer Wahlbewegung. Da der jüdische Einfluß nicht stark genug war, die Ausschreibung der Wahlen zu verhindern, machte er sich dann in der Richtung geltend, die russische Bevölkerung von der Teilnahme an denselben abzuhalten. Das Judentum verfolgt dabei einen sehr durchsichtigen Zweck, der darin besteht, wenn irgend möglich eine solche Zusammensetzung der Duma durchzusetzen, welche den jüdischen Interessen günstig ist. Das glaubt es am sichersten dadurch zu erreichen, daß es die Russen überredete, die Duma zu perhorreszieren, während es selbst möglichst viele Vertreter in dieselbe zu entsenden trachtet. Welche Umtriebe im Szene gesetzt werden, um in dieser Beziehung zu reussieren, geht aus einem Berichte unseres St. Petersburger Berichterstatters hervor, dem wir folgendes entnehmen: Kürzlich fand in Poltawa in der Hauptsynagoge eine zahlreich besuchte Vorwahlversammlung der Juden der Stadt statt. „Lange wurde," berichtete der „Ruß", „über die Frage des Boykotts des Reichsduma debattiert. Nach einer temperamentvollen Rede des zionistischen Schriftstellers Rubinov, der aufforderte, in die Duma zu gehen und der Welt von den Leiden zu berichten, welche das jüdische Sechsmillionenvolk in Rußland zu erdulden hatte und noch jetzt zu erdulden hat, verwarf die Versammlung die Aufforderung zum Boykott der Duma mit er-

drückender Mehrheit. Als Rubinov redete, weinten viele. (!)“ — Die Juden, die durch die große konstitutionell-demokratische Partei schon ohnehin direkt vertreten werden, machen noch ein großes Geschrei darüber, ob sie nicht auch noch eigene jüdischnationale Kandidaten durchbringen sollen. Bezeichnend ist, daß in jener Poltawaer Versammlung vom Boykott der Reichsduma geredet wurde. Die Duma, nach deren Einberufung sich das ganze Volk sehnt, deren Einberufung der feste Wille des Kaisers ist — soll boykottiert werden. Wer den Versammlungen der konstitutionellen Demokraten und der Sozialisten beigewohnt hat, weiß, daß die Idee des Dumaboykottes von den jüdischen Agitatoren vertreten wird. Sie behaupten: „In der Duma werden ja doch nur Beamte und Polizisten sitzen.“ Die Duma wird, bevor man sich von ihrer Zusammensetzung auch nur ein Bild machen kann, dem Volke verekelt. Die Wahlen finden daher im Volke nur das laueste Interesse. Der Wahlboykott ist fast perfekt und bald wird sich die Regierung vor der Alternative sehen, die Einberufung der Delegierten, wie es für das jüdische Polen geplant wurde, aufzuschieben oder aber eine temporäre Vertretung durch Dekrete zu schaffen, das heißt, die der zeitweiligen Regierung genehmen Vertreter zu kommandieren. „Je weniger andere Kandidaten hineinkommen, um so mehr haben unsere Kandidaten Aussicht, hereinzukommen,“ kalkulieren die Juden. Und während sie mit dem Dumaboykott kokettieren, stellen sie ihre Kandidaten auf. So wird gemogelt. Man macht eine Baisse und kauft die Aktien billig ein. Die alte Taktik! In allen Städten haben die Juden dem gegenwärtigen Wahlrechte zufolge die besten Wahlaussichten. Das Verhältnis der christlichen Urwähler zu den jüdischen ist durchschnittlich eins zu zwei. Es geht ja nach dem Vermögen, nach dem Besitzzensus. Der Wohnungsmieter, der eine gewisse Miete zahlt, ist wahlberechtigt. In einer Wohnung hausen immer mehrere Judenfamilien zusammen. Da wird nun ein jedes Zimmer für eine Sonderwohnung erklärt und aus einer Wohnung mit vier Zimmern gehen vier Urwähler hervor. Eine Kontrolle ist schwer. Jüdische Sozialdemokraten

stellen den Wahllisten nach, um sie zu vernichten. Wer mogeln will, hat die beste Gelegenheit dazu. Wenn eine Wahl mißliebig ist, wird irgend ein Wahlversehen aufgedeckt. Sonderbar, daß auch hier die jüdischen Kapitalisten alias „Freisinnigen“ u. s. w. und ihre „Todfeinde“, die jüdischen Sozialdemokraten, „wie auf Verabredung“ Hand in Hand gehen. Bekanntlich hat ja auch Graf Witte der von ihm empfangenen jüdischen Deputation den Rat gegeben, sich aufs lebhafteste an den Wahlen zu beteiligen, damit durch die Ortschaften mit überwiegend jüdischer Bevölkerung möglichst viele Vertreter der Juden in die Reichsduma gelangen. Nachdem der schwerfällige russische Arbeiter zum Boykott der Reichsduma überredet worden ist, besinnt sich der jüdische Agitator auf seinen „Nationalismus“ und wählt mit seinen Glaubensgenossen. Der Spitzbube entfernt den Diener, der ihm die Tür geöffnet, aus dem Vorzimmer und stiehlt den Pelz. Auf dem in Petersburg abgehaltenen Delegiertenkongresse des „Verbandes zur Erreichung der Gleichberechtigung der Juden in Rußland“ erklärte der Delegierte aus Kurland, die jüdischen Wähler aus dieser Provinz würden sich bei den Wahlen der deutschen Partei anschließen. Das rief auf dem Kongresse eine „scharfe Kritik“ hervor und sofort wurde in den Judenblättern Protest gegen eine solche Auffassung erhoben. Man schreibt: Die erdrückende Majorität der jüdischen Bevölkerung will den Anschluß an die russische konstitutionell-demokratische Partei. Die Glieder des Verbandes wollen, daß man sich an keine Partei binden, sondern selbständig seine Kandidaten durchbringen solle. Das ganze Judentum war bei den Wahlen rührig auf den Füßen, während die Russen schliefen, träg und faul, wie immer.“

Die „Augsb. Postztg.“ schrieb am 24. März folgenden Bericht aus Petersburg: „Ein einziges großes Dementi stellen die Urwahlen zur Reichsduma dar, die in den letzten Tagen stattfanden, ein einziges großes Dementi gegenüber den Schwindlern, die der Welt vormachten, ganz Rußland verzehre sich in den Flammen der Revolution. Von Bauernaufständen

wurde im November und Dezember 1905 gemeldet, vom „entsetzlichen Erwachen der Bauern“ war die Rede und viele Nichtrussen gaben auf die Existenz des Zarenreiches keinen Kopek mehr. Der russische Bauer schläft aber heute noch gerade so, wie er vor Jahren geschlafen hat. Ihm liegt an der Konstitution nichts; er ließ sich von Schwindlern vormachen, der Zar habe den Bauern das Land der Adeligen geschenkt und griff zu; man setzte ihm auseinander, daß in Petersburg ein großer Zemski Sobor zusammentrete, bei dem das Volk mitarbeiten dürfe — er aber blieb ruhig in seiner Hütte. Die Popen haben ihm gesagt, die Wahl zur Reichsduma verstoße nicht gegen die Rechte des Zaren — er gab dennoch keinen Wahlzettel ab. Freiheitsgefühle, die man ihm andichtete, hat der russische Bauer nicht, sonst wäre er zur Urne geschritten. Die Wahlbeteiligung der Bauern war geradezu kläglich. In Brjansk z. B. gaben von 3088 in die Wählerlisten eingetragenen Bauern ganze 40 Stimmen ab, in Staro-Bjelsk von 2100 ganze 70, in Tula wählten 18 Prozent, in Bobrovsk von 500 ganze 41 Mann. In Brjansk wählten die 40 erschienenen Bauern als Bevollmächtigte 12 Geistliche und 2 Bauern, in Staro Bjelsk die 70 Bauern 18 Geistliche und einen Bauern als Bevollmächtigte! Wo ein Drittel der Wahlberechtigten erschienen war, durfte man zufrieden sein. Darüber hinaus ist es in keinem Bezirke gegangen. Jedermann gewinnt den Eindruck, daß die Duma zum allergrößten Teil aus Popen bestehen wird. Denn, wenn es schon schwer hielt, für die unterste Stufe geeignete Männer zu finden, wie wird das dann erst bei den Wahlmännern und bei den Dumamitgliedern werden? Einzelne Bezirke, wo das Analphabetentum stetig abnimmt, wo der Wohlstand sich entwickelt, haben sich von den Geistlichen als Bevollmächtigten emanzipiert und Bauern gewählt. Hier gab es sogar kleine Wahlkämpfe, bei denen die Geistlichen unterlagen, so z. B. in Wjasma und Lgov. Zahlreich sind aber diese „emanzipierten“ Bezirke nicht. Die Ausscheidung der Bevollmächtigten nach Parteien kann nicht vorgenommen werden, auch bei den Wahl-

männern wird dies nicht immer möglich sein, doch darf man annehmen, daß $^4/_5$ der Gewählten hyperkonservative Elemente sind. Eine besondere Beachtung in dem Wahlkampfe verdienen die Juden. Einzelne Resultate zeigen deutlich, welche Macht das Judentum in einzelnen Gebieten besitzt. In Brest-Litovsk z. B. gelang es den Juden, mehr Bevollmächtigte durchzusetzen, als die katholisch-konstitutionelle Partei und die russische Ordnungspartei zusammen. Sie haben denn auch sämtliche 5 Wahlmänner errungen, 2 Ärzte und 3 Kaufleute. In Grodno ist es gerade so gegangen, die 6 jüdischen Wahlmänner haben gesiegt. Die Juden werden sich teils zur Sozialdemokratie, teils zur Demokratie wenden. Auch die Wahl der Arbeiterbevollmächtigten ist zu beleuchten, um so mehr, als die berüchtigte „Russ. Korrespondenz“ in Berlin wieder mit tendenziösen Nachrichten hausieren geht, auf die regelmäßig der Großteil der Presse hereinfällt. Mit dem Boykott der Duma und der Wahlen ist es Essig. Im Gouvernement St. Petersburg sind 109 Bevollmächtigte aus 53 Fabriken zu wählen.“

Die „Hamb. Nachr.“ schrieben am 27. März über die Wahlen in Rußland folgendes: Nach der St. Petersburger Mitteilung im gestrigen Abendblatt nehmen die Vorwahlen zur russischen Duma ihren ungestörten Fortgang. Von anderer Seite wird aus St. Petersburg berichtet, daß bisher nur ein auffallend geringer Prozentsatz der stimmberechtigten Urwähler von dem Wahlrechte Gebrauch gemacht habe. Durchschnittlich hätte die Meistbeteiligung kaum 10%, in vielen Bezirken noch nicht 4% der stimmberechtigten Urwähler erreicht. Die Gewählten seien in überwiegender Zahl Popen, mitunter auch Bauern. Trete nicht durch die noch nicht bekannten Wahlresultate eine erhebliche Veränderung in der Zusammensetzung der Wahlen ein, so dürfe von der ersten Reichsduma infolge ihres ausgesprochen agrarischen-konservativen Charakters kaum behauptet werden, daß sie nach dem Willen der Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung Rußlands gebildet sei. Uns will doch scheinen, daß diese Auffassung nicht in genügendem Maße den

Verhältnissen Rechnung trägt, die in Rußland tatsächlich herrschen. Wie soll ein Land, dessen Bevölkerung beinahe zu 90% aus Bauern besteht, anders als agrarisch wählen, selbst wenn die Wahlberechtigten numerisch noch so sehr beschränkt werden? Daß aber die ländlichen Wahlen zugleich einen konservativen Anstrich haben müssen, versteht sich für jeden, der die russischen Verhältnisse kennt und die in dortigen bäuerlichen Kreisen eingetretene Reaktion gegen die Greueltaten der Revolution richtig zu würdigen weiß, ebenfalls von selbst. Der innere Konflikt, in den Rußland bei der Einführung von Konstitution und Wahlen notwendig geraten mußte, wird bei den jetzigen Wahlen offenbar. Das verfassungsmäßige Leben, das für Rußland verlangt wird, findet in dem Gros der Bevölkerung, dessen politischer Bildung und seinen Bedürfnissen in keiner Weise seine Rechtfertigung, und es muß dabei bleiben, daß es eigentlich ein Unsinn ist, den russischen Bauern mit Verfassung und Parlament zu kommen. Andererseits ist die Erfüllung derartiger Forderungen durch die Ereignisse in Rußland mehr oder weniger zur Notwendigkeit geworden. Nicht nur die Revolutionäre, sondern auch die Liberalen und Intellektuellen im Lande verlangen das konstitutionelle Leben, und von ihrem Standpunkt aus auch mit Recht. Was soll die russische Regierung aber in diesem Dilemma tun? Das Land in zwei Teile teilen, die Bauern autokratisch weiter regieren, den Liberalen aber ein Parlament gewähren? Das ist unmöglich. Folglich bleibt nichts anderes übrig, als wählen zu lassen, zugleich aber auch dafür zu sorgen, daß auf dem Wege der Wahl kein Zustand herbeigeführt wird, der für russische Zustände unhaltbar und unheilvoll genannt werden müßte. Unter diesem Gesichtspunkte müssen alle Nachrichten betrachtet werden, die sich auf die Ausführung der russischen Wahlen und ihre Ergebnisse beziehen. Wenn nur 10% der Berechtigten wählen und die erste Duma einen ländlich-konservativen Charakter erlangen zu sollen scheint, so kann man sich ruhig damit abfinden. Es besteht vom russischen Standpunkt aus absolut kein Grund, sich deswegen aufzuregen, noch weniger na-

türlich vom deutschen aus. Übrigens kommt der russischen Regierung die verhältnismäßig geringe Beteiligung nicht unerwartet; sie führt diesen Umstand im wesentlichen darauf zurück, daß die neuen Wahlbestimmungen in das Volksbewußtsein noch nicht hinreichend eingedrungen und bekannt geworden sind. Die zahlreiche Wahl von religiösen Würdenträgern als Vertrauensmänner für die jetzigen Vorwahlen ist auch durchaus kein Beweis dafür, daß nunmehr auch wirklich viele orthodoxe oder katholische Geistliche in die Reichsduma kommen werden; das Bild kann schon bei den eigentlichen Wahlmännerwahlen und noch mehr bei den endgültigen Wahlen zur Reichsduma, die mit dem 26. März russ. St. beginnen, eine erhebliche Verschiebung zu Gunsten der anderen Stände erfahren; wohl aber spricht die Wahrscheinlichkeit stark dafür, daß die bäuerlichen Vertreter in der Reichsduma zahlreiche Sitze einnehmen werden, was den russischen Verhältnissen aber lediglich entspricht. Was nun die Repressivmaßregeln der russischen Regierung gegen die Wahlpropaganda der oppositionellen Gruppen betrifft, so finden dieselben ihre Erklärung und Rechtfertigung in dem oben von uns geschilderten widerspruchsvollen Zustande, in welchem sich die russische Regierung inbezug auf die Wahlen versetzt sieht. Ob die Repression die verhältnismäßig geringe Wahlbeteiligung zurfolge hat, oder ob diese auf der Indolenz der russischen Wählermassen beruht, ist verhältnismäßig gleichgültig. Wir sind der Ansicht, daß die russische Regierung mit Rücksicht auf die teils primitiven teils revolutionären Zustände im Lande nicht anders kann, als die Wählerversammlungen und Wahlvorbereitungen der linksstehenden Wählerschaft mit Einschluß der Angehörigen der konstitutionellen demokratischen Partei in der geschehenen Weise zu überwachen, weil sonst eine Zusammensetzung der Duma zu besorgen wäre, die geeigneter schiene, die ruhige Weiterentwicklung Rußlands und seiner inneren Zustände ernstlich in Frage zu stellen. Wir wiederholen: wenn nur St. Petersburg, Moskau, die übrigen Großstädte und das gebildete Publikum die wahlberechtigte Be-

völkerung Rußlands ausmachten, wenn es weder böswillige Revolutionäre gäbe, noch mit der erdrückenden Überzahl der russischen Bauernschaft gerechnet werden müßte, so würde die Wahlpolitik der russischen Regierung allerdings manchem Bedenken unterliegen; da ersterer Fall aber nicht vorliegt und die russischen Verhältnisse die größten Schwierigkeiten für eine gleichmäßige Durchführung der Wahl darbieten, hüten wir uns, in die allgemeine Verurteilung der liberalen Presse über die illoyale Durchführung des russischen Wahlstatutes einzustimmen. Wenn in den Wahlversammlungen der radikalen Parteien und in der sonstigen Propaganda derselben destruktive, regierungsfeindliche und Mißtrauen erweckende Tendenzen zu Tage getreten sind, so kann sich die russische Regierung demgegenüber nicht so passiv verhalten, wie dies die Regierung eines westeuropäischen Staates vielleicht tun könnte und müßte, sondern ihre Wahlpolitik muß darauf gerichtet sein zu bewirken, daß die Wahlen möglichst wenig extreme Elemente in die Duma bringen, daß diese nicht von vornherein Explosivstoffe in sich trägt, sondern daß mit ihr eine ruhige und sachliche Verhandlung über die weitere Entwicklung der russischen Zustände möglich ist. Ließe die russische Regierung die radikalen Tendenzen ruhig gewähren, so verschaffte sie ihnen damit über diejenige Bevölkerung, die das Schwergewicht Rußlands bildet, ein Übergewicht, das ihr nicht zukäme, und die tatsächlich in Rußland vorhandenen Verhältnisse fälschen würde. Von diesem Gesichtspunkte aus ist es wohl zu verstehen, wenn die russische Regierung der radikalen Wahlpropaganda engere Schranken zieht als der regierungsfreundlichen. Hier heißt es vorbeugen, um späteres Unheil zu verhüten. Wir besorgen auch nicht, daß diese Wahlpolitik der russischen Regierung den obersten Zweck der Verfassung: die Herstellung eines organischen Kontaktes zwischen Regierung und Volk gefährdet. Im Gegenteil: unserer Ansicht nach würde dieser Kontakt für die Zukunft dadurch in Frage gestellt werden, wenn in der Reichsduma die liberalen und oppositionellen Elemente eine größere

Macht erlangten, als sie in Rußland verhältnismäßig beanspruchen können und als der langsamen und gesunden Weiterentwicklung des Landes zuträglich wäre. Jedenfalls glauben wir, daß die russische Regierung mit dem Ergebnis der bisherigen Vorwahlen und ihrem durchaus ruhigen Verlaufe vollkommen zufrieden sein kann." Die Judenpresse war außer sich vor Freude, daß die „Kadetten" überall siegten. Von allen Seiten kommen Nachrichten, so schrieb das „Berl. Tageblatt", von Siegen der konstitutionellen Demokraten. Die „Russ. Korr." berichtet: Im Nischni-Nowgorod und Kiev, wo starke reaktionäre Parteien organisiert waren, sind nur konstitutionelle Demokraten gewählt worden. Mit diesen Siegen der Opposition steigert sich der Entschluß der Regierung zu gewaltsamem Vorgehen. Aus ganz sicherer Quelle verlautet, die Regierung habe beschlossen, die Duma, wenn sie sich oppositionell verhalten werde, auseinander zu jagen und den Reichsrat als Parlament zu erklären, das heißt sobald die neue Anleihe perfekt geworden. Unter diesen Voraussetzungen erweckt die Nachricht von dem bevorstehenden Abschluß einer Anleihe in Paris in hiesigen politischen Kreisen große Bestürzung. Die Anleihe erscheint als eine Unterstützung der reaktionären Regierung im kritischesten Moment, wo der Sieg der konstitutionellen Partei in Petersburg das alte System aufs stärkste zu erschüttern droht. Selbst die konservative Partei der Rechtsordnung faßte vor zwei Wochen eine Resolution, der zufolge die Regierung ohne Zustimmung der Duma keine Befugnis zum Abschlusse einer Anleihe haben solle. Witte beginnt zwar nach dem Siege der Konstitutionelldemokraten sein liberales Herz wieder zu entdecken. Allein wer traut diesem Minister überhaupt noch? Im Anschluß hieran verzeichnen wir noch folgende Depeschen: Das Wahlresultat ist in einer Depesche aus Petersburg enthalten. Die Parteien in der Reichsduma. Petersburg, 12. Mai (Priv.-Tel.) Am Tage der Eröffnung der Reichsduma betrug die Zahl der gewählten Abgeordneten 442. Ihrer politischen Richtung und Parteistellung nach verteilen sie sich folgendermaßen: Die oppositionellen Parteien

zählen 275 Stimmen, darunter die Sozialisten 6, die äußerste Linke 30, die „Kadetten“ (die konstitutionellen Demokraten) 185, die Nationalliberalen 23, die Partei der demokratischen Reformer 4 und die Progressisten 27. Das Zentrum zählt 77 Stimmen, darunter 31 Nationalisten, 18 Gemäßigte, 27 vom „Verband des 30. Oktober“ und 1 von der Handels- und Industriepartei. Die Rechte weist 15 Abgeordnete, die Parteilosen weisen 75 auf. Jüdische Dumamitglieder. Petersburg, 9. Mai. (Priv.) Unter den bisher gewählten Duma-Abgeordneten befinden sich elf Juden. Einer von diesen, Rechtsanwalt Dr. Winawer, gehört zu den Führern der konstitutionellen Demokraten. In Libau wurde Dr. Katzenelsohn, der Präsident der zionistischen Kolonialbank, gewählt. Von den elf jüdischen Duma-Abgeordneten sind fünf Zionisten, die in Wilna, Witebsk, Slonim, Minsk und Libau gewählt wurden. Es wird nun die nächste Zukunft zeigen, was die Duma für das Wohl Rußlands tun wird. Wir haben nicht die geringste Hoffnung, daß der Parlamentarismus das russische Volk heben wird, wohl aber das Gegenteil. Wenn die Dynastie Romanov nicht im Stande sein wird im rechten Augenblick die Duma auseinander zu jagen, dann wird die Dynastie Romanov vernichtet werden. Das Wahlrecht wird in den sogenannten Kulturstaaten in Europa auf folgende Art ausgeübt: In Belgien ist das Pluralsystem eingeführt, und zwar hat jeder mindestens 25jährige Mann eine Stimme; wer Grund- oder Rentenbesitz von mindestens 2000 Franks (1620 Mark) hat, verheiratet ist oder mindestens 5 Franks (etwa 4 M.) Personalsteuern zahlt, hat zwei Stimmen; jeder akademisch Gebildete hat drei Stimmen. Außerdem besteht in Belgien ein Wahlzwang. In den Niederlanden geht die Zweite Kammer aus direkten Wahlen hervor, jedoch ist das Wahlrecht von Bedingungen, die Bildung, Besitz und Ansässigkeitsdauer der Wähler berücksichtigen, abhängig. In Frankreich wird die Deputiertenkammer nach Arrondissements — ein Deputierter auf 70.000 Einwohner — durch allgemeine, direkte Wahl gewählt. Jeder Wähler muß 21 Jahre alt gewesen sein und seiner Militärpflicht genügt haben.

In Dänemark wird der Folkething von über dreißigjährigen, bürgerlich selbständigen Männern gewählt. Die italienische Zweite Kammer wird von sogenannten Wahlkollegien gewählt. Jeder Wähler muß das 21. Lebensjahr überschritten haben und mindestens 16 M. Steuern zahlen oder Pächter eines landwirtschaftlichen oder industriellen Betriebs sein, für den er 325 bis 400 M. Pacht zahlen muß, oder er muß wenigstens 121·50 M. Miete zahlen.

In Spanien wird die Deputiertenkammer indirekt und nur von Leuten gewählt, die das Bürgerrecht einer Gemeinde seit mindestens zwei Jahren erworben haben. In Portugal gilt das direkte Wahlrecht, jedoch dürfen nur Leute wählen, die jährlich mindestens 2·25 M. Steuern zahlen. Österreich-Ungarn hatte bisher ein sogenanntes Kurienwahlsystem. Wahlberechtigt war jeder, der 6·80 M. Steuern zahlte. In Schweden wird die Zweite Kammer von Männern gewählt, die ein Grundstück zum Taxwerte von 1000 Kronen (1125 M.) besitzen oder ein solches im Taxwerte nicht unter 6000 Kronen (6720 M.) gepachtet haben oder ein Einkommen von 800 Kronen (896 M.) versteuern. In Griechenland und Bulgarien ist das Wahlrecht allgemein und direkt. In Luxemburg ist nur der wahlberechtigt, der 10 Frcs. Steuern zahlt. Die Wahl ist direkt. Rumänien hat ein Dreiklassenwahlrecht, und zwar müssen die Wähler der ersten Klasse eine bestimmte Grundsteuer zahlen; in der zweiten Klasse wählen die städtischen Wähler, die aber außerdem Angehörige eines freien Berufes sein müssen. Alle übrigen Steuerzahler wählen in der dritten Klasse, und zwar zum Teil indirekt. In Serbien darf jeder mindestens 22jährige Mann wählen, der 15 Frcs. Staatssteuern zahlt. In England ist die Wahlberechtigung von längerer Ansässigkeit, einem gewissen Zensus, der nach Stadt und Land verschieden ist, und vom Besitze einer eigenen Wohnung bezw. eines eigenen Hauses abhängig.

Die russischen Monarchisten haben vor der Zukunft Angst. Der Kongreß der russischen Monarchisten wurde am 25. April geschlossen. Von den 43 Beschlüssen verdienen einige besonders hervor-

gehoben zu werden. So erklärte sich der Kongreß ganz entschieden gegen die Autonomie Polens und der übrigen Grenzgebiete. Die deutsche Kolonisation des baltischen Gebietes wurde für gefährlich erklärt. „Die Privilegien der dortigen deutschen Bevölkerung sind zu kassieren.“ Die Juden sind für Ausländer zu halten und in die Reichsduma nicht zuzulassen. Nebstdem sind die Juden auch von dem Besuch der Mittelschulen und der Universitäten auszuschließen. Finnland ist für einen untrennbaren Teil des russischen Reiches zu halten. Die Privilegien der Finnländer sind abzuändern und das russische Geldsystem in Finnland einzuführen. Die Reichsduma kann in der Gestalt, welche ihr die letzten Wahlen gegeben haben, nicht für eine Repräsentation der Wünsche und Ideen des russischen Volkes gehalten werden. Die russische Sprache ist die herrschende Sprache und in der Armee und in den staatlichen und allgemeinen Einrichtungen und Schulen obligat. Das Grundeigentum, wie jedes Eigentum überhaupt sind für unverletzlich zu halten. Der nächste allrussische monarchische Kongreß soll im Herbste des heurigen Jahres in Kiev stattfinden. Die Monarchisten forderten auch ausdrücklich die Ausschließung der Juden aus der russischen Armee. Doch wird die Duma das gerade Gegenteil abstimmen von dem, was die Monarchisten verlangen.

„Petersburg, 24. April. (Priv.-Tel.) Das demnächst zu publizierende Reichsgrundgesetz, um dessentwillen die letzte Sitzung des Reichsrates augenblicklich noch stattfindet, besteht in den Hauptteilen darin: Das russische Reich ist einheitlich und unteilbar. — Das Großfürstentum Finnland stellt darin das unteilbare russische Reich vor, das, was seine inneren Angelegenheiten betrifft, durch besondere Verordnungen auf der Basis besonderer Gerichtsbarkeit regiert wird. — Die russische Sprache ist die allgemeine Sprache. Sie muß bei der Regierung, bei allen Verwaltungen, in der Armee und Flotte angewendet werden. Der Gebrauch von örtlichen Sprachen ist nur kraft besonderer Gesetze gestattet. — Der Kaiser ist Selbstherrscher, er ernennt den Präsidenten des Minister-

konseils, sowie die einzelnen Minister und die Hauptdirigenten der einzelnen Abteilungen. Ebenso steht ihm das Entlassungsrecht zu, sowie die Sistierung der Gehalte, Pensionen und Unterstützungen. — Bezüglich der Rechte und Pflichten der russischen Untertanen lautet das Gesetz: Jeder russische Untertan hat das Recht, frei seinen Wohnort zu wählen. Wegen Vergehen kann er nur auf dem Rechtswege verfolgt werden, mithin nur verhaftet werden auf der Grundlage der Gesetze. Den russischen Untertanen ist gestattet Versammlungen abzuhalten, friedlich, ohne Waffen, ohne regierungsfeindliche Ziele. Die russischen Untertanen haben Religionsfreiheit, doch ist der Übertritt von einer Religion zur andern durch das Gesetz bestimmt. Die Ausländer in Rußland genießen die Landesgesetze mit Beachtung jener Beschränkungen, die durch das Gesetz festgesetzt sind. Kein neues Gesetz ist gültig ohne die Genehmigung des Reichsrates und der Reichsduma, sowie der Bestätigung durch den Kaiser. Während die Reichsduma geschlossen ist, wählt der Ministerkonseil, falls wichtige Beschlüsse sofort gefaßt werden müssen, den Reichsrat als entscheidende Macht, doch muß das Vorgehen des Reichsrates vor der Reichsduma verantwortet werden und zwar während der ersten zwei Monate nach Wiederaufnahme der Sitzungen der Reichsduma. Der Reichsrat ebenso wie die Reichsduma werden alljährlich vom Kaiser einberufen und wieder aufgelöst."

Hier ist die Magna Charta für die Juden gegeben, wie sie auch in den Staatsgrundgesetzen in Österreich ausgedrückt ist. Der russische Talleyrand, der berüchtigte Judenagent Witte hat also erreicht, was er sich vorgenommen hat. Das Organ des Juden Mosse, das „Berl. Tagebl." schrieb am 4. April folgendes aus Petersburg: Vor etwa vier Wochen hatte ich mit einer Persönlichkeit, die die russischen Verhältnisse genau kennt, eine Unterredung über Stellung Witte's im Kabinett und zu dem Zaren. Es war zu einer Zeit — und scheinbar ist diese noch nicht vorüber — wo man in demokratischen Kreisen innerhalb Rußlands und des Auslandes den „leitenden" russischen

Staatsmann, gelinde gesagt, der Schwäche, wenn nicht der Konnivenz mit den reaktionären Elementen zieh. Mein Gewährsmann lachte auf, als ich von Graf Witte als dem leitenden Staatsmann sprach. „Wer ist denn in Petersburg der leitende Staatsmann?“ rief er aus. „Hat Witte nicht mehr als einmal gerade deswegen, weil man ihm stets sein Konzept verdirbt, vom Zaren seine Entlassung erbeten? Und hat der Zar sie ihm nicht jedesmal vorenthalten, obwohl er diesen Mann haßt und unter dem Einfluß der reaktionären Großfürstenpartei seinen Plänen entgegenarbeitet? Der Zar hält Graf Witte, weil ohne ihn der finanzielle Ruin Rußlands zu erwarten, weil er der Vertrauensmann der internationalen Finanz ist. Im Grunde seiner Seele ist er ihm zuwider, Witte aber bleibt immer wieder, weil er ein ausgesprochenes Pflichtgefühl gegen sein Volk und die Monarchie hat, und er weiß, daß sein Rücktritt erst der Reaktion freies Spiel geben würde. Wenn dies nicht die starken Wurzeln seiner Kraft wären, wäre es denkbar, daß er in einer Danaidenarbeit immer und immer neue Vorschläge seinem Herrn und Meister unterbreiten würde, von denen kaum ein Tropfen hier und da hängen bleibt, und die, sobald der Minister die Tür geschlossen und seine Gegner mit ihrem Einfluß durch die andere Tür hineingetreten sind, dem nach Reformen dürstenden Volke verloren gehen? Würde es Witte, dessen Gesundheit, wie stark auch seine Natur sein möge, durch eine täglich meist zwanzigstündige Arbeit seit der Portsmouther Konferenz erschöpft ist, dessen Nerven im Sturme der Ereignisse gelitten haben müssen, und der durch seine Stetigkeit im Amte außer der persönlichen Befriedigung, seine Pflicht zu tun, doch nichts erreicht, als seinen staatsmännischen Ruf zu schädigen, würde es Witte, anstatt im In- und Auslande geschmäht zu werden, nicht besser frommen, der wohlverdienten Ruhe im sonnigen Cannes oder Nizza zu pflegen?“ An diese Unterhaltung wurde ich heute durch das nachstehende Telegramm des Petersburger „Daily-telegraph“-Korrespondenten erinnert: „Die meisten Russen, sogar die Freunde der Ordnung, verlangen

laut von der Regierung eine Einstellung der Anwendung von Gewaltmitteln. Graf Witte arbeitet hart daran, die strengen Maßregeln, zu denen der Minister des Innern so oft greift, zu hindern, ihnen entgegenzuarbeiten oder sie wenigstens zu lindern. Graf Witte und Durnowo sind in einem Punkte einig, daß beide Ordnung wünschen und bereit sind, Gewalt der Gewalt gegenüberzustellen. Während aber Witte seine Macht brauchen will, mißbraucht sie Durnowo. Selbst die Freunde Durnowo's versichern, daß er fünfzig unschuldige Menschen einsperren würde, wenn er vermuten könnte, daß vier Schuldige darunter, während Graf Witte lieber die Schuldigen unbestraft lassen würde, wenn das Verbrechen nicht auf vollständig legalem Wege nachgewiesen werden könnte. Der Premier hat dauernd und dringend darauf hingewiesen, daß über einen gewissen Punkt hinaus beobachtete Strenge nur abschreckend und demoralisierend wirken kann, aber seine Argumente zugunsten der Mäßigung werden dauernd und regelmäßig mißachtet. Unter diesen Umständen kann vernünftigerweise nicht erwartet werden, daß die zwei Minister noch lange, nachdem die Duma zusammengekommen, ihr Amt fortsetzen werden, denn es liegt auf der Hand, daß Graf Witte es sich nicht länger leisten kann, die Verantwortung für Maßregeln zu tragen, die er ausdrücklich verurteilt hat, und es scheint gleichzeitig nicht sehr wahrscheinlich, daß Herrn Durnowo's Verteidigung seiner Gewaltpolitik im Parlament die Volksvertreter befriedigen dürfte. Übrigens hat Graf Witte immer daran festgehalten, daß seine Rolle zu Ende sei, sobald die Duma, deren Verwirklichung einige nicht für möglich halten, eine greifbare Einrichtung wird. Nach persönlichen Eindrücken bin ich geneigt, anzunehmen, daß der Premier sein Amt bald nach dem Zusammentritt des ersten russischen Parlaments niederlegen und sich aus dem öffentlichen Leben zurückziehen wird. Ohne seine angestrengten Bemühungen dürfte das Parlament noch heute eine Idee ohne Körper sein. Da jedoch ein Kabinett im wirklichen Sinne des Wortes nicht existiert, so ist es nicht wahrscheinlich, daß

andere Minister seinem Beispiel folgen werden. Wenn Witte das Amt angenommen und darin geblieben ist, so geschah dies nur aus Pflichtgefühl gegen den Zaren und die Nation, verbunden mit der Überzeugung, daß sein Rücktritt im gegenwärtigen Augenblicke nicht wünschenswerte Folgen für die gesamte Nation haben würde. Der Zusammentritt der Duma wird ihm aber gestatten, die Bürde abzuwerfen, die für eines Mannes Schultern zu schwer ist. Es liegt aber kein hinreichender Grund vor, aus dem seine Kollegen ebenfalls zurücktreten müßten." Das Telegramm fügt diesen Auslassungen über Wittes Stellung folgende Nachricht bei: Die Juden in den verschiedenen Distrikten des Reiches haben in der Furcht vor antisemitischen Exzessen die Regierung um Schutz aufgefordert. Darauf hin hat Witte energisch den Minister Durnowo gedrängt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Am 24. April brachte die Presse folgende Mitteilung: Ein Interviewer der „Vossischen Zeitung" stellte an den Grafen Witte einige Fragen über innere Vorgänge in Rußland. Witte versicherte, daß Volksaufstände nunmehr in Rußland unmöglich sind und er gar nicht glaube, daß es zu einem Konflikt kommt. „Die Bauern werden durch die Lösung der Landfrage beruhigt, und wie sie gegen die Autonomie sein werden, so werden sie zum Beispiel auch gegen die Befreiung der Juden stimmen!" Auf die Bemerkung des Reporters, die Regierung habe die Judengesetze selbst gegen den Willen der großen Masse durchzuführen, antwortete Graf Witte: „Nein, diese Aufgabe hat die Regierung nicht. Ich persönlich stehe den Juden sehr sympathisch gegenüber und wünsche, sie völlig frei zu sehen, aber die Juden sind selbst daran schuld, wenn sie jetzt nicht befreit werden. Sie stehen überall in der Revolution an erster Stelle." „Aber, Herr Graf, daß ist doch ganz natürlich!" „Gewiß, theoretisch, es wäre ja auch ganz hübsch, auf dem Monde zu wohnen, aber die Regierung darf jetzt nichts in der Judenfrage gegen den Willen des Volkes tun. Die Massen würden sagen, die Juden sind frei geworden, weil sie Minister und Gouverneure gemordet haben. Wenn wir Russen

also etwas erreichen wollen, müssen wir auch Revolution machen und Minister und Gouverneure morden." Auf den Einwand, daß durch die Beseitigung der Ursachen für die revolutionäre Stimmung der Juden auch diese Stimmung beseitigt werden konnte, sagte der Minister: „Ja, die Ursachen . . . . Gegen den Willen des Volkes kann und wird die Regierung nichts für die Juden unternehmen. Dieser Ansicht ist auch Se. Majestät der Zar."

Graf Witte und die Juden. Petersburg, 22. April. (K.-B.) Die „P. T.-A." meldet: Israeliten aus allen Gegenden Rußlands brachten dem Ministerpräsidenten Grafen Witte ihren Dank dafür zum Ausdrucke, daß es dank den von ihm getroffenen tatkräftigen Maßnahmen während des Osterfestes zu keiner gegen die Juden gerichteten Handlung gekommen sei, während in früheren Zeiten die Osterfeiertage stets durch Gewalttätigkeiten gegen die Juden gekennzeichnet waren. Graf Witte habe sich offen als Beschützer der Israeliten erklärt. Nach aus offiziellen Quellen geschöpften Berichten sei nirgends eine antisemitische Bewegung zu befürchten.

Witte wollte noch allen Mördern und Verbrechern aus der Revolution die volle Straflosigkeit sichern. Dem setzte sich Durnowo entgegen. Anfangs Mai vor der Eröffnung der Duma schrieb die „Politik" folgendes: „Die erwartete allgemeine Amnestie in Rußland ist ausgeblieben, und zwar auf Veranlassung des Ministers Durnowo, welcher dem Kaiser eine Denkschrift unterbreitete, in welcher er u. A. sagte: „Eine Amnestie wird die Revolutionäre ermutigen, ihre Bestrebungen in weit größerem Maße zu propagieren, sobald sie merken, daß der Kampf gegen sie nachläßt und ihnen verhältnismäßig Straflosigkeit bevorstent. Und selbst die K.-D.-Partei, die angeblich gegen die Terroristen ist, wird nicht in der Lage sein, die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die Aktionen der Revolutionäre zweckmäßig paralysieren zu können." Daher weist Durnowo in längerer Ausführung nach, daß die Regierung sich beeilen muß, dafür Sorge zu tragen, jene kritische Lage zu vermeiden, in die Rußland gelangen würde, falls die

revolutionäre Bewegung durch die „Kadetten“ unterdrückt werden soll. „Die „Kadetten“, die mit den Revolutionären liebäugeln,“ sagt Durnowo, „könnten niemals diejenigen Repressivmaßnahmen zur Anwendung bringen, die, wie die Erfahrung gelehrt hat, allein imstande sind, das Böse zu unterdrücken.“ Da aber andererseits die russischen Revolutionäre die „Kadetten“ ebenso wenig wie die Bureaukraten anerkennen und die K.-D.-Partei bekämpfen, so wird Rußland nach Durnowo's Meinung immer nur das leidende Objekt sein. „Das Land wird dann,“ fährt Durnowo zum Schluß fort, „von einem kolossalen Streik und noch schärferen Komplikationen heimgesucht. Daher kann vorläufig keine Amnestie gewährt werden, denn die Revolution ist unterdrückt, aber noch nicht ausgerottet.“ Wer glaubt, daß mit der Tagung der Duma in Rußland Ruhe und Ordnung eintreten werden, täuscht sich gründlich. Das Gegenteil wird der Fall sein. Die Juden und ihre revolutionären Knechte arbeiten mit Mord und Brand fort.

Die Juden und ihre Revolutionäre entledigten sich eines unbequemen Zeugen, des Pop Gapon. Am 8. Mai brachte „Nowoje Wremja“ die Nachricht, daß die Leiche des lang vermißten Gapon endlich aufgefunden sei. Gapon trieb in letzter Zeit ein wüstes Leben. Er sustentierte in Petersburg eine Hetäre, eine Frau Uzdalewa, dann unterhielt er noch 2 Jüdinnen, darunter eine Frau Goldstein und eine Studentin.

Gapon's Einlage. Petersburg, 12. Mai. („P. T.-Ag.“) Der Staatsanwalt und der Untersuchungsrichter begaben sich heute in das Bankgebäude des „Kredit Lyonnais“, um den Inhalt der von Gapon deponierten Kasette festzustellen. Man fand in derselben 15.400 Rubel in russischen Staatspapieren und 14.000 Franken in französischen Banknoten. Das Feststellungsprotokoll wurde von den anwesenden Justizbeamten und einem Vertreter der Bank unterzeichnet. Rechtsanwalt Margolin war eingeladen, der Feststellung beizuwohnen. Ein weiterer grauenhafter Judenmord ist unternommen worden auf den Guber-

nator Dubasov in Moskau. Das Organ der Prager Juden, das „Prager Tagbl.", schmunzelt vor Freude.

Zum Attentate auf den Gouverneur Dubasov. Moskau, 7. Mai. (Priv.) Obgleich Gouverneur Admiral Dubasov wußte, daß ihm seit langer Zeit ein Attentat drohe und er von der Kampforganisation zum Tode verurteilt sei, war er in letzter Zeit sorgloser geworden, zumal die Polizei in den letzten zehn Tagen mehreren Verschwörungen gegen sein Leben auf die Spur gekommen war und die Verschwörer verhaftet hatte. Nur die zufällig geänderte Fahrt vom Kreml nach seinem Palais machte die Ausführung des Anschlages gerade an der scharf bewachten Stelle vor dem Palais möglich, da der Attentäter die Uniform eines Marineoffiziers angelegt hatte, so daß ihn die Wachen unbehindert passieren ließen. Das Bombenattentat auf den Moskauer Generalgouverneur Admiral Dubasov wurde von den Mitgliedern der revolutionären Kampforganisation bereits vor Monaten angekündigt. Admiral Fedor Wasiljewič Dubasov, welcher sein ganzes Leben in der Flotte als Schiffskommandant, als Chef des Geschwaders im Stillen Ozean und als Präsident des Marinetechnischen Komitees verbrachte, wurde erst seit dem vorigen Jahre, nachdem er als Präsident der internationalen Kommission in der Huller-Affaire sich besonders ausgezeichnet hatte, vom Zaren mit besonderen Missionen auf dem Gebiete der inneren Politik betraut. So entsandte man ihn zur Unterdrückung der Bauernunruhen nach dem Gouvernement Tschernigov, wo er alle Mittel des alten Regimes rücksichtslos anwendete und viele Dörfer zerstörte. Auch nach Moskau wurde Dubasov zu dem Zwecke geschickt, um die Revolution, die sogenannte „Kramola", auszurotten. Es ist nun allgemein bekannt, daß der Moskauer Aufstand nicht solche Dimensionen angenommen hätte, wenn die Polizei die Vorbereitungen dazu nicht stillschweigend gefördert haben würde. Und wie Dubasov den Aufstand unterdrückt, das dürfte noch allgemein in frischer Erinnerung sein. Hunderte von unschuldigen Passanten wurden von Kosaken und Soldaten niedergemetzelt. Tausende

und abermals Tausende in die Gefängnisse geworfen und in die Verbannung geschickt. Besonders erschütternd jedoch gestalteten sich die Massenhinrichtungen an der Moskau-Kasaner Eisenbahn, welche im Auftrage Dubasovs vollzogen wurden. Abteilungen des Semenov'schen Regiments unter Führung des Obersten Rieman fingen in den Stationen Ljubiczy und Golutwin bei Moskau völlig unschuldige Eisenbahnbeamte ab und schossen sie nieder. Dem Blutbade fielen ungefähr 200 Personen zum Opfer. Schon damals fällten die Revolutionäre gegen Dubasov ein Todesurteil, dessen Ausführung durch die außerordentlichen Maßnahmen zum Schutze Dubasov's bis jetzt verhindert wurde."

Zu diesen Auslassungen des Judenblattes sind keine Erklärungen notwendig. Wir haben hier wieder einen Beweis, wie die Juden systematisch mit Mord ihre Gegner aus dem Wege räumen. Der Mörder Dubasov's war ein Jude, verkleidet in der Uniform eines Marineoffiziers. Die jüdischen Mörder und Verbrecher haben während der Revolution **nicht weniger als 322 russischer Beamten ermordet nur in Moskau und und 473 Staatsbeamten verwundet!** und für dieses Gesindel verlangt die Duma Straffreiheit! Ein netter Anfang. Anfangs Mai 1906 gährte die Tätigkeit der jüdischen Revolutionäre in ganz Rußland weiter. Längs der Wolga in den Dörfern Usinska, Žabriň, Dimitrijevsk, Nowa Demidarka und anderen wurden Hunderte von Gebäuden in Brand gesteckt. An den Gütern des Grafen Potocki in Russisch-Polen wurden die Arbeiter bei der Feldarbeit überfallen und vertrieben. In Rostov wurde ein Jude verhaftet, in dessen Koffer 20 Bomben vorhanden waren. In Jekaterinburg fand man beim Juden Hirzmann ein reiches Gewehrlager. Die Studenten an der Moskauer Universität bedrohten den Rektor Manilov, weil dieser ihnen nicht gestatten wollte, in die Hörsäle die Huren und Studentinnen mitzubringen.

### a) Die Kadetten.

Die Partei, welche sich den Namen „Konstitutionelle Demokraten" gab, ist jetzt allgemein bekannt

unter dem Namen Kadetten. Anfangsbuchstaben K. D. der beiden angeführten Worte. Suvorin sagte in „Nowoje Wremja“, daß die Kadetten eine Station bilden zwischen der Konstitution und Revolution, jedoch viel näher der letzteren. Das russische Volk wird vielleicht erwachen und national fühlen, obzwar es auch nicht unmöglich ist, daß es sich bei seiner Trägheit national erschlagen läßt. Ich war immer gegen unsere faule und liederliche Jugend. Das ist eben den Juden recht. Wir werden den Juden ihre Stiefeln putzen. Die Kadetten hätten nicht gesiegt, wäre nicht das Geld der Juden im Spiele. Die Juden warfen für ihre Kandidaten Tausend-Rubel-Noten aus, für die Wahlagitation und den Stimmenkauf. Doch hoffe ich, daß in der Duma Nationalrussen ihr Volk, ihr eigenes Blut verteidigen werden. Ich hoffe, daß diese Russen mehr Mut zeigen werden als Cicero, der vor den Juden immer feige die Flucht ergriff. Wenn er beim Gericht eine jüdische Streitsache vertrat, sprach er immer so leise, daß ihn kaum die Richter hörten. Die Juden sind solidarisch und vernichten einen jeden ihrer Gegner. Cicero donnerte gegen die Römer und Griechen, aber vor den Juden hatte er eine maßlose Angst. So schrieb Suvorin. Die „Moskovskija Wědomosti“ schrieben über die Kadetten folgendes: Europa begrüßte den Sieg der Kadetten wie die Siege der Japaner mit dem Drücken der Russenpapiere. Wie die Siege der Japaner, so sind die Siege der Kadetten furchtbare Niederlagen Rußlands. Die Kadetten sind russische Japaner. Ihr Führer Petrunkevič sagte ganz offen — wir alle sind für die Revolution. Der andere Führer de Roberti sagte, die Partei wolle Rußland zu einer föderativen Republik machen. Um die Wähler zu betrügen und zu überlisten, haben sie sich den Namen „der Partei der nationalen Freiheit“ beigelegt. In Wahrheit sind sie Revolutionäre, deren Ziel ist Rußland zu vernichten. Die Kadetten arbeiten gemeinsam mit den Sozialisten und Anarchisten, hauptsächlich aber mit den Juden. Alle Juden ohne Ausnahme gaben ihre Stimmen den Kadetten, und die Hauptsache, bezahlten alle Wahlausgaben. Die Wahl-

agitationen in Petersburg für diese Partei hatten in ihren Händen die Juden Hessen und Winawer. Die Kadetten sind nichts anderes als die Partei der Freimaurer. Juden, Revolutionäre, denen die Aufgabe zufällt in der Duma Rußland zu vernichten. Es ist die Kopie der französischen National-Versammlung vom Jahre 1791, welche abstimmte, Ludwig XVI. alias Bürger Ludwig Capet müsse ohne Aufschub auf den Galgen. So werden es auch die Kadetten in der Duma dem Zar Nikolaus II. machen. Der Hauptförderer der Kadetten war Niemand anderer als — Witte! Schon Cremieux hat vor 40 Jahren den Ausspruch getan, die Juden werden Rußland beherrschen. Der Dekabrist Pawel Iwanovič Pestel hat im Jahre 1825 eine Schrift herausgegeben unter dem Namen „Ruské pravdy" (Russische Wahrheiten). Es waren darin alle politischen und sozial-religiösen Reformen vorgeschlagen, die Rußland zu seinem eigenen Wohle durchzuführen hätte. Pestel wurde hingerichtet. Sein Buch wurde versiegelt und im Staatsarchiv deponiert. Jetzt ist „Ruská pravda" im Druck erschienen und kostet einen Rubel. Pestel schrieb über die Juden folgendes: Die Juden bilden einen Staat im Staate und genießen größere Vorrechte als die Christen. Sie sind untereinander eng verbunden, niemals kommt es vor, daß ein Jude einen anderen verrät. Alle arbeiten für das Wohl des Ganzen. Darin besteht ihre furchtbare Macht. Warum die Juden einig sind, ist daraus erklärlich, daß sie eine Rasse bilden gesondert von allen übrigen, welche ihre eigene Lehren hat, die im Talmud niedergelegt sind. Die Juden fühlen sich berufen die Welt zu beherrschen. Die schrankenlose Gewalt in der jüdische Rasse haben die Rabbiner inne, welche jeden unbotmäßigen Juden durch das Ausstoßen aus der Synagoge vernichten. Die Rabbiner verfügen über Leben und Tod der Juden ohne jede Schranke. Die Juden verachten alle anstrengende Arbeit, so den Ackerbau und das Handwerk. Aller Handel ist in ganz Rußland in den Händen der Juden. Mit ihrem Geld bestechen sie alle Beamten, und bringen das ganze Land ins Elend und Verderben. So schrieb

Pestel vor 80 Jahren. Die Weltherrschaft des Judentums geht mit Riesenschritten voran. Die Alliance israelite universelle, welche von Cremieux und Montefiore gegründet wurde, hat durch die planmäßige Zerstörung Rußlands ihr höchstes Ziel erreicht. Der Herausgeber des Blattes „Zarja" Redakteur Jarmonkin hat in einem Artikel diesen Plan eingehend geschildert. Die Alliance israelite universelle gibt an, wenigstens nach außen, daß sie jüdische Schulen gründe und erhalte. Sie gibt zu diesem Zwecke jetzt jährlich 1½ Millionen Francs aus. In Wahrheit aber ist die Alliance eine politische und soziale Organisation aller Juden. Die Alliance hat ihre bezahlten Agenten auf der ganzen Welt, in allen Staaten der Erde. Sie beherrscht die Presse und die Finanzen der ganzen Welt. Im Jahre 1867 wollte die Alliance ganz Rumänien für jüdischen Besitz erklären. Die Börse in Paris hat die französischen Renten im Jahre 1869 auf 42 Milliarden Franken hinaufgetrieben und dann wurde der Krieg erklärt. Die Renten verloren ihren Wert. Der Talmud verbindet alle Juden der Welt in ein organisches Ganzes, welches niemand überwinden kann. In der Rede eines Talmudisten über den jüdischen Kahal (erschien in Lemberg 1875) steht geschrieben: Brüder! Neunzehnhundert Jahre kämpfen die Juden um die Weltherrschaft, die dem Abraham verheißen worden ist, aber das Kreuz hat die Juden zu Boden geworfen. Zerstreut in alle Länder der Welt, waren die Juden überall unterdrückt. Weil sie auf der ganzen Welt zerstreut sind, folgt daraus, daß die ganze Erde den Juden gehören soll. Das jüdische Volk wird stets mächtiger. Und den Juden gehört das Geld, vor dem die ganze Welt sich beugt. Das Geld ist die Zukunft der Juden.

Vorüber sind die Tage unserer Unterdrückung. Fortschritt und Zivilisation der christlichen Völker sind die Schutzmauer für die Juden und fördern unsere Pläne. Die Juden haben an den Weltbörsen in Paris, London, Wien, Berlin, Amsterdam, Hamburg das Geld in ihrer Macht, so die Finanzjuden Rothschild und andere. Überall wo Juden sind, verfügen sie über großen Reichttum. Alle Staaten sind ver-

schuldet. Diese Schulden verwalten die Juden, darum müssen die Staaten immer mehr Schulden machen. Durch dieses Schuldenmachen kommen die Bergwerke, Staatsgüter, Eisenbahnen und Staats-Fabriken als Pfand in die Hände der Juden. Weiter ist nötig, daß die Juden überall den Bodenbesitz in Beschlag nehmen, vor allem die Großgrundbesitze. Bis der Bodenbesitz in den Händen der Juden sein wird, dann werden die christlichen Arbeiter den Juden große Einkünfte ermöglichen. Wir Juden haben 19 Jahrhunderte lang in Unterjochung gelebt, heute sind wir allen über den Kopf gewachsen, die uns früher unterdrückt haben.

Es lassen sich zwar einige Juden taufen, aber das stärkt nur unsere Macht, denn die Getauften bleiben immer dem Judentum treu. Es wird die Zeit kommen, wo die Christen werden das Judentum annehmen wollen, aber Juda wird sie mit Hohn zurückstoßen. Der natürliche Feind der Juden ist die katholische Kirche; darum müssen wir die christliche Kirche durchseuchen mit Freigeist, Unglauben, mit Uneinigkeit. Wir müssen Streit und Kampf zwischen den christlichen Konfessionen entfachen und nähren. Den Priestern sagen wir auf der ganzen Linie den grimmigsten Kampf an. Wir müssen sie überschütten mit Schande und Spott, mit Verleumdungen und erdichteten Skandalgeschichten aus ihrem privaten Leben und sie so öffentlich der Verachtung und dem Haß preisgeben. Wir müssen Einfluß haben auf die Schule. Die christliche Religion muß aus den Schulen hinaus. Dadurch wird die christliche Religion in Verfall kommen. Die Kirche wird auf diese Art arm, verachtet, ihre Güter kommen in die Hände der Juden.

Die Juden müssen alles in ihre Gewalt bekommen, so die einflußreichsten Stellen im Staate, die Advokatie, die Richterstellen, ganz besonders aber die Ausübung der Arzneikunst. Der jüdische Arzt dringt in die tiefsten Geheimnisse der christlichen Familie. Die Juden müssen vor allem die christliche unauflösbare Ehe beseitigen und in den Staaten die gewöhnliche bürgerliche Ehe einführen, damit die

Christen gründlich sittenlos werden. Die vollständige Herrschaft der Juden über sie ist dann gesichert. Dazu kommt noch die Herrschaft der Juden in der Presse. Die Presse kann Wahrheit in Lüge, Recht in Unrecht verwandeln. — Das hat der Talmudist im Jahre 1875 niedergeschrieben. Dieses jüdische Programm geht nun buchstäblich in allen Ländern in Erfüllung. Jetzt kommt Rußland an die Reihe. Die Juden lechzen nach dem Blute der Christen. Die zahllosen Morde der russischen Beamten sind ein Beleg dazu. In anderen Ländern, wo die Revolution nicht ist, geschehen zahlreiche geheimnisvolle Blutmorde an christlichen Mädchen, die ungesühnt bleiben. (Die Ermordung der Agnes Hrůza in Polna). Bei der Jüdin Feuerstein in Prag war im Dienste eine christliche Amme. Diese bekam 6 Monate nach der Entbindung ihre Menstruation. Das Sekretionsblut war im Unterkleid, welches die Amme im Wasser erweichte. Die Jüdin Feuerstein nahm das von Blut der Amme gefärbte Wasser und wusch sich damit ihr Gesicht ab. Sie wollte damit offenbar sich jünger machen. Da gibt es noch Leute, welche die Blutgier der Juden nach dem christlichen Blut als Fabel bezeichnen.

### b) Die Duma — eine Nachahmung der französischen National-Versammlung.

Bei der Eröffnung der Duma am 10. Mai 1906 ließen sich russische Blätter auf folgende Art hören. Die „Petèrbursk. Wèdomosti“ schreiben: „Wir stehen an der Schwelle großer Ereignisse. Das Licht eines neuen Lebens erhebt sich über Rußland. Von der Vernunft und dem Takt der Opposition wird es abhängen, ob das Land nicht in das Chaos der Anarchie und Repression fallen, ob die Sonne der Wahrheit und des Guten faktisch schließlich über dem vielgeprüften Lande aufgehen wird.“ Im „Slowo“ läßt sich S. N. Siromjatnikov wie folgt vernehmen: „Wenn ich mit den Mitgliedern der Duma sprechen könnte, so würde ich ihnen sagen, daß das Hauptsächlichste, was Rußland von ihnen erwartet, der gute Wille ist.

Nicht zum Zwecke der Rache und der Zerstörung hat man sie gewählt, sondern zur schöpferischen Arbeit, zur Fürsorge um das vergessene Volk. Die Helden der Vergangenheit liegen im Sumpf und Kot, von den Männern der Zukunft erwarten wir moralische Reinheit, Energie, Zurückhaltung und Verstandeskraft. Wir glauben an sie und begrüßen sie. Mögen sie dartun, daß sich das Volk bei seiner Wahl nicht geirrt hat.“ An einer anderen Stelle ruft das Blatt den Deputierten zu: „Wenn sie die Revolution wollen, wenn Sie die Ströme Blutes nicht schmerzen, dann setzet auf die Karte Euer eigenes Leben um die Sache der Volksfreiheit, seid aber vorher Euch dessen bewußt, daß die Karte geschlagen werden kann und daß das Mißglücken der Revolution zu der wildesten Reaktion führen wird. Wenn sie aber die Verantwortung für die Tausende von Opfern nicht übernehmen wollen, wenn Sie nicht alles das riskieren wollen, was schon erreicht wurde, wie auch alles das, was zu den großen bisherigen Erfolgen auf dem Wege der natürlichen Entwickelung noch hinzukommen kann, so haben Sie die Pflicht, sich freundschaftlich und enge um die Fahne der friedlichen kulturstaatlichen Arbeit zu scharen und sich zu vereinigen zum Schutze der noch schwankenden Hochburg unserer Zukunft — der Reichsduma.“

Das „Nowoje Wremja“ ruft: „Von unserer Energie und Beharrlichkeit, unserer Arbeitsliebe und Gewissenhaftigkeit wird es jetzt abhängen, daß wir die uns in der Kultur und in der politischen Entwickelung vorangehenden Staaten einholen, uns würdig an ihre Seite stellen und sie vielleicht auch in einigen Seiten des staatlichen Lebens übertreffen. Viel hat in den vergangenen Zeiten der Genius, das Talent, die zähe Arbeit, die unerschütterliche Manighaftigkeit und der staatsmännische Sinn des russischen Volkes zustande gebracht. Wir glauben zuversichtlich, daß alle diese Eigenschaften und Qualitäten des russischen Volkes auch jetzt in Erscheinung treten werden und zwar mit größerer Kraft als früher, weil sie das lebendige Wasser des freien Geistes und freien Wortes belebt. Die lebenspendende Sonne der Freiheit steht bereits

hoch und sie wird bald die Nebel zerstreuen, die sich in den Niederungen des großen russischen Landes noch hinziehen, und die Fäulnis unschädlich machen, die viele Seiten unseres Lebens noch mit einer dicken Schichte bedeckt. Trachten wir bald zu jener Frische des Geistes und Ruhe des Herzens zu gelangen, die für eine fruchtbare, liebereiche Arbeit so unumgänglich sind, und welche das alttestamentarische: „Auge um Auge“ nicht gibt.“

Die „Rěč“ (Organ der Kadetten) erklärt, ihre Partei könne den Tag der Eröffnung der Duma nicht als ein Fest der nationalen Regeneration feiern, nicht als den sonnigen Tag des politischen Frühlings. „Für uns ist dieser Tag eine Minute des Aufatmens, nur eine Etappe auf dem schwierigen endlosen Wege. Wir atmen kaum auf und müssen abermals den Berg hinan, auf den engen felsigen Steg über gähnende Abgründe, die ungeduldig ihrer Opfer harren. Wird sich die Duma in Kompromisse einlassen oder wird sie zurückhaltend und ruhig im Bewußtsein ihrer Kraft sich in den offenen und entscheidenden Kampf für die Volksfreiheit einlassen?“ Das Blatt beantwortet diese Frage nicht, sondern erklärt nur, überzeugt zu sein, daß die Duma „ihr Werk tun werde“. Petersburg, 12. Mai. (K.-B.) Die Audienz des Präsidenten der Duma Muromcev beim Kaiser dauerte eine halbe Stunde. Muromcev gewann die Überzeugung, daß man in hohen Kreisen die Stimmung der russischen Gesellschaft und der Dumamitglieder vollkommen kenne und bereit sei, ihr volle Befriedigung zu gewähren. Die Mitglieder der Reichsduma haben die Einladung der Petersburger Stadtverwaltung, die ihnen zu Ehren ein Fest zu geben beabsichtigte, mit der Begründung abgelehnt, daß vor Erlaß der Amnestie keine Festlichkeit abgehalten werden könne. Der finnische Landtag entsandte eine Abordnung, um der Duma seine Glückwünsche zu überbringen. Unter den zahlreichen der Duma zugegangenen Glückwünschen befindet sich auch ein aus Prag abgesandtes Telegramm und ein vom Fürsten von Montenegro.

Die zweite Sitzung der Duma. Petersburg, 12. Mai. (K.-B.) [P. T.-A.] Die Sitzung wird um 11

Uhr 30 Min. vormittags eröffnet. Der Präsident verliest das vom finnländischen Landtage eingelangte Begrüßungstelegramm, das mit Beifall aufgenommen wird. Die Versammlung beauftragt den Präsidenten, dem Landtage den Dank auszusprechen. Die Verlesung des Telegrammes des Fürsten von Montenegro und der vom Bürgermeister der Stadt Prag namens des böhmischen Volkes gesandten Depesche wird ebenfalls beifällig aufgenommen. Die Duma schreitet sodann zur Wahl des Bureaus. Zu Vizepräsidenten werden Fürst Peter Dolgorukov und Professor Gredeskal aus Charkov gewählt, ersterer mit 382, letzterer mit 372 von 429 Stimmen. Die Duma wählte den Fürsten Šachovskij mit 380 Stimmen zum Sekretär. Seine 5 Gehilfen wurden einstimmig gewählt. In den den Wahlen vorangehenden Debatten über den Wahlmodus, den einige Redner vereinfacht wünschten, um schneller zu den aktuellen Fragen übergehen zu können, bemerkte ein Redner, er mache der Duma den Vorwurf . . . Der Präsident unterbricht ihn und erteilt ihm den Ordnungsruf. Er ersuchte, einen derartigen Ausdruck nicht zu gebrauchen, die Autorität der Duma stehe höher, als jede andere Autorität. Auf Vorschlag des Präsidenten wurden die Wahlen wie in den anderen europäischen Parlamenten vollzogen.

Die erste Forderung der Duma war an der Tagesordnung die Freilassung und Straflosigkeit der Mörder, Brandstifter, Bombenwerfer und aller Verbrecher, welche die Revolution in ganz Rußland entfachten und nährten und unsägliches Elend über die Millionen friedlicher Bürger von ganz Rußland brachten. Diese Tat der Jakobiner in der Duma brachte die Judenpresse in helle Freude. Das Organ der Prager Juden das „Prager Tagblatt“ schrieb:

„Der Ruf nach Amnestie. Prag, 14. Mai. Mit Spannung blickt alle Welt auf die Vorgänge in der russischen Duma, die als eine Scheinvertretung zur Beruhigung der russischen Staatsgläubiger erdacht, in wenigen Tagen Wesen und Bedeutung erlangt hat und alle anderen Parlamente durch die Wucht der geschichtlichen Kämpfe, die sich in ihr abspielen, in

den Schatten drängt. Es ist ein junges kräftiges Parlament, dem der Zar die Pforten geöffnet hat, es trägt in sich noch den ganzen Schwung und die ungebrochene Kraft der hoffnungsvollen, noch niemals enttäuschten Jugend, es tritt voll Mut und Siegeszuversicht gleich an ein Dutzend großer Probleme heran und überspringt alle Hindernisse, die ihm durch ein engherziges Grundgesetz und eine hinterhältige Konstitution gelegt worden sind. Das russische Parlament hat gleich in seiner ersten Sitzung erklärt, daß es die Einschnürungen nicht dulden werde, die ihr die Reaktion zugedacht hat. Die Duma beschäftigte sich nicht mit den kleinlichen Kouloirintriguen, die in den alten Parlamenten Westeuropas zum Hauptinhalte des Parlamentarismus geworden sind, sie verlangt Amnestie, Volksfreiheit, Preßfreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereidigung des Zaren auf die Verfassung, mit einem Worte: europäische Zustände für Rußland.

Gleich in der ersten Sitzung trat diese Stimmung unzweifelhaft hervor. In der Eröffnungsansprache teilte der Präsident Muromzev unter anderem mit, daß Begrüßungstelegramme aus verschiedenen Gefängnissen eingelaufen seien. Darauf erhob sich der allgemeine Ruf: „Verlesen! Verlesen!“ Wahre Beifallsstürme folgten jedem der Telegramme, die zur Kenntnis des Hauses gebracht wurden, fast das ganze Haus erhob sich für den Antrag, demzufolge an die Gefangenen telegraphische Danksagungen der Duma zu richten wären, und minutenlang hallte durch das Haus der eine Ruf: „Amnestie! Amnestie!“

Der Ruf nach Amnestie, der das russische Parlament durchhallt, ist mehr als ein Schrei nach Gnade. Aus ihm klingt die furchtbarste Anklage und zugleich die selbstverständliche Forderung, daß, soll der neue Zustand wirklich einen neuen Akt in der Geschichte des Zarenreichs bedeuten, die Sünden des alten Regimes wenigstens teilweise gutgemacht, die schmachtenden Opfer der alten Polizeiordnung von ihren Qualen befreit werden müssen. Am erschütterndsten hat diesen Ruf nach Gerechtigkeit ein einfacher Bauerndeputierter, Anikin mit Namen, vorgebracht, der in der Debatte von Samstag die Worte sprach:

„Wir haben, meine Herren, eine glänzende Rede und einen warmen Appell an die Gnade gehört. Ich werde nicht so sprechen. Ich werde nicht von Gnade, sondern von Gerechtigkeit sprechen. Roditschev sprach von der Notwendigkeit, jenen zu verzeihen, die gefehlt haben. Ich aber sage, daß man Unschuldige befreien muß. Jawohl, Zehntausende von unschuldigen Menschen, die man aus den Straßen weggeschleppt, von ihren Angehörigen fortgerissen, in die Gefängnisse geschleift hat, in denen sie dahinsterben, in denen sie Schreckliches zu erdulden haben, in denen sie ihre Köpfe an den Mauern zerschmettern. Meine Herren, ich rufe zur Gerechtigkeit auf! Es muß doch eine Gerechtigkeit existieren! Zehntausende Bauern sitzen in den Gefängnissen, in denen man sie schlechter behandelt als zur Zwangsarbeit Verschickte, in denen man sie entsetzlich nährt, beleidigt, im Namen von, ich weiß nicht wem, martert. Diese Bauern nennt man Räuber! Aber sind das wirklich Verbrecher? Nein, es ist das hungernde, unaufgeklärte Volk, das weder selbst etwas sagen kann noch auf das vernünftige Wort eines Kundigen zu hören versteht. Man darf die Bauernschaft nicht verdammen. Ich verlange Gerechtigkeit für die Bauern. Ich als Bauer kann sagen, daß an diesem Leide die ganze Bauernschaft Rußlands leidet und daß sie Freiheit verlangt als einen Akt der Gerechtigkeit."

Die Worte des einfachen Bauern zeigen, daß es mit einem bloßen Scheinkonstitutionalismus nicht gehen wird; sie zerstören aber auch die mit so viel Bemühen immer wiederholte Phrase von der politischen Unreife des russischen Volkes. Ohne sich beirren zu lassen, haben gerade die primitivsten Männer gleich am Anfang den Punkt gefunden, an dem das Reformwerk einzusetzen hat. Der Ruf nach Amnestie verschwindet nicht mehr von der Tagesordnung. Auch Sonntag ward er Gegenstand der Debatte. Ein Arbeiter, Tschirjukov, sprach zu dem Thema und beantragte dringlich, den Zaren sofort von der Forderung der Duma zu verständigen. Er ging aber gleich über die Amnestie hinaus, indem er einen Antrag auf Aufhebung der Todesstrase stellte. Der katholische Priester

Trassun schloß sich dem Redner an, unterstützte ihn, indem er für die Beseitigung des Belagerungszustandes sich aussprach. Warnend erhob sich ein Moskauer Arbeiterdeputierte, der Zeitungssetzer Saweljev, der die schleunige Aktivierung des Amnestiegesetzes als eine dringende Notwendigkeit empfahl. Die Arbeiterschaft warte darauf, und es könne Blut fließen, so ihre Erwartungen getäuscht werden sollten. Nur ein einziger Mann fand sich, der dem Ruf entgegentrat: Graf Heyden, der Oktjabrist. Aber auch er fordert die Amnestie, nur die Form der Forderung ist nicht nach seinen Wünschen. Man solle, meint Graf Heyden, nicht drohend reden und die Rechte des konstitutionellen Monarchen verletzen, sondern ehrerbietig bitten. Der offizielle Bericht verzeichnet am Schluß seiner Rede: Starkes Zischen links.

Dieses Zischen wird im russischen Parlament nicht mehr vereinzelt bleiben. Schon jetzt bereitet sich, wie die Telegramme melden, ein Abrücken der Kadetten von den Radikalen vor. Sie meinen durch Mäßigung ans Ziel zu kommen, und aus ihren Reihen klang denn auch Beifall, als Graf Heyden gesprochen. Wie dem immer auch sei, die Notwendigkeit der Amnestie zweifelt Niemand an. Sie bildet die Voraussetzung einer gedeihlichen Entwicklung, sie erst kann, indem sie das beileidigte Rechtsgefühl befriedigt, der Duma die notwendige Würde leihen. Sie ist — so sprach sich auch Graf Witte aus — das einzige Mittel, die erregten Gemüter zu beruhigen. Und es ist ein historisches Wort, wenn das beste Talent, das der russischen Beamtenschaft entsproß, Graf Witte, der nur leider in den ersten Kämpfen sich aufgebraucht, sagt, es sei Zeit, die administrative Willkür zu liquidieren. Die Duma, das Volk, ganz Rußland fordert und erwartet die Amnestie; es ist ein Gebot der Menschlichkeit, ein Akt der Gerechtigkeit, und wenn der Zar nicht falschen Einflüsterungen unterliegt, kann er mit einem Federstrich dieses Gebot erfüllen. Es liegt an ihm, dem Frieden, der Wohlfahrt die Wege zu ebnen.“ So schreibt das Judenblatt. Straflosigkeit den Mördern! Auf diese Art wird Rußland sicher zu Grunde gerichtet. Ganz dar-

nach ist die Adresse der Duma gehalten. Das „Prager Tagblatt“ schreibt:

Adresse der Duma. Petersburg, 15. Mai. Der Entwurf der Duma-Adresse, der in der heutigen Sitzung verlesen wurde, umfaßt folgende Punkte: Volle Amnestie, allgemeines Wahlrecht, verantwortliches Ministerium, volle gesetzliche Gewalt der Duma, Unverantwortlichkeit des Zaren, Abschaffung der Todesstrafe, der Ausnahmszustände und des Reichsrates, Revision der Staatsgrundgesetze und Koalitionsrecht. Er hat folgenden Wortlaut: „Euerer Majestät beliebte es, in der an die Volksvertreter gerichteten Rede die Entschiedenheit auszudrücken, die Institutionen unerschütterlich zu bewahren, durch welche das Volk berufen ist, die gesetzgeberische Gewalt im Vereine mit seinem Monarchen zu verwirklichen. Die Reichsduma erblickt in dem feierlichen Versprechen des Monarchen an die Volksvertreter ein Unterpfand der Festigung und Weiterentwicklung der Ordnung und einer Gesetzgebung, welche den streng konstitutionellen Grundlagen entspricht. Die Reichsduma ihrerseits wird alles daran setzen, die Grundlagen der Volksvertretung zu vervollkommnen und Euer Majestät zur Bestätigung ein die Volksvertretung betreffendes Gesetz unterbreiten, das dem einstimmig geäußerten Volkswillen gemäß auf dem allgemeinen Wahlrechte basieren wird. Der Aufruf Euerer Majestät zur gemeinsamen Arbeit zum Nutzen der Heimat findet lebhaften Wiederhall in den Herzen der Abgeordneten der Duma, die aus Vertretern aller Klassen und Nationalitäten bestehend, Rußland erneuern und eine Staatsordnung schaffen wird auf der Grundlage friedlichen Zusammenlebens aller und auf den festen Pfeilern der bürgerlichen Freiheit. Die Duma hält es aber für ihre Pflicht darauf hinzuweisen, daß die Bedingungen, unter welchen das Land lebt, in Wahrheit die fruchtbringende Arbeit zur Wiederverjüngung der besten Kräfte des Landes unumgänglich machen. Das Land hat eingesehen, daß der wundeste Punkt des Staatslebens die Eigenmächtigkeit der Beamten ist. welche den Zaren vom Volke trennen, und das Land hat einstimmig laut erklärt, daß eine Erneuerung des Lebens

nur auf den Grundlagen der Freiheit unter der selbsttätigen Beteiligung des Volkes an der legislativen Gewalt und an der Kontrolle der Exekutivgewalt möglich ist.

Euerer Majestät beliebte es, im Manifeste vom 30. Oktober von der Höhe des Thrones die feste Entschlossenheit kundzutun, eben diese Grundlagen zur Basis der ferneren Gestaltung der Geschicke Rußlands zu machen, und das ganze russische Volk begrüßte mit Begeisterung den Ruf der Botschaft. Doch schon die ersten Tage der Freiheit waren durch schwere Prüfungen verdüstert, welchen das Land von denjenigen unterworfen wurde, die dem Volke noch immer den Weg zum Zaren verlegen, alle Grundlagen des Manifestes vom 30. Oktober mit Füßen treten und dabei das Land mit der Schmach von Hinrichtungen ohne Richterspruch, Ausschreitungen, Füsilierungen und Einkerkerungen bedecken. Die Spuren dieser Handlungsweise der Administration in den letzten Monaten sind so tief in die Volksseele gedrungen, daß keine Pazifizierung möglich ist, solange dem Volke nicht klar wird, daß den Obrigkeiten, welche den Namen Eurer Majestät zum Deckmantel benutzen, von nun ab Gewalttätigkeiten untersagt werden, solange die Minister unverantwortlich vor der Volksvertretung sind, und solange die ganze Administration nicht erneuert wird. Nur wenn die Minister vor dem Volke verantwortlich gemacht werden, kann in den Gemütern der Gedanke der vollen Unverantwortlichkeit des Monarchen Wurzel fassen. Nur ein das Vertrauen der Mehrheit der Duma genießendes Ministerium kann das Vertrauen zur Regierung festigen. Nur bei einem solchen Vertrauen ist eine ruhige und normale Arbeit der Reichsduma möglich. Es ist vor Allem in Rußland nötig, die Ausnahmsgesetze des verstärkten Schutzes und des Kriegszustandes außer Kraft zu setzen, unter deren Schutz sich die Eigenmächtigkeit und die Unverantwortlichkeit der Beamten entwickeln und in Erscheinung treten. Gleichzeitig müssen sich die Grundlagen der Verantwortlichkeit der Administration vor den Volksvertretern einbürgern. Für eine frucht-

bringende Tätigkeit der Reichsduma ist die Durchführung der Grundlage einer wahren Volksvertretung erforderlich, welche darin besteht, daß nur die Einigkeit des Monarchen mit dem Volke die Quelle der gesetzgebenden Arbeit ist. Jede Scheidewand zwischen dem Kaiser und dem Volke muß beseitigt werden. Es darf auch nicht ein Gebiet der Gesetzgebung existieren, welches stets verschlossen wäre der freien Revision durch die Volksvertretung im Vereine mit dem Monarchen. Die Reichsduma hält es für ihre Pflicht, namens des Volkes Eurer Majestät zu erklären, daß das ganze Volk mit voller Kraft und Begeisterung, somit im wahren Glauben an das nahe Aufblühen der Heimat das schöpferische Werk der Lebenserneuerung vollführen wird, wenn zwischen ihm und dem Throne nicht der Reichsrat steht, der aus ernannten Würdenträgern und Erwählten der höchsten Bevölkerungsklassen gebildet wird, und wenn der gesetzgeberischen Kompetenz der Volksvertretung nicht durch besondere Gesetze Grenzen gesteckt sind. Im Bereiche der der Duma bevorstehenden gesetzgeberischen Tätigkeit erachtet sie es als eine unumgängliche Notwendigkeit, daß die Unantastbarkeit der Person und die Freiheit des Gewissens, des Wortes, der Presse, der Vereine und Versammlungen, sowie der Streikes durch ein genaues Gesetz sichergestellt werden. Ohne diese Grundlagen, welche schon im Manifeste vom 30. Oktober niedergelegt sind, ist keine Reform in sozialer Beziehung denkbar. Da die Duma von der unerschütterlichen Überzeugung ausgeht, daß weder die Freiheit noch die Ordnung befestigt werden kann, ohne daß die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetze verwirklicht wird, arbeitet sie ein Gesetz bezüglich der Gleichberechtigung aller Bürger bei gleichzeitiger Aufhebung aller ständischen, nationalen und religiösen Privilegien aus. Bestrebt, das Land von der administrativen Bevormundung zu befreien und die Beschränkung der bürgerlichen Rechte ausschließlich dem Gerichte zu überlassen, hält die Duma die Todesstrafe auch nicht auf Grund eines richterlichen Spruches für zulässig. Die Duma hält sich berechtigt,

zu erklären, daß sie der Interpret der einmütigen Bestrebungen der ganzen Bevölkerung am Tage der Wiederherstellung des Gesetzes über die Aufhebung der Todesstrafe sein wird. Die Klarstellung der Bedürfnisse der Landbevölkerung, und von entsprechenden gesetzgeberischen Maßnahmen bilden die nächste Aufgabe der Duma. Die Duma hält es auch für notwendig, ein Gesetz zu schaffen, welches die Gleichberechtigung der Bauern bestätigt und sie vom Drucke der Willkür und der Vormundschaft befreit. Für ebenso unaufschiebbar hält die Duma die Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiterklassen. Der erste Schritt auf diesem Wege muß die Sicherstellung der Organisationsfreiheit aller Arbeiter sein. Die Selbsttätigkeit zur Hebung ihres materiellen und geistigen Wohlstandes, ferner die Hebung der Volksaufklärung stellt sich die Duma zur Aufgabe. Auch hält es die Duma für notwendig, unter den unaufschiebbaren Aufgaben die Entscheidung der Frage der Befriedigung der längst reifen Forderungen bei einzelnen Nationalitäten anzuführen. Rußland stellt einen von vielen Volksstämmen und Nationalitäten bevölkerten Staat dar. Die geistige Einigkeit aller dieser ist nur möglich bei Befriedigung der Bedürfnisse eines jeden von ihnen, indem dabei die Eigenarten ihres Lebens gewahrt und entwickelt werden. Die Duma wird Sorge tragen für eine weitgehende Befriedigung dieser gerechten Bedürfnisse. Eure Majestät! An der Schwelle jeder unserer Arbeiten steht eine die Seele jedes Volkes aufregende Frage, welche auch uns Volksvertreter aufregt und verhindert, ruhig den ersten Schritt unserer legislativen Tätigkeit zu machen. Das erste Wort, welches in der Duma erschallte und mit den Sympathierufen der ganzen Versammlung aufgenommen wurde, war das Wort Amnestie. Das Land lechzt nach der vollen politischen Amnestie, welche eine Forderung des Volksgewissens ist. Diese kann nicht versagt werden. Ihre Erfüllung darf nicht verzögert werden, Euere Majestät!

Die Duma erwartet die volle politische Amnestie als erstes Unterpfand des gegenseitigen Verständ-

nisses und der Übereinstimmung zwischen dem Zaren und dem Volke."

(K.-B.) Petersburg, 15. Mai. Um drei Uhr nachmittags wurde die Sitzung der Duma eröffnet. Die Debatte galt zunächst einem Teile der Geschäftsordnung, der mit einigen redaktionellen Änderungen angenommen wurde. Um 7 Uhr 30 Minuten begann die Debatte über den Adreßentwurf. Graf Heyden und 50 bäuerliche Abgeordnete stellten den Antrag, die Debatte auf morgen zu verlegen. Der Antrag wurde abgelehnt. Der Referent der Adreßkommission Nabokov verlas sodann unter andauerndem Beifalle den Adreßentwurf. Die Sitzung wurde hierauf auf eine Stunde unterbrochen. (Pet. Tel.-Ag.)

Der erste Jakobiner-Redner war Sidělnikov. Er sprach wie Robespierre. Er sagte: „Am Donnerstag bei Eröffnung der Duma sah ich viele Brillanten und große Pracht. Vergeßt nicht, daß alles dies angekauft ist vom Gelde das Volkes. Alle diese Brillanten sind gekauft mit dem Geld meiner hungernden Brüder, es ist ihr Schweiß, ihr Eigentum. Zittert vor dem Augenblick, sobald das Volk erkennt, daß alles dies ihm gehört. Zittert vor der Abrechnung von unten." Sidelnikov verlangte zum Schlusse seiner Rede die Aufhebung der Kosakenregimenter. Die Duma zählt über 200 Kadetten! Das sind die russischen Jakobiner. Der Zar und die Regierung überhaupt sind in der Duma nur von einer kleinen Minorität vertreten. Die erdrückende Mehrheit der Duma ist gegen den Zar. Die Juden haben die Mehrheit in der Duma gesichert. Eduard Drumont schreibt in seinem berühmten Werke: „Das verjudete Frankreich" (deutsch erschienen im Verlag Dewald, Berlin) über die Verhandlungen der Nationalversammlung in Bezug der Gleichberechtigung der Juden in Frankreich folgendes: (Seite 238.)

„Die ungeheure Mehrzahl der Nation hatte keine Vorstellung von der Tragweite dieser Vorgänge. Die jüdischen Leiter der Freimaurerei hüteten sich begreiflicherweise zu verraten, um was es sich handle, und blieben einstweilen hinter den Kulissen. Die jüdische Frage, im eigentlichen Sinne des Wortes, fand ja in Frankreich damals keine Teilnahme. In-

zwischen hatte die königliche Gesellschaft der Wissenschaften und Künste in Metz einen Preis ausgeschrieben für die beste Denkschrift über die Mittel, das Los der Juden zu verbessern. Der schon 1787 fällige Preis ward erst am 23. August 1788 und zwar dem Abt Grégoire für seine Schrift: „La Régénération physique, morale et politique des Juifs“ erteilt. Diese Arbeit, schreibt Roederer in dem ersten darüber erstatteten Bericht, scheint fast alle Schwierigkeiten zu lösen. Sie verbreitet sich über die Politik, die Geschichte und die Moral, sie zeigt würdevoll und glänzend eine gesunde, ja mitunter eine erhabene Philosophie . . . Dennoch ist das Ganze unvollständig und unverdaulich, weil die behandelten Stoffe nicht gut geordnet sind. Zwar verbesserte der Verfasser durch eine Umarbeitung manche dieser Mängel, dennoch erhob sich das Buch nicht über eine mittelmäßige Leistung. Ohne seine Wohlgeneigtheit für die Juden zu verhehlen, verteidigte er sie etwa nach der Art der Lacretelle, indem er ein herzzerreißendes Bild entrollte, in welcher Weise sie diejenigen bedrücken, welche in ihre Hände fallen. Unglückliche Bewohner des Sundgaues! antwortet, wenn ihr die Kraft dazu fühlt. Ist die Lage, in welche euch die Juden gebracht haben, hier nicht in erschreckend wahrer Weise geschildert? Euer Land, ehemals so fruchtbar, in welchem eure Väter wohlhabend wurden, gibt es heute für euch und euere Nachkommen noch das kärgliche Brod? Entziehen euch jene unbarmherzigen betrügerischen Gläubiger nicht doch das im Schweiß eures Angesichts Erworbene? Weshalb noch die Felder bebauen, deren Ertrag für euch ein so geringer und ungewisser ist? Euer Vieh, euer Ackergerät wird verkauft, um die Gier jener giftigen Nattern zu befriedigen, nur damit ihr einen Teil der wucherischen Lasten abzutragen vermöget, mit denen ihr überbürdet seid. In die Unmöglichkeit versetzt, euer Land neu zu beackern, müßt ihr den Müttern fluchen, die euch unglückliche Nachkommen schenken. Euere durch Hunger und Kummer entnervten Arme, und die Lumpen, mit denen ihr bedeckt seid, bezeugen euer Elend, und ihr dürft sie mit euren

Tränen benetzen, solange der jüdische Wucherer es verschmäht, euch auch noch diese abzunehmen. Um alles kennen zu lernen, was gedruckt wird — und das Papier ist geduldig — vergleiche man, was ein hoher Verehrer Renan's über dessen Auslassungen mitteilt, die derselbe auf die Interpellation des Schatzmeisters vom Cercle Saint Simon (eines Juden Mayrargues) in einer Sitzung daselbst getan: „Als die Nationalversammlung im Jahre 1791 die Emanzipation der Juden beschloß, kümmerte sie sich herzlich wenig um die Rasse. Sie ging von dem Grundsatz aus, die Menschen nicht nach dem in ihren Adern fließenden Blut, sondern nach ihrem moralischen und intellektuellen Wert zu schätzen." Ich begreife nicht, weshalb die Juden am Fußgestell der Statue, welche sie für unser Geld jenem Abt Gregoire errichteten, obige Auslassungen nicht haben anbringen lassen? Die Fassungskraft eines Menschen, welcher, von der Pest ergriffen, wünscht, daß nun auch alle Welt von ihm angesteckt werden möge, ist eben überhaupt unbegreiflich. (Man kennt die traurige Rolle, welche dieser Abtrünnige nachmals gespielt hat, der ein Verräter an all und jedem ward, und dennoch in Julius Simon seinen Lobredner fand. Er befand sich gerade auf einer Reise nach Savoyen, und gab von dort schriftlich seine Zustimmung zur „Verurteilung Ludwig Capet's durch den Konvent, und zwar ohne Berufung noch Aufschub!" Später erklärte er mit jener ihn kennzeichnenden Durchtriebenheit, er habe darunter verstanden Ludwig XVI. „sei zum Leben verurteilt". Zum Kommandeur der Ehrenlegion, zum Senator und durch Napoleon zum Grafen des Kaiserreichs ernannt, erniedrigte er sich diesem gegenüber zu den unterwürfigsten Schmeicheleien, und war als echter Jakobiner, als es Zeit war, einer der Ersten, die die Absetzung Napoleons, seines früheren Wohltäters, verlangten. So wagte er es sogar in dem großen Galakleide eines kaiserlichen Senators sich Ludwig XVIII. vorzustellen. Von der Pairskammer und im Abgeordnetenhause ausgestoßen, in der Liste der Mitglieder der Ehrenlegion gestrichen, ward er selbst

unter Louis Philipp zurückgewiesen. Ebenso geldgierig als hinterlistig, benutzte er die Revolution von 1830, um durch Cremieux den rückständigen Sold als früherer Senator zu erhalten. Und solch einem Menschen errichtet man ein öffentliches Standbild!) Wenigstens hatten die Bemühungen Gregoire's aber einen Zweck. Das Bild, welches er im Jahre 1788 in einem Winkel Frankreichs entwarf, das ganze Frankreich des Jahres 1888 getreu zu schildern. Mit Hilfe noch einiger Anleihen zweier oder dreier großen Gesellschaften und etwa einiger Brandschatzungen, wie jene der Union générale, werden uns dann wohl die Juden auch gerade den Rest dessen, was sie bis jetzt die Güte hatten uns noch zu lassen, vollständig genommen und sich angeeignet haben. Jenes Preisausschreiben der Metzer Akademie war Veranlassung zur Herausgabe einer Anzahl von Denkschriften oder Broschüren. So veröffentlichte ein Herr von Foissac unter dem Titel: „Aufschrei eines Bürgers gegen die Juden“ eine geharnischte Philippika gegen die Aufführung der Israeliten in Elsass-Lothringen. Ein Benediktiner zu St. Avold, Namens Dom Chais, ehemals Pfarrer zu Charleville, schlug vor, die Juden wegen ihrer Schnellfüßigkeit beim Davonlaufen zu Boten für die Behörden zu verwenden, desgleichen zum Einsammeln von Honig, wegen ihrer bekannten Lüsternheit. In einer zweiten Schrift verglich er sie mit Raubvögeln, denen man Krallen, Schnabel und Flügel stutzen müsse. Ein gewisser Hailleccourt schlug vor, die Juden dadurch glücklich und gleichzeitig die Christen froh zu machen, daß man alle Israeliten in die Wüste nach Guyana schicke. Es erhellt aus alledem, daß für ihre Emanzipation die Stimmung keine günstige war. Als die konstituierende Versammlung eröffnet war, fanden sich in der Tat einige Israeliten in Paris, nämlich Mardochai, Polack, Jakob Trencl, Goldschmidt, sämtliche Rabbiner und Lazard, ein Juwelier. zusammen, um die Emanzipation der Juden in Frankreich nachzusuchen. Merkwürdigerweise beschäftigten jene Versammlung am selben Tage zwei früher als schlechte Komödianten und Spieler ersten Ranges berüchtigte

Individuen, insofern es sich darum handelte, ob diese Mitglieder zweier sehr zweifelhafter Genossenschaften zur Ausübung öffentlicher Ämter zugelassen werden sollten. Der schlechte Komödiant schien zwar weniger anzustoßen, indes wurde die Debatte lebhafter, als dabei die Judenfrage aufs Tapet kam.

Die deshalb gepflogenen Verhandlungen währten seit dem 21. September 1789 mehrere Tage. Herr von Clermont-Tonnerre, ein Edelmann von weitem Blick, dessen Nachkommen übrigens, wenn ich nicht sehr irre, sich bei der sauberen Angelegenheit der „Union générale“ sehr stark die Finger verbrannt haben, nahm hierbei das Wort für die Juden. Dieser Judenfreund wurde übrigens für seine schlechte Rede, welche eine ebenso schlechte Tatsache verteidigte, hart bestraft. „Am Morgen des 10. August 1792,“ so erzählt der Graf von Reiset in seinem Buch: Les Modes et Usages aux temps de Maria Antoinette, „erlebte er es, daß man in sein Haus eindrang, weil man glaubte, er habe daselbst Waffen versteckt. Er ward verhaftet und vor die Bezirks-Versammlung geführt, hier ergab sich jedoch seine Unschuld und er ward entlassen. Als er zurückgekehrt war, wiegelte ein von ihm weggejagter Koch das Volk gegen ihn auf; er wollte zur Menge sprechen, erhielt aber einen Sensenhieb am Kopf, flüchtete verwundet nach der Rue Vaugirard zu einer Frau von Brassac, ward hier bis in den vierten Stock jenes Hauses verfolgt und schließlich getödtet.“ Der Bischof von Nancy, Herr de la Fare, erzählt eine sehr nette Geschichte, die jüdischerseits in ähnlicher Weise sich wiederholt hat. Wer erinnert sich hierbei nicht des bekannten Ausspruchs des Erzbischofs Dupanloup bezüglich Jules Simon: „Er wird sicher noch eher Kardinal, als ich.“ „Eines Tages,“ so teilt er mit, „als ich mich bei einem Volksauflauf unter die Menge begab, um die Ruhe wieder herzustellen, trat einer der Aufwiegler an mich zu und sagte: „Wenn wir Sie verlören, so würde sicherlich ein Jude Bischof, denn diese Menschen wissen sich geschickt überall einzudrängen.“ Der Abt Maury sprach hierauf sehr verständig und machte am Beispiel Polens klar, was

aus Frankreich werden würde, wenn es unter die Botmäßigkeit der Juden käme. Die Juden, sprach er, haben sich 17 Jahrhunderte hindurch unvermischt mit anderen Nationen behauptet, stets hauptsächlich nur Geldgeschäfte gemacht und sind die Geißel der ackerbautreibenden Klasse geworden, ohne daß je die Hand eines Juden die Pflugschar angerührt hätte. So sind sie in den Besitz des größten Teils von Polen gekommen und so tränkt der saure Schweiß der Christen die Felder, während jüdischer Reichtum blüht. Auf den so bebauten Länderstrecken wiegt der Jude nur Dukaten, und sinnt darauf, wie er jene Münzen ungestraft entwerten kann. In Elsaß haben die Juden gegen 12 Millionen Hypotheken an Grundbesitz, in einem Monat vielleicht schon werden sie die halbe, in zehn Jahren sicher die ganze Provinz zu einer jüdischen Kolonie umgestaltet haben. Ein Voksvertreter des Elsaß, Namens Rewbell, der keineswegs für einen Rückschrittsmann galt und die Juden genau kannte, bestätigte dies in vollstem Maße. Camille Dumoulins, der gern über Dinge sprach, die er nicht kannte, nahm, wie alle Republikaner unserer Zeit, Partei für die Fremden und gegen seine Landsleute. Bei solcher Gelegenheit antwortete Rewbell diesem Verfechter der Semiten, die man damals Afrikaner nannte, in einer Weise, die es verdient hier angeführt zu werden. Nachdem er seinen Gegner aufgefordert, mit ihm einen kleinen Ausflug nach dem Elsaß zu machen, fügte er hinzu: „Zu Ihrer Menschlichkeit würde ich, nachdem Sie kurze Zeit dort mit eigenen Augen die Zustände gesehen, das Vertrauen haben, daß Sie Ihren ganzen Einfluß zu Gunsten meiner arbeitsamen, durch jene gierige afrikanische Bande in der scheußlichsten Weise ausgesogenen Landsleute aufwenden würden.“ Robespierre, ein eifriger Freimaurer, dessen Vater Altmeister der Loge zu Arras und einer der größten Verbreiter von Neuerungen in Frankreich war, erklärte sich für die Juden, was seine Popularität begreiflich macht. Ebenso war es mit Talleyrand, der, gleich Voltaire, eine jüdische Seele besaß; er begriff, daß die geschworenen Feinde Christi sich gern mit dem Ver-

gänglichen befaßten, und verhandelte gern mit ihnen, um da bei etwas von dem Wucher zu erhaschen, den die Juden mit den Gütern des Klerus trieben. (Die Geistlichkeit des Sprengels von Autun durchschaute die unsauberen Manöver ihres Bischofs und schwieg nicht dazu. Als dieser Abtrünnige die Pfarrer und Vikare der Provinz Saone et Loire aufforderte, sich seinen Anordnungen zu fügen, erhielt er folgende Antwort: Gnädiger Herr! Ihre Handlungsweise hat uns nicht überrascht. Nachdem sie auf einem Standpunkt angelangt ist, wo durch nichts mehr in der öffentlichen Meinung Ihre Schandbarkeit und Niedrigkeit verdeckt werden kann, werden Sie die Früchte davon ernten. Wenn Sie aber geglaubt haben, in den Persönlichkeiten der Ihnen untergebenen Geistlichkeit Teilnehmer zu finden, so haben Sie sich sehr getäuscht. Man ahmt nur Denen nach, die man hochschätzt. Räuber uud Schänder der Kirche, Advokat der Juden! Das sind keine Titel, die unser Vertrauen verdienen.“ Am 27. September 1791 verhandelte die Versammlung wieder über diesen wichtigen Gegenstand. Dupont machte in sehr geschickter Weise aus der sozialen Frage eine religiöse, und stellte sich auf den Standpunkt der Religionsfreiheit. — Herr von Broglie trat für folgende Gesetzesfassung ein: „Die bürgerliche Eidesleistung der Juden ist dem förmlichen Verzicht auf die politischen und zivilrechtlichen Gesetze gleichzuachten, denen die Juden bisher unterworfen waren.“ Die edle und fromme Frau Elisabeth durchschaute das Unheil, welches die Annahme dieses Gesetzes für Frankreich mit sich bringen werde. Sie schrieb an Frau von Bombelles: „Die National-Versammlung hat dadurch, daß sie fortan den Juden zu allen Stellungen und Ämtern Zutritt gestattet, ihren einfältigen und irreligiösen Beschlüssen die Krone aufgesetzt. Ich kann meine Entrüstung hierüber nicht verbergen. Gott, der das Üble oft lange gestattet, hat auch seine Tage des Zornes, wenngleich er dann mit Milde straft.“

Im Mai 1872 hat Cremieux über dieses klarer als unsere heutigen Politiker voraussehende Opfer

jener Schreckenszeit noch gespöttelt). Ein Vertreter, Namens Prugnon, den die Juden für sich gewonnen hatten, widersetzte sich diesem Antrage, unter dem Vorgeben, daß ihre Zivil-Gesetze mit ihren religiösen Gesetzen gleichbedeutend seien. Seiner Meinung nach müsse sich also Frankreich eher den Juden, als umgekehrt diese dem Staat unterwerfen. Die durch Debatten sichtlich gelangweilte Versammlung nahm den Antrag Dupont's in folgender Fassung an: Die Nationalversammlung beschließt: In Anbetracht, daß die Verfassung die Bedingungen festgesetzt hat, unter welchen man allein französicher Bürger sein kann; in Anbetracht ferner, daß Jeder, welcher die Eigenschaften eines französischen Bürgers besitzt, den bürgerlichen Eid auf die Verfassung zu leisten hat und damit alle Verpflichtungen übernimmt, welche dieselbe auferlegt, so wie alle Rechte, welche sie verleiht — hebt jeden Aufschub, Vorbehalt und jede Ausnahme auf, welche die früheren Bestimmungen betreffs der Juden enthielten, so daß fortan die bürgerliche Eidesleistung der Juden einem Verzicht auf ihre zu ihren Gunsten bestandenen Privilegien und Ausnahmestellungen gleich zu achten ist. Rewbell brachte nichtsdestoweniger nochmals die Angelegenheit zur Sprache, indem er hervorhob, daß die den Juden so sympathische Versammlung doch auch einiges Mitleid mit den elsässischen Christen haben möge. Die Juden, so sprach er, sind in diesem Augenblick Gläubiger in einer Höhe von 12 bis 15 Millionen Kapital und Zinsen. Wenn man bedenkt, daß die Schuldner kaum 3 Millionen zusammen besitzen und daß die Juden doch sicher nie daran gedacht haben würden auf 3 Millionen Vermögen 15 Millionen darzuleihen, so könne man überzeugt sein, daß von dem Betrag dieser Schuld mindestens 12 Millionen erwuchert seien. — Die Versammlung beschloß, daß die Juden verpflichtet sein sollten, innerhalb eines Monats Belege ihrer Forderungen vorzulegen, um hiernach eine der Billigkeit entsprechende Auseinandersetzung von Gläubigern und Schuldnern bewirken zu können. Wie vorauszusehen war, blieb diese Maßregel wirkungslos. Um einem Juden wirklich

beizukommen, muß man sehr schlau sein. So war also der Jude in Frankreich einheimisch! Das Gerücht von dieser Botschaft lief wie ein Lauffeuer von Stadt zu Stadt bis in die entlegensten Ghettos; überall wurden im Allerheiligsten der Tempel Dankopfer gebracht, ebenso in den Judenschulen. Am 21. Oktober 1793 ward in der Synagoge zu Metz ein hebräischer Lobgesang, gedichtet von Moses Enshaim, nach der Melodie der Marseillaise abgesungen.“

Das ist also im Jahre 1793 geschehn. Heute nach 103 Jahren wiederholt es sich in Rußland. Was ist aus Frankreich geworden? Die „Germania“ schrieb folgendes: Finanzen und Combismus in Frankreich. Paris, 24. März. Nachdem die Kammer das Budget mit 464 Stimmen gegen 45 angonommen hatte, ist sie bis zum 3. April in die Ferien gegangen. Bei ihrer Wiedereröffnung wird sie ziemlich einschneidende Veränderungen an der von ihr gemachten Budgetaufstellung seitens des Senats vorfinden, der sich bei seinen Beratungen von rein finanziellen Gesichtspunkten leiten lassen kann und keine Gunstbezeugungen an gewisse Wählerklassen im Hinblick auf die demnächstigen Wahlen zu machen braucht. Das Finanzbild ist nämlich kein rosiges. Finanzminister Poincaré hat es ohne Umschweife eingestanden, daß ein Fehlbetrag von 100 Millionen Franks vorliegt, der sich auch bei der Aufstellung des Budget für 1907 noch bemerkbar machen wird. Wie soll er gedeckt werden? Innerhalb Jahresfrist können keine Reformen und jedenfalls nur sehr unbedeutende Ersparnisse gemacht werden. Man wird also aufs neue gezwungen sein, zu einer Anleihe oder der Eröffnung einer neuen Steuerquelle zu greifen. Wo die letztere in einem so steuerbedrückten Lande wie Frankreich zu entdecken sei, wissen die Götter. Herr Poincaré hat, obwohl er ja als Regierungsmann die nackte Wirklichkeit ein bischen verkleistern mußte, eine ernste Mahnung an die Kammer gerichtet, indem er ihr nach dem Beispiel seiner Vorgänger ebenfalls äußerste Sparsamkeit anempfahl und des weiteren für die nächste Legislaturperiode Fiskus- und Verwaltungsreformen in Aussicht stellte. Die Lösung dieser Fragen

wird zwar im zopfigen Frankreich auf große Schwierigkeiten stoßen, aber ohne sie ist z. B. die Durchführung der Altersversicherung der Arbeiter rein unmöglich. Man wird also wohl oder übel in den sauren Apfel beißen müssen. Der bedeutendste Volkswirt der Kammer, Jules Roche, hat in einer meisterlichen Rede dargelegt, auf welch schiefe Ebene die Freimaurer- und Sektiererpolitik die Finanzen des an natürlichen Reichtümern so gesegneten Landes gebracht hat. „Die laufenden Ausgaben," rief er aus, „erheben sich auf 3 Milliarden 713 Millionen jährlich. Außerdem haben die Steuerzahler an Gemeinde- und Departementsausgaben 1 Milliarde 228 Millionen zu leisten, was eine Gesamt-Ausgabe von rund 5 Milliarden jährlich ergibt. Nach meinem Dafürhalten kann das unmöglich so weitergehen, und ich bestreite, daß andere Ausgaben als solche, die dem öffentlichen Wohl dienen, nötig seien, und daß eine politische Partei mit den Finanzen nach Belieben schalten und walten dürfe. Das erste und einzig wahre wirtschaftliche Gesetz für alle Länder und Parteien heißt, die Ausgaben der nationalen Produktionskraft anzupassen und sie nicht in den Parteidienst jener zu zwängen, welche regieren . . ." Die Anspielung auf die Blockpolitik ist hier unverkennbar und vollauf berechtigt. Finanzen und Allgemeinpolitik sind unzertrennlich. Die ersteren sind, wie der „Temps" sich ausdrückt, der Abglanz der letzteren. Wenn sich das allgemeine Wahlrecht diese Erwägung zu Grunde legte, so wäre es allerdings um den Block geschehen, der in den letzten Jahren jede selbständige Lebensäußerung unter seine Tyrannei gebracht und jede persönliche Freiheit vergewaltigt hat. Alles soll ja nach dem richtigen Blockrezept vom Staate überwacht werden. Er erteilt Prämien an die Moral, an die Industrie, an den Wandel. Ein derartiges ausgesprochenes Schutzsystem muß notgedrungen nicht allein auf die persönliche Tatkraft lähmend wirken, sondern auch auf die gesamte nationale Entwickelung. „Vom Protektionismus zum Sozialismus ist es nur ein Schritt. Ein Prämienbudget bereitet dem sozialen Budget die Wege vor." Schon des öfteren sind ja im Palais Bourbon zum Beispiel Stimmen laut ge-

worden, welche an den Staat allen Ernstes das Ansinnen stellten, ein Mindestgehalt in verschiedenen privaten Berufszweigen zu garantieren. Das sicherste Mittel, um den tyrannischen Auswüchsen auf moralischem und materiellem Gebiete vorzubeugen, läge wohl, wie der Präsident der action libérale populaire, Herr Piou, neulich in einer Rede in Nancy ausgeführt hat, in der Abänderung der Verfassung. Es hieß in dieser vielbemerkten Ansprache u. a.: „Die Verfassung von 1875 macht 300 Parlamentarier zu Cäsaren. Sie bestimmen nach Belieben. Sic volo, sic jubeo. Wenn es die Mehrheit will, so will es das Gesetz. Keine höhere Macht, kein natürliches Recht. Unsere 300 kleine Tyrannen können über unsern Besitz verfügen, über unseren Glauben und über unsere Rechte. Die Tyrannei eines Einzigen ist erträglicher als diese unverantwortliche Kollektivtyrannei. Wir werden erst an dem Tage ein freies Volk sein, an dem wir eine Charte besitzen, welche unsere Rechte und Freiheiten klar bestimmt, und einen höheren Richterstuhl, der sie garantiert." Den letzten Freitag Abend konnte dem „Väterchen Combes" endlich die goldene Medaille überreicht werden, für welche die Blocksubskriptionen so langsam geflossen sind. Ein Jahr beinahe ist nötig gewesen, um den nötigen Betrag zu sammeln. Der Freimaurermogul Herr Brisson war natürlich als Vorsitzender dieses Banketts ganz am Platze. Auch der linke Flügel des Kabinetts hatte in den Ministern Briand, Doumergue, Thomson und dem Unterstaatssekretär des Innern seine Vertreter gesandt. „Väterchen" war vom Generalstab des Blocks umgeben, des Blocks bösen Angedenkens, den Jaurès nach Belieben lenkte. Dem Bankett, das eine Apotheose des Combismus darstellen sollte, ist eine politische Bedeutung nicht abzusprechen. Eine Reihe von Präfekten und Unterpräfekten waren erschienen und konnten sich Wahlrezepte holen. Daß der oberste Logenbruder Frankreichs, Lafferre, nicht fehlte, ist selbstverständlich, und auch die Anwesenheit der bekannten Kulturkämpfer, wie Pelletan, Valle, Trouillot, Buisson, F. Rabier, Zéveus, Meunier, Mascuraud etc. schien

mehr als angezeigt. Die Reden des Vorsitzenden Brisson, des Ministers Thomson, des Exministers Pelletan und des Exministerpräsidenten Combes boten nichts Neues dar, wenn nicht die unverhohlen zum Ausdruck gekommene Angst vor dem Wahlausfall. Wenn Herr Brisson das „schwarze Gespenst“ an die Wand malte, so blieb er völlig in seiner Rolle. Es ist merkwürdig, wie zäh dieses Gespenst ist, und wie fruchtlos die seit Jahren so kräftig gegen es einsetzende Politik der Laienapostel. Ein Geständnis der eigenen Schwäche. Merkwürdigerweise proklamierte Minister Thomson den Combismus als die „traditionelle Politik der Republikaner“. Hier mag der Wunsch zum Vater des Gedankens geworden sein. Die Geschichte hat neuerdings bewiesen (und selbst im radikalen Lager dämmert diese Erkenntnis), daß der Combismus dem Block den Todesstoß versetzte und die Republik gefährdete, daß es Blockdissidenten zu einflußreichen politischen Stellungen brachten wie Doumer, Leygues und Poincaré, und daß es selbst eingefleischte Blockleute wie Clemenceau für gut hielten, gewisse combistische Testamentsvermächtnisse wie den „offiziellen Delegierten“ schleunigst über Bord zu werfen. Combes ist sich, das muß man ihm zugestehen, gleichgeblieben. Seine Reden zeichnen sich immer noch durch ihre Länge, Unklarheit und selbstherrlichen heftigen Charakter aus. Der Unselige scheint die heutige innerpolitische Lage nicht zu kennen, sonst würde er nicht von Triumphen seiner Politik sprechen. Er will den Widerstand anläßlich der Inventarisierung niederdrücken, aber das Wie? wird verschwiegen. Er ist ganz naiv erstaunt darüber, daß der Papst den Jakobinern nicht sofort entgegenkommt und sich in ein „berechnendes rätselhaftes Schweigen hüllt“. Gleich Brisson fürchtet auch das „Väterchen“ trotz seiner in allen Farben geschilderten Siege die „klerikale Hyder“. Tausendmal hat man sie totgeschlagen — und immer lebt sie noch. Sie ist sogar so mächtig und drohend, daß dem Oberblockman Combes der Schweiß auf die Stirn kommt, und er in seiner Bedrängnis die Anarchisten zur Rettung herbeiruft. „Dem Block der Reaktion muß der nach

links und immer mehr nach links erweiterte republikanische Block entgegengesetzt werden. Einigung um allen Preis.“ Diese Wahlparole hat Combes unter dem Beifall seiner Bankettgenossen ausgegeben. Die Mahnung an die Gemäßigteren, vor Zugeständnissen an die Revolutionären nicht zurückzuschrecken, war ganz unnötig. Sie kommen ganz von selbst. Die letzten Gemeinderatswahlen in Toulouse u. a. haben klar genug bewiesen, daß die extreme Sozialistenpartei Zugeständnisse bekommt, so viel sie nur will und ihre radikalen Verbündeten rücksichtslos aus dem Feld schlägt.

*

Paris, 23. März. Der frühere Ministerpräsident Combes hielt heute Abend auf einem ihm zu Ehren veranstalteten Festessen eine Rede, in der er ausführte, wenn man unter seinem Ministerium nicht zunächst an die Frage der sozialen Reformen herangetreten sei, so sei das deshalb nicht geschehen, weil erst der Klerikalismus hätte besiegt und die religiöse Gewalt aus dem bürgerlichen Leben ausgeschaltet werden müssen. Bezüglich des Trennungsgesetzes führte Combes aus, er glaube, daß dieses Gesetz noch zu Zwischenfällen Anlaß geben werde. Die Frage der Trennung von Staat und Kirche werde die Grundlage sein, auf der die nächsten Parlamentswahlen sich vollziehen werden; auf dieser Grundlage werde von den vereinigten Parteien der Rechten ein Block gebildet werden. Die Republikaner müßten also einen Block gegen die Reaktion bilden. Combes trank schließlich auf eine vergrößerte Majorität, vergrößert aber nach links hin durch die neuen Rekruten, die das allgemeine Stimmrecht ihr bringen werde. Für das combistische Blockministerium Sarrien sind damit die Grundlinien seiner Politik vorgezeichnet. Auch Clemenceau und Briand werden gegen dieses Programm kaum etwas einzuwenden haben. — In der Deputiertenkammer erlebte die Regierung heute einen Erfolg. Die gegen ihr Flottenprogramm von sozialistischer Seite gerichteten heftigen Angriffe wurden mit überwältigender Mehrheit zurückgeschlagen.

Bei der fortgesetzten Beratung des Finanzgesetzes sprach Bouhey-Allex über das Flottenprogramm und fragte, ob man bedacht habe, welche Folgen die Vermehrung der französischen Seestreitkräfte haben werde. Generalberichterstatter Pierre Baudin erklärt, es sei jetzt nicht der Augenblick, über diese Frage eine Erörterung anzustellen. Bouhey-Allex fährt trotz des Widerspruchs des Hauses in seinen Ausführungen fort und sagt: Ein Hauch des Wahnsinns geht durch die Kammer. Wenn wir Defizits haben, so haben wir sie, weil wir ungezählte Millionen in den Schlund des Kriegs- und des Marinebudgets werfen. Marineminister Thomson erklärt darauf, er wolle nicht von neuem in eine Diskussion über das Flottenprogramm eintreten, er müsse aber wiederholen, daß eine Vermehrung der Seestreitkräfte absolut notwendig sei. Der Oberste Marinerat habe besonders anerkannt, daß die deutsche Flotte mehr große Panzerschiffe habe, als die französische. Von den Mächten werde die Zahl ihrer Gefechtseinheiten vermehrt und besonders deren Placement vergrößert. Der Minister betont nochmals die Vermehrung der deutschen Flotte und erklärt, das von der Kammer Geforderte sei das Mindestmaß des zu Fordernden. Will die Kammer, fragt Redner, auf Frankreichs Machtstellung zur See verzichten? Ist man sicher, daß die Verteidigung des Landesgebiets gesichert wäre, wenn man die Herrschaft auf dem Meere einer rivalisierenden Macht überließe? Wir geben für unsere Flotte 135 Millionen aus, Deutschland aber gibt für die seinige 180 Millionen aus. Unser Land kann ein Förderer des Friedens nur sein, wenn seine Grenze gesichert ist. Improvisationen zur kritischen Stunde können teuer zu stehen kommen und entsprechen nicht den vom Lande gebrachten Opfern. (Beifall auf vielen Bänken.) Hierauf wird der Rest des Gesetzes und dann mit 464 gegen 45 Stimmen das Budget im ganzen angenommen. Das Haus vertagt sich dann bis zum 3. April.“ Diese Stimmungsbilder werfen auf Frankreichs innere Zustände ein bengalisches Feuer. Der alte Adel in Frankreich ist verarmt und rettet sich durch Judenheiraten.

Das „Prager Tagbl." brachte 15. Mai schmunzelnd diese Nachricht:

„Aus der Pariser Aristokratie. Wie den „L. N. N." aus Paris berichtet wird, ist dort eines der ältesten Mitglieder der französischen Aristokratie, der Graf Alexander von Breteuil, im Alter von 90 Jahren gestorben. Ein Sohn jenes Grafen Achille von Breteuil, der dem ersten Kaiserreiche als Präfekt diente und von Napoleon III. zum Senator ernannt wurde, gehörte er vorübergehend der Deputiertenkammer an. Seit 1846 war er mit Charlotte Fould verheiratet, der Tochter des bekannten Finanziers Achille Fould, der anfangs an der Spitze des Pariser Bankhauses Fould-Oppenheim stand und dann während des zweiten Kaiserreichs mehrere Male das Portefeuille des Finanzministers in Händen hatte. Der älteste Sohn des Grafen von Breteuil, der Marquis Henry von Breteuil, hat zwölf Jahre lang das Departement der Hoch-Pyrenäen in der französischen Deputiertenkammer vertreten, ist mit einer reichen Amerikanerin, Miß Lita Garner, vermählt und einer der intimsten Freunde des Königs Eduard VII., der es nie versäumt, ihn zu besuchen, so oft er in Frankreich weilt. Im Hause des Marquis de Breteuil hatte König Eduard seinerzeit einige seiner bedeutsamen Zusammenkünfte mit dem damaligen Minister des Auswärtigen, Delcassé."

Die katholische Kirche in Frankreich ist beraubt und zu Boden geworfen durch Verrat ihrer eigenen Bischöfe und Priester.

Wohin der Parlamentarismus ein Land und ein Volk bringen kann, davon ist Frankreich ein trauriger Beleg. Die letzten Wahlen beweisen es. Das orthodoxe Judenblatt die „Frankfurter Ztg." schrieb:

„Die Stichwahlen in Frankreich. Paris 20. Mai. Die Stichwahlen für die Deputiertenkammer sind in Paris und, soweit bisher bekannt, auch im übrigen Frankreich ohne besonderen Zwischenfall verlaufen. Die Resultate, die bis jetzt vorliegen, bestätigen den Sieg der Republikaner. In Paris, wo zwanzig Stichwahlen vorzunehmen waren, sind alle Nationalisten mit Ausnahme des bisherigen

Deputierten Tournade unterlegen. Der Sozialist Viviani verdrängte den Nationalisten Auffray, der Sozialist Groussier den Obersten Marchand, der Radikale Dépasse den Nationalisten Guyot de Villeneuve mit beträchtlichen Mehrheiten. Der Richter Magnaud ist gewählt. Ferner wurden oppositionelle Wahlkreise vom Radikalen Chautard und dem Sozialisten Wilm erobert. Die Sozialisten gaben einen Sitz in Paris an die Radikalen ab, verzeichnen dagegen bereits in Lyon und Valenciennes drei Gewinne. Die Radikalen Maujan, Buisson und Messimy sind wiedergewählt. — Paris, 21. Mai. In Paris sind nunmehr nach dem Abschluß der gesamten Wahlen 34 Republikaner und 16 Oppositionelle gewählt worden. Die Republikaner haben insgesamt acht Sitze in Paris gewonnen. Die Nachrichten aus der Provinz melden bisher bereits vier Verluste der Gemäßigten und zwei Niederlagen der Nationalisten. Unter den besiegten Gemäßigten befindet sich Fleury-Ravarin und Julien Goujon. Die Sozialisten verzeichnen bisher acht Gewinne. In St. Etienne wurde der Sozialist Ledin gewählt. In Angoulême ist der Radikale Mulac gegen Déroulède wiedergewählt worden, in Pontoise der Radikale Aimond gegen den Hauptmann Driand. Labori ist in Fontainebleau gewählt worden. Die Opposition hat neben ihren zahlreichen Verlusten bisher nur einen Gewinn zu verzeichnen in Brest, wo der Führer des gelben Arbeitersyndikats Bietry den Sozialisten Gonde geschlagen hat.

Paris, 21. Mai. Die Resultate der Stichwahlen liegen nunmehr nahezu vollständig vor. Unterlegen sind von bekannteren Abgeordneten noch die Gemäßigten Coutant, Montebello und Ancel-Seitz, der Klerikale Pichat, der sich als Verteidiger des Kartäuser-Ordens hervortat, und der Nationalist Corrard des Essards, Abdeordneter von Nancy. Unter den Neugewählten befinden sich Joseph Reinach, und sein Onkel Theodor Reinach, sowie Edmond Gast, der Schwager des Obersten Picquart. Schließlich wäre noch der Sozialist Varenne zu erwähnen, der Redakteur an der „Humanité“ nnd „Lanterne“ ab. In der künftigen Kammer werden die einzelnen Par-

teien in folgender Stärke vertreten sein: orthodoxe Sozialisten 53, unabhängige Sozialisten 19, Radikal-Sozialisten 129, Radikale 115, demokratische Union 82. Auf die Opposition entfallen 75 Gemäßigte, 77 Klerikale und 29 Nationalisten. Zehn Wahlen sind noch nicht bekannt oder politisch zweifelhaft.

Der zweite Wahlgang in Frankreich ist so ausgefallen, wie man vorausgesehen hatte: die Republikaner haben einen durchschlagenden Sieg erfochten. Das ist die Ergänzung und Verstärkung ihres Sieges vom 6. Mai. Die Niederlage hat wieder vornehmlich die Gemäßigten (Progressisten) und die Nationalisten getroffen. In der vorigen Kammer zählten die ersteren 76, die letzteren 51 Mandate; jetzt haben sie nur noch 66 und 30; sie werden also wesentlich geschwächt in die neue Kammer einziehen. Auf der anderen Seite haben die Blockparteien entsprechend zugenommen, am meisten die Radikal-Sozialisten und die Sozialisten. Die Radikal-Sozialisten sind von etwa 100 auf 127 (129) gekommen und bilden mit dieser Zahl die stärkste Partei in der neuen Kammer.

Die Sozialisten hatten in der alten Kammer rund ein halbes hundert Sitze; jetzt haben sie zusammen 75, also 25 mehr wie bisher. Das Wahlergebnis ist zunächst aus dem Grunde bemerkenswert, weil es jetzt möglich sein wird, eine fortschrittliche Regierungsmajorität ohne die Sozialisten zu bilden. Demokratische Union, Radikale und Radikal-Sozialisten zählen nämlich zusammen nahezu 330 Mitglieder, das sind über 30 Stimmen mehr wie die absolute Majorität der Kammer, die im ganzen 591 Sitze hat. Die nächste Folge der Wahl wird also eine Auseinandersetzung über die Frage sein, ob der republikanische Block in seiner bisherigen Form, welche die Sozialisten einschließt, aufrecht erhalten, beziehungsweise wiederhergestellt werden soll oder nicht, das heißt, ob die Sozialisten aus der Regierungsmajorität austreten werden. Nach dem, was bisher in der Presse über diese Frage verlautete, ist man auf radikal-sozialistischer Seite geneigt, die Verbindung mit den Sozialisten fortzusetzen, während die Sozialisten selbst großen Wert auf ihre völlige Unabhän-

gigkeit legen. Wenigstens gilt dies von den sogenannten geeinigten Sozialisten unter Führung von Guesde und Jaurès, und da diese bedeutend in der Mehrzahl sind (56 gegen 19), so wird die Frage wohl in ihrem Sinne entschieden werden. Bemerkenswert ist das Wahlergebnis noch deshalb, weil hervorragende Vertreter des Hauptmanns Dreyfus gewählt worden sind. Labori, sein Verteidiger in Rennes, Josef Reinach, sein Historiker, und Gast, der Vetter seines Unschuldszeugen Picquart. Damit hat Dreyfus seinen Rehabilitierungsprozeß vor dem allgemeinen Stimmrechte gewonnen und der Kassationshof braucht jetzt nur noch sein Siegel auf das freisprechende Urteil zu drucken."

So schreibt das Judenblatt. Es kann seinen Jubel über die Judenherrschaft in Frankreich gar nicht mehr bemeistern. Wollte man über diese traurigen Vorgänge in Frankreich schreiben, so müßte ein großes Lexikon geschrieben werden. Drumont hat in seinem Werke „Das verjudete Frankreich" alles Material bearbeitet. Sein Werk ist schon über 20 Jahre alt, und ist auch bei den Franzosen ohne allen Eindruck eingegangen. Drumont predigte und predigt tauben Ohren, was er denn auch selbst offen zugesteht.

Die Republik ist nun vollends zur Beute der Juden und Sozialisten geworden. Die Priester und Ordensleute sind aus dem Lande vertrieben und vom Staate des Vermögens beraubt. Sie können betteln gehn. Das Werk der Revolution vor 100 Jahren wird heute fortgesetzt. Was ist nun der französische Klerus? Sind die französischen Priester feige Memmen, Verräter ihrer eigenen Sache? Wir wissen es nicht, wir wollen auf niemand Steine werfen, ohne Beweise in der Hand zu haben, daß wir dazu berechtigt sind. Eins ist sicher, daß man die Wirkungen nach ihren vorausgehenden Ursachen beurteilen muß. Bischöfe und Priester, welche feige und verräterisch die Fahne Christi um ihrer eigener Bequemlichkeit willen, um den Vorteil eigener Person zu fördern, verlassen, vor den grimmigen Feinden der christlichen Religion die Flucht ergreifen, sich wie schamlose, feige Memmen verkriechen, das Feld dem Feinde völlig über-

lassen, daheim mit dem „Gebet“ die Unterlassungssünden „wegzubeten“ versuchen, können nichts anderes erwarten, als daß man ihre Kleriken zerfetzt, ihre Häuser zerstört, sie selbst dann auf die Gasse jagt. Allerdings muß zugegeben werden, daß der Priester, auch wenn er seine Seele opfert, dort nichts ausrichtet, wo eine bewußte und vorsätzliche Bosheit gegen ihn vorhanden ist, wie bei den Juden, Freimaurern und Sozialdemokraten. Von diesen gilt das Wort der hl. Schrift, man dürfe die Schweine nicht mit Perlen füttern. Aber es gilt die Abwehr zur rechten Zeit, die Arbeit bei den Verführten! Sie, die Verführten, dem Feinde zu entreißen, unter der Fahne Christi zu scharen, das ist die Arbeit aller Priester auf der ganzen Welt. Wo nun Bischöfe, kirchliche hohe Würdenträger und Priester dieser Pflicht nicht nachkommen, dann folgt notwendig der Zusammenbruch, wie es heute namentlich in Frankreich, Ungarn und anderen dem Abfall und Unglauben preisgegebenen Gebieten der Fall ist. Da ist Christus geschlagen, da ist Talmud der Sieger. Die Wächter auf dem Sion schlafen, der Feind hält die Ernte. (Siehe die Visionen der seligen Katharina von Emmerich.)

Wie weit es in den Staaten gekommen ist, wo die Gleichheit der Juden vor 50 Jahren durchgeführt wurde, davon nur einige Momentbilder.

„Beförderung jüdischer Richter in Preußen. Berlin, 4. April. Seit einigen Tagen gehen durch die deutsche Presse Nachrichten, welche den Glauben erwecken könnten, daß der neue preußische Justizminister Beseler in Bezug auf die Beförderung jüdischer Richter andere Grundsätze als sein Vorgänger befolgt. Während unter dem Ministerium Schönstedt die Beförderung jüdischer Richter in höhere Stellen ausgeschlossen war — nur der Schulfreund des Kaisers, der jetzige Oberlandesgerichtsrat Sommer in Kassel machte eine Ausnahme, — sind jetzt drei Richter jüdischen Glaubens zu Oberlandesgerichtsräten befördert worden, und zwar ist der Landesgerichtsrat Hammerschlag in Hannover als Kammergerichtsrat nach Berlin berufen

worden, die Landesgerichtsräte Wieruszowski und Rothschild in Köln sind Oberlandesgerichtsräte, der eine in Köln, der andere in Hamm, geworden."

Bisher wurden in Preußen traditionell die Juden zum Richteramt nicht zugelassen.

Die Gerichtsbehörde in Prag hatte 2 Verhandlungen auf den 1. Mai angesetzt. Es waren dies Angeklagte Sozialdemokraten. Ihr Advokat der Jude Meissner richtete an das Gericht eine Eingabe, in welcher er forderte, die Gerichtsverhandlung auf einen anderen Tag zu verlegen, weil der 1. Mai ein Arbeiterfeiertag sei, der geradeso berücksichtigt werden müsse, wie ein jeder kirchlicher Feiertag! Das Gericht gab dem Juden Meissner Folge und verschob die Verhandlung auf später. Das „Prager Tagblatt" brachte am 27. April folgende Nachricht:

„Der baronisierte Sparmeister. Wir haben bereits berichtet, daß der Hofrat im Obersthofmeisteramt Franz Wetschl in den Freiherrenstand erhoben wurde. Diese Auszeichnung hat Hofrat Wetschl, der auch sonst der besonderen Gunst des Kaisers sich erfreut, der mustergiltigen Wirtschaft zu danken, die er im Hofbetrieb einführte. Früher nämlich haben des Kaisers Wirtschaftsverwalter die Sache durchaus nicht so genau genommen, und man erzählt sich in Wien, daß Wetschl bei seinem Amtsantritt etliche „Schlampereien" vorfand. Übrigens etwas, was bei großen Betrieben und Wirtschaften nicht allzu selten ist. Und die kaiserliche Haushaltung mit allem, was drum und dran hängt, ist eine Riesenwirtschaft, von deren Größe der Fernstehende keine rechte Vorstellung hat. Die Hofstäbe mit ihren vielen Ämtern, die Hof-Administrationen, die Bau- und Gartenverwaltungen, das Hofwirtschaftsamt, das Oberstjägermeisteramt, die Generalintendanz der Hoftheater, die Verwaltung der Sammlungen und Bibliotheken des Kaiserhauses, der kaiserliche Hof-Marstall, die Verwaltung der kaiserlichen Güter — das alles umfaßt hunderte Agenden, tausende Beamte und Diener. Es ist erklärlich, daß bei einer so großen Wirtschaft schließlich auch gerechnet werden muß. Kanzleidirektor Wetschl nun gilt als der Mann, der das

Rechnen in der Hofwirtschaft eingeführt hat. Scherzend nennt man ihn den „Hofsparmeister“ und erzählt, daß er auch im Kleinen sehr, sehr genau sei. Er interessiert sich für alles, selbst für die Preise der Milch und des Fleisches. Die Lieferanten jedenfalls werden ihn wahrscheinlich nicht in ihr Herz geschlossen haben. Auch das ist begreiflich. Denn das Prinzip vieler Leute, die dem Hofe lieferten, soll ehedem der Praxis jenes braven Mannes sehr ähnlich gewesen sein, der einst von Napoleon für eine Birne acht Taler forderte und auf die Frage, ob denn die Birnen gar so selten seien, geantwortet hat: Die Birnen nicht, aber die Kaiser. Daß unser Monarch und der Hof nicht „knauserig“ ist, weiß jeder; namentlich künstlerischen und wohltätigen Zwecken fließen jährlich tausende aus dem Vermögen des Kaisers zu. Es gibt wenige Länder, die sich in dieser Beziehung eines so ausgiebigen Mäcenatentums zu erfreuen hätten. Was unser Reich an Großem und Schönen beherbergt, die Hoftheater, die großen Wiener Sammlungen, die kaiserlichen Bauten und Parks wird aus der Schatulle des Monarchen erhalten. Daran hat sich seit Hofrat Wetschls Leitung auch nichts geändert; der „Hofsparmeister“ hat nur viele Ästchen abgesägt, die an dem großen Baum der kaiserlichen Wirtschaft als ungebetene Gäste mitvegetierten.“

Der baronisierte Hofrat Wetschel ist semitischer Abkunft. Wie sich doch die Menschen wenig ändern. Vor 3000 Jahren herrschten auf dem Hofe in Babylon Mardochaeus und die Esther. Der Antisemit Aman kam auf den Galgen. Nicht anders sieht es aus in den Ministerien in Wien. Im Ministerpräsidium herrschte lange Jahre der bekannte Hofrat Halban, geborener Jude Blumenstock. Seine Tochter ist verheiratet mit Dr. Adler, dem Führer der Sozialdemokraten in Österreich, dem berüchtigten Monakospieler. Neben ihm herrschte im Ministerpräsidium ein zweiter Jude Ritter Freiburg. Die rechte Hand des Ministerpräsidenten Dr. Körber war der getaufte Jude Dr. Sieghardt, in die Geburtsmatrik Singer eingetragen. Beim Ministerpräsidenten Baron Gautsch war Sektions-

chef Dr. Sieghardt die tonangebende Kraft im Ministerialpräsidium. Diese Regierung ist ganz in den Händen der Judenpresse in Wien. Hier folgt der Jahresbericht der „Concordia“ in Wien. („Neue Fr. Pr.“ 4. April 1906.)

„Letzten Sonntag fand im Sitzungssaale der niederösterreichischen Handelskammer die ordentliche Generalversammlung des Journalisten- und Schriftstellervereines „Concordia“ statt. Der Präsident, Herr Edgar v. Spiegl, der den Vorsitz führte, gedachte in einer Ansprache vor allem der Mitglieder, die dem Vereine seit einem Jahre durch den Tod entrissen wurden, und die Versammlung gab der Trauer durch Erheben von den Sitzen Ausdruck. Anknüpfend an den ausführlichen Rechenschaftsbericht, den die Verwaltung vorgelegt hatte, faßte der Präsident die wichtigsten Aktionen und Leistungen der „Concordia“ zusammen. Im Schiller-Jahre 1859 ist der Verein gegründet worden und seine erste Kundgebung war damals eine Huldigung, die dem großen Genius des deutschen Volkes dargebracht wurde. An derselben Stelle, wo die Gründer des Vereines vor 47 Jahren ihr Schiller-Fest begingen, fand am 30. April 1905 eine Feier statt, die den Manen des vor hundert Jahren heimgegangenen Dichters galt. Einer der besten des Vereines, Ludwig Hevesi, verfaßte die Festrede, die wohl zu den glanz- und gehaltvollsten Würdigungen Schillers gezählt werden darf. (Lebhafter Beifall.) Unter solchen Auspizien nahm das Vereinsjahr einen glücklichen Verlauf. Die „Concordia“ schenkte allen ethischen und materiellen Fragen, die das vitale Berufs- und Standesinteresse berühren, die gebührende Aufmerksamheit. Die Verwaltung griff, wo es möglich war, tätig ein. Manche Erscheinungen auf dem Arbeitsmarkte haben auch im Kreise der Journalisten den Gedanken wachgerufen, Organisationen der Abwehr zu schaffen; die Verwaltung der „Concordia“ ist in das Stadium eingetreten und wird die Frage weiter verfolgen. Der Versuch einer Stellenvermittlung, die das Angebot und die Nachfrage konzentriert und zur Ausgleichung bringt, war infolge der eigenartigen Verhältnisse des Berufes

leider nicht von dem erwünschten Erfolge begleitet. Dagegen ist es wohl in erster Reihe dem Einschreiten der „Concordia“ zu danken, daß endlich auch in Bosnien der Zeitungs-, Kalender- und Ankündigungsstempel aufgehoben worden ist. Alle Sorgfalt war nach wie vor den humanitären Aufgaben gewidmet, deren Lösung sich teils in selbständig organisierten Wohlfahrtseinrichtungen, das ist in einem eigenen Pensionsfonds für die Mitglieder, deren Frauen und Kinder, ferner in einer besonderen Alters- und Invalidenkasse, endlich in einer auf einer originellen Grundlage aufgebauten Krankenkasse vollzieht. Ohne Rücksicht auf die großen, von keinem anderen Journalistenverein erreichten Leistungen der drei eben erwähnten Selbstverwaltungskörper verwendete die „Concordia“ allein aus dem Ertrage ihres bescheidenen Vermögens und dem Ergebnisse ihrer Veranstaltungen im Jahre 1905 für humanitäre und sonstige gemeinnützige Zwecke, sowie für die soziale Vorsorge nicht weniger als 62.000 K, wovon mehr als 26.000 K auf Unterstützungen für stellenlose und bedürftige Mitglieder, auf Hilfeleistungen für Witwen und Waisen, sowie auf Einzelgaben für Berufsgenossen überhaupt entfallen. Mit besonderer Befriedigung gedachte der Präsident eines Verwaltungserfolges, der ausschließlich selbstloser Arbeit und glücklicher Disposition zu danken ist. Die „Concordia“ übernahm vor fünf Jahren den Fischhoffschen Nachlaß, der für eine Stiftung bestimmt, aber durch legatorische Verfügungen derart überlastet wurde, daß die Kapitalsaufzehrung drohte. Durch eine Reihe von Maßnahmen ist es aber der vollständig kostenlosen Verwaltung der „Concordia“ gelungen, sowohl das Kapital als den Ertrag des Nachlaßvermögens bedeutend zu heben und den Zweck der Stiftung sicherzustellen. Der Präsident widmete hierauf dem Vorstandsmitgliede Herrn Dr. Siegmund Ehrlich, der seit einer Reihe von Jahren mit hingebungsvoller Liebe, großer Fachkenntnis und bewunderungswürdigem Fleiße die Wohlfahrtseinrichtungen des Vereines musterhaft leitet, Worte wärmsten Dankes und brachte zum Schlusse sämtlichen Mitgliedern der Verwal-

tung, den beiden Herren Vizepräsidenten Groller und Pötzl und dem Obmann des Pensionsfonds, Herrn Doktor Gustav Steinbach, der der Verwaltung stets mit Rat und Tat zur Seite stand, den innigsten Dank zum Ausdruck. (Stürmischer Beifall.) Namens der Revisoren beantragte Herr Emanuel Blau, der Verwaltung das Absolutorium zu erteilen. An den Rechenschaftsbericht knüpfte sich eine eingehende Debatte über zahlreiche Fragen des allgemeinen Standesinteresses, über die gesetzliche Zwangsversicherung und über mannigfache Angelegenheiten, die den Verein allein betreffen. Regierungsrat J. v. Winternitz legte in einem Rückblick dar, wie die „Concordia“ sich aus einem bescheidenen Geselligkeitsverein zu einem weit ausgesteckte Ziele verfolgenden Verbande entwickelte, wie sie frühzeitig sich auf das Gebiet der sozialen Fürsorge warf und wie sie all die schwierigen Fragen im Wege richtiger und vortrefflicher Organisationen zu lösen verstand. Allerdings sei dies nur dem Umstande zu danken, daß sich im Vereine stets Männer fanden, die nicht nur über Tatkraft, sondern auch über Gedanken verfügen. (Lebhafter Beifall.) Die Versammlung erteilte dem Vorstande und dem Ausschusse das Absolutorium, genehmigte sämtliche Anträge der Verwaltung, insbesondere die Aufrechthaltung der alten und die Bewilligung neuer Witwen- und Waisensubventionen im Gesamtbetrage von rund 9000 K, sprach allen Förderern des Vereines den wärmsten Dank aus und wies eine Reihe von Initiativanträgen, die von Mitgliedern eingebracht worden waren, der Verwaltung zur Prüfung und Berichterstattung zu. Die Wahlen ergaben folgendes Resultat: Zum Präsidenten wurde zum achtenmal Herr Edgar v. Spiegl gewählt. In den Vorstand wurden entsendet die Herren: Dr. Moritz Dub, Dr. Siegmund Ehrlich, Wilhelm Goldbaum, Balduin Groller, Alexander Landesberg, Leopold Libschütz, Eduard Pötzl, Julius Stern und Josef Trebitsch. In den Ausschuß wurden berufen die Herren: Ludwig Basch, Ludwig Brügel, Vinzenz Chiavacci, Moritz Epstein, Josef Fröschl, Moritz Fuchs, Karl Groß, Dr. Emil Konrad, Dr. Ernst Moritz Kron-

feld, Karl Nowak, Ernst Schultheiß, Stephan Skrein, Karl Stößler, Friedrich Gustav Triesch und Ignaz Wilhelm. Zu Revisoren wurden bestellt die Herren: Louis Beer, Emanuel Blau und Benjamin Schier; in das Nordmann-Kuratorium die Herren: Moritz Ring und J. Edler v. Winternitz gewählt. Nachdem der Präsident, dessen einstimmige Wiederwahl mit lange andauerndem Beifalle aufgenommen worden war, mit herzlichen Worten des Dankes erwidert hatte, wurde die Generalversammlung, die mehr als vier Stunden dauerte, geschlossen. Die neugewählte Verwaltung ist, wie folgt, konstituiert: Präsident Edgar v. Spiegel; Vizepräsidenten Balduin Groller und Eduard Pötzl; Kasseverwalter Dr. Moritz Dub; Schriftführer Alexander Landesberg und Julius Stern; Protokollführer der gemeinsamen Sitzungen: Moritz Fuchs, Dr. Ernst Moritz Kronfeld und Karl Stößler."

Welche Zustände in Österreich, besonders in Wien herrschen, darüber ein anderes Bild. Vor dem Zivilgericht in Wien wurde am 16. Mai 1906 eine Verhandlung eingeleitet auf Ansuchen des Juden Josef Baruch in Sarajewo gegen seinen Bruder Daniel Baruch und 2 Advokaten in Wien, Korab und Krasa. Beide Brüder Baruch waren im Jahre 1887 wegen Unterschleife am Militärärar, welche in Millionen gingen, auf 2 und 5 Jahre Zuchthaus verurteilt. Korab riet dem Josef Baruch, ein Geschenk der Hofschauspielerin Schratt zu geben, um eine Befreiung der Strafe zu erlangen. Baruch schenkte der Schratt Brillanten im Werte von 16.000 Kronen, erlangte aber keine Befreiung und keine Linderung der Strafe. Die Schratt retournierte das Geschenk, welches aber Daniel Baruch sich behielt.

Zum Schlusse bringen wir noch folgendes Bild: „Die Judenmacht in den Staaten. In der Wiener „Reichspost" lesen wir: „Die Judenmacht in den Staaten" erhellt am besten aus Tatsachen und Ziffern. Hier nur einige: In dem allerchristlichen Frankreich bekleiden Juden 49 Präfekten- und Subpräfektenposten, 19 Posten im Staatsrat, 10 Stellen im Kassationshofe, 10 Räte beim Pariser Gericht, 11 im Ackerbauministerium, 21 bei der Postdirektion,

30 im Ministerium für öffentliche Arbeiten, 27 Stellen im Finanzministerium und 35 (!) im Unterrichtsministerium. Nebstdem sind in Paris nicht weniger wie 102 (meist jüdische) Bankiers ansässig. Auch beherrschen die Juden in ganz Algier die gesamte Industrie und den Handel. Von 12 Rechtsprofessoren in Marseille ist ein Viertel jüdisch. „Le Figaro", „Le Gaulois", „Le Temps" und viele andere, jedoch gerade die wichtigsten Zeitungen, befinden sich in jüdischen Händen. Und, trotzdem die verhältnismäßige Anzahl der Juden zur anderen Bevölkerung von Paris nahezu verschwindend klein ist, ist die Abonnentenzahl beim Telephon in Paris zu einem Drittel jüdisch. In Italien halten die Juden alle wichtigsten Banken (wie ja überhaupt in allen anderen Staaten) neben dem ganzen Finanzministerium in ihren Händen. Auch unter den Abgeordneten in diesem zweiten freimaurerischen Reiche sind unverhältnismäßig viele von den Auserwählten. In Ungarn besitzen die Juden schon längst ein Drittel des Bodens. Folgerichtig gibt es darnach unter den sämtlichen ungarischen Großgrundbesitzern ein Drittel Juden. Unter den 6800 Wiener Universitätsbesuchern nennen sich 2500 jüdisch. Auch im Heere gibt es 2600 jüdische Offiziere. Interessant ist noch, daß in Österreich jüdische Großgrundbesitzer 60 Benefizien durch ihre Patronatskommissäre verwalten. Wenn das so fortgeht — und ohne Antisemitismus wird es so fortgehen — wird Juda bald die ganze Christenheit zu Sklaven machen:" Wer Ausführlicheres über die Geldmacht und den anderweitigen Einfluß des Großjudentums speziell in Österreich-Ungarn und Deutschland lesen will, dem empfehlen wir die jüngst erschienene 70 Seiten starke Broschüre „Statistisches zur modernen Judenfrage". (Durch jede Buchhandlung erhältlich, Kommissionsverlag R. van Acken in Lingen a. d. Ems. Preis einzeln 48 h = 40 Pf., 50 Expl. 18 K = 15 M.)"

### c) Russische patriotische Blätter gegen die Duma.

Allmählich erkennt die russischnationale Presse die wahre Gestalt der Duma. „Die Erklärung des

Präsidenten Muromcev, daß die Duma über alle Vorwürfe stehe, wird von dem bekannten Publizisten Menšikov im „Nowoje Wremja“ entschieden mißbilligt. Noch vor den Wahlen — schreibt er — konnte man es vorhersagen, daß in der Duma sich nicht wenige politisch unerzogene Leute versammeln würden, daß diese nicht als Repräsentanten der Rechtskultur erscheinen würden, die wir nicht haben, sondern als Repräsentanten der politischen Anarchie, an der wir so reich sind. Der erste Bestand der Duma konnte auch gar kein anderer sein: was konnten Bürger eines Landes mitbringen, in dem Gewaltüberschreitung und Willkür allen in Fleisch und Blut übergegangen sind? Viele unserer neuen Gesetzgeber sind wie jener leibeigene Bauer, der, im Stall gezüchtigt, in die Hütte zurückkehrte und dort seine wehrlose Frau mit einer Roheit schlug, die den wahren Anhänger der Leibeigenschaft in ihm entlarvte. Sie bringen in ihren eigenen Nerven eben dieselbe Selbstherrschaft, gegen die sie so erbittert und berechtigterweise kämpfen, mit sich in den Tempel der Volksfreiheit. Je mehr links die Dumamitglieder stehen, je revolutionärer sie gesinnt sind, um so mehr sind sie innerlich Selbstherrscher. Bei den Allerextremsten verraten sich Züge typischer Tyrannei. Kaum haben sie die Schwelle des Parlaments überschritten, so „fordern“ sie bereits, „rufen zum Kampf“, prophezeien „Blut auf den Straßen“ — eine wahre Sintflut von Blut. Sie verstehen noch nicht in staatsbürgerlicher Sprache zu reden, aber schon sind sie bereit, Befehle zu erlassen, die für die allerhöchste Gewalt verbindlich sein sollen. Und das alles nach wenigen Stunden staatsmännischer Tätigkeit! Daß einige kurzsichtige und äußerst ungebildete Abgeordnete der Aufstandspsychose verfallen, ist verständlich. Aber es gibt doch gebildete und nicht dumme Leute in der Duma. Wie, haben diese gegen die Taktlosigkeit des Herrn Muromcev nicht opponiert? Es heißt schwachen Gemütern eine sehr gefährliche Idee einflößen, wenn man die Duma für eine über jedem Vorwurf stehende Autorität erklärt. Ist die Duma infallibel, so ist ihr alles erlaubt: wie ihre Aufführung auch sein mag, die Nation hat nicht

einmal das Recht, sie zu tadeln. Unter solchen Bedingungen wäre es vorzuziehen, unter einem Selbstherrscher zu stehen, als unter fünfhundert . . . . .“

„Auch die „Pèterb. Wèdomosti“ urteilen über die Tätigkeit der Duma abfällig. Sie schreiben: „Ohne auch nur ein Wort seitens der Repräsentanten der Regierung abzuwarten, hat sich die Duma schon zu ihrem Feinde erklärt, zum „Ritter ohne Furcht und Tadel“. Sie zückt das Schwert gegen jeden, der sich erkühnt, ihr in den Weg zu treten. Sie ist voll des Kampfeifers und fürchtet angsterfüllt, daß man sie nicht etwa der Nachgiebigkeit, der Kompromisse und der Furcht vor Konflikten beschuldige. Wie ein konfuser Jüngling, der zum erstenmale in eine große Gesellschaft kommt, ist sie absichtlich scharf in Worten und Bewegungen. Sie ist auch nicht dagegen, jemandem auf den Fuß zu treten und den Nachbarn zu stoßen. Das ist alles begreiflich und verzeihlich. Oft rufen jedoch solche absichtliche Schroffheiten Beleidigung, Herausforderung und ein Duell hervor. Ein Zweikampf der Regierung mit der Duma droht dieser Unheil zu bringen, dem Vaterlande aber ein noch größeres Leid.“ — Die „Mosk. Wĕdomosti“ schreiben: „Die Duma hat schon durch ihre ersten Schritte gezeigt, was das russische Volk in ihr hat und worauf es rechnen kann. Sie ist offen bis zum Zynismus. Sie brüstet sich damit, daß sie ein Sieg der Freiheitsbewegung ist, ein Sieg der revolutionären Propaganda, der Barrikaden, der Kampfdružinen, ein Sieg der Mörder und Bombenwerfer.“ — Das „Nowoje Wremja“ führt aus: „Die Duma hätte vor allem das Leben der Bürger schützen sollen, mögen sie was immer sein, die Duma ist jedoch dieser ersten Pflicht nicht nachgekommen. Uns will es scheinen, daß dies ein riesiger, ein für sie verhängnisvoller Fehler ist. Die Sitzung vom 17. Mai kann zum schwarzen Tag unserer Geschichte werden. An diesem Tage wurde die Hoffnung des Landes auf die Besonnenheit und den staatsmännischen Charakter der jetzigen Duma stark erschüttert.“ Dieser Passus ist auf die Ablehnung des Antrages Stachowič's durch die Duma gemünzt. Der Deputierte wies darauf hin, daß in diesem Jahre

281 Regierungsrepräsentanten totgeschlagen und 380 verwundet wurden, und verlangte, es möge in die Adresse der Duma ein Passus aufgenommen werden, der die politischen Morde verurteilt. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt." Die „Zukunft" vom 19. Mai 1906 schrieb unter anderem folgendes:

„Ob der zehnte Mai 1906, dessen Mittagssonne die Eröffnung der russischen Reichsduma sah, einst in der Menschheitgeschichte ein so wichtiges Datum sein wird wie der fünfte Mai 1789? Die Etats-Généraux geberdeten sich schon in den ersten Lebenstagen recht hitzig, forderten Verfassung und Steuerreform, wollten nach Köpfen, nicht nach Ständen abstimmen, etablirten sich als Assemblée Nationale Constituante; und als der arme Louis den starken Mann zu spielen versuchte, hörte er aus dem Ballspielhaus das Gelübde, nicht auseinanderzugehen, bis Frankreich eine Verfassung habe. So war's nicht gemeint gewesen. Dem schwächlichen Enkel des Sonnenkönigs klangen wohl noch die Worte im Ohr, die, im ersten Jahr seiner Regierung, Turgot gesprochen hatte, als er riet, nach langer Pause die Etats-Généraux wieder einzuberufen: De cette façon le pouvoir royal serait éclairé et non gêné et l'opinion publique satisfaite sans péril. Nun war's zu spät. Nach der Erstürmung der Bastille und dem Versailler Schrecken kam die Flucht in die Reporterloge der Nationalversammlung, nach der Assemblée die Convention Nationale; und der Bürger Capet mußte das entkrönte Haupt auf Guillotins neue Köpfmaschine legen. In Petersburg war der Anfang glimpflicher. Auch hier marchait enfin le bataillon noir du Tiers-Etat und Michelet's berühmtes Wort lag auf mancher Lippe, als die kleinen Leute, Bauern, Handwerker, Industriearbeiter, barhäuptig und verklärten Blickes in Hofkutschen nach dem Winterpalast fuhren.

Doch in den ersten Tagen der neuen Wonne benahmen die Erkürten sich ganz vernüftig. Wäre der Verfassungentwurf dem Votum der Duma überlassen, die Amnestie ihr als Patengeschenk ins Haus gebracht worden, dann hätte sie sofort viel mehr verlangt, als gewährt werden könnte.

Nun wird sie vielleicht befriedigt sein, wenn ein paar Härten des Grundgesetzes beseitigt und die nicht allzuschwer belasteten Politiker begnadigt werden. Das Selbstgefühl der Abgeorneten ist freilich kaum noch einer Steigerung fähig. „Nicht zu bitten haben wir, sondern zu fordern.“ „Kein Festmahl, so lange irgendwo noch ein Märtyrer im Kerker schmachtet.“ „Militär, Polizei und Tshinowniks werden in diesem Saal nicht geduldet.“ „Die Autorität der Duma ist die höchste im Reich.“ So reden die Männer der taurischen Montagne. Doch haben sie ohne Murren auch den Satz hingenommen: „Wer für das Volk Rechte heischt, darf das Recht des Kaisers nicht mißachten.“ Der Anfang war also nicht schlecht. Ernste Schwierigkeiten werden erst die Agrardebatten bringen. Der Muschik sieht sich jäh von allen Seiten umbuhlt. Wenn das Allheilmittel der Bodenreformer empfohlen und die Frage gestellt wird, ob die expropriierten Grundherren Anspruch auf Entschädigung haben, wirds mit holdem Schmeichelwort aber nicht abgetan sein; dann muß Farbe bekannt werden. Woher das Geld zur Entschädigung nehmen? Und weigert man sie, so flüchtet das vor weiterreichender Sozialisierung zitternde Kapital ins Ausland und die Reichswirtschaft verdorrt völlig. Dazu kommen die nationalen und regionalen Gegensätze. Tagt die Duma lange, dann ist ein Nationalitätenkampf unvermeidlich, gegen dessen barbarische Heftigkeit alles in Österreich Erlebte wie Kindergezänk klänge. Schlimm ist, daß so viele Ideologen gewählt sind; noch mehr als in die ersten deutschen Parlamente, denen sie die Kraft zu nützlicher Arbeit lähmten. Diese Intellectuels bedenken nie, daß sie nur eine schmale Schicht bilden, erkennen nie das Interesse der Masse (oder schätzen es gering), wollen das Land nach dem Wunsch eines Häufleins Wurzelloser regieren und sichern sich durch pfiffige Schwatzkünste die Mehrheit. In Rußland sind's die Häupter der Konstitutionell-Demokratischen Partei (K.-D; daher der Spitzname Kadetten, den Polen dem verhaßten Musterwort Hakatisten nachgeahmt haben). Diese Leute, hat Witte gesagt, sind unter einander ja gar nicht einig; haben verschiedene Wünsche,

Temperamente, Ziele. Können sich trotzdem aber ein Weilchen in der Mehrheit behaupten. Ein anderer Minister, ein weimarischer, hat einst geschrieben: „Nichts ist widerwärtiger als die Majorität, denn sie besteht aus wenigen kräftigen Vorgängern, aus Schelmen, die sich akkomodieren, aus Schwachen, die sich assimilieren, und der Masse, die nachtrollt, ohne im mindesten zu wissen, was sie will.“ In Rußland ist's genau wie in Europa; und natürlich will man auch da seine Große Revolution mit Constituante und Convention haben. Die Bauern aber, nicht die Intellektuellen, werden den Lauf der Dinge schließlich bestimmen.

Deren Landhunger wird nicht leicht zu stillen sein. Die nach Katharinas Geschäftsordnung gewählten Ausschüsse tagten noch, als Pugatschev aufstand und die russische Jacquerie begann. Mit Parlamentariern kann eine halbwegs kluge Regierung, die etwas zu bieten hat, sich immer verständigen. Schon der Diätengenuß ist nicht zu verachten; der zur Mitarbeit Berufene sieht die Sachen ganz anders als der aus müßigem Neid zuschauende; und die Hoffnung auf Titel, Würden und Pfründen sänftigt selbst paganische Wildheit. Im Feber 1848 rief Odilon Barrot den Rebellen zu: Mes amis, plus de révolution. Elle est inutile; cessez le feu: je suis ministre. Und als Herr Clémenceau, der Verächter aller thronenden Gewalt, Minister des Inneren geworden war, machte er, am ersten Mai 1906, Paris zu einem Heerlager und erklärte, auf der Seite der Barrikade dürfe man ihn nicht suchen. Nikolai wäre der naivste Fant gewesen, wenn er auf den Rat der Zeitungsschreiber gehört und den Kadetten schon jetzt Portefeuilles anvertraut hätte. Dazu ist in extremis noch Zeit genug. Wer angeln will, schleudert den Köder doch nicht mit einem Wurf, ohne Leine ins Wasser. „Gortschakov träumt, wenn er seiner Phantasie Audienz gibt, Reden, welche die Stimmung bewundernder Senatoren beherrschen und in Paris gedruckt und auf der Straße gekauft werden, der hohe Adel träumt englische Pairsstellungen und mirabeausche Erfolge; Miljutin aber, der Vertraute des Großfürsten

Konstantin, Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern und der schärfste und kühnste Geist unter den Progressisten, ist zugleich der bitterste Adelshasser und denkt sich das künftige Rußland als Bauernstaat, mit Gleichheit ohne Freiheit, aber mit viel Intelligenz, Industrie, Bureaukratie, Presse, etwa nach napoleonischem Muster.“ Von diesen russischen Typen, die Bismarck 1861 seinem Minister schilderte, ist noch keiner ausgestorben; und hinzugekommen sind eigentlich nur Intellektuelle und Bauern. Den politisierenden Professor kennen wir, die Vorzüge und die Mängel seiner Wesensart. Was aber von den Bauern zu hoffen, zu fürchten ist, weiß auch im Zarenreich kaum einer. Werden sie den Begriff des Privateigentums, der ihnen im kommunistischen Landgemeindeverband fremd blieb, jetzt lieben lernen oder, wie so lange der Tyrannei des Mir, nun dem Geheiß des Agitators sich stumpfsinnig beugen? Für den Individualismus oder für marxischen Sozialismus stimmen? Sicher ist nur, daß sie Land fordern werden; und daß erst mit dieser Forderung die eigentliche Revolution beginnt. Noch ist, außer in der rauhen nordöstlichen Zone, das Gebiet der Latifundien eben so groß wie das des Bauernbesitzes. Der Muschik darbt; der adelige Gutbesitzer (den Witte deshalb den Wächter des Grundkredites genannt hat) lebt von Hypothekenschulden, Waldverwüstungen und Notverkäufen. Beide Gruppen werden von den schönsten Reden nicht satt. Sie konnten sich zum Ruf nach der Amnestie verbünden und eine Weile andächtig die Vertreter der Intelligenz bestaunen. Muß der Interessengegensatz sie aber nicht bald wider einander waffnen? Und kann ein Ministerium Nikolais, das vor die ungewohnte Aufgabe gestellt ist, mit einer öffentlichen Meinung zu rechnen (einer russischen gar, die von einem zum anderen Tage jäh schwankt), stark genug sein, um diesen Bruderkrieg zu hindern? So lange der Zar das heilige Väterchen war, der auf leuchtender Höhe unumschränkt schaltende Statthalter Gottes, trug der Bauer in stummer Demut sein Schicksal und murrte nicht, wenn ein Hungerjahr dem anderen folgte. Jetzt ist Nikolai

entgottet, ein Kaiser, der die Gewalt mit gemeinem Volk teilen mußte; und der Bauer sitzt mit Bojaren im höchsten Rat. Wie lange wird er geduldig noch weiter darben? . . . Jeder Schritt ins Reußenreich rührt den Wanderer vor neue Probleme. Und wer regiert nun in Rußland? Izwolskij ist auf die internationale Politik beschränkt und hat da fürs erste genug zu tun; und Goremykin hat sich selbst wohl kaum in der übermütigsten Stunde für einen Staatsmann gehalten. „Der Knabe da," sagte Themistokles einst zu seinen Freunden, „lenkt Griechenlands Geschick; er beherrscht seine Mutter, seine Mutter mich, ich gebiete den Athenern und die Athener den Griechen." Rousseau, der das Scherzwort stockernsthaft wiederholt, fügt hinzu, in den größten Reichen gebe fast immer eine winzige Hand heimlich den Stoß, der Alles in Bewegung setzt. So ist's noch heute wahrscheinlich auch im Reich der Khane. Wenn die junge Zaritza und Alexanders Witwe nicht seit Jahren so eifrig die Konstitution empfohlen hätten, wäre im Taurischen Palast nicht die Erinnerung an die Etats-Généraux und das Jeu-de-Paume erwacht. Europa spreizt sich freilich in dem Wahn, durch Rat und Beispiel die Wandlung bewirkt zu haben, und wird bald darauf schwören, daß die Öffentliche Meinung der wahre Regent Rußlands ist. Habeat. Nikolai Alexandrowitsch wollte in seinem Leidensbett besser liegen und hat sich darum auf die andere Seite gedreht. Wenn seine Russen, denen es an Rechten, an Freiheit der Rede und Schrift jetzt wirklich nicht mehr fehlt, in demselben Tempo wie während der letzten Wochen mit Pulver und Dynamit weiter wirtschaften, findet der Patient die neue Lage eines Tages vielleicht noch unbequemer als die alte. Ob die Bauern dann aber noch für ihn zu haben sind? Nur die Probe kann's lehren."

Soweit die Zukunft. Rußlands größte innere Gefahr ist die Bauernfrage. Rußland muß mit aller Gewalt Sibirien kolonisieren. Der Antrag auf Legung des zweiten Geleises der sibirischen Eisenbahn besteht, wie die „St. Peterb. Wědomosti" mitteilen, in nachfolgendem: „Unerläßlich ist die

Legung des zweiten Geleises bis zur Station Mandžuria, nebst Umbau der Gebirgsstrecke zwischen Ačinsk und Irkutsk zu einer doppelgeleisigen und der Verstärkung der Bajkalüberfuhr, wobei diese zweigeleisige Linie instand zu setzen sei, 34 Paare durchgehender Züge abzulassen. An erster Stelle ist der Bau des zweiten Geleises auf der Strecke Ačinsk—Irkutsk (etwa 2000 Werst) proponiert und sollen die Arbeiten in drei Jahren vollendet werden. Der Kostenvoranschlag für diese erste Partie des Baues beläuft sich auf 42,960.100 Rubel. Weiters wird beantragt, bittlich zu werden, daß anstatt des Baues der Strecke Ačinsk—Černorěčenskaja und Golowinskaja—Malta die Legung des zweiten Geleises auf der in den Rayon der vorerwähnten ersten Baupartie fallenden Strecke Zima—Polowina (Kostenvoranschlag per 5,753.400 Rubel) fortgesetzt werden könne. Nach geschehener Aufklärung des Vorteils des Ersatzes eines Teiles des zweiten Geleises durch den Bau der Linie Kurhan—Jekatěrinburg oder Omsk—Tjumen gedenkt das Verkehrsministerium noch während des Baues der oberwähnten ersten Baupartie der Legislative auch noch den Entwurf für den Bau des zweiten Geleises auf den übrigen Strecken der sibirischen Magistrale vorzulegen.

Die „Odessaer Ztg." schreibt: Sibirien! Wie schauderhaft klingt das! Bisher wußten wir von Sibirien nur soviel, daß es ein Land ist, wohin die Verbrecher geschickt werden; und wenn liebende Mütter ihre Kinder ermahnten und zum Guten anwiesen, pflegten sie zu sagen: „Wenn ihr aber nicht hört und ein Verbrechen begeht, so kommt ihr nach Sibirien."

Diese Bemerkung pflegte dann einen solchen Eindruck auf die Kinder zu machen, daß ihnen die Gänsehaut ankam; Sibirien und die Hölle sind bei den Kindern so ziemlich gleichbedeutend. Jetzt aber zeigt sich uns Sibirien in einem ganz andern Lichte und fängt an, das Land der Verheißung namentlich für landlose Bevölkerung zu werden. Aber auch bemittelte Leute, welche nicht der Landmangel treibt, vertauschen den warmen Süden mit dem kalten Norden. In dieser Woche kamen Johannes Scheuffele von

Bergdorf und Heinrich Kolb und Jakob Lämmle von Marienberg aus Sibirien zurück, nachdem sie sich jene Gegend gehörig angesehen hatten. Diese Männer, achtbare Männer, denen man aufs Wort glauben darf, erzählen nur Gutes von dort. Ein jeder hat einen Rettig gebracht, von denen einer, nachdem schon etwas weggeschnitten wurde, 12 Pfund wog; Kartoffeln gibt es so große dort, wie sie in ihrem Leben noch keine gesehen haben. Die sollen, wenn sie so auf dem Felde liegen, aussehen wie Ferkel. Auch Kohl, Obst und Trauben sahen sie dort, das ist im Akmolinskischen Gebiete. Diese Männer haben sich dort Land gepachtet, 1200 Desjatinen. Hätten sie dies Land aus erster Hand bekommen, so käme ihnen die Desjatine nur auf $7^1/_2$ Kop. zu stehen, denn die Jahrespacht beträgt für diese 1200 Desj. 90 Rbl. So aber haben sie das Land aus zweiter Hand und zahlten 500 Rbl. Abstand, mithin kommt ihnen die Desjatine auf nicht ganz 50 Kop. zu stehen. Was sind aber 50 Kop. gegenüber 10 Rbl., was man hier oft für Land geringer Güte zahlen muß. Es wird dort im Akmolinskischen wie auch im Turgaischen Gebiet Land zur Ansiedlung ausgegeben, und zwar 15 Desj. auf die männliche Seele. Der Zudrang von Übersiedlern ist jetzt schon so groß, daß es vielfach an Raum in den Waggons mangelt, so daß die Leute sich sehr kümmerlich behelfen müssen. Es bleibt für die landlose Bevökerung auch nichts anders übrig, als an einem andern Orte Land zu suchen, da hier die Landpreise sehr hoch stehen und da immer eine Mißernte auf die andere folgt.

Zum Kapitel der wirtschaftlichen Wirkungen, die vom russisch-japanischen Kriege ausgegangen sind, gehören die Preissteigerungen, von denen ein amerikanischer Konsulatsbericht aus Niutschwang Meldung macht. In den Bodenpreisen ist während der Kriegsjahre ein starker Aufschwung zu bemerken gewesen. Kleine Besitztümer, die vor wenigen Jahren für geringe Summen erworben wurden, bringen nun beim Verkauf kleine Vermögen ein. Der Preis eines englischen Quadratfußes Land in der Fremdenniederlassung erhob sich nach mäßiger Schätzung im Jahre 1905

auf 3·35 Dollars, während er 1902 nur 1·15 Dollars betragen hatte und nach dem Boxeraufstand 1903 auf 75 Cents, 1904 sogar auf 60 Cents heruntergegangen war. Eine zum Wohnhausbau gut geeignete Parzelle, die vor drei Jahren mit 2100 Dollars erworben worden war, wurde kürzlich mit 15.400 Dollars bezahlt. Die bedeutendste Steigerung der Bodenpreise trat nach der Schlacht bei Mukden ein. Den Grund für die Steigerung der Boden- und Mietpreise erblickt der Konsulatsbericht in dem Zuzug japanischer Kaufleute sowie in der Anhäufung von Waren aus den verschiedensten Ländern infolge des Krieges und seiner Bedürfnisse. Eine ähnliche Aufwärtsbewegung wie in Bodenpreisen und Mieten trat auch in den Arbeitslöhnen sowie in den Verkaufspreisen der Baumaterialien und Lebensmittel ein, wie aus der folgenden Zusammenstellung zu ersehen:

| | Einheit | 1899 | 1901 | 1903 | 1905 |
|---|---|---|---|---|---|
| | | in amerikanisch Cents | | | |
| Zimmermann . | Arbeitslohn pro Tag (9 Stunden) | 10 | 15 | 25 | 40 |
| Maurer . . . . . | „ | 9 | 12 | 22 | 33—40 |
| Tagelöhner (Kuli) | „ | 7 | 8 | 10 | 25—40 |
| Mauerziegel . . . | 1000 Stück | 400 | 500 | 750 | 1250 |
| Einheimisches Bauholz . . | engl. Kubikfuß | 30 | 35 | 45 | 50—100 |
| Reis . . . . . | engl. Pfund | 1·5 | 1·8 | 2·0 | 2·2 |
| Hühner . . . . | Stück | 8—15 | 15 | 50 | 60 |
| Eier . . . . . . | Dutzend | 3 | 5·4 | 6 | 7·2 |
| Rindfleisch . . . | Pfund | 3·5 | 5 | 7 | 15—20 |
| Fisch . . . . . | „ | 2 | 4 | 8 | 14 |

Ein Projekt für die Kolonisierung Sibiriens durch die verabschiedeten resp. zur Reserve entlassenen Offiziere und Untermilitärs der mandschurischen Armee ist in der russischen Hauptverwaltung für Agrarwesen und Landwirtschaft ausgearbeitet worden. Die Kolonisten sollen im Irkutskschen, im Steppengebiet, in Westsibirien und im Amur- und Küstengebiet angesiedelt werden. Die Untermilitärs haben im Laufe eines Jahres nach ihrer Verabschiedung resp. Entlassung das Recht, um Ansiedelung im fernen

Osten zu ersuchen, sich mit ihren Familien bei freier Fahrt dorthin zu begeben und sich ein Landstück von 15 Desj. pro Kopf auszuwählen. Untermilitärs, die verwundet waren, werden lebenslänglich von allen Kron- und Landschaftsabgaben befreit, die übrigen für die ersten 20 Jahre. Für das erste Jahr erhält überdies jede Familie eine Unterstützung von 100 Rubel. Die Offiziere der mandschurischen Armee (mit Ausnahme der höheren Chargen) haben ein Anrecht auf 200—400 Desj., mit der Verpflichtung, im Laufe von fünf Jahren einen Hof einzurichten und eine regelrechte Bewirtschaftung zu organisieren. Für die Dauer dieser Frist ist das Gut steuerfrei und kann auch für keinerlei Schulden und andere Forderungen belangt werden. Man rechnet darauf, in den ersten fünf Jahren bis zu 100.000 Familien anzusiedeln.

Die „Odessaer Zeitung“ schreibt: „Die Bauern des Odessaer Kreises haben sich auf einer Versammlung dahin ausgesprochen, daß sie bereit wären, den Gutsbesitzern 50 Rubel für die Desj. zu zahlen (wo das Land doch bis 200 und 250 Rubel in Preise steht), und begründeten dies also: Vor 25—30 Jahren haben die Gutsbesitzer ihr Land für 25 Rubel gekauft, wir bieten ihnen jetzt das Doppelte. Auf den Einwand, daß manches Land ja mit 100 Rubel in der Bank versetzt sei, wer dann die andern 50 Rubel zahlen solle, wenn die Bauern nur 50 Rubel bieten, antworteten sie, die solle der Gutsbesitzer bezahlen, dafür habe er ja das Land 25—30 Jahre benutzt. „Das wird,“ fügt das Blatt hinzu, „wohl so die Anschauung der Bauern im allgemeinen sein.“ — In der gleichen Nummer redet ein Bauer seinen Berufsgenossen ins Gewissen. Er ist aus dem Gouvernement Ufa und erklärt einen einheitlichen Grundpreis für unmöglich. Denn während im Süden das Land 200 bis 250 Rubel im Preise steht, war es doch hier im Norden und ist auch noch auf Stellen zu 5—50 Rubel Desj. zu haben. Warum zogen es denn so viele vor, dort solch ungeheure Preise zu zahlen? Weil sie lieber dort blieben, weil sie die Beschwerden einer Über- und Ansiedlung scheuten. Die Regierung gab und gibt auch noch jedem Landlosen in Sibirien

15 Desj. Land auf die Seele; warum kommen die Landlosen nicht und nehmen hier Land, wo es zu haben ist? Kann denn unsere Regierung das Land von hier nach dem Süden bringen?“

Aus der sibirischen Steppe wird gemeldet, infolge der bisherigen Eisenbahnwirtschaft sei es unmöglich, die gute Ernte des Jahres 1905 zu realisieren. In Omsk ist z. B. der Haferpreis auf 20 Kop. pro Pud gesunken und wird wahrscheinlich noch auf 12—15 Kop. zurückgehen. Auch anderes Korn ist wertlos geworden und die Bevölkerung darbt bei der reichen Ernte, weil es unmöglich ist, sie an den Mann zu bringen. Suworin, der Herausgeber des „Nowoje Wremja“, tritt einer Aufteilung des Landes u. a. mit dem Hinweis darauf entgegen, daß eine solche eine bedeutende Einschränkung der Getreideausfuhr zur Folge haben und überdies auch die Ursache einer beständigen Hungersnot im Lande sebst bilden würde. Er führt den Beweis in folgender Weise: Im Poltawaschen Gouvernement, wo das Land nicht Gemeindebesitz bildet, sondern auf einzelne Höfe fällt, die Bevölkerung also in der Lage sich befindet, welche die Gegner des Großgrundbesitzes so eifrig befürworten, hat die Ernte im Laufe der letzten 18 Jahre durchschnittlich von 1 Desj. folgenden Ertrag ergeben:

| | Auf Bauernland | Auf Grundb. von über 50 Desj. |
|---|---|---|
| Roggen . . . . . . | 53 Pud | 69 Pud |
| Sommerweizen . . . | 48 „ | 55 „ |
| Winterweizen . . . | 51 „ | 66 „ |

Der Ertrag des Bauernlandes steht also mindestens um 30 Prozent hinter dem Ertrag des Gutslandes zurück. Zieht man große wohlbestellte Wirtschaften in Vergleich, so stellt sich das Verhältnis für die Bauernwirtschaften noch viel ungünstiger. So wurden während der Jahre 1899—1904 in 3 großen Wirtschaften des Konstantinograder Kreises von 1 Desj. im Durchschnitt 12 Pud Roggen, und an Weizen 78 Pud geerntet, also an Roggen 120 Prozent mehr, als von Bauernland! .. Soll nun der Großgrundbesitz aufgeteilt werden, so wird der Ernteertrag mindestens

um 30 Prozent sinken. Unter solchen Umständen ist die Ausfuhr von Getreide entweder gar nicht möglich, oder nur in sehr beschränktem Masse. Bei einer Gesamternte (außer Hafer) von durchschnittlich 3 Milliarden Pud jährlich beläuft sich die Ausfuhr auf 18 Prozent, was einen Geldwert von 400—500 Millionen Rubeln darstellt. Fällt der Ertrag unter 30 Prozent, so ist also an eine Ausfuhr gar nicht zu denken, oder falls es auch teilweise geschehen sollte, würde im Land beständig Hungersnot herrschen.

Ein Bauernkongreß hat bekanntlich vor nicht langer Zeit in Moskau stattgefunden. Er bestand aus etwa 100 Bauern aus 22 Gouvernements und zirka 20 Vertretern der „Intelligenz". Darunter gab es Groß-, Klein- und Weißrussen, weißhaarige Greise und bartlose Jünglinge, meist aber Männer in mittleren Jahren. Was ihre Vermögensverhältnisse anbetrifft, so waren es Durchschnittsbauern, weder gehörten sie zu den „Dorfprotzen" noch zu den Ärmsten unter den Armen. Einer umfassenden Darstellung des „Prawo" entnehmen wir einige Angaben über den Zweck und Verlauf des Kongresses. Das größte Interesse wurde selbstverständlich der Agrarfrage entgegengebracht. Auf dem Kongreß trat dabei von vornherein zutage, daß das Volk nach wie vor an seinen althergebrachten Grundanschauungen über die Landnutzung festhält: das Land ist eine Gabe Gottes und muß wie Wasser, Luft und Licht Allgemeingut sein. Der ganze Aufbau des modernen Lebens, der dieser Idee durchaus keinen Vorschub leistet, erweist sich als machtlos, diese Idee aus dem Volksbewußtsein auszumerzen. Der Gewährsmann des „Prawo" betont, daß von den bäuerlichen Rednern kein einziger den Landbesitz als Privateigentum in Schutz nahm, sondern alle im Gegenteil sich aufs entschiedenste dagegen aussprachen: besonders bemerkenswert ist der Umstand, daß sich in diesem Sinne nicht nur die großrussischen Gemeindebauern, sondern auch die kleinrussischen Gesindewirte, die längst für ausgesprochene Individualisten gelten, äusserten. Beiläufig bemerkt, haben sich gewiegte Kenner von Land und Leuten noch jüngst vorbehaltlos dahin ausgesprochen, daß im Gegenteil im russischen Bauern

die Idee des Landbesitzes als Privateigentum feste Wurzel geschlagen habe (Chodskij, Petrunkewitsch u. a.).

Rußlands innerer Feind neben der Bauernfrage ist das Judentum. Dieses wird Rußland vernichten, wenn sich das russische Volk nicht zur Wehre setzt. Das Judentum arbeitet in Rußland und außerhalb Rußlands auf der ganzen Welt. Hier ein kleiner Beleg. („Deutsches Volksblatt“, 20. Mai 1906.) „Fälschungen jüdischer Telegraphenbureaus zugunsten des Judentums. Wie bekannt, ist die Identität des bei der Bombenexplosion im Wäldchen von Vincennes umgekommenen russischen Nihilisten Stryga mit einem gewissen Benjamin Katz (!), der seit April in einem Hotel in der Rue Monge wohnte, von der Polizei festgestellt worden. Man fand in dem betreffenden Zimmer große Mengen Explosivstoffe gefährlicher Art. Stryga-Katz war 21 Jahre alt, aus Minsk gebürtig und seine Glaubensgenossen Alexander und Viktor Sokolov geben jetzt zu, den vor der Bombenexplosion verschwundenen Katz gekannt zu haben. Die „Deutsche Tageszeitung“, welcher diese Tatsachen von ihren Pariser Korrespondenten telegraphiert wurden, nagelt nun eine recht interessante Fälschung in dieser Angelegenheit seitens des gewissermaßen offiziellen Wolffschen Telegraphenbureaus fest, indem es schreibt:

Interessant ist es, die Meldung des Wolffschen Telegraphenbureaus mit der unseres Korrespondenten zu vergleichen. Wie weit ein Zufall oder eine Absicht mitspricht, möge dahin gestellt bleiben, Tatsache ist aber, daß der Jude Katz von Wolff „cachiert“ wird; in dieser Meldung heißt er ganz harmlos: „Haatz“. Das Wolffsche Telegramm lautet: Paris, 10. Mai. Die Polizei hat die Spuren des russischen Anarchisten Stryga ermittelt, der in einem hiesigen Hotel abgestiegen und darauf am Tage der Explosion im Bois de Vincennes verschwunden war. Er hatte sich dort unter dem Namen Haatz, 21 Jahre alt, Student, aus Minsk gebürtig, eingetragen. Man fand in seinem Zimmer Cyankali, Knallquecksilber und den Ladestock des Revolvers, den Stryga in der Tasche trug. Ein

Kellner aus dem Hotel hat Stryga in dem Leichenschauhaus wiedererkannt.

Das Wolffsche Telegramm mit dieser falschen Namensangabe ist durch alle Tagesblätter gelaufen, ohne irgendwo richtig gestellt worden zu sein. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß man den Namen Katz, der doch zu sehr nach dem Judentum riecht, absichtlich in Haatz umgewandelt hat, um der Öffentlichkeit die Tatsache zu verbergen, daß es abermals Juden waren, welche für die russischen Anarchisten Bomben fabrizierten.“

Rußlands äußerer Feind ist derzeit Japan und China. Darüber schrieben im Märzhefte 1906 die Jahrbücher für Nationalökonomie (Jena) folgendes:

Anders steht es mit der politischen „gelben“ Gefahr. — Durch den russisch-japanischen Krieg ist die ostasiatische Frage in ein neues Stadium gerückt. Diese bedarf seitens Deutschlands der angestrengtesten Aufmerksamkeit, damit ihm von dort keine plötzlichen und gefahrvollen Uberraschungen kommen. Das ostasiatische Konzert bilden jetzt 7 Mächte, nämlich Japan, China, Rußland, England, Frankreich, Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika. Das durch den russisch-japanischen Krieg ins Schwanken geratene ostasiatische Gleichgewicht ist mühsam wieder hergestellt, es ist aber fraglich, ob es von langer Dauer sein und ob nicht bald wieder ein Streitapfel zwischen die verschiedenen Parteien geschleudert werden wird. Vor allen Dingen ist mit dem Expansionsdrange Japans nach den verschiedenen Richtungen Ostasiens hin zu rechnen. Korea befindet sich bereits in völliger Abhängigkeit von Japan. Die kolonialwirtschaftlichen Bestrebungen Japans richten sich außer auf Korea auch auf die Mandschurei, ferner auf andere Gegenden Chinas und auf die Philippinen. Die Notwendigkeit der Ausdehnung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen Japans auf das übrige Ostasien ist, abgesehen von der Abwehr der russischen, Japan mehr und mehr bedrohenden Expansionspolitik, mit der Hauptgrund für den Angriff Japans auf Rußland gewesen. Wenn auch die Behauptungen, daß in Japan nur noch wenig

kultivierbares Land zur Aufnahme des Bevölkerungsüberschusses zur Verfügung stehe, nicht zutreffend sind — nach meiner Schätzung ist in Japan noch, namentlich auch auf Yezo, Land zum Unterhalt von mindestens 15-20 Millionen Japanern vorhanden, — so kann doch dieser Umstand dem nationalen Expansiondrange eines Volkes nicht im Wege stehen, zumal bei solcher Kolonialpolitik nicht bloß wirtschaftliche, sondern auch politische Faktoren sehr erheblich mitsprechen. — Japan ist zum Bewußtsein seines Machtübergewichtes in Ostasien gelangt, und da im Völkerleben bekanntlich stets Macht vor Recht gegangen ist und noch lange gehen wird, so müssen wir mit der Tatsache rechnen, daß Japan von diesem seinen Machtübergewicht in Ostasien zielbewußt und, wenn es sein muß, auch auf kriegerischem Wege Gebrauch machen wird. Japan wird auf friedlichem Wege nicht nur Korea, sondern auch allmählich die Mandschurei zu seiner tatsächlichen Kolonie machen, und sein Bestreben muß dahin zielen, auch über China die Kontrolle zu erlangen.

Ob es dieses Ziel erreichen und auch behaupten wird? Werwollte das heute voraussagen. Sollte China, wie es bereits jetzt den Anschein hat, aus seinem jahrhundertelangen Schlaf aufwachen, sich modernisieren und seine gewaltigen Kräfte zur Ausbildung seiner militärischen Macht nach japanischem Muster ausnutzen, dann könnte es möglicherweise einst so kommen, daß China Japan an Macht überflügeln und es eventuell erdrücken würde. Vorläufig indes hat Japan noch die Oberhand und hat sich in einem kürzlich mit China abgeschlossenen Vertrage einen maßgebenden Einfluß auf Chinas interne Verhältnisse gesichert. So aber oder so, mag Japan, oder mag China die führende Macht in Ostasien werden, oder mögen sie sich beide verbünden, die enropäischen Schutzgebiete in Ostasien, namentlich das deutsche, befinden sich, abgesehen von denen Englands, in einer gefährdeten Vorpostenstellung. Wäre der ostasiatische Krieg in der Weise zu Gunsten Japans beendigt worden sein, daß, wie man es erwartet hatte, Rußland eine erhebliche Kriegsentschädigung von

einigen Milliarden Mark an Japan hätte zahlen müssen, so würde hierdurch die Friedensneigung Japans keineswegs gestärkt sein, viel mehr würde es sich dann zur schnelleren — eventuell auch gewaltsamen — Durchführung der ostasiatischen Monroe-Doktrin, die jetzt bereits von vielen Japanern gepredigt und gefordert wird, haben treiben lassen. Wenn man gegenwärtig im offiziellen Japan eine ziemlich friedliche Stimmung vorfindet, so ist diese im wesentlichen auf die Schranken zurückzuführen, die durch die einstweilige finanzielle Erschöpfung des Landes errichtet sind. Gegen Deutschland aber herrscht in Japan nach wie vor eine sehr unfreundliche Stimmung, weil es mit Rußland und Frankreich zu Japans Ungunsten beim Friedensschluß von Shimonoseki im Jahre 1895 eingegriffen hat. Es steht daher zu befürchten, daß Japan, sobald es mit seinen maritimen Rüstungen den Punkt erreicht hat, wo es allein, abgesehen von seinem Bundesgenossen England, Ostasien zur See völlig beherrscht, die ostasiatische Monroe-Doktrin — eventuell auch mit Gewalt — durchzuführen suchen wird. Deutschland dürfte dann die erste Macht sein, gegen die sich der japanische Vorstoß richten wird. Die „Neue Fr. Pr.“ berichtete folgendes: Petersburg, 23. April. Der bekannte ausgezeichnete Kenner des fernen Ostens, Bashenov, hat dem Generalstabschef Generallieutenant Palitzin eine Denkschrift überreicht, in der er einen zweiten Krieg mit Japan als unvermeidlich bezeichnet. Bashenov sagte bereits im Jahre 1897 den ersten russisch-japanischen Krieg voraus, ebenso Rußlands Niederlage. Der zweite Krieg mit Japan, meint er, werde sicherlich nach sechs Jahren ausbrechen. Japan werde nicht 20 Jahre warten, bis Rußland neue Kräfte gesammelt habe, zumal seine Armee und Flotte fertig und Englands Hilfe ihm sicher sei. Japan wolle um jeden Preis Rußlands Küstengebiet im fernen Osten einschließlich Kamtschatka erobern. Der Friede von Portsmouth sei eigentlich nur ein kurzer Waffenstillstand, nach dem Rußland nicht nur gegen einen, sondern gegen zwei Feinde zu kämpfen haben werde. Zu seiner Verteidigung müßte die Mandschureiarmee im fernen

Osten verbleiben. Falls es unmöglich sein sollte, die ganze Armee dort zu belassen, müßten wenigstens zwei Drittel in permanenter Kriegsbereitschaft mit voller Kriegsverpflegung in Ostasien stationiert verbleiben. Ferner müßten in den Grenzgebieten Militäransiedlungen geschaffen werden. Die russischen Positionen seien auf das beste zu befestigen, ungeachtet aller Proteste der Japaner. Unumgänglich notwendig sei endlich eine starke Flotte mit Wladiwostok als Basis. Sie müsse nicht von Staatswerften, sondern von ausländischen bekannten Schiffsfirmen gebaut werden. Diesen seien Konzessionen zu erteilen, damit sie in Wladiwostok Werften u. s. w. anlegen könnten. Außer Wladiwostok könne die Olgabucht oder Nikolajevsk am Amur für diese Zwecke benützt werden. Für Fertigstellung der Flotte vor dem vereinbarten Termin seien besondere Prämien zu verleihen. Auch müsse so schnell wie möglich ein zweiter Schienenstrang auf der sibirischen Bahn gelegt werden, und zwar bis Wladiwostok, ebenso auf der Ussuribahn, und durch drahtlose Telegraphie müßte Kamtschatka mit Nikolajevsk und Wladiwostok verbunden werden. „Der zweite japanische Krieg," damit schließt der Autor die Denkschrift, „liegt nicht hinter den Bergen, sondern auf unseren Schultern. Mit aller Kraft müssen wir uns dazu vorbereiten, sonst jagt man uns hinter den Baikal."

In den russischen Blättern liest man große Klagen der Kaufleute aus Wladiwostok, daß der ganze Handel in Korea, Mandschurei, Mongolien und Ostsibirien in japanische Hände übergehen werde. Der Hafen von Fuzan in Korea ist der Mittelpunkt der japanischen Handelsflotte. In Wladiwostok sind heute schon japanische Handelsleute Herren der Situation. In ganz Rußland herrscht eine furchtbare Krankheit — die soziale Not — in Folge des Krieges und noch mehr in Folge der Revolution. In Wologda sollte am 14. Mai Markttag sein. Die Bauern kamen, fanden aber alle Läden zu. Die „Intelligenz", Studenten, ihre Huren, die Studentinnen, die gewöhnlich zu 90% der jüdischen Rasse angehören, und die Sozialisten hatten

befohlen, die Läden sollen an diesem Tage geschlossen bleiben. Die Bauern rotteten sich zusammen, trieben die Studenten, ihre Huren — die Studentinnen — und Sozialisten in den „Národní dům", umzingelten es, legten dasselbe in Brand. Alle Studenten, Studentinnen und Sozialisten, 150 an der Zahl kamen in den Flammen um.

Dasselbe geschah in Simbirsk, Garicyn, Murom. Es ist die Gegenrevolution des Landvolkes gegen die Juden und ihre Helfer die Studenten und Sozialisten. In Riga wurden standrechtlich erschossen Vinzenz Farksch, Andreas Kallei, Meier Rehbock — sämtlich Juden, wegen Ermordung von Polizisten. In Kališ warf ein 40jähriger Jude eine Bombe auf den Obristen Grafen Keller. Die Kirchen werden ausgeraubt. Es gibt keinen Tag, an dem nicht ein Kirchenraub in Rußland geschehen möchte. Einen sehr traurigen Ausblick für die Zukunft Rußlands gab der unlängst verstorbene Redakteur im „Nowoje Wremja" — Konstantin Skalkovskij. Dieser Nationalrusse hatte sowohl das europäische, wie das asiatische Rußland gründlich bereist. Er gab ein großes Werk heraus über Rußlands auswärtige Politik. Wohl das beste Werk, worin alle verräterischen Schliche der russischen Diplomaten schonungslos klargelegt werden. Vor seinem Tode sagte Skalkovskij zu seinem Chef, dem Suworin: „Wenn mir jemand vor 5 Jahren gesagt hätte, es werde in Rußland dies und jenes geschehen, was ich in letzter Zeit selbst erlebt habe, würde ich es niemals geglaubt haben. Ich kannte wohl die Schwächen der Regierung, daß aber auch das russische Volk so schamlos, entsittlicht ist, hätte ich nicht geglaubt, es ist ein Haufen von demoralisiertem Vieh. Ihm liegt nichts mehr an Leben, an Eigentum, an Gott, an Vaterland, an Rußland. Skalkovskij verwarf den Parlamentarismus für Rußland und wünschte eine gute zarische Regierung. Er haßte die Revolution und sagte, Rußland werde heruntersinken, wie zur Zeit des Iwan Kalita unter den Tataren. Anstatt dieser werden Rußland die Juden beherrschen. Soweit Skalkovskij. Der Sturz des Ministeriums Witte hatte zur Folge das Abtreten des Grafen

Lambsdorf, des russischen Ministers des Äußern. Beide, Witte und Lambsdorf, waren unzertrennliche Freunde. Graf Ignatèv und Goremykin kämpften gegen dieses Zwillingspaar. Kokovcev, ein energischer Gegner Wittes, wurde Finanzminister. Kokovcev war ein treuer Freund des ermordeten Plehwe. Kokovcev beschuldigt den Witte, daß er der direkte moralische Mörder des Plehwe sei, er habe Beweise davon in seiner Hand. Auch Kokovcev ist stets in Lebensgefahr. Doch seine Frau sagte öffentlich, daß wenn ihr Mann ermordet wäre, sie dafür den Witte erdolchen möchte, sie sei nicht so feige, wie die Frau des Plehwe. Lambsdorf hat den Witte als den Friedensmacher nach Portsmouth geschickt, darnach ist die Mache auch ausgefallen. Witte hat als Finanzminister alle Militärausgaben Rußlands unterdrückt und auch die notwendigen Ausgaben für die Befestigung Port-Arthurs und die Armierung der ostasiatischen russischen Flotte hintertrieben. Der Nachfolger Lambsdorf's soll Izwolskij werden, ein ehrlicher Nationalrusse. Die ostasiatische Abteilung der russischen Diplomatie bildete Hartwig und Obolenskij, beide russisch-feindliche Kreaturen. Es ist möglich, daß auch hier ein Wandel zum Besseren für Rußlands Interessen sich vollziehen wird. Man sieht daraus, daß Witte direkt mit den Revolutionären, den Juden und Sozialisten über Rußland herrscht. Er scheut nicht seine Gegner durch bestellten Mord zu beseitigen. So ist der Hof in Rußland ähnlich den Kaiserhöfen in Stambul und Peking. Hier wie dort spielen sich ab und zu furchtbare Palastrevolutionen ab, wo die gegnerischen Parteien mit Mord arbeiten. Wer dann am Schlachtfeld übrig am Leben bleibt — der regiert dann weiter.

An allem dem ersieht man die furchtbaren Folgen der Gottlosigkeit. Wo keine Religion ist, wo kein Glaube an Gott — dort wuchert das Verbrechen. Schon Jouffroy schrieb: Nur die christliche Religion, der christliche Glaube kann die Welt glücklich machen. Selbst Diderot schrieb: Ohne Religion ist keine Tugend, ohne Tugend kein Glück auf Erden. Nur der gläubige Christ, der Liebe und Ehrfurcht

hat vor Gott, der Religion, der Kirche, den Priestern, erfüllt seine Pflichten, unterdrückt seine Leidenschaften, ist selbst glücklich und macht auch andere glücklich.

## XI.

## Das geschwächte Russland und das europäische Gleichgewicht.

Vor dem Ausbruch des russisch-japanischen Krieges war Europa der allgemeinen Überzeugung, Rußland sei ein starker Militärstaat, dessen Arm jedermann fürchten müsse. Der Verlauf des Krieges hat die Welt etwas anderes gelehrt. Damit ist nicht gesagt, daß es in anderen Staaten besser aussieht. Man gehe doch nur selbst nach England, Frankreich, Italien und Österreich-Ungarn. Wo finden wir da Ordnung, Ehrlichkeit, Sitte, Tugend? Überall Korruption, so daß man Not hätte zu entscheiden, ob der Augiasstall mehr verunreinigt ist in Frankreich, oder Rußland, oder in einem anderen sogenannten Kulturstaat. Sind doch die Menschen überall gleich. Die Schwächung Rußlands durch den russisch-japanischen Krieg und noch mehr durch die Revolution betrachten die Großmächte West-Europas mit großem Behagen. Am meisten wohl die Magyaren, sie glauben schon nach Stambul einzuziehen. Groß-Magyarien der Traum der Juden in Buda-Pest. Ob denn der Jude Polonyi-Polak der große Heerführer sein wird? Die „Alldeutschen Blätter“ schreiben am 19. Mai 1906 folgendes: „Die Rückwirkung der Zustände in Rußland auf die politische Weltlage. Die Beziehungen der europäischen Mächte unter einander sind in letzter Zeit stark in Fluß geraten. Gewiß wurde durch die Konferenz in Algeciras manches offenkundig, was dem geschärften Auge sich auch schon früher unter der Oberfläche kund tat, letzten Endes muß man aber doch die Verschiebungen, die nun eingetreten sind, auf den russisch-japanischen Krieg und dessen Folgen zurückführen. Fassen wir die Veränderungen, auf die wir schon verschiedentlich hingewiesen haben, ge-

nauer ins Auge. Frankreich geht eine engere Verbindung mit England ein, weil ihm das Bündnis mit Rußland die genügende Rückendeckung für seine europäische Stellung nicht mehr zu bieten scheint, England seinerseits begrüßt diese Annäherung mit Freuden, um das Gegengewicht gegen Deutschlands Stellung in Europa, die sich durch den Zusammenbruch der russischen Macht gebessert hat, zu verstärken. In Italien steigert sich der Drang nach politischer Betätigung infolge der gebesserten wirtschaftlichen Verhältnisse, die im letzten Jahrzehnt für jeden, der Italien wiederholt besucht hat, einen ganz unverkennbaren Aufschwung genommen haben. Die Richtung dieses Ausdehnungsdranges folgt der alten Tradition des Irredentismus gegen Österreich. An Stelle des Ehrgeizes, der seine Ziele an der Nordküste des afrikanischen Kontinents suchte, tritt mehr und mehr Albanien und die Balkanhalbinsel; man hat sich damit abgefunden, daß in Nordafrika nur der kümmerliche Brocken Tripolis als Feld italienischer Betätigung übrig geblieben ist. Wurden diese Verschiebungen schon auf der Konferenz von Algeciras klar, so kommen in der allerletzten Zeit noch zwei bemerkenswerte Erscheinungen hinzu: das offenkundige Bestreben einer Annäherung zwischen England und Rußland, die gegenwärtig auf dem besten Wege ist, und ein ungezügelter Wutausbruch der magyarischen Presse gegen Deutschland und insbesondere gegen den deutschen Kaiser, der einst nach dem bekannten Trinkspruch in der Ofener Burg von denselben Magyaren in den Himmel gehoben wurde. Die Beschwichtigungsversuche, die jetzt einige ungarische Minister vom Stapel lassen, bedeuten gar nichts; man erinnere sich hierbei nur, daß sich unter denen, die jetzt versöhnlichere Töne flöten, derselbe Polonyi befindet, der vor wenigen Monaten, als er noch nicht Justizminister war, die Hetze in die Wege leitete. Dabei allem Anschein nach eine Verstärkung der guten dynastischen Beziehungen zwischen Hohenzollern und Habsburg, als deren Bekundung die bevorstehende Reise des deutschen Kaisers nach Schönbrunn anzusehen ist. Gleichzeitig eine lebhafte

Tätigkeit der englischen auswärtigen Politik, die man dem neuen liberalen Ministerium kaum zugetraut hätte. Das offenkundige Ziel ist hier die volle Beherrschung der Eingänge des Mittelmeeres mit einer hauptsächlich gegen Deutschland gerichteten Spitze. Die Bemühungen, die Bagdadbahn, als unter deutschem Einfluß stehende Verbindung mit dem persischen Golf, vollständig einzusargen, werden mit Erfolg fortgesetzt, der Versuch der Türkei, eine vom Suezkanal unabhängige Verbindung vom Mittelländischen zum Roten Meer herzustellen, wird zu verhindern gesucht. Gleichzeitig entfaltet England eine rege Tätigkeit in Mazedonien, die, auf Italien gestützt, sich in erster Linie gegen Österreich richtet, das man aber vor allem als den Strohmann Deutschlands ansieht. Das Ziel der österreichischen Orientpolitik, über Bosnien und Nowi Bazar nach Saloniki vorzudringen, fand früher das Haupthindernis bei Rußland; nun dieses zur Ohnmacht verurteilt ist, treten England und Italien dafür ein. Wir brauchen hier nicht nochmals zu unterstreichen, wie ungünstig diese Verschiebungen für uns sind und wie sie mehr und mehr auf eine völlige Vereinsamung des Deutschen Reiches hinauslaufen. Und an manchem hierbei sind wir nicht unschuldig. Daß man jetzt diese Enttäuschung bei den so sehr gehätschelten Magyaren erfährt, so daß sogar die offiziöse Dementierspritze gegen sie auffahren muß, war eine recht verdiente Lektion. Es gehört allerdings zu den Lehrsätzen Bismarckischer Überlieferung, daß das Deutsche Reich sich mit den Magyaren als einem der maßgebendsten Faktoren der österreichisch-ungarischen Politik gut stellen müsse. Aber Bismarck hat sich nie in der Wertung dieses Volksstammes psychologischen Täuschungen hingegeben, wie aus seinem Urteil in den „Gedanken und Erinnerungen“ hervorgeht. Es war dem neuen Kurs vorbehalten, auch hierin viel zu weit zu gehen, und die kritiklose Lobhudelei, die dem Magyarentum seitens der maßgebendsten Stellen im Deutschen Reich zuteil wurde, hat dieses des politischen Augenmaßes so sehr entbehrende Volk mit dazu gebracht, daß es glaubte, die deutsche Reichspolitik sei einfach

zur Unterstützung seiner maßlosen Forderungen gegenüber dem Kaiser und Österreich verpflichtet. Die Frage freilich, inwieweit diese Lage der Dinge für uns gefährlich und verhängnisvoll werden kann, führt wiederum auf Rußland zurück, ihre Beantwortung hängt von der Entwicklung ab, die das russische Reich in den nächsten 10 oder 20 Jahren durchmachen wird. Zu Zeiten des russisch-japanischen Krieges wurde bei uns, und nicht nur in offiziösen Blättern, immer wieder darauf hingewiesen, daß wir an einem Zusammenbrechen der russischen Macht kein Interesse hätten. Man begründete dies einerseits mit dem Gegengewicht gegen England, das wir dadurch verlören, andererseits mit der Notwendigkeit, daß ein starkes Rußland die Polen an unserer Ostgrenze im Zaum halten müsse. Man glaubte auch in dieser Beziehung in den Spuren Bismarckscher Überlieferung zu wandeln. Aber es fragt sich, ob eine Wiederkehr Bismarckscher Zeiten unter irgend welchen Verhältnissen möglich ist, wo wir in ganz erheblichem Umfange ohne den Besitz einer Flotte welt- und kolonial-politische Ansprüche auch gegen England durchsetzen konnten, indem Bismarck, um Englands Widerstand zu brechen, bloß auf den Knopf nach Petersburg zu drücken brauchte. Und es fragt sich, ob diese Zeiten je wiederkommen könnten, selbst wenn nach dem Abgange Bismarcks unser Verhältnis zu Rußland nicht durch die Schuld unserer Politik erheblichen Schwankungen ausgesetzt worden wäre. Liegen die Dinge aber so, so werden wir vielleicht jenen Grundsatz, der zur Bismarckschen Zeit richtig gewesen sein mag, doch einer sehr erheblichen Berichtigung unterziehen müssen.

Nehmen wir einmal an, Rußland könnte, wie liberale Theoretiker anzunehmen pflegen, durch das Heilmittel der Konstitution wieder gesunden. Dieser Gesundungsprozeß müßte vor allem an den wirtschaftlichen Zuständen des russischen Reichs beginnen. Die Grundlage wäre vor allem eine wirkungsvolle Agrarreform, die Stärkung des Zweiges der russischen Volkswirtschaft, in dem immer noch mehr als 80 pZt. der russischen Bevölkerung tätig sind.

Eine natürliche Folge der Durchführung eines solchen Riesenwerkes müßte es sein, das Rußland mindestens ein Menschenalter hindurch seine Aufmerksamkeit ausschließlich der Reform seiner inneren Zustände widmet, daß es eine Politik, deren Ziele in Indien oder der Mandschurei liegen und die ja zum Teil bisher nur eine Ableitung von den unhaltbaren inneren Zuständen bedeutete, vollständig aufgibt. Viel näher würde für Rußland eine Wiederaufnahme der näheren Orientpolitik liegen, um seiner bäuerlichen Bevölkerung etwa in Kleinasien und Mesopotamien ein neues Betätigungsfeld zu erschließen. In dieser Zeit würde also der überlieferte Gegensatz zu England vollständig ruhen, und es ist die Frage, ob er nachher wieder zutage treten würde, ob Rußland je zu einer Politik äußerlicher Machtentfaltung, die nicht aus inneren wirtschaftlichen Notwendigkeiten herauswächst, zurückkehren könnte. Es wäre dann viel eher verständlich, wenn Rußland den Besitz von Galizien, Ungarn, Rumänien und des Ostens des Deutschen Reiches anstrebte, Gebiete, in denen seine Bauern leben könnten, als etwa den Indiens, das höchstens einem kleinen Kreise der höheren Bevölkerungsschichten des russischen Volkes eine Existenzmöglichkeit böte.

Kann man nun wirklich im Ernst der Meinung sein, daß eine derartige Wiedergeburt Rußlands für uns ein Vorteil wäre, daß das Wiedererstehen eines mehr oder weniger selbständigen Königreichs Polen für uns ein größeres Übel bedeutete, als die Nachbarschaft eines russischen Reiches, das auf diese Art Riesenkräfte gewonnen hätte? Es scheint uns, daß die Antwort darauf nicht zweifelhaft sein kann. Solange Rußland als ein Koloß auf tönernen Füßen bezeichnet werden konnte, war seine Nachbarschaft für uns erträglich: ein wirklich gesundes Rußland wäre für uns eine Bedrohung unerträglichster Art. Wir ständen dann vor einer slavischen Gefahr, an deren Bedrohlichkeit keine andere Zukunftsmöglichkeit irgendwie heranreicht. Glücklicherweise brauchen wir eine derartige Entwicklung kaum zu fürchten. Der ganze bisherige Verlauf der russischen Revolution

hat uns immer wieder nur zerstörende, keinerlei aufbauende Kräfte an der Arbeit gezeigt; und gerade für uns, die wir in der Geschichtsbetrachtung der Rassenlehre eine hervorragende Stellung zuweisen, kann darüber kaum ein Zweifel sein, daß diese Revolution, die sich mit gegen die allzudünne und zum Teil bereits degenerierte germanische Herrenschicht, die bisher dem russischen Reich den äußern Anschein einer europäischen Macht gegeben hat, richtet, aus sich selbst heraus niemals die Kräfte erzeugen wird, über die Frankreich am Ende seiner großen Revolution verfügte. Die größere Wahrscheinlichkeit spricht demnach dafür, daß Rußland einer fortschreitenden Zersetzung entgegengeht und daß die staatsbildenden Kräfte, die dort vorhanden sind, bestenfalls zu einem Wiederaufbau einzelner Teilreiche auf nationaler Grundlage ausreichen werden. Indes mag diese Frage bei anderer Gelegenheit eingehender erörtert werden; hier sollte nur darauf hingewiesen sein. Über den mehr und mehr offenkundigen Zerfall des Dreibunds haben wir uns in diesen Blättern schon wiederholt und nicht erst in jüngster Zeit geäußert. Könnte man in Österreich von einer tatkräftigen auswärtigen Politik sprechen, so müßte diese gegenwärtig in einem engeren Anschluß an das Deutsche Reich und einer Verschärfung des Gegensatzes zu Italien ihren Ausdruck finden. Indes steht diese auswärtige Politik in Österreich heute mehr denn je im Zeichen eines persönlichen Faktors: der Ruhedürftigkeit des greisen Monarchen. Und sie wird zunächst weit mehr von persönlichen Eindrücken, die auf diesen in letzter Zeit gewirkt haben, bestimmt, als von weitausschauenden, in die fernere Zukunft gerichteten Plänen. Die Magyaren jubeln über die politische Isolierung Deutschlands und stellen sich jeder deutschfeindlichen Mächte-Gruppierung zur Verfügung. Im Grunde kommen hierbei ja nur die alten Gesinnungen zum Ausdruck, die das Magyarentum von jeher beseelt haben, die es aber sehr geschickt zu verbergen verstand, wenn ihm dies politisch vorteilhaft erschien. Zum Teil führen sie jetzt ja wieder dieselbe Komödie auf. Nun steht das Haus Habsburg

an folgendem Scheidewege: es kann sich dem Magyarentum ausliefern, das freilich nicht früher zufrieden sein wird, bevor Österreich-Ungarn nicht vollkommen von Ofenpest aus regiert wird. Die Habsburger müssen sich mit einem parlamentarischen Schattenkönigtum begnügen: herrschen würde die magyarische Adels- und Advokatenklicke. Und damit wäre auch das Ende des deutsch-österreichischen Bündnisses besiegelt. Die Sympathien der Magyaren für Frankreich sind so alt, wie die von den Magyaren geführte ungarische Unabhängigkeitsbewegung. Die Kossuthisten planen für die engere Verbindung mit Frankreich auch eine wirtschaftliche Unterlage: der Inhalt der französischen Sparstrümpfe soll künftig statt in russischen in ungarischen Renten angelegt werden. In der Tat ist es für Ungarn, wenn es den Kampf gegen Österreich auch auf wirtschaftlichem Gebiete aufnehmen will, eine Lebensfrage, daß sein Hauptfeind nicht gleichzeitig sein Hauptgläubiger sei. Außerdem ist das Erwachen des ungarischen Deutschtums im Gange und unaufhaltsam. Die Bewegung wird und muß bei den Deutschen Österreichs und des Reichs Widerhall finden. Nichts erregt in gleichem Maße den Zorn der Magyaren, als daß ihnen hier die Beute entgleiten soll, die sie schon so fest in Händen zu haben glaubten; auch dies wird den Haß gegen alles Deutsche immer von neuem anfachen. Daß all dem gegenüber der Versuch, etwa durch schöne Redensarten unserer Offiziösen von den „ritterlichen Magyaren" diesen Brand des Hasses zu löschen, völlig aussichtslos wäre, brauchen wir wohl kaum zu beweisen.

Anderseits kann man nun aber doch annehmen, daß in den Habsburgern noch genug Herrschaftsinstinkte lebendig sind, um ihnen diese Zukunftsaussichten nicht sehr anheimelnd zu machen. Freilich haben sie bereits zuviel den magyarischen Machtgelüsten ganz zwecklos geopfert; sie haben den Rückhalt, der Österreich ihnen naturgemäß in einem Kampfe gegen magyarischen Übermut bieten müßte, durch ihre slavisierende Politik geschwächt, sie haben die Deutschen aus ihrer Stellung als Staatsvolk gedrängt und nun hat dieser Staat kein Rückgrat mehr.

Nun drohen durch einen Zerfall Rußlands neue Gefahren. An sich war der Bestand eines mächtigen oder wenigstens für mächtig gehaltenen Rußlands eine Klammer, die das Doppelreich zusammenhielt. In Ungarn war 1849 nicht vergessen. Die panslavische oder besser panrussische Gefahr bedrohte die Magyaren noch mehr als die Deutschen. Konnte das mit Rußland verbündete Frankreich sie davon schützen? Zerfällt Rußland, so wird diese Furcht gegenstandslos. Andererseits bedroht ein solcher Zerfall das Habsburgerreich an einem andern Punkte: werden sich die Polen Galiziens der Anziehung entziehen können, die ein autonomes oder selbständiges Polen auf sie ausübt, so gut es ihnen im übrigen als Kostgänger der Wiener Küche auch gehen mag? Bisher hätten wir und Rußland oft Anlaß gehabt, Österreich zu bitten, die polnischen Bäume nicht in den Himmel wachsen zu lassen; jetzt wird man vielleicht in Wien flehend zum Himmel blicken, er möge dem Segen Einhalt tun, der sich auf die braven Polacken in Rußland ergießt. Nimmt man alles zusammen: Österreich bietet der Dynastie keinen genügenden Rückhalt mehr, wenn diese ihr Reich auch nur dem Scheine nach als Großmacht erhalten will. Und wenn hier neu aufgebaut werden soll, so kann es nur geschehen mit der Rückendeckung und der Hilfe des Deutschen Reichs. Dabei ist gar nicht gesagt, daß eine Neuorganisation des Donaustaates notwendig in der Richtung des Zentralismus vor sich gehen muß,

Es läßt sich denken, daß eine Personalunion mit Ungarn und eine Sonderstellung Galiziens mit einer Stärkung der Gesamtmonarchie sehr wohl vereinbar ist, wenn man nur da wie dort weiß, daß die Dynastie die Macht hat, das eine wie das andere wieder rückgängig zu machen. Wenn Österreich z. B. in seiner Wirtschaftspolitik mit dem Deutschen Reiche einig geht, welche Machtmittel hat es dann, um Ungarn völlig gefügig zu machen!

Man wird nun freilich sagen: was für Konjekturen, wie viele wenn und aber; warten wir doch erst ab, ob Rußland wirklich zerfällt, die Magyaren wirklich Österreichs auswärtige Politik bestimmen werden,

es kann ja alles noch ganz anders kommen. Nun gut, wir haben bisher gewartet und alles wunderschön gefunden, wir sind England nachgelaufen, haben die Vereinigten Staaten umworben, wir haben von einem Bündnis mit Frankreich geträumt und muntere Reden haben unsere Hoffnungen und Träume begleitet. Das Ergebnis ist nicht gerade glänzend. Hier böte sich einmal Gelegenheit zu geräuschloser und zielbewußter Arbeit. Natürlich nicht etwa so, daß wir zum Dank für Algeciras der Hofburg Gegendienste leisten, wo und solange sie solcher bedarf; sondern indem wir die Wiederherstellung der führenden Stellung des deutschen Volkes in Österreich zur Voraussetzung jeder Hilfe machen, die das Haus Habsburg vielleicht sehr bald schon zu erbitten gezwungen sein kann. Nur auf dieser Grundlage darf, aber auch kann sich eine Stärkung der Habsburgermacht vollziehen. Dann kann ein starker und wirklich zuverlässiger Freund uns mehr nützen, als zwei laue; dann können wir auch der Entwicklung der Ereignisse in Rußland mit einiger Beruhigung entgegensehen und wir können hoffen, unter Umständen aus ihnen Nutzen für uns zu ziehen.“ Soweit die „Alldeutschen Blätter“. Hier ist also der Standpunkt der Alldeutschen klargelegt. Rußland drängt zu einer Verständigung mit England, um zu Hause die innere Ruhe herstellen zu können, denn der innere Feind ist furchtbarer als der äußere. England wird niemals eine aufrichtige Freundschaft mit Rußland schließen. Wenn man in Petersburg daran glaubt, so wird die rusissche Diplomatie nur ihren eigenen Herrn wieder übers Ohr hauen, wie immer. Rußland brauchte nicht um die Gunst Englands zu betteln, wenn es in Österreich-Ungarn einen wohlwollenden Nachbar hätte. In Wien ist man mit derselben Blindheit geschlagen wie in Petersburg. In Wien tritt noch aber hinzu die teuflische Bosheit gegen die slavischen Völker Österreichs. Dafür sorgt schon das große Judenblatt die „Neue Freie Presse“. Die slavischen Völker Österreichs sollen nun einmal ausgerottet werden, um das Groß-Deutschland zu begründen. Oder ist der jetzige Dreibund etwas anderes als die Vorbereitung dazu? So schreibt das große

Judenblatt, welches die Hofräte in Wien zum Frühstück studieren und darnach das arme Österreich regieren, am 12. Mai 1906 folgendes: „Seitdem das deutsch-österreichische Bündnis besteht, bildet es das Fundament der auswärtigen Politik unserer Monarchie, und während der ganzen langen Reihe von Jahren ist diese Politik in beiden Delegationen stets nahezu einmütig gebilligt worden. Was hat sich ereignet, daß plötzlich von allen Seiten Stimmen der Gehässigkeit gegen das Deutsche Reich und voll Feindseligkeit gegen das Bündnis sich erheben? Welcher Nachteil ist unserem Lande oder den Nationen, die es bewohnen, aus der auf das Bündnis basierten Friedenspolitik erwachsen, daß dem deutschem Kaiser gegenüber, der als Bundesfreund zu uns kommen will, um seine Dankbarkeit dafür zu beweisen, daß unsere Monarchie ihre Bundestreue und Friedensliebe in einem entscheidenden Augenblicke bewährt hat, kaum mehr die primitivsten Pflichten internationaler Höflichkeit erfüllt werden? Den unverhohlen mißvergnügten Äußerungen, mit denen die ungarische Koalitionspresse den angekündigten Besuch Kaiser Wilhelms begrüßte, gesellt sich nun auch eine polnische Stimme zu, welche behauptet, die Verhältnisse hatten sich so gestaltet, daß nicht nur die Ungarn, sondern auch die Polen und mit ihnen die Čechen und Kroaten sich jedem engeren Anschluß an das Deutsche Reich widersetzen müßten, und prophezeien zu können glaubt, die noch unbekannten Ansprachen, die Kaiser Wilhelm in Wien halten werde, würden in den Delegationen in deutschfeindlichem Sinne beantwortet werden. Welche Verhältnisse haben sich geändert? Welche Ansprachen sind da gemeint? Oesterreich-Ungarn lebt nach wie vor mit aller Welt in Frieden. Das deutsch-österreichische Bündnis hat uns nicht gehindert, die ehemals gespannten Beziehungen zu Rußland so freundlich zu gestalten, daß ein Einvernehmen mit dem östlichen Nachbar zur friedlichen Lösung der Balkanfragen möglich wurde, während es keineswegs ausgemacht ist, ob wir ohne die Stütze des Bündnisses so ungestört uns der Überwindung der inneren Krisen hätten widmen

können, von denen die Monarchie in den letzten Jahren heimgesucht war. Was aber die präsumierten Ansprachen des deutschen Kaisers betrifft, wird, wenigstens von Berlin aus, angekündigt, daß sein Besuch einen durchaus intimen Charakter haben werde, daß er ein Beweis der Zuneigung und Anhänglichkeit für den Kaiser Franz Josef sein solle, und es ist nicht einmal sicher, ob diesmal die üblichen Trinksprüche mit politischer Färbung werden gewechselt werden. Wenn es Verhältnisse gibt, die sich geändert haben, dann liegen sie sicherlich nicht auf dem Gebiete der auswärtigen Politik im allgemeinen und der Beziehungen zum Deutschen Reiche insbesondere. Es ist deutlich erkennbar, daß die Mißtöne des Konzerts, womit gegen allen Brauch, ja wider alle Vernunft der Besuch eines in freundschaftlicher und wohlwollender Absicht kommenden Monarchen empfangen wird, ihren Ursprung in den inneren Verhältnissen haben, wo sich allerdings manches geändert hat. Wenn man in Ungarn den vor nicht gar langer Zeit dort sehr populären deutschen Kaiser wie einen Feind anspricht, so hat das nicht etwa darin seinen Grund, daß er während des Verfassungskonflikts, wie vielfach verbreitet wird, einen ungehörigen Einfluß gegen die nunmehr zur Herrschaft gelangte Partei ausgeübt hat, sondern gerade darin, daß Deutschland, wie es selbstverständlich ist, sich jeder Partei- und Einflußnahme enthielt und darum auch manchen Hoffnungen nicht entsprochen hat, welche zu Zeiten auf seine Unterstützung der ungarischen Separationsbestrebungen gesetzt wurden. Wenn nun auch die Polen die Zeit gekommen glauben, ihren Sympathien für die Stammesgenossen in Preußen durch Unhöflichkeit gegen den deutschen Kaiser Ausdruck zu geben, so werden sie dazu einerseits durch den Stimmungsumschlag in Ungarn ermuntert und andererseits ist das Motiv dafür darin zu suchen, daß auch ihr Verhältnis zur Zentralregierung sich geändert hat, aus Gründen, die bekanntlich weitab von allen auswärtigen Beziehungen der Monarchie liegen. Man hat es ja im Abgeordnetenhause gehört, wie tief verletzt sie sich durch den Undank fühlen, mit dem

ihre Dienste durch die Wahlreform gelohnt wurden, und vermutlich soll ihre Revanche damit beginnen, daß sie anfangen, die Zirkel der auswärtigen Politik zu stören. Dieselben Polen, die durch Jahrzehnte nicht müde wurden, zu versichern, daß sie die „Garde“ der kaiserlichen Politik seien, und es sehr übel nahmen, als Freiherr v. Gautsch sie daran erinnerte, daß ihr Land und ihre Nation sich nicht schlecht dabei befunden haben! Ungarn, Polen und selbstverständlich auch die ältesten Feinde des deutsch-österreichischen Bündnisses, die Čechen, beurteilen das Verhältnis zu Deutschland vom Standpunkte ihrer nationalen Antipathien und parteimäßigen Bestrebungen, und da manche Rücksichten entfallen sind, die ihnen bisher geboten, sich darin Schranken aufzulegen, so äußert sich dies in dem Verhalten zu dem Besuche des deutschen Kaisers. Kann es aber eine törichtere und kurzsichtigere Politik geben? Vom österreichischen Patriotismus soll und kann auch bei realistischer Betrachtung der Verhältnisse nicht die Rede sein. Der würde freilich gebieten, daß die auswärtigen Beziehungen von den Bestrebungen der Parteien, vom inneren Zwist, von Zu- und Abneigung der Nationalitäten unbeeinflußt bleiben, wie ringsum in den Staaten Europas überall zu sehen ist, daß je nach Aufstieg und Niedergang der Parteien Majoritäten und Regierungen sich ändern, aber einem stillschweigenden Einverständnisse zufolge die auswärtige Politik nur vom Interesse des Staates und nie von dem der Parteien bestimmt wird. Allein selbst vom Standpunkte der ausschließlich nationalen Interessen ist die Feindseligkeit gegen ein Bündnis nicht zu verstehen, unter dessen Schutz alle diese Nationalitäten so viele kostbare Jahre des Friedens genossen haben, die ihnen gestatteten, an ihrer Entwicklung und Konsolidierung, ja selbst an ihrer Expansion auf Kosten der Deutschösterreicher zu arbeiten, bei denen allein sie ein Interesse an dem Bündnis voraussetzen. Selbst von den deutschfeindlichen Nationalitäten wird nicht geleugnet, daß sie ein Lebensinteresse an dem gesicherten Bestande Österreichs haben; ist das nicht Grund genug, in der auswärtigen Politik wenigstens

das österreichische Interesse als identisch mit ihrem nationalen Interesse anzusehen? Man hat aber noch nicht gehört, welche andere und bessere Politik die Gegner des Bündnisses mit Deutschland an die Stelle derjenigen zu setzen vermöchten, die auf dem Bündnis beruht. Herr Kramář hat freilich die Anlehnung an Rußland so lange gepredigt, bis der japanische Krieg und die Revolution ihm Schweigen auferlegten. Aber wenn es gelänge, das deutsch-österreichische Bündnis zu zerstören, so wäre es doch wohl noch sehr zweifelhaft, ob etwa die ungarische Unabhängigkeitspartei den ungarischen Staat und seine Zukunft besser gesichert fände, wenn er den Feinden Deutschlands sich zugesellen und seine Stütze in Rußland suchen wollte. In jedem Fall hat die bisherige Politik vor allen denkbaren Konbinationen das eine voraus, daß sie sich bewährt und der Monarchie den Frieden erhalten hat, was von jeder anderen erst zu erweisen wäre. Deutschland ist eine so gewaltige Macht und ein in allen seinen Wurzeln so kerngesunder und kraftstrotzender Staat, daß wohl zu erwarten ist, die Delegationen werden das Bündnis mit diesem überdies durch bewährte Friedensliebe ausgezeichneten Reich nüchterner und realistischer beurteilen als die verschiedensprachigen Stimmen, die ein von Deutschland unserer Monarchie entgegengebrachtes Wohlwollen mit Unhöflichkeit und Feindseligkeit beantworten zu müssen glauben. Aber das kann über die Gefahren nicht völlig beruhigen, die mit solcher politischer Brandstiftung immer verbunden sind. „Nicht bloß weil besorgt werden muß, daß die nationale Borniertheit, die in den mutwilligen Anrempelungen des deutschen Kaisers sich ausspricht, ihren Wiederhall in den Delegationen, wenn auch nicht in ihrem Votum, so doch in ihren Debatten finden werde, sondern vor allem wegen der Stimmung, die durch solche Imponderabilien diesseits wie jenseits der Grenze erzeugt wird. Man kann es an den deutsch-englischen Beziehungen sehen, welche Wirkungen durch bloße Stimmungen und Verstimmungen hervorgebracht werden können, und dagegen muß laut Protest erhoben werden im Namen der Deutschen Österreichs, im Namen der

Interessen der Monarchie und vor allem im Namen der gesunden Vernunft. Auch die gemeinsame Regierung würde unweise handeln, wenn sie solche Manifestationen geringschätzen wollte. In der österreichischen Delegation ist derzeit durch ihre Zusammensetzung ziemlich dafür gesorgt, daß ihr Votum über die auswärtige Politik nicht leicht von derartigen Stimmungen beeinflußt werden kann. In der ungarischen Delegation ist das keineswegs ebenso gewiß. Aber was ist von der Zukunft zu erwarten, wenn dereinst die Delegationen von Parlamenten entsendet werden, die aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangen sind? Solche Delegationen und Parlamente werden sich in Fragen der auswärtigen Politik schwerlich mit der recht sekundären Rolle begnügen, welche die gegenwärtigen spielen, und ihre Beeinflussung durch die nationalen Strömungen kann verhängnisvoll werden, wenn nicht alle Parteien beizeiten lernen, daß die auswärtige Politik von ihren spezifischen Bestrebungen, Sympathien und Antipathien unabhängig bleiben muß.

Man würde im ganzen Deutschen Reiche vergeblich ein Blatt suchen, das in ähnlicher Weise die Interessen des preußischen Königs vertreten möchte, wie das große Judenblatt die „Neue Fr. Pr.“ in Wien. Die christlich-soziale „Reichspost“ schrieb folgendes: „Die Krisis des Dreibunds. Wien, am 24. April. Algeciras hat ein Nachspiel; ja es schien, als seien die schönen Tage des Dreibunds gezählt. Die Depesche eines fürstlichen Kritikers drohte zum Ausgangspunkt neuer politischer Bildungen zu werden und ein russisch-französisch-italienisches Bündnis in den Bereich der Möglichkeit zu rücken. Die Sache hat sogar zu einer öffentlichen Behandlung in der italienischen Kammer geführt und der italienische Minister des Auswärtigen hat sich beeilt und beeilen müssen, der italienischen Aufregung gegen den Dreibund heute mit einer beruhigenden Erklärung entgegenzutreten. Ein Stachel wird für Italien freilich auch nach dem heutigen Tage bleiben: Er liegt in der Versicherung, die der deutsche Kaiser unter dem Eindrucke des glücklich beendeten

Marokko-Konflikts gab: daß Österreich-Ungarn in seinen künftigen „Mensuren“ in Deutschland einen ebenso werktätigen Helfer finden werde; hiemit war nun allerdings nicht gesagt, daß der Donaustaat gerade auf dem strittigen Territorium, dem Balkan, gestützt auf Deutschlands Einverständnis und Zustimmung, den italienischen Anhoffnungen entgegen, schalten und walten könne und vorerst jusqu'au délà Mitrowica und dann weiter bis Salonichi die Annexionslizenz in der Tasche habe; aber diese Auslegung der Kaiserworte lag nahe und mußte jenseits der Adria doppelt verstimmen, weil sie von einer Seite kam, welcher man besonders vertraute, sofern man eine aktive italienische Balkanpolitik im Auge hatte. In punkto Kolonialpolitik ist man in Italien sehr empfindsam, eine Folge mehrfachen Fiaskos, aber auch eine Form politischer Überhebung, die des öfteren Bestrebungen veranlaßte, die nicht immer im Einklang zu den tatsächlichen Machtverhältnissen und den finanziellen Kräften des jungen Staates standen. Saati und Adua, die trübsten Tage des neuen Italien, bedeuten ebensoviele Tage der Ernüchterung und des Insichgehens; Tunis, auf das Italien geographisch begründete Ansprüche erhob, ging in französischen Besitz über, weil die Engländer im Interesse der Machtverhältnisse im Mittelmeere es nicht dulden konnten, daß ein Dreibundstaat im Besitze von Sizilien und Tunis mit Bizerta den Durchgang durch das Mittelmeer beherrschte. Eine angemessenere Stellung im Mittelmeer zu erringen, ist aber Italiens beständiger Gedanke, das Ziel aller italienischen Minister und die Grundlage der ganzen italienischen Politik.

Nach der Niederlage bei Adua richteten sich die italienischen Wünsche auf Tripolis und — Albanien. Während von der Donau ohne Zweifel kein Veto ergehen wird, wenn man sich am Tiber zur Besetzung von Tripolis anschickt, muß man jenseits der Adria sich allen Ernstens die Möglichkeit aus dem Kopfe schlagen, daß vom Ballplatze aus jemals die Einwilligung zur Besitzergreifung Albaniens durch Italien gegeben werden könne — denn auch nur der Versuch,

die einstweilen von der Consulta theoretisch erwogenen Ansprüche auf die albanische Küste praktisch zu betätigen, müßte zum Zerfall des Dreibundes und notwendigerweise zu schweren Konflikten mit Österreich-Ungarn führen. Und hier müßte Deutschland als Sekundant an der Seite Österreich-Ungarns stehen. Selbst wenn Tripolis am Ende ein zweites Marokko werden sollte, kann Albanien nie zu einem Kompensationsgegenstand für die Niederlage der italienischen Kolonialpolitik werden, denn hinter Albanien steht Österreich-Ungarn, das den Besitz der Adria behaupten muß, will es nicht selbst in die orientalische Frage hineingerissen werden. Einsichtige Politiker in Italien anerkennen mit dankenswerter Vorurteilslosigkeit diesen Standpunkt und warnen ihre Landsleute, dem albanischen Abenteuer zuliebe den Dreibund aufs Spiel zu setzen. Italiens Zukunft liegt im Mittelmeere und nicht in der Adria, die nach wie vor eine österreichische See ist. In der „Antologia Italiana“ schrieb vor wenigen Jahren eine autoritative Feder die Worte: „Sage man, was man wolle, die legitime Erbin und Nachfolgerin der althistorischen Seemacht Venedigs ist und bleibt doch nur die österreichisch-ungarische Marine, ebenso wie einzig und allein die kaiserliche Standarte herrschend über der Adria weht.“ Für uns ist die Adria eine Schlagader, die durchschnitten, der Monarchie wirtschaftlich und in der Folge auch politisch das Leben kosten würde. Deshalb muß die östliche Küste der Adria unser bleiben oder ihre Selbständigkeit behalten. Die Monarchie kann es nicht dulden, daß ein fremder Fuß sich auf Albanien setzt. Unter diesem Gesichtspunkte wird das fragwürdige Albanien zu einem Prüfstein der Festigkeit, aber auch der Ehrlichkeit der Bundestreue unseres Nachbarn. Wird die albanische Frage aufgerollt, dann wird man in der Tat von einer Krise des Dreibundes sprechen können, wobei, wie wir hoffen, des Deutschen Reiches Kaiser sein vor aller Welt gegebenes Wort einlösen wird. In Italien kann man sich vernünftigerweise der Erkenntnis nicht verschließen, daß Algeciras vorbildlich zu werden verspricht und daß selbst die herz-

lichsten Freundschaften schwer über starke, auch nur diplomatische Konflikte reichen. Kein französischer Bürger wird zudem für ein italienisches Albanien das französische Schwert in die Wagschale werfen wollen; das Schicksal des türkischen Vasallenstaates Tunis aber wird am Konferenztisch entschieden. Von Italien wäre es also mindestens verfrüht, dem Dreibund Valet zu sagen, denn er ist, wie „Popolo Romano“ sagte, „doch das beste und sicherste, was man in der auswärtigen Politik hat.“ — Italien wird deshalb gut tun, nach den Erfahrungen aus den Folgen der Algeciraskonferenz die albanische Frage endgültig aus seinem Repertoire zu streichen, um den Dreibund, den es braucht, nicht weiteren Belastungsproben auszusetzen. Italiens Abschwenkung vom Dreibunde zum Zweibunde wäre ein Appell an die Gewalt, ein Ruf zum Streite, der Italien heute schwerlich Vorteile brächte. Der italienische Minister des Auswärtigen, Graf Guicciardini, kann nicht anders, als dies erkennen und am Dreibunde festhalten. Nur wäre, wie gesagt, unsererseits zu wünschen, daß dies mit etwas mehr greifbarer Praxis geschähe.“ Soweit die „Reichspost“. Ob sich die hier ausgesprochenen Wünsche erfüllen werden, mag die Zukunft zeigen. Aus allem dem geht hervor, daß Rußland aus dem Balkan verdrängt ist, und daß neue Rivalen auf dem Schachbrett erschienen sind und zwar die Mächte des Dreibundes selbst. Die Balkanfragen werden wohl einmal den Dreibund zersprengen. Deutschland will Triest haben, Österreich-Ungarn, Italien und Deutschland wollen bis nach Salonichi vordringen und diesen Hafen eigen nennen. Wer also von diesen Dreien wird das Feld behaupten? Wie lange werden diese drei als Freunde sein, da sie alle drei auf eine Beute losgehen? Ist das nicht zum Lachen? Alles das sind traurige und sehr gefährliche Folgen der Schwächung Rußlands. Die Zustände in Rußland selbst sind die denkbar traurigsten. Die Duma stellt sich immer mehr gegen Zar Nikolaus II. und seine Regierung. Die Juden und ihre Helfer, die Revolutionäre, haben indessen im ganzen Reich ihre selbständige Regierung weiter.

Der Stareschina des Wolmarsky Ujezd bekam von der Revolutionspartei aus Riga im rekommandierten Schreiben sein Todesurteil zugestellt, geschrieben mit roter Tinte, versehen mit dem Sigill der Revolutionäre. Dabei verlangen die Juden und ihre Helfer Abschaffung der Todesstrafe, während sie selbst ungestört und ungestraft ihre Gegner, ehrliche Bürger, ermorden lassen. Jeder Mörder, Dieb, Bombenwerfer hat in der Tasche zerrissene Bildnisse des Zaren und verlangt, daß er nicht als gemeiner Verbrecher, sondern als politischer Parteimann behandelt werde.

Und doch ist Rußland noch in der glücklichen Lage, seine größten Landesverräter am Galgen aufhängen zu dürfen. General Nogi telegraphierte nach Petersburg, ob es wahr sei, daß Stössel, der Verräter Port-Arthurs, in aller Stille aufgehängt worden sei. Glückliches Rußland! Wenn es nur wahr wäre, daß es noch Kraft hätte seine größten Schurken aufhängen lassen zu dürfen — andere westeuropäische Kulturstaaten haben diese Kraft schon längst eingebüßt. Hier zittern alle ehrlichen Menschen vor jedem privilegierten Dieb und Schurken — siehe Frankreich. Da lacht man noch über die Mandarine in China und die Tschinowniks in Rußland! Und doch sind die Menschen in Peking nicht schlechter als in Paris oder London, sie tragen nur anders genähte Kleider. Heiden sind sie alle zusammen, dort geborene, hier gewordene und künstlich von der Judenpresse gemachte Heiden, die schlechter und schamloser sind als die geborenen Heiden. Die Staaten Europas haben die christliche Religion seit der französischen Revolution über den Bord geworfen. Der Staat ist konfessionslos, folglich auch alle seine Einrichtungen, die Rechtssprechung, Justiz, Schule, Unterricht, Gesetzgebung. Die Duma äfft genau die Staatsgrundgesetze Österreichs nach. Die Magna Charta der Juden ist in ihnen enthalten. Die Juden in Österreich haben im Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867 (Reichs-Gesetzbl. Nr. 142) Milliarden umsonst bekommen. Dieses Gesetz äfft die Duma Buchstabe für Buchstabe nach. Der famose Artikel XIV. — die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit ist Jedermann gewährleistet —

hat im Verlauf von 40 Jahren die katholische Religion zu Boden geworfen. Ein jedes Dienstmädel, das bei einem Juden dient, lacht heute auf der Gasse, wenn sie einen Priester begegnet, diesen Pfaffen aus. Die Jüdin sorgt dafür, daß das christliche Mädchen einen fanatischen Haß gegen ihren eigenen Glauben bekommt. Abends kommt das Dienstmädchen mit ihrem Liebhaber Sozialisten zusammen. Dieser gibt ihr die „Barbara Ubryk“ zu lesen, beide weinen über die „Grausamkeit“ der Pfaffen, und wenn sie nicht das Zuchthaus fürchten möchten, würden sie sofort alle katholischen Pfaffen ermorden — die Rabbiner nicht. Es lebe die Religionsfreiheit! Die Juden bauen Synagogen, die Christen lassen ihre Kirchen in Ruinen verwittern. In Ungarn sind jetzt anstatt christliche Großgrundbesitzer, jüdische Großgrundbesitzer Patrone katholischer Kirchen! Bald werden auch die gothaischen Almanache in hebräischer Sprache erscheinen. Dafür sorgen die kaiserlichen Kabinette in Berlin und Wien. Es lebe die Religionsfreiheit! Die Heiden in Neu-Pommern sind wenigstens aufrichtiger — sie sagen: ja, wir essen Menschenfleisch. Aus der bedrängten Lage Rußlands hat vor allem England Nutzen gezogen. Es hat seine Machtsphäre in Indien erweitert und befestigt. Während des russisch-japanischen Krieges sendete England eine bewaffnete Expedition nach Tibet, eine Unternehmung, die England zu normalen Friedenszeiten niemals gewagt hätte. Aus der Schwächung Rußlands zog auch das Deutsche Reich direkten und indirekten Vorteil. Deutschland machte im russisch-japanischen Kriege riesige Geschäfte. Man kann sagen, daß das Deutsche Reich militärisch und wirtschaftlich die erste Großmacht in Europa geworden ist. Der Amerikaner Peabody hat seine Anschauungen über Deutschland auf folgende Weise ausgesprochen:

Im „20th Century Club“, dem geistigen Mittelpunkt Bostons, hat Peabody Ende April 1905 seine Eindrücke in einer Rede vor einer aufmerksamen Zuhörerschaft dargelegt. Aus den Berichten Bostoner Blätter über die Rede bringt die „New-Yorker Staats-Zeitung“ einen Auszug, der natürlich auch in Deutsch-

land und hier zumal mit besonderem Interesse gelesen werden wird. Professor Peabody wandte sich zunächst gegen das weitverbreitete Vorurteil, als ob Deutschland der Störenfried unter den Nationen Europas wäre. „Ein Hauptgrund," sagte er, „für die weitverbreiteten Verdächtigungen Deutschlands ist in der außerordentlichen und vielleicht nie vorher dagewesenen kommerziellen Entwickelung, welche dieses Land während der letzten fünfundzwanzig Jahre durchgemacht hat, zu suchen. Diese Entwickelung hat, wie das Wachstum von Städten wie Frankfurt und Hamburg zeigt, weite Gebiete, die einst dem Landbau dienten, in wahre Wälder von rauchenden Schornsteinen verwandelt. Dadurch kommt Deutschland zweifellos in rege Konkurrenz mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Vom Standpunkt des unparteiischen Beobachters aus kann man aber in dieser Entwickelung des deutschen Handels nur einen großen Vorteil für den Fortschritt der Zivilisation und eine der besten Garantien für den Frieden sehen. Die lebende Generation in Deutschland sieht ihre Hoffnung im industriellen Fortschritt und im dauernden Wachstum des Handels. Erscheint es nicht, von unserer Seite des Wassers aus gesehen, lächerlich, dieses Wachstum als eine Gefahr für den Frieden zu beklagen und dabei selbst diesen Frieden zu gefährden durch die Androhung von Zollrepressalien und Verweigerung der Reziprozität? Einen weit ernsteren Grund zu Befürchtungen sieht man in der Militärmacht Deutschlands, und ich für meinen Teil muß gestehen, daß ich zu jenen altmodischen Leuten gehöre, die in der Vermehrung des Heeres und der Flotte keine glaubhafte Prophezeiung des Weltfriedens sehen. Es gibt jedoch gewisse Umstände, welche in Deutschland diesen Militarismus unvermeidlich machen. Wir haben da ein Land ohne natürliche Grenzen, aber mit der drohenden Macht Rußlands an der einen und mit Frankreich und seinen unvernarbten Wunden auf der anderen Seite; im Inneren reizen die große polnische Bevölkerung, die sich niemals völlig assimiliert hat, sowie die große Masse der Sozialdemokraten zum Aufruhr.

Unter diesen Umständen finden die starke Hand und der starke Arm dort ihre Rechtfertigung in einem Grade, für den es bei uns keinen Vergleich gibt. Was aber bei diesen Erscheinungen in Deutschland am meisten Verdacht und Mißverständnis hervorruft, ist die Ansicht über den Charakter des Kaisers, der einen so großen Einfluß auf jede Regierungshandlung im Reiche ausübt. Viele Menschen scheinen zu glauben, daß er eine herausfordernde, ehrsüchtige, skrupellose, vorschnelle Persönlichkeit sei, ein Mann, dessen bloße Existenz schon eine Bedrohung der Kulturwelt bedeute. Lassen Sie mich daran erinnern, daß der deutsche Kaiser ein Menschenalter hindurch seinem Volke den Frieden gewahrt, und daß er vor ein paar Monaten bei der Reichstagseröffnung öffentlich verkündet hat, daß es sein fester Entschluß und seine heilige Pflicht sei, den Frieden zu erhalten." Peabody nannte im weiteren Verlauf seiner Ausführung den Kaiser „die augenblicklich bedeutendste geistige Erscheinung, die die Aufmerksamkeit der Welt erregt". Er sagt unter anderem: „Niemand, der mit ihm in Berührung kommt, kann sich diesem Eindruck entziehen. Seine Vielseitigkeit, mit der er sich über alles unterrichtet, sind ein Quell immer neuen Staunens. Ich habe einen Physikprofessor sagen hören, der Kaiser wisse mehr über Physik und Elektrizität als irgend ein Mensch, den er kenne; ich habe einen Anatomieprofessor ganz dasselbe über die Kenntnisse des Kaisers in der Physiologie sagen hören; und was Theologie und Philosophie betrifft, kann ich mein eigenes bescheidenes Zeugnis beibringen. Der Hofprediger erzählte mir, daß der Kaiser eines Morgens, als beim Frühstück die Rede auf Assyrien kam, die ganze assyrische Königsliste ohne zu stocken hersagte. Wir haben also einen wunderbar ausgebildeten Geist vor uns, einen Mann, der so weit wie nur denkbar von einer leichtsinnigen oder rücksichtslosen Natur entfernt ist. Daneben ist dieser merkwürdige Mensch den höchsten sittlichen Idealen zugewandt. Er hat großzügige Ansichten, seine Erholung bilden edle Gespräche über große Gegenstände. Ob es besser ist, daß ein Volk von einer so

bedeutenden Persönlichkeit geleitet wird oder ob es besser ist, wenn ein König stumpfsinnig oder gar sinnlich ist und das Regieren seinen Ministern überläßt, will ich nicht entscheiden, aber es ist schwer, in einem so bedeutenden Geist und stets wachem Gewissen eine Drohung für den Weltfrieden zu sehen. Ich kann mich nicht von dem Bilde des Kaisers wegwenden, ohne auf den schönen, würdigen und frauenhaften Charakter der edlen deutschen Kaiserin hinzuweisen. Es ist von größtem Wert für die Sache des Friedens, daß ein solcher Mann wie der Kaiser die Unterstützung einer aufopfernden, bescheidenen, mütterlichen und ruhigen Gattin findet, die in jeder Hinsicht seine Genossin ist. Wenn ich das häusliche Leben der kaiserlichen Familie in Deutschland mit dem Privatleben an manchen anderen europäischen Höfen vergleiche, so wird es wiederum äußerst schwierig in einem solchen Schauspiel etwas anderes zu sehen als ein Muster, dem zu folgen man anderen Nationen nur anraten könnte.“

„Das deutsche Volk auf seiner gegenwärtigen Entwickelungsstufe zeigt eine außerordentliche Ähnlichkeit mit unseren eigenen Zuständen und Problemen. Ihm droht Gefahr von seinem eigenen Wohlstand. Aber Deutschland wird durch einen ererbten und auch uns glücklich überlieferten Idealismus aufrechterhalten. Hier liegt das Heil Deutschlands, und hier muß die Hoffnung jedes Volkes liegen. Diese Verwandtschaft der Zustände sollte dazu führen, daß wir in Deutschland unseren natürlichen Verbündeten erblicken. Meine eigenen Beziehungen zu Deutschland waren mehr akademisch als diplomatisch. Lassen Sie mich zwei Eindrücke wiedergeben, die aus diesem akademischen Verhältnis hervorgehen.

Was den deutschen Professor betrifft, so ist er nicht, wie wir zu glauben geneigt sind, aus anderem geistigen Stoff gemacht als die akademischen Lehrer unseres Landes. Ja, eine gewisse Schnelligkeit und Anstelligkeit findet man hier häufiger als drüben. Der Unterschied zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Professor besteht hauptsächlich darin,

daß jener schwerer und ausdauernder arbeitet als wir, und vor allem darin, daß sie drüben schon mit zehn Jahren anfangen, tätig und ernstlich zu arbeiten und nie mehr aufhören, solange sie leben. Das bringt den besonderen Gelehrtentyp hervor. Der deutsche Gelehrte begnügt sich mit seiner Arbeit, ist nicht ehrsüchtig, dem kommerziellen, dem diplomatischen, dem Hofleben der Großstadt fern, bei seinen Aufgaben glücklich und zufrieden damit, der Genosse großer Bücher und großer Gedanken zu sein.

Die Volksbildung in Deutschland besitzt eine Ausdehnung, die man anderswo nicht kennt. So sah ich zum Beispiel die Aufführung von drei Shakespearschen Dramen an einem Tage in verschiedenen Theatern Berlins angekündigt, und alle diese Theater wurden vom Publikum stark besucht; und in einem Berliner Zirkus, in dem eine große Anzahl einfacher Leute ein Eintrittsgeld von 10 oder 15 Cents bezahlt hatte, erregte ein Clown durch dramatische Nachahmung von Charakteren aus Schillers „Kabale und Liebe“ und den „Räubern“ wahre Lachsalven. Man denke sich einen amerikanischen Zirkus, der dem Bildungszustande seines Publikums die ausgelassen-komischen Nachahmungen eines Hamlet oder eines Macbeth zumuten würde! Dies ist also der Hintergrund geistiger Allgemeinbildung, auf dem die höhere Gelehrsamkeit Deutschlands beruht und Stärkung und Auffrischung findet. Hier ist der Kulturtypus, der in so mancher Hinsicht dem unserigen gleicht — natürliche Verwandte durch geistige und sittliche Abstammung, von einem Schlag und in der Hauptsache mit denselben Zielen: Frieden verbürgend durch ihren Wohlstand und Fortschritt verbürgend durch ihre Ideale.“

Es würde unehrlich sein, wollten wir uns nicht selbst zugestehen, daß das Bild, das der amerikanische Gelehrte hier entwirft, auch seine Schattenseiten hat. Vermutlich ist es die Dankbarkeit für die in Deutschland genossene Gastfreundschaft gewesen, die Professor Peabody veranlaßt hat, so manche dieser wohl auch ihm nicht entgangenen Schatten zu retuschieren. Immerhin würde es nicht der

schlechteste Erfolg des Professorenaustausches sein, wenn er das wechselseitige Verständnis für das fremde Volkstum fördern und hüben wie drüben wenigstens den guten Willen zeitigen würde, die kulturellen und wirtschaftlichen Eigenheiten des anderen Volkes kennen zu lernen und zu würdigen. Das kann der Friedensidee mehr nützen als mancher Kongreß."

Daß das Deutsche Reich so stark und blühend geworden ist, haben in erster Reihe alles dieses die treue Hingabe seiner Söhne an das Volk und das Vaterland bewirkt. Die preußischen Könige haben jahrhundertelang treue Diener um sich gehabt, gleichviel ob im Heere oder in der Diplomatie oder im Verwaltungsdienst des Landes. Rußland dagegen, wie auch andere Staaten, waren und sind bei weitem nicht so glücklich. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß Rußland über 6 Millionen gezüchtete Mörder, Revolutionäre, Betrüger und Ausbeuter des christlichen Volkes beherbergt, das sind seine Juden. Das Judentum geratet in eine wahnwitzige Wut, wenn man ihm das sagt. Hier der Beweis. Das Blatt des Juden Mosse, das „Berliner Tagebl.", schrieb am 25. April 1906 folgendes:

„Herr Graf, es ist wirklich natürlich! Graf Witte hat es kürzlich für notwendig gehalten, einem Ausfrager seine Ansichten über die kommenden Verhältnisse in Rußland, wie sie sich mit der Eröffnung der Reichsduma gestalten werden, auseinanderzusetzen. Was er über die Tätigkeit der Duma gesagt hat, kann als völlig irrevelant auf sich beruhen bleiben, da die konstitutionell-demokratische Mehrheit der ersten russischen Volksvertretung sich natürlich nicht vom jetzigen Premierminister die Grenzen ihrer Tätigkeit vorschreiben läßt. Aber ein Wort, das Graf Witte bei dieser Gelegenheit sprach, und noch mehr die Antwort, die er darauf erhielt, verdienen festgehalten zu werden. Graf Witte erklärte nämlich mit jener Höflichkeit, die zu nichts verpflichtet, seine Sympathie für die Juden, fügte dann aber hinzu, daß die Juden selbst schuld daran seien, wenn sie jetzt nicht befreit würden, da sie überall

in der Revolution an erster Stelle ständen. Der Ausfrager' hatte darauf den Mut, dem Minister zu erwidern: Aber, Herr Graf, das ist doch ganz natürlich! Die „Kreuzztg.“ nagelt diese Bemerkung fest, weil sie darin einen „hübschen Beleg für die im übrigen bekannte Tatsache, daß das jüdische Element bei Revolutionen in der ersten Reihe zu stehen pflegt“, erblickt. In dieser Allgemeinheit ist die Folgerung natürlich töricht. Das jüdische „Element“ ist an sich genau so wenig revolutionär wie das „Element“ irgend eines anderen Volkstums. Wo die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger gilt, sie mögen welcher Konfession immer angehören, da denken die jüdischen Volksteile gar nicht daran, den Staat umstürzen zu wollen. Man braucht nur auf England oder auf die Vereinigten Staaten von Amerika zu blicken, um zu erkennen, daß von einer revolutionären Tendenz des Judentums als solchen keine Rede sein kann. Das schließt natürlich nicht aus, daß gewisse Schichten, die sich in bedrückter Lage befinden, mit der bestehenden Gesellschaftsordnung unzufrieden sind, und daß sie versuchen, diese Lage zu verbessern. Aber dann handelt es sich nicht um Rassen-, sondern um Klassenkämpfe, genau wie bei den christlichen Arbeitern auch.

Wo aber die staatsbürgerliche Gleichberechtigung fehlt, oder wo sie doch nur auf dem Papier steht, wie vielfach auch bei uns noch, da müßten die Juden, um mit Miquel zu sprechen, Esel sein, wenn sie sich nicht zu einer reaktionären Regierung in Opposition stellten. Sollen sie vielleicht zum Dank dafür, daß sie grundsätzlich vom Offizierskorps ferngehalten werden und bisher wenigstens von der Justizverwaltung zurückgesetzt wurden, die Hand küssen, die sie schlägt? Dann wäre es mit ihrer Selbstachtung schlimm bestellt. Wir finden auch gar nicht, daß die sogenannten staatserhaltenden Parteien, wenn ihnen etwas wider den Strich geht, sich in Demut dem Willen der Regierungsmänner beugen. Gerade die sehr königstreuen Agrarier waren es, die mißliebigen Ministern zuriefen, sie könnten ihnen sonst was, und mit Begeisterung dem Vorschlage

applaudierten, unter die Sozialdemokraten zu gehen, wenn man ihnen keine höheren Getreidezölle bewilligte. Vom eigentlichen Junkertum gilt aber noch heute der Vers: „Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut.“

Also, daß sich das jüdische Element in der Opposition befindet, wo es sich die tatsächliche Anerkennung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung noch erkämpfen muß, das ist doch ganz selbstverständlich. Was soll man aber dann erst von Rußland sagen! Hier sind die Juden bisher in schändlicher Unterdrückung gehalten worden, man hat ihre Bewegungsfreiheit beschränkt, man hat sie rechtlos gemacht, man hat sie ausgesogen bis zum letzten Blutstropfen. Die Willkürakte einer brutalen und bestechlichen Bureaukratie gegen die russischen Juden schreien zum Himmel. Da sollen sie sich nicht einmal wehren dürfen? Selbst der Wurm krümmt sich, wenn er getreten wird. Wie sollen die jüdischen „Elemente“ in Rußland nicht alles daran setzen, um das fluchwürdige System der Autokratie mitsamt der bureaukratischen Mißwirtschaft zu Fall zu bringen! Ja, indem die Juden auf die Schanzen gestiegen sind, um sich ihr Menschenrecht zu erkämpfen, haben sie nicht bloß für sich selbst gearbeitet, sondern für das ganze russische Volk, das kaum weniger unter Tyrannei und Willkürherrschaft zu leiden hat als der jüdische Bruchteil der Bevölkerung.

Auch ist es durchaus nicht so, als ob die russische Revolution etwa nur von Juden gemacht sei; diese Fabel wird vielleicht einst von der reaktionären Geschichtsschreibung verbreitet werden, genau wie auch 1848 zumeist Ausländer den Geist der Revolution in die frommen preußischen Herzen gesät haben sollten. Ach nein, die Finnländer haben auch um ihre Freiheit gekämpft, die revolutionäre Bewegung der Balten war sogar nicht ohne antisemitischen Einschlag, und im Kaukasus hat das jüdische Element gleichfalls nur eine verschwindende Rolle gespielt. Auch die Meutereien der Land- und Seetruppen hatten mit der Empörung der jüdischen Bevölkerung

nichts zu tun. Es war eben ein geknechtetes, ausgesogenes, bis aufs Blut gepeinigtes Volk, das sich gegen seine Unterdrücker zur Wehr setzte und den vielleicht mit unzureichenden Kräften ausgeführten, aber deshalb nicht weniger heldenhaften Versuch machte, sich seine ewigen Rechte, die es auf Erden nicht finden konnte, vom Himmel herunterzuholen. Wir richten an die „Kreuzztg." die unumwundene Frage: Würde der preußische Adel eine gleiche Behandlung, wie sie die russischen Juden über sich ergehen lassen mußten, schweigend geduldet haben? Würde er sich nicht auch zur Wehr gesetzt haben? Die preußische Geschichte ist voll von Kämpfen des Junkertums gegen das Herrscherhaus. Die Quitzows dachten gar nicht daran, ihre Rechte freiwillig preiszugeben; sie kämpften, und man muß es ihnen nachsagen, daß sie die Klinge zu führen wußten. Oder ist jene Junkerdrohung schon vergessen: „Jochimke, hüte di; fange wi di, dann hange wi di!" Heute ist die Kampfesmethode, wie das Kampfziel ein anderes. Aber wenn die „Kreuzztg." die Nase darüber rümpft, daß die russischen Juden sich an der Revolution beteiligt haben sollen, so treibt sie ein heuchlerisches Spiel. Oder ist es ein Privilegium der preußischen Junker, an die Gewalt zu appellieren? Graf Witte mag es für angebracht halten, die Verweigerung der Judenemanzipation mit der Ausflucht zu beschönigen, daß sie in der Revolution an erster Stelle gestanden haben. Aber er soll uns nicht zumuten, seine Gründe einer kleinlichen Staatsräson ernst zu nehmen. Er mag die Hände über den Kopf zusammenschlagen, weil die russischen Juden um ihr Menschenrecht gekämpft haben, wir können ihm darauf nur antworten: „Herr Graf, es ist wirklich natürlich!" Und für die „Kreuzztg." gilt die gleiche Antwort. Ja, wir schließen gerade daraus, daß die russischen Juden die Energie zum Kampfe fanden, daß sie auch der Freiheit, die sie ja doch zuletzt erringen müssen, sich würdig zeigen werden."

Also da haben wir es ja schwarz auf weiß, die Juden in Rußland müssen die Mord- und Betrugsfreiheit in Rußland genau so erreichen, wie sie es

so schön in Österreich, Ungarn, Deutschland und vor allem in Frankreich im vollen Maße genießen. Am Zarenhof in Petersburg hat man doch die Judengefahr wohl erkannt und den Hauptagent des Judentums abgeschüttelt. Das „Berliner Tagebl." schrieb aus Petersburg folgendes:

„Witte's Vabanquespiel. Petersburg, 2. Mai. Graf Witte hat, wie ich aus erster Quelle erfahre, tatsächlich seinen Abschied eingereicht, und zwar in einer so kategorischen und brüsken Form, daß man in Zarskoje Selo etwas erstaunt darüber gewesen ist. Im Abschiedsgesuch wird betont, daß Graf Witte sich unter den gegenwärtigen Bedingungen außerstande sieht, die Staatsgeschäfte weiterzuführen, weil wichtige Befehle mit voller Umgehung seiner Person von Durnowo vollzogen werden. Obgleich sich zurzeit noch nicht sagen läßt, wie die Entscheidung in Zarskoje Selo ausfällt, so kann ich doch versichern, daß Graf Witte dieses Mal auf eine bloße Bitte des Zaren hin nicht zu bleiben gedenkt, sondern sein Gesuch nur in dem Fall zurückzuziehen gesonnen ist, wenn ihm der Zar gewisse Garantien bietet, daß er in der Leitung der Staatsgeschäfte nicht durch andere Minister behindert werde. In dem Abschiedsgesuch Witte's, nur zehn Tage vor der Eröffnung der Reichsduma, kann man also einen rein politischen Schritt sehen. Witte ist davon überzeugt, daß die Regierung ihn gerade jetzt am allerwenigsten entbehren kann, infolgedessen sucht er seine Stellung zu festigen. In bureaukratischen Kreisen teilt man diese Ansicht nicht, sondern neigt zu der Annahme, daß der Zar Witte ruhig gehen lassen und ihn durch Kokovcev ersetzen wird, zumal die ganze Hofpartei auf die Verabschiedung Witte's drängt. Trotzdem läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, wie die Würfel fallen werden. Der Fortgang Witte's ändert an der inneren politischen Lage nichts, denn die Reichsduma wurde als Opposition gegen das herrschende Regime, nicht gegen Witte gewählt. Wer daher auch der Nachfolger Witte's werden mag, die Opposition bleibt. Anders würde die Frage liegen, wenn das ganze Kabinett zurücktreten und ein wirk-

lich konstitutionelles Kabinett gewählt werden würde. Die ganze Rücktrittsaffäre Witte ist daher mehr als eine Hof- und bureaukratische Episode zu betrachten, welche alle Quertreibereien gegen Witte recht charakterisiert. Graf Witte hat übrigens heute Verfügung getroffen, sein eigenes Haus am Kamenostrovski-Prospekt wieder instand zu setzen, weil er sein Kanzlerpalais verlassen will. Man sieht hieraus, daß sein Spiel dieses Mal ernst ist.

Petersburg, 2. Mai. (W. T.-B.) Verschiedene Blätter melden heute, daß Graf Witte in der gestrigen Sitzung des Ministerrates mitgeteilt habe, daß er aus Gesundheitsrücksichten zurückzutreten beabsichtige. Als Grund des Rücktrittes geben die Blätter Differenzen bei der Beratung des Entwurfes des Staatsgrundgesetzes in Zarskoje Selo an.

„Witte's Abgang. Petersburg, 4. Mai. Die Würfel sind seit gestern abend gefallen. Graf Witte hat gestern 7 Uhr nachmittags seinen Abschied erhalten. Wittes sechsmonatliche Premierministerschaft ist im Kampf gegen Durnowo und die Hofpartei zusammengebrochen. „Ein Premier ohne Macht“ wird der künftige Historiker dieses Kapitel der russischen Geschichte überschreiben, welches die große Tragödie der russischen Revolution und Reaktion einleitete. Witte ging, weil Durnowo die Reaktion übertrieb, jeden Schritt Witte's zur Durchführung des Manifestes vom 30. Oktober durchkreuzte und der Hofpartei und dem Zaren immer von neuem Mißtrauen gegen Witte einimpfte. Der letzte Versuch Witte's, durch Einreichung seines sehr schroffen, kategorischen Abschiedsgesuches doch noch vielleicht Garantien zu erhalten, ist völlig gescheitert. Im Lager der Hofpartei herrscht über die Verabschiedung heller Jubel; doch scheint sein Rücktritt, wie bereits gestern angedeutet, für das Kabinett folgenschwer zu werden. Durnowo hat bereits seinen Abschied eingereicht, weil er mit Goremykin als künftigem Premier nicht zusammenarbeiten will. Auch den übrigen Ministern schlägt jetzt, wo Witte nicht mehr da ist, um die Angriffe der Reichsduma zu parieren, das Gewissen,

Sie wollen alle gehen, um sich der Verantwortung vor der Volksvertretung zu entziehen. Das Goremykinsche Ministerium wird ein Pufferkabinett und eine Eintagsfliege sein, obgleich das nicht im Plane der Regierung liegt. Wie mir mitgeteilt wird, wird Goremykin gerade zu dem Zweck vom Zaren an die Spitze des Kabinetts berufen, weil der einstige Leiter des Ministeriums des Innern es verstanden hat, die Agrarfrage gründlich zu verstümmeln. Diese Frage wird durch die vielen Bauernabgeordneten der Reichsduma besonders aktuell, daher fiel die Wahl auf Goremykin und nicht auf Kokovcev. Die Ernennung Goremykin's und der übrigen Minister soll morgen, ihre Veröffentlichung Sonntag stattfinden. Köln, 4. Mai. (Privat-Telegramm.) Der Petersburger Korrespondent der „K. Ztg." drahtet seinem Blatte: Ein hochstehender Staatsmann, dessen vertraute Beziehungen zum Hofe und zu Regierungskreisen bekannt sind, erklärte, die eigentliche Ministerkrise datiere bereits seit dem 15. Feber, als auf allerhöchsten Befehl der Minister des Inneren mit der Ausführung der innerpolitischen Maßnahmen selbständig betraut wurde. Es begann damals wiederum eine Zeit der administrativen Willkür und der Gewaltmaßnahmen. Während dieser Zeit mutete der Minister des Inneren dem Zaren zu, Regierungsmaßregeln gutzuheißen, von den der Ministerpräsident und das Kabinett erst gleichzeitig mit der amtlichen Veröffentlichung Kenntnis erhielten. Unter solchen Umständen hatte Witte fortgesetzt gegen diese Unterwühlungsarbeit des Ministers des Inneren und seiner Hintermänner am Hofe anzukämpfen. Mehrfach erbat Witte seine Entlassung, die der Zar jedoch nicht genehmigte. Auf die Spitze getrieben wurde der Konflikt dadurch, daß der Ministerrat darauf beharrte, daß die Agrarfrage der Reichsduma zur gesetzlichen Regelung zu unterbreiten sei, während die Hofkamarilla mit ihrem fachmännischen Ratgeber beabsichtigt, diese Frage überhaupt nicht vor die Reichsduma zu bringen. Weiterhin wurde dem Antrage Witte's auf allgemeine Aufschiebung des Kriegszustandes keine Folge gegeben."

Man muß da gut zwischen den Zeilen zu lesen verstehen. Zar Nikolaus II. wurde über den Stand der Dinge in Rußland von Witte systematisch belogen und betrogen. So ging es auch Ludwig XVI. Auch er wußte nichts, was im Lande vorging, bis er zum Galgen geführt wurde. Das Hofgesindel wußte dem armen König alles zu verheimlichen. So geschieht es auch heute noch. Die hohen Herrschaften leben nun einmal in einer ganz anderen Welt. Das Gesindel, von welchem sie umgeben sind, sorgt dafür. Wenn dann ein Bombenattentat vorkommt, dann wundert man sich darüber. Warum wird niemals ein jüdischer Millionär von Anarchisten angegriffen? Die jüdischen Millionäre haben größere Einkünfte, als die christlichen Herrscherfamilien und genießen noch den Vorteil, daß sie in voller Ruhe ihre Millionen verzehren können. Die Juden, Anarchisten, Freimaurer, Sozialisten und die glaubenslosen Professoren an den Universitäten arbeiten unter einer Decke. Der berüchtigte Reclus ist nicht allein. Was ist zum Beispiel Jodl in Wien, Masaryk in Prag? Die Anarchisten der Tat, die Bombenwerfer, sind nur die Wirkung von den Bomben, welche Reclus, Jodl, Masaryk und tutti quanti vom Katheder ins Publikum werfen unter der Schwindelmarke — „Wissenschaft“. Die „Wissenschaft“ sollte richtig heißen: jüdische Gaunerei. In Rußland beginnt man schon allmählich die Zeiten der Zeit zu verstehen. Die national-russischen Kreise haben noch einige Blätter, wo sie ihre Meinung über die Duma offen sagen können. Die Herren von der Duma wollten nun einmal über ganz Rußland und den Zaren sein. Die Herren haben sich ein wenig vergaloppiert, indem sie gleich die Amnestie für alle Mörder forderten. Auch das Heer ist entschieden gegen die Duma. Die „Politik“ berichtete am 2. Juni 1906 folgendes: „Die „Petěrb. Vědomosti“ urteilen über die Duma sehr abfällig. Ihre Leiter hätten die letzten Reste der gesunden Vernunft verloren, wie die Interpellation an Goremykin in Angelegenheit der Depeschen an den Zaren beweise. „Wir sind ein saumseliges, Jahrhunderte hindurch vergessenes Volk, das sich blind Schwätzern und Reklamisten in die

Hände gegeben hat." — An einer anderen Stelle sagt das Blatt: „Nicht einmal ein Monat ist seit der Zeit verflossen, wo die Mitglieder der Duma den Eid ablegten, nicht der russischen Republik, sondern dem selbstherrschenden Kaiser und sie anerkennen keine Regierung mehr außer dem „Volkswillen", dessen einzige Repräsentanten und Deuter sie sind. Im Namen dieses Volkswillens schicken sie sich an, offen mit dem Ministerium zu kämpfen, als ob es in Rußland die höchste Gewalt gar nicht gäbe, oder als ob sie von den Usurpatoren derart in den Hintergrund gerückt wäre, daß die einzige Art dem Vaterlande zu dienen in dem unermüdlichen Kampfe bestehen muß, der allein zeigen kann, wer stärker ist. Wenn sich die Sachen wirklich so verhalten, so wird es um so besser sein, je früher ein solcher Kampf beginnt. Mögen endlich, wenn auch um den Preis neuer Erschütterungen, alle erkennen, was Rußland will, ob die Ruhe und Ordnung, welche einzig die Möglichkeit einer vernünftigen Freiheit bieten, oder aber jene Freiheiten, die von ihren Schöpfern und Anhängern interpretiert, die Quelle unaufhörlicher Wirren bilden." Den „P. Vědom." sekundieren die „Mosk. Vědomosti". Diese bringen an der Spitze ihrer Nummer in auffallender typographischer Ausstattung einen Aufruf an die russischen Männer und Rechtgläubigen, der sie in den schärfsten Ausdrücken auffordert, ein wachsames Auge auf die „Aufrührer und Betrüger" in der Duma zu haben. Im „Nowoje Wremja" äußert sich M. Menšikov, wie folgt: „Obgleich wir, die Mehrheit des Volkes, in der Duma nicht vertreten sind, obgleich wir uns eines gewissen usurpatorischen Charakters der Kadetten als unserer Abgeordneten bewußt sein müssen, sind wir in unserer Bescheidenheit geneigt, auch diese Duma als Duma anzuerkennen, wenn sie nur einigermaßen nicht allein parteimäßige, sondern auch staatliche Qualitäten an den Tag legen würde. Arbeitet Ihr Herren, nicht allein für Euch, sondern auch für den Staat, zeiget ausnahmsweise Talente, Gewissenhaftigkeit, Verstand, Heroismus und wir werden in Euch die Aristokratie des Volkes sehen. Seid in der Sache besser, nur das

kann den Umstand vergeßlich machen, daß es unter Euch faktisch keine „besonderen Leute“ gibt.“

In der russischen Duma entsteht eine neue Organisation, die sich die parlamentarische Fraktion der Autonomisten nennt. Schon jetzt verspricht diese Fraktion, eine einflußreiche Macht zu werden, mit der man in der Reichsduma wird rechnen müssen. Diese Organisation zählt bereits 125 Mitglieder und wächst mit jedem Tage. Zwar sind auch „Kadetten“ und Mitglieder der Arbeitergruppe darunter, so daß sie noch kein abgeschlossenes Ganzes bildet, das nicht durch eine eigene Parteidisziplin zusammengehalten wird, doch ist die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder parteilos, also gänzlich frei, eine wirkliche parlamentarische Fraktion unter einem neuen Banner zu begründen. Wahrscheinlich wird dies auch in der nächsten Zukunft geschehen. Die grundlegenden Bestimmungen, die in diesen Tagen bei der allgemeinen Versammlung erörtert werden sollen, sind folgende: Die parlamentarische Fraktion des Verbandes der Autonomisten vereinigt sich auf territorial-nationalen Grundlagen zur gegenseitigen Hilfe und Schutz und zur Durchführung der Idee der Autonomie auf demokratischen Grundlagen. Die Fraktion steht auf der Basis der Unzertrennbarkeit des russischen Reiches. Die Fraktion hält eine möglichst vollständige Dezentralisation der Staatsverwaltung für unbedingt notwendig. Diese Dezentralisation muß durchgeführt werden auf demokratischen Grundlagen und nach dem Prinzip einer weitgehenden Autonomie der einzelnen Gebiete, die durch die Gesetze des russischen Reiches bestimmt werden. Die geographischen Grenzen und die Rechtsschranken jedes einzelnen Gebietes oder jeder territorial-nationalen Einheit müssen den Wünschen ihrer Bevölkerung entsprechend festgestellt werden, insofern diese Wünsche den Grundaufgaben des Verbandes der Autonomisten nicht widersprechen. Die Fraktion wird die Wünsche der einzelnen Gebiete unterstützen, insofern sie die Grenzen des Prinzips der weitgehenden Selbstverwaltung nicht überschreiten. Die Grundgesetze des russischen Reiches müssen in den

Gebieten mit einer gemischten Bevölkerung die Rechte der Minorität schützen, nicht nur Zivil- und Kultur-, sondern hauptsächlich Nationalrechte, vor allem in bezug auf den Gebrauch der eigenen lokalen Sprache in den Schulen, Gerichten in öffentlichen und Regierungsinstitutionen. Es ist unbedingt notwendig, allen Bürgern das Recht der kulturellen und nationalen Selbstbestimmung auf gesetzgeberischem Wege zu sichern durch die Vernichtung aller Vorrechte und Einschränkungen, die durch die Zugehörigkeit zu der einen oder anderen Nationalität oder Religion bedingt sind."

In den „Archives Israélites" vom 17. Mai 1906 wurde folgendes veröffentlicht: „Die Repräsentation der Juden in der Duma ist trotz allen administrativen Vorkehrungen bei den Wahlen viel größer ausgefallen als man von jüdischer Seite selbst zu hoffen wagte. Zu den 11 Juden in der Duma sind noch hinzugetreten bei späteren Wahlgängen Moses Katzenellsohn, gewählt in Libau, Dr. Fraenkel, Arzt und Rabbiner zugleich, in Wilenkin, gewählt für Talnoge, Dr. Nachmilewitch, gewählt in Kiev, alle zusammen erhöhen die Zahl der jüdischen Abgeordneten in der Duma auf 16. Zwei Rabbiner und ein jüdischer Prediger sitzen heute in der Duma. Im österreichischen Parlamente saßen die Rabbiner Meisel, Schreiber und Bloch. Im ungarischen Abgeordneten-Haus sind Juden gewählt: Dr. S. Bakoviy, Barta, Farkasthazy, Kelemen, Leitner, Mesosi, Molnar, Rejyk, Szandor, Szatmari, Somagyr, Buszonyi, Fried, Hirtenstein, Markbiert und Shag, im Ganzen 17 Juden, das aufgelöste ungarische Parlament hatte ihrer 21. Die große Mehrzahl der Juden, und zwar 11, gehören der Kossuthpartei an. Die „Archives Israélites" nennen Kossuth den großen Triumphator. Zu diesem Bekenntnis dieses internationalen Judenblattes brauchen wir keine Erklärungen abzugeben. Wie viel Abgeordnete im ungarischen Parlamente hat das 3 Millionen zählende Slowakenvolk? Kaum drei! Die 1 Million Juden haben ihrer 17! In Rußland wird es noch ärger ausfallen mit der Zeit. So ist die Zu-

kunft Rußlands in große Gefahren eingehüllt. Von außen drohen die Mongolen das Reich zu zerstören.

Aus Petersburg schrieb am 24. April 1906 der Korrespondent des „Berliner Tagebl." folgendes:

„Es sind ziemlich beunruhigende Nachrichten, die aus dem fernen Osten hier einlaufen und dafür sprechen, daß der Friede zwischen Rußland und Japan kaum von langer Dauer sein wird. Vor allem geht es mit der Evakuation der japanischen Truppen aus der Mandžurei sehr langsam vorwärts, und waren nach Aufstellungen des russischen Generalstabes, der seine Unkenntnis schon wiederholt so glänzend bewiesen, daß er längst als alles andere denn als Autorität zitiert werden kann, zu Neujahr 600.000 Mann japanischer Kerntruppen in der Mandžurei. Jetzt weiß der Wladiwostoker Korrespondent des „Nowoje Wremja" zu versichern, daß Japan seine Truppen durchaus nicht nach Hause, sondern nur nach Korea schafft, wo Söul, Penjan, Widshu und andere Orte von starken Artillerie- und anderen Truppenabteilungen besetzt und Kasernen angelegt werden, welche darauf deuten, daß der Aufenthalt der Truppen kein vorübergehender sein wird. Außerdem werden in Nordkorea am Tumenfluß starke Befestigungen gebaut und die bei Tjelin aufgeführten Befestigungen nicht zerstört, sondern fürs erste zu Manöverübungen junger, aus Japan antransportierter Soldaten benutzt, welche das Terrain kennen lernen sollen. Außerdem hat Japan den Bau der Bahn Mukden-Widshu-Söul begonnen, eine rein strategische Linie, die für den künftigen Krieg von großer Bedeutung sein wird. Daß Japan Korea durch den ihm aufgezwungenen Vertrag an Händen und Füßen gefesselt hat, ist bekannt, und das nächste Schicksal dieses Staates kann keinem Zweifel mehr unterliegen. Der Tod des bejahrten Kaisers Li-Chsi wird Korea zu einer einfachen Provinz Japans machen. In Japan selbst macht man aus den aggressiven Plänen der Regierung kein Hehl. Man spricht ziemlich offen davon, daß der gegenwärtige Friede nur ein Waffenstillstand sei, dazu bestimmt, um Japan eine wirtschaftliche Erholung zu gönnen, um Rußland alsdann

definitiv von der Küste zurückzuwerfen und dominierend im Osten zu werden. Die Ausführung dieses Planes wird Japan nicht mehr schwer werden, denn zur See ist es auf Jahre hinaus unbedingt Herr, und es wird durch die Einführung der zweijährigen Dienstzeit auch bald eine Armee aufstellen, die der russischen weit überlegen ist, weil dieselbe das Bewußtsein in sich trägt, unbesiegbar zu sein. Was hat nun Rußland getan, um diesen Plänen zu begegnen? Eigentlich gar nichts oder wenigstens nichts Greifbares. General Grodekov wurde hingeschickt, um den von Linewič in Scherben geworfenen Topf zusammenzukleben, aber er dürfte dazu ohne tüchtige Gehilfen nicht imstande sein. Daß man ihm General Unterberger gerade für den linken Flügel als Administrator beigegeben hat, ist entschieden ein Fehler, denn die künftige japanische Angriffslinie ist klar wie der Tag. Sie werden den gewaltigen strategischen Fehler des letzten Krieges nicht wiederholen und dafür Sorge tragen, daß die russische Armee nicht in der blühenden Mandžurei bleibt, sondern sofort nach Transbaikalien zurückgeworfen wird. Dadurch gewinnt der linke russische Flügel eine gewaltige Bedeutung, denn auf ihn wird die Entscheidung fallen. Mit jedem nach Rußland zurückwandernden Bataillon wird aber Rußland im Osten immer schwächer, und alle Entscheidungen werden ohne jede Kenntnis der örtlichen Verhältnisse hier in Petersburg am grünen Tisch gefällt. Allerdings höre ich von glaubwürdiger Seite, daß die träge russische Diplomatie doch etwas vorarbeitet, um einem neuen Kriege mit Japan vorzubeugen, doch liegt über den darin geführten Verhandlungen noch ein ziemliches Dunkel. Ich habe nur soviel in Erfahrung gebracht, daß Rußland den nördlichen Teil der Insel Sachalin England verkaufen will und dieses seinerseits die Südseite der Insel von den Japanern käuflich an sich bringen will. Die russische Regierung hofft durch Verwirklichung dieser Kombination dem vorzeitigen Ausbruch eines neuen Krieges insofern vorzubeugen, als Japans Gelüste auf das nördliche Sachalin in Fortfall kommen. Ernste Politiker dagegen versichern,

daß Japan durch den Verkauf von Sachalin an England nur seine ruinierten Finanzen verbessern will, um sich so bald wie möglich in der Lage zu sehen, wieder loszuschlagen."

Die größte Gefahr dagegen bildet der innere Feind, die Juden, die Duma, als jüdisches Werkzeug und die verhetzten und irregeführten Bauern. Die Revolutionierung der Bauern in Rußland geschieht genau so wie die Revolutionierung der Sozialdemokraten in Westeuropa durch die Judenpresse und jüdische Agenten als da sind Universitätsprofessoren, neugewählte Abgeordnete, Preßjuden, Agitationsjuden. Bis ins letzte Dorf dringt der jüdische Agitator. Er verspricht den Bauern, sie werden im Kurzen alles Land bekommen, das der Adel, die Kirche, der Zar besitzt. Auch sagten sie den Bauern, der Zar sei für die Aufteilung des Bodens. Daraufhin begann das Morden und Sengen auf den Herrengütern. Der Mužik lernte niemals eine halbwegs verständige Bearbeitung des Bodens. Seine Wirtschaft ist extensiv, mit der Brache ohne Düngemittel. Da ist es selbstverständlich, daß er niemals genug Bodenbesitz zu haben vermeint.

Alles Rufen des russischen Bauern nach mehr Bodenbesitz ist ein blöder Schwindel. Er soll den Bodenanbau lernen, damit er den Boden, den er eigen hat, auszunützen versteht. Das fällt aber niemanden in ganz Rußland ein, den Bauer zu belehren, daß er pflügen soll und düngen soll, kurz, daß er arbeiten soll. Statt dessen wird das Bauernvolk der Revolution in die Arme getrieben. Die Revolutionäre haben dem Mužik vorgemacht, er müsse den ganzen Bodenbesitz umsonst bekommen. Die Mužiks haben nun auf dieses Programm hin ihre Männer in die Duma geschickt. Damit der russische Bauer arbeiten lernt, müßte er den Bodenanteil sein eigen nennen, wenigstens doch auf 30 Jahre. Die Mir-Verteilungen wären auf diese Art auf 30, ja bis 40 Jahre vorzunehmen. Das käme dann gleich dem Privatbesitz. Es wäre dies ähnlich wie bei den Juden das Jubeljahr. Nach Moses sollte bei den Juden immer in 50 Jahren die Rückgabe des Bodenbesitzes an den ursprüng-

lichen Eigentümer stattfinden. Daher der Name Jubeljahr. Ob es dazu bei den Juden jemals gekommen ist, wissen wir nicht. Die Jakobinerredner in der Duma mehren sich von Tag zu Tag.

„Petersburg, 5. Juni. Duma. Die heutige Sitzung der Duma wurde um 11 Uhr 40 Min. vormittags eröffnet. Zu Beginn der Sitzung ergreift Abgeordneter Onipko das Wort und sagt, er sehe die Minister als Fremdlinge in der Duma an, und begreife nicht, daß sie an ihren Beratungen teilnehmen und daß die Duma sie anhöre, nachdem sie ihnen einstimmig ihr Mißtrauen ausgedrückt hat. Der Präsident teilt mit, daß die Gehilfen der Minister den Debatten beiwohnen werden, wenn sie von den Ministern ermächtigt sind. Abg. Onipko fährt in seinen Angriffen gegen die Regierung fort und sagt, die Regierung agitiere gegen die Duma und das ganze Land. Der Präsident ruft ihn zur Ordnung. Das Haus verhandelt sodann den Antrag betreffend die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der ungesetzlichen Handlungen der Regierung nach Erlassung des Manifestes vom 30. Oktober. Mehrere Telegramme über ungesetzliche Verhaftungen in der Provinz gaben Anlaß zu einer Debatte über das Recht der Duma, an die Minister Interpellationen zu richten. Abg. Aladin erklärt, die Interpellationen nützen nichts, denn man könne bei den Ministern kein Mitgefühl, sondern nur das Gefühl der Rache finden. Aber die Duma müsse interpellieren, um die ganze Verantwortuug auf diejenigen zu übertragen, welche die Regierungsgewalt in Händen haben. Die Duma stimmt allen in dieser Frage gestellten Interpellationen zu. Im Laufe der Debatte über die Agrarfrage ergriffen Ackerbauminister Stišinsky und der Gehilfe des Ministers des Inneren Gurko das Wort. Ihre Ausführungen wurden häufig durch die Rufe „Nieder mit ihm!“ „Demissionieren!“ unterbrochen. Der Präsident gab wiederholt das Glockenzeichen. Der Ackerbauminister verließ unter großem Lärm und unter den fortwährenden Rufen „Demissionieren!“ die Tribüne. Der Präsident richtete an die Abgeordneten die Mahnung, die Ordnung nicht zu stören, da sonst eine gedeihliche

Arbeit nicht möglich sei. Abg. Petrunkewič ergriff sodann das Wort und verspottete die Politik der Minister, welche sich in einer völligen Unkenntnis der Lage des Landes befinden. Die Minister, erklärte Redner, mögen nicht an unseren Patriotismus appellieren. Sie mögen nicht Mißbrauch treiben mit diesem Worte, welches heute etwas Verabscheuungswürdiges bedeute. Denn diejenigen nennen sich Patrioten, welche die Autokratie verteidigen und Blutbäder unter den Juden und Polen anrichten. Ihr seid keine Patrioten. Wenn Ihr es wäret, so würdet Ihr nicht auf diesen Bänken sitzen. (Lebhafter, nicht endenwollender Beifall, sowie die Rufe: „Demissionieren!" folgten diesen Worten.) Abg. Professor Herzenstein wiederlegte die Behauptungen der Minister und wies die Bedeutungslosigkeit der von ihnen vorgebrachten statistischen Betrachtungen nach. Die bäuerlichen Abgeordneten akklamierten den Redner als Verteidiger ihrer Interessen. Die Verhandlung dauert unter allgemeiner lebhafter Bewegung fort."

Diese Berichte sprechen doch sehr deutlich. Die Juden und ihre Helfer verlangen Absetzung der Minister und dann wirds an den Zar selbst gehn. Dann kommt die Republik mit dem jüdischen Präsidenten, wie in Frankreich, wo jetzt 300 Tyrannen herrschen, das ist die jakobinische Kammermehrheit. Die Zukunft der Slaven ist sehr traurig und trüb. Überall die innere Zerfahrenheit und Parteikrieg, überall das Interesse der einzelnen gewalthaberischen Personen über das Interesse des ganzen Volkes. Auf diese Art sind auch die Elbeslaven zu Grunde gegangen. So ging auch Polen zu Grunde. So wird es auch Rußland ergehn. Auch die nationale Zukunft des böhmischen Volkes ist sehr ungewiß. Das böhmische Volk hat zwar eine 1000 Jahre alte Geschichte hinter sich, ob es aber eine solche noch vor sich hat, ist eine sehr zweifelhafte Sache. Wenn ein böhmischer Wenzel Hofrat wird, dann fängt er an gegen seine eigene Nation zu wüten, gegen sein eigenes Blut zu arbeiten, er schämt sich seiner Abkunft. Dieser nationale Verrat ist von Tag zu Tag häufiger und

nimmt grauenhafte Ausdehnung an. Es ist ein anderes Geschlecht herangewachsen, welches allem Hohn spricht, kein Glaube, kein Gott, keine Nationalität, dafür schamlose Stellenjägerei und Genußsucht. Ein derartig innerlich verdorbenes Volk geht von selbst zu Grunde.

Das internationale Judentum hat zuletzt dem verabschiedeten Witte den Fußtritt versetzt. Der Petersburger Korrespondent schrieb in das „Berl. Tagebl." folgendes: „Verspielt! Petersburg, 6. Mai. Die Verabschiedung des Grafen Witte ist gestern endlich offiziell bekanntgegeben worden, und nun läßt sich das Resümé dessen ziehen, was der erste Premier Rußlands geleistet hat. Als Graf Witte im Oktober vorigen Jahres nach heftigem Schwanken des Zaren an die Spitze der Regierung berufen wurde, konnte und mußte er nach dem von ihm veröffentlichten „Programm" an die Spitze der befreienden Bewegung treten und Rußland einer glänzenden Epoche von Reformen entgegenführen. Leider hätten bei einer solchen Politik alle die zahlreichen Parasiten der Regierung leiden müssen. Das sah Witte voraus und zögerte daher auch nicht, wenn auch nicht direkt, so doch für den Anfang indirekt zur Reaktion überzugehen, die regierungsfeindliche Stimmung im Lande niederzukämpfen, das Volk zu entkräften, von revolutionären Elementen zu säubern und es wieder willig zu machen, das Beamtenjoch zu tragen. Anfangs war Witte ganz der Mann, dieses gefährliche Spiel zu wagen. Er nahm Durnowo als Minister des Inneren und Sündenbock in sein Ministerium auf, ohne zu ahnen, daß diese Polizeikreatur ihm manches Bein stellen und ihn schließlich zum Abschied drängen würde. Der Plan Witte's war wie auch seine ganze Valutareform äußerst grob; er nutzte die Revolutiou und Anarchie dazu aus, um die entfesselten Geister zu bändigen und das Volk zum Nachgeben zu zwingen. Das gefährliche Experiment hätte gelingen können, wenn Graf Witte ebenso talentvoll in seinen Reformen wie kühn im Spiel gewesen wäre. Aber seine persönliche Schöpferkraft versagte. Wenn das Kabinett Witte-Durnowo nicht mit so grausamen Repressalien

eingesetzt, sondern unter einem vernünftigen Druck die Reichsduma sobald wie möglich einberufen hätte, so wäre damit sowohl der Bureaukratie wie der hinter ihr stehenden Hofpartei besser gedient gewesen. Leider machten die vielen Grausamkeiten und Ungerechtigkeiten eine Einberufung der Duma inopportun, weil sie die „Sieger" leicht zur Verantwortung hätte ziehen können. Das Wahlgesetz vom 24. Dezember und das Gesetz über den reorganisierten Reichsrat vom 5. März sind wohl das glänzendste Zeugnis einer staatsmännischen Talentlosigkeit Wittes. Von der Parteien Haß und Gunst gedrängt, war ihm selbst der Faden verloren gegangen, wie weit er gehen durfte.

Zum Schluß hatte sich Graf Witte in all seinen Berechnungen doch recht stark geirrt. Nicht das Volk erschien bei ihm als Bittsteller, sondern er hätte vor einer oppositionellen Duma um Nachsicht bitten müssen, denn alles, was Graf Witte mit seinem Kabinett im Laufe von sechs Monaten an Gesetzen und Bestimmungen ausgearbeitet und veröffentlicht hat, ist so ausgezeichnet, daß die Duma den ganzen Kram direkt in den Ofen werfen wird. Man behauptet vielfach, Graf Witte sei talentvoll. Ich stimme diesem Urteil nicht bei, denn weder spricht seine Valutareform noch seine letzte staatsmännische Tätigkeit dafür. Im Prinzip hatte der Zar die Verabschiedung Witte's schon beschlossen, als ich vor Monatsfrist telegraphierte, daß die Hofpartei eine gewisse Denkschrift über Witte dem Zaren hatte zugehen lassen, in der sich viele sehr interessante Briefe befanden, welche die Pläne Witte's charakterisierten. Diese Briefe waren keine persönlichen Schreiben des Grafen Witte. Dazu ist er zu vorsichtig und weiß zudem, wie gefährlich es in Rußland für einen Staatsmann ist, Briefe zu schreiben, da sie auf der Post abgefangen und kopiert werden. Die Briefe, welche in der Denkschrift über Witte figurieren, stammen von redseligen Leuten, die er empfangen, und mit denen er gesprochen und ihnen dabei manches versprochen hat. Abgefangen worden sind diese Briefe im Auftrage Durnowos, der dieses Geschäft bei Plehwe erlernt hatte, und der eine Zeit hindurch nicht ganz abgeneigt

war, selbst den Premier zu spielen, als er sah, daß dazu gar nicht viel gehörte, wenn man die unruhigen Elemente nur richtig am Kragen packt. Witte war von dem allem unterrichtet und zog es daher vor, lieber selbst zu gehen, als gegangen zu werden. Er forderte Garantien, wollte Durnowo noch im letzten Augenblick abschütteln, aber das Spiel mißlang. Jetzt können sowohl Graf Witte wie Durnowo ihre Ruhe genießen, bis die Duma sie für die verbrecherische Entstellung der im Manifest vom 30. Oktober zugesicherten Freiheiten zur Verantwortung zieht.

Zum Schluß will ich hier noch der besseren Charakteristik wegen eine kurze Episode aus dem Leben Witte's anführen, die seiner Ernennung als Premier vorausging, über die ich aber bisher zu schweigen verpflichtet war. Als Witte aus Portsmouth nach Petersburg zurückkehrte, wurde er bekanntlich vom Zaren, der sich zu jener Zeit in den finnländischen Scheeren befand, auf die Yacht „Poljarnaja Swesda" eingeladen. Wohl mußte Graf Witte fast volle zwei Stunden auf die Rückkehr seines hohen Herrn warten, der an Land gegangen war und jagte, aber dieser kleine Verdruß wurde scheinbar durch große Liebenswürdigkeit beim Empfang ausgeglichen. Zar und Zarin waren äußerst leutselig, nur boste es Witte, daß man ihm erstens den „Grafen" so hinwarf, wie man einem Hunde einen Knochen vorwirft, und daß der Zar kein Wort über die innere Politik mit ihm sprach. Graf Witte hatte im stillen auf die Kanzlerwürde gerechnet. In dieser gekränkten Stimmung setzte sich Graf Witte zu Hause nieder und schrieb sein späterhin am 30. Oktober veröffentlichtes „Programm" nieder. Dieses Programm ließ er dem Zaren zugehen, denn er selbst hatte bei seiner Verabschiedung vom Zaren um einen längeren Urlaub gebeten, welcher ihm bewilligt worden war. Nach der Einreichung dieses Programms waren etwa 14 Tage verstrichen, ohne daß von Peterhof auch nur ein Zeichen erfolgt wäre, daß der Zar das Programm gelesen hätte. Bald darauf erschien jedoch ein General aus Peterhof in privater Mission bei Witte und sagte ihm folgendes: „Graf, Sie sind ein Verräter!

Sie gehören in die Peterpaulsfestung. Der einzige Rat, den ich Ihnen geben kann, ist, sich sofort für immer ins Ausland zu begeben.“ — Diesen Rat wollte Graf Witte befolgen, da er sein sicheres Spiel verloren glaubte. Da setzte der Bahnstreik ein, und Graf Witte konnte Petersburg nicht mehr verlassen. Mit gepackten Koffern harrte er in durchaus nicht rosiger Stimmung der Dinge, die da kommen sollten. Unterdessen wuchs der Streik, der Hofpartei wurde angst, und der Schwager des Zaren sowie der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch bestanden darauf, daß Graf Witte als „Retter“ berufen wird. Damals erschien das berühmte Manifest vom 30. Oktober, vom Volke erzwungen und von Witte durch sein Programm befürwortet. Unter so schwankenden Bedingungen wurde Witte nur seines unersättlichen Ehrgeizes wegen Premier. Was er und sein Kabinett aus dem Manifest gemacht haben, weiß alle Welt.“ So machen es die Juden allen ihren Agenten. Vordem war Witte der einzige Mann, der Rußland retten könne. Die Finanzjuden wollten das Geld zu den Anleihen geben, wenn Witte noch 10 Jahre bei der Regierung sei. Und nun ist Witte ein ganz dummer Goi, da er es nicht getroffen hat, die Juden zu Herren von ganz Rußland zu machen. Ja Undank ist der Welt Lohn.

Über die Zukunft Rußlands brachte die „Politik“ einen sehr trüben Bericht Anfangs Juni 1906: „Der Moskauer Korrespondent des „Slowo“ hatte eine Unterredung mit A. J. Gučkov. Derselbe sagte: „Wir befinden uns auf dem Wege zur Anarchie und ich kenne nicht die Kraft, welche diese Bewegung aufhalten könnte. Die Regierung wie die Duma haben sich so verbissen, daß irgend eine Einigung kaum mehr zu erwarten ist. Die Brücke zu dieser Einigung ist ganz zerstört und an ihrer statt gähnt ein Abgrund. Der an dem unseligen 23. Mai begonnene Konflikt verschärft sich mit jedem Tage und dürfte schließlich zum offenen Kampfe führen. Die unausweichlichen Folgen dieses Kampfes werden überall in Rußland zu Tage treten. Überall wird es lärmende Proteste und Meetings geben, agrarische Unruhen, Streiks u. s. w. u. s. w. werden ausbrechen.

Irgendwo wird ein bewaffneter Aufstand losbrechen und ein zäher, furchtbarer Kampf wird beginnen. Wozu wird er führen? Wer kann in diesem Momente die Kräfte des Landes abwägen, von deren realem Verhältnis zu einander der Ausgang des Kampfes der abgelebten Staatsform mit der unbekannten Zukunft abhängt? Wer siegen wird, ist unbekannt. Das Land hat in keinem Falle etwas Gutes zu erwarten. Siegt die Regierung, so wird eine vollständige Reaktion beginnen und das Leben wird unter dem Drucke unerhörter Repressionen einer militärischen Diktatur für lange Zeit ersterben und man wird wieder auf dem Wege unglaublicher Anstrengungen alles das erkämpfen müssen, was wie ein Zaubermärchen verschwunden ist. Siegen die Revolutionäre, unter denen die vollste Disharmonie herrscht, so wird die Anarchie ausbrechen, und wir werden viele Marterjahre einer traurigen Zeit durchzuleben haben, die schließlich ebenfalls zur militärischen Diktatur führen können und die heimischen Napoleone können Rußland in solche Aventuren verwickeln, daß von ihm als selbständigem Ganzen auch nicht eine Spur bleibt." — Schließlich teilte Gučkov mit, der Dumapräsident Muromcev habe sich zu F. N. Plewako geäußert, er sei so abgemartert und nervös geworden, daß er sich leidend und um zehn Jahre älter fühle. Er verliere mit jedem Tage mehr den Boden unter den Füßen, da er keine Möglichkeit sieht, die Tätigkeit der Duma mit den Forderungen der äußersten Linken in Einklang zu bringen. Vom Interesse ist, daß Gučkov eine Verschmelzung der Oktabristen mit dem rechten Flügel der Kadetten für „wünschenswert und unausweichlich" erklärte."

Die Befürchtungen Gučkov's sind berechtigt. Das russische Reich kann nur durch einen starken Zaren und durch treue Staatsdiener gerettet werden. Die Duma ist ein Schwindelwerk. Die Wahlen in die Duma waren das Werk der russischen Juden. Sämtliche Organisationen der Sozialisten zählten nach Angabe des jüdischen Kongresses in Petersburg 200.000 jüdischer Sozialisten und nur 30.000 Sozialisten russisch-christlicher Rasse. Anhänger der Ka-

detten waren organisiert 80.000 Juden und 20.000 Christen. Sämtliche junge Juden in Rußland sind fort und fort auf der Gasse, machen die Politik, die Attentate, dabei sind sie geteilt in Bundisten und Nationaljuden, Zionisten. Die alten Juden arbeiten in der berüchtigten Organisation im „Kahal“. Wenn Rußland heute die Militärdiktatur einführen und jede politische Agitation von Seite der Juden mit dem Galgen strafen möchte, wäre sofort im ganzen Lande vollkommene Ruhe. Ein anderes Rezept gibt es nicht. Darum schreien die Juden an die Duma, sie soll sofort die Todesstrafe abschaffen. Denn nichts fürchtet der Jude auf der Welt so sehr, als den Galgen. Denn das Leben hat der Jude gar so gern. Wo könnte er seine Ausschweifungen treiben? Desgleichen fordern die Juden das allgemeine Wahlrecht. Wir begreifen nicht, warum auch die Christlich-Sozialen in Wien diesem jüdischen Schwindel auf den Leim gehen. Das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht liefert die Wahlen vollends an die Juden aus. Sie werden einfach mit ihrem Gelde die Wahlzettel kaufen. Beleg dafür ist — Nord-Amerika und Frankreich. Die christlichen Völker können sich und ihre Kinder, also ihre Zukunft, nur dann retten, wenn in allen Staaten die Ständeverfassung und Berufsvertretung eingeführt wird mit jeglichem Ausschluß der Juden vom aktiven und passiven Wahlrecht. Wir brauchen auch nicht zu beweisen, daß das allgemeine direkte Wahlrecht besonders den Tod den Slaven bringen möchte. Rußlands Schwäche ist auch verderbenbringend für alle Slaven außerhalb Rußlands. Die Wut der Magyaren und der Deutschnationalen gegen die Slaven in Österreich-Ungarn ist bedeutend gestiegen.

## XII.

## Der Völkerfrieden. Schlussbetrachtung.

Gewisse Leute behaupten, die Menschen von heute sind besser als unsere Vorfahren. Die Menschheit schreite vorwärts, werde besser, vollkommener.

Diese Behauptung ist eine leere Phrase. Wenn auch die Menschen auf dem Gebiete der Erfindungen, der Technik, der Erkenntnis der Naturkräfte und ihrer Ausnützung riesige Fortschritte gemacht haben, so kann auf der anderen Seite nicht bewiesen werden, daß durch diesen Fortschritt die Menschen glücklicher geworden und besser leben als die Vorfahren.

Ja man kann auf Grund täglicher Erfahrung fest behaupten, daß die Menschen von heute in sittlicher Beziehung herabkommen. Es gab rohe Zeiten, das Faustrecht, die Raubritter haben ihre Blütezeit gehabt. Alles das ist nicht verschwunden, nur die Formen sind anders. Ja man kann mit vollem Recht behaupten, daß die Menschen von heute in sittlicher Beziehung genau dort sind, wo die Heiden vor 2000 Jahren gewesen sind. Die Welt will nun einmal nicht christlich sein, sie will heidnisch sein und heidnisch leben. Jedermann will auf Unkosten eines anderen sich gut und bequem einrichten, also ungefähr dasselbe, wenn die Südseeinsulaner nach einem Kampf mit dem Nachbar die gefallenen Leichen in der Kriegsmahlzeit verschmausen. Was die Kannibalen in roher Form tun, dasselbe tun die Europäer in anderen Formen, es heißt der Existenzkampf, der Existenzmord. Die Selbstsucht ist es, welche den Menschen zu einer sozialen Bestie macht, die in ihm alles erstickt, was gut und edel ist. Die Selbstsucht, der Egoismus sowohl der einzelnen Menschen wie der ganzen Nationen ist es, der die furchtbaren sozialen und nationalen Kämpfe entfesselt. Der Selbstsucht entgegen ist die christliche Liebe zum Nächsten, wie sie Christus, der Sohn Gottes, in Worten gelehrt und in Taten gezeigt hat und wie sie von der katholischen Kirche und ihren Priestern allen Menschen gepredigt wird. Die göttliche Wahrheit der Religion bleibt unberührt, wenn auch die Menschen in ihren niedrigen Leidenschaften von derselben nichts wissen wollen.

Der Staat ohne Gott, die Menschen ohne Gott geraten nun gegeneinander. Wer da rücksichtsloser, grausamer, hinterlistiger und von größerer Stärke, der bleibt auf dem Kampfplatze Sieger. Gewalt geht

vor Recht. Recht ist nur das, was mit der Gewalt verteidigt werden kann. Alle dicken Bücher über das Völkerrecht und alle Lehrstühle sind überflüssig. Die Politiker haben niemals um das Völkerrecht sich gekümmert. So war es und wird es auch bleiben. Das Organ der Sozialdemokraten, der „Vorwärts" schrieb am 18. Feber 1906 folgendes: Kriegsursachen. In einer seiner humoristischen Novellen stellt Zschokke die Teilnahme Frankreichs am siebenjährigen Kriege als die Wirkung der Eitelkeit einer kleinen Soubrette dar, die einigen, am Hofe Ludwigs XV. und der Pompadour einflußreichen Verehrern die Notwendigkeit der Kriegserklärung an Preußen suggerierte, um sich einen prächtigen Schleier vom österreichischen Gesandten zu verdienen. An diese Humoreske wird man lebhaft erinnert, wenn man die geringfügigen Ursachen erwägt, um derentwillen die deutsche Regierung augenblicklich eine Politik treibt, die einen Weltkrieg zu entzünden droht. Eine Persiflage des leichtfertigen und gedankenlosen Regimes Ludwigs XV. von Frankreich genügt gerade, um einen Vergleich mit der äußeren Politik des Deutschen Reiches zu Anfang des 20. Jahrhunderts auszuhalten. Diese Politik steht im Moment unter der des Durchschnittsabsolutismus. Die absoluten Herrscher des 18. Jahrhunderts haben sich nie viel um das Glück ihrer Völker bekümmert; sie betrachteten ihre Staaten als ihre Privatgüter, die sie nach Belieben verwalten durften. Aber die ernsthafteren unter diesen Herrschern waren doch stets klug genug, nicht wegen einer Bagatelle einen Krieg zu beginnen. So kriegerisch z. B. Friedrich II. von Preußen auch auftrat, er führte stets nur Krieg um sehr erhebliche Objekte.

Noch mehr galt dies von den Regierungen der Staaten, die von der Bourgeoisie abhingen, wie z. B. England und Holland. Auch denen war das Wohlergehen des arbeitenden Volkes gar gleichgültig. Aber sie hüteten sich, den Reichtum des Staates um nichts und wieder nichts zu verschwenden. Ihre zahlreichen Kriege galten den Quellen großer Reichtümer, wie sie damals die Kolonialländer darstellten.

Die französische Revolution machte dann solchen Kriegen der europäischen Staaten um kolonialen Besitz wie um bloße dynastische Interessen ein Ende. In den Revolutionskriegen wurde die Alleinherrschaft Englands auf dem Meere begründet. Von da an konnten europäische Staaten koloniale Erwerbungen nur noch machen, wenn England sie duldete. Anderseits aber erweckten die französische Revolution und ihre Kriege die Völker so sehr und wandelten sie das Kriegswesen so um, daß fürderhin Kriege ohne die Zustimmung des Volkes in Europa kaum möglich waren. Die Fürsten konnten nicht mehr Krieg führen ohne das Geld der Bourgeoisie und ohne Bewaffnung des Volkes. Die dynastischen Kriege hörten dadurch nicht auf, aber nur jene Dynastien konnten noch erfolgreich Krieg führen, die es verstanden, ihre dynastischen Zwecke mit einem populären Ideal zu vereinbaren. Selbst der russische Zar sah sich gedrängt, als er 1877 an die Türkei den Krieg erklärte, dies unter einem populären Vorwand zu tun, der Befreiung der geknechteten slavischen Brüder auf der Balkanhalbinsel. Kein erfolgreicher Krieg war mehr möglich, bei dem es sich nicht um ein wirkliches oder mindestens vermeintliches Interesse der gesamten Nation handelte, das diese trieb, ihr ganzes Gut, ihr ganzes Blut für das Vaterland zu wagen.

Seit den siebziger Jahren haben aber die europäischen Regierungen in Kriegen, die in Europa auszufechten waren, überhaupt ein Haar gefunden. Das Proletariat wurde zu mächtig und jeder Krieg drohte seinen Ausgang mit einem Aufschwung der proletarischen Bewegung in irgend einer Art zu nehmen: in Frankreich hatten wir 1871 die Kommune, in Deutschland in den Siebzigerjahren das rasche Anwachsen der Sozialdemokratie, in Rußland nach 1878 den so rapiden Aufstieg der revolutionären Bewegung, die in der gewaltsamen Tötung Alexanders II. ihren Höhepunkt fand. Und seitdem ist das Proletariat immer mächtiger geworden. Grund genug, jeden europäischen Krieg zu meiden. Das Ausdehnungsbedürfnis, das jede kapitalistische Wirtschaft und jeder

kapitalistische Staat besitzt, begann sich nun ausschließlich den überseeischen Gebieten zuzuwenden. Deren Einwohner waren militärisch schwach, man durfte erwarten, sie mit geringen Kosten erobern zu können, mit einer Werbearmee, ohne Beanspruchung der allgemeinen Wehrpflicht, ohne Aufruf der Volksmasse zu den Waffen. Mit den Achtzigerjahren begann die neue Ära der Kolonialpolitik. Deutschland bezeugte zunächst keine große Lust, energisch mitzutun, und das aus sehr guten Gründen. Unter den heutigen Verhältnissen der nationalen Gegensätze ist es schon dadurch militärisch schwer belastet, daß es stets auf zwei Fronten gerüstet sein muß. Erweiterte es noch seine Grenzen durch die Erwerbung von Kolonien, so vermehrte es über die Maßen seine Angriffspunkte wie seine militärische Belastung, mußte es eine große Flotte bauen. Kein Staat konnte aber bisher ungestraft gleichzeitig zu Lande wie zur See gleiche Kraft entfalten. Das überstieg noch die Leistungsfähigkeit eines jeden Staates. Außerdem aber waren schon alle Gebiete besetzt, die zu erobern der Mühe wert war.

Gerade aus seiner Zurückhaltung in kolonialen Dingen schöpfte Deutschland politische Kraft. Die koloniale Eroberungssucht mußte die Mächte gegen einander aufbringen. Die Besetzung Ägyptens durch England (1882) entzweite dieses mit Frankreich; die Annexion von Tunis (1881) durch Frankreich zog der Republik die Feindschaft Italiens zu. Das Vordringen Rußlands in Zentralasien 1885 erregte die größte Empörung in England. So standen durch ihre außereuropäische Eroberungspolitik die großen europäischen Mächte einander voll Haß entgegen, sie paralysierten sich gegenseitig und Deutschland stand über ihnen allen und beherrschte Europa gerade dadurch, daß es keine Weltpolitik machte, sich nicht in Flottenrüstungen erschöpfte. Aber die Kolonialpolitik entzweite nicht bloß die Großmächte, sie nahm auch ihre finanziellen und militärischen Machtmittel weit stärker in Anspruch als sie erwarteten. England wurde im Sudan (1884) in einen langen und kostspieligen Krieg verwickelt, Frankreich in Tonkin

(1884), Italien fand in Abessinien 1885 einen ernsthafteren Gegner als es erwartete. Allerdings war das alles noch alles harmlos im Vergleich zu späteren Erfahrungen. Das italienische Abenteuer endete 1896 in schimpflicher Weise; der südafrikanische Krieg fügte England schwere Wunden bei, von denen es sich heute noch nicht erholt hat. Und wohin die Eroberungspolitik in der Mandžurei Rußland führte, haben wir eben erlebt.

Lange sträubte sich Bismarck, und das war eine seiner besten Seiten, sich auf koloniale Unternehmungen einzulassen. Indessen waren in Deutschland dieselben Klassen und Interessen am Werk, die in anderen Staaten zur Kolonialpolitik drängten: Offiziere, denen der Friede zu lange dauerte, Bureaukraten, die nach Vermehrung der Ämter und Machtstellungen trachteten; Eisenindustrielle, die für Kanonen, Panzerschiffe, Eisenbahnen Absatz suchten; endlich, und namentlich Kaufleute und Finanzmänner, die in Kolonien Geschäfte schon machten oder zu machen erwarteten. Ihr Drängen wuchs und Bismarck mußte ihm nachgeben, aber er tat es widerwillig und zunächst in Formen, die das Reich noch wenig belasteten und das Mißtrauen der anderen Mächte nicht allzusehr herausforderten. Jedoch die ersten Schritte waren getan, die mit Notwendigkeit, wenn man nicht völlig mit dem herrschenden Kurs brechen wollte, weitere Schritte nach sich zogen. Je weiter man aber dabei kam, desto mehr verlor Deutschland alle die Vorteile, die es vor den anderen großen Mächten ehedem voraus hatte, desto prekärer wurde seine Stellung, desto größer seine Lasten. Entschieden und auffallend äußert sich diese neue Politik, die „Weltpolitik“, seit dem Jahre 1897, das die Besetzung Kiautčous und die Flottenvorlage brachte. Je mehr die Flottenrüstungen fortschreiten, desto schwächer wird Deutschland. Es hatte Europa ohne Flotte beherrscht durch die Entzweiung der Kolonialmächte unter einander. Seine Flottenrüstungen sind das Mittel geworden, diese Mächte zu einigen und sich selbst zu isolieren. Indes, so sehr diese Politik Deutschlands Position geschwächt und das

deutsche Volk geschädigt hat, so war sie doch begreiflich als Ausfluß einer Strömung, die alle modernen Großstaaten durchzieht.

Nicht nur schädlich, sondern völlig unbegreiflich, auch vom Standpunkte der herrschenden Klassen, ist dagegen die Politik der Reichsregierung im Marokkohandel. Das ist nicht mehr eine Fortsetzung der herkömmlichen Kolonialpolitik, sondern etwas ganz Unerhörtes. Alle Großmächte hatten in ihrer Kolonialpolitik der letzten Jahrzehnte stets darauf gehalten, keinen europäischen Krieg heraufzubeschwören, dessen Furchtbarkeit, vor allem aber dessen revolutionäre Folgen sie alle fürchteten. Es ist das erste Mal seit dem russisch-türkischen Kriege, das erste Mal seit drei Jahrzehnten, daß eine europäische Macht monatelang ununterbrochen eine Politik verfolgt, die jeden Moment einen Krieg in Europa entzünden kann, und die nur deshalb noch zu keinem Kriege geführt hat, weil die andere dabei beteiligte Macht eine Friedfertigkeit und Klugheit an den Tag legt, die wahrhaft überraschend sind. Nun durfte man allerdings sich nie der Erwartung hingeben, die Gegensätze, die moderne Kolonialpolitik erzeugt, würden sich stets friedlich ausgleichen lassen. Man konnte wohl erwarten, früher oder später werde diese Politik in dem bisher so angstvoll vermiedenen Weltkrieg enden. Aber ebenso durfte man erwarten, dieser Weltkrieg werde um ein wertvolles Objekt entbrennen, ein Objekt, wie es z. B. das chinesische Reich darstellt. Vergebens sucht man aber nach irgend einem Grund, der es auch nur vom Standpunkt beschränktester kapitalistischer Raubpolitik begreiflich machen könnte, daß die deutsche Diplomatie um Marokkos willen urplötzlich eine Politik der bedrohlichsten Provokationen Frankreichs eingeschlagen hat. Deutschland hat dort nichts, absolut nichts verloren, gar nichts zu gewinnen und nichts kann uns gleichgültiger sein, als das Schicksal des Sultans von Marokko.

Es ist dumm genug von den französischen Kolonialpolitikern, daß sie das Bedürfnis haben, ihren Einfluß in Marokko ausdehnen zu wollen. So friedlich

dieser Prozeß auch gedacht werden mag, er muß, wie alle Erfahrungen zeigen, zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der marokkanischen Bevölkerung führen, einer Bevölkerung, die ebenso kriegerisch wie arm ist, die niederzuzwingen ungeheure Aufwendungen an Menschenleben und Geld kosten wird, wofür die Sieger in absehbarer Zeit keine Beute entschädigen kann. Gerade vom Standpunkt des heutigen Deutschland mußten es dessen Machthaber mit Freuden begrüßen, wenn Frankreich sich in einen so harten Brocken verbiß. Indes noch in anderer Weise drohte Marokko für Frankreich verhängnisvoll zu werden. In dem Lande ist zunächst nichts zu holen als Kämpfe mit den Eingeborenen; sobald es aber einer europäischen Macht gelingt, sich dort festzusetzen, muß sie auch mit anderen europäischen Mächten in Konflikt kommen. Mit Gibraltar zusammen beherrscht Marokko den Eingang zum Mittelmeer.

Keine Macht, die im Mittelmeer Interessen hat, kann ruhig zusehen, wenn eine andere Macht in Marokko so festen Fuß faßt, daß sie seine Häfen beherrscht und befestigt. Allerdings haben Frankreich und England sich jetzt über Marokko geeinigt. Aber England tat das wohl nur in der Voraussicht, daß es Jahrzehnte dauern kann, bis Frankreich Marokko in der Tasche hat. Je weiter Frankreich dort vordringt, je sicherer es sich dort einnistet, desto näher sein Konflikt mit England.

Angesichts alles dessen hätte Deutschland gar nichts Klügeres tun können, als Marokko sich selbst zu überlassen. Statt dessen versucht es jetzt nicht bloß Frankreich von Marokko fernzuhalten, nein, es erweckt den Verdacht, als ob es selbst sich dort festsetzen wollte. Und damit muß es alle am Mittelmeer interessierten Mächte zu einer festen Phalanx gegen sich zusammenschweißen, dadurch macht es seine diplomatische Niederlage unvermeidlich — dadurch rückt es aber auch den Krieg in bedrohliche Nähe. Nicht nur deshalb, weil jede Großmacht nur zu geneigt ist, eine diplomatische Niederlage durch die Entscheidung des Schwertes vergessen zu machen, sondern auch deshalb, weil Deutschlands Forderun-

gen Frankreich in eine Position bringen können, die diesem weiteres Nachgeben unmöglich machen. Frankreich hat in Marokko nicht viel mehr verloren als Deutschland und es könnte um des lieben Friedens willen sehr wohl darauf verzichten, in Marokko größeren Einfluß zu gewinnen. Es würde damit seinen eigenen dauernden Interessen dienen. Was aber Frankreich unter den heutigen Verhältnissen unter keinen Umständen zugeben kann, das ist irgend eine Form der Festsetzung Deutschlands in Marokko. Es würde dadurch doppelt bedroht: einmal ebenso wie England, Spanien, Italien, als eine am Mittelmeer interessierte Macht, die nicht dulden kann, daß irgend ein Staat den Eingang zum Mittelmeer zu sperren vermag. Dann aber auch als Nachbar Marokkos in Algier, das von dem Grenzlande aus immer leicht in Aufruhr versetzt werden kann. So sind wir in den letzten Wochen in eine Situation geraten, die einen Krieg mit Frankreich in bedrohliche Nähe rückt."

Soweit schreibt der „Vorwärts". Der „Amurec" in der „Národní Politika" schreibt am 4. April 1906 folgendes: „Deutschland hat vorläufig in Algeciras am grünen Tische das Spiel verloren, es muß jede Hoffnung auf eine freundliche Annäherung an Frankreich aufgeben. Daraus wird folgen, daß Deutschland bezüglich Marokkos stets Frankreich kontrollieren wird. Beide Mächte werden sonach weiter rüsten. Warum will Deutschland die Allianz mit Frankreich? Darüber ist man in Paris gut unterrichtet. In Berlin glaubt man, der Augenblick sei nahe, um das Stückwerk vom Jahre 1866 zu vollenden. Rußland ist derzeit militärisch ohnmächtig, also der Rücken des deutschen Reiches ist gedeckt. Es kann also der Angriff auf Österreich vorgenommen werden. Davon ist man auch in London gut unterrichtet. Aber auch hier ist König Eduard und seine Regierung fest entschlossen die habsburgische Monarchie in ihrem ganzen Besitzstand zu beschützen. Aber England ist für das europäische Festland militärisch unbedeutend. Also bleibt Niemand kalt zu stellen als Frankreich. Wenn diese Militärmacht neutral bleibt, dann kann Preußen-

Deutschland ungescheut seine Regimenter gegen Österreich aufmarschieren lassen.

Die Zeit drängt. Rußland kann sich in kurzer Zeit erholen. Dann wäre aber die Gelegenheit zum Einmarsche nach Österreich vorüber. Deutschland bedroht vorläufig mit dem Krieg seinen westlichen Nachbar Frankreich. Die Regierung in Wien aber nimmt Stellung gegen Frankreich und leistet Berlin Frohndienste. So verblendet ist man an der Donau. Frankreich wird aber Österreichs Völker an den preussischen Adler nicht abtreten lasen.“ Soweit Amurec. Deutschland habe nun einmal den Drang nach dem Osten. Der Weg geht an das mittelländische Meer. Die Magyaren spüren dies ganz gewaltig, da auch sie auf dem Balkan Eroberungen zu machen hoffen. Die Bevölkerung Preußen-Deutschlands hat sich vermehrt:

| Jahr | |
|---|---|
| 1850 | 35,397.000 |
| 1870 | 40,818.000 |
| 1890 | 49,428.000 |
| 1900 | 56,367.178 |
| 1905 | 60,605.183 |

Es hat sich die Einwohnerzahl auf dem Gebiete des Deutschen Reiches vom Jahre 1850 um 25,205.000 Menschen vergrößert. Seit dem Jahre 1870 hat sich die Bevölkerung des Deutschen Reiches um 47·61 Prozent vermehrt! Hier ist eben die Gefahr für den Frieden Europas. Die überflüssigen Kräfte werden nach einem Abflusse suchen. So wird der Ruf nach einem Weltfrieden und Verbrüderung der Völker stets ein leerer Schall bleiben.

Mitte März 1906 schrieb das magyarische Blatt „Magyarorszag“ über die Lage Europas folgendes: „Auch Serbien bietet man, eben so wie Ungarn, von Wien aus „unaussprechliches Elend und Leiden“ an, wenn es sich nicht ergibt und sich dem Wiener Willen nicht fügt. Und Frankreich findet, indem es sein großangelegtes nationales Projekt, das nordwestlich-afrikanische neue Frankreich, realisieren will, als ebenso starres und unbeugsames Hindernis vor sich

das vorherige kaiserliche Veto, wie Ungarn es findet. Und doch ist Franz Josef I. nicht König von Serbien und Wilhelm II. nicht Kaiser von Frankreich. Die Wahrheit ist, daß auf ganz Europa mit dem Gewichte der Alpen das Bündnis der Höfe in Wien und Berlin drückt, das jeden andern Willen lähmt, der außerhalb des großdeutschen nationalen Gedankens fällt. Denn es braucht wohl nicht gesagt zu werden, daß in diesem Bündnis das erste Wort Berlin führt. Wien ist nur der Nachdruck, nur die Schleppe des Berliner Willens. In Folge der provisorischen Lähmung Rußlands dominiert dieses Bündnis Europa im vollsten Sinne des Worts. Und es fühlt seine Macht. Gibt es doch keinen Winkel Europas, ja vielleicht des Erdenrundes, wohin seine Hand nicht reicht. Dieses Bündnis schwächt und hindert jedes Bestreben und Bemühen, das nicht in die Kreise des großdeutschen Gedankens fällt. Das Gewicht seiner Hand spürt Paris und Algeciras, Belgrad und Konstantinopel, Budapest und St. Petersburg. Und es spart nicht damit, das Gewicht seiner Hand fühlen zu lassen. Bei der Betrachtung dieses Kolosses fällt uns die Zeit vor hundert Jahren die unermeßliche Macht Napoleons I. ein. Dieselben Eigenschaften und Bestrebungen sehen wir auch hier: sich in Alles einmischen, alles bevormunden, jeden widerstrebenden Willen zerbrechen. Nach zehnjähriger Diktatur ist jener alte Koloß zusammengestürzt. Der neue Koloß pflanzt gegen sich selbst die Produkte der Bitterkeit, des Trotzes, des Wunsches nach Befreiung. Gegen den Druck auf die Unabhängigkeit Europas scheint sich schon der Gegendruck vorzubereiten. Der englische Rassenverwandte verfolgt jede seiner Bewegungen mit wilder Eifersucht. Der französische Erbfeind duckt sich oder schluckt seinen Zorn und Rachedurst. Der italienische Allierte wartet nur auf die günstige Gelegenheit zum Abschütteln der Rosenketten. Die kleinen Völker Osteuropas schließen sich enger aneinander und suchen in ihrer Verbündung Schutz vor der drohenden Macht des Kolosses. Und uns Magyaren scheint die Kraft der Geschichte in diese Flut ebenfalls hineinzuziehen. Es gibt kaum ein Volk Europas, daß nicht mit

heißem Sehnen wünschen würde, daß wieder die befreiende Parole ertöne: Europa libertati asserta. Das wird dann die wahre Freiheit sein, welche die Ära der freien Entwicklung und wirklichen Unabhängigkeit der Nationen bringen wird."

Das „Berl. Tagebl." schrieb am 15. November 1902 folgendes: „Internationale Toleranz. In unserer von so verbitternden nationalen Gegensätzen erfüllten Zeit die Forderung internationaler Toleranz zu erheben, das bringt doch gewiß nur ein in weltfremder Abgeschiedenheit seinen Gedanken nachhängender deutscher Philosophieprofessor zu Stande. Gleichwohl hat kein in Wolkenkukuksheim träumender Phantast, sondern ein die Geschäfte des mächtigsten Reiches leitender Staatsmann, der englische Premierminister Balfour, es für die wichtigste Aufgabe der modernen Staatskunst erklärt, den Geist internationaler Toleranz, Freundschaft und Liebe zu pflegen. Internationale Eifersüchteleien und Vorurteile müssen, als die Quellen schwerer Leiden für die Völker, ausgelöscht, beseitigt werden; von diesen her drohe der internationalen Zivilisation die schwerste Gefahr. Die gegenseitige Zuneigung der europäischen Völker zu fördern und zu befestigen, das müsse die vornehmste Sorge der europäischen Staatsmänner sein. Der Bischof von Ripon aber ging in seiner vor den Herrschern Deutschlands und Englands in Sandringham gehaltenen Predigt noch weit über den Minister hinaus. Er sah in seinem Geiste schon die Morgenröte eines neuen Menschheitstages heraufdämmern, an welchem alle Rassenunterschiede weggetilgt sein würden und eine das Menschengeschlecht umfassende Verbrüderung den alten Rassenhader für immer beseitigen würde. In Amerika, so schloß der Bischof seine von Vorstellungen über das Gottesreich in der Zukunft durchzogene Rede, bereite sich solch eine aus Deutschen und Angelsachsen hervorgehende Neubildung vor, die dereinst die gesamte zivilisierte Welt zu umspannen und mit neuen, eine höhere menschheitliche Entwickelungsstufe anbahnenden Ideen auszurüsten bestimmt sei. Es ist merkwürdig, daß in dem auf seine insulare Abgeschlossenheit

pochenden und so ungemein rassestolzen England sich gerade jetzt derartige Anschauungen durchzusetzen beginnen. Die kontinentalen Staaten vergeuden ihre besten moralischen Kräfte in Kämpfen und in Bestrebungen, um sich gegen einander so viel als nur irgend angängig abzuschließen. Sie richten höher und höher ansteigende Zollschranken gegen einander auf, sie zerfleischen sich förmlich in wirtschaftlichen Kriegen, und sie überbieten einander an nationalen Gehässigkeiten. Alle treiben vermeintlich „nationale“ Politik, und sie verkünden mit einem gewissen innerlichen Stolze den modernen Glaubenssatz von der nationalen Intoleranz. Da erschallt plötzlich und Allen überraschend und gerade von jenem Lande her, das den gesunden politischen Egoismus stets als seine alleinige Richtschnur gelten ließ, der Ruf, jede nationale Unduldsamkeit fahren zu lassen und das Banner der internationalen Duldung zu entfalten, um auf solche Weise den Menschheitsgedanken hell aufleuchten zu lassen. Will man nicht in jeder Äußerung eines englischen Staatsmannes lediglich so etwas wie Perfidie erblicken, die dazu bestimmt ist, Englands Macht auf Kosten aller Völker noch höher anschwellen zu lassen, so wird man nicht umhin können, in jener Guildhall-Rede Balfours ein Zeitsymptom von nicht zu unterschätzender völkerpsychologischer Bedeutung anzusprechen. Noch ist die Tinte nicht getrocknet, mit welcher die Friedensbedingungen zwischen England und Transvaal niedergeschrieben wurden, noch starren die Ruinen der Farmen, der Niederlassungen der Buren in die südafrikanische Luft hinein, noch liegt das weite, ehedem schön angebaute fruchtbare Land verwüstet und verödet da, gewissermaßen als lauteste Zeugen für das Verderben, in welches die Politik einer nationalen Intoleranz zwei verwandte Völker gestürzt, und siehe, da erhebt sich kühnlich der leitende Staatsmann desselben Englands, das diesen furchtbaren Krieg in Südafrika mit solch einer unbeugsamen, kaltblütigen Entschlossenheit geführt, und verlangt die völlige Abkehr von dem bisherigen politischen Glaubenssatze, die Beseitigung der nationalen

Vorurteile und zwar durch die die Staatsgeschäfte führenden Politiker. Das ist das neue und das so außerordentlich charakteristische Moment in dieser Rede Balfours. Er bezeichnet es als die wichtigste Aufgabe der nationalen Staatskunst zur Beseitigung nationaler Eifersüchteleien und nationaler Vorurteile beizutragen und die gegenseitige Zuneigung der Völker zu verstärken. Die Staatsmänner, also die Träger nationaler Politik, sollen sich unter einander zu verständigen suchen, um der Forderung internationaler Toleranz zu entsprechen. Eine derartige Aufgabe ist der zünftigen Diplomatie bisher noch niemals zugemutet worden. Im Gegentheil. Es galt vielmehr, die nationalen Eifersüchteleien anzustacheln, die nationalen Besonderheiten mit der schärfsten Geflissentlichkeit hervorzukehren, die nationalen Gegensätze über die natürlichen und niemals auszuschaltenden Bedingungen weit hinaus zu entwickeln. All dies geschah und geschieht im Interesse der Nationalität, des Nationalgedankens, des geschlossenen Nationaldaseins. Diese einseitige Entwickelung des nationalen Wesens gilt als die vornehmlichste, wenn nicht als die einzige Aufgabe einer wahren Staatskunst.

Und nun müssen wir in dieser Zeit der überhitzten Nationalitätsbestrebungen, von welcher alle europäischen Völker beherrscht werden, aus dem Munde eines in dem Getriebe der Weltpolitik stehenden Staatsmannes hören, daß sich diese auf nationaler Intoleranz beruhende Staatskunst in einem argen grundsätzlichen Irrtum befinde. Aus dieser nationalen Intoleranz nämlich entspringen alle Leiden der Völker. Aber gerade diese Leiden zu lindern, womöglich zu beseitigen, sei die erste Aufgabe der Staatsmänner, und sie müßten sich zunächst unter einander verständigen, um auf solche Weise das innigere Verständnis der Völker für ihre Eigenarten, für ihre Empfindungen anbahnen zu helfen. Als die edelste Frucht dieser durch die Staatsmänner vorbereiteten Annäherung der Volksindividualitäten müsse die Duldung der Völker unter einander heranreifen. Internationale Toleranz ist indessen keinesfalls gleichbedeutend mit jenem nebelhaften Kosmo-

politismus, mit jenem Welt-Bürgertum, das, aller nationalen Schranken und aller aus dem Wesen einer Volksindividualität sich mit Notwendigkeit ergebenden Beschränkung uneingedenk, den Boden unter sich verlieren muß. Internationale Toleranz ist vielmehr die notwendige Ergänzung des Nationalitätsprinzips. Aber zugleich hält sie diesem das Gegengewicht und verhindert auf solche Weise dessen Entartung und entstellende Übertreibung.

Wer indessen die Möglichkeit der Übertreibung des Nationalprinzips überhaupt leugnen wollte, den muß doch ein Blick auf die jüngste Entwickelung Österreichs gründlich von seinem Irrtum heilen. Dort wie nirgendwo anders auf der ganzen zivilisierten Erde feiert die nationale Intoleranz wahrhafte Orgien und es wird doch wohl kaum Jemand den traurigen Mut haben, eine Staatskunst zu preisen, die derartige Zustände wie jene in dem Doppelreiche an der mittleren und unteren Donau herbeiführen half. Österreichs Beispiel zeigt, welche Gefahren für ein Staatswesen sich aus der Pflege nationaler Intoleranz mit unausweichlicher Notwendigkeit ergeben müssen.

Nun sind freilich die Verhältnisse gerade dieses Staates besonders schwierig; allein sie hätten wohl niemals eine so bedenkliche Gestaltung annehmen können, wenn sich die Staatsmänner in jenem Reiche die Förderung internationaler Toleranz statt die Pflege nationaler Intoleranz von jeher hätten angelegen sein lassen. Im Gegensatz zu den früheren österreichischen politischen Maximem, die bekanntlich darin gipfelten, eine Nationalität gegen die andere auszuspielen, um dadurch alle niederzuhalten und auf diese Weise leichter zu beherrschen, proklamiert der leitende Minister der englischen Weltmonarchie und ihrer verschiedenartigen Völker und Rassen als obersten Grundsatz einer wirklich die Menschlichkeit, die Zivilisation fördernden Staatskunst die Beseitigung der nationalen Eifersüchteleien und Vorurteile und die Anbahnung des Gedankens von der Duldung, dem Gewährenlassen der Eigenart der Völker im politischen Verkehr. Mit einem Worte: den Ersatz der nationalen Rivalitäten als eines wichtigen Stückes in

der politischen Gleichung durch die Einstellung eines anderen, höher gewerteten Faktors, nämlich der internationalen Toleranz. Das ist nach des englischen Ministerpräsidenten Balfours Bekenntnis das eigentliche Ziel einer den Anforderungen unserer Zeit entsprechenden Staatskunst."

Am 31. Juli 1905 brachte es folgenden Artikel: „Die Solidarität der Völker. Herr Björnstjerne Björnson stellt uns den folgenden Artikel zur Verfügung, der morgen im Pariser „L'Européen" erscheinen wird: „In einer Versammlung, die kürzlich in Paris stattfand, hat die Öffentlichkeit durch den Mund hervorragender Redner gegen die Verletzung der finnländischen Verfassung und die Unterdrückung des loyalen finnländischen Volkes Protest erhoben. Man hat ebenso gegen die unablässige Verfolgung der Juden und besonders gegen die schweren, aber ungesühnten Verbrechen von Kischinev protestiert. Es geht aus den Berichten, die ich gelesen habe, nicht deutlich hervor, ob man bei dieser Gelegenheit auch gegen die dauernde Mitschuld des Auslandes protestiert hat. Die öffentliche Schuld Rußlands betrug im Jahre 1902 gegen 17¼ Milliarden Francs, von denen 8677 Millionen im Lande selbst und 4275 Millionen im Auslande untergebracht waren. An Eisenbahnobligationen waren etwa 4333 Millionen ausgegeben; von diesen war gleichfalls ein sehr großer Teil im Auslande untergebracht. Allein seit 1899 hat Rußland 3½ Milliarden im Ausland geliehen; in dieser Summe sind die Eisenbahnanleihen nicht mitgerechnet. Gleichzeitig wüteten die scheußlichen Zollplackereien. Dabei lagen die Dinge so, daß die immer drückenderen Zölle den Kredit Rußlands vergrößerten; zugleich wurde die Regierung durch die Anleihen in den Stand gesetzt, die aus den Zollplackereien sich ergebenden Gefahren zu ersticken. Jetzt geht das nicht mehr. Die Ausgaben wachsen beständig, aber die Einnahmen können nicht folgen. Ein Teil der Eisenbahnen gibt keinen Überschuß mehr, deckt nicht einmal die Unkosten, und die Zölle haben ihre äußerste Grenze erreicht. Dieser letzte Punkt wurde durch den Finanzminister Witte in

seinem Bericht an den Reichsrat bestätigt. Was besonders die auswärtigen Anleihen betrifft, so sieht man nicht recht klar, wozu sie verwendet wurden. Man nimmt an, daß sie zum Teil die Einführung der Goldwährung erleichterten: daß sie mithalfen, die Kosten des chinesischen Krieges und der Operationen in der Mandschurei zu bezahlen; daß sie den Bau der transsibirischen Bahn ermöglichten, da diese nicht unter denjenigen Bauten erwähnt wurde, deren Kosten durch die Obligationen gedeckt wurden. Es ist übrigens sicher, daß die auswärtigen Anleihen die Regierung zugleich in den Stand gesetzt haben, die Polizeimacht zu vermehren und eine noch viel mächtigere Flotte zu schaffen. Wir wissen alle, daß der größte Teil dieses fremden Goldes, welches die Selbstherrschaft mit ihren Unterdrückungs- und Eroberungsplänen seit 1889 aufrecht erhält, aus dem Lande der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geflossen ist. Wir wissen ebenso, daß diese Anleihen zum Teil durch französische Juden begeben worden sind. Man sagt in Europa wie in Amerika allgemein, daß ohne das französische Gold die russische Selbstherrschaft schon längst zur Kapitulation gezwungen worden wäre. Keine Zentralgewalt, auch die beste nicht, ist im Stande, für längere Zeit so zahlreiche und verschiedenartige Völker zu beherrschen. Keine Hand, auch die mächtigste nicht, kann einen so gewaltigen Raum umspannen oder so gegensätzliche Ziele vereinigen, wie sie durch das verschiedenartige Klima und die zahlreichen Rassen und Religionen geschaffen wurden. Aber was die beste Regierung und die mächtigste Hand nicht zu Stande bringt, das wird zu Chaos und Elend unter einer schwachen selbstherrlichen Macht, wo eine brutale, feile und lügenhafte Bureaukratie korrumpiert, plündert und unterdrückt. Ohne die Hilfe des Auslandes fände das von selbst sein Ende, sei es auf dem Wege der Revolution, sei es auf dem der Verwahrlosung. Das Natürlichste wäre, daß sich die gewaltigen Massen Rußlands zu einer föderativen Organisation dezentralisierten. Mit Hilfe des fremden Goldes konnte die ganze leicht entflammbare Masse dieser entsetzlichen Anhäufung

von Ungerechtigkeit und Drangsal lange genug bestehen, um zu einer Gefahr für uns alle zu werden. Wenn nicht ein Krieg den Zündstoff auf die Nachbarn ausschüttet, wird er dort in Brand geraten, und es werden während langer Jahre Explosionen und Erschütterungen folgen. Darüber sind alle, Russen und Fremde, der gleichen Ansicht. Aber der Krieg wird ausbrechen. Wenn die allmächtige russische Bureaukratie bisher vor keinem Mittel zurückgewichen ist, um ihre Herrschaft zu verlängern, weshalb sollte sie vor diesem zurückweichen? Welches auch das Ergebnis dieses Krieges sein möge, eins ist sicher: die Zinszahlungen werden aufhören. Rußland wird sich für die Hilfe, die man ihm zuteil werden ließ, durch einen Staatsbankerott bedanken. Man braucht, wie ich meine, kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß man sich dann zuerst und zunächst an die Juden halten wird. Wenn man zornig ist, ist man selten gerecht, und die Betrogenen werden die Banken über den Juden vergessen; ihr Bedürfnis, sich zu rächen, wird sie nicht nur die Schuldigen unter den Juden treffen lassen, sondern auch die völlig Schuldlosen. „Hier hast Du den Lohn dafür, daß Du die Solidarität verraten hast, welche Dein Volk, Deine Rasse gleichmäßig bewähren mußten!" Aber wir anderen werden allen erregten Betrogenen zurufen: „Hier hast Du selbst den Lohn, weil Du die Solidarität verraten hast, die gleichmäßig unter den Völkern bestehen muß! Du hättest der Letzte sein sollen, der russischen Tyrannei zu helfen." Jetzt will der Zar nach Europa kommen. Wenn wir dann ein wenig von dieser Solidarität, dieser Verantwortlichkeit zeigen, welcher Kapitalist wird fehlen? Ich bemerke, daß die italienischen Sozialisten das begriffen haben. Durch ihre Vertreter im Parlament haben sie dagegen protestiert, daß der Zar nach Italien kommt. So groß ist ihr Mitleid mit den Finnländern und Polen, mit den Russen selbst. Sie sehen diese als ihre Brüder an. Jetzt ist die Reihe an dem kleinen dänischen Volke, daß man es allgemein das aufgeklärteste Volk der Welt nennt. Wir werden sehen, ob es in würdiger Form das Gesetz der Solidarität

proklamieren und aufrecht erhalten wird — dieses allezeit gültige Gesetz, das eines Tages die Unterdrückten erretten wird. Björnstjerne Björnson."

Auf einer anderen Stelle schreibt das große Berliner Judenblatt folgendes:

„Praktischer Kosmopolitismus. Der Leipziger Historiker Professor Lamprecht hat dieser Tage vor der Leipziger Studentenschaft eine Rede gehalten, die die Stellung des Deutschtums innerhalb der Kulturwelt neu zu bestimmen suchte. Sie ist bedeutend genug, um sie wenigstens im Auszuge hier wiederzugeben. Lamprecht wies zuerst auf Goethe hin, der in einer der tiefsten geschichtlichen Bemerkungen seiner Farbenlehre geschildert hat, welch ungeheuren Einfluß die astronomische Lehre des Kopernikus auf die Menschenwelt gehabt habe: der Erdenbewohner, der sich bisher als Mittelpunkt des Universums vorkam, habe sich umdenken müssen in die Rolle des Insassen eines mittleren Planeten; wieviel Verzicht auf alten Glauben, eingebürgerte sittliche Vorstellung und Sitte, ja Umbildung des alltäglichen Denkens und Handelns habe das erfordert! Jahrhunderte seien darüber hingegangen, ehe man sich völlig in die veränderte Lage gefunden habe. Ein ähnlicher Umdenkungsprozeß, so fuhr Lamprecht fort, zwar nicht von so weiter Ausdehnung, aber von um so intimerer Bedeutung und auf einem Gebiete von um so häufigerer Einwirkung wird heute dem deutschen Volke zugemutet. Nicht der himmlische Kosmos hat sich für uns verschoben, wohl aber der irdische, der Kosmos der Menschenwelt. Und davon, daß wir die damit eingetretenen Wendungen rasch verstehen und ohne Wanken die nötigen Folgerungen ziehen, hängt ein guter Teil unserer nationalen Zukunft ab. Weiter ging dann Redner auf die indische und chinesische Kultur ein, um andererseits auf die merkwürdigen Bildungsvorgänge einer neuen Kulturstufe in Nordamerika hinzuweisen. Von dieser Grundlage aus kam Lamprecht zu folgenden Ausführungen: Innerhalb eines so wunderbaren Werdens geziemt es einer alten Kulturnation wie der unseren nicht, sich auf heimische Dinge — und Klagen — zu beschränken.

Wir sind stark genug, auch in der neuen Lage, die eine erste praktische Einordnung aller Nationen in das große Ganze der Menschheit bedingt, unseren Platz zu wahren. Aber es kann nicht in hochmütigem Ablehnen dessen geschehen, was uns noch fremd ist, sondern nur in dessen freudigem Studium: wir müssen die Nachbarn mindestens genau lernen, mit denen wir in dem großen Palast menschlicher Zivilisation, nun enger aneinander gedrängt, wohnen sollen, sollen wir sie lieben und schätzen, sollen wir ihnen auch unsere Eigenart vertraut und bedeutsam machen. Der alte ideologische Kosmopolitismus, der von der Gleichheit aller Menschen bedingungslos schwärmte, er ist verschwunden: Wer ruft heute noch im Sinne Schillers und Beethovens: „Seid umschlungen, Millionen, einen Kuß der ganzen Welt!“? Aber ein neuer Kosmopolitismus ist eingezogen; ein praktischer Kosmopolitismus, der sich neben anderen sieht, und der, um das eigene Selbst zu behaupten, vor allem der Kenntnis des anderen nachgeht. Darum hinaus mit der Jugend — hinaus in das Getriebe der Staaten Europas, das Durcheinander der Völker der Welt! Und man klage nicht, daß über diesem Rufe die Heimat zu kurz kommen werde! Wir Deutschen sind reich an Heimatsgefühl, schon durch dessen vielgestaltige Gliederung in die sittlichen Gefühle alter Familienzusammenhänge und regionaler Verwaltungstätigkeit in Körperschaften, Gemeinden und Provinzen wie in die politischen Gefühle der partikularen Staatsgemeinschaft und der Zugehörigkeit zum Reiche. Und wie sind alle diese Gefühle seit 1870 neben- und durcheinander gepflegt worden! Jetzt heißt es, ihr Wertvolles eben dadurch zu betonen und zu läutern, daß sie einem Prüfungsprozeß auf Schlacken ausgesetzt werden durch den Zusatz eines neuen praktischen Kosmopolitismus. Und darum: Hinaus, du Jugend, mit frischem Mut und frischem Auge! Sei es im Reisehut, sei es auf dem Wege der Lektüre und der wissenschaftlichen Forschung: hinaus in die Welt, die wir ganz kennen müssen, um uns selber recht zu kennen und recht zu beherrschen!

Die tiefe Wandlung des Weltgefühls aber, wie wir sie erleben, übt schon jetzt entscheidende Wirkungen aus auf unser Nationalgefühl. Jenes Nationalgefühl, das nur die eigene Nation als trefflich kennt, das ruhmredig ist und unduldsam; ein Gefühl, das sich geschichtlich bis auf die allen edlen Völkern einmal eigene Urform zurückverfolgen läßt, daß sie nur sich als wirkliche Menschen anerkennen, die anderen aber höchstens als Barbaren: es ist heute im Verschwinden; nur, wie es Verfallserscheinungen zu gehen pflegt, flackert es wohl noch einmal in besonders verzerrter Gestalt auf, in der Gestalt des Chauvinismus. An die Stelle aber tritt ein anderes Gefühl, das wir kaum noch Affekt nennen möchten, sondern felsenfeste innere Sicherheit: das Gefühl, daß wir notwendig sind in dem arbeitsteiligen Kosmos der Nationen; und daß die Welt schon zu arm ist an Originalität, als daß sie des besonderen deutschen Genius entbehren könnte. In dieses Gefühl, wie es dem veränderten Kosmopolitismus entspricht, leben wir uns heute hinein: in unsere besondere nationale und zugleich universale Rolle in dieser Welt; und in ihm wollen wir leben und sterben. Wer sich heute gegen die emporflammende Einheit der menschlichen Beziehungen hin über die ganze Erde vergeht, indem er unberechtigten Affekten der Eifersucht und der Monomanie nachgibt, von dem darf man im Vollgefühl höchster Unparteilichkeit aussagen, daß er sich vergeht an dem Genius der Menschheit selber. Wir hoffen und wünschen, daß wir von keiner Seite uns veranlaßt sehen möchten, das Wort Furor teutonicus einer künftigen Periode unserer Geschichte als Leitwort vorzusetzen. Wir verstehen nicht die Notwendigkeit einer solchen Wendung, und wir wollen uns alle in jeder Hinsicht bemühen, sie zu vermeiden — in Übereinstimmung mit der redlichen Friedfertigkeit, die unter den Besten der Angehörigen anderer Völker, auch solcher, die unsere Gegner sind, weithin verbreitet ist.“

Am spaßigsten ist der folgende Artikel der „Neuen Freien Presse“ vom 19. November 1905: Das europäische Gewissen. Von Max Nordau.

Paris, 16. November. In der letzten Zeit ist viel vom europäischen Gewissen die Rede gewesen. Man hat in Zeitungsartikeln darauf angespielt. Es ist in Aufrufen zu Geldspenden davon gesprochen worden. Führer von Abordnungen an Minister und Redner in Volksversammlungen haben es angerufen. Und immer wurde es wie etwas Allbekanntes behandelt, worüber man sich nicht weiter auszulassen braucht, und alle, die es im Munde führten, taten, wie wenn sie selbst, ihre Leser und Hörer ganz genau wüßten, was das für ein Ding sei, wie es sich damit verhalte, wo und wann man es antreffen könne. Ich mußte mir mit geheimer Beschämung bekennen, daß ich mich über das europäische Gewissen in tiefster Unwissenheit befand, und um diesem demütigenden Zustande ein Ende zu machen, beschloß ich, mir an den Stellen, die ich für die zuständigsten hielt, Belehrung zu holen. Ich begab mich zu einem Diplomaten, der mir die Ehre erwies, mich zu empfangen. „Exzellenz," sagte ich nach der Begrüßung mit etwas unsicherer Stimme, „es scheint, daß es ein europäisches Gewissen gibt —." „Zweifeln Sie nicht daran!" unterbrach mich der Diplomat mit Autorität. „Ah!" rief ich beruhigt und erfreut, „in diesem Falle darf ich mich vielleicht bei Ihnen erkundigen, Exzellenz, wo dieses europäische Gewissen seinen Sitz hat und durch welche Äußerungen es sich bemerkbar macht." Um die Lippen des Diplomaten spielte ein etwas geringschätziges Lächeln, das seine Höflichkeit rasch unterdrückte. Er hob darauf mit liebenswürdigster Herablassung an: „Das europäische Gewissen hat seine Stätte im Bewußtsein der christlichen Regierungen, insbesondere der auswärtigen Ämter. Es wacht über den Bestand des Völkerrechts und der sittlichen Ordnung, welche die Grundlage der Zivilisation sind. Es ist gewissermaßen die Ergänzung der Verträge, welche die Mächte positiv gegen einander verpflichten." „Ein erstes Gebot des Völkerrechts und der sittlichen Ordnung ist ja wohl die Achtung des Menschenlebens und fremden Eigentums. Denn ob sie nun von Hammurabi oder von Moses sind, die alten zehn Gebote binden noch

immer jeden gesitteten Menschen." „Selbstverständlich," stimmte der Diplomat zu. „Sofern ich also recht verstanden habe, regt sich das europäische Gewissen, wenn irgendwo die Gebote: „Du sollst nicht töten!" und „Du sollst nicht stehlen!" in größerem Umfang übertreten werden und die berufene Obrigkeit nichts tut, um die Missetaten zu verhindern oder doch zu bestrafen." „Es regt sich, es regt sich," bestätigte der Diplomat. „Welche Form nimmt diese Regung aber an? Wie tritt sie in die Erscheinung?" Die Stirne des Diplomaten umwölkte sich leicht. „Es gab eine Zeit, an die ein guter Europäer nur mit Sehnsucht denken kann; da waren Ordnung und Friede, Gesetz und Recht von den Hauptmächten des Weltteils ausdrücklich verbürgt. Erhob irgendwo der Unhold der Zuchtlosigkeit sein struppiges Haupt und die eigene Regierung war nicht kräftig genug, um ihn sofort zu Unterwürfigkeit und Gehorsam zurückzuführen, so standen ihr ungesäumt die Verbündeten bei. Das war die Zeit der heiligen Allianz." Er seufzte. „Der sogenannte Fortschritt, die berühmte Demokratie haben diesen selbstlosen Bund gesprengt, der nur zur Wahrung der höheren Sittlichkeit geschlossen war. Seitdem ist das europäische Gewissen nicht mehr so feinfühlig und zuverlässig. Aber wenn auch etwas abgestumpft und verwildert, ist es glücklicherweise doch noch immer lebendig." „Aber es ist nicht mehr kräftig genug, um zu handeln," warf ich ein. „Doch," versicherte der Diplomat. „Ich brauche nur an die Wirren in China zu erinnern. Die Juho-k'üen oder vaterländischen Friedensfäuste, die man unfein Boxer zu nennen pflegt, vergingen sich schwer an Europäern. Sie mordeten sogar einen Gesandten, dessen Person selbst Barbaren geheiligt ist, und metzelten eine Anzahl Missionäre und Schwestern nieder. Sie wissen, was dann geschah." „Ich weiß, ich weiß," sagte ich rasch; „aus erlauchtem Munde erging die gewaltige Mahnung: Völker Europas, wahrt eure heiligsten Güter! Ein schönes Bild versinnlichte diese Aufforderung. Ich habe mir es über den Schreibtisch gehängt und blicke andächtig darauf, so oft ich in mein Arbeitszimmer

trete. Gegen die vaterländischen Friedensfäuste erhob sich die gepanzerte Faust. Alle europäischen Staaten sandten Truppen nach China. Zu kriegerischen Taten fand sich zwar keine besondere Gelegenheit, aber die Waffen hatten gleichwohl ausreichende Beschäftigung. Es wurde eine herrliche Anzahl meist unbewaffneter Chinesen erschossen und erstochen, wohl auch mit Kolben niedergeschlagen, ungerechnet die chinesischen Frauen und Mädchen, die nebenher geschändet und verstümmelt oder getötet wurden." „Hunnenbriefe," murmelte der Diplomat achselzuckend. „Ich habe keine gelesen, Exzellenz. Aber ich habe von einem heimgekehrten Krieger einen goldgestickten Seidenvorhang gekauft, den er in einem chinesischen Hause gefunden hat. Er hängt jetzt in meinem Salon. Andere Funde, wie Silbergeld, Schmucksachen und Stoffe, hat er teils behalten, teils an andere Liebhaber abgegeben. Er hat mir versichert, daß alle seine Kameraden das gebildetste Interesse für chinesische kunstgewerbliche Gegenstände geringeren Umfanges gezeigt haben." „Worauf wollen Sie hinauskommen?" „Ich wollte fragen, Exzellenz, wie viel Europäer die vaterländischen Friedensfäuste ermordet haben?" „Abgesehen vom Gesandten, der nicht als Ziffer eingeschätzt werden kann, werden es wohl einige Dutzend gewesen sein, nicht weit von hundert."

„Diese hundert Europäer waren meist Personen, die ungerufen nach China gegangen waren, um den Chinesen eine Religion zu predigen, von der sie nichts wissen wollen, und eine Gesittung zu bringen, die sie zurückweisen. Um ihren Tod zu rächen, haben alle europäischen Großmächte, abgesehen von den Vereinigten Staaten und Japan, Regimenter, ja Divisionen nach China geschickt, Arsenale niedergebrannt, Städte beschossen und zerstört, Provinzen mit Feuer und Schwert verwüstet und China gezwungen, einige hundert Millionen Strafe zu zahlen. Da war ich stolz, Europäer zu sein." „Sie sehen, daß es ein europäisches Gewissen gibt und daß es für Herausforderungen Sühne zu erzwingen weiß." „In der Tat, Exzellenz. Nun möchte ich mir eine Frage gestatten. In Rußland sind eben 25.000 Juden, größtenteils wehr-

lose Reisende, Beter in Synagogen, versteckte Greise, Frauen und Kinder, ermordet und etwa 100.000 verstümmelt oder verwundet worden. Die Metzeleien waren von nicht anzudeutenden Scheußlichkeiten und allgemeinen gründlichen Plünderungen begleitet. Die Verbrechen wurden von den russischen Behörden vorbereitet, vielfach ausgeführt, überall unterstützt oder begünstigt. Ich darf also wohl annehmen, daß das europäische Gewissen, da es doch nach Ihrer Versicherung und nach dem Zeugnis des chinesischen Kriegszuges eines gibt, jetzt laut sprechen, die gepanzerte Faust wuchtig niedersausen wird, die Völker Europas ihre heiligsten Güter wahren werden." — Der Diplomat hatte mit wachsender Ungeduld zugehört. Hier fiel er mir stirnrunzelnd ins Wort: „Ich sehe den Zusammenhang nicht — Europa kann doch nicht in die inneren Angelegenheiten eines unabhängigen Staates eingreifen —." „Aber in China —." „In China wurden Ausländer ermordet. Dafür durfte das Ausland Rechenschaft fordern. In Rußland sind nur Inländer zu Schaden gekommen. Das geht das Ausland nichts an. Ja, wenn Fremde belästigt worden wären —." „Würde das europäische Gewissen sich empören —." „So ist's."

Ich dankte und empfahl mich. Weitergekommen war ich aber eigentlich nicht. So viel wußte ich nun, daß das europäische Gewissen, das jetzt in vieler Leute Munde ist, nicht dasselbe sein kann, wie dasjenige, das nach der Angabe meines Diplomaten seine Stätte im Bewußtsein der christlichen Regierungen, insbesondere der auswärtigen Ämter hat. Denn dieses amtliche Gewissen ist von der Abschlachtung der 25.000 Juden und der Folterung, Verwundung und Beraubung der vierfachen Zahl augenscheinlich nicht beunruhigt worden. Aber wo war das andere zu finden? Ich ging, mich bei einem Finanzmann zu erkundigen. Denn die Hochbank ist ein Mittelpunkt der Weltkultur. Hier münden wie in einem Zentralorgan alle Nervenbahnen ein. Hier wird jede Störung als Schmerz empfunden und sie löst proportionelle Abwehrbewegungen aus. Wenn das europäische Gewissen keine bloße Stilblüte ist, mußte ein her-

vorragender Bänker mir darüber Auskunft geben können. „Herr Direktor, verzeihen Sie, wenn ich störe. Wissen Sie etwas von einem europäischen Gewissen?“ „Seltsame Frage: Wie sollte ich nicht?“ „Wo wohnt dieses europäische Gewissen?“ „Wo? In jedem guten Europäer. In Ihnen. In mir.“ „Und dieses europäische Gewissen handelt?“ „Sie meinen, ob es Geschäfte macht?“ „Nein; ich meine, ob es sich in Taten äußert, wenn es beleidigt wird.“ „Sie scherzen, lieber Doktor. Die Beispiele sind Ihnen ganz so gegenwärtig wie mir. Als Griechenland unter der Wucht seiner allerdings etwas teueren Anleihen zusammenbrach und seine allerdings etwas üppigen Zinsen nicht mehr bezahlen konnte, hat Europa da gezögert, seine Flotten mobil zu machen und das griechische Volk an der Gurgel zu würgen, bis ihm die Zunge heraushing? Als die Türkei sich sperrte, die Forderung der Ehrenmänner Tubini und Genossen zu begleichen, ist da nicht ein französisches Geschwader nach Mytilene gedampft? Als der Schuldenmacher Castro den europäischen Gläubigern ein Schnippchen schlagen wollte, haben die Kriegsschiffe der Großmächte Europas nicht sofort die venezolanischen Häfen blockiert? Wie können Sie da zweifeln, daß das europäische Gewissen beständig wach ist und jede Beleidigung ahndet?“

„Sie haben recht, Herr Direktor. Das europäische Gewissen der Bankleiter, der Diplomatie und aller guten Europäer ist gegen säumige Schuldner sehr empfindlich. Es gibt nichts Unmoralischeres, nichts Empörenderes als schlechte Zahler.“ „Ich bin ganz Ihrer Meinung. Nun sind da neulich in Rußland 25.000 Juden —“ „Ich weiß“ „— abgeschlachtet und 100.000 verwundet worden —“. „Ich weiß. Ich weiß“ „— und ich würde gern erfahren, was das europäische Gewissen der Bank und Börse dazu gesagt hat.“ „Was geht das die Bank und Börse an?“ „Ich dachte, in ihrer Eigenschaft als Träger des europäischen Gewissens —.“ Der Bänker lächelte und drohte mit dem Finger. „Immer paradoxal, lieber Doktor, immer paradoxal! Rußlands Kredit ist gut, trotz des pessimistischen Geredes einiger Theoretiker.“

„Und die vorbereitete große Anleihe —" „wird glänzend gelingen". „Es kann also ruhig weiter gemordet werden." Der Direktor zuckte die Achsel, Die Unterhaltung wurde ihm peinlich. Da trat zum Glück ein Kommis mit einem Bogen ein und meldete ehrerbietig: „Die Sammlung für die Juden in Rußland." Im Abgehen sah ich noch, wie der Bänker mit fester Hand eine mehrstellige Ziffer einzeichnete. Ich war so klug als wie zuvor. Soweit der Pariser Jude Nordau. Er ist ein spaßiger Mensch. Er verlangt, die Menschen sollen die 10 Gebote Gottes beobachten, also nicht stehlen, morden etc., aber von den Juden verlangt es Max Nordau nicht! Sie können weiter Großfürsten, Generäle und Gouverneure, kurz ihre Gegner morden. Der Talmud befiehlt es ja den Juden, die Akum, also die Christen zu töten. Max Nordau weiß genau, daß in Rußland 25.000 Juden ermordet und 100.000 schwer verwundet sind. So frech schreibt die Judenpresse. Es wird von dem nicht einmal der 100. Teil wahr sein. Wie viel Tausende Christen sind von den Juden direkt und indirekt ermordet worden? Hier schreit das unschuldig vergossene Blut um Rache gegen den Himmel.

Max Nordau verlangt, die Regimenter aller Staaten Europas sollen gegen Rußland aufmarschieren, etwa wie Napoleon I., damit die Juden beschützt werden! Also fremde Mächte sollen russischen Juden die volle Mord- und Raubfreiheit mit Waffengewalt weiter sichern. Ist das nicht jüdischer Wahnwitz? Als Abdul Hamid über 200.000 christlicher Armenier ermorden ließ, schwieg die Judenpresse. Als in den Bergwerken von Courieres, die Eigentum des Juden Rothschild sind, 1200 Bergleute umkamen, schwieg die Judenpresse davon, wem die Bergwerke gehören. Für jüdische Mörder, Anarchisten, Bombenwerfer ruft Max Nordau das europäische Gewissen an. So wird suggeriert. Der Schwindel der Judenpresse dauert schon 50 Jahre. Er wird weiter dauern und die Massen beherrschen. Die Juden haben es gut eingerichtet. Wenn man einen jüdischen Mörder mit dem wahren Namen nennt, da schreien die Juden

gleich, es sei dies eine Beleidigung einer staatlich anerkannten Konfession! Zola, Labori, Pickart, Masaryk, Auředníček sind nur Typen der Judenverteidigung. Die Justiz arbeitet in ganz Europa für das Judentum. Das Wort Jude ist keine Konfession, sondern Rasse, Nationalität. Darum kann auch der Jude nie das Judentum abstreifen, auch durch die Taufe nicht, er kann das Judentum nicht in sich selbst vertilgen, beseitigen, denn es ist sein Blut, sein ganzes Wesen, er wird nur ein getaufter Jude. Max Nordau behauptet, es seien 25.000 Juden in Rußland ermordet worden. Mit dieser Zahl, die er selbst willkürlich erfunden, operiert er weiter. So macht es die Judenpresse immer. Sie behauptete, die Japaner hätten im ganzen Krieg 30.000 Gefallene. Anfangs Juni 1905 brachte die englische Presse folgende Zahlen:

| | | |
|---|---|---|
| Gefallene Japaner auf dem Schlachtfelde | 60.624 | Mann |
| Gestorbene Japaner in den Lazaretten | 74.545 | „ |
| Totalverlust . . . | 135.169 | Mann |

Verwundet und gepflegt in den Lazaretten waren 632.690 Mann Japaner. Ob auch die Zahlen vollständig sind, weiß man nicht. Darnach war die von der Judenpresse behauptete Feigheit der russischen Armee von sehr erheblichen Erfolgen begleitet.

Klaus Wagner hat in der „Allgem. Ztg." folgendes veröffentlicht (14. April 1906): Der Krieg als schaffendes Weltprinzip. Weltgeschichte ist für manche heute nichts mehr als eine Zusammenhäufung von Zahlen und Namen, von Kriegsberichten und Lebensbeschreibungen. Doch auch die meisten von denen, die ihr geschichtliches Interesse nicht in der Kenntnis der erbrechtlichen Grundlagen irgend eines Thronstreites und der genauen Reihenfolge der römisch-deutschen Kaiser erschöpfen, vermochten die Grundlagen der geschichtlichen Entwicklung nicht zu erkennen. Denn ebenso wenig, wie die Kenntnis der trockenen Tatsachen letztes Ziel eines vernünftigen Strebens sein kann, ist die Klarstellung der großen Zusammenhänge des gesamten gesellschaftlichen Kulturwerdens, wie sie von der modernen Geschichtschreibung versucht wird, letzter wissenschaftlicher

Endzweck. Über das registrierende Chronistentum, das heute noch manchem volle wissenschaftliche Befriedigung gewährt und das oft nicht mit Unrecht verspottet wird, weil es weit mehr Steine zusammentrug, als zum Bauen notwendig sind, über dieses Chronistentum hob sich die moderne Geschichtsforschung, die im Zusammenschluß der verschiedenen geschichtlichen Wissenschaften der Staats-, Sozial-, Rechts-, Wirtschafts-, Kunst-, Dichter-, Sittengeschichte ein einheitliches Bild der Kulturentwicklung des Volkes geben will und ich kann wohl sagen, auch schon gibt. Auch diese Geschichtsforschung ist beschreibend, wenn sie auch nicht in der „Es war einmal . . .“-Manier erzählt, sondern das Wesen der geschichtlichen Erscheinungen in lückenloser, fortlaufender Darstellung herausarbeitet. Die Warumfrage gilt es zu stellen und zu beantworten. Die Ursachen des geschichtlichen Werdens wollen wir erkennen. Wie verläuft die Entwicklung der Völker und ihrer Kulturen? das ist die Frage der Geschichtsforschung. Warum verläuft die Entwicklung so? ist die Frage der Geschichtsanschauung.

Die ursächlichen Grundlagen und den Rhythmus des Werdens will sie erkennen. Diese Geschichtsanschauung ist das subjektivste Stück der Geschichtswissenschaft. Sie wird zumeist gewonnen durch einen, ich möchte sagen, künstlerischen Hellblick, der von der objektiven Geschichtserfahrung angeregt wurde. Diese Geschichtsanschauung ist ein Teil der Naturanschauung, ist also Philosophie. Früher sprach man auch von Geschichtsphilosophie; aber dieser Ausdruck wird ebenso wie der gleichbedeutende unklare Ausdruck Soziologie heute mit Recht gemieden, weil diese Begriffe bei dem Leser die Vorstellung von bestimmten Richtungen in der Geschichtsanschauung hervorrufen, die wegen ihrer Unfruchtbarkeit diese ganze Wissenschaft in Verruf gebracht haben. Um die Entwicklung der Kulturwerke, der gesellschaftlichen Einrichtungen, der Gedanken zu verstehen, muß das natürliche Wesen der Menschen selbst bekannt sein. Biologie, somatische und psychische Physiologie legen den organischen Bau, die Kräfte

und Fähigkeiten des Menschen dar und klären die Lebensbeziehungen der Menschen untereinander, das ist das Wesen der Gesellschaft, naturwissenschaftlich auf. Es sind dies die wichtigen Probleme der modernen sozialen Anthropologie. Diesen naturwissenschaftlichen Wissenszweigen gelingt es immer mehr, Einfluß auf unser Gesellschaftsleben zu erringen; sie werden Sozial-, Wirtschafts- und Rechtspolitik von Grund aus reformieren. Ebenso wie sie den Staatsmännern für die innere Politik einen neuen Maßstab geben, so ziehen sie auch den Geschichtsschreibern bei Behandlung der inneren Geschichte der Völker neue Richtlinien. Doch nicht für die Kenntnis des vergangenen und die Politik des gegenwärtigen inneren Gesellschaftslebens ist die Naturwissenschaft grundlagbauend. Auch die äußere Geschichte und die äußere Politik erhält durch sie ein neues Gesicht. Die Umbildungen und Neubildungen der Staaten, das Werden der Rassen, ihr Wachsen und Sterben wird erst durch die Naturwissenschaft, und zwar durch die entwicklungsgeschichtliche Forschung, selbstverständlich.

Weltgeschichte ist Entwicklung der Rassen und Völker. Politik ist Regelung der Entwicklung der Rassen und Völker. Wie verhalten sich Rasse und Volk zueinander? Sind die beiden Begriffe gleichbedeutend? Das Dogma von der ursprünglich reinen Rasse, die seit der problematischen Weltschöpfung bestanden haben soll und die allmählich unreiner, unrassiger, unharmonischer, barbarischer werden soll, dieses Gobineau'sche Dogma ist tot. Wir wissen, daß Rassen nicht sind, sondern werden. Die Rassen machen verschiedene Entwicklungsstadien durch. Die werdende Rasse steigt aus dem Mischmasch des Blutes und darum auch Mischmasch der Kultur zur reineren Harmonie der einheitlichen Bluts- und Kulturgemeinde empor. Denn reine Rasse ist reine Harmonie. So nennen wir die Engländer eine Rasse, aber wir sprechen noch nicht von einer heute schon bestehenden nordamerikanischen Yankeerasse, sondern erst von einem Nordamerikanervolke, weil die Harmonie dort erst wird. Volk und Rasse sind Unter-

schiede des Grades. Doch nicht jede und nicht immer die ganze in einem Staate zusammengeschlossene Gesellschaft kann eine reine Rasse werden, zumal dann, wenn die Gesellschaft aus sehr fernstehenden Rassen zusammengesetzt ist, wie in überseeischen Ländern, wo einer weißen Herrenrasse vielfach eine farbige Hörigenrasse gegenübersteht, oder wie in Österreich, wo gleich starke Völker heftige und unnachgiebige Nebenbuhler sind. Die ganze Weltgeschichte ist ein Werden und Sterben der staatlichen Gesellschaften, der Völker, der Rassen. Das Werden und Sterben der Volkskulturen ist erst das Sekundäre. Völker kommen und gehen; darum spricht man oft von der Notwendigkeit, daß alle Völker nach kurzer oder langer Blüte sterben müssen. Man stellt sich oft die Weltgeschichte so vor, als tauchten immer neue, fremde Völker auf, die die alten verdrängten. Schließlich müßte sich dann der Vorrat erschöpfen. Diese Anschauung ist kindlich und pessimistisch. Die Wahrheit ist hier optimistischer.

Wie war denn die Entwicklung? Aus den ältesten organischen Rassen sonderten sich neue Rassen ab. Durch Anpassung, Differenzierung und Kreuzung der alten Rassen entstanden immer neue. So sonderten sich aus den Rassengruppen der Anthropoiden, unseren jüngsten „tierischen" Vorfahren, neue Gruppen ab, die wir die ersten Menschen nennen. Sie überflügelten ihre tierischen Vetter; sie wurden die alleinigen Weltherren. Doch mit der Menschwerdung hörte der Entwicklungslauf nicht auf, ein Endziel der Schöpfung wird nie erreicht. Wie eine Art der Lebewesen über die andere siegte, wie die Menschen sich über ihre nächsten Vetter emporhoben, die aus denselben Rassengruppen wie sie abstammten, so spalten, ändern und kreuzen die menschlichen Rassengruppen sich wieder, und aus ihnen heben sich wieder neue besondere Gruppen empor, die alleinige Weltherren, alleinige Träger der vollkommensten Zukunftskultur werden. Nicht wird eine Weltherrengruppe abgelöst von einer anderen fremden Gruppe, sondern aus der Gruppe der alten Weltherrenrasse selbst heben die neuen Zukunfts-

rassen sich heraus. Die Menschen haben für ihre Weltherrschaft seit langen Jahrtausenden die Gegnerschaft der Tiere nicht mehr zu fürchten. Die beiden menschlichen Weltherrengruppen, die Germanoiden und die Mongoloiden, ja ich kann wohl sagen die Germanen und die Ostasiaten, haben die Nebenbuhlerschaft der anderen Rassen um das Zukunftsherrentum auf Erden nicht mehr im Ernst zu fürchten, sondern nur noch ihren gegenseitigen Wettkampf. Die alten Herrenrassen, aus denen sich neue emporheben, leben mit ihrem ursprünglichen Wesen nicht fort. Denn ihre herrschenden Enkelgruppen sind völlig umgearbeitet, ebenso die unterlegenen Gruppen, soweit sie nicht vernichtet sind, weil sie an ihre geänderte natürliche Umwelt nicht rechtzeitig anpaßten oder weil sie vielleicht den herrschenden Gruppen im Wege waren. Einen lebendigen Stammbaum der Rassen zusammenzustellen, ist unmöglich.

Das Gerede von unseren Vorfahren, die wir im zoologischen Garten sehen könnten, ist ein schlechter Witz. Auch ist die werdende Yankeerasse nicht die Tochterrasse der modernen Engländer und der modernen Deutschen, sondern eine Vetterrasse, wenn wir nun einmal diesen halbrichtigen Vergleich der Gruppenfortpflanzung mit der Individualfortpflanzung hier anwenden wollen. Von unterlegenen Rassen sprach ich und deutete damit an, daß die weltgeschichtliche Entwicklung, daß das Werden der Rassen und Völker sich in einem Kampfe vollzieht. Daß der Kampf der Vater aller Dinge sei, behauptet schon ein altes griechisches Philosophenwort, und dieses Wort ist auch aller Weisheit tiefster Schluß. Daß der Kampf die Achse jeder realistischen Lebensanschauung ist, drückt am markantesten das Goethesche Auslesewort aus: Verdrängen oder sich verdrängen lassen, ist des Lebens Kern. Der Kampfgedanke ist auch die Achse der Naturanschauung. Der Kampf ist das Naturgesetz, auf das sich alle Naturgesetze vereinfachen lassen. Alles Seiende ist das Ergebnis ringender Gegensätze. Der Kampf ist im besonderen die Achse der Geschichtsanschauung. Alle innergesellschaftlichen Güter, alle Gedanken,

Erfindungen. Einrichtungen wie die Gesellschaftsordnung selbst sind ein Ergebnis des innergesellschaftlichen Kampfes, in dem das eine bestehen bleibt, das andere als unnütz ausgeschieden wird. Der außergesellschaftliche, der übergesellschaftliche Kampf, der die äußere Entwicklung der Gesellschaften, Völker, Rassen leitet, ist der Krieg. Entwicklung ist Kampf. Die innere Entwicklung, der innergesellschaftliche Kampf ist die menschliche Tagesarbeit, der Kampf der Gedanken, Gefühle, Wünsche, Wissenschaften, Leistungen. Die äußere Entwicklung, der übergesellschaftliche Kampf ist der blutige Völkerkampf, der Krieg. Worin besteht die Schöpferkraft des Kampfes? In Werden und Vergehen; im Siege des einen Faktors! In der Auslese liegt die Schöpfertat des Kampfes.

Wer siegt und wer unterliegt? Es liegt logisch auf der Hand, daß siegt, wer den Kampfbedingungen am besten angepaßt ist. Wer die Widerstände am leichtesten überwindet, gewinnt und gedeiht. Die im Kampfe am günstigsten Gestellten, mögen die Kämpfer Eindrücke, Gedanken, Gefühle, Eigenschaften, Einrichtungen, Organe, Organismen, Rassen sein, überleben. Wer siegt im geschichtlichen Entwicklungskampfe? Welches sind die Kampfbedingungen? Der innere gesellschaftliche Kampf wird geregelt durch die Gesellschaftsordnung (nicht identisch mit Staatsverfassung). Von ihr wird der Einfluß, den die einzelnen auf das Kulturwerden haben, festgesetzt. Die Gesellschaft setzt jeden an eine bestimmte Stelle oder gibt ihm die Möglichkeit, sich an einer bestimmten Stelle festzusetzen; sie gibt somit jedem Arbeitsgelegenheit, die Mittel und das Maß, sich zu betätigen. Wo die Gesellschaftsordnung dafür sorgt, daß die zum Leben Geborenen auch zum Schauen bestellt werden, wo die Gesellschaftsordnung günstig ist, dort wird sie eine gute Auslese treffen, dort wird den tüchtigsten Werteschaffern der größte Einfluß gegeben, und jedem wird nach seiner Fähigkeit der Einfluß auf die verschiedenen Gebiete zugeteilt. In der günstig geordneten Gesellschaft ist die Tätigkeit der Tüchtigen einflußreicher als die der Un-

tüchtigen; sie sind den von der Gesellschaft gegebenen Kampfbedingungen am besten angepaßt; ihre Gedanken, Pläne, Leistungen, Forderungen dringen durch; ihr Wirken bekommt die Oberhand. Den Sieg der hochwertigen Gesellschaftsglieder zu fördern, die Niederlage der Minderwertigen herbeizuführen, ist die Aufgabe der Gesellschaftsordnung. Tüchtig, hochwertig ist, wer die physische und psychische Fähigkeit hat, an der Hebung seiner Volkskultur kräftig mitzuarbeiten. Heute nennen wir schon meist den tüchtig, der im geistigen oder wirtschaftlichen oder künstlerischen Auslesekampfe um den Einfluß in der Gesellschaft am besten vorwärts kommt.

Damit stellen wir unserer gesellschaftlichen Ordnung ein gutes, vielleicht ein zu gutes Zeugnis aus. Macht, Einfluß, Reichtum wird von der Gesellschaft verteilt. Die Gesellschaft trifft hierdurch eine berufliche und eine wirtschaftliche Auslese. Am wichtigsten ist aber die von der beruflich-wirtschaftlichen nicht immer genügend scharf unterschiedene Fortpflanzungsauslese. Die Fortpflanzungspolitik, die Zuchtwahl, wurde bisher mehr instinktiv als methodisch bewußt gehandhabt. Aber sie wird durch Gesundheitspflege, Kinderschutz, Mutterschutz, Einwirkung auf das elterliche Gewissen immer mehr methodische Politik und wird in steigendem Maße von Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, ja sogar von der Steuerpolitik zu beeinflußen gesucht. Diese innere gesellschaftliche Auslese, ein Ergebnis des inneren gesellschaftlichen Wettbewerbes, der von der Gesellschaftsordnung geregelt wird, die selbst wieder ein Produkt des gesellschaftlichen Kampfes ist, diese innere Auslese ist ein Werk von Menschen, die selbst mit ihrem Wesen von früheren Gesellschaftsordnungen abhängig sind. Diese innere Auslese müssen wir darum eine künstliche Auslese nennen. Als Menschenwerk bietet sie uns keine Gewähr für unfehlbare Richtigkeit. Weil diese und jene Gedanken und Pläne durchdringen, weil diese Einrichtungen getroffen werden, weil diese Faktoren im gesellschaftlichen Kampfe Sieger bleiben, können wir nicht behaupten, daß dieser Sieg auch für die Entwicklung

des Volkes, der Rasse, für das Kulturwerden, günstig ist. Sieg oder Niederlage dieser oder jener Anschauung, Forderung, Einrichtung ist noch kein Beweis dafür, daß durch sie die Gesellschaft sich besser anpaßt an ihre natürliche Umwelt, das heißt, ihr Kulturkönnen hebt. Oft entwickeln sich Rassen durch eine schlechte innere Auslese nur langsam fort, oft entarten Rassen wieder, die im Verhältnis zu den Naturbedingungen der irdischen Umwelt immer weniger leisten. Stets entwickeln die einen Rassen sich rascher vorwärts als die anderen.

Ganze Rassen gehen oft aus wenig Gründen, ja oft nur aus einem einzigen Fehler zurück, der das harmonische Wesen ihrer Kultur störte, mögen sie durch böotisches Philistertum fruchtlos-einseitig werden, mögen sie physisch und psychisch entarten wie die Orientalen oder ihre Kraft durch unnütze, ja wahnsinnige Kriege vernichten wie die Römer, mögen sie als zukunftsgleichgültige, behäbige Rentiers ihre Volkszahl beschränken wie die Franzosen oder auf zu kleinem Boden (China) oder ungünstigem Boden (Wüstenvölker als Extrem) zu lange kleben bleiben, oder mögen sie an veralteten und schädlichen Einrichtungen zu lange festhalten und energische Initiative und Opfersinn entbehren. Die innere künstliche Auslese bietet keine Sicherheit für eine günstige Entwicklung der Kulturwohlfahrt der Völker. Trotzdem wird das Durchschnittsbild der volkischen Kulturen nicht trüber; wir bleiben im Laufe unserer Entwicklung gut angepaßt an die sich ändernde natürliche Umwelt; wir heutigen Herrenvölker sind sogar besser angepaßt als die früheren; das lehrt ein Blick in unsere Ahnentafel. Was ist der Grund? Die Rassen, die sich gut angepaßt haben, die unter den herrschenden äußeren Naturbedingungen am vollkommensten sich entwickelten, wurden ausgelesen vor den anderen Rassen, um ihnen weiten Spielraum, weiten Arbeits- und Wachsraum zu geben. Über der inneren, künstlichen, von Menschen geregelten Auslese waltet noch eine andere Auslese. Diese Träger der Gesellschaftsordnungen, die Gesellschaften, die Völker, die Rassen, werden selbst aus-

gelesen. Diese Auslese ist keine menschliche Einrichtung. Sie ist rein natürlich. Diese Völkerauslese, diese natürliche Auslese ist der Krieg.

Was ist der Krieg? Krieg ist Kampf der Gesellschaften untereinander. Wo es keine Gesellschaft gibt, wo die gesellschaftliche Einheit mit dem Indidividuum, wo die persönliche Bildung mit Kultur zusammenfällt, dort ist der Krieg ein Einzelkampf. Aber Menschen sind die Robinsons gewesen. Die natürliche Auslese war für die Menschen stets der Krieg der Gesellschaften. Im innergesellschaftlichen Kampfe siegt, wenn der Kampf günstig geordnet ist, der Mensch, der außer einer harmonischen körperlichen und psychischen Bildung eine Sonderfertigkeit besitzt. Diese ist ohne eine gewisse allgemeine harmonische Bildung nicht möglich, ist aber das ausschlaggebende Moment in der Auslese, besonders in unserer Zeit weitgehender Arbeitsteilung. Anders ist es in der Völkerauslese. Im Krieg siegt nicht das kräftigste, das klügste, das energischste, das sittlichste, das reichste oder das an Zahl größte Volk, sondern das harmonischste Volk. Jede kleine Lücke in der volkischen Kulturharmonie wird zum Schaden an der Stoßkraft gegen außen. Die Waffenkraft ist der Gradmesser der Kultur. Wofern nur wenig fehlt an den körperlichen und geistigen Vorzügen der Gesellschaftsglieder, wofern somit nur irgend etwas faul ist im Bau der Gesellschaft und nur ein Zweig ihrer geistigen, wirtschaftlichen, technischen Wohlfahrt krankt, wird bald viel fehlen an der glücklichen Vollendung des Werkes, zu dem alle Kräfte und Güter fruchtbar genützt werden müssen, an dem Siege im Kriege. So wird der Krieg zum geschichtlichen Weltgericht, das die Träger ungünstiger Gesellschaftsordnungen, geringer Kulturen, die weniger tüchtigen Rassen in natürlicher Auslese den tüchtigen Rassen hintansetzt, die einer glücklicheren, edleren Zukunft fähig sind.

Der Krieg ist Völkerauslese. Welches ist das Mittel, durch das diese Auslese durchgeführt wird? Der Krieg schafft den Siegern günstige Lebensbedingungen und nimmt sie den Unterlegenen. Durch die

Überlegenheit der Waffen hat das Volk die Möglichkeit, seiner wachsenden Volkszahl Neuland zu öffnen, wo das Volk sich weiter entwickeln und weiter wachsen kann. Alle tüchtigen Völker wachsen, das Arbeitsfeld, der Raum und Boden wird ihnen mit der Zeit zu klein, Ausdehnung wird nötig, wenn das Land das Volk nicht mehr ernähren kann. Denn Begründung der ganzen Volkswirtschaft auf die gewerbliche Ausfuhr bietet keine Sicherheit auf lange Dauer und gefährdet die Kulturharmonie. Das an Zahl wachsende Volk muß seine politischen Grenzen erweitern oder seinen Auswanderern ein Gebiet öffnen, wo eine neue, freie, kulturfrohe Tochterrasse in volkischer Sicherheit entstehen kann. Dieses Ziel ist nur erreichbar durch kriegerische Tüchtigkeit, vor der die widerstrebenden Völker im Kriege oder aus Furcht vor einem unglücklichen Kriege zurückweichen. Da die Erde mit Menschen besiedelt ist und nirgends ein menschenleeres, brauchbares Land vorhanden ist, kommen die wachsenden hungrigen Völker mit den trägeren, satten, besitzenden Völkern in Streit. Dieser Landstreit und sein kriegerisches Ergebnis ist gerecht; denn recht hat im Völkerleben nicht, wer besitzt, sondern wer die Kraft hat, festzuhalten oder zu erobern. Diese Kraft mächtiger Kulturharmonie bringt der Krieg an den Tag. Das Streben, Neuland zu erobern, ist nicht immer unmittelbare Ursache des Krieges. Nebenbuhler, die gefährlich werden, sollen oft niedergeschlagen werden. Außer Landnot treibt auch oft der Wille zur volkischen Einheit oder die Notwendigkeit, sich von fremden oder fremd gewordenen Gesellschaftsteilen zu trennen, zum Kriege. Weiter schafft der Krieg bodentümliche Einheit durch Erwerbung von Häfen und offenen Zugängen zum Meere, durch Abrundung des Gebietes. Überall, wo wichtige Lebensbedingungen der Völker widerstreiten, kommt es zu einem gerechten Kriege. Und nur ein solcher Krieg ist notwendig und gerecht. Dieser notwendige, unersetzbare Krieg ist der Entwickler der organischen Weltgeschichte. Ohne ihn ist eine Entwicklung der Rassen und ihrer Kulturen eine Unmöglichkeit. Er trennt Gesellschaften, Völker,

Rassen und schließt andere zusammen. Er beschleunigt den Untergang entwicklungsunfähiger Völker und gibt den frohen, kulturfähigen, strebsamen, wachsenden Völkern Licht und Luft, daß sie die Eltern neuer tüchtiger Herrenrassen der Zukunftserde werden. Dieser Wahrheit müssen wir klar ins Gesicht sehen, wenn sie auch recht unbequem ist. Die Erkenntnis dieser Wahrheit muß verbreitet werden. Ich selbst habe diese hier berührten entwicklungsgeschichtlichen und politischen Fragen in meinem Buche „Krieg“ (Jena, Costenoble, 1906) ausführlich erörtert, um zugleich gegen die Friedensbewegung zu Felde zu ziehen. Die Friedler wollen bekanntlich den Krieg aus der Welt schaffen durch unanwendbare Mittel. Sie klagen über die Opfer des Krieges. Diese sind gewiß traurig, aber nötig. Denn das Weltbild einer kriegslosen Entwicklung vermochte noch niemand zu zeichnen. Nicht nur die große Menge, sondern leider auch die Mehrzahl der Gebildeten macht sich überhaupt keine Gedanken über das Wesen der Völkerentwicklung und die Bedeutung des Krieges. Darum stehen auch die meisten Menschen den liebenswürdigen Lehren der Friedler freundlich gegenüber, wenn auch ein realistischer Instinkt sie von der Möglichkeit einer kriegslosen Zukunft nicht tief überzeugt werden läßt. Erst die entwicklungsgeschichtlichen Wahrheiten, die den bisherigen literarischen Kriegsverteidigern völlig unbekannt waren, decken uns das Wesen des Krieges auf. Ohne Krieg kein glückliches, frohes Völkerwerden, ohne ihn kein Kulturwachsen, keine Kulturerhaltung. Wenn unser Volk diese Wahrheit wirklich erkennt, dann erst werden wir energisch und selbstsicherer in unserer Zukunftsarbeit werden.“ Hier wird das Recht der stärkeren Rasse proklamiert, also Darvinismus im Völkerrecht. Was uns hier Klaus Warner vormacht, grenzt an Wahnwitz. Der Krieg ist eine G e i ß e l G o t t e s, ist das größte Unglück, das nur zerstört, und Wüsten macht.

Daraufhin brachte die „Allg. Ztg.“ einen Gegenartikel:

„Es ist nicht neu, die Behauptung von der Unausrottbarkeit des Krieges als das Ergebnis der Wis-

senschaft zu bezeichnen. Andererseits ist es nicht schwer nachzuweisen, daß sie ein solches Ergebnis weder ist, noch auch nur sein kann. Denn es ist das Merkmal des wissenschaftlichen Resultats, daß es durch die Erfahrung, d. h. durch Vergangenheit oder Gegenwart bestätigt ist. Ein erwartetes Ereignis kann wissenschaftlich nur vorausgesagt werden, wenn die das Ereignis bestimmenden Faktoren sämtlich bekannt und unveränderlich sind oder deren Veränderungsgesetz völlig bekannt ist. Nichts von alledem trifft für die Voraussage der Unausrottbarkeit der Kriege zu. — Wenn in der Entwicklung der Menschheit stets Kriege waren, so kann durch nichts bewiesen werden, daß sie auch nur ein Jahrhundert weiter bestehen werden. Wir können die Fortdauer vermuten, aber nicht wissen. Ergebnis der Wissenschaft aber ist nicht das, was man vermuten, sondern das, was man wissen kann. Bleibt die Frage der Wahrscheinlichkeit. Die Gedankenfolge, welche zur gegenwärtigen Erwiderung Veranlassung gab, ist, von Beiwerk befreit, ungefähr diese: Der Kampf ist der Vater aller Dinge, auch der Entwicklung in Familie, Gemeinde, Staat, Volk nach der von diesen Verbänden hervorgebrachten Gesellschaftsordnung. Der so geregelte innergesellschaftliche Wettbewerb bewirkt eine Auslese der Tüchtigsten, deren Tätigkeit die Weiterentwicklung der Gesellschaft bedingt.

Diese Auslese ist künstlich, Menschenwerk, als solches in seiner Wirkung zweifelhaft. Sie vollzieht sich unblutig. Dieser Auslese steht die der Völker und Rassen gegenüber oder vielmehr sie geht neben der ersteren her, ist ein Werk der Natur und vollzieht sich durch Blut und Eisen, durch den Krieg. Der Kriegserfolg verschafft dem Sieger Neuland, Häfen, Zugänge zum Meer, günstigere Lebensbedingungen, die er dem Unterlegenen nimmt. Da dieses Wegnehmen durch die größere Volksvermehrung des Siegers nötig und dessen größere Kriegstüchtigkeit möglich, ein anderes Mittel nicht vorhanden, so ist der Krieg unvermeidlich und unersetzbar. Insofern der Kriegserfolg die Voraussetzung des Fortschritts

des Siegers, ist er die Bedingung der Kulturentwicklung überhaupt.

In dieser Schlußfolge muß zunächst die Allgemeinheit des Ausgangssatzes beanständet werden. Gewiß ist der Kampf eine Grunderscheinung des Lebens. Aber wenn er eine Bedingung alles Werdens ist, so ist er doch nicht die einzige, sondern nur eine unter vielen. Dann nimmt er eine solche Unmasse von verschiedenen Formen an, daß die überaus seltene Ermordung des Artgenossen völlig verschwindet — ein Umstand, welcher es von vornherein sehr unwahrscheinlich macht, daß dieser seltenen Form irgendwelche artgestaltende Kraft zugeschrieben werden kann. Endlich bildet in dem jedem Individuum auferlegten Lebenskampf der Kampf gegen die Artgenossen einen verschwindend kleinen Bruchteil gegenüber dem Kampf mit den anorganischen Gewalten der Natur und gegenüber feindlichen fremden Arten. Unser Organismus kämpft Tag und Nacht unablässig gegen Hitze und Kälte, Nässe und Trockenheit, gegen Hunger und Durst, gegen Bakterien und Vergiftungen aller Art, gegen Lust und Schmerz, gegen Überanstrengung und Faulheit, gegen Vergnügen und Langeweile, so daß dem Augenblick, in welchem der wehrfähige Deutsche, einer aus Millionen seines Volkes, in die Lage kommt, einen wehrfähigen Franzosen, wieder einen einzigen aus Millionen seines Volkes, niederzuschießen, wirklich keine Rassenmerkmale hervorbringende Kraft zugemessen werden kann, wenn auch die ein- oder zweijährige Dienstzeit für manchen diesen oder jenen dauernden oder vorübergehenden hygienischen oder erzieherischen Gewinn mit sich bringt. Daß dieser Gewinn nicht auf anderem Wege erzielt, insbesondere erst durch jenen Augenblick, in welchem der Deutsche den Franzosen erschießt, zum Gewinn der Menschheit werden kann, wird im Ernst nicht behauptet werden können. Dann: Die Lehren von Kampf ums Dasein und von dessen artbildender, auslesender Kraft, vom Überleben des Geeignetsten, kurzum das Dogma von der mechanischen Entstehung der organischen Welt, waren und

sind auch heute nicht Bestandteile irgendwelcher Wissenschaft, sondern eines Glaubens, und zwar eines Glaubens, der heute im wesentlichen der Vergangenheit angehört. Dies gilt nicht nur im allgemeinen, sondern insbesondere für die Übertragung jener Vorstellungen auf die Untersuchung der Kräfte, welche die gesellschaftliche Entwicklung der Menschheit bestimmt haben und noch bestimmen. In der Tat, in einem Zeitalter der Findelhäuser, der Säuglingsbrutanstalten, der zahllosen Heil- und Pflegestätten für kranke und lebensschwache Kinder, der Ferienkolonien, der Sanatorien für alle möglichen Gebreste der Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung, der Unsumme von hygienischen Vorkehrungen aller Art, welche von der Allgemeinheit den einzelnen bereitgestellt, dem kümmerlichsten Schwächling eine Aussicht des Fortkommens und des Wettbewerbs mit dem Gesündesten eröffnen, die jene frühere Zeit unberechenbar weit übertrifft, ist es wirklich schwer, von einer auslesenden, artbildenden Kraft des Kampfes ums Dasein in diesem Zusammenhang zu reden. Diese Schwierigkeit kann nun aber nicht dadurch beseitigt und jene artbildende, auslesende Kraft kann nicht dadurch gerettet werden, daß die innerhalb der Gesellschaft in den Verbänden von Familie, Gemeinde, Staat sich vollziehende — einen Augenblick als tatsächlich angenommene — Auslese als künstlich, als Menschenwerk und zweifelhaft erklärt wird, während die zweifellos wirksame Auslese zwischen den Völkern und Rassen durch den von der Natur gebotenen Kampf dieser Verbände, durch den Krieg stattfinde. Denn Volk und Rasse sind Sammelbegriffe, Abstraktionen, so gut wie die von Familie, Gemeinde und Staat, und haben so wenig wie diese eine von den Individuen lösbare Bedeutung. Und der umschließende Verband steht in keinen anderen Naturbeziehungen als der umschlossene. Denn wenn der tägliche und stündliche Kampf innerhalb von Familie, Gemeinde, Stamm, Staat und Volk nicht die erforderliche Auslese bewirkt, so ist dies von den alle Menschenalter eintretenden paar Schlachttagen kaum zu erwarten, man

müßte denn alle Wirkung dem Unterschied der Form des Kampfes, der blutigen gegenüber der unblutigen, zuschreiben können. Welche artbildenden Eigenschaften können aber von dem Bruchteil des Heeres, das wieder ein Bruchteil des Volkes, in den drei Entscheidungsschlachten durch die bewiesene Marsch-, Lauf- und Schießfertigkeit für das gesamte Volk — von Rasse gar nicht zu sprechen — für die folgende vierzigjährige Friedenszeit und für den vierzig Jahre entfernten Krieg, für den man vielleicht mittlerweile in fortschreitender Kulturentwicklung gelernt haben wird, den Gegner zu vergiften statt zu erschießen, erworben werden? Die Frage erheischt keine Antwort. Doch verlassen wir den Boden der Hypothesen und Konstruktionen einer vergangenen Gedankenwelt. Sehen wir zu, wie der Krieg, die gewaltsame Tötung von Artgenossen, zum Zweck der Aneignung von Lebensgütern der Getöteten durch die Tötenden sich im Laufe der Zeiten zu der heutigen zwischen den Kulturvölkern üblichen Form entwickelt hat. Der Kannibale tötet den Artgenossen und verzehrt den Leichnam in dem Glauben, nur durch den Fraß wirklich getötet und sich das Wertvolle des Getöteten angeeignet zu haben. Der Krieg zum Zwecke der Menschenfresserei besteht heute noch in Afrika, Asien, Amerika, Australien und auf den Südsee-Inseln. Entferntere Güter raubt dem Getöteten der Krieg zum Zwecke des Waffen-, Vieh-, Weiber-, Sklaven-, Land-, Waren- und Goldraubs. Im einfachsten Fall steht ein einzelner einem einzelnen gegenüber, dann kommen Familien-, Sippen-, Stammes-, Staaten-, Völkerkriege. Rassenkriege sind bis jetzt nicht vorgekommen. Das Schema ist immer gleich: Von zwei Nachbarn verlangt der eine von dem anderen etwas, was dieser nicht zugesteht. Der erste bedroht mit der Waffe des anderen Leben, dieser wehrt sich mit der Waffe. Der Ausgang des Kampfes befriedigt, beschränkt oder widerlegt den Anspruch des Angreifers, je nachdem die allgemeine Lage der Dinge nach Beendigung des Kampfes es bedingt. Der Friede ist hergestellt, für immer im Falle des Einzelkampfes, wenn einer der Gegner ge-

tötet ist oder wenn sich die beiden Gegner nach dem Kampfe zu einem Verband zusammenschließen, zu Familie, Sippe, Stamm, Gemeinde, Staat, Volk, innerhalb dessen der blutige Austrag von Interessengegensätzen ausgeschlossen ist. Insofern nun solcher Zusammenschluß im Laufe der Menschheitsentwicklung in immer rascher wachsendem Umfang zugenommen hat, hat anderseits die Anzahl der Kriege mit zunehmender Geschwindigkeit abgenommen. Kannibalismus, Brudermord, Blutrache, Sippen-, Stammes-, Gemeinde-, Städtekriege sind aus dem Leben der Kulturvölker völlig verschwunden, der Abstand der Staaten- und Völkerkriege nimmt stetig zu, der Zusammenschluß der Völker, manchmal sogar recht verschiedenartiger Völker, zu Völkerbünden zum Zwecke, den Teilnehmern den Frieden zu sichern — Bündnisse, welche schon eine erhebliche Zahl von Kriegsmöglichkeiten, wenigstens zwischen den Teilnehmern der Bündnisse, ausschließen, — wird immer häufiger und wirksamer.

Das bedeutet nun keineswegs, daß die Gegensätze seltener oder geringer geworden, sondern nur daß sie entweder selbst andere geworden oder daß heute wirksamere Mittel des Ausgleichs als der Krieg zur Verfügung stehen, wie sich in den Verbänden von Familie, Gemeinde, Staat, Volk die unblutigen Mittel als die zweckmäßigeren durchgesetzt haben. Und den Nagel auf den Kopf mit der Bewertung der zunehmenden Kraft dieser Mittel trifft der alterfahrene, weitblickende österreichische Parlamentarier, der vom 12. April vor ein paar Tagen in der „Allgemeinen Zeitung“ über die Lösung der letzten Krisis in Ungarn schreibt: „Wieviel mehr oder weniger berechtigte Vorwürfe man auch gegen unsere Zeit richten mag, das eine hat sie gewiß vor anderen Geschichtsperioden voraus, daß sie gewaltige Umwälzungen zuläßt ohne Blutvergießen. In Ungarn bestand in den Jahren 1905 und 1906 eine Revolte, eine Revolution. Die sogenannte Koalition war nichts anderes als ein Konvent; aus den Wahlen von 1905 schien ein revolutionäres Ungarn nach dem Muster von 1848 hervorzugehen. Grimmig und unversöhnlich

standen sich Koalition und Herrscher gegenüber. In der Tat kam es auch zu Schlachten, aber sie wurden nicht bei Komorn, Ofen oder Temesvar geschlagen, sondern in Wien und Pest; nicht auf rot gefärbtem Walfelde, sondern in reinlichen Ständesälen und Kabinetten; nicht mit Kanonen, sondern mit Reden, Denkschriften und Verhandlungen. Und das Ende? Die Rebellen bluteten nicht auf den Richtstätten von Eperies oder Arad, sondern sie sitzen in bequemen Sesseln und sind Minister Seiner Majestät geworden." Und in derselben Nummer ein paar Zeilen weiter heißt es in einem Artikel über die Presse und die deutsche Weltpolitik folgendermaßen: „Es mag ja den überlieferten Vorstellungen von der Würde und dem Tätigkeitskreis des Diplomaten widersprechen, was z. B. in Rom und in Madrid die dortigen Botschafter der französischen Republik taten, die mit der Presse und ihren Vertretern in eine so enge Fühlung traten, als seien sie bei diesen und nicht bei den Regierungen beglaubigt. Diners der gesamten Preßvertreter beim Botschafter, intime Diners und trauliches Tête-à-Tête mit einzelnen Zeitungsleitern, Ordenssegen für alle und — als Gipfel — ein förmlicher Dankerlaß nach beendetem Feldzug, wie ihn soeben Herr Cambon in Madrid an die hauptstädtische Presse hat ergehen lassen: das mag alles neu sein, unerhört vielleicht, aber in unserer auswärtigen Politik müssen wir hinfort mit solchen Dingen als der Regel rechnen und vor allem mit ihren Wirkungen. Ändert sich also die Welt — und sie ändert sich handgreiflich und schneller als man wohl denkt, so ändert sie sich doch offenbar nicht im Sinne des Krieges. Am deutlichsten zeigt sich dies unter anderem an zwei Punkten. Dem Sieger wird es immer schwerer, den Siegespreis zu erhalten, den Zweck des Krieges zu erreichen. Der Sieger von Custozza und Lissa gewinnt nicht nur nichts, sondern verliert noch Venetien, der Berliner Kongreß und der Frieden von Shimonoseki raubt den Siegern den Erfolg, das nach allen Regeln der Kunst geschlagene Griechenland verliert nicht nur nichts, sondern gewinnt von der siegreichen Türkei noch Kreta, und im Frieden von

Portsmouth kann Japan nach einem beispiellos glänzenden Kriegeserfolg von dem niedergestreckten, aus tausend inneren Wunden blutenden Gegner nicht einmal einen Pfennig Kriegskostenentschädigung erreichen. Von der Eroberung jener weiten Strecken Neuland, um welche angeblich die modernen Völkerkriege unternommen werden, ist keine Spur zu entdecken, noch zu erwarten, schon aus dem einfachen Grunde, weil solche Strecken, welche irgend einen erheblichen Teil der Kulturvölker aufnehmen könnten, nicht vorhanden sind. Der letzte Fall einer nennenswerten territorialen Veränderung innerhalb der Kulturstaaten ereignete sich vor 35 Jahren mit Elsaß-Lothringen. Und wieviel von den 15 Millionen Köpfen, um welche sich seitdem die deutsche Bevölkerung vermehrt hat, wurden von dem neuen Reichsland aufgenommen? Wenn also die Volksvermehrung den Krieg mit Frankreich naturgesetzlich notwendig gemacht hätte, so ist doch der Zweck in dem eroberten Gebiet, Platz für den Menschenzuwachs des Siegers zu schaffen, jedenfalls nicht erreicht worden. Bliebe nur die Annahme, daß der deutsch-französische Krieg eine Ausnahme, was für Naturgesetze immerhin eine fatale Feststellung wäre, wenn solche Feststellung gegenüber der Tatsache, daß die Erwerbung von Neuland, welches zur Aufnahme eines wesentlichen Teils des Bevölkerungsüberschusses des Siegers dienen könnte, als Folge des Sieges überhaupt nicht beobachtet wird, noch irgend welchen Reiz böte. Zweitens: Der Krieg ist in raschem Wechsel der Dinge heute zu einem Werkzeug geworden, dem bald kein Arm mehr gewachsen sein wird. Die Gefahr, beim Gebrauch sich unheilbar selbst zu beschädigen, steht in keinem Verhältnis mehr zur Aussicht des Gewinnes. Das siegreiche Japan mußte, auf den Tod erschöpft, den Frieden mehr erbitten als es ihn diktieren konnte, und muß heute ungezählte Tausende seiner Bewohner verhungern lassen, was es zur Verminderung des Bevölkerungsüberschusses auch ohne Krieg hätte tun können.

Das geschlagene Rußland steht, von inneren Wirren zerfleischt, am Rande des Verderbens, ohn-

mächtig, sein eigenes Dasein zu ordnen, und dreimal ohnmächtig, in die Ordnung der Dinge jenseits seiner Grenzen einzugreifen. Ein Krieg, in dem Deutschland seine heutige Heeresmacht ins Feld stellt, kostet dem Lande täglich 20—30 Millionen Mark d. h. der Kriegsschatz im Juliusturm ist in vier bis sechs Tagen erschöpft. So gleicht der Krieg einem hohlen Beil, in das die Benützer nach und nach so viel Blei eingegossen haben, bis es nun von niemand mehr geschwungen werden kann. Aber selbst wenn die Kraft noch hinreichte, so bedarf es doch noch eines gewissen Aktionsraums. Wenn der Angriffs- oder Verteidigungslustige von den andern so nahe umstanden wird, daß er das Beil nicht heben kann, so hilft der stärkste Muskel und die schärfste Schneide nichts mehr. Und ist die Anzahl der anderen groß genug und jeder in gleicher Enge dauernd umgeben, so kann ein jeder sachte sein Beil fallen lassen ohne Schaden für sich und die übrigen. Diesem Zustande, der in den Verbänden von Familie, Gemeinde, Staat, Volk bereits erreicht ist, nachdem der Kriegsähnliche in ihnen in stetiger Entwicklung mit einem Merkmal um das andere verschwunden ist, strebt offensichtlich auch das Zusammenleben der Völker zu, nicht aber fabelhaften Rassenkriegen, die schon deshalb undenkbar, weil die Angehörigen der verschiedenen Rassen, heute schon über die ganze Erde zerstreut, sich niemals zu kriegsfähigen Verbänden zusammenschließen können. Summa: Der Krieg entspringt nicht irgend einem unabänderlicher Naturgesetz, sondern menschlichen, allzu menschlichen Ursachen von den Geweih des guten Menelaus an bis zu den russischen Waldspekulationen in der Mandschurei. Er ist nicht die Blüte der Kultur, die erst in ihrer letzten und gräßlichsten Form, dem Rassenkrieg allen möglichen und höchsten Segen bringen kann, sondern ein Überbleibsel barbarischer Zeiten, ein Fleck auf dem Kleide der Menschheit, der mit gesteigertem Reinlichkeitsgefühl verschwinden wird, wie die anderen Flecke der Art: Kannibalismus, Blutrache, Menschenraub, Sklaverei, Folter, Hexenverbrennung und Soldatenverkauf, verschwunden sind. Ob sich dabei der eine oder der andere das Welt-

bild einer kriegslosen Entwicklung nicht zu zeichnen vermag oder als Kriegs- oder Friedensfreund den Gang der Weltgeschichte mit seinen Gefühlen begleitet, fällt wenig ins Gewicht.“ Die menschliche Natur ist einmal zum sittlich Bösen geneigt. Wer das Leben der Menschen betrachtet, muß zu der Erkenntnis gelangen, daß der Rücksichtslose, der Schlaue, der Betrüger, der Ausbeuter, der kein Gewissen hat das Fremde sich anzueignen, wenn nur das Zuchthaus vermieden wird, überall siegt und die ehrlich denkenden Menschen überall unterliegen. Die Menschen werden sittlich nicht besser, wenn sie nicht schlechter werden. Darum wird die christliche Religion überall mit Füßen getreten. Die Menschen können den Katechismus für ihre verbrecherischen Pläne nicht brauchen. Mit der christlichen Sittenlehre kann man keine Eisenbahnen bauen. Was nun vom Leben der einzelnen gilt, das gilt auch vom Leben ganzer Völker. Und doch ist das Leben der religionslosen und sittenverdorbenen Menschen, auch wenn sie Reichtümer angesammelt haben, ein äußerst trauriges. Bismarck soll mehrere Tage lang furchtbare Todeskämpfe überstanden haben. Immerwieder wehklagte Bismarck auf seinem Sterbebette, daß er im Leben niemanden glücklich gemacht, wohl aber Millionen Menschen unglücklich gemacht habe. Die Menschen mit ihrer Selbstsucht erringen wohl Erfolge, aber glücklich werden sie nicht. Das wahre Glück, die Zufriedenheit der Seele kann den Menschen nur die christliche Religion geben. Sie allein gibt allen menschlichen Handlungen die wahre sittliche Bedeutung. Suchet zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit, das andere wird euch zugegeben werden. Du sollst Gott lieben über Alles und den Nächsten wie dich selbst. Wären alle Menschen gerecht und redlich, gäbe es keine Armut, keine soziale Not, keinen Haß der Menschen wegen ihrer Sprache. Nur ehrlich gesinnte und fromme Menschen sind selbst glücklich und machen auch andere glücklich. Ohne Religion wird die Erde zur Hölle und ihre Menschen zu wilden Bestien. Christus der Sohn Gottes, der Heiland und Erlöser der Welt hat für alle Menschen gelitten. Er

will, daß alle Menschen seine Religion erkennen. Die Christen sollen sich nun werktätig lieben und unterstützen und nicht hassen, schon gar nicht wegen der Sprache. In seiner Abschiedsrede vor dem Gang auf den Oelberg sprach der Heiland zu seinen Jüngern: „Gleich wie mich der Vater geliebt hat, so habe auch ich euch geliebt. Bleibet in meiner Liebe. — Wenn ihr meine Gebote haltet, so bleibet ihr in meiner Liebe: so wie auch ich meines Vaters Gebote gehalten habe und in seiner Liebe bleibe. — Dieses habe ich zu euch geredet, damit meine Freude in euch sei und euere Freude vollkommen werde. — Dies ist mein Gebot, daß ihr euch einander liebet, wie ich euch geliebt habe. Eine größere Liebe als diese hat niemand, daß er nämlich sein Leben für seine Freunde hingibt. — Ihr seid meine Freunde, wenn ihr tut, was ich euch gebiete. — Ich nenne euch nun nicht mehr Knechte; denn der Knecht weiß nicht, was sein Herr tut, sondern ich habe euch Freunde genannt, weil ich Alles, was ich von meinem Vater gehört, euch kundgetan habe. Nicht ihr habt mich erwählt, sondern ich habe euch auserwählt: und ich habe euch gesetzt, daß ihr gehet und Frucht bringet, und euere Frucht bleibe: damit euch der Vater Alles gebe, was ihr immer in meinem Namen bitten werdet. Dies befehle ich euch, daß ihr euch einander liebet."

---

## Anmerkung des Verfassers.

Das Manuskript des II. Bandes ist am 6. Juni 1906 geschlossen worden.

Die Druckfehler können sehr leicht vom Leser selbst richtiggestellt werden.



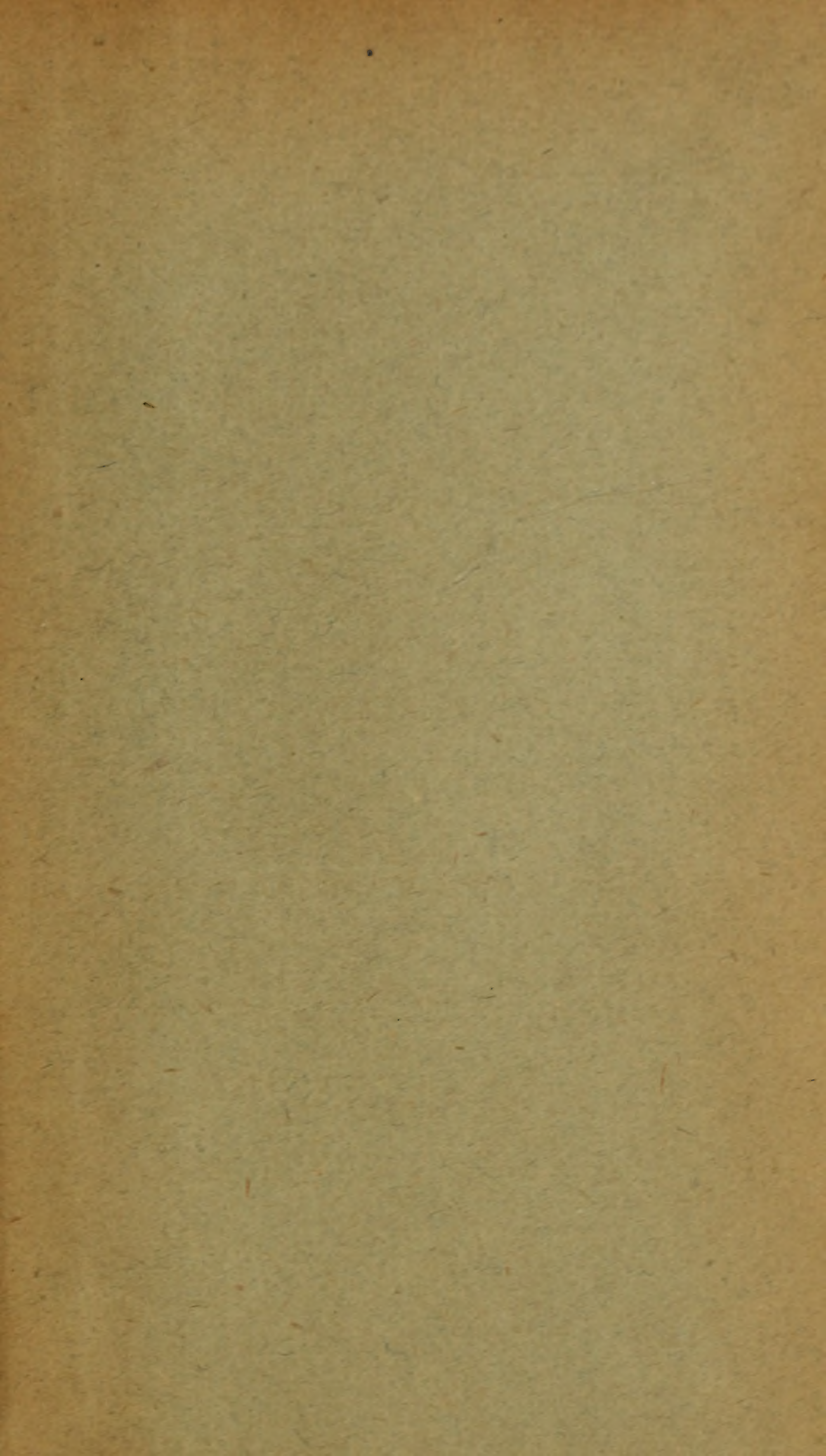


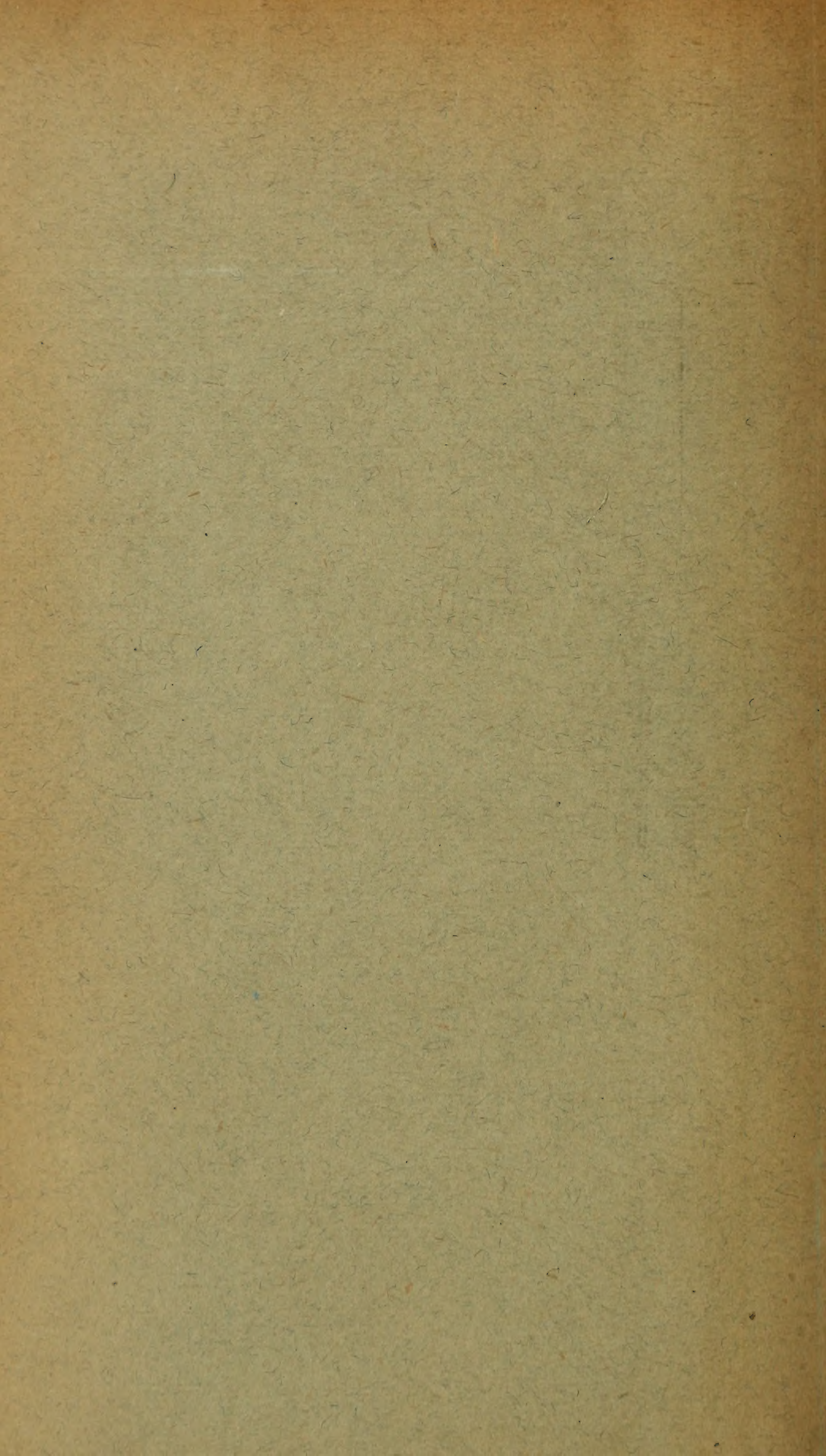
# Inhalt des II. Bandes:

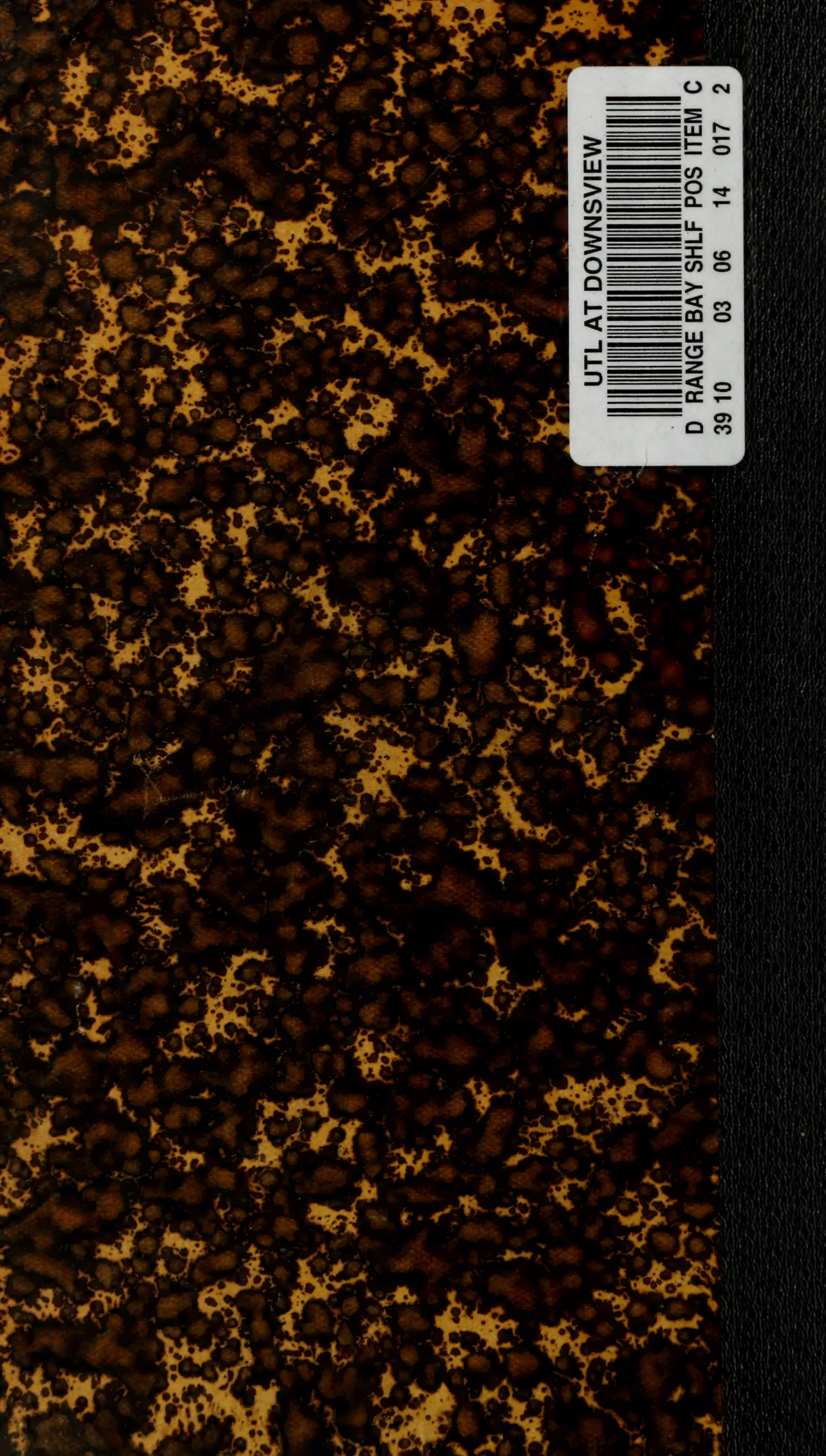











UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 10 03 06 14 017 2